

Globalisierung und Soziologie um 1900

**Herbert Spencer, Emile Durkheim und Max Weber im
Dilemma zwischen Nation und ‚Weltgesellschaft‘**

Dissertation

von

Krasimir Abdelhalig

Erstgutachter:

Prof. Dr. Hartmann Tyrell

Zweitgutachter:

Prof. Dr. Werner Abelshauser

Universität Bielefeld

Fakultät für

Soziologie

Bielefeld Graduate

School in History

and Sociology

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
1. Weltsystem, Globalisierung, ... Weltgesellschaft	11
1.1. Der Weg zur ‚Weltgesellschaft‘	11
1.1.1. Internationales System, Dependenz- und Weltsystemtheorie	14
1.1.2. Globalisierungstheorien	21
1.1.3. Weltgesellschaftstheorien	28
1.2. Die ‚Weltgesellschaft‘ der Systemtheorie.....	37
1.2.1. Kommunikative Erreichbarkeit.....	41
1.2.2. Funktionale Differenzierung	45
2. Eine Welt-Gesellschaft um 1900	54
2.1. Die Welt bewegt sich	54
2.1.1. Eine Weltwirtschaft entsteht.....	57
2.1.2. Weltwirtschaft und Politik	68
2.2. Beschreibungen der ‚Weltgesellschaft‘	79
2.2.1. Weltverkehr	80
2.2.2. Weltwirtschaft.....	87
2.2.3. Weltpolitik.....	94
3. Herbert Spencer: die Vision einer globalen Zivilgesellschaft	101
3.1. Spencers Gesellschaftstheorie	101
3.1.1. Die Gesellschaft als Organismus	103
3.1.2. Organsysteme und Institutionen.....	106
3.1.3. ‚Militant‘ und ‚industrial society‘	111
3.1.4. Evolution und soziale Evolution.....	120
3.2. Spencer und die ‚Weltgesellschaft‘	125
3.2.1. ‚Doux commerce‘, ‚commercial society‘, ... ‚industrial society‘	127
3.2.2. Imperialismus als evolutionärer Irrweg.....	133
3.2.3. Industrialismus und Rückbildung des Staates.....	139

3.2.4. Das Bündnis der zivilisierten Nationen.....	145
4. Emile Durkheim: die Vision einer globalen Rechtsgemeinschaft.....	152
4.1. Durkheims Gesellschaftstheorie	152
4.1.1. Die Gesellschaft als moralische Individualität	155
4.1.2. Arbeitsteilung und soziale Solidarität	159
4.1.3. ‚Segmentäre‘ und ‚organisierte‘ Gesellschaften	166
4.1.4. Arbeitsteilung und Individualisierung.....	171
4.2. Durkheim und die ‚Weltgesellschaft‘	177
4.2.1. Die internationale Arbeitsteilung.....	178
4.2.2. Die ‚Vertragssolidarität‘ und der Staat.....	183
4.2.3. Familie, Berufsgruppe, Nation, Menschheit.....	190
4.2.4. Das Ideal der menschlichen Brüderlichkeit	195
5. Max Weber: die Welt als Arena konkurrierender Nationen.....	202
5.1. Webers Handlungs- und Ordnungstheorie.....	202
5.1.1. Soziologie ohne ‚Gesellschaft‘	204
5.1.2. Die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte	208
5.1.3. Die Genesis des modernen Kapitalismus	214
5.1.4. Der okzidentale Rationalismus.....	221
5.2. Weber und die ‚Globalisierung‘	227
5.2.1. Von ‚Vergemeinschaftung‘ zu ‚Vergesellschaftung‘.....	230
5.2.2. Kapitalismus und Nationalstaat.....	236
5.2.3. Globalisierung und Staatsräson	242
5.2.4. Die Emporzüchtung einer Industrienation	250
Schluss.....	262
Literatur.....	274

Einleitung

Debatten über Europäisierung und Globalisierung haben den Sozialwissenschaften vor Augen geführt, in welchem Ausmaß ihre begrifflichen Grundlagen auf national-staatlich verfasste, als territorial begrenzte und kulturell relativ homogen vorgestellte Gesellschaften zugeschnitten waren. Sozialwissenschaftliche Theorien orientieren sich in der Regel an geschichtlichen Entwicklungen und geben diesen einen geistigen Überbau. So entstand die Soziologie mit der Moderne, als eine Wissenschaft zu ihrer Beschreibung und Erklärung. Die klassischen Theorien des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts arbeiteten sich an der Frage ab, was das Spezifische der Moderne gegenüber der Vormoderne ist und versuchten ihre Genesis zu erklären. Dieser historische Übergang prägte die neue Disziplin bis in ihre Grundbegriffe hinein. Der zentrale Begriff der Soziologie, der der ‚Gesellschaft‘, blieb jedoch in vielen Hinsichten nicht eindeutig bestimmt. Vor allem war es nicht klar, wo die Grenzen der (modernen) ‚Gesellschaft‘ liegen. In diesem Sinne war die Dichotomie von ‚global‘ und ‚national‘ von Anfang an dem Gesellschaftsbegriff angelegt. So waren z. B. für Max Weber, aber nicht nur für ihn, die sich global verbreitende kapitalistische Wirtschaft auf der einen Seite und der fest territorial definierte Nationalstaat auf der anderen die exklusiven Beispiele für moderne gesellschaftliche Ordnungen. Die undefinierte Reichweite des Gesellschaftsbegriffs hing wohl mit zwei parallel verlaufenden Tendenzen der Zeit um 1900 zusammen: die nationalstaatliche Konsolidierung in Europa auf der einen Seite und die Herausbildung einer ‚Weltwirtschaft‘ mit Kerngebiet im nordatlantischen Raum¹ auf der anderen. Spätestens seit der ‚Industriellen Revolution‘ in England avancierte nämlich das Wirtschaftssystem zum Antrieb gesellschaftlicher Evolution, was von den damaligen Sozialwissenschaften mit dem Begriff einer kosmopolitischen ‚*commercial society*‘ registriert wurde. Parallel dazu differenzierte sich das politische System in Europa seit der Französischen Revolution in ein Nebeneinander von Staaten, die sich selbst als Nationen (bzw. ‚nationale‘ Gesellschaften) konzipierten. Vor dem Ersten Weltkrieg erreichten nun diese zwei Tendenzen einen vorläufigen Höhepunkt, indem die Welt auf der einen Seite vollkommen territorial-politisch segmentiert wurde – wenn auch nicht primär in Nationalstaaten, sondern in Kolonialreichen –, während sich auf der anderen Seite eine bis dahin beispiellose kommunikationstechnische und wirtschaftliche Vernetzung der Welt vollzog, die langsam in eine Wirtschaftsordnung zusammenwuchs, die sich durch funktionierende Weltmärkte für Waren, Kapital, aber auch Arbeitskraft kennzeichnete.

Diese Weltwirtschaft, die während der „Blütezeit des Kapitals“ (Eric Hobsbawm) seit der

¹ Umfassend: O'Rourke, Kevin H./Williamson, Jeffrey G. 1999

Mitte des 19. Jahrhunderts in permanenten Schüben entstand und ihren Höhepunkt in der Zeit der akademischen Etablierung der Soziologie um 1900 erlebte, ging allerdings mit dem Ersten Weltkrieg vorläufig unter. Auch lange danach konnte sie nicht wirklich aufleben. Erst in den 1970er Jahre erreichte die weltwirtschaftliche Vernetzung ihren früheren Stand von der Zeit vor 1914 wieder. Zur gleichen Zeit begann man in den Sozialwissenschaften die ‚nationale Befangenheit‘ des Gesellschaftsbegriffs zu problematisieren. Die Soziologie als die Wissenschaft von der modernen Gesellschaft, so der Einwand, habe ‚Gesellschaft‘ fast ausschließlich als nationalstaatlich organisierte und territorialisierte Einheit konzeptualisiert, und dies gelte nun zu korrigieren. In diesem Kontext entstanden die Theorie der ‚Weltgesellschaft‘ (Niklas Luhmann, Peter Heintz und John W. Meyer) wie auch die Theorie des Weltsystems (Immanuel Wallerstein) als Versuche, die Analyseebene sozialwissenschaftlicher Forschung über das Nationale hinaus auszudehnen. Erst mit der überraschend breiten Rezeption der Globalisierungsbegrifflichkeit in den 1990er Jahren wurde es jedoch endgültig evident, dass die in Soziologie, Politikwissenschaft, Ökonomie etc. zunehmend dehistorisierte Vorstellung vom Nationalstaat als einem gleichsam natürlichen ‚Container‘ des sozialen Lebens nicht mehr theorietauglich ist. Noch 1983 sprach der britische Nationalismusforscher Anthony Smith in seinem Aufsatz *Nationalism and Classical Social Theory* von „methodologischem Nationalismus“ und fragte: “why nations and nationalism were so long accepted as a sociological ‚given‘; and why the study of society was always ipso facto the study of the nation, which was never disentangled as a separate dimension or issue“ (Smith 1983: 26). 20 Jahre danach war diese Kritik bereits Konsens. So geben Nina Glick-Schiller und Andreas Wimmer in ihrem Aufsatz *Methodological Nationalism, the Social Sciences, and the Study of Migration: An Essay in Historical Epistemology* die folgende Definition: „Methodological nationalism is the naturalization of the nation-state by the social sciences. Scholars who share this intellectual orientation assume that countries are the natural units for comparative studies, equate society with the nation-state, and conflate national interests with the purposes of social science. Methodological nationalism reflects and reinforces the identification that many scholars maintain with their own nation states“ (Glick-Schiller/Wimmer 2003: 576).

Der „*methodological nationalism*“ sehen dabei sowohl Smith wie Glick-Schiller und Wimmer vor allem als eine Erbschaft der klassischen Soziologie. Ihre Auslegung seitens der letzteren Autoren darf allerdings gewisse Verwunderung erwecken. So werden z. B. die Soziologien von Durkheim und Weber als „nation-blind theories of modernity“ bezeichnet: „Interestingly enough, such nation-blind theories of modernity were formulated in an environment of rapidly nationalizing societies and states – sometimes, as was the case with Max Weber and Emile Durkheim, on the eve or in the aftermath of nationalist wars that profoundly structured the course that the modern project has taken in the West“ (ebd.: 579). Diese Aussage wäre nur

dann plausibel, wenn man sie etwa im Sinne von Ulrich Bielefeld versteht: „Die Soziologie des 20. Jahrhunderts hat sich ihrem Gegenstand, der Gesellschaft, nur selten unter dem Begriff der Nation genähert. Dass Gesellschaften politisch als nationale organisiert waren, ging meist implizit in ihre Theoriebildung ein und, je nach Zeitenlage und historischem Kontext, mehr oder weniger explizit in unterschiedliche politische Stellungnahmen einzelner Soziologen. Nimmt man die beiden kontinentaleuropäischen Gründungsväter der Soziologie, Emile Durkheim und Max Weber, die meist als theoretische und methodologische Antipoden angesehen werden, exemplarisch heraus, so ist zwar jeder für sich, ein fast typisch zu nennender intellektueller ‚Nationalist‘, keiner aber maß dem Begriff der ‚Nation‘ einen wichtigen Stellenwert in der Soziologie bei. ... Das Nationale war in beiden Ländern so selbstverständlich, dass es kaum in Frage gestellt wurde und dass gleichzeitig Nation als analytischer Begriff der Vergesellschaftung eines Großkollektivs kaum als brauchbar erscheinen konnte“ (Bielefeld 2004: 433f.). In seiner Studie *Nation und Gesellschaft: Selbstthematierungen in Frankreich und Deutschland* (2003) behauptet Bielefeld, dass die klassische Soziologie (und das zeigt er am Beispiel von Emile Durkheim und Max Weber) eine nationale „Selbstthematierungswissenschaft par excellence“ gewesen sei. Sein Gesamtbefund, dass diese eine kritische Reflexion der Einheitskategorie der Nation sowie des für sie charakteristischen Zusammenhangs von Individualisierung und Kollektivierung hat vermissen lassen, erhellt durchaus einen zentralen Aspekt des methodologischen Nationalismus: „Erst die Nation bildet die politische Form der modernen Gesellschaft, die Tradition und Privilegien durch einen zu integrierenden Raum ersetzt, in dem ihr Recht gelten, ihre Sprache gesprochen, ihre Institutionen befürwortet und ihre Geschichte und Kultur gelebt und meist: erst erlernt und zu diesem Zweck hergestellt werden sollen. Unter Gesichtspunkten der Organisation und der Institutionalisierung bezog sich die Nation auf den Staat, in dem sie sich realisierte oder realisieren sollte“ (Bielefeld 2003: 47).

Heute tendiert man also sehr stark die Etablierung der Soziologie um 1900 fast ausschließlich vor dem Hintergrund von Nationalismus und Nationalstaat zu sehen und ist geneigt, die andere Tendenz der Zeit, die ‚erste Phase‘ der Globalisierung, weitgehend auszublenden. Wenn aber z. B. Bielefeld die Bindung der klassischen Soziologie an die Nation und damit die Bedeutung der Nationalisierung für die neue Disziplin ausgearbeitet hat, so ist die Bedeutung der damaligen Globalisierung für die Soziologie bisher noch nicht umfassend untersucht worden. Man hat klassische Gesellschaftstheorien noch nicht nach ihrem Bezug zur ‚Weltgesellschaft‘ und ‚Globalisierung‘ befragt. Diese Lücke will diese Arbeit nun schließen. Das ist die Aufgabe, die sie sich vornimmt. Ihr Ausgangspunkt stellt also die Frage: *wie die Soziologie um 1900 die Reichweite des Gesellschaftsbegriffs gefasst hat?* Um sie konkret zu beantworten, muss man allerdings eine Auswahl treffen. Hier werden deshalb drei soziologische ‚Klassiker‘ (Herbert Spencer, Emile Durkheim und Max Weber)

ausgewählt und ihre Werke werden als Quelle gelesen. Die Arbeit wird sich damit unvermeidlich an zum großen Teil durchaus bekanntes Text- und Quellenmaterial halten müssen, sie wird aber versuchen, den Stoff unter einer spezifischen Perspektive zu behandeln. Die Entscheidung für diese drei Klassiker wurde dabei durch zwei Gründe bestimmt: zum einen sind sie als Repräsentanten ihrer jeweils verschiedenen nationalen Traditionen sozialwissenschaftlichen Denkens exemplarisch, und zum zweiten sind sie als Repräsentanten der führenden industriellen und imperialistischen Nationen des späten 19. Jahrhunderts – England, Frankreich und Deutschland – für uns besonders relevant. Denn aus der Frage nach den Grenzen des Gesellschaftsbegriffs bei diesen Klassikern folgt auch die Frage, die hier eigentlich interessiert: *ob die genannten Theoretiker sich die Möglichkeit einer globalen Gesellschaft überlegt haben, und wenn ja, wie sie sich diese globale Ordnung vorstellten?* Kurzum: es wird gefragt, ob die Klassiker des Faches, deren Arbeiten bereits mehr als 100 Jahre zurückliegen, in Bezug auf die heutige Debatte um die ‚Weltgesellschaft‘ relevante Gedankengänge entwickelten. Diese Frage stellt sich nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund dessen, dass alle drei Theorien der Weltgesellschaft, die seit den 1970er Jahren entstanden, keinen besonderen Bezug auf die Klassiker nehmen. Die klassischen Gesellschaftstheorien werden von ihnen entweder ignoriert, oder implizit abgelehnt. Allein John W. Meyer stellt hier eine Ausnahme mit seiner allerdings nur sehr generellen Bezugnahme auf Max Webers Rationalisierungstheorie.

Ob eine solche Ignorierung der soziologischen Klassik in Sachen ‚Weltgesellschaft‘ (bzw. ‚Globalisierung‘) berechtigt ist, wird also in dieser Arbeit zu prüfen sein. Es gibt meiner Ansicht nach Indizien, die eher für das Gegenteil sprechen. Denn die klassischen Theorien waren ja fast ausnahmslos als Theorien sozialer Differenzierung konzipiert und nehmen Luhmanns Begriff der ‚funktionalen Differenzierung‘ durchaus vorweg (vgl. Schimank 2007). Denn dieser Begriff fasst ja das Prinzip zusammen, das bei Spencer und Durkheim als Differenzierung oder Arbeitsteilung von Institutionen und Organsystemen, bei Weber als Differenzierung von Wertsphären und Lebensordnungen aufgeführt wird. Deshalb müsste es wohl nicht überraschen, dass, trotz der These einer ‚Nationalisierung‘ der Soziologie um 1900, sich bei den Klassikern, wie z. B. Jörg Dürrschmidt betont, ausreichend Ansätze für eine Globalisierungstheorie finden: „In Bezug auf Emile Durkheim wird insbesondere auf seine Theorie der Arbeitsteilung verwiesen. Die Affinität zum Globalisierungsgedanken wird vornehmlich darin gesehen, dass in einer durch (industrielle) Arbeitsteilung zunehmend strukturell differenzierten Gesellschaft Formen ‚mechanischer Solidarität‘ geschwächt werden. Mit der Spezialisierung individueller Tätigkeiten sowie zunehmender Gruppenvielfalt und Mobilität geht danach eine Lockerung der Loyalität zu Staat, Familie, Ort und Tradition einher. Während auf der einen Seite die Ähnlichkeiten zwischen industrialisierten Gesellschaften zunehmen, nimmt zugleich das ‚Kollektibewusstsein‘ zunehmend

universalistische und menschheitliche Züge an. Aspekte dessen, was Giddens später als ‚disembedding‘ und ‚reembedding‘ umschreiben wird, klingen hier also bereits an. Im Falle Max Webers wird in ähnlicher Weise auf die in seinem Opus ‚Wirtschaft und Gesellschaft‘ entwickelte Rationalisierungsthese hingewiesen. Die Rückbindung an die Globalisierungstheorie kann hier in der tendenziell weltweiten Ausbreitung von modernen Rationalisierungsformen gesehen werden, die ihren Ursprung im calvinistischen Protestantismus nahmen. Augenfällig ist hier die Verwandtschaft zwischen Webers Rede von der Entpersönlichung sozialer Beziehungen, der zunehmenden Bedeutung und Verbreitung von Expertenwissen und technologischen Kontrolle über Mensch und Natur als allgemeine Charakteristika moderner Gesellschaft und bestimmten Aspekten der Globalisierungstheorie, z. B. Giddens Theorie der ‚abstract systems‘“ (Dürschmidt 2002: 26f.). Auch für Robert Robertson, so in seiner Studie *Globalization: Social Theory and Global Culture* (1992), war ‚Globalisierung‘, wenn auch nur implizit, neben ‚Nation‘ in der Soziologie von Anfang an present: “Nineteenth-century social theorists and sociologists, such as Comte, Saint-Simon and Marx, made what many now call globalization central to their analytical (as well as their political) work. During the later period of so-called classical sociology the situation became particularly complex on the sociological front, mainly because of the hardening and expansion of the apparatus of the nation state and the strengthening of nationalism. So the classical sociologists were faced with the Janus-faced problem of the simultaneity of ‘nationalism’ and ‘globalization’” (Robertson 1992: 15).

Das Neue der Fragestellung dieser Arbeit betone ich noch einmal, besteht also vor allem darin, dass die Gesellschaftstheorien der hier gewählten ‚Klassiker‘ durch die Brille der gegenwärtigen Entwicklung gelesen werden, die wir mit der Begrifflichkeit eines ‚globalen Zeitalters‘ verbinden. Sie werden damit nicht, wie bisher üblich, nur als drei Varianten einer Theorie der Moderne aufgefasst. Die Relevanz der ‚Klassiker‘ für den Weltgesellschaftsdiskurs kann meiner Meinung nach am besten durch einen indirekten Vergleich mit Niklas Luhmanns Ansatz überprüft werden. Denn seine Variante der Weltgesellschaftstheorie ist im Unterschied zu den anderen zwei Varianten Teil einer ausgearbeiteten Theorie der modernen Gesellschaft, die mit den klassischen vergleichbar wäre. Nach Luhmanns Auffassung sind nicht die räumlichen Grenzen (z. B. die Grenzen zwischen Nationalstaaten), sondern die Sinngrenzen zwischen den funktional ausdifferenzierten und tendenziell weltweit operierenden sozialen Systemen (z. B. die Subsysteme der Weltwirtschaft, der Weltpolitik, der weltweiten Wissenschaft oder des Weltrechts) für das Verständnis der modernen Gesellschaft konstitutiv. Aus dieser Perspektive ist das, was heute allgemein ‚Globalisierung‘ genannt wird, – und darin ist Luhmanns Ansatz umfassender als jedes Globalisierungskonzept – nichts anderes als die logische Folge einer historischen Entwicklung, die zur Durchsetzung der funktionalen

Differenzierung als primäre Differenzierungsform der Gesellschaft führte. Luhmann selbst grenzte sich allerdings von den Klassikern des Faches ab, indem er ihnen in Bezug auf die Theoriebildung mangelnde Komplexität vorwarf. Sie waren ihm ‚Klassiker‘, so er etwa in Bezug auf Durkheims Arbeitsteilungsbuch, nur im Sinne ihrer Fragestellungen, nicht aber der Lösungen, die sie präsentierten: „Der Text bleibt aktuell, solange seine Problemstellung kontinuierbar ist. Er bleibt maßgebend in einem ambivalenten Sinne: Man kann an ihm ablesen, was zu leisten wäre; aber nicht mehr: wie es zu leisten ist“ (Luhmann 1988: 20). Für ihn ist letztlich der territorial definierte und auf Menschen und Beziehungen zwischen Menschen (nicht aber auf ‚Kommunikation‘) fixierten Gesellschaftsbegriff der klassischen Soziologie nur ein Hindernis für die weitere Entwicklung der Gesellschaftstheorie, auch wenn er andererseits zugibt, dass die Soziologie in der Gesellschaftstheorie seit den Klassikern „keine nennenswerten Fortschritte“ gemacht habe (Luhmann 1998: 20).

Dass also der Begriff der ‚Gesellschaft‘ heute nicht mehr in den ‚Container‘ des Nationalstaates passt, ist in den Sozialwissenschaften inzwischen zum Gemeinplatz geworden. Ist es aber deshalb berechtigt zu meinen, dass das analytische Instrumentarium der klassischen Soziologie damit untauglich geworden ist? Eine solche Behauptung wäre offensichtlich zu hoch gegriffen. Denn es kann wohl zwar stimmen, dass die Soziologie um 1900 die Analyseebene des Nationalstaates bevorzugte, das bleibt aber auch heute der Normalfall. Bis heute repräsentiert das Nationale in den Sozialwissenschaften nicht nur die privilegierte räumliche Maßeinheit, sondern auch das Modell der sozialräumlichen Organisation, nach dessen Vorbild alle sozialen Beziehungen aufgefasst werden: „Soviel wir über Europa und die Globalisierung reden, wir unterscheiden in unseren ganz alltäglichen Vorstellungen die französische und die deutsche, die holländische und die englische Gesellschaft und mit dieser Unterscheidung meist auch die Menschen, die in ihnen leben. Die Geschichte Europas ist so sehr an diese Differenzierungen gebunden, dass man sie als Geschichte von Grenzziehungen, den damit verbundenen Konflikten, den realen und symbolischen Grenzüberschreitungen beschreiben kann. Dies gilt noch dann, wenn vom Singular der Weltgesellschaft die Rede ist. Auch sie wird schließlich in ein Ensemble nationaler Einheiten aufgelöst“ (Bielefeld 2004: 401). Es ist deshalb interessanter zu sehen, wie und mit welchen Akzentuierungen die klassische Soziologie die Globalisierungstendenzen der Zeit beobachtet hat.² Denn es finden sich auch bereits Autoren, die meinen, dass die aktuellen Debatten um die ‚Weltgesellschaft‘ produktiv an die gesellschafts- und handlungstheoretischen Konzeptionen der klassischen Soziologie anschließen können: „Zwar lässt sich der Gesellschaftsbegriff Durkheims schwer auf die globale Ebene übertragen, ohne Gefahr zu laufen, nun auch der Welt-‚Gesellschaft‘ eine

² So hat Theresa Wobbe (2009) jüngst gezeigt, dass Simmels Soziologie eben an keinem ‚methodologischen Nationalismus‘ leidet.

Einheitlichkeit zu unterstellen, die schon in Bezug auf den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts eher ideologisches Konstrukt als soziale Realität war. Doch die analytische Unterscheidung von Kultur und Gesellschaftsstruktur, die sich bei Durkheim und noch prägnanter bei Weber gegenüber reduktionistischen Erklärungsmustern soziokultureller Entwicklungen andeutete, sensibilisiert durchaus für unterschiedliche Dimensionen globaler Ordnungsbildung und ist für die Diskussion von Theorien der Weltgesellschaft instruktiv“ (König 2002: 151f.).

Abschließend will ich einige Worte über die Gliederung der Arbeit sagen. Die vorliegende Darstellung umfasst fünf Kapitel. Im ersten werden die heute bedeutsamsten Theorien der ‚Globalisierung‘ und der ‚Weltgesellschaft‘ überblickt. Das besondere Augenmerk gilt dabei der Weltgesellschaftstheorie von Niklas Luhmann. Sie geht von zwei Grundannahmen aus: dass Gesellschaft durch Kommunikation (bzw. „kommunikative Erreichbarkeit“) konstituiert wird, und dass „funktionale Differenzierung“ die vorherrschende Differenzierungsform in modernen Gesellschaften sei. Gegenstand des zweiten Kapitels ist die historische Herausbildung einer ‚Weltgesellschaft‘ um 1900 mit ihren kommunikationstechnischen, wirtschaftlichen und politischen Dimensionen. In diesem Kontext werden auch drei wichtige Beschreibungen dieser ‚Weltgesellschaft‘ präsentiert, die in der Begrifflichkeit von ‚Weltverkehr‘, ‚Weltwirtschaft‘ und ‚Weltpolitik‘ zusammengefasst werden. In den folgenden drei Kapiteln, die den eigentlichen Schwerpunkt der Arbeit bilden, werden die Gesellschaftstheorien von Herbert Spencer, Emile Durkheim und Max Weber dargestellt und nach ihrer Relevanz für den Weltgesellschaftsdiskurs befragt. Bei jeder dieser drei Gesellschaftstheorien wird ihr jeweiliges Gesellschaftskonzept (bzw. sein Fehlen) und ihr Modell sozialer Differenzierung dargestellt. Dann werden noch die sozialen Mechanismen analysiert, die in diesen Theorien für die soziale Entwicklung und Modernisierung als ausschlaggebend präsentiert werden. Für Spencer und Durkheim sind hier vor allem sozialökologische Ursachen am Werk, die zwangsläufig die strukturelle Umwandlung der Gesellschaft nach sich ziehen. Für Weber hingegen kommt der Durchbruch zur Moderne als Ergebnis einer zufälligen historischen Konstellation. Unabhängig davon, ob man von der Dialektik zwischen sozialer Integration und Differenzierung (Spencer), vom Zusammenwirken zwischen Volumen und Dichte der Gesellschaft (Durkheim), oder von sich autonom vollziehenden Rationalisierungsprozessen in verschiedenen gesellschaftlichen Ordnungen (Weber) ausgeht, beinhaltet jede dieser Theorien eine implizite Globalisierungsthese. Jeder der drei Klassiker steht damit vor dem Dilemma: ‚Nation oder Weltgesellschaft‘. Denn sie alle erkannten den Druck, der aus den sich damals ausbildenden globalen, funktional differenzierten gesellschaftlichen Ordnungen auf Nationalstaaten und Individuen zugeht und bezogen Position dazu.

1. Weltsystem, Globalisierung, ... Weltgesellschaft

1.1. Der Weg zur ‚Weltgesellschaft‘

"Die Bindung des Gesellschaftsbegriffs an den Nationalstaat hat lange Zeit verhindert, die soziale Welt in ihrer Gesamtheit als Einheit und eigenständigen Untersuchungsgegenstand zu denken. Ansätze dazu gab es zwar immer wieder, aber offensichtlich fiel es schwer, den letzten Schritt zu tun und den globalen Zusammenhang als etwas zu begreifen, das mehr und etwas anderes ist als die Summe der Nationalstaaten und deren Beziehungen" (Greve/Heintz 2005: 89). Die lang andauernde Tradition der Identifizierung von Gesellschaft und Nationalstaat, die hier von Bettina Heintz und Jens Greve diagnostiziert wird, hat seit den 1970er Jahren eine Reihe von Soziologen dazu veranlasst, auf Distanz zum Gesellschaftsbegriff zu gehen, wenn man transnationale Phänomene beschreiben wollte. So versuchten z. B. Immanuel Wallerstein mit seinem Begriff des ‚Weltsystems‘ und Anthony Giddens mit dem der ‚Globalisierung‘ sich von den nationalstaatlichen Konnotationen des Gesellschaftsbegriffs abzusetzen. Ganz anders verhielten sich drei andere Theoretiker – Peter Heintz, John W. Meyer und Niklas Luhmann –, die, statt auf den Gesellschaftsbegriff zu verzichten, ihn ins Globale verlegten. Unter den so entstandenen Theorien von ‚Weltgesellschaft‘ ist die Niklas Luhmanns dabei die am radikalste und gleichzeitig die am konsequenteste. Er definiert die ‚Gesellschaft‘ als ein Sozialsystem, das alle Kommunikationen in sich einschließt und damit die Umwelt für alle anderen sozialen Systeme bildet. Noch 1971 sah sich Luhmann aus der empirischen Annahme eines (aufgrund des weltweiten Verkehrs) „faktisch vereinheitlichten Welthorizontes“ für tendenziell alle Menschen genötigt, von der Existenz nur einer einzigen Gesellschaft – die „Weltgesellschaft“ – auszugehen. Auch fast 30 Jahre danach rückte er von seiner frühen These nicht ab. Explizit spricht er in *Die Gesellschaft der Gesellschaft* (1997) von den „Erkenntnisblockaden“ der Gesellschaftstheorie, die u. a. dazu führten, dass Gesellschaften als normativ integrierte und territorial begrenzte Einheiten nach dem Muster der Nationalstaaten aufgefasst wurden (vgl. Luhmann 1997: 25). ‚Gesellschaft‘ versteht er hingegen nur als eine Realität, die aus Kommunikationen besteht. Deshalb, wenn sich die Kommunikation weltweit vollzieht, müsste man von einer ‚Weltgesellschaft‘ ausgehen. Gesellschaft räumlich zu denken³, ergibt für Luhmann damit keinen Sinn, denn, so seine Auffassung, Kommunikation macht an nationalstaatlichen Grenzen natürlich keinen Halt.

³ So z. B. die Definition von Theodor Geiger, in: Bernhard Schäfers (Hg.), *Grundbegriffe der Soziologie*, 4. Aufl., Opladen 1995, S. 95.: „Gesellschaft bedeutet dem Wortursprung nach den ‚Inbegriff räumlich vereint lebender oder vorübergehend auf einem Raum vereinter Personen“.

Wenn es um die Analyse globaler Zusammenhänge geht, hat in den Sozialwissenschaften seit den 1990er Jahren allerdings nicht der Weltgesellschaftsbegriff, sondern der der ‚Globalisierung‘ eine nicht zu überbietende Prominenz errungen. Dabei sieht man ‚Globalisierung‘ primär aus zwei Perspektiven: „Eine davon ist die, dass ‚Globalisierung‘ grenzüberschreitend als Bewegung ‚nach außen‘, als ‚widening‘ und Ausdehnung von Reichweiten beschrieben wird; andererseits aber findet sich eine eher binnenorientierte Blick- und Bewegungsrichtung, so wenn von ‚time space compression‘, von Netzverdichtung usw. die Rede ist“ (Tyrell 2005: 22). Die Beiträge zur Globalisierungsdiskussion zeigen sich in diesem Sinne vom räumlichen Gesellschaftsverständnis durchaus nicht frei. Denn sie gehen in der Regel von territorial gebundenen Einheiten aus, um dann in „bottom up“-Manier die Auflösung ihrer vormals klar definierten Grenzen zu rekonstruieren. Konkret bildet die Annahme nationalstaatlicher Gesellschaftsformationen den noch geteilten Ausgangspunkt dieser Untersuchungen. Inwiefern sich die Konstitution dieser Einheiten selbst im Rahmen weltgesellschaftlicher Prozesse vollzogen hat bzw. weiterhin vollzieht, bleibt demgegenüber ausgeklammert. Das führt auf der einen Seite auf die globale Interdependenz und auf der anderen auf die Interdependenzunterbrechungsprobleme, die sich mit dem Nationalstaat verbinden: „Die ‚Globalisierung‘ hat – von ihrem Interdependenzsteigerungs- und Verdichtungssinn her – einen bislang nur unzureichend sichtbar gemachten Gegen-, ja Feindbegriff: den Nationalstaat ... Teilweise regiert eine Art Nullsummenspiel: Was ‚die Globalisierung‘ gewinnt, das verliert der Nationalstaat. Globalisierung ist dann ganz nah an ‚Denationalisierung‘, und die Literatur zur Frage ‚Does it undermine the authority of the nation-state?‘ ist inzwischen kaum noch überschaubar“ (ebd.: 29). In Hinsicht auf die Herstellung weltweiter Interdependenzen ist der Nationalstaat also die Organisation, die im Globalisierungsansatz neben der Vielfalt der Kulturen beispielhaft für die Unterbrechung von Kommunikations- und Verstehensmöglichkeiten steht. Der Staat und sein Grenzregime erscheint als der auffälligste Fall einer organisierten, also konsequent und intendiert betriebenen Kontakt- und Interdependenzunterbrechung, in der Regel in sprachlicher, in rechtlicher und nicht zuletzt in ökonomischer Hinsicht. Gerade dieses Grenzregime gerät nun aber angesichts wachsender Verkehrsdichten und Mobilität unter Globalisierungsdruck, und hier ist vor allem der Wohlfahrtsstaat tangiert: „Der Wohlfahrtsstaat ist ja der Fall von (weitgehend) legitimem Partikularismus und von Binnenmoral, mit erklärter Präferenz eben für die Wohlfahrt der eigenen Staatsbürger. Die Globalisierungsbotschaft ist aber nicht nur die, ‚dass viele ehemals wichtige Systemgrenzen bedeutungslos werden‘, sie ist gerade wohlfahrtsbezogen die von der ‚nachlassende(n) Integrationskraft des Nationalstaates‘“ (ebd.: 30).

Die Herausbildung eines weltweiten Zusammenhangs wird im Rahmen der Weltgesellschaftstheorie anders gefasst. Mit ‚Weltgesellschaft‘ verbindet man hier eine

starke Hypothese. Sie besagt, zumal in ihrer systemtheoretischen Variante, dass es heute lediglich eine Gesellschaft gibt, als globales Kommunikationssystem. Im Verhältnis zu diesem System sind alle anderen sozialen Strukturen nur dessen Innendifferenzierungen. Weltgesellschaft ist spätestens seit dem 15./16. Jahrhundert mit der europäischen kolonialen Expansion entstanden und hängt stark mit der primären Differenzierungsform moderner Gesellschaften zusammen.⁴ Diese Differenzierungsform ist die funktionale Differenzierung der Gesellschaft in autonome Subsysteme, die durch ihre spezifische Eigenlogik sich global ausbreiten. Heute, so die These, sind die gesellschaftlichen Funktionssysteme der Wirtschaft, Recht, Politik, Wissenschaft etc. also nur noch als globale Kommunikationszusammenhänge angemessen zu verstehen. Neben der systemtheoretischen Variante der Weltgesellschaftstheorie gibt es in der Soziologie allerdings noch zwei andere Ansätze, die die Weltgesellschaft als eine eigene Ebene der Sozialorganisation konzipieren: Peter Heintz entwickelte ein strukturtheoretisches Konzept der Weltgesellschaft, während John W. Meyer und seine Forschungsgruppe die institutionelle Ordnung der Weltgesellschaft über die globale Diffusion kultureller Normen und Regeln konzipieren. Für alle drei Konzepte stellt die Weltgesellschaft einen makrosoziologischen, differenzierungs- und strukturtheoretischen Erklärungsrahmen dar, der jedoch keine Einheitlichkeit aufweist, sondern sich vielmehr gerade durch kulturelle Heterogenität kennzeichnet. Daher widerlegen die Differenzen von Religion und Kultur nicht die Existenz der Weltgesellschaft als soziale Tatsache. Insbesondere Heintz und Luhmann haben darauf abgehoben, „dass die Leistungsfähigkeit der Theorie der Weltgesellschaft sich gerade daran wird erweisen müssen, dass es ihr gelingt, Unterschiede im System der Weltgesellschaft als interne Differenzierungen dieses Systems zu erweisen“ (Stichweh 2000: 13). Die Theorie der ‚Weltgesellschaft‘ befindet sich schließlich noch in ihren Anfängen und ist in vielen Hinsichten entwicklungsbedürftig, sie hat aber einen stärkeren Erklärungsanspruch als der Globalisierungsansatz. Denn sie bezieht den systemischen Kontext der Globalisierung ein. Die Globalisierungstheorie, z. B. die von Anthony Giddens, konzentriert sich zwar auf „das genetische Moment der Ausweitung oder der Delokalisierung bis dahin lokal begrenzter Phänomene“, sie tut dies aber nicht „aus dem Blickwinkel eines gleichzeitig entstehenden Systems einer höheren Systemebene, das Mechanismen der Globalisierung als Mechanismen des eigenen Strukturaufbaus nutzt“ (ebd.: 14).

4 Die historische Entstehung der ‚Weltgesellschaft‘ sieht Rudolf Stichweh, etwa ähnlich wie Immanuel Wallerstein, als Folge der kolonialen Expansion Europas im 15. und 16. Jahrhundert: „Die Weltgesellschaft beginnt in dem Augenblick, in dem eines der Gesellschaftssysteme nicht mehr akzeptiert, dass es neben ihm noch andere Gesellschaftssysteme gibt und dieses Gesellschaftssystem zusätzlich über die Instrumente und Ressourcen verfügt, diese Nichtakzeptation in strukturelle Realität umzuformen. Das ist historisch nur einmal passiert: In dem im 15./16. Jahrhundert beginnenden Prozess der Expansion der europäisch-atlantischen Gesellschaft, der über Kolonialisierung und andere Weisen des Zugriffs das Ganze der verbleibenden Welt in das eigene Gesellschaftssystem inkorporierte. Es gibt danach kein Wirtschaften, keine Erziehung, keine Religion und kein Wissen mehr, das sich dauerhaft außerhalb dieses Weltsystems halten könnte“ (Stichweh 2000: 249f.).

1.1.1. Internationales System, Dependenz- und Weltsystemtheorie

Grundideen der Theorie der ‚Weltgesellschaft‘ wurden schon früher formuliert, aber erst zögerlich und nicht so konsistent. In einem zusammenfassenden Aufsatz unter dem Titel *Die ‚Entdeckung‘ der Weltgesellschaft: Entstehung und Grenzen der Weltgesellschaftstheorie* unterscheiden Jens Greve und Bettina Heintz (2005) zwei Diskussionsstränge, die in dieser Hinsicht wichtig erscheinen: die in der Politikwissenschaft entwickelte Theorie des internationalen Systems einerseits, und die Kritik der Modernisierungstheorie seitens der Dependenz- und Weltsystemtheorie andererseits. Die knappe Darstellung dieser beiden Theoriestränge stützt sich hier stark auf den Beitrag von Greve und Heintz.

Die Übertragung des Gesellschaftsbegriffs auf die globale Ebene fand zuerst noch in den 1940er und 50er Jahren in den Rechtswissenschaften statt. Autoren wie *George W. Keeton* und *Georg Schwarzenberger* sprachen von einer weltweiten "internationalen Gesellschaft" bzw. sogar von einer "world society". Deren Bindungsprinzip wurde in den Machtverhältnissen gesehen. Das deutet aber schon auf eine im Vergleich zur Weltgesellschaftstheorie reduktionistische Perspektive hin, die sich auf Ereignisse im politischen System beschränkt: "Die Strukturmerkmale der 'world society' werden auf die (Macht-)Beziehungen der sie konstituierenden (nationalen) Einheiten zurückgeführt" (Greve/Heintz 2005: 92). Darüber hinaus wird Gesellschaft mit normativer Integration assoziiert, woraus folgt, dass ‚Weltgesellschaft‘ nicht als Realität, sondern als Zukunftsprojekt betrachtet wird: „Weltgesellschaft‘ ist aus dieser Sicht ein noch herzustellender Zustand, und das wiederholt vorgetragene Argument lautet, dass es bislang keine gemeinsamen Normen und Wertvorstellungen gibt, die diese globale Welt hinreichend integrieren könnten“ (ebd.). Dennoch wurde am Ende der 50er Jahre im Anschluss an Talcott Parsons ein Konzept des ‚internationalen Systems‘ formuliert, das dieses als eigenständige und irreduzible Systemebene begreift. So fasste *Morton Kaplan* das internationale System als ein Handlungssystem, das in (asymmetrischen) Austauschbeziehungen mit seiner Umwelt von nationalen, supranationalen und Persönlichkeitssystemen steht: „Kaplan geht zwar davon aus, dass der Einfluss der nationalen Subsysteme auf das internationale System zum gegenwärtigen Zeitpunkt größer ist als umgekehrt (upward causation), er schließt jedoch nicht aus, dass sich die Einflussrichtung im Sinne einer downward causation auch umkehren kann“ (ebd.). In der Politikwissenschaft wurde jedoch bald auch die Frage gestellt, ob in Bezug auf die internationale Ordnung, angesichts des Fehlens konstitutiver staatlicher Merkmale wie einer zentralen Regierung, einer verbindlichen Rechtsordnung und eines Gewaltmonopols, überhaupt von einem „System“ die Rede sein kann. *Talcott Parsons* bejaht dies, er fasst

aber den Begriff breiter als die Politikwissenschaftler, indem er das internationale System als soziales System interpretiert: "Ähnlich wie im Falle des Nationalstaats setzt soziale Ordnung für Parsons auch auf internationaler Ebene gemeinsame Werte voraus, die in Normen spezifiziert sind und qua Institutionalisierung und Internalisierung zum Bestand des sozialen Systems beitragen. Aus seiner Sicht hat sich seit dem 2. Weltkrieg ein weltweit akzeptierter Wertkomplex herausgebildet, dessen Kern die Modernisierung bildet. Modernisierung, verstanden als wirtschaftliches Wachstum und politische Unabhängigkeit, ist für Parsons ein übergeordneter Wert, der von allen Ländern – Regierungen wie Bevölkerungen – geteilt wird, unabhängig von Blockzugehörigkeit" (ebd.: 93). Obwohl Parsons den gemeinsamen Wert der Modernisierung feststellt, verweigert er die Verwendung des Gesellschaftsbegriffs für die internationale Ordnung. Denn ein soziales System ist für ihn ‚Gesellschaft‘ nur, wenn eine für ihre Mitglieder verbindliche normative Struktur existiert, die auch effektiv durchgesetzt werden kann. Dies erfordert eine Institutionalisierung der Normen im Rahmen eines Rechtssystems und eine Zentralgewalt, die in der Lage ist, die normativen Verpflichtungen innerhalb eines Territoriums zu kontrollieren und bei Abweichung zu sanktionieren: „Während diese Bedingungen für Parsons im Falle der Nationalstaaten gegeben sind, ist dies auf internationaler Ebene (noch) nicht der Fall, auch wenn er, unter Hinweis auf das Völkerrecht, die UNO und ein entstehendes ‚privates‘ transnationales Recht, eine Tendenz zur Institutionalisierung von globalen Normen konstatiert. So gesehen erscheint Parsons' Vermeidung des Gesellschaftsbegriffs letztlich empirische, nicht prinzipielle Gründe gehabt zu haben“ (ebd.: 94). Parsons' Idee, dass alle Länder nach ihrem Entwicklungs- bzw. Modernisierungsgrad eingestuft werden können, wird von *Gustavo Lagos* aus der Perspektive sozialer Schichtung weiterentwickelt. Für Lagos lässt sich die Position der Länder im internationalen Schichtungssystem anhand von drei Dimensionen bestimmen: wirtschaftliche Entwicklung, militärische Macht und Prestige: „Das internationale System selbst zeichnet sich durch drei Strukturmerkmale aus: 1. Die Koexistenz von formaler Gleichheit und struktureller Ungleichheit, indem alle Länder politisch gesehen zwar formal gleichberechtigt sind, faktisch aber auf den drei Dimensionen unterschiedliche Positionen einnehmen. 2. Schichtung im Sinne einer systematischen Ungleichheit zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern. 3. Im Falle der Entwicklungsländer eine wachsende Diskrepanz zwischen dem formalen und dem faktischen Status mit der Folge eines relativen Statusverlusts“ (ebd.: 95).

Die Texte von Parsons und Lagos stellen die Verbindung zur ‚*Modernisierungstheorie*‘ her. Sie entstand Ende der 40er Jahre und bildete bis Mitte der 60er die dominante makrosoziologische Orientierung. In diesem Theorierahmen wurde die Modernisierung, die noch seit Durkheim und Weber ein zentrales Thema der Soziologie geworden ist, zum ersten Mal systematisch auf nicht-westliche Gegenwartsgesellschaften ausgeweitet. Entscheidend

für den Erfolg der Modernisierungstheorie war dabei ihre Verbindung mit der Entwicklungsproblematik, entstanden aus der post-kolonialen Situation der 50er und 60er Jahre. Modernisierung und Entwicklung wurden damit zu synonymen Begriffen. Greve und Heintz heben drei Annahmen der Modernisierungstheorie hervor: "1. Modernisierung wird als ein endogener Prozess verstanden, d. h. als eine Entwicklung, die sich aus der inneren Dynamik der einzelnen Länder ergibt und nicht wesentlich von außen beeinflusst ist. 2. Dementsprechend sind es die einzelnen Länder, die die Analyseeinheit bilden. Die Tatsache, dass diese in ein umfassendes System eingebettet sind, wird kaum thematisiert. 3. Modernisierung wird als eine notwendige und irreversible Phasenfolge beschrieben, der universelle Gültigkeit zukommt. Im Zuge ihrer Modernisierung durchläuft jede nationale Gesellschaft die gleichen Phasen in gleicher Reihenfolge. Dies führt zu Konvergenz und Homogenisierung: Sofern sie den Zustand der Modernität erreichen, werden alle Länder am Ende durch ähnliche kulturelle Leitbilder und Institutionen geprägt sein" (Greve/Heintz 2005: 96). In den 1960er Jahren gerieten diese Annahmen jedoch zunehmend unter Kritik. Ein Kritikpunkt, der sich wesentlich mit *Reinhard Bendix* verbindet und der hier besonders interessieren dürfte, bezog sich auf die Endogenitätsannahme der Modernisierungstheorie und ihre Vorstellung, dass Modernisierung in allen Ländern weitgehend gleich abläuft. Im Gegensatz dazu betonte Bendix die Pfadabhängigkeit von Modernisierungsprozessen. Modernisierung kann sich in seinen Augen schon deswegen nicht überall auf gleiche Weise vollziehen, weil sie unter jeweils anderen historischen Bedingungen stattfindet. Die Modernisierungsprozesse in Europa wurden zwar weitgehend endogen verursacht, für die nicht-westlichen Gesellschaften jedoch stellen die bereits modernisierten Gesellschaften eine Bezugsgröße dar, an denen sie sich orientieren.

Neben dieser internen Kritik an die Modernisierungstheorie, entstand Mitte der 60er Jahre vor dem Hintergrund der ausbleibenden nachholenden Entwicklung vieler Staaten die ‚*Dependenztheorie*‘, deren Sicht auf das Entwicklungsproblem eine grundsätzlich andere war. Im Gegensatz zur Modernisierungstheorie, die vorwiegend in den USA entwickelt wurde, entstand die Dependenztheorie in Lateinamerika und war insbesondere mit der UN-Comisión Económica para América Latina (CEPAL) verbunden. Ihr Leiter, der Wirtschaftswissenschaftler *Raúl Prebisch*, ging von der Beobachtung einer Ungleichheit in den *terms of trade* zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aus: „Die Produktivitätsgewinne bei der Herstellung von Industriegütern, die in den industrialisierten Ländern (dem Zentrum) erzielt wurden und diese Güter dort billiger werden ließen, führten nicht dazu, dass sie im Handel mit den Rohstoff exportierenden Ländern (der Peripherie) für letztere ebenfalls günstiger wurden. D. h. die in den Industrienationen durch technologischen Fortschritt erzielten Preisvorteile wurden nicht an die Rohstoff exportierenden Nationen weitergegeben“ (ebd.: 97). Daraus leitete Prebisch die Empfehlung einer

Importsubstituierenden Wirtschaftspolitik ab, die bis in die 60er Jahre von den lateinamerikanischen Ländern tatsächlich angewendet wurde, sich zunehmend aber als gescheitert erwies. Das war der Kontext, in dem die Dependenztheorie entstand. Sie übernahm die Unterscheidung von Zentrum und Peripherie, und die Annahme, dass sich die wirtschaftlichen Bedingungen in den beiden Regionen wesentlich unterscheiden. Die Dependenztheoretiker bezweifelten aber im Vergleich zur CEPAL die Möglichkeit, die periphere Stellung durch eine endogene kapitalistische Entwicklung zu überwinden, sowie, dass die nationalen Eliten überhaupt an einer Überwindung der abhängigen Situation ihrer Länder interessiert sind. Die Dependenztheorie stellte das Problem der Abhängigkeit in den Vordergrund, sie bildete aber keine einheitliche Doktrin, außer, dass sie sich prinzipiell als Gegenprogramm der Modernisierungstheorie und der aus ihr abgeleiteten entwicklungspolitischen Empfehlungen verstand. So exemplarisch *André Gunder Frank*, der die Unterentwicklung der ‚Dritten Welt‘ zum großen Teil als ein historisches Produkt der vergangenen und andauernden wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den unterentwickelten Satelliten und den jetzt entwickelten Metropolen sieht: „Frank verwirft ... nicht nur die für die Modernisierungstheorie zentrale Unterscheidung von traditional und modern, sondern auch die Konvergenzannahme. Der entscheidende Unterschied zur Modernisierungstheorie liegt aber darin, dass er die Erklärungsrichtung umkehrt. Indem er Unterentwicklung nicht bloß auf die Beziehungen zwischen den Ländern zurückführt, sondern diese selbst als Teil eines globalen Zusammenhangs versteht, entwirft Frank eine radikal makrosoziologische Perspektive, die ähnlich auch von Furtado formuliert und später von Wallerstein ausgearbeitet wird: ‚Die als unterentwickelt bezeichneten Wirtschaften (sind) Subsysteme, deren Verhalten so lange nicht gänzlich zu begreifen ist, wie wir nicht Hypothesen verwenden, die sich auf die Struktur und Funktionsweise des globalen, übergeordneten Systems beziehen ... Daraus ergibt sich die Forderung, zu Hypothesen über die Struktur des Systems als Ganzes zu kommen (und das ist etwas ganz anderes als ‚internationale Beziehungen‘ im Sinne der traditionellen Theorie)“ (ebd.: 98).⁵

Furtados Forderung, die Welt als Ganzes in den Blick zu nehmen und sie zum Ausgangspunkt der Analyse zu machen, wurde seit den 1970er Jahren konsequent von *Immanuel Wallerstein* (*The Modern World-System*, 4 Bände) umgesetzt. Im Mittelpunkt seiner Theorie stellt er den Prozess der Entstehung und historischer Entwicklung der modernen kapitalistischen Weltwirtschaft als eines weltumspannenden Systems von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Die Besonderheit seiner Analyse besteht darin, dass er die

5 Die Dependenztheorie ist in gewissem Sinne als eine Weiterentwicklung der marxistischen Imperialismustheorien zu sehen, da sie die Unterentwicklung wie diese mehr oder weniger als Folge des formellen und informellen Kolonialismus betrachtet, der durch politische Mittel eine Deindustrialisierung der Kolonien vorangetrieben und sie dadurch zur wirtschaftlichen Abhängigkeit verurteilt haben soll. Inzwischen sind aber diese Theorien durch die extrem unterschiedliche und zum Teil äußerst erfolgreiche Entwicklung verschiedener Ex-Kolonien weitgehend falsifiziert worden.

Dynamik des ‚Weltsystems‘ aus diesem selbst heraus erklärt und das Weltsystem als Ganzes – und nicht mehr einzelne Gesellschaften – zur zentralen Analyseeinheit erklärt: "An diesem Punkt gab ich die Idee, als Analyseeinheit entweder den souveränen Staat oder den unschärferen Begriff ‚nationale Gesellschaft‘ zu nehmen, ganz und gar auf. Ich kam zu dem Schluss, dass beide nicht als soziale Systeme gelten können, dass man aber angesichts nur von sozialen Systemen von sozialem Wandel sprechen kann. Das einzige soziale System war in diesem Schema das Weltsystem ... Ich konnte damit Veränderungen in den souveränen Staaten als Konsequenz der Evolution und Interaktion des Weltsystems erklären ... Angenommen, ich hatte tatsächlich recht, das Weltsystem war die richtige Analyseeinheit und innerhalb dieses einzigen sozialen Systems waren souveräne Staaten nur als ein Typus von Organisationsstruktur neben anderen zu sehen - konnte ich denn mehr tun, als seine Geschichte zu schreiben?" (Wallerstein 1986: 18f.). Dabei geht Wallerstein davon aus, dass die moderne Welt primär als globales Wirtschaftssystem funktioniert. Dieses entstand zunächst nur in Europa, breitete sich aber dann im Zuge der europäischen kolonialen Expansion über den gesamten Globus aus: „Im späten 15. und frühen 16. Jahrhundert tauchte ein historisches Novum auf; es entstand das, was man eine europäische Weltwirtschaft nennen kann. Obwohl diese europäische Weltwirtschaft von ihrer Größe her durchaus einem Imperium entsprach und obwohl sie einige Grundzüge eines Imperiums besaß, war sie doch etwas anderes und etwas Neues. Es war ein in seiner Art einmaliges Sozialsystem, das noch heute den Grundzug des modernen Weltsystems bildet, und ist – anders als Imperien, Stadtstaaten und Nationalstaaten – eine wirtschaftliche, keine politische Entität ... Es ist ein Weltsystem, nicht weil es die ganze Welt umschließt, sondern weil es größer ist als jede juristisch definierte politische Einheit. Und es ist deshalb eine Weltwirtschaft, weil die Verbindung zwischen den Teilen des Systems vor allem eine ökonomische ist“ (ebd.: 27). Das Besondere der vormals europäischen kapitalistischen Weltwirtschaft liegt nach Wallerstein also darin, dass sie im Gegensatz zu früheren Weltwirtschaften nicht zerfiel oder in einem Weltreich umgewandelt wurde, sondern im Gegenteil: alle früheren Formen ökonomischer Systeme – Minisysteme und Weltreiche – abgelöst hat, sodass sie gegenwärtig als das einzig verbliebene historische System auftritt. Denn, es „gab auch schon früher Weltwirtschaften. Aber sie wurden immer in Reiche umgewandelt: China, Persien, Rom. ... (N)ur Europa begab sich auf den Weg der kapitalistischen Entwicklung, die es ihm möglich machte, die anderen auszusteichen“ (ebd.: 29).

Für Wallerstein zeichnet sich ein soziales System in erster Linie dadurch aus, dass es autark ist. Nach diesem Kriterium unterscheidet er zwischen Minisystemen einerseits und Weltreichen und Weltwirtschaften andererseits: „Mit der Verwendung eines solchen Kriteriums wird hier bestritten, dass die meisten Gebilde, die gewöhnlich als soziale Systeme

beschrieben werden – ‚Stämme‘, Gemeinschaften, Nationalstaaten – tatsächlich totale Systeme sind. Im Gegenteil, wir behaupten, dass die einzigen wirklichen sozialen Systeme einerseits die relativ kleinen, sehr autonomen Subsistenzwirtschaften sind, die nicht Teil eines regelmäßig Tribut fordernden Systems sind, und andererseits die Weltsysteme. Diese lassen sich klar von jenen unterscheiden, denn sie sind relativ groß; das heißt, sie sind, was man gemeinhin ‚Welten‘ nennt. Genauer betrachtet sind sie jedoch dadurch gekennzeichnet, dass ihre Selbstgenügsamkeit als ökonomisch-materielles Gebilde auf einer umfassenden Teilung der Arbeit beruht, und dass sie in sich eine Vielzahl von Kulturen enthalten. Es wurde weiterhin behauptet, dass bisher erst zwei Arten eines solchen Weltsystems bestanden haben: Weltreiche, in denen sich ein einziges politisches System über den Großteil des Gebietes ausbreitet, wie abgeschwächt auch immer der Grad seiner tatsächlichen Herrschaft ist, und Systeme, in denen es über den ganzen – oder im wesentlichen den ganzen – Raum ein solches einziges politisches System nicht gibt. Der Bequemlichkeit halber und weil es keinen besseren Begriff gibt, wählen wir zur Beschreibung des letzteren den Begriff ‚Weltwirtschaft‘“ (ebd.: 518).⁶ Warum hat aber die kapitalistische Weltwirtschaft eine solche Stabilität erwiesen, indem sie 500 Jahre überdauerte? Nach Wallerstein liegt das Geheimnis ihrer Stärke darin, dass „der Kapitalismus als Wirtschaftsweise sich darauf gründet, dass die Wirtschaftsfaktoren in einem Gebiet wirksam sind, das größer ist als das, das ein politisches Gebilde völlig kontrollieren kann. Dies gibt den Kapitalisten eine strukturell begründete Handlungsfreiheit“ (ebd.: 519). Darüber hinaus erlaubt die politische Struktur von Weltwirtschaften einen ungleichen Tausch, indem starke Zentralstaaten schwache Peripherie-Gebiete ausbeuten. Der in Europa entstandene Kapitalismus hat eine räumliche Verlagerung ökonomischer Funktionen auf die Welt bedingt, die mit dem Auf- und Abstieg hegemonialer Mächte und peripherer wie semiperipherer Gebiete sowie mit der Einbeziehung von Außenarenen einherging: „Die Teilung einer Weltwirtschaft bedeutet auch eine Hierarchie von Aufgaben, wobei den höherrangigen Gebieten die Aufgaben vorbehalten sind, die ein höheres Niveau an Ausbildung und größere Kapitalisierung erfordern. Da eine kapitalistische Weltwirtschaft im wesentlichen akkumuliertes Kapital, inklusive menschliches Kapital, höher belohnt als ‚rohe‘ Arbeitskraft,

6 In einem Wörterbuchartikel bemerkt I. Wallerstein, dass sein Weltsystem-Konzept (world-system) auf *Fernand Braudels* Begriff der „economie-monde“ zurückzuführen ist. Braudel bezeichnet damit nicht die Weltwirtschaft als die Struktur des Handels und der Finanzströme zwischen souveränen Staaten, so Wallerstein, sondern eine emergente Ordnung innerhalb der Welt als umfassendes Ganzes: „By that term, he wished to indicate that he was referring not to the world, but to a world, not to ‚the economy of the world‘, but to ‚an economy that is a world‘. Consequently, Braudel was not referring to the economic relations among constituted and hypothetically independent political units inside that world, but to economic processes within that world in its entirety, that world which is a single economic system“ (Wallerstein 2003: 745). Wallerstein betont dabei der Gegensatz seiner Analyseperspektive zur Modernisierungstheorie, die primär endogen erklärt und die Welt nur als System von Nationalstaaten versteht: "The units that have been ‚developing‘ over time were considered not to be the so-called nation-states but rather the world-system. This was an argument against ‚developmentalism‘ or Modernization theory which assumed the existence of parallel logically independent entities, the nation-states, each pursuing parallel efforts at linear development, albeit with unequal success to date“ (ebd.: 746).

hat die ungünstige geographische Verteilung der anspruchsvollen Tätigkeiten einen starken Trend, sich selbst zu erhalten. Dies wird von den Kräften eines Marktplatzes eher verstärkt als unterminiert. Und dass ein zentraler politischer Mechanismus für die Weltwirtschaft fehlt, lässt die Kräfte, die gegen diese ungünstige Lohnverteilung gerichtet sind, kaum eindringen. ... Was diesen Umstand verschleiern kann, ist, dass der Entwicklungsprozess einer Weltwirtschaft technologische Fortschritte hervorbringt, die eine Ausweitung der Grenzen der Weltwirtschaft ermöglichen. Dann können einzelne Regionen der Welt ihre strukturelle Rolle in der Weltwirtschaft zu ihren Gunsten verändern, auch wenn die ungünstige Lohnverteilung zwischen den verschiedenen Sektoren der Weltwirtschaft als Ganzes sich gleichzeitig verschlechtert“ (ebd.: 521).

In ihrem Aufsatz fassen Greve und Heintz die hier angeführten Theorien in ihrem Bezug auf die ‚Weltgesellschaft‘ wie folgt zusammen: „Die Theorien des internationalen Systems vermeiden zwar den Begriff der Weltgesellschaft, nehmen aber wesentliche Überlegungen der Weltgesellschaftsforschung vorweg. Vor allem die makrosoziologische Perspektive und die emergenztheoretische Vorstellung von einer irreduziblen internationalen Ebene werden für die späteren Weltgesellschaftstheorien wichtig. Die Modernisierungstheorie hingegen verengt den Blick auf die Ebene der Nationalstaaten, wenn auch in vergleichender Perspektive. Gustavo Lagos und Talcott Parsons konzeptualisieren vor diesem Hintergrund den globalen Zusammenhang als internationales Schichtungssystem, das über den konzeptuellen Wert der Modernisierung legitimiert ist. Die Dependenztheorie radikalisiert diese schichtungstheoretische Perspektive, indem sie das internationale System „als eine Art Feudalsystem interpretieren, das auf einer asymmetrischen Tauschbeziehung zwischen den Ländern des Zentrums und der Peripherie beruht“ (Greve/Heintz 2005: 100). Hier werde die Außenwelt nun als primäre Ursache der „Entwicklung der Unterentwicklung“ gesehen, aber der Wechsel von der nationalen zur globalen Ebene werde nur zögerlich vollzogen. Erst die Weltsystemtheorie von Wallerstein setze konsequent auf eine globale Analyse an: „Analytischer Ausgangspunkt ist der globale Zusammenhang, der von ihm – allerdings verkürzt auf die Ökonomie – als eine eigenständige Strukturform mit eigenen Gesetzen und determinierender Wirkung beschrieben wird. Was aus der Perspektive der früheren Theorien bis hin zur Dependenztheorie als Außenwelt erscheint, wird bei Wallerstein zur Innenwelt: sämtliche Einheiten und Prozesse sind als Binnendifferenzierungen des Weltsystems zu begreifen. Im Unterschied zur Theorie des internationalen Systems ist das Strukturprinzip ein ökonomisches und kein politisches, und anders als in Parsons Lesart wird die mögliche Einheit des internationalen Systems nicht über gemeinsame Werte oder Normen, sondern über die wechselseitigen wirtschaftlichen Verflechtungen bestimmt“ (ebd.). Für Wallerstein ist die gegenwärtige historische Epoche also durch die Integration der verschiedenen Gesellschaften und ihrer Kulturen in die eine allumfassende Arbeitsteilung der

kapitalistischen Weltwirtschaft gekennzeichnet. Das dadurch entstandene soziale Gebilde bezeichnet er aber als „System“, und nicht etwa als ‚Gesellschaft‘. Er bleibt darüber hinaus durch seine vom Marxismus beeinflusste ökonomische Betrachtung gesellschaftlicher Prozesse gegenüber anderen (auch: früheren) Ansätzen reduktionistisch. Die Akkumulation von Kapital ist das grundlegende Element der Entwicklung des Weltsystems und ihre Kräfte sind die primären Kräfte, die diese Entwicklung leiten. Der politische Rahmen eines „interstate system“ einerseits und einer komplexen Konfiguration von Weltanschauungen andererseits bilden nur den ‚Überbau‘ der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die politischen und kulturellen Strukturen des globalen Systems, seien sie auch noch so heterogen in ihrer Erscheinung, sind laut Wallerstein allein durch die Logik des weltweiten Kapitalismus geformt (oder sogar hervorgebracht) worden: „Wir können daher aus der Analyse des Weltsystems lernen, wie sich die Welt entwickeln würde, wenn die Akkumulation von Kapital die primäre Kraft dieser Entwicklung wäre. Alle speziellen Hypothesen basieren auf dieser grundsätzlichen Annahme. Wir lernen jedoch nichts über den spezifischen Beitrag nicht-ökonomischer Kräfte für die Entwicklung des Weltsystems als ein System, das weit über die ökonomische Dimension hinausreicht, einschließlich der politischen Dimension als unabhängigem Faktor und den Dimensionen der Gemeinschaftsbildung und Kultur. Außerdem können wir voraussetzen, dass sich auch die Weltwirtschaft nicht in der Weise entwickelt hätte, wie sie es getan hat, wenn sie nicht von den nicht-ökonomischen Faktoren der politischen Herrschaft, Gemeinschaftsbildung und kulturellen Universalisierung vorangetrieben worden wäre“ (Münch 2004: 323). Der Reduktionismus von Wallersteins Ansatz wurde von Anfang an aus verschiedenen Richtungen kritisiert, jedoch erst im Rahmen der Globalisierungs- und Weltgesellschaftsforschung überwunden und durch eine komplexere mehrdimensionale Betrachtungsweise ersetzt.

1.1.2. Globalisierungstheorien

In seinem Aufsatz *Singular oder Plural – Einleitende Bemerkungen zu Globalisierung und Weltgesellschaft* (2005) bemerkte Hartmann Tyrell, dass der seit den 1980er Jahren aufgekommene Prozessbegriff der ‚Globalisierung‘ sich seinem Konkurrenten gegenüber als viel erfolgreicher erwies: der „weltweite Aufmerksamkeitserfolg des Begriffs war im ‚semantischen Verdrängungswettbewerb‘ daran beteiligt, das Entwicklungsvokabular (weiter) in den Hintergrund treten zu lassen. ... Die Unwiderruflichkeit der Bewegung hin auf die Eine Welt bzw. den einen Markt ist vor allem für die neoliberalen oder ‚hyperglobalistischen‘ Propagandisten die zentrale Botschaft der ‚Globalisierung‘ – kombiniert mit der Auskunft, dies alles sei schlechterdings neu und werde die Sozialverhältnisse allerorten

revolutionieren; vor allem ‚der Nationalstaat‘ in seiner territorialen Limitierung sei davon betroffen. ‚Globalisierung‘ hat sich zudem durchgesetzt mit einem Begleitvokabular von ‚connectedness‘, ‚interconectivity‘ oder ‚Vernetzung‘, und es ist der Schub der weltweite-grenzüberschreitenden Netzverdichtungen, wie ihn vor allem die Ausbreitung des Internets repräsentiert, der das Neue der sich herstellenden Welteinheit plausibilisiert“ (Tyrell 2005: 4f.). Einige Charakteristika des Globalisierungsbegriffs, so Tyrell, unterscheiden ihn deutlich vom früheren Entwicklungsbegriff der Modernisierungstheorie: 1. Globalisierung operiere nicht mit der Differenz von ‚entwickelt‘ und ‚unterentwickelt‘. 2. Sie habe keine Vision, kein menscheitsweites ‚Heilsversprechen‘, sie sei ohne Anschluss an das für das Entwicklungsvokabular herausgestellte christliche Erbe oder an die Geschichtsphilosophie der Aufklärung. 3. Sie sei auch, im Unterschied zur ‚Entwicklung‘, nichts Aktivierbares, analog der Entwicklungshilfe in tätige Politik Umsetzbares. Stattdessen werde sie beschrieben als etwas extern Zuzurechnendes (‚die Märkte‘!) und damit als etwas nahezu Schicksalhafteres, zu dem sich Staaten, Organisationen oder Individuen nur adaptiv verhalten können. 4. Schließlich beziehe sich Globalisierung auf eine Diskontinuitätsaussage, die die radikale Neuheit des Phänomens betont.

In seinem Einführungsbuch *Globalisierung* (2002), das dem hier folgenden Überblick des Globalisierungsansatzes als Grundlage dient, bemerkt Jörg Dürrschmidt wiederum, dass sich wie bei kaum einem anderen soziologischen Konzept in der Rede über Globalisierung Theorie und Realität ineinander schieben: „‚Globalisierung‘ beschreibt zunächst eine Vielfalt realgeschichtlicher Transformationen in Richtung auf globale Vernetzungen und Abhängigkeiten. Sehr schnell passiert es dann, dass dieser Sammelbegriff in einer Weise benutzt wird, die dann ‚Globalisierung‘ als die ‚Logik‘, die ‚Kraft‘ oder den eigentlichen ‚Prozess‘ hinter all den komplexen und widersprüchlichen Transformationsprozessen erscheinen lässt. Mit anderen Worten, das deskriptive Konzept ‚Globalisierung‘ transformiert unter der Hand in eine kausale Kraft mit normativer Geltung. Als Konsequenz werden realgeschichtliche Transformationsprozesse simplifiziert und der Begriff der ‚Globalisierung‘ verliert seine empirische Fundierung“ (Dürrschmidt 2002: 12). Die Unschärfe des Phänomens führt auch dazu, dass man sich in der Soziologie bisher nicht über eine endgültige Definition einigen konnte. Stattdessen hat jeder Theoretiker seine eigene Perspektive im Hinblick auf den Prozess entwickelt. So bezeichnet Roland Robertson, der Gründungsvater der soziologischen Globalisierungstheorie, mit ‚Globalisierung‘ sowohl den strukturellen Zusammenhang weltweiter Vernetzung als auch das wachsende öffentliche Bewusstsein dafür: „Globalization as a concept refers both to the compression of the world and the intensification of consciousness of the world as a whole“ (Robertson 1992: 8). Für Anthony Giddens ist Globalität wiederum vor allem eine Folge der Ausdehnungstendenzen der Institutionen der westlichen Moderne: „Er definiert folglich Globalisierung als ‚the

intensification of worldwide social relations which link distant localities in such a way that local happenings are shaped by events occurring many miles away and vice versa“ (Dürschmidt 2002: 14). Für Ulrich Beck umfasst Globalisierung „die Prozesse, in deren Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure, ihre Machtchancen, Orientierungen, Identitäten und Netzwerke unterlaufen und querverbunden werden. ... In Kontinuität und zugleich Abgrenzung dazu wird dann Globalität bestimmt als ‚[das Leben] in einer Weltgesellschaft, und zwar in dem Sinne, dass Vorstellungen geschlossener Räume fiktiv werden“ (ebd.: 15). Schließlich ist für Martin Albrow der materiell-räumliche Aspekt der Globalisierung am wichtigsten: „Global is above all a space reference, the product of the location of the earth in space, a material celebration of the natural environment on which human beings depend, the evocation of the concrete wholeness or completeness of existence, embracing humanity rather than dividing it“ (Albrow 1996: 83). Im Unterschied zu Robertson und Beck betont Albrow ausdrücklich, dass ‚Globalität‘ zunächst unabhängig ist von globalem Bewusstsein und menschlichem Handeln. Deshalb fasst er ‚Globalisierung‘ vor allem als eine komplexe Konfiguration historischer Transformationen, die menschliches Handeln auf diesem Planeten zunehmend in einen globalen Bezugsrahmen stellt: sie ist „the aggregate of historical changes over a determinate period of history (by which) the globe as a whole becomes the material reference point for individual and collective actors“ (ebd.: 99).

Obwohl es mittlerweile eine Vielzahl von Globalisierungskonzepten gibt, bilden vor allem die Theorien von Giddens, Robertson, Albrow und David Harvey, wenn auch noch in den 1990er Jahren entstanden, weiterhin den theoretischen Kern dessen, was heute als soziologischer Globalisierungsdiskurs fungiert. Deshalb werde ich hier ihre Theorien kurz darstellen. Ich beginne mit *Anthony Giddens*. Seine Analyse geht davon aus, dass eine Konfiguration von vier nicht aufeinander reduzierbaren „*institutional clusters*“ („capitalism“, „industrialism“, „surveillance“ and „military power“) die Infrastruktur für das Globalisieren der Moderne bereitstellte. Für Giddens ist das im Zusammenspiel dieser Dimensionen der Moderne gebündelte Potential für ökonomische Expansion, technologische Effizienz und Zentralisation administrativer Kontrolle, das den scheinbar unaufhaltsamen globalen Siegeszug der westlichen Moderne erklärt. Er betont allerdings, dass westliche Moderne nicht dasselbe meint wie westliche Zivilisation, denn mit der Universalisierung westlicher institutioneller Formen zunehmend globale Zusammenhänge und Abhängigkeiten entstehen, die den westlichen Hegemonieanspruch unterlaufen: „The declining grip of the West over the rest of the world is not a result of the diminishing impact of the institutions which first arose there but, on the contrary, a result of their global spread“ (Giddens 1994: 51f.). Globalisierung ist für Giddens somit nicht als Verwestlichung der Welt zu verstehen, sondern als ‚Übersetzung‘ der *institutional clusters* der (westlichen) Moderne in einen globalen Kontext, wobei diese

institutionellen Schienen selbst eine Transformation erfahren. Denn alles wird im Rahmen der globalen *division of labour* neu gestaltet: nicht nur Wirtschaft und Technologie, sondern auch Politik und Kultur. Die Transformation von nationalstaatlich intern organisierter *surveillance* zu einem globalen nation-state system ist deshalb nicht weniger von Bedeutung.

Wie erklärt sich die Transformation der institutionellen Dimensionen der Moderne in Dimensionen der Globalisierung? Giddens führt, so Dürrschmidt, zusätzliche „*facilitating conditions*“ ein, um die globalisierende Dynamik der Moderne erklären zu können: „Demnach beruht die inhärente Globalisierungstendenz der Moderne auf drei komplementären Prozessen: *time-space distancing*, *disembedding/reembedding*, (*institutional*) *reflexivity*“ (Dürrschmidt 2002: 49). *Time-space distancing* bezieht sich auf die grundlegende Reorganisation raum-zeitlicher Kontextualitäten im Prozess der Modernisierung. Zeit und Raum werden standardisiert, quantifiziert und gemessen, und somit zunehmend unabhängig von lokalen und regionalen soziokulturellen Einbettungen gemacht. Man legt stattdessen globale Zeitzonen und einen weltweit standardisierten Kalender fest und führt allumfassende und standardisierte Weltkarten und Atlanten ein. Die Entkopplung und lokalspezifische Entleerung von Zeit und Raum eröffnet damit die Möglichkeit ihrer abstrakten Koordinierung über immense Distanzen hinweg. Das hat natürlich Folgen für die raum-zeitliche Orientierung sozialen Handelns: „*Time-space distancing* ist folglich für Giddens die Vorbedingung für die mit *disembedding* und *reembedding* beschriebenen Prozesse des Herauslösens sozialer Beziehungen aus lokalen Interaktionskontexten und ihrer Restrukturierung über raum-zeitliche Distanzen hinweg. Man kann sich diesen Prozess mit Giddens im weltweiten Operieren bürokratischer Institutionen verdeutlichen (z. B. WTO), aber die Alltäglichkeit von *disembedding/reembedding* wird deutlicher, wenn man an die Aufrechterhaltung von Freundschaften und Familienbanden zwischen Kontinenten via Telefon, Flugzeug und Internet denkt. Wie diese Illustration bereits andeutet, impliziert das Herauslösen sozialer Beziehungen aus den raum-zeitlichen Strukturen lokaler Milieus zugleich die Inanspruchnahme von nicht personalisierten Wissensstrukturen und Kommunikationssystemen“ (ebd.: 49f.). Die globalisierte Moderne beruht demnach auf alltäglichem Vertrauen in das Zusammenspiel von universalen Austauschmitteln wie Geld und technischer Infrastruktur wie Internet, Flugzeugen, Kreditkarten etc. Insofern *disembedding* zunehmende Mobilität und Auflösung traditionaler Lebensmuster in komplexere soziale Verhältnisse bedeutet, zieht diese Entwicklung auch eine gesteigerte Reflexivität nach sich. Das heißt: „dass mehr oder weniger alle sozialen Praktiken fortlaufend im Lichte neuer Information reexamiert und transformiert werden. Dies betrifft Institutionen genauso wie Individuen. ... Insbesondere geht es um Prozesse reflexiver Identitätsfindungen im Kontext erodierender lokaler Traditionen und Milieus und das Geworfensein in globale Möglichkeiten und Verantwortungen, die von Giddens

zutreffend mit *life politics* beschrieben werden“ (ebd.: 50f.). Vor dem Hintergrund dieser drei Dynamiken lässt sich zusammenfassend sagen, dass für Giddens Globalisierung sich weniger durch die Universalisierung moderner institutioneller Muster als vielmehr durch die Restrukturierung sozialer Beziehungen kennzeichnet: „Und es ist die mit dieser Restrukturierung einhergehende radikale Auflösung traditionaler Lebensmuster, das alltägliche Infragestellen von Wissen durch Wissen, die zunehmend komplexere Verflechtung von Globalem und Lokalem, von ‚hier‘ und ‚dort‘, sowie die Verflüssigung von kollektiven und personalen Identitäten: Es sind all diese Faktoren, die Giddens die globalisierte Moderne als eine radikalisierte Moderne charakterisieren lassen“ (ebd.: 51).

Roland Robertson hat sich seinerseits in erster Linie bemüht, seine Globalisierungstheorie von ökonomisch oder politisch definierten Weltsystemtheorien zu emanzipieren, indem er sich auf die globale Kultur fokussiert. Unter ‚Kultur‘ versteht er dabei die Lebens- und Symbolwelten und den sich darin generierenden Interpretationsmustern und Identitätsformen. Sein Ansatz baut auf drei Kerngedanken: „Erstens lässt sich die globale Gesellschaft nicht auf Weltmarkt gesteuerte Integration oder institutionalisierte weltpolitische Konfigurationen reduzieren. ... Zweitens bedeutet der *cultural turn* in Robertsons Theorie somit, dass die Formen *kultureller und symbolischer Reflexivität* von bzw. über Globalisierung aufgewertet werden gegenüber den systemischen Strukturen von Globalisierung. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass Robertsons Definition von Globalisierung ... nicht nur von der Kompression der Welt zu einem singulären Ort, sondern auch von der Intensivierung des Bewusstseins von dieser Welt als einer ganzheitlichen Einheit spricht. ... Drittens: Robertson geht es ... um die Analyse der *konkreten Strukturierung der Welt, in der wir leben*. Er plädiert für eine konkrete Analyse der Komplexität, Widersprüchlichkeit und Kontingenz von globalen Ordnungsformen und Integrationsmustern jenseits der Annahme systemischer Weltzusammenhänge. Der *cultural turn* bedeutet in diesem Zusammenhang also keineswegs eine neue Form von (diesmal kulturellem) Reduktionismus, sondern eine ‚methodisch-pragmatische Wende‘ hin zu einer empirisch orientierten Entschlüsselung von Globalisierung als erfahrbarem und (mit)gestaltbarem Prozess, der in seiner Richtung nicht auf eine expansive Kapitallogik reduzierbar ist“ (Dürschmidt 2002: 53f., Herv.i.O.). Robertson bleibt in der empirischen Umsetzung seiner Theorie allerdings eher illustrativ. Das strukturierende Prinzip hinter den Transformationen der modernen Kultur ist für ihn im *universalism-particularism nexus* zu finden. Damit meint er im Grunde eine zweifache Kontextualisierung: „die Aneignung universeller Werte und Artefakte im Kontext lokaler und lebensweltlicher Gemeinschaften einerseits sowie die Werbung für bzw. Verteidigung von lokalen und regionalen Werten und Identitätsformen in einer globalen Arena andererseits“ (ebd.: 54). Die konkrete Durchdringung des Universalen und Partikulären kommt dabei in verschiedensten Formen

zum Ausdruck: sowohl in der zunehmend globalen Verbreitung nationalistischer und fundamentalistischer Bewegungen als auch in der flexiblen Zuschneidung globaler Konsumangebote für lokale und milieu-spezifische Geschmäcker.

Die globale Kultur präsentiert sich also aus Robertsons Perspektive als ein Feld, auf dem die spezifischen Beiträge der verschiedenen Zivilisationen deutlicher, weil vergleichbarer werden und sich als Konkurrenten begegnen. Nicht zuletzt sehen sich die außereuropäischen Kulturen in ihren spezifischen Moral- und Wertvorstellungen durch die Idee universaler Menschenrechte herausgefordert. In späteren Arbeiten ersetzt Robertson den *universalism-partikularism nexus* durch den *global-local nexus* und spricht in diesem Sinne von „*glocalization*“. Damit meint er wiederum die Vermischung von Globalem und Lokalem in konkreten Formen globaler Lokalisierung und lokaler Globalisierung. In seinen jüngsten Arbeiten führt er schließlich den Begriff des *global field* ein. Dieses setzt sich aus vier ‚Hauptkoordinaten‘ zusammen, die auch relativ autonom sind: a) das individuelle Selbst, b) die Nationalgesellschaft, c) das internationale System der Gesellschaften, d) die Menschheit. Jede dieser Koordinaten ist als Bezug- und Orientierungspunkt für das Handeln der Individuen eine selbständige Größe: „Das Individuum (a) im globalen Feld z. B. ist nicht mehr nur als Staatsbürger eines Nationalstaates (b) definiert, sondern Individualität und biographische Identität bilden sich auch durch den kritischen Vergleich mit Entwicklungen in anderen Gesellschaften (c) im Hinblick z. B. auf die Menschenrechte sowie durch das sich herausbildende Selbstverständnis als Teil der menschlichen Gattung und deren Schicksal auf diesem Planeten (d) heraus“ (ebd.: 56). Die Positionierungen unterschiedlicher Akteure im globalen Feld bedingt dabei unterschiedliche Welt- und Selbstinterpretationen und somit auch potenziell konfligierende Projektionen sozialen Handelns. Für Robertson ist die globalisierte Welt von heute deshalb schließlich vor allem eine Arena, auf der konkurrierende Weltanschauungen und Lebensformen miteinander in Beziehung treten.

David Harvey akzentuiert im Unterschied zu Robertson nicht die kulturelle Dimension von Globalisierung, sondern das erfahrungsweltliche Schrumpfen raum-zeitlicher Entfernungen (*time-space compression*) als Ergebnis der technologischen Entwicklungen. Für ihn ist die Verdichtung und Neuordnung von geographischen Räumen und Erfahrungswelten der Erklärungsgegenstand, aus dem heraus die heutige Gesellschaft verstanden werden muss. Dabei betrachtet er die Globalisierung aus einer neomarxistischen Perspektive heraus primär als eine dem Kapitalismus innewohnende Tendenz. *Time-space compression* ist für Harvey damit ein Phänomen, das in erster Linie mit der Logik der kapitalistischen Entwicklung zusammenhängt. Die Kompression räumlicher und zeitlicher Distanzen beschreibt er dann als einen historischen Prozess, der, verkehrstechnologisch gestützt, sich noch seit dem 16. Jahrhundert in sequenziellen Schüben entfaltet. Die Kulmination dieser Entwicklung bildet für ihn die moderne satellitengesteuerte und computerisierte Telekommunikation: „In einem

Kontext, in dem Kommunikation über Satellit auf 800 km dasselbe kostet wie auf 8000 km, wo die soziokulturelle Landschaft dieser Welt auf den simultanen Empfang ähnlicher oder gleicher Bilder in unseren Wohnzimmern reduziert wird, wo E-mail quasi-simultanes Entscheiden über Distanzen hinweg ermöglicht, so Harvey, macht es Sinn, von einer ‚annihilation of space through time‘ zu sprechen“ (Dürschmidt 2002: 59). Diese jüngste Runde von *time-space compression* steht laut Harvey im Kontext der letzten Entwicklung in der „historical geography of capitalism“, die vor allem durch das Zusammenspiel von globaler Dispersion des Produktionsprozesses bei gleichzeitiger Konzentration von Entscheidungsprozessen in wenigen globalen Städten charakterisiert ist. Letzteres macht auch sichtbar, „dass das Verschwinden räumlicher Schranken nicht etwa die globale Homogenisierung von Raum oder die Nivellierung lokaler Unterschiede meint. Vielmehr bedeutet dies die Sensibilisierung von Kapital und anderen global operierenden Akteuren für relative lokale Vorteile (z. B. billige Arbeitskräfte, gute Verkehrsverbindungen etc.) sowie umgekehrt die Notwendigkeit, lokale Unterschiede vorteilhaft auf globaler Bühne zu propagieren“ (ebd.: 60). Die Kompression von Raum und Zeit ist dabei nicht nur auf den eigentlichen Produktionsprozess beschränkt, „sondern zeigt sich auch in der Schnelllebigkeit von materieller (z. B. Tragedauer von Kleidung) und symbolischer (z. B. alternative Medizin, Fitness) Konsumtion, den damit einhergehenden beschleunigten ‚Umschlagzeiten‘ von Lebensstilkulturen und der zunehmend schnelleren Ent- und Umwertung von personalem wie auch von Expertenwissen. ... *Time-space compression* zeigt sich daher u. a. auch im ständigen Ringen um lokale und biographische Identitäten in einer collage world vornehmlich in den urbanen Zentren, in der ‚Reales‘ und ‚Simulation‘, Vergangenheit und Gegenwart, Eigenes und Fremdes zunehmend ineinanderfallen“ (ebd.).

Martin Albrows betont schließlich, etwa im Gegensatz zu Giddens und Robertson, die Neuartigkeit der Globalisierung und fordert konsequent den konzeptionellen Abschied von der Moderne ein: „Das *global age* als neue Epoche meint vor allem, dass das narrative Projekt der Moderne zunehmend durch die unrevidierbare materiell-räumliche Faktizität von Globalität als dominanter Handlungs- und Sinnzusammenhang abgelöst oder doch zumindest radikal relativiert wird. Mit anderen Worten: Statt des Glaubens an universale Vernunft und immerwährenden Fortschritt sowie an die hierdurch legitimierte räumliche Expansivität wird die Einsicht in die planetare Ganzheit und zugleich Endlichkeit zunehmend zum Bezugspunkt biographischen und institutionellen Handelns; dies bedeutet zugleich die radikale Relativierung der Moderne in ihren Erwartungsansprüchen und Legitimationsnarrativen“ (Dürschmidt 2002: 81). Den Prozess des *global warming* sieht Albrow als Symbol für den Eintritt ins *global age*, in welchem signifikanterweise die Menschheit nachweislich die planetaren Bedingungen ihrer Existenz aktiv verändert. Denn *global warming* weist vor allem darauf hin, dass soziales Handeln und menschliche

Gesellschaft nun nur in einem globalen Rahmen realisiert werden können. Damit wird das Projekt der Moderne kontextualisiert und relativiert: „Globale Umweltprobleme sind auf der einen Seite sicherlich Konsequenzen vorhergehender Etappen moderner Entwicklung und stehen insbesondere in Zusammenhang mit der (scheinbar) grenzenlosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die dem Kapitalismus eigen ist. Zugleich muss jedoch festgehalten werden, dass diese Probleme etwas mit der – dem Projekt der Moderne zunächst äußerlichen und zufälligen – räumlich-materiellen Beschaffenheit und Ausstattung der Erde zu tun haben. Daraus folgt für Albrow, dass Globalität, wie sie in globalen Umweltproblemen zum Ausdruck kommt, sich keineswegs simplifizierend als notwendige Konsequenz oder Kulmination moderner Entwicklung ergibt. Vielmehr ist es die materielle Endlichkeit und Ganzheit des Planeten, die der gegenwärtigen Gesellschaft eine Tagesordnung aufzwingt, die so im Projekt der Moderne weder vorgesehen noch gewollt war“ (ebd.: 81f.). Globalisierung bedeutet für Albrow deshalb einen Anfang, wo Globalität als Bezugsrahmen gesellschaftlicher Entwicklung Grenzen setzt, gleichzeitig aber auch neue Horizonte öffnet. Globalisierung impliziert somit keineswegs das Ende von konstitutiven Elementen moderner Entwicklung, sondern nur ihre Entkopplung vom Projekt der Moderne und ihre Umwandlung im Rahmen von Globalität. Nur in diesem Sinne könnte man von einer ‚Aufhebung‘ der Moderne in einer neuen, durch Globalität bestimmten Konfiguration gesellschaftlicher Entwicklung sprechen. Diese zeigt sich z. B. in der Umwandlung des Nationalstaates als vormals dominante Form moderner Entwicklung. Unter den neuen globalen Bedingungen findet nämlich eine Entkopplung von Staat und Nation statt. Albrows Theorie der Globalität betont somit zweierlei: zum einen verweist sie auf die radikale Transformation, in der wir uns befinden und fordert die intellektuelle Befreiung von der Umklammerung des Moderne-Begriffs. Zum zweiten sieht sie auch das Konzept der ‚Nationalstaatsgesellschaft‘ durch Globalisierung in Frage gestellt und erhebt die weitere Forderung, den Gesellschaftsbegriff selbst in Bezug auf seine Tragfähigkeit für die Konstellation des *global age* zu überdenken. Dies nämlich versuchten, noch vor dem Aufkommen des Globalisierungsdiskurses, drei Soziologen, die damit Weltgesellschaftstheorien entwickelten.

1.1.3. Weltgesellschaftstheorien

Die Theorie der Weltgesellschaft wurde in den 1970er Jahren entwickelt, und zwar von drei Autoren, die unabhängig voneinander an drei verschiedenen Orten arbeiteten und verschiedenen Theorietraditionen entstammten. Das waren Niklas Luhmann in Bielefeld, John W. Meyer in Stanford und Peter Heintz in Zürich. Alle drei sahen Anlass, den Gesellschaftsbegriff ins Weltweite zu projizieren. Unter ihnen verband aber nur Luhmann mit dem Weltgesellschaftsbegriff dezidiert gesellschaftstheoretische Ambitionen: „Die Botschaft

des Begriffes ist dann zuallererst: die Rede von der Einen Welt ist soziologisch zu ersetzen durch *Eine Gesellschaft*, und der Titel ‚Gesellschaft‘ soll damit heute nur noch einmal zur Verfügung stehen. Für die Weltgesellschaft gilt dabei in zeitlicher Hinsicht: sie ist etwas mit Gegenwart und Geschichte, sie ist, um es in der Sprache des 19. Jahrhunderts zu sagen, von Europa aus im ‚Weltverkehr‘ *schon hergestellt*“ (Tyrell 2005: 6f., Herv.i.O.). Anders als der Globalisierungsbegriff ist aber der Begriff der ‚Weltgesellschaft‘ bis heute, so Tyrells Feststellung, eher ein Begriff der *scientific community* geblieben. Er fand nicht annähernd die publizistische Resonanz, die die ‚Globalisierung‘ auf sich gezogen hat. Sogar im Rahmen der Soziologie blieb der Begriff nicht unumstritten. Dafür könnten nach Tyrell vor allem drei Gründe verantwortlich sein: 1. Die bestehende Skepsis gegenüber dem Gesellschaftsbegriff an sich als einem bloßen ‚metaphorischen‘ Sammelbegriff. 2. Die seit Durkheim starke Konnotation des Gesellschaftsbegriffs mit Sozialintegration, Konsens und kultureller Homogenität, die auf die einzelnen Regionen der Erde nicht übertragbar erscheint. Und schließlich 3. Die lange Tradition, in der von Gesellschaft fast ausnahmslos im Plural gesprochen wird, von ‚Gesellschaften‘ also, die typisch auch als nationalstaatlich gerahmt und begrenzt angesehen werden. Letzteres ist nach Tyrell auch der entscheidende Grund, warum viele Autoren, die empirisch wie theoretisch weltweite Strukturbildungen und globale Verflechtungen beschreiben wollen, den Gesellschaftsbegriff beiseite lassen: „Teils vermeiden sie ihn ganz ausdrücklich, so insbesondere Immanuel Wallerstein im Kontext seiner Theorie des ‚Weltsystems‘, aber auch Anthony Giddens. Für beide steht der Gesellschaftsbegriff – um seiner Bindungen an den Nationalstaat willen – der Beschreibung globaler Sozialverhältnisse direkt im Wege, und beide setzen mithin, wie es im übrigen auch Roland Robertson tut, auf eine globale Marktordnung oberhalb ‚der Gesellschaften‘. Niklas Luhmann hat sich, was seine Begriffsentscheidung für ein System ‚der Weltgesellschaft‘ angeht, zu demselben Problem gleich und anders verhalten. Er hat sich wie Wallerstein mit Entschiedenheit gegen ‚das territoriale Gesellschaftskonzept‘ ausgesprochen, seine Gesellschaftstheorie aber auf ‚anschlussfähige Kommunikation‘, auf (simplifizierend gesprochen) weltweit-grenzüberschreitenden Verkehr gebaut. Man kann die Luhmannsche These von der (einen) Weltgesellschaft deshalb im Sinne der Verabschiedung des Plurals verstehen, nämlich als Botschaft ‚vom Ende der Gesellschaften‘“ (ebd.: 7f.).

Maßgeblich war für Luhmann also die Applizierung des Gesellschaftsbegriffs auf die weltweiten Sozialverhältnisse, wobei ‚Gesellschaft‘ von ihm als ‚umfassendes Sozialsystem‘ in einem ‚gesamtgesellschaftlichen‘ Sinne gemeint ist: „Das aber besagt: alles soziale Geschehen, auch alles lokale Geschehen, fällt innergesellschaftlich, mithin innerhalb der Weltgesellschaft an; diese ist die soziale Umwelt – oder mit Durkheim: ‚inneres soziales Milieu‘ – für alles, was sich sozial ereignet. Sie ist es damit auch für Globalisierungsprozesse; diese vollziehen sich, wie auch Volker Bornschier meint, ‚in der

Weltgesellschaft'. Und man kann in diesem Sinne sagen: ‚die Weltgesellschaft' ist im Verhältnis zur Begriffsalternative der ‚Globalisierung' das umfassendere Konzept; sie zieht alle Globalisierung(en) auf die Innenseite der Gesellschaft“ (ebd.: 15). Luhmanns Entscheidung für die Weltgesellschaft war dabei eine Begriffsentscheidung gegen Talcott Parsons. Die Frage nach der Reichweite der Gesellschaft war von Parsons, wie gesehen, durchweg im Sinne nationaler und staatlicher Rahmung beantwortet worden, nicht zuletzt, weil für ihn Integration die gesellschaftstheoretisch vordringliche Frage war. Eben davon hält sich Luhmanns Gesellschaftsverständnis weitgehend frei.

Ich lasse aber hier Luhmanns Weltgesellschaftstheorie erstmal beiseite und versuche zunächst die anderen zwei Varianten des Weltgesellschaftsansatzes zu skizzieren. Ich beginne mit *John W. Meyer* und seinen Mitarbeitern, die in den späten 1970er Jahren ihre ersten weltgesellschaftstheoretischen Aufsätze veröffentlichten. Der Leitbegriff zu dieser Zeit war jedoch nicht die „*world society*“, sondern die „*world polity*“. Meyers Argumentation richtete sich dabei in erster Linie gegen Wallerstein, der die soziale Realität jenseits der Nationalstaaten als kapitalistische Weltwirtschaft beschreibt. Wallersteins Weltsystemtheorie behauptet eine wachsende Divergenz auf Weltebene, die nicht nur in ökonomischer, sondern auch in politischer Hinsicht besteht. Die Kräfte des Weltmarktes weisen den drei Weltregionen – Zentrum, Semiperipherie und Peripherie – unterschiedliche wirtschaftliche Rollen zu, die auch mit unterschiedlichen politischen Strukturen einhergehen. Dieser These setzt Meyer nun die empirische Beobachtung entgegen, dass sich gerade im politischen Bereich deutliche Konvergenzen (er nennt sie „Isomorphien“) herausgebildet haben. Zum einen verweist er darauf, dass sich die Sozialform des Nationalstaates seit dem 2. Weltkrieg flächendeckend ausgebreitet hat, und zum anderen auf die Tatsache, dass praktisch alle Staaten ihren Regulationsbereich erweitert haben, und zwar unabhängig von ihrer Stellung in der Weltwirtschaft: „Wie ist diese politische Isomorphie angesichts der bestehenden ökonomischen Disparitäten und kulturellen Unterschiede zu erklären? Diese Frage bildet das Bezugsproblem der neo-institutionalistischen Weltgesellschaftstheorie, und die Antwort darauf wird in der Herausbildung einer globalen Ordnungsstruktur gesucht, die die ökonomisch induzierten Heterogenisierungstendenzen im politischen Bereich auffängt und die Meyer zu dieser Zeit noch relativ beliebig als ‚world system‘, ‚world society‘ und oder eben als ‚world polity‘ bezeichnet“ (Greve/Heintz 2005: 101).

Da es zu dieser Zeit noch keine umfangreicheren empirischen Studien gab, welche die *world-polity*-These belegen könnten, wurde der Ansatz von Wallerstein vor allem durch eine "*reductio ad absurdum*" widerlegt: hätte Wallerstein recht und wäre ökonomische Konkurrenz wirklich das einzige globale Strukturprinzip, dann würde die Welt anders aussehen: Staaten würden sich nur in den Zentren halten, während sie in der Peripherie mit der Zeit verschwinden würden. Die Zentrumsgesellschaften würden immer modernere Institutionen

aufbauen, während die Gesellschaften der Peripherie traditionelle Strukturen beibehalten würden. Da aber dies nicht eintritt, sondern gerade im politischen Bereich zunehmende Konvergenzen zu beobachten sind, sollte man statt von einer Dominanz der Ökonomie auszugehen eher andere globale Ordnungsstrukturen berücksichtigen. Die These einer Makrodetermination wird von Meyer und seinen Mitarbeitern in der Folge an verschiedenen Beispielen empirisch überprüft: „Man nehme einen weltweit präsenten ‚isomorphen‘ Trend, z. B. den Ausbau des Bildungssystems oder die zunehmende Regulationskompetenz des Staates, versuche diesen Trend endogen, d. h. über die Binnenstruktur der einzelnen Länder zu erklären, zeige, dass dies nicht möglich ist, und leite daraus die Folgerung ab, dass die Strukturähnlichkeiten die Existenz einer übergeordneten Wirklichkeitsebene voraussetzen, die auf alle Länder in gleichem Maße einwirkt“ (ebd.: 102). Seit den 1990er Jahren charakterisiert Meyer diese globale Ordnungsebene zunehmend nicht als *world polity* oder *world society*, sondern als „Weltkultur“: "Die globale kulturelle Ordnung, die rund um die Werte Rationalität, Gerechtigkeit, Fortschritt und Individualismus organisiert ist, wird nicht als internalisiertes Bündel von Werten verstanden, sondern als in Institutionen objektivierte Kultur. ... In späteren Arbeiten avanciert diese ‚world culture‘ zu einem ähnlich (makro)deterministischen und monokausalen Erklärungsprinzip wie Wallersteins Gesetz des ungleichen Tausches. Die von Meyer und seinen Mitarbeitern konstatierte Strukturkonvergenz – sei das nun im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, bei der Gleichstellung, im Umweltschutz oder im Aufbau und dem Inhalt von Verfassungen – werden auf die Existenz einer Weltkultur zurückgeführt, die in internationalen Verträgen kodifiziert, in Aktionsprogrammen operationalisiert und über ein dichtes Geflecht von internationalen Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen in die einzelnen Länder diffundiert wird" (ebd.).

Ein konkretes Beispiel für Meyers Argumentation bietet dabei sein in Mitarbeit mit George M. Thomas verfasster Aufsatz *The Expansion of the State* (1984). Hier behaupten die Autoren, dass die Genese des neuzeitlichen Staats und vor allem die Entstehung höchst ähnlich strukturierter Staaten aus funktionalistischen Prämissen nicht zu erklären sei. Denn aus der Annahme funktionaler Differenzierung folge keineswegs, dass das Resultat des Differenzierungsprozesses jene spezifisch bürokratisierte und rationalisierte Form des heutigen Nationalstaates sein müsse: „Alle bisher unternommenen Erklärungsversuche seien dann auch gescheitert, weil weder aus der Urbanisierung oder der Handelsausweitung, noch aus der Klassenstruktur oder aus Klassenkonflikten zufriedenstellend erklärt werden könne, warum Staaten – und zwar weltweit! – eine doch ziemlich ähnliche Gestalt angenommen haben. Auch ‚realistische‘ oder ‚neo-realistische‘ Theorien (im Sinne des ‚machtpolitischen Realismus‘!) versagten vor diesem Problem, wenn sie für die Konstitutionsbedingungen moderner Staatlichkeit insbesondere auf den militärischen

Wettbewerb verweisen. Denn selbst auf diesem Wege lasse sich nicht überzeugend zeigen, warum aus jenem Wettbewerb nicht etwa ein Empire oder vielleicht auch ganz andere politische Strukturen hervorgegangen sind, sondern eben ein Staatensystem, das in sich gleichartige politische Gebilde ‚enthält‘. Daraus folge, dass Staaten anders erklärt werden müssen. Es könne nicht darum gehen zu zeigen, wie und wodurch sich das Staatensystem – bildlich gesprochen – von unten nach oben hin aufbaute (etwa aus den Interessen individueller oder kollektiver Akteure), sondern genau umgekehrt müsse argumentiert werden: Der Staat und das Miteinander unterschiedlicher, aber insgesamt doch sehr ähnlicher Staaten seien aus umfassenderen Prinzipien abzuleiten, aus einer Weltkultur eben“ (Knöbl 2007: 32). Meyers Auffassung nach belegen seine Daten, dass es weltweit bestimmte normative Muster und Regeln gibt, die das Handeln aller Akteure (nicht nur der Staaten) leiten: „Vorstellungen davon, was Rationalität ist, was wissenschaftliche Standards sind, welche organisatorischen Formen Bildungsinstitutionen anzunehmen haben oder welche persönlichen Rechte zumindest per Verfassung garantiert werden müssen, seien Ausdruck einer bestimmten kulturellen Konformität in der ‚world polity‘ beziehungsweise der Weltgesellschaft, die sich ... weder aus den Machtverhältnissen zwischen einzelnen Akteuren noch aus funktionalen Notwendigkeiten erklären lasse. Weder hätten einzelne Akteure die Macht oder auch nur das Interesse daran, alle hier aufgezählten kulturellen Muster und Regeln durchzusetzen; noch seien diese Regeln und Muster funktional für irgendwelche Strukturen oder Abläufe, so dass es auch hier zunächst ein Rätsel sei, warum sie dann überhaupt existieren“ (ebd.: 33).

Die Existenz ähnlicher kultureller Muster – ebenso wie die Existenz strukturähnlicher Staaten – glauben Meyer u. a. also nur durch die Annahme einer Weltkultur (im Sinne einer ‚Durkheimischen sozialen Tatsache‘) als allumfassender Determinante darunter liegender Strukturen erklären zu können. Denn erst die Weltkultur bestimme, welche Rationalitätsmaßstäbe individuelle oder kollektive Akteure für sich selbst in Anspruch nehmen, welche Strukturen Organisationen übernehmen etc.: „Diese Weltkultur sei zwar durchaus komplex, setze sich aber aus grundsätzlich kompatiblen Elementen zusammen, wobei in erster Linie universalistische Wertorientierungen, die Betonung des Eigenwerts des Individuums, die Akzeptanz rational begründeter Autorität, der Glaube an einen rational zu gestaltenden Fortschritt und die Idee einer Weltbürgerschaft aller Menschen zu nennen seien“ (Knöbl 2007: 34). Diese Prinzipien der Weltkultur haben in der Weltgesellschaft laut Meyer eine mehr oder weniger unbedingte Geltung, da der offene Verstoß gegen sie als inakzeptabel angesehen und in der Regel sanktioniert wird. Damit wirkten diese Prinzipien strukturierend sowohl in Bezug auf Institutionen und Organisationen wie auch auf das Handeln von Individuen: „Eines unserer zentralen Interessen ist die Klärung der Frage, wie die institutionelle Struktur der Gesellschaft diejenigen sozialen Einheiten hervorbringt und

legitimiert, die man gemeinhin als ‚Akteure‘ bezeichnet. Unsere Antwort ist: Institutionalisierte kulturelle Regeln definieren die Bedeutung und die Identität des Individuums ebenso wie die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Handlungsmuster, in denen Individuen sich angemessenerweise betätigen können. In gleicher Weise konstituieren diese Regeln die Zwecke und die Legitimität von Organisationen, Professionen, Interessengruppen und Staaten, ebenso wie sie die angemessenen Handlungsbereiche für diese Einheiten abstecken. Alle diese Festlegungen sind in modernen Systemen von allgemeiner kultureller Bedeutung und gelten weiterhin universell in allen diesen Systemen. Die Folge ist, dass innerhalb des institutionellen Systems individuelle Identitäten, Entscheidungen und Handlungen in allen ihren Aspekten (eine Stimmabgabe, der Kauf eines Konsumguts, eine Berufsentscheidung) als auf die kollektiven Ziele Fortschritt und Gerechtigkeit bezogen erscheinen“ (Meyer 2005: 17f.).

Was diesen Kerngehalt der Weltkultur betrifft, betont Meyer, dass sie ein Erbe der christlichen Kirche sei (mit einem starken protestantischen Einschlag dazu), auch wenn die religiöse Färbung dieser rationalen und universalistischen Werte heute kaum mehr erkennbar ist. Wie Meyer selbst sagt, stützt er sich hier auf die Rationalisierungsthese Max Webers, wobei er unterstellt, dass sich der ursprünglich okzidentale Rationalismus mittlerweile globalisiert hat, eben in Form der Weltkultur, die er postuliert.⁷ Für Meyer bedeutet die universale Verbreitung der Weltkultur allerdings nicht das Verschwinden von Konflikten. Alle Konflikte in der Weltgesellschaft, ob sie nun durch nationalistische, ethnische oder religiöse Bewegungen oder durch wirtschaftliche Faktoren hervorgerufen werden, müssten sich aber mit Rücksicht auf die Rationalität der Weltkultur angemessen umformen. Der in der Weltgesellschaft wirkende Isomorphismus bleibt somit unangetastet, weil etwa ethnisch-separatistische Bewegungen ihren eigenen nationalen Staat anstreben, weil religiöse Gruppierungen ihr Interesse im Rahmen weltweiter Normen formulieren, oder weil wirtschaftliche Akteure ihr Anliegen rational definieren. In dieser Hinsicht spielt der Nationalstaat für Meyer eine sehr wichtige Rolle, denn als zentrale Organisationsform in der Weltgesellschaft ist er am stärksten in der Lage, globale Erwartungshaltungen aufzugreifen, und sie in durch Zwang garantierten Rechtsnormen zu institutionalisieren. Außerdem legitimiert der Nationalstaat subnationale Einheiten und generiert auf diese Weise weltgesellschaftliche Muster. Es ist aber nicht der Staat, der weltweite Modelle und

⁷ Nach Wolfgang Knöbl (in: *Die Kontingenz der Moderne: Wege in Europa, Asien und Amerika*) zeige Meyer jedoch nicht, wann und vor allem wie es dazu gekommen sei, dass ein protestantisches und anglo-amerikanisches Weltverständnis die Weltkultur dominiert: „Die Vermutung liegt ja nahe, dass dies gerade auch durch Zwang und Machtprozesse geschehen ist, wenn man bedenkt, dass mindestens die letzten 250 Jahre durch die Hegemonie Englands (im 18. und 19. Jahrhundert) und die Hegemonie der USA (das ‚amerikanische Jahrhundert‘!) gekennzeichnet waren ... Die Dominanz einer – wenn es denn so richtig ist – protestantischen Weltkultur hat also zutiefst mit Machtprozessen zu tun, über die aber Meyer und seine Mitarbeiter kaum je etwas aussagen. Man kann also durchaus vermuten, dass es – entgegen der zentralen Argumentationslinie Meyers – doch (kollektive) Akteure zu beachten gilt, welche diese Weltkultur verbreitet und durchgesetzt haben“ (Knöbl 2007: 41f.).

Schemata erzeugt, sondern umgekehrt: diese bilden die Umwelt, in der Organisationen wie der Staat operieren und Muster adaptieren. Diese Umwelt ist dabei nicht einfach eine Addition nationalstaatlicher Ordnungen, sondern eine Sache eigener Logik. Denn, so Meyer, die Regeln der Weltkultur sind der einzelnen Nationalstaaten exogen. Sie werden vor allem über internationale Organisationen und Regime institutionalisiert, die den Bezugsrahmen für die lokale Agenda der Nationalstaaten stellen. Diese prägen zum einen die Strukturform des Nationalstaates als legitimen Akteur der Weltpolitik, und erzeugen zum anderen den kulturellen Inhalt der Weltgesellschaft (Vorstellungen über Modernität, Fortschritt, Gerechtigkeit etc.). Staatliche Organisationen und Instanzen bieten jedoch andererseits die Infrastruktur für den Transfer und die Generierung von Handlungsorientierungen.

Zusammenfassend ist es schließlich festzuhalten, dass Meyer, auch wenn er seinen Ansatz weitgehend als Kritik zu Wallerstein entwickelt, die Argumentation der Weltsystemtheorie weiterführt, die auch von der kausalen Wirkung einer weltweiten Makroordnung ausgeht, die das Verhalten der tiefer liegenden sozialen Einheiten nicht nur prägt, sondern diese als Akteure (Menschen, Organisationen, Staaten) erst konstituiert. Er vertritt dabei einen radikalen Makro-Determinismus, der die Interpretationsleistung der Akteure jedoch nicht angemessen berücksichtigt.⁸ Eine weitere Gemeinsamkeit mit Wallerstein besteht in der monokausalen Art der Erklärung und in der Auffassung, dass die Entstehung der ‚Weltgesellschaft‘ (bzw. Weltkultur) eine nicht mehr rückgängig zu machende Entwicklung darstellt. Auf der anderen Seite zeigt Meyers Ansatz einige gemeinsame Annahmen mit der Modernisierungstheorie wie die, dass westliche Werte und Handlungsmuster universalisierbar seien. Auch mit seinem Konzept der strukturellen Isomorphie schließt er an die Konvergenzthese der modernisierungstheoretischen Tradition an. Allerdings fasst Meyer diese Universalisierung nicht als normativ anzustrebendes Ziel, sondern allein als empirisch beobachtbare Tendenz. Außerdem werden die von ihm konstatierten Strukturähnlichkeiten nicht mehr endogen erklärt, sondern auf die Existenz der globalen Kultur zurückgeführt, an

8 So kritisiert W. Knöbl pointiert hier auch, dass Meyer damit soziale Innovationen nicht erklären kann: „Gerade die aus handlungstheoretischer Sicht zu berücksichtigenden Interpretationspotentiale der Akteure lassen es fast ausgeschlossen erscheinen, dass sich Diffusionsprozesse ereignen, die sich von der Ebene jener Weltkultur ‚herab‘ linear und bruchlos durchsetzen werden. Denn entgegen der Meyerschen Unterstellung eines einlinearen Diffusionsprozesses und bloß adaptiver Leistungen der ‚betroffenen‘ Akteure werden immer auch Neuschöpfungen möglich sein, also nicht nur Widerstand gegen etwas, sondern durchaus kreative und unerwartete Antworten in konkreten Situationen durch Mittlerfiguren oder einflussreiche Akteure. Diese Neuschöpfungen betreffen dann gerade auch die Differenzierungsformen (...), die nur höchst lose an die ‚Oberfläche‘ jener Weltkultur gekoppelt sind (wie dies Meyer im übrigen auch gar nicht ausschließt, sondern durch den im Neo-Institutionalismus beheimateten Begriff des ‚loose coupling‘ gerade betont). Genau diese Einsicht müsste dann der Ausgangspunkt für Versuche sein, die Entstehung ‚des Neuen‘ zu erklären, etwas, das sich eben am plausibelsten mit einer handlungstheoretischen Argumentationsstrategie tun lässt: Der Neo-Institutionalismus jedoch, zumindest derjenige Meyerscher Prägung, bietet bislang kaum nennenswerte Instrumente zur Thematisierung von Innovationsprozessen: Weder kann das Entstehen neuer Organisationen, noch die Genese neuer Werte im vorhandenen Theorierahmen sinnvoll gefasst werden, eben weil man dort – in strikter Befolgung des Top-Down-Ansatzes – zu sehr fixiert ist auf jene akteurlos gedachte Weltkultur oder world-polity, von der aus angeblich Diffusionsprozesse ausgehen, die dann scheinbar relativ gleichförmig die Akteure beeinflussen. Wie diese Weltkultur entsteht oder sich verändert, bleibt freilich im Dunkeln, weil dies eben nur über handlungstheoretische Herangehensweisen aufzuklären ist“ (Knöbl 2007: 43f.).

die sich die Akteure anpassen. Damit nimmt er zum Fortschrittsglauben der Modernisierungstheorie nicht zuletzt eine ironische Haltung ein: „Staaten passen sich zwar pro forma den globalen Vorgaben an, faktisch setzen sie aber keineswegs immer um, was sie auf der ‚Vorderbühne‘ symbolisch demonstrieren. Dies führt dazu, dass Strukturähnlichkeiten vor allem auf einer formalen Ebene zu finden sind, während die faktischen Unterschiede hinter der Fassade der Modernität fortbestehen. Pointiert formuliert: Es wird geplant statt ausgeführt, deklariert statt implementiert“ (Greve/Heintz 2005: 103).

Peter Heintz beschäftigt sich seinerseits noch zu einem sehr frühen Zeitpunkt, in den 1960er Jahren, mit der ‚Weltgesellschaft‘. Seine Theorie steht dabei in engem Zusammenhang mit entwicklungssoziologischen Interessen. Während die in den frühen Arbeiten Meyers durchaus präsente Ungleichheitsproblematik in der Folge sukzessiv ausgeblendet wird, behalten Entwicklungsunterschiede bei Heintz durchgehend eine zentrale Bedeutung. In seiner Monographie *Weltgesellschaft* (1982) stellte er sein Konzept zusammenfassend dar. Weltgesellschaft wird hier als ein weltweites Interaktionsfeld aufgefasst, das hochgradig strukturlos ist, aber als umfassendstes System alle anderen konzentrisch gelagerten Systemebenen wie Individuen, Familien, Regionen und Nationen umgreift und überlagert. Neben der Differenzierung der Weltgesellschaft in unterschiedlichen Systemebenen unterscheidet Heintz drei Typen von weltweiten Systemen: „das internationale Entwicklungsschichtungssystem, das intern in die genannten Systemebenen gegliedert ist, das intergouvernementale System politisch-militärischer Macht, dessen Haupteinheiten die nationalen Regierungen sind, und das interorganisationelle System, das sich aus (multinationalen) Organisationen zusammensetzt“ (Greve/Heintz 2005: 103f.). Alle drei Systeme sind Bestandteile der Weltgesellschaft. Heintz interessiert sich aber mit Hinsicht auf die Frage nach der internationalen Ungleichheit und deren Wahrnehmung vor allem für das internationale Schichtungssystem. Dabei geht er in Übereinstimmung mit anderen Autoren davon aus, dass sich seit dem 2. Weltkrieg ein weltweites Schichtungssystem herausgebildet hat, das als seinen Bezugspunkt den Wert der Modernisierung (bzw. der Entwicklung) nimmt. Ähnlich wie Parsons betrachtet er Modernisierung als einen im Prinzip kontingenten kulturellen Wert, der auch wieder infrage gestellt werden kann. Die weltweite Akzeptanz dieses Wertes und die damit einhergehende vergleichsweise hohe Legitimität des internationalen Schichtungssystems beschränkt er zudem auf die Zeit zwischen 1950 und 1970. Seit den 70er Jahren wurde die Legitimität des Entwicklungsschichtungssystems nach seiner Sicht zunehmende infrage gestellt: „Der Grund dafür liege vor allem darin, dass die über den Ausbau des Bildungssystems legitimierten Erwartungen auf wirtschaftliches Wachstum in den Entwicklungsländern enttäuscht worden und in den Industrieländern neue postmaterielle Orientierungen in den Fokus der Selbstbeschreibung gerückt seien. Der Legitimationsverlust führe dazu, dass das internationale Schichtungssystem seine

verhaltensprägende Kraft verliere mit der Folge einer wachsenden Unberechenbarkeit des Handelns bzw. einer Relevanzverschiebung auf andere Differenzierungsdimensionen. Heintz spricht in diesem Zusammenhang von einer tendenziellen ‚Entstrukturierung‘ der Weltgesellschaft, die in letzter Konsequenz auch zu einer Abkopplung einzelner Länder oder Regionen führen kann. Insofern ist die Entstehung der Weltgesellschaft für ihn ein prinzipiell reversibler Prozess“ (ebd.: 104).

Heintz hebt in seinem Ansatz vier Subdimensionen der Entwicklung hervor: Pro-Kopf-Einkommen, Bildung, Differenzierung der Wirtschaft in primäre, sekundäre und tertiäre Sektoren sowie Urbanisierung. Diese Dimensionen versteht er auch als Statuslinien. Die Struktur der Weltgesellschaft ergibt sich für ihn somit aus der Gesamtheit der Statuslinien und ihrer spezifischen Beziehungen: „Die Mobilität bzw. die Entwicklungsmöglichkeit von Ländern ist daher einerseits abhängig von der spezifischen Position des Landes im internationalen Schichtungssystem, also von der Position auf den einzelnen Statuslinien. Andererseits hängen Mobilität und Zugangschancen aber auch von der Gesamtstruktur ab, d. h. von der Weltgesellschaft als umfassendem System. Theoretisch konzipiert Heintz die Struktur der Weltgesellschaft als ein Netzwerk von Mobilitätskanälen, die vertikal verlaufen, und auf denen Mitglieder sich von unterschiedlichen Positionen aus und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit bewegen. Insgesamt gibt die Struktur der Weltgesellschaft somit eine Ungleichheit der Positionen wieder“ (Wobbe 2000: 20). Aus diesem Modell der ‚Weltgesellschaft‘ folgt, dass sich die individuelle Situation nur über mehrere Mitgliedschaften erklären lässt. So ergibt sich die Position eines Individuums nicht nur aus dem intranationalen und interindividuellen Schichtungssystem, sondern ebenfalls aus der Position seines Landes im internationalen Schichtungssystem. In der Regel gibt es eine enge Beziehung zwischen individueller und nationaler Mobilität. Individuen können daher ihre Position über zwei verschiedene Strategien verbessern: über den individuellen Aufstieg innerhalb des Nationalstaates oder über den Aufstieg des Nationalstaates selbst, dem sie angehören. Hinzu kommt auch zunehmend die Migration als dritte Strategie, bei der das intranationale Entwicklungsgefälle zwischen Regionen ausgenutzt wird. Bei Heintz tritt ‚Weltgesellschaft‘ also sowohl als ein objektiver Strukturzusammenhang ein als auch als ein möglicher Orientierungshorizont. Ihm geht es nicht nur um die Frage der kausalen Wirksamkeit weltgesellschaftlicher Strukturen, sondern auch darum, wie diese Strukturen wahrgenommen und gedeutet werden. Damit nimmt er die von der späteren Globalisierungsdiskussion in den Mittelpunkt gerückte Frage der Wahrnehmung der einen, gemeinsamen Welt vorweg. Er beobachtet dabei, dass sich die Individuen faktisch nur an jenen Systemen orientieren, an denen sie unmittelbar partizipieren. Die ‚Weltgesellschaft‘ bildet zwar eine gemeinsame soziale Umwelt für alle Individuen, diese nehmen ihre Existenz aber gar nicht oder nur am Rande wahr. Heintz geht in diesem Sinne aus einer

Doppelkonstruktion der ‚Weltgesellschaft‘ aus und leitet daraus eine Reihe von Hypothesen über den Zusammenhang von struktureller Position und Reichweite des Orientierungshorizontes ab. Er beobachtet z. B., dass sowohl am oberen als auch am unteren Ende des internationalen Schichtungssystems eine Tendenz zur Abschließung gegen außen stattfindet (z. B. in Form eines ausgeprägten Nationalismus oder einer Politik der „self-reliance“), die er als ein Spannungstransfer interpretiert, durch den die im Prinzip extern verursachten Probleme nicht als solche wahrgenommen, sondern ausschließlich in einem internen Rahmen gedeutet werden. Für ihn ist hingegen die plausibelste Erklärung diejenige, die soziale Prozesse von außen nach innen analysiert. Interaktionsfelder wie Organisationen, Nationalstaaten etc. können deshalb auch als Produkte der Weltgesellschaft angesehen werden. Allerdings misst Heintz etwa im Gegensatz zu Meyer der Interpretationsleistungen der Individuen ein sehr viel größeres Gewicht bei.⁹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese Variante der Weltgesellschaftstheorie in Auseinandersetzung mit der Dependenz- und Modernisierungstheorie der 1960er Jahre entstand, wobei sie die Außenperspektive der einen mit der Innenperspektive der anderen zu kombinieren versucht. Neu ist hier (etwa Parsons gegenüber), dass Welt-Gesellschaft nicht mehr über gemeinsame Werte definiert, sondern als Netz von Interaktionen gefasst wird. Damit wird eine Brücke zu Luhmanns Gesellschaftstheorie geschlagen, die allerdings nicht auf Interaktion, sondern auf Kommunikation aufbaut. Ich stelle sie nun gesondert vor, da sie die theoretisch elaborierteste Variante der Weltgesellschaftstheorie bietet.

1.2. Die ‚Weltgesellschaft‘ der Systemtheorie

Die systemtheoretische Variante der Weltgesellschaftstheorie verbindet sich mit dem Namen von *Niklas Luhmann* (1927-1998) und wurde seit den 1990er Jahren vor allem von seinem Schüler *Rudolf Stichweh* weiterentwickelt. Sein Konzept der Weltgesellschaft legte Luhmann programmatisch und in erstaunlicher Klarheit noch 1971 im „Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie“ mit dem Aufsatz *Die Weltgesellschaft* dar. Dies ist ein mittlerweile

⁹ Heintz geht davon aus, dass für Individuen jedes System relevant ist, das ihnen für ihre Interessen nützlich erscheint und über das sie möglichst viele Informationen erhalten. Da dies in der Regel das intranationale System ist, werden Individuen zuerst versuchen, über individuelle Strategien, wie Bildungsanstrengungen oder intranationale Mobilität, ihre Position im intranationalen System zu verbessern. Wenn sich diese Strategien als erfolglos erweisen, kann dann der Entwicklungsgrad des jeweiligen Nationalstaats für die Realisierung der Interessen von Individuen eine wichtige Rolle spielen: „Diese Relevanzverschiebung von Spannungen zwischen Systemebenen, d. h. die Spannungsinduktion, ist indes auch in einem anderen Verlauf denkbar. So kann nach einer fehlgeschlagenen staatlichen Entwicklungspolitik z. B. der Blick vom internationalen Schichtungssystem stärker zu den internen Bedingungen eines Landes wechseln. Heintz hat diesen Vorgang als Internalisierung bezeichnet. Dies lässt sich aus heutiger Sicht am Iran illustrieren: In den siebziger Jahren bezogen sich die innenpolitischen Proteste auf Ungleichheiten im internationalen Entwicklungsschichtungssystem. Inzwischen werden Konflikte auf die interne Struktur bezogen und nehmen z. B. die Form religiöser Kämpfe an. In dieser Internalisierung sah Heintz einen Hinweis auf den Zerfall des Entwicklungsschichtungssystems, nämlich eine Illegitimierung des Entwicklungswertes“ (Wobbe 2000: 21f.).

klassischer Text, in dem nur wenig revidiert worden ist: „Dazu gehört vor allem die These, die an Daniel Bells Theorie der postindustriellen Gesellschaft denken lässt, dass in der Ausdifferenzierung der Weltgesellschaft den Funktionszusammenhängen mit kognitiv-technischem Primat (Wissenschaft, Wirtschaft, Technik) eine Führungsfunktion zukommt, während stärker normativ bestimmte Systeme (Recht, Moral) vergleichsweise zurückbleiben. Diese These ist vermutlich nicht richtig, und Luhmann hat sie später auch nicht mehr wiederholt, wenn er sie auch nicht ausdrücklich widerrufen hat“ (Stichweh 2002: 287). Obwohl die These von der ‚Weltgesellschaft‘ für Luhmann anscheinend zentral war, hat er seine Gesellschaftstheorie trotzdem nie von diesem Gesichtspunkt durcharbeitet. Nach einer langen Pause kehrte er erst in seinen Büchern der neunziger Jahre explizit zum Thema zurück, die Bücher wurden aber nicht – wie in einem Gutachten von 1972 vorgenommen wurde – vom Thema der ‚Weltgesellschaft‘ her entworfen: „Vielmehr wird dieses Thema, als sei es ein Subthema, an speziellen Plätzen in die Bücher eingefügt. Dies gilt gerade auch – und hier ist es ein erstaunlicher Befund – für die ‚Gesellschaft der Gesellschaft‘, also für jenes Buch, das eigentlich auf jeder seiner Seiten von der Weltgesellschaft handeln sollte“ (ebd.: 289).

Selbst wenn Luhmann seine Gesellschaftstheorie kaum auf die Idee der ‚Weltgesellschaft‘ ausrichtete, und wenn noch der Weltgesellschaftsbegriff von ihm nur sporadisch verwendet wird, ist er trotzdem – im Gegensatz zu Meyer und Heintz – der einzige, der mit dem Begriff eine gesellschaftstheoretische Ambition verbindet. Dies kommt wohl daher, dass Meyer und Heintz eher induktiv, d. h. über Generalisierung empirischer Beobachtungen zu ihren Weltgesellschaftskonzepten gelangten, während sich Luhmann von Beginn an um eine theoretische Bearbeitung des Gesellschaftsbegriffs bemühte.¹⁰ Sein Konzept basiert dabei auf zwei theoretischen Grundannahmen. Zum einen auf der Intention Gesellschaft als ein umfassendes Kommunikationssystem zu begreifen, dessen elementare Operation eine subjektlose und in rekursiven Netzwerken produzierte „Kommunikation“ sei: „Weder in der Form von ‚Herrschaft‘ noch in der Form von ‚Kultur‘ oder ‚Werten‘ setzt der Begriff der Weltgesellschaft Zentralisation voraus. Typisch ist vielmehr eine heterarchische,

10 „In Abgrenzung zur soziologischen Tradition, die Gesellschaft über Staatlichkeit, territoriale Grenzen und gemeinsame Werte und Normen definiert, fasst Luhmann den Gesellschaftsbegriff abstrakter. Gesellschaft ist für ihn das umfassende System aller füreinander erreichbaren Kommunikationen. Als umfassendstes soziales System ist Gesellschaft für alle anderen sozialen Systeme Umwelt: ‚ihre Struktur regelt letzte, grundlegende Reduktionen, an die andere Sozialsysteme anknüpfen können‘. Damit ist im Prinzip noch keine Aussage über die Reichweite von Gesellschaft getroffen. Es ist auch vorstellbar (und historisch realisiert), dass verschiedene voneinander isolierte Gesellschaften existieren, die für ihre je eigenen sozialen Systeme als umfassendstes System fungieren. Inwieweit Gesellschaft Weltgesellschaft ist und es damit nur noch eine Gesellschaft gibt, ist folglich eine empirische Frage: ‚Wir beginnen daher ... mit der Frage, ob und in welchen Hinsichten sich weltweite Interaktion schon konsolidiert hat‘. In der Folge weist Luhmann, ganz im Sinne der frühen Transnationalisierungsdebatte, auf die Zunahme von Interaktionen hin, die nicht an Landesgrenzen enden: ‚Ein Argentinier mag eine Abessinierin heiraten, wenn er sie liebt; ein Seeländer in Neuseeland Kredit aufnehmen, wenn dies wirtschaftlich rational ist, ein Berliner sich auf den Bahamas bräunen, wenn ihm dies ein Gefühl der Erholung vermittelt‘. Sofern also Interaktionen nach funktionalen Gesichtspunkten realisiert werden, haben sie potentiell weltweiten Charakter“ (Greve/Heintz 2005: 106).

konnexionistische, netzwerkartige Verknüpfung von Kommunikationen auf der Ebene von Organisationen und Professionen – ein Typus, der sich durch den Gebrauch von Computern in Zukunft noch verstärken wird“ (Luhmann 2000: 221). Die Konsequenz dieser Annahme war, dass sich die Grenzen der Gesellschaft nunmehr nur als Grenzen kommunikativer Erreichbarkeit denken ließen. Hinzu kommt noch eine zweite Annahme: dass „funktionale Differenzierung“ die vorherrschende Differenzierungsform moderner Gesellschaften sei. Luhmann meint damit, dass heutige Gesellschaften aus ausdifferenzierten Teilsystemen bestehen, wobei jedes seine Identität „aus spezifischen Funktionen für das Gesamtsystem“ gewinnt (Luhmann 1975: 60). Wirtschaft, Wissenschaft, Recht, Politik und Erziehung, Kunst oder Sport orientieren sich ausschließlich an den ihnen eigenen Funktionen, und dies ohne Rücksicht auf territoriale Grenzen. Daraus folgt, dass unter den Bedingungen der funktionalen Differenzierung die jeweiligen Perspektiven der einzelnen Funktionssysteme ineinander nicht übersetzbar sind, und dass damit übergreifende gemeinsame Werte und Normen zunehmend unmöglich werden: „Die einzelnen Teilsysteme fordern jeweils andere Grenzen nicht nur für sich selbst, sondern auch für ihre Gesellschaft. Man kann nicht mehr einfach unterstellen, dass die Gesellschaftsgrenzen zwischen zugehörigen und nichtzugehörigen Mitmenschen identisch bleiben, wenn man von politischer Aktivität zu wissenschaftlicher Korrespondenz, zu wirtschaftlichen Transaktionen, zur Anknüpfung einer Liebesbeziehung übergeht. Solches Handeln setzt jeweils andere Abschattungen relevanten Handelns voraus, die insgesamt nicht mehr durch einheitliche territoriale Grenzen auf dem Erdball symbolisiert werden können. Damit ist die Einheit einer alle Funktionen umfassenden Gesellschaft nur noch in Form der Weltgesellschaft möglich“ (ebd.).

Luhmanns Weltgesellschaftstheorie war also in erster Linie mit der gesellschaftstheoretischen Ambition verbunden, die Frage nach den Grenzen der Gesellschaft überzeugend zu lösen. Im Rahmen des von ihm gewählten systemtheoretischen Ansatzes sah er sich dann gezwungen, das „Denken in den Grenzen des Nationalstaats“ (Tyrell) als theoretisch unhaltbar aufzugeben. In *Die Gesellschaft der Gesellschaft* spricht er in diesem Zusammenhang von „Erkenntnisblockaden“, die „einer genauen begrifflichen Bestimmung des Gegenstandes Gesellschaft“ im Wege stehen (Luhmann 1997: 24f). Die implizite Kritikadresse war hier, wie bereits erwähnt, vor allem Parsons und dessen normativer Funktionalismus. Denn auch Parsons sah die funktionale Differenzierung, insbesondere die mit der Reformation erfolgte Differenzierung zwischen religiösem und politischem Bereich, als Kennzeichen der modernen Gesellschaft. Er fand jedoch auf der Weltebene noch keine institutionalisierten Wertkomplexe vor, die erst für einen vergesellschafteten Zustand der gesamten Welt sprechen würden: „Nur in modernen westlichen Gesellschaften seien bestimmte Wertkomplexe bislang verkörpert, die dann auch etwa auf der Ebene gesellschaftlicher Differenzierung wirkungsmächtig durchgeschlagen

sein, eben beispielsweise in jener – aus seiner Sicht – für den Westen so typischen Trennung zwischen Politik und Religion. Über nicht-westliche Gesellschaften wird damit zunächst einmal empirisch nichts gesagt – und zwar: ganz bewusst nichts gesagt. Denn eben weil Parsons in seiner Gesellschaftstheorie von normativistischen Prämissen ausging, aber eben andere Aspekte sozialer Wirklichkeit keineswegs ausklammerte, war er der Auffassung, dass die Normen und Wertekomplexe auch differenzierungstheoretische (und andere) Folgen haben müssten, um von ‚Gesellschaft‘ und ‚gesellschaftlichem Wandel‘ reden zu können. Genau daraus ist dann auch Parsons‘ Skepsis oder Zurückhaltung gegenüber einer Idee der Weltgesellschaft zu erklären: Es war aus seiner Sicht wenig sinnvoll, die Existenz einer irgendwie normativ integrierten Welt zu behaupten, wenn man nicht für diese globalen Normen und Werte globale Entsprechungen auf der Ebene der institutionellen Differenzierung, der Inklusion etc. finden konnte“ (Knöbl 2007: 38). Luhmann ging es hingegen darum, zu demonstrieren, „dass sich Ordnungen auch ohne jegliche normative Fundierung denken lassen. Hierzu schien Luhmann gerade die Idee der Weltgesellschaft besonders geeignet, eine Makroordnung, bei der aufgrund vorhandener kultureller, politischer, ethnischer etc. Differenzen und Konflikte wohl kaum von einer normativen Integration ausgegangen werden kann, die aber gleichwohl existiert, und zwar stabil existiert“ (ebd.: 45).

In Punkto ‚Heterogenität der Weltgesellschaft‘ unterscheidet sich Luhmann allerdings nicht nur von Parsons, sondern auch von Meyer, der sich vor allem für die Isomorphien interessiert, die durch die Institutionalisierung westlicher Werte und Handlungsmuster entstehen. Luhmann verbindet mit dem Begriff der ‚Weltgesellschaft‘ keine Vorstellungen von einer Entwicklung in Richtung Homogenität und Konvergenz globaler Verhältnisse. Die Entwicklungsunterschiede der einzelnen Regionen des Erdballs werden von ihm nicht geleugnet, sondern geradezu zu einem zentralen Prüfstein für seine Theorie gemacht: ihre analytische Leistungsfähigkeit muss sich daran erweisen, dass es ihr gelingt, Unterschiede im System der ‚Weltgesellschaft‘ als interne Differenzierungen dieses Systems zu erklären. Denn die Systemtheorie geht von der Annahme aus, dass in der Welt gegenwärtig nur ein einziges Gesellschaftssystem (die ‚Weltgesellschaft‘) existiert: „In dieser Perspektive werden Strukturen zu internen Kommunikationsstrukturen des allgemeinsten Kommunikationssystems Gesellschaft und das Forschungsinteresse richtet sich auf Genese, Autonomie und Interdependenzen globaler Strukturmuster in der Weltgesellschaft. Dabei wird im Einklang mit der soziologischen Tradition von funktionaler Differenzierung als primärer Differenzierungsform der Weltgesellschaft ausgegangen, zugespitzt in der These, dass ‚die Entstehung der Weltgesellschaft und die Durchsetzung funktionaler Differenzierung ein und derselbe Vorgang‘ seien“ (Werron 2005: 262). Es sind also, um es zusammenzufassen, zwei Momente – Kommunikation und funktionale Differenzierung –, die

Luhmanns These von der ‚Weltgesellschaft‘ theoretisch konstituieren: „Bei Luhmann schließlich ist es einerseits Kommunikation, ist es die ‚kommunikative Erreichbarkeit‘ aller für alle in der Weltgesellschaft, die diese eine sein lässt ... Ausschlaggebend ist andererseits *funktionale Differenzierung*. Genauer: es ist der gesellschaftsstrukturelle Primat einer bestimmten Differenzierungsform, der die Weltgesellschaft ‚eint‘. Rudolf Stichweh sagt dies so: ‚Weltgesellschaft beruht darauf, dass die Sozialwelt mehrfach durch je autonome Perspektiven der einzelnen Funktionssysteme zerlegt wird und dass jede dieser funktionalen Perspektiven heute auf je eigene Weise einen weltweiten Kommunikationszusammenhang aufspannt“ (Tyrell 2005: 16f.).

1.2.1. Kommunikative Erreichbarkeit

Luhmanns Weltgesellschaftstheorie ist ein Teil seiner Gesellschaftstheorie. Diese bildet wiederum den bei weitem größten Teil seiner Theorie sozialer Systeme. Weder die eine noch die andere können hier im Detail dargestellt werden. Sie werden nur soweit berücksichtigt, bis dies für das Verständnis seiner Weltgesellschaftstheorie notwendig ist. Luhmanns Theorie ist also als Theorie sozialer Systeme konzipiert. Die Besonderheit sozialer Systeme sieht er darin, dass sie sinnverarbeitende Systeme sind. Sinn beschreibt die Spezifik ihrer Operationsweise im Unterschied etwa zu biologischen und physikalischen Systemen wie Maschinen. Das Medium Sinn leistet aber nicht die Abgrenzung zu psychischen Systemen. Das schafft erst der Begriff der „Kommunikation“, die Luhmann als Verknüpfung dreier aufeinander bezogener Selektionen fasst, die die wesentlichen Komponenten jeder Kommunikation ausmachen: Information, Mitteilung und Verstehen. Seine Theorie setzt damit, etwa im Unterschied zu Parsons oder Meyer, nicht auf Werte, Legitimität, Akteure oder Institutionen, sondern auf Kommunikation. Luhmann hat dadurch schon früh festgestellt, dass die Grenzen des Gesellschaftssystems nicht physische bzw. räumliche Grenzen sein können, sondern nur Sinn Grenzen. Und da Kommunikation die elementare Operation ist, die jedes Sozialsystem konstituiert, fallen Soziales und Kommunikation zusammen. Soziale Systeme sind für ihre Anschlussfähigkeit auf Kommunikation angewiesen. In dieser Hinsicht spricht Luhmann von „Reproduktion“. Damit bezeichnet er den Sachverhalt, in dem neue Elemente auf die vor ihnen entstandenen Elemente Bezug nehmen müssen, wodurch sie in ihren Gestaltungsfreiheiten durch die Geschichte des Systems eingeschränkt werden. Kommunikationen haben deshalb einen zeitlichen Aspekt. Sie sind Ereignisse, oder genauer: Operationen, die sich aufeinander beziehen. Soziale Systeme sind deshalb selbstreferierende bzw. „autopoietische“ Systeme: „Autopoiesis bedeutet eigentlich nur, dass alles, was in einem System als Einheit fungiert – Element, Operation, Struktur, Grenze –, sich den eigenen Produktionsprozessen des

Systems verdankt und dass auf dieser Ebene der Produktion der systemkonstitutiven Einheiten kein Import von Fremdmaterial möglich ist und insofern das System als ein (operativ und strukturell) geschlossenes zu verstehen ist“ (Stichweh 2000b: 216).

‚Weltgesellschaft‘ ist dabei als jenes Sozialsystem zu verstehen, das alle anderen Sozialsysteme und damit alle Kommunikation in sich einschließt. Sie ist also das einzige Sozialsystem, das ohne jede soziale Umwelt ist, und das deshalb in seiner Umwelt nur Systeme hat, die nicht auf Kommunikation beruhen. Die Theorie besagt auch, dass ‚Weltgesellschaft‘ ihre charakteristischen Muster der Strukturbildung hat, die als ihre Eigenstrukturen ältere Strukturen überlagern und den Prozess der Ausdifferenzierung der Weltgesellschaft tragen. Die Theorie geht somit von der Annahme der Prägekraft weltgesellschaftlicher Strukturen aus und will lokale soziale Phänomene auch als strukturelle Effekte der Weltgesellschaft analysieren. Das ist die formale Charakterisierung. Aus dieser folgt jedoch noch nicht, dass es ein solches Sozialsystem tatsächlich gibt. Um seine historische Existenz zu behaupten, müsste man aufzeigen, dass zwischen zunächst voneinander getrennten Gesellschaften Interdependenzen entstehen, die mit der Zeit irreversibel werden und sich irgendwann als Eigenstrukturen der ‚Weltgesellschaft‘ verfestigen. Weltweit operierende Funktionssysteme wären z. B. aus systemtheoretischer Sicht der eigentliche empirische Beweis für die Existenz der ‚Weltgesellschaft‘. Zunächst setzt Luhmann jedoch bei dem Begriff der „Erreichbarkeit“ an. Er spricht davon, dass heute aufgrund neuer technischer Mittel, sich Chancen zu weltweiter Kommunikation ergeben, und sich dadurch ein weltweiter Möglichkeitshorizont aufgetan habe: „Faktisch sind die universelle Kommunikationsmöglichkeiten und, mit periodischen und regionalen Ausnahmen, der universelle Weltfriede hergestellt. Eine zusammenhängende Weltgeschichte entsteht. Ein gemeinsamer Tod aller Menschen ist möglich geworden. Wirtschaftlicher Verkehr verbindet alle Teile des Erdballs, weltweite Vergleichsmöglichkeiten gehören zur wirtschaftlichen Kalkulation, und die entsprechenden Interdependenzen übertragen Störungen und Krisen. Politische und andere Neuigkeiten werden universell reportiert und beurteilt, und es ist für die daran arbeitenden Organisationen abschätzbar, welche Themen wo Aufmerksamkeit und Resonanz finden. Zumindest in den Städten und auf den Verkehrswegen der Erde formen sich typisch erwartbare Regeln des Verhaltens gegenüber unbekanntem Fremden. Und allem voran finden Wissenschaft und Technik mit ihren Möglichkeitshorizonten, Implikationen und faktische Leistungen überall erwartbare Anerkennung und, nach Möglichkeit, Verwendung. Elektrizität wird als Elektrizität, Geld als Geld, der Mensch als Mensch genommen überall – mit Ausnahmen, die einen pathologischen, rückständigen, gefährdeten Zustand signalisieren. Auf all diesen Gebieten ist ein rapides Zunehmen weltweiter Kohärenzen zu verzeichnen“ (Luhmann 1972: 334).

Der weltweite Möglichkeitshorizont, das betont Luhmann, stellt sich also noch auf der Ebene

der Erwartungsbildung her. Und ‚Weltgesellschaft‘ ist zunächst dadurch gegeben, dass jede Kommunikation durch die Prämissen des Weltverkehrs auf dem ganzen Erdball weitere Anschlüsse ermöglicht, die damit eine faktische Vereinheitlichung der Erwartungen aller Menschen bestimmen: „Die Weltgesellschaft konstituiert sich nicht dadurch, dass mehr und mehr Personen trotz räumlicher Entfernung in elementare Kontakte unter Anwesenden treten. Dies ist nur eine Nebenerscheinung der Tatsache, dass in jeder Interaktion ein ‚Und so weiter‘ anderer Kontakte der Partner konstituiert wird mit Möglichkeiten, die auf weltweite Verflechtungen hinauslaufen *und sie in die Interaktionssteuerung einbeziehen*. ... Tatsache ist, dass das Phänomen eines faktisch vereinheitlichten Welthorizontes neu und in einer Phase irreversibler Konsolidierung begriffen ist. Diese Vereinheitlichung findet sich auf allen Ebenen intersubjektiver Erwartungsbildung: als faktische Übereinstimmung des Horizontes, in dem sich (übereinstimmende oder nichtübereinstimmende) Erwartungen konstituieren, als Erwartung der Übereinstimmung des Erwartungshorizontes anderer mit dem eigenen und als Erwartung, dass andere erwarten, dass ihr Horizont mit dem anderer identisch ist. Im Unterschied zu allen älteren Gesellschaften konstituiert die Weltgesellschaft nicht nur eine projektive (eigene Systembedürfnisse widerspiegelnde), sondern eine reale Einheit des Welthorizontes für alle. Oder auch umgekehrt: die Weltgesellschaft ist dadurch entstanden, dass die Welt durch die Prämissen weltweiten Verkehrs vereinheitlicht worden ist“ (Luhmann 1975: 54f., Herv.i.O.).

Eine Gesellschaft bilden nach Luhmann also alle Kommunikationen, die aufeinander Bezug nehmen. Unter den Prämissen des Weltverkehrs führt das unmittelbar auf die Hypothese der ‚Weltgesellschaft‘ hin. Diese wird durch die Verbreitungsmedien hergestellt. Luhmann weist auf die besondere Bedeutung moderner Verbreitungsmedien für die gesellschaftliche Evolution. Das Revolutionäre, was neue Kommunikationsmittel gebracht haben, sei, die beiden Komponenten von Kommunikation – Mitteilung und Verstehen – zu entkoppeln: „Wenn die Gesellschaft nichts anderes ist als das umfassende System aller anschlussfähigen Kommunikation, dann ist zu erwarten, dass Veränderungen in den Kommunikationsmitteln die Gesellschaft wie ein Schlag treffen und transformieren“ (Luhmann 1990: 597). Mit der Erfindung und Anwendung immer neuer Verbreitungsmedien löst sich die Kommunikation immer stärker von der Interaktionsebene, also: von der Angewiesenheit auf face-to-face Kommunikation: „Diese These der Differenzierung von Interaktion und Kommunikation ist ein klassischer systemtheoretischer Befund. Allen signifikanten Verbreitungsmedien der Kommunikationsgeschichte – Schrift, Buchdruck, Telegraphie, Telefonie, Mobiltelefonie, elektronische Kommunikation – ist diese Unabhängigkeit von Interaktion eigen“ (Stichweh 2005b: 184).¹¹ Zugleich wird die

11 Stichweh erwähnt in diesem Zusammenhang als Beispiel auch die Theorie der *small worlds*, in der es um den Zugang zu beliebigen anderen geht, der über Kontaktnetzwerke läuft. Gemeint ist damit die allen bekannte

Verbreitung von Kommunikationen immer schneller bis sie schließlich fast mit Lichtgeschwindigkeit reisen. Damit kann globale Gleichzeitigkeit in der Verbindung der an Kommunikation beteiligten Personen geleistet werden. Potentiell ist jeder jederzeit erreichbar. Voraussetzung für diese Beschleunigung und Synchronisierung der Kommunikation ist wiederum ein zweiter Ablösevorgang: die Ablösung der Techniken des Transports von Kommunikationen von den Techniken des Transports von Personen und Sachen, die erst im 19. Jahrhundert mit der Einführung der elektrischen Telegraphie begann.¹²

Wenn Kommunikation heute globale Verbreitung findet, wie steht es dann mit dem Verstehen von Kommunikation? In seinem frühen Aufsatz aus dem Jahr 1971 betont Luhmann die Rolle der „kognitiven“ Erwartungen für die Konstituierung der ‚Weltgesellschaft‘. Es sind nicht mehr normative Erwartungen, welche Interaktionen heute steuern, so Luhmann, sondern gerade „kognitive, adaptive und lernbereite“ (Luhmann 1975: 55). Er spricht von der Dominanz eines kognitiven „Erwartungsstils“ in der ‚Weltgesellschaft‘: „Der durchgehende Grundzug dieser Präferenz für kognitive Erwartungen lässt vermuten, dass wir einem selektiven Prinzip auf der Spur sind – das heißt: dass die Weltgesellschaft sich zunächst in Interaktionsbereichen konstituiert hat, in denen kognitives Erwarten in Bezug auf das Erwarten und Verhalten anderer stabilisiert werden kann. Solche Selektion scheint von der Struktur des Systems der Weltgesellschaft auszugehen“ (ebd.). Rudolf Stichweh spricht hier (mit Bezug auf Anthony Giddens’ disembedding) von „Dekontextualisierung“. Damit wird die Herauslösung der Kommunikation aus lokalen Einbettungen gemeint: „Wenn wir diese Frage der Wahrscheinlichkeit des Verstehens für weltweite Kommunikationszusammenhänge stellen, wird sich der Blick vor allem auf die Vielfalt der Sprachen und Kulturen der Welt richten. Ist diese mit der Möglichkeit des Verstehens kompatibel? Auch hier möchte ich auf ein Argument von Niklas Luhmann zurückgreifen. In ‚Die Gesellschaft der Gesellschaft‘ postuliert er, es sei ‚eine bewährte Hypothese ... dass die Vielfalt der Kulturen mitsamt der Vielfalt ihrer Ethnozentrismen heute als bekannt gelten kann

Erfahrung, dass man eine völlig fremde Person trifft und sich bald herausstellt, dass diese der Freund eines Freundes oder der Bekante eines Bekannten ist. Stichweh zufolge könnte man *small worlds* als Formen der Realisierung von „Weltkommunikation“ verstehen. Es gelte allerdings, dass Kommunikation deshalb Weltkommunikation sei, weil sie medienbasiert ist.

12 „Erstmals wurde es durch die Telegraphie möglich, Botschaften auf elektrische Weise zu übertragen und so die Abhängigkeit von den etablierten, ‚physischen‘ Reisewegen wie von Boten oder der Eisenbahn aufzugeben. Mit der Telegraphie etablierte sich eine Kommunikationstechnik, die ein weltweites Kommunikationsnetz aufspannte, das Kommunikation auch mit den entferntesten Punkten nahezu in Echtzeit erlaubte. Nicht zu Unrecht ist die Telegraphie als ‚Victorian Internet‘ bezeichnet worden, lassen sich doch bereits hier einige der grundlegenden Eigenschaften des Internets wie die weltweite kommunikative Vernetzung durch ein interaktives Medium beobachten. Die ‚Kommunikationsrevolution‘, die mit der Erfindung der Telegraphie einherging, eröffnete zahlreiche neue Kommunikationsmöglichkeiten, die vorher undenkbar gewesen waren. Gleichzeitig erwies sich die Telegraphie für die Etablierung globaler Funktionssysteme von großer Bedeutung, da so für die weitgehend von ihrem physischen Substrat befreite Kommunikation räumliche Grenzen zunehmend irrelevant wurden. Die zeitgenössische Diskussion über die Telegraphie betonte, dass es sich hier um ‚universal communication‘ handelt – um eine Kommunikationsweise, die durch ihre Geschwindigkeit und ‚Immaterialität‘ die Welt zu einer einzigen weltgesellschaftlichen Einheit (‚communication‘) vereinigte“ (Stäheli 2004: 248f.).

und Verständigungsprobleme daher weniger ethnozentrisch auf die Fremden zugerechnet werden als früher'. Aus dieser These folgt die Abwesenheit völliger und inkommensurabler Fremdheit für die gegenwärtige Welt. Es ist in der Weltgesellschaft nicht mehr mit dem Auftauchen von Sprachen, Kulturen und Völkerschaften zu rechnen, die die Unterscheidung von Verstehen und Nichtverstehen inapplikabel machen würden. Fremdheit begegnet uns nicht mehr als ein Außen, das unerwartet war und unverständlich bleibt. Sie begegnet uns vielmehr in der Exploration der Innenhorizonte von Bewusstsein, Sprachen und Kulturen, die aber alle in einer gemeinsamen Welt verortet werden. Auch in diesem Sinn kann von Weltkommunikation die Rede sein“ (Stichweh 2005b: 182).¹³ Der Prozess der Dekontextualisierung von Kommunikation demonstriert sich am deutlichsten in den Sondersprachen und Sonderkulturen der verschiedenen Funktionssysteme der Gesellschaft. Diese Sondersprachen bezeichnet die Systemtheorie als „symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien“. Das sind z. B. Geld, Wahrheit, Macht. Sie stärken die funktionale Spezifikation der Funktionssysteme durch die konkrete Präsenz ihrer binär codierten Relevanz und machen möglich, dass sich Menschen in einem bestimmten Funktionssystem der modernen Gesellschaft bewegen und viele andere Relevanzen, obwohl hier und jetzt lokal präsent, als irrelevant ausblenden. Damit komme ich auf „funktionale Differenzierung“ als die primäre Differenzierungsform moderner Gesellschaften zu sprechen.

1.2.2. Funktionale Differenzierung

In seiner Theorie sozialer Systeme unterscheidet Luhmann drei Ebenen der Systembildung: Interaktion, Organisation und Gesellschaft. Interaktionen oder „einfache Sozialsysteme“ sind auf Anwesenheit oder Kopräsenz angewiesen. Sie setzen die Wechselseitigkeit der Wahrnehmung voraus: „Interaktionssysteme sind in ihrer Leistungsfähigkeit und Dauer eng begrenzt. Sie können nur ein Thema gleichzeitig bearbeiten, und mit dem Ende der Anwesenheit der Beteiligten ist auch das Interaktionssystem beendet“ (Stichweh 2000b: 219). Für Organisationen sind wiederum Mitgliedschaft und Handlungsfähigkeit nötig: „Sie

¹³ An anderer Stelle drückt Stichweh diesen Sachverhalt so aus: „Wenn man Gesellschaft in einer aristotelischen Tradition als das Sozialsystem denkt, dem man Attribute wie Selbstgenügsamkeit und Autarkie zuschreibt, dann darf eine Gesellschaft keine systematischen Außenbeziehungen aufweisen, von denen sie in ihrer Strukturbildung abhängt. Sie unterhält allenfalls akzidentelle Kontakte zu anderen Gesellschaften in ihrer Umwelt. Erst wenn diese Kontakte die Bildung von Strukturen anstoßen, die gewissermaßen auf beide beteiligte Gesellschaften verteilt werden, kann nicht mehr von zwei verschiedenen Gesellschaften die Rede sein, beobachten wir vielmehr einen Zusammenschluss zu nur einem gesellschaftlichen System. Die systematische Internalisierung von sozialen Beziehungen, die ehemals Außenbeziehungen waren, ist insofern der Modus, in dem sich die Herausbildung eines neuen Gesellschaftssystems vollzieht. Weltgesellschaft meint dann genau den Sachverhalt, dass alle früheren sozialen Außenbeziehungen internalisiert worden sind und sich historisch erstmals ein soziales System bildet, das kein soziales Außen mehr kennt. Mit Blick auf Kommunikation bedeutet dies, dass die Weltgesellschaft alle Kommunikationen in der Welt in sich einschließt und keine Kommunikationen mehr feststellbar sind, die nicht Teil der Weltgesellschaft wären. Kommunikation und Gesellschaft sind insofern koextensiv“ (Stichweh 2008a: 335f.).

sind Mitgliedschaftsverbände, die Mitgliedschaft im Sinne von Bedingungen des Eintritts und Bedingungen des Austritts formalisieren. Solange man Mitglied ist, unterwirft man sich einer Bindung an die Regeln, die in der Organisation gelten. Als autopoietische Systeme sind Organisationen auf der Basis von Entscheidungen operativ geschlossen. Entscheidungen sind für die Mitglieder bindend, soweit sie auf der Basis der Regeln der Organisation zustande gekommen sind“ (ebd.: 219f.). Schließlich ist Gesellschaft das allumfassende Sozialsystem, das Interaktionen und Organisationen in sich einschließt. Sie konstituiert sich nach Luhmann durch Erreichbarkeit von Kommunikation. Weder Organisationen noch Interaktionen sind jedoch Teilsysteme der Gesellschaft. Sie sind schlichtweg andersartige Formen sozialer Systembildung. Seine Differenzierungstheorie, die er auch Theorie der Systembildung deutet, bezieht Luhmann deshalb nur auf das Gesellschaftssystem. Differenzierung meint die Wiederholung von System/Umwelt-Differenzen innerhalb von Systemen.

Luhmann unterscheidet vier Formen von Differenzierung. Die erste ist die segmentäre Differenzierung. Solche Gesellschaften sind in gleiche Teile strukturiert, die auch durch Gleichheit ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und ihres Ranges gekennzeichnet sind. Eine zweite Differenzierungsform ist die in Zentrum und Peripherie. Das klassische Beispiel hier ist der Unterschied zwischen Stadt und Land, die institutionalisierte Differenzen in der Kontrolle von Ressourcen und Informationen meint. Die dritte Differenzierungsform heißt hierarchische Differenzierung oder Stratifikation: „Sie teilt die Gesellschaft in Sozialsysteme (Stände, Kasten, Schichten), die durch Ungleichheit des Rangs im Verhältnis zueinander beschrieben werden, wobei aber jedes dieser Systeme für die ihm zugehörigen Personen einen vollständigen Kontext der Lebensführung definiert“ (ebd.: 224). Schließlich ist *funktionale Differenzierung* die Differenzierungsform moderner Gesellschaften. Sie beschreibt einen Zustand, in dem Gesellschaft in funktional ungleiche Teile strukturiert ist, die zueinander in einem Verhältnis extremer sachlicher Diversität stehen, sodass sie prinzipiell nicht mehr in eine Rangordnung gebracht werden können, da jedes der Funktionssysteme für die Gesellschaft unverzichtbar ist. Das Herzstück von Luhmanns Gesellschaftstheorie bildet dabei die These, dass die Entwicklung der Gesellschaften von der segmentären Differenzierung einfacher Gesellschaften in Familien und Sippen über die hierarchische Differenzierung in den traditionellen Hochkulturen in Stände, Kasten und Schichten zur Differenzierung moderner Gesellschaften in funktional spezialisierte Makrosysteme fortschreitet. Funktionale Differenzierung ist für Luhmann also eine evolutionäre Errungenschaft, die der Komplexität der Welt Rechnung trägt. Ab einem bestimmten gesellschaftlichen Komplexitätsgrad wird es unmöglich, dass soziale Operationen durch multifunktionale soziale Institutionen produziert und reguliert werden. Damit genug Leistungsfähigkeit da ist, müssen sich Institutionen spezialisieren und sich auf

die kommunikative Behandlung nur eines Problems spezialisieren.

Für Luhmann ist die Dynamik der modernen Gesellschaft deshalb entscheidend durch die Entwicklung der Funktionssysteme bestimmt. Ohne die Herausbildung funktionaler Teilsysteme ist auch die ‚Weltgesellschaft‘ nicht denkbar: „Für die Beurteilung dieses Weltzustandes sind die Gründe wesentlich, die ihn herbeigeführt haben. Sie liegen im Übergang zur funktionalen Differenzierung des Gesellschaftssystems. In dem Maße, als sich Funktionsbereiche wie Religion, Wirtschaft, Erziehung, Forschung, Politik, Intimbeziehungen, Erholungstourismus, Massenkommunikation zu hoher Eigenständigkeit entfalten, sprengen sie die für alle gemeinsam geltenden territorialen Gesellschaftsgrenzen. Jedes Teilsystem stabilisiert dann nicht nur eigene gesellschaftsinterne Grenzen gegenüber anderen Teilsystemen, sondern fordert aus der abstrakten Perspektive seiner spezifischen Funktion und aus der Eigenlogik seiner Selbsterhaltung und Selbstentfaltung heraus auch jeweils andere Gesellschaftsgrenzen. ... Für die moderne Gesellschaft ist ein solches Divergieren der Grenzinteressen ihrer Teilsysteme das Normale; es ist, mit anderen Worten, reiner Zufall, wenn Teilsysteme gleiche Außengrenzen der Gesellschaft postulieren. Innerhalb regionaler Gesellschaften könnte man nicht mehr unterstellen, dass die Gesellschaftsgrenzen identisch und die Gesellschaftsstrukturen verbindlich bleiben, wenn man von politischem Handeln zu wissenschaftlicher Forschung, von ökonomischer Planung zu erzieherischem Handeln oder zur Erholung im Kreise guter Freunde übergeht; denn territoriale Grenzen eignen sich nicht mehr zum Ausschluss von Personen von *allen* diesen Aktivitäten. ... Die Konstitution der Weltgesellschaft ist, um diesen wichtigen Punkt zu wiederholen, die Konsequenz des gesellschaftlichen Differenzierungsprinzips – genauer gesagt: die Konsequenz der erfolgreichen Stabilisierung dieses Differenzierungsprinzips. Die wissenschaftlich-ökonomisch-technische Entwicklung und die Positivierung des Rechts sind demgegenüber keine selbständigen Faktoren, sondern sind durch den gleichen Strukturwandel erst ermöglicht worden“ (Luhmann 1972: 334f.).

‚Weltgesellschaft‘ ist für Luhmann also in erster Linie eine Folge der Durchsetzung funktionaler Differenzierung als primäre gesellschaftliche Differenzierungsform moderner Gesellschaften. Jede Funktion wird autonom von einem Teilsystem erfüllt und obwohl jedes Teilsystem den Primat der eigenen Funktion hypostasiert, kann eine funktional differenzierte Gesellschaft an sich kein Zentrum und keine Spitze haben, weil alle Funktionen für sie gleich grundlegend sind. Keines der Funktionssysteme kann deshalb in einem Sonderverhältnis zur Gesellschaft stehen und keines kann sie repräsentieren: „Für den Gesellschaftsbegriff ist damit konstitutiv, dass er ‚entpolitisiert‘ ist, ‚so wie er ja auch entökonomisiert ist, desakralisiert, dejuridifiziert und ‚deszientifiziert‘“ (Tyrell 2005: 17). Das hat auch die Unmöglichkeit einer Selbstbeschreibung der Gesellschaft unter einem einzigen Gesichtspunkt zur Folge. Vielmehr beobachtet jedes Funktionssystem die Einheit der

Gesellschaft nur unter der Perspektive des von ihr betreuten Problems. Diese Orientierung wird von einer binären Unterscheidung (Code) angeleitet, die keinen Eingriff von außen in der Erfüllung der Funktion toleriert: „In der funktional differenzierten Gesellschaft beobachten die Teilsysteme die Welt nicht gleichförmig (wie in den segmentären Gesellschaften) oder dogmatisch (wie in den stratifizierten Gesellschaften). Die Differenz System/Umwelt hat je nach Teilsystem eine andere Bedeutung. Jedes Funktionssystem produziert Selektionen nach Maßgabe der eigenen Unterscheidungen und toleriert eine sehr komplexe Umwelt – unter der Voraussetzung, dass die anderen Funktionen auch erfüllt werden“ (Baraldi u. a. 1998: 69). Damit kommt es zur Ausdifferenzierung verschiedener funktionssystemspezifischer Weltentwürfe: „In weltgesellschaftstheoretischer Perspektive werden Funktionssysteme – wie soziale Systeme schlechthin – kommunikationstheoretisch grundlegend als sinnhaft geschlossene gesellschaftliche Sphären aufgefasst. Systemgrenzen sind *Sinn Grenzen*, die aufgrund der Universalität von Sinn schon per definitionem nicht (ausschließlich) durch Räumlichkeit symbolisiert werden können. Dieser Universalismus resultiert aus der *sachthematischen Spezifikation* funktionaler Systeme, die sich operativ an einem, d. h. *ausschließlich* an diesem einen Problemgesichtspunkt (Funktion) abarbeiten“ (Mersch 2005: 243, Herv.i.O.).¹⁴

Der Begriff der funktionalen Differenzierung steht also im Kern dessen, was Luhmann sich unter moderner Gesellschaft vorstellt. In einem Aufsatz unter dem Titel *Gesellschaft* legte er noch 1970, also: ein Jahr vor seinem Weltgesellschaftsaufsatz, das Programm einer komplexen Theorie der modernen Gesellschaft vor. Ich referiere im folgenden diesen Text, da er zugleich ein Programm und eine Zusammenfassung von Luhmanns Gesellschaftstheorie bietet und somit auch eine gute Vergleichsvorlage für die Darstellung der klassischen Gesellschaftstheorien von Herbert Spencer, Emile Durkheim und Max Weber.

Luhmann beginnt seine Überlegungen mit der Rekonstruktion des antiken Begriffs der *koinonia* (später *societas civilis*) als Bezeichnung der Gemeinschaft, die alle anderen Gemeinschaften in sich einschließt. In der Antike, im Mittelalter und in der Neuzeit war Gesellschaft mit einer politischen Organisation, Stadt bzw. Staat, assoziiert. Erst mit der Analyse des Ordnungsproblems bei Hobbes und Rousseau wurde ein neuer Begriff des Politischen (als *government* in der angelsächsischen und als Staat in der kontinentalen Tradition) formuliert, dem dann der Gesellschaftsbegriff gegenübergestellt wurde.

14 R. Stichweh erwähnt in diesem Zusammenhang, mit Bezug auf Meyer, die „globale Diffusion institutioneller Muster“ als Mechanismus der ‚Weltgesellschaft‘: „Beobachtungen erfolgen auf der Ebene kategorialer Zugehörigkeit und kategorialer Selbstzurechnung: Staaten beobachten Staaten, Zentralbanken andere Zentralbanken, fundamentalistische Sekten andere fundamentalistische Sekten und Individuen schließlich andere menschliche Lebewesen mit demselben Anspruch auf Individualität. ... Es ist dieser Mechanismus, der die schnelle Diffusion von Neuerungen im System der Weltgesellschaft wahrscheinlich macht“ (Stichweh 2000: 255).

‚Gesellschaft‘ füllte sich damit zunehmend mit einem neuen, diesmal primär wirtschaftlichen, Inhalt. Die ‚societas civilis‘ wurde zur ‚bürgerlichen Gesellschaft‘ umformuliert, die nun im Grunde mit dem Wirtschaftssystem identifiziert wurde. Damit aber, so Luhmann, war immer noch nicht ausreichend geklärt, was mit koinonia-communitas-societas-Gesellschaft gemeint ist: „Vor allem fällt auf, wie wenig, gemessen an der erstaunlichen Klarsicht und dem vielfältig belegten Denkvermögen der klassischen Theoretiker, der Begriff der Grenze beachtet und bearbeitet worden ist“ (Luhmann 1970: 179). Der Schritt, den Luhmann fordert, ist folgender: "den Gesellschaftsbegriff von der Bindung an einzelne funktionale Leitgesichtspunkte zu lösen, die in ihm für zweitausend Jahre vorgeherrscht haben. Konkret geht es um die Ablösung von Politik und Wirtschaft. Gesellschaft ist weder *societas civilis* noch geht sie in der *politischen Ökonomie* auf. An dieser Stelle wird das Konzept der funktionalen Differenzierung wichtig, weil es eine überzeugende Alternative bietet" (Stichweh 2005: 180, Herv.i.O.). Dass die „alteuropäische“ Theorie ihre Perspektive nicht abstrakt genug ansetzen konnte, interpretiert Luhmann als Folge einer Gesellschaft mit unvollständiger funktionaler Ausdifferenzierung ihrer Teilsysteme. Die Theorien der ‚politischen‘ bzw. der ‚wirtschaftlichen‘ Gesellschaft hätten für jene Zeit ausreichende begriffliche Komplexität geleistet: "Diese Gesellschaft, die sich aus archaisch-segmentierten Formen des Zusammenlebens zur Hochkultur entwickelt hatte, war nämlich in besonderer Weise durch den Primat eines ihrer Teilsysteme bestimmt gewesen, und zwar desjenigen Teilsystems, das durch seine eigene Komplexität in der Evolution führend war, zunächst des politischen, dann des wirtschaftlichen Teilsystems. Nur politische Herrschaft konnte den Bestand der frühen, den archaischen Gesellschaften abgerungenen Hochkulturen sichern und nur ein hochkomplexes Teilsystem der Wirtschaft vermochte die moderne, technisch-industrielle Gesellschaft herbeizuführen. Insofern war es sinnvoll, die Gesellschaft selbst von ihrem jeweils führenden Teilsystem aus zu begreifen, dessen Problem ihr zu unterlegen, ja sie mit ihm zu identifizieren" (Luhmann 1970: 179f.).

Eine angemessene Beschreibung der modernen Gesellschaft hält Luhmann allerdings nur auf der Grundlage einer System-Umwelt-Theorie für möglich. Sie besagt, dass jedes System im Verhältnis zu seiner Umwelt eine nur geringere Komplexität aufnehmen kann. Daraus folgt, dass das System nicht jeder möglichen Umwelt kompatibel ist. So kann das Gesellschaftssystem nur unter bestimmten Voraussetzungen entstehen und sich erhalten. Gleiches gilt für seine Teilsysteme. Sie sind ihrer Struktur und ihren Prozessen nach auf eine schon domestizierte Umwelt mit begrenzten Risiken eingestellt. Sie stützen sich auf vorauszusetzende Ordnungsleistungen des Gesellschaftssystems und können in diesem Sinne voraussetzungsvolle Eigenleistungen erbringen, z. B. Spezialisiertheit in einem Grade erreichen, der in einer Umwelt ohne jede soziale Ordnung unmöglich wäre. Gesellschaft ist für sie schon reduzierte Umweltkomplexität. Luhmann definiert ‚Gesellschaft‘ deshalb als

"dasjenige Sozialsystem, das im Voraussetzungslosen einer durch physische und organische Systembildungen strukturierten Umwelt soziale Komplexität regelt – das heißt den Horizont des Möglichen und Erwartbaren definiert und letzte grundlegende Reduktionen einrichtet" (ebd.: 183). Angesichts der laufenden Überforderung durch eine sinnhaft erlebte, hochkomplexe Welt ist menschliche Erlebnisverarbeitung und zwischenmenschliche Interaktion auf Generalisierungen angewiesen. In dieser Hinsicht hätten die älteren "Hochkulturen" wichtige strukturtragende Generalisierungsleistungen erbracht: Recht, Wahrheit, Liebe, Geld, Sprache etc. Eine funktional spezialisierte Trennung und Delegation generalisierender Mechanismen konnte nach Luhmann allerdings erst in modernen Gesellschaften realisiert werden. Zuerst hätten die Gesellschaften der Neuzeit damit begonnen, sinnbildende Prozesse, die früher auf der Ebene der gesamten Gesellschaft institutionalisiert wurden, aus Interesse an höheren Leistungen in profilierten Untersystemen zu übertragen. Seitdem ist der Grad der Generalisierung und Komplexität aller dieser Untersysteme und ihrer Mechanismen immens gestiegen. Recht, Wahrheit, Macht, Geld, Kunst, aber auch Liebe seien zu generalisierten Medien spezialisierter, funktional voneinander abgegrenzter Systeme der Gesellschaft geworden, die ihre Operationen leiten und erleichtern. Die Einheit der Gesellschaft, das betont Luhmann, wird durch die funktionale Differenzierung somit nicht gesprengt, sondern nur umstrukturiert: "Systemdifferenzierung soll, im Unterschied zu Differenzierungen anderer Art, heißen, dass in einem System die Systembildung wiederholt wird, das der Vorteil der Systembildung also mehrmals zum Zuge kommt. Zugleich macht die angenommene Systemtheorie verständlich, worin dieser Vorteil besteht, nämlich darin, dass Systeminneres nochmals wie Umwelt behandelt und nochmaliger Selektion durch Systemgrenzen unterworfen werden kann. Systemdifferenzierung leistet Selektivitätsverstärkung" (ebd.: 187).

Funktionale Differenzierung beruht also auf dem Prinzip der Ungleichheit der Funktionssysteme und macht deren gesellschaftliche Umwelt dadurch komplexer und schwieriger. Diese Zunahme an Innenkomplexität muss kompensiert werden durch steigende Anforderungen an die Ordnungsleistung des Gesamtsystems, vor allem dadurch, dass die ungleichmachenden Differenzierungsgesichtspunkte den Systemproblemen des Gesamtsystems entnommen werden, so dass diese durch spezialisierten Kräfteinsatz besser gelöst werden können: „Deshalb läuft ungleiche Differenzierung immer auf funktionale Differenzierung hinaus: funktionale für das Gesamtsystem. In dem Maße, als diese Funktionalität gesichert ist, verlassen sich alle Funktionssysteme darauf, dass die Gesamtordnung hält: dass politische Macht anrufbar und entscheidungsfähig ist, dass Geld seinen Wert behält, dass Wahrheiten feststellbar sind, dass Kinder mit Liebe gezeugt und großgezogen werden, dass für alle Eventualitäten des Lebens spezialisierte Organisationen bereitstehen in dem Sinne, dass das Versagen des einen Leistungsgefüges zur Aufgabe des

anderen wird" (Luhmann 1970: 187f.).¹⁵ In einer funktional differenzierten Gesellschaft ist damit eine laufende Überproduktion von Möglichkeiten für Erleben und Handeln vorhanden, aber immer unter ganz bestimmten Bedingungen. Diese Bedingungen sind in der Struktur der Funktionssysteme verankert und dadurch selbst differenziert: Das technisch Mögliche ist nicht immer auch wirtschaftlich möglich, oder rechtlich möglich, oder politisch möglich. In diesem Zusammenhang betont Luhmann auch, dass die ‚Einheit‘ moderner Gesellschaften nicht mehr durch ein Zweck oder Instanz zu begreifen ist, sondern letztlich nichts anderes meint "als die Einregulierung eines Verhältnisses entsprechender Komplexität zwischen einer Vielzahl von Sozialsystemen, die wechselseitig füreinander gesellschaftliche Umwelt sind" (ebd.: 189).

Seinen Aufsatz beendet Luhmann mit einem Abschnitt über soziale Evolution. Seiner Meinung nach sind gewisse Korrekturen am Evolutionsbegriff des 19. Jahrhunderts vorzunehmen, da Evolution nicht auf Naturgesetze beruhe (Herbert Spencer), sondern auf Systembildungen: "In einer so angesetzten System/Umwelt-Theorie bekommt jedes Ereignis einen doppelten Stellenwert: Es verändert (mindestens) ein System und damit zugleich die Umwelt anderer Systeme" (ebd.: 190). Eine solche Theorie sucht nicht nach Beziehungen zwischen bestimmten Ursachen und Wirkungen und hat keine Erklärung des ersten Anstoßes. Für Luhmann ist soziale Evolution nur Steigerung der Komplexität, die sich in der Form von funktionaler Differenzierung vollzieht: "Funktionale Differenzierung ermöglicht, wie in organischen Systemen so auch in sinnhaft geordneten Systemen, höhere Komplexität als segmentäre Differenzierung. Daraus ergibt sich die historisch gut belegbare Hypothese, dass gesellschaftliche Evolution mit einer Umstrukturierung des Gesellschaftssystems von primär segmentärer auf primär funktionale Differenzierung verbunden ist, und als Folgesatz die Hypothese, dass evolutionäre Errungenschaften, die ein höheres Niveau gesellschaftlicher Komplexität stabilisieren und so festigen, dass rückläufige Entwicklungen schwierig und unwahrscheinlich ... werden, vor allem im Hinblick auf die Folgeprobleme funktionaler Differenzierung entwickelt werden. Solche Errungenschaften finden sich vor allem im Umbau generalisierender Mechanismen: in der Stabilisierung politischer Legitimität unabhängig von Blutsverwandtschaft, in der Institution des Marktes und im Geldwesen, in der Abstraktion von Rechtsprogrammen und Rechtsbegriffen, schließlich in der Positivierung des Rechts, in der Anerkennung von Liebe als Ehegrundlage, in der Institutionalisierung von Theorie als Gegenstand begriffsbildender und –prüfender Arbeit, in der Erfindung und Verbreitung von formaler Organisation als Prinzip der Systembildung und in anderem mehr" (ebd.: 191f.).

¹⁵ In einer Kritik von Richard Münch stellt sich R. Stichweh jüngst mit Nachdruck gegen Gesellschaftsanalysen, die nur wenige Funktionssysteme (meistens die Politik und die Wirtschaft) berücksichtigen: „Vielmehr ist davon auszugehen, dass eine Analyse funktionaler Differenzierung mehr als zehn globale Funktionssysteme als die Binnendifferenzierung der Weltgesellschaft entdecken wird und dass diese globalen Funktionssysteme in ihren internen Systemdifferenzierungen erneut viele Systeme, teilweise Tausende von Subsystemen hervorbringen“ (Stichweh 2010: 299).

Zusammenfassend lässt sich sagen: funktionale Differenzierung meint, dass jedes Funktionssystem in einer Umwelt anderer Funktionssysteme existiert. Das Verhältnis der Funktionssysteme zueinander gestaltet sich dabei als zugleich gleich und ungleich. Gleich sind sie sich in der Hinsicht, dass sie alle ihre Operationen darauf orientieren, eine bestimmte Funktion für die Gesellschaft voll zu übernehmen. Gerade diese Spezialisierung begründet auf der anderen Seite ihre Ungleichheit, denn jedes System hat Vollmacht nur in seinem eigenen Funktionsbereich. Daraus ergibt sich, dass moderne Gesellschaften über keine zentrale Steuerungsinstanz verfügen. Im Gegenteil: da jedes Funktionssystem eine immer höhere Spezialisierung anstrebt, gründet seine eigene Komplexität auf die Autonomie der anderen Funktionssysteme: ein Organ ist als Organ nur deshalb möglich, weil es auch andere Organe gibt. Die These von der Ausdifferenzierung der ‚Weltgesellschaft‘ in globale Funktionssysteme bedeutet allerdings nicht, dass andere Differenzierungsformen etwa negiert werden. Sie werden allerdings für sekundär und damit für von der Form der Differenzierung in autonome Teilsysteme abhängig erklärt. Systeme können sich also beispielsweise segmentär ausdifferenzieren, das kann aber nur unter der Differenzierungsebene in weltweit operierende Funktionssysteme auftreten. Das Primat funktionaler Differenzierung zeigt sich deshalb darin, dass sie als Differenzierungsform die Einsatzmöglichkeiten anderer Differenzierungsformen (segmentär, Zentrum/Peripherie, stratifiziert) konditioniert. So z. B. im Fall des Nationalstaates. Ihm wachsen in der Weltpolitik ‚Rechte‘ und ‚Pflichten‘ zu. Deshalb ist die Institutionalisierung des Nationalstaates im Grunde eine entscheidende Leistung der Weltpolitik.¹⁶

Das ist also der Untersuchungskontext, in dem Luhmann eine neue analytische Basis vorschlug, die der ‚Weltgesellschaft‘: „Er entwickelte einen Gesellschaftsbegriff, der so abstrakt sein musste, dass er die zunehmende Differenzierung und Möglichkeitssteigerung der Funktionssysteme, ihre Ablösung aus sozialen Zuweisungen, erfasst. In diesem Licht wird die Annahme des territorialen Gesellschaftsbegriffs fragwürdig, wonach nämlich der Raum das ‚primäre Differenzierungsschema sozialer Realität und damit Grenzprinzip der Gesellschaftsbildung sein kann‘. Luhmann behauptete vielmehr – und er hat dieses Argument immer weiter ausgefeilt –, dass die funktionale Differenzierung als primäre Differenzierungsform der modernen Gesellschaft gegenüber räumlichen Grenzen indifferent ist. ... Luhmann grenzte den Gesellschaftsbegriff der alteuropäischen Tradition also von dem modernen ab, indem er mit dem Übergang zur funktionalen Differenzierungsform

16 Für R. Stichweh unterscheidet sich die Weltgesellschaftstheorie in dieser Hinsicht sowohl von einer Theorie der internationalen Politik, die klassische nationale Akteure postuliert, als auch von der Globalisierungstheorie, die zeigen will, dass viele ehemals wichtige Systemgrenzen bedeutungslos werden: „Angesichts dieser Alternative ist immer wieder zu betonen, dass die Theorie der Weltgesellschaft keiner dieser beiden Denkschulen zugehört. Sie weist kein eingebautes Präjudiz zugunsten des Verschwindens klassischer Grenzen beispielsweise des Nationalstaates auf. Ihre These ist nur die, dass eine Makroordnung entsteht, für die gilt, dass neben vielem anderen auch die Funktion nationaler Grenzen von der Systembildungsebene Weltgesellschaft her neu bestimmt wird“ (Stichweh 2000: 27).

argumentiert. Dieser Übergang stellt für ihn einen grundlegenden Wechsel der Sozialstruktur dar. Denn funktionale Differenzierung beruhe auf der ‚operativen Schließung der Funktionssysteme unter Einschluss von Selbstreferenz‘ und betone somit die Ungleichheit der Teilsysteme: ‚Aber in dieser Ungleichheit sind sie gleich‘ (Wobbe 2000: 46f.).

2. Eine ‚Weltgesellschaft‘ um 1900

2.1. Die Welt bewegt sich

In ihrer systemtheoretischen Variante besagt die Weltgesellschaftstheorie also, dass die ‚Weltgesellschaft‘ mit der Herstellung weltweiter kommunikativer Erreichbarkeit und mit der Ausdifferenzierung weltweiter Funktionssysteme entsteht. Nach Rudolf Stichweh erfolgt der „Take-off“ zur ‚Weltgesellschaft‘ in der kolonialen Expansion Europas im 15. und 16. Jahrhundert.¹⁷ Dies ist für ihn auch der Zeitpunkt, in dem Politik und Wirtschaft die Führungsfunktion in der Genese einer ‚Weltgesellschaft‘ übernehmen. Andererseits weist er aber mit Bezug auf „Weltkommunikation“ darauf hin, dass sich erst seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Kommunikationstechnologien und Transporttechnologien voneinander trennten. Erst mit der Telegraphie, so Stichweh, erfolgt ein prinzipieller Bruch zwischen den Techniken des Transports von Kommunikationen und den Techniken des Transports von Personen und Sachen. Mit der Einführung von Eisenbahn und Dampfschiff wurden im 19. Jahrhundert die Transporttechniken selbst revolutioniert. Allerdings stellt Stichweh die These auf, „dass Kommunikation in dem Maße Weltkommunikation wird, in dem sie in der Erschließung von Welt Migration substituiert“ (Stichweh 2005b: 153). In diesem Sinne spricht er in Bezug auf den Zeitraum von 1880 bis 1914 von einer früheren Phase in der Herausbildung einer ‚Weltgesellschaft‘, die im wesentlichen noch „migrationsbasiert“ war: „Sie gehört einer Welt zu, in der man Personen bewegen muss, um weltweite Zusammenhänge erschließen zu können. Die zugehörige soziologische Theorie ist die um die Wende zum 20. Jahrhundert formulierte klassische Soziologie des Fremden, die eine Welt beschreibt, in der Personen, die sich an weit entfernte Orte begeben, dort zwar eine Inklusionsmöglichkeit (eine auf sie zugeschnittene Rolle) finden, aber mit einiger Persistenz als Fremde und damit als in zentralen Hinsichten nicht inkludiert identifiziert werden. ... Ein wesentlicher, kausal wirksamer Faktor in diesen Migrationen des späten 19. Jahrhunderts ist der Ausgleich von Lohnunterschieden zwischen Ländern und Regionen. Dieser Faktor führt zur Einwanderung in Regionen, in denen bessere Verdienstchancen erwartet werden können, und er führt damit langfristig zu einem Ausgleich zwischen differierenden Einkommenspotentialen in verschiedenen Weltregionen. Es fällt unmittelbar auf, dass diese Welt der Jahrzehnte vor dem ersten Weltkrieg noch nicht eine Welt ist, in der das multinationale Unternehmen in einer großen Zahl von Ländern Niederlassungen errichtet. Statt einer solchen globalen Extension und Diffusion einer organisatorischen Form

17 Einstimmend in Bezug auf die Geschichte der ‚Globalisierung‘: Osterhammel/Petersson 2003: 25

beobachten wir die unablässige Verschiebung von Personen über den Erdball. Es ist offensichtlich, dass dies nicht mehr die Situation ist, in der wir heute leben. Die Weltgesellschaft unserer Tage ist durch eine Soziologie zu beschreiben, die die Soziologie jener Mechanismen ist, die in vielen Hinsichten Kommunikation für Migration substituiert. Das lässt sich erneut am Beispiel der Soziologie der Organisation gut illustrieren. Das Weltunternehmen des späten 20. Jahrhunderts zeigt sich nicht mehr in der Integration immer neuer Migrantenströme in die innerbetrieblichen Abläufe an dem einen nationalen Standort, der nahezu der einzige signifikante Standort ist. Es arbeitet vielmehr mit Hunderten von Filialen an den verschiedensten Standorten in der Welt, und es operiert im Prinzip an jeden dieser Standorte mit lokalem Personal, für das der lebensgeschichtliche Zwang zur Chancenauswertung durch Migration entfällt. Diese Lokalisierung des Weltunternehmens ist nicht nur eine sich durchsetzende Faktizität; sie ist auch ein Programm, das in der Überzeugung verfolgt wird, dass nur auf diese Weise eine erfolgreiche lokale Etablierung möglich ist“ (ebd.: 153f.).

Ich finde diese Beschreibung des grundlegenden Unterschieds zwischen der – in den Termini der von den Historikern am häufigsten verwendeten Begrifflichkeit – ‚früheren Phase‘ der ‚Globalisierung‘ und der gegenwärtigen sehr zutreffend. Das wäre aber nur die eine Seite des Phänomens der ‚Weltgesellschaft‘: die Seite der Kommunikation bzw. der ‚Weltkommunikation‘. Der andere Aspekt betrifft die Entstehung weltweit operierender Funktionssysteme. Wie von Stichweh betont, sind vor allem die Funktionskomplexe von Politik und Wirtschaft diejenige, die den Prozess der Expansion des europäisch-atlantischen Weltsystems zu einem System der ‚Weltgesellschaft‘ am deutlichsten getragen haben: „Beide reagieren darauf mit Prozessen beschleunigter Innendifferenzierung, die im einen Fall das heute lückenlose System der Territorial- und Nationalstaaten der Welt und im anderen Fall ein System weltweiter wirtschaftlicher Arbeitsteilung hervorgebracht haben“ (Stichweh 2008a: 337). Deshalb werde ich mich in diesem Kapitel, in dem ich den historischen Kontext der Zeit der Etablierung der Soziologie als akademisches Fach darstellen möchte, vor allem auf die beiden Funktionssysteme Wirtschaft und Politik konzentrieren.

Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhundert etablierte sich der Begriff der ‚Weltwirtschaft‘ unwiderruflich in der wissenschaftlichen und publizistischen Sprache, zumal in Deutschland. Darunter verstand man ähnlich wie heute, wenn man von (ökonomischer) ‚Globalisierung‘ spricht, eine Vernetzung ökonomischer Aktivitäten überall auf der Welt mit tiefgreifenden Folgen für alle Beteiligten. Dies ist ein Indiz, dass die Ausdifferenzierung einer Weltwirtschaft als Funktionssystem der ‚Weltgesellschaft‘ zu jener Zeit bereits nicht mehr zu übersehen war.¹⁸ Diese Weltwirtschaft, die sich etwa ab der Mitte des 19. Jahrhunderts als ein System

¹⁸ So auch pointiert das Fazit mancher Wirtschaftshistoriker: „Tatsächlich ist der Begriff ‚Globalisierung‘ neu ... nicht unbedingt die Sache ... Wenn man darunter eine mehr oder weniger rasch zunehmende Verflechtung

zu formen begann, wurde von zahlreichen Innovationen in der Verkehrs- und Kommunikationstechnik getragen. Zwei ihrer Hauptcharakteristika sind dabei hervorzuheben: sie war multilateral und inkongruent mit den Grenzen der einzelnen Nationalstaaten.¹⁹ Allerdings verlief die ökonomische Vernetzung zu jener Zeit nicht ohne staatlichen Einfluss. Die effiziente grenzüberschreitende Nutzung der neuen Technologien erforderte nicht zuletzt die Schaffung neuer Institutionen. Das ganze Potenzial von Telegraphie, Postwesen und Eisenbahnen konnte sich erst dann entfalten, nachdem sich die Nationalstaaten auf Regeln für die grenzüberschreitende Kommunikation einigten. Beispiele dafür waren die internationalen Konventionen über die Regelung von technischen Maßen, Patenten und Verkehrseinrichtungen sowie das Entstehen eines internationalen Währungssystems, der sog. ‚Goldstandard‘, das den Zahlungsverkehr erleichterte und Währungsrisiken verminderte. Sogar die imperiale Expansion der europäischen Großmächte bedeutete, zumal in ihrer Anfangsphase, weniger koloniale Landnahme als kommerzielle Öffnung und Verbreitung der Grundlinien europäischen Rechts und ‚Zivilisation‘. Zur Kombination aus neuen Verkehrs- und Kommunikationstechnologien und neuen Institutionen kam, noch seit der Mitte des Jahrhunderts, eine mehr oder weniger freihändlerisch gesinnte Wirtschaftspolitik der Nationalstaaten hinzu, die den Markt weitgehend sich selbst überließ. Dank dieser Faktoren begann zu dieser Zeit, zunächst im nordatlantischen Raum, dann aber auf der ganzen Welt eine Entwicklung, die in Richtung einer zunehmenden Konvergenz der Preise der weltweit gehandelten Massengüter (sowie im Fall der beiden Seiten des Atlantiks: in Richtung der Angleichung der Bodenpreise, des Realzinssatzes wie der Lohnkosten für ungelehrnte Arbeit) verlief, was von Wirtschaftshistorikern seit den 1990er Jahren in zahlreichen Studien belegt und als sicheres Anzeichen für enge ökonomische Integration gedeutet wurde.

Die Zeit um 1900 war allerdings nicht nur die Zeit der entstehenden Weltwirtschaft, sondern auch die Zeit des sog. „Hochimperialismus“. Zwischen 1880 und 1914 wurden zirka 25 Prozent der Erde als Kolonien unter einem knappen Dutzend europäischer Staaten, den

zuvor räumlich weit entfernter Wirtschaften meint, so ist das, was wir heute erleben, gewiss nicht neu. Und nicht einmal multi- bzw. transnationale Unternehmen sind neu, nicht tief greifende Veränderungen von Transport- und Kommunikationssystemen. Auch gewaltige Wanderungen mobilen Kapitals hat es schon gegeben, sogar weltumspannende Schulden- und Währungskrisen haben eine längere Geschichte“ (Borchardt 2004: 21).

19 „In der Ära des Freihandels wurden weitgehend unbeeinträchtigt von staatlicher Reglementierung zahlreiche weltweite wirtschaftliche Beziehungen geknüpft. Technologische und politisch-ideologische Ursachen wirkten hier zusammen mit einem Verständnis von Staatlichkeit, in dem nationalstaatliche Gestaltungsansprüche zwar absoluter, aber zugleich enger umgrenzt waren als man dies heute im Zeitalter interdependenter Interventionsstaaten gewohnt ist. Menschen, Güter, Kapitalien und Technologien konnten sich weitgehend ungehindert und zu spektakulär sinkenden Kosten um die Welt bewegen. Technologische Grundlagen der sich entwickelnden Vernetzung waren Dampfschiffahrt und interkontinentale Telegraphie, die ab der Jahrhundertmitte einen raschen Aufschwung nahmen und erstmals die Entstehung transkontinental integrierter Märkte ermöglichten. Die Getreidemärkte in der atlantischen Welt sind das wichtigste Beispiel. Zahlreiche Regionen wurden nun durch Eisenbahn und Schifffahrt in weltwirtschaftliche Zusammenhänge einbezogen. Nahrungsmittel, Rohstoffe und Absatzmärkte mussten nicht mehr im unmittelbaren Umfeld gesucht werden. Industrieunternehmen investierten in Produktionsanlagen, die nur durch einen Absatz im Weltmaßstab auszulasten waren, oder etablierten Zweigwerke im Ausland und verwandelten sich in multinationale Konzerne“ (Petersson 2004: 51).

USA und Japan aufgeteilt. Eine Folge davon war, dass das Prinzip der Staatlichkeit überall verbreitet wurde. Seitdem gab es keine ‚staatenlose‘ Weltregionen mehr, auch wenn dies im Sinne evolutionärer Ungleichzeitigkeit in der Form geschah, dass europäische Staaten z. B. in Afrika Staatsgrenzen miteinander hatten.²⁰ Dabei handelten die Kolonialmächte nach dem Prinzip: ‚Handel und informelle Herrschaft, wenn möglich, Handel und direkte Herrschaft, wenn nötig‘.²¹ Der Imperialismus war also in gewisser Weise durch die Zwänge der damaligen wirtschaftlichen Entwicklung bedingt. Die Entstehung neuer Industrien und die Entwicklung zur Massenproduktion führte zu einer Dynamisierung der Weltwirtschaft und einen enormen Rohstoffbedarf, der von den sich industrialisierenden Staaten nur durch gesicherte und billige Importe befriedigt werden konnte. Europa war damit das Zentrum und der bestimmende Markt für die sich um 1900 permanent erweiternde Weltwirtschaft: die wesentlichen technischen Innovationen kamen aus Europa und die europäische Industrie produzierte mehr als doppelt so viel wie etwa die nordamerikanische. Der steigende Rohstoffbedarf – der internationale Rohstoffmarkt verdreifachte sich zwischen 1880 und 1913 – war wohl also ein wichtiger Grund, dass die rohstoffexportierenden Länder, bei denen es sich fast ausschließlich um Kolonien, Dominions und Protektorate handelte, immer stärker an die europäischen und US-amerikanischen Märkte gebunden wurden. Intensiviert wurde diese Anbindung auch dadurch, dass die Zeitgenossen in den Kolonien hoffnungsträchtige Absatz- und Investitionsmärkte sahen, nicht zuletzt deshalb, weil es dort zu ersten Industrialisierungsansätzen kam.

2.1.1. Eine Weltwirtschaft entsteht

Wie bei Wirtschaftshistorikern noch darüber gestritten wird, seit welchem Zeitpunkt von ‚Weltwirtschaft‘ gesprochen werden kann, so herrscht auch in Hinsicht auf die Vorgeschichte der ‚Globalisierung‘ wenig Klarheit. Man ist sich allerdings darin einig, dass mit den europäischen Entdeckungen im 15. Jahrhundert alle Kontinente erstmalig in der Geschichte

20 „Allein zwischen 1876 und 1900 erhöhten die Kolonialmächte ihren Besitz in Afrika von 10,8 Prozent auf 90,4 Prozent der Fläche dieses Kontinents, in Asien von 51,5 auf 56,6 Prozent und in Polynesien von 56, 8 auf 98,9 Prozent. Anders ausgedrückt, wurde die Erde zu Beginn des 20. Jahrhunderts von zirka 40 Prozent der Weltbevölkerung kontrolliert, die selbst nur 15 Prozent der Erdoberfläche bewohnten. Berücksichtigt man all jene Territorien, die sich darüber hinaus als Protektorate, Dominions oder durch eine spezifische Form der vertraglichen Bindung, wie Pacht- oder Handelsverträge, in einem direkten oder indirekten politischen oder ökonomischen Abhängigkeitsverhältnis zu einem der imperialen Staaten befanden, so hatten Europäer, US-Amerikaner und Japaner 1914 ihren Einfluss auf rund 85 Prozent der Erdoberfläche ausgedehnt. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges waren bereits zwei große Regionen der Welt nahezu vollkommen ‚aufgeteilt‘, nämlich Afrika und der Pazifische Raum: 1914 war Afrika bis auf das äthiopische Kaiserreich, Liberia und einen Teil Marokkos Bestandteil der europäischen Kolonialstaaten geworden. Der Pazifik stand ‚restlos‘ unter englischem, französischem, deutschem, niederländischem, US-amerikanischem und – zu einem geringen Teil unter japanischem Einfluss“ (Reisinger 2001: 208).

21 Zur Unterscheidung von „formellem“ und „informellem“ Imperialismus klassisch: Gallagher, John/Robinson, Ronald 1953

miteinander in Beziehung traten. Die europäische Kolonisation schuf dann europäisch besiedelte Dependancen in Übersee, infiltrierte alte Kulturen in Ost- und Südostasien und der arabischen Welt und führte schließlich zur Okkupation großer Gebiete in Afrika und Ozeanien durch die Europäer. Sie errichteten ein Netz von Handels- und Verkehrsverbindungen, dessen Zentren erst in Lissabon und Sevilla, dann in Antwerpen und Amsterdam und schließlich in London lagen. Einen weiteren Schub bekam der Globalisierungsprozess zweifellos durch den Beginn der Industrialisierung in England, durch die sog. ‚Industrielle Revolution‘. Sie verstärkte die ohnehin vorhandene technische und militärische Überlegenheit Westeuropas über den Rest der Welt in einem Umfang, der in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg gar keinen Zweifel bestehen ließ, wo die Zentren von Macht und Wohlstand lagen und von wo aus nicht nur die Gesetze des politischen Handelns, sondern auch die Grundsätze für eine Ordnung der wirtschaftlichen Beziehungen ausgingen. Seit etwa 1850 bis heute erstreckt sich in diesem Sinne eine Epoche, die sich nach jedem Kriterium für internationale ökonomische Verflechtung qualitativ und quantitativ von allen vorangehenden Epochen absetzt, und die man in der Genre der ‚Globalgeschichte‘ jüngst unter den Titeln der „Geburt der modernen Welt“ (Bayly 2006) bzw. der „Verwandlung der Welt“ (Osterhammel 2009) auffasst. Auch in diesem Modernisierungs- bzw. Globalisierungszeitalter verlief die weltwirtschaftliche Integration jedoch keineswegs linear. Vielmehr lassen sich zwei klar voneinander abgrenzbare Globalisierungswellen erkennen. Die erste setzte ungefähr um 1850 ein und gipfelte in der Belle Époque der Weltwirtschaft zwischen ca. 1890 und 1914. Die zweite begann nach dem Zweiten Weltkrieg und hält bis heute an.

Hier will ich die Hauptdimensionen der ersten Phase in der ‚Globalisierung‘ der Wirtschaft umreißen. In der Struktur der Darstellung folge ich dem vorzüglichen Aufsatz von Cornelius Torp *Weltwirtschaft vor dem Weltkrieg: Die erste Welle ökonomischer Globalisierung vor 1914* (2004). Torp unterscheidet drei Dimensionen der ökonomischen Globalisierung: der weltweite Handel, die internationale Kapitalmobilität und die Massenmigration. Ich beginne mit dem Handel. Vor dem Weltkrieg erlebte der Welthandel ein andauerndes und beispielloses Wachstum. In Preise von 1913 umgerechnet, hat sich das Volumen des Welthandels von 1850 bis 1913 mehr als verzehnfacht, und das trotz einer langen Periode weltweiter Preisdeflation (die sog. ‚Große Depression‘ von 1872 bis 1894). In den zwanzig Jahren vor dem Weltkrieg gingen die Wachstumsraten deutlich und dauerhaft nach oben, sodass der globale Handel um 4,0 Prozent jahresdurchschnittlich anstieg und damit eine größere Dynamik als die der Weltproduktion zeigte, die durchschnittlich nur mit 2,1 Prozent wuchs. Dies zeigt, dass Export und Import für die Volkswirtschaften immer wichtiger wurden. Auch ein Vergleich der Exportquoten als Indikator für die Intensität der Handelsbeziehungen zeigt, dass der Wert für 1913 mit 21,2 auch Jahrzehnte danach nicht mehr erreicht und erst

1987 mit 24,1 leicht übertroffen wurde.²² Welche waren die Ursachen für dieses Wachstum des Welthandels? Heute geht man davon aus, dass die enorme Senkung der Transportkosten der entscheidende Faktor war. Heutige Wirtschaftshistoriker sprechen in dieser Hinsicht von einer ‚Transportrevolution‘.

Die technischen Innovationen im Verkehrs- und Kommunikationswesen führten seit etwa 1850 zu einer rasanten Vernetzung von Volkswirtschaften bzw. einzelnen Wirtschaftsorten. In der Literatur zum Thema wird immer wieder auf die Bedeutung von Eisenbahn und Dampfschiffahrt verwiesen. Obwohl beide als Technologie lange vor der Jahrhundertmitte zur Verfügung standen, führte ihren Einsatz, in Kombination mit anderen Innovationen wie die Einführung der Kühltechnik, die Verbesserung der Beladung sowie der Ausbau der Eisenbahnnetze, erst seit den 1860er und 70er Jahren zur signifikanten Senkung der Transportkosten. So transportierten Dampfschiffe 1880 in der britischen Handelsmarine, die damals mit Abstand die größte war, immer noch nur ein Viertel der Fracht und Bau, Be- und Entladung der Schiffe war noch traditionalistisch organisiert. Danach kam aber der Umschwung sehr schnell, bedingt durch eine weitere Reihe technischer Verbesserungen wie die Fortentwicklung der Dampfmaschinen und die Ersetzung der Holzkonstruktion der Schiffe durch Stahl. 1898 hatten die Dampfer schon die dreifache Kapazität der Seglerfracht. Sie hatten nun nicht nur eine größere Geschwindigkeit, sondern vor allem viel größere Tonnagen als die Segler. Kurz vor dem Weltkrieg dominierten die Dampfschiffe in der Frachtschiffahrt so gut wie vollständig.²³ Parallel dazu hatte sich noch die Kapazität der Welthandelsflotte zwischen 1850 und 1913 verfünffacht. Auch der Kanalbau war Teil dieser Entwicklung. Der 1869 eröffnete Suez-Kanal, der natürlich für Dampfschiffe gebaut wurde, hatte den Seeweg nach Asien, insbesondere nach Indien, bis zur Hälfte verkürzt. Nachdem die Engländer den Kanal 1875 kauften, wurde er zum „Highway of Empire“, indem er zu einer beträchtlichen Zunahme des Empire-Handels im Indischen Ozean und im Chinesischen Meer beitrug. Es entstand schließlich auch ein Linienverkehr und mächtige Reedereien dehnten ein Netz von Seeverbindungen über den gesamten Globus aus.

Noch wichtiger für die Integration der Weltwirtschaft als das Dampfschiff war die Eisenbahn. Sie hat den Transfer von Rohstoffen, industriell gefertigten Waren, Menschen und schließlich auch Informationen erheblich erleichtert. Noch viel schneller und definitiver als das Dampfschiff setzte sich die Eisenbahn gegenüber ihrem Konkurrenten, der Postkutsche, durch. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der frühen Eisenbahnen in England betrug zwar nur 20 bis 30 Meilen, aber auch das war schon ungefähr das Dreifache der bis dahin von den Postkutschen erreichten Geschwindigkeit. Eine gegebene Strecke wurde in einem Drittel der gewohnten Zeit zurückgelegt, d. h. zeitlich auf ein Drittel verkleinert. Außerdem machte die

²² Torp 2004: 567

²³ ebd.: 570

mechanische Energie alle Verkehrsakte kalkulierbar. Deshalb veränderte die Schiene seit 1850 zunächst in den europäischen Industriestaaten zunehmend den Güterverkehr und setzte sich in der zweiten Jahrhunderthälfte nach und nach als übliches und alltägliches Verkehrsmittel durch. Auch hier fielen die Transportkosten jedoch erst, nachdem das Schienennetz mit beispielloser Geschwindigkeit expandiert hatte. Großbritannien baute sein Eisenbahnnetz von 1840 bis 1910 von 2 390 auf 32 184 km aus. Deutschland hatte bis 1910 ein Netz von 61 209 km, während die USA allen weit voraus waren, mit einer Länge von 386 714 km. Außerhalb Europas verfügten auch Kanada, Argentinien, Australien und Indien über große Schienennetze. Global gesehen hatte die Eisenbahn in vielen Fällen eine Hilfsfunktion gegenüber der internationalen Schifffahrt. Insofern in Asien, Australien, Afrika und Lateinamerika schon Bahnlinien bestanden, stellten sie in wirtschaftlicher Beziehung in erster Linie die Verbindungsglieder zwischen den Massenproduktionsstätten von Grundstoffen im Hinterland und einem Hafen dar, von wo aus diese nach den industrialisierten und urbanisierten Weltgegenden verschifft werden konnten. Dabei griffen Binnen- und Weltmarktintegration durch die Eisenbahn stets ineinander, denn die nationalen Schienennetze waren gleichzeitig auch integrale Bestandteile in der Herausbildung des Weltmarktes und spielten somit eine erhebliche Rolle bei der Zusammensetzung (bzw. Senkung) der Transportkosten der international gehandelten Güter. So beflügelte der Fall der inländischen Frachtkosten in den USA durch den Ausbau des amerikanischen Schienennetzes den transatlantischen Weizenhandel enorm.

Die Senkung der Transportkosten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war also im Vergleich zu früher dramatisch. Besonders gravierend machte sie sich bei Gütern bemerkbar, bei denen der Transport einen beträchtlichen Anteil des Preises ausmachte, wie das für zahlreiche Rohstoffe, Agrarprodukte und Halbfabrikate der Fall war. Die Konsequenz der Senkung der Transportkosten war die Konvergenz der internationalen Warenpreise. Dieser Befund ist deshalb von Bedeutung, weil die Angleichung der Preise für ein bestimmtes Gut auf verschiedenen lokalen, regionalen oder nationalen Märkten in der Wirtschaftswissenschaft als einer der besten Indikatoren für die Integration von Märkten fungiert. Man geht davon aus, dass bei weltweit vollkommen integrierten Märkten, bei denen die Transportkosten gleich Null sind, nur ein Preis existieren sollte: der Weltmarktpreis. Und dass die Preise zu dieser Zeit wirklich konvergierten, zeigt die Preisentwicklung vieler Güter.²⁴ Damit jedoch eine Preiskonvergenz auf den großen Warenbörsen der Welt

24 „Im Jahrzehnt 1850/59 lag der Preis für Weizen in Liverpool aufgrund der hohen Transportkosten noch um durchschnittlich 92 Prozent über dem in Chicago. Bereits zwanzig Jahre später, 1870/79, hatten die Fortschritte in der Verkehrstechnik diese Differenz auf 51 Prozent absinken lassen. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts schließlich waren die Transportkosten so weit gefallen, dass der Weizen in Liverpool durchschnittlich nur noch um 16 Prozent teurer war als in Chicago. Die Konvergenz der internationalen Preise erstreckte sich nicht nur auf Agrarprodukte, sondern stellte einen alle Warengruppen erfassenden Trend dar. Die Spanne zwischen den Preisen für Roheisen in Philadelphia und London etwa verringerte sich von 1870 bis 1913 von 85,2 auf 19,3 Prozent; bei Kupfer war die Preisdifferenz, die 1870 noch 32,7 Prozent betragen

überhaupt möglich wurde, müssten die dort gehandelten Güter standardisiert werden. Die Voraussetzung dafür war wiederum eine Schematisierung der Geschäfte, die mit der Einführung des Telegraphen als Kommunikationsmittel einherging. Die Standardisierung der Waren und der Telegraph machten es möglich, dass im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts an den Warenbörsen Auftraggeber ihren Agenten auf telegrafischem Wege rasch eindeutige Aufträge erteilen konnten. Damit konstituierte sich erstmalig ein Weltmarkt, auf dem Waren jederzeit in liquide Mittel umgewandelt werden konnten und umgekehrt: „Viel größere Warenmengen konnten - aus welchen Gründen auch immer - plötzlich auf den Markt kommen, ohne dass die Preise heftig reagierten. Und alle Effektivhändler konnten praktisch jederzeit ihr in Geschäften (zum Beispiel in auf dem Atlantik schwimmender Ware) festgelegtes Kapital wieder frei bekommen, falls sie liquide Mittel woanders brauchten, oder wenn sie die Aussichten des abgeschlossenen Geschäfts inzwischen anders beurteilten. Sie mussten nur entsprechende Mengen am Terminmarkt verkaufen. Es gab immer Käufer, wenn auch nicht immer zu einem gewinnbringenden Kurs. Weil bei solchen standardisierten Gütern auch der Vergleich der an verschiedenen Plätzen jeweils geltenden Preise stark vereinfacht war, weitete sich die Arbitrage aus. Mit der Arbitrage konnte der Börsenhändler aus Preisunterschieden, die höher waren als die Transportkosten, Gewinn ziehen. Jetzt erst bekam für die so gehandelten Güter der Begriff ‚nationaler Markt‘, ja ‚Weltmarkt‘ einen konkreten Sinn" (Borchardt 2001: 9f.).

Die Telegraphie eröffnete zahlreiche neue Kommunikationsmöglichkeiten, die vorher undenkbar gewesen waren. Die Nutzbarmachung des elektrischen Stroms für das Nachrichtenwesen führte zu einer sehr viel größeren Geschwindigkeit der Informationsübermittlung als die von der Briefpost benutzten allgemeinen Verkehrsmitteln erlaubten. Für die von ihrem physischen Substrat befreite Kommunikation wurden räumliche Grenzen zunehmend irrelevant. Der Sprung in der kommunikativen Erschließung der Welt konnte nicht größer sein: in dem Moment, als 1866 das zweite den Atlantik überquerende Telegrafenkabel seinen im Vergleich zum ersten weit besser funktionierenden Betrieb aufnahm, erhöhte sich die Geschwindigkeit der Übermittlung von Nachrichten zwischen Europa und Amerika um das 10 000-Fache. Zuvor brauchte es in der Regel zwei Wochen, bis eine Nachricht aus New York London erreichte. Jetzt konnte sich die Übermittlungszeit

hatte, kurz vor dem Weltkrieg so gut wie vollständig verschwunden. Die tendenzielle Angleichung der Warenpreise beschränkte sich darüber hinaus nicht auf den nordamerikanisch-europäischen Raum, sondern war tatsächlich ein globales Phänomen: Die Preisspanne für Baumwolle zwischen Liverpool und Bombay etwa fiel von 1873 = 57 Prozent auf 1913 = 20 Prozent. Bei Reis schmolz die Preisdifferenz zwischen London und Rangoon in den vier Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg von 93 auf 26 Prozent zusammen. Und auch der ukrainische Getreidemarkt schien mit dem britischen 1913 in einem ebenso engen Zusammenhang zu stehen wie der nordamerikanische: Hatten sich die Preise für Weizen in Odessa und Liverpool 1870 noch um 37,9 Prozent unterschieden, betrug die Differenz am Vorabend des Weltkriegs nur mehr 6,5 Prozent. Kurzum: Die internationale Preiskonvergenz demonstriert eindrucksvoll, dass sich am Ende des ‚langen‘ 19. Jahrhunderts infolge der Revolution des Verkehrswesens für fast alle handelsfähigen Güter dort, wo nicht massive Zölle und andere handelshemmende Maßnahmen ihre konterkarierende Wirkung entfalteten, ein in hohem Maße integrierter Weltmarkt herausgebildet hatte“ (Torp 2004: 574).

auf Minuten reduzieren. Seit den 1870er Jahren konnte ein Kaufmann in London theoretisch auf eine Anfrage aus dem fernen Bombay am gleichen Tag antworten, während noch um 1830 ein Brief, der auf einem Segelschiff um das Kap der guten Hoffnung befördert wurde, fünf bis acht Monate gebraucht hat. Die Telegrafie veränderte den Charakter der Nachricht: „Vom journalistischen Standpunkt aus gesehen endete das Mittelalter in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, als es möglich wurde, Nachrichten aus aller Welt ungehindert von so vielen verschiedenen Orten des Globus aus zu kabeln, dass sie rechtzeitig am nächsten Morgen auf dem Frühstückstisch lagen“ (Hobsbawm 1989: 80). Schon in den 1870er Jahren brachten die Zeitungen Londons die Nachrichten aus Bombay von vorgestern und aus New York die vom Vortage, während noch kurz zuvor Nachrichten aus Bombay dem Publikum mit einmonatiger Verspätung zur Kenntnis kamen. Berichte von der Front im Amerikanischen Bürgerkrieg erreichten die europäischen Leser frühestens nach drei Wochen, weil sie noch mit dem Dampfschiff transportiert wurden. Wenige Jahre später ließ sich ein starker Anstieg eines Aktienkurses an der New Yorker Börse in wenigen Minuten übermitteln. Besonders die Börsen waren ganz auf die Telegraphie angewiesen. Denn, wenn auch das Medium für lange Zeit relativ teuer blieb, wo Zeit in besonderer Weise Geld war, wurden seine Dienste zunehmend in Anspruch genommen. Die Börsen um 1900 waren auch anders als heute Präsenzbörsen, wo sich die führenden Köpfe des Handels regelmäßig trafen. Sie waren damit die Kommunikations- und Informationszentren der Finanz- und Handelswelt, wo man mit allen für wirtschaftliche Dispositionen wichtigen Plätzen der Welt direkt verbunden war.²⁵ Die Geschwindigkeit des Nachrichtenaustausches zwischen den Börsen übertraf die des Nachrichtenverkehrs der Zeitungen bei weitem. Denn hier kam es ja unter Umständen auf Minuten an.²⁶

25 Börsen erzeugen auch Leistungen, die tendenziell jedermann zugute kommen. Das betrifft vor allem die vielen Informationen, die durch darauf spezialisierte Medien verbreitet wurden: "Als nach 1896 in Deutschland der Getreideterminhandel verboten war und also keine deutschen Börsenkurse mehr veröffentlicht werden konnten, sind laufend die Kurse des Chicago Board of Trade mitgeteilt worden ... Die Kurse sind Ausdruck einer permanenten Kritik der einzelnen Kapitalanlagen. Ihre Veröffentlichung vermittelt freilich nicht leicht zu lesende, weil auf Zahlenwerte reduzierte, Rezensionen des wirtschaftlichen Verhaltens von Staaten und Unternehmen, die die Kapitalanleger für ihre Entscheidungen nützen können. Zugleich ermöglichen es die veröffentlichten Kurse den Haltern von Wertpapieren, im Unterschied zum Besitz eines Hauses, einer Kunstsammlung, eines Gewerbebetriebes, in jedem Augenblick den aktuellen Stand ihres so angelegten Vermögens zu ermitteln" (Borchardt 2001: 18).

26 Die enorme Beschleunigung durch die Verkehrs- und Kommunikationsrevolution schlug sich auch im Tempo des Berufslebens nieder: "Neben den Eisenbahnern waren um 1900 auch die Schriftsetzer, vor allem die der Tageszeitungen, zu Prototypen einer neurasthenischen Berufsgruppe geworden. Hier bestand ebenfalls ein eindrucksvoller Bezug zu einer neuen Technik: der in den 1890er Jahren eingeführte Linotype-Setzmaschine, die mit dem ‚heißen Satz‘ (Buchstabenguss während des Setzvorgangs) nächst der Lokomotive als die komplizierteste Maschine des 19. Jahrhunderts galt. Ähnlich beeindruckend war hier der Zusammenhang mit dem Tempo der neuen Zeit, das im Journalismus wie im Verkehrswesen kulminierte. Das ‚Berliner Tempo‘, um 1900 ein stehender Begriff, verkörperte sich ganz besonders in der Presse; die 1904 gegründete ‚B.Z. am Mittag‘ setzte ihren Ehrgeiz darein, die schnellste Zeitung der Welt zu werden. Bei der Übermittlung der Börsenkurse an die ‚B.Z.‘ wurde ‚die Geschwindigkeit fast zur Hexerei‘: Eine Telefonleitung von der Börse direkt zu den Schriftsetzern sorgte in Sekundenschnelle für die Übermittlung der neuesten Zahlen, und in dem Tempo von der letzten Börsenmeldung bis zum Verkauf der ersten Zeitungsexemplare übertraf Berlin damals sogar New York. Unter den Berufsgruppen der neurasthenischen Patienten in dem Beelitzer Sanatorium standen die Schriftsetzer mit 16 Prozent weit an der Spitze" (Radkau 2005: 224f).

Die Revolution im Kommunikationswesen stellte um 1900 also die technische Grundlage für ein eindruckvolles Ausmaß internationaler Kapitalmobilität. Die Telegraphie sorgte dafür, dass weltweite Absprachen über Preise, Angebot und Nachfrage innerhalb kürzester Zeit möglich wurden. Für die Entwicklung von Planbarkeit, für die Möglichkeit schneller Entscheidungen und für das transnationale Vertrauen zwischen Handelspartner war die Bedeutung des Telegraphen deshalb enorm. Der sukzessive Abbau der Arbitragemöglichkeiten und Informationsvorsprünge mit Hilfe des technischen Fortschritts hob den Informationsstand aller Marktteilnehmer an und nivellierte ihn gleichzeitig. Das erlaubte vielen Kapitalanlegern überall auf der Welt nach Investitionsmöglichkeiten zu suchen. Man konnte sich an den Börsen bzw. den Bankiers die Anleihen der merkwürdigsten Staaten und die Aktien abenteuerlicher Eisenbahn- und Bergwerksunternehmen in fernen Erdteilen kaufen. So entfielen z. B. in den Jahren 1883 bis 1894 von den an deutschen Börsen emittierten Effekten 34,3 Prozent auf ausländische Papiere, 1895 bis 1904 waren es 20 Prozent.²⁷ Das Zentrum des globalen Kapitalmarkts im späten 19. Jahrhundert war allerdings die Londoner City. Die Briten hatten vor dem Ersten Weltkrieg ein Drittel ihres Vermögens im Ausland angelegt, vornehmlich in überseeischen Infrastruktureinrichtungen (vor allem in Eisenbahnen, aber auch in Häfen, Telegraphenleitungen etc.) oder in Staatspapieren. 1913 betrug der Wert der britischen Kapitalexporte etwa 9 Prozent des Bruttosozialprodukts, was heute nur Staunen erregen kann. Großbritannien war damit bei weitem der wichtigste Kapitalexporteur. Die britischen Auslandsanlagen sind für 1913 auf 18,3 Mrd. Dollar geschätzt worden. Danach folgten Frankreich mit 8,6 Mrd. und Deutschland mit 5,6 Mrd.²⁸ Der Kapitaltransfer ging in der Regel von den westeuropäischen Zentren in die Länder der Peripherie. Nord- und Lateinamerika, Russland, Indien und Australien waren vor dem Ersten Weltkrieg die wichtigsten Zielregionen des internationalen Kapitaltransfers. Die damaligen 'Entwicklungsländer', zu denen auch noch die USA gehörten, führten enorme Kapitalsummen ein. Beispielsweise betrug der Nettokapitalimport Australiens in den Jahren 1870 bis 1889 jahresdurchschnittlich 8,2 Prozent seines Bruttosozialprodukts, der Argentinienens gar 18,7 Prozent.²⁹ Noch mehr als am Volumen des Kapitalverkehrs zeigt sich die begonnene Integration der internationalen Finanzmärkte zu jener Zeit an der Konvergenz der Realzinssätze. So verringerte sich die Standardabweichung der Realzinssätze in einem Sample von zehn Ländern von 4,2 Prozent in den 1870er und 1880er Jahren auf 3,4 Prozent zwischen 1890 und 1913.³⁰ Die Angleichung der Zinsen war dabei wie auch die Angleichung der Preise ein Ergebnis der neuen Kommunikations- bzw. Verkehrsmittel.³¹

27 Borchardt 2004: 26

28 Torp 2004: 575

29 ebd.: 576

30 ebd.: 579

31 „Der durch den Telegraphen verursachte Quantensprung in der Integration der internationalen Kapitalmärkte manifestierte sich nicht zuletzt darin, dass er – wie ein Vergleich der Kurse für US-Schatzamtanleihen in New

Für die Integration der Finanzmärkte hatte auch eine institutionelle Innovation erhebliche Bedeutung. Das war der ‚Goldstandard‘. Er entstand nicht durch eine offizielle internationale Vereinbarung, sondern dadurch, dass während eines langen Zeitraums immer mehr Staaten dem Beispiel Großbritanniens folgten und ihre Währungen an das Gold banden. Die klassische Ära des Goldstandards begann dabei in den 1870er Jahren, als das neugegründete Deutsche Reich sich entschied, von Silber- auf Goldwährung überzugehen. Nachdem 1895 auch Russland die Goldkonvertibilität einführte, gab es kein bedeutendes Wirtschaftsland mehr, das nicht dem Goldstandard anhing. Das Ergebnis war ein Finanzsystem mit freier Austauschbarkeit und festen Wechselkursen der Währungen, deren stabiles Verhältnis zum Gold durch die jeweiligen nationalen Zentralbanken garantiert wurde. Nach der Theorie sollte es beim Goldstandard einen Automatismus geben, wobei sich die Außenbilanzen der Volkswirtschaften immer von selbst ausgleichen sollten. Im Fall eines Goldzuflusses müsste die jeweilige Zentralbank die inländische Geldmenge ausweiten und dadurch das Preisniveau anheben, was zu weniger Export und respektiv weniger Exportüberschüsse führen sollte. Ähnlich sollte es im Fall eines Goldabflusses funktionieren.³² Obwohl die praktische Politik der am Goldstandard beteiligten Länder nur selten der theoretischen Funktionsweise entsprach, war der Goldstandard ein recht erfolgreiches internationales Regime, weil seine harten Sanktionsmechanismen den Eindruck von Stabilität suggerierten, und weil Regierungen und Zentralbanken seinetwegen an die Stabilität des internationalen Finanzsystems glaubten.³³ Bereits damals hing das Schicksal der Währungen ganz wesentlich von der Kredit- und Liquiditätspolitik der Zentralbanken ab, die freilich dadurch erleichtert wurde, dass die öffentlichen Haushalte der größeren Industrieländer das Prinzip des ausgeglichenen Haushalts bzw. der Schuldenfundierung annähernd einhielten und daher als eigenständige Störfaktoren noch keine erhebliche Rolle spielten.³⁴ Wo das nicht so war, wie in Russland, in der Türkei, in Ägypten oder in Lateinamerika, war eine Währungsstabilität nicht garantiert und die Loslösung vom Goldstandard wurde nötig. Das englische Pfund spielte von 1850 bis 1914 in zunehmendem Maße die Rolle einer Reservewährung und das sicherte England eine Handels- und Finanzsuprematie. Der britische Außenhandel war damit nicht durch eine Verknappung der Goldreserven der Zentralbank beschränkt und die englischen Investitionen

York und London kurz vor und kurz nach der Inbetriebnahme der transatlantischen Verbindung zeigt – die zwischen den verschiedenen internationalen Finanzplätzen bestehenden Kursdifferenzen fast vollständig dahinschmelzen ließ“ (ebd.: 582).

32 Der Goldstandard schloss damit weder eine monetäre Expansion aus (die Deutsche Reichsbank hat z. B. von 1876 bis 1913 ihren Goldbestand von 0,3 Mrd. Mark auf 1,1 Mrd. Mark erhöht, ihren Notenumlauf von 0,7 Mrd. Mark auf 2,0 Mrd. Mark), noch eine allgemeine Preissteigerung (in Deutschland stiegen z. B. von 1896 bis 1913 die Großhandelpreise um durchschnittlich 2 Prozent im Jahr).

33 Pohl 1989, S. 250

34 „Diese Institution setzte bei den beteiligten Regierungen den offenen oder stillschweigenden Willen voraus, alles zu tun, um Währungskonvertibilität zu bewahren, also einen wirtschaftspolitischen Gleichklang. Dies bedeutete etwa, dass niemand an Abwertung oder Aufwertung auch nur denken sollte“ (Osterhammel 2009: 1044).

ließen sich in Pfund vornehmen. Ein Störfaktor des Systems wurde allerdings die Tatsache, dass die britische Wirtschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts von Deutschland und erst recht von den USA eingeholt und überholt wurde. In der Eisen- und Stahlindustrie und in den neuen, technik- und wissensbasierten Sektoren wie Chemie und Elektroindustrie waren Deutschland und USA nun Vorreiter. Von 1876 bis zum Kriegsausbruch ging der britische Anteil am Welthandel deshalb von 20 auf 14 Prozent zurück. Eine Tendenz, die nicht mit Stagnation, sondern mit einem relativen Nachlassen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Großbritanniens gegenüber der raschen Industrialisierung in Deutschland und in Übersee einherging.

Wie von R. Stichweh bereits erwähnt, fand um 1900 auch eine vor und nach dieser Zeit einmalige Mobilität von Menschen statt. Damals handelte es sich vornehmlich um eine europäische Auswanderung nach Nordamerika und in die Kolonien. Von 1820 bis 1914 wanderten insgesamt etwa 60 Millionen Menschen aus Europa nach Übersee (USA, Süd- und Mittelamerika, Südafrika, Australien, Neuseeland) aus. Von 1900 bis 1914 waren es jährlich über 1,3 Millionen. Allein in die USA sind 35 Millionen Europäer abgewandert. Damit stieg die Einwohnerzahl des gesamten amerikanischen Kontinents von 30 auf knapp 160 Millionen innerhalb 100 Jahren. In den USA und Kanada von sieben auf über 80 Millionen Einwohner.³⁵ Dabei war die Auswanderungswelle in den frühen 1880er Jahren zum Teil auch selbst durch den aus Nordamerika kommenden Wettbewerbsdruck auf den Agrarmärkten verursacht. Historiker unterscheiden insgesamt vier Wellen der europäischen Überseeauswanderung im 19. Jahrhundert, da aber das Volumen mit jeder Welle signifikant auf einem neuen Grundniveau wuchs, könnte man das ganze als eine einzige große Welle begreifen, die in den 1820er/30er Jahren anfang und ihren Höhepunkt kurz vor dem Ersten Weltkrieg erreichte.³⁶ Mit dem Volumen veränderte sich auch die Struktur der Wanderungsströme. Es veränderten sich sowohl die Ziel- wie auch die Ausgangsregionen der Auswanderung. Am Anfang dominierte Nordamerika als Ziel sehr stark, später verschob sich der Auswanderungsstrom langsam nach Südamerika. Andererseits kamen die Migranten bis in die 1880er Jahre hinein ganz überwiegend aus den Ländern West-, Mittel- und Nordeuropas, danach verlagerte sich der Schwerpunkt der Abwanderung zunehmend in die Peripherie: nach Italien, der Donaumonarchie, den Balkanländern und Russland. Das

35 Die Massenwanderung der Europäer um 1900 hatte ökonomisch wichtige Folgen, sie war aber keineswegs nur ein europäisches Phänomen. Die imperiale Durchdringung weiter Teile der Welt seit 1882 sowie die industrielle Fertigung und ihre Konzentration in Industriezentren erzeugten eine Nachfrage an flexibler, abhängiger Lohnarbeit. So verließen zwischen 30 und 54 Millionen den indischen Subkontinent. Etwa 50 Millionen Russen bevölkerten Sibirien bis zur Pazifikküste. 19 Millionen Chinesen gingen nach Südostasien. Japanische Arbeiter zogen nach Hawaii, Kalifornien und Brasilien. Java stellte Arbeitskräfte für die Kolonialmächte in Südostasien und Afrikaner wurden weiterhin als Sklaven in die arabischen Länder transportiert. Häufig wurden auch importierte Arbeiter gegenüber einheimischen bevorzugt, weil man annahm, dass sie leichter zu kontrollieren und zu entlassen waren. Dies führte in die USA, Australien und Südafrika schließlich zu Debatten über eine sinnvolle Immigrationspolitik (vgl. Conrad 2006: 13).

36 Torp 2004: 585

war eine Folge der raschen Industrialisierung in West- und Nordeuropa, das die eigenen Reserven an Arbeitskräften nun selbst absorbierte. Der wichtigste „Push“- Faktor für die Auswanderung war das Missverhältnis zwischen dem demographischen Wachstum und dem nicht ähnlich schnell wachsenden Erwerbsangebot in den Herkunftsländern. Als „Pull“-Faktor wirkten auch die Erwartungen für ein besseres Arbeitsplatzangebot, für Siedlungschancen, oder allgemein: für gesellschaftlichen Aufstieg in einer angeblich offeneren Gesellschaft. Große Bedeutung für Umfang, Persistenz und Richtung der Migration hatten auch die durch Kettenwanderung begründeten transatlantischen Netzwerke.³⁷ Die massenhafte Abwanderung von Arbeitskräften aus Europa in die ressourcenreichen Länder in Übersee hatte enorme wirtschaftliche Bedeutung. Ohne sie wäre das Wachstum in Europa und in Übersee erheblich geringer ausgefallen. Millionen zählte aber auch die innereuropäische, speziell die saisonale grenzüberschreitende Wanderung von Arbeitskräften. Denn freie Mobilität von Menschen herrschte nicht nur zwischen Europa und Übersee, sondern auch innerhalb Europas.

Die Globalisierung von Handel, Kapital und menschliche Arbeitskraft machte schließlich ein gewisses Maß an internationaler Zusammenarbeit unentbehrlich. Dadurch entstanden erste Ansätze zu einem Weltrecht. Der Anfang wurde dort gemacht, wo der Widerstand am leichtesten zu überwinden war: bei der Regelung von Verkehr und technischen Standards. Das waren nämlich Materien, die sachlich auf der Ebene der Einzelstaaten nicht bewältigt werden konnten. Als erstes erforderte die Weltwirtschaft eine weit reichende Standardisierung und Homogenisierung. Die meisten Regelungen zielten daher auf die Vereinfachung einer international arbeitsteiligen Produktion und des Handels mit industriellen Produkten: es wurden z. B. die Spurbreiten für den Eisenbahnverkehr angeglichen und die ersten Schritte zur Kodifizierung von Industrienormen unternommen. Zentral war auch die Anpassung von Maßen und Gewichten. Die Festlegung des Urmeters war dabei der bekannteste Fall eines Prozesses der Vereinheitlichung. Seezeichen, Wetterdienste oder telegraphische bzw. kommunikationstechnische Einrichtungen wurden angeglichen (Welttelegraphenverein 1865, Weltpostverein 1874). Ein sehr wichtiger Schritt in dieser Richtung war auch die Einführung eines international vereinbarten Systems von standardisierten Zeitzonen im Jahre 1884.³⁸ Man war auch bemüht, ein gemeinsames

37 „Die dichte Kommunikation mit bereits ausgewanderten Bekannten und Verwandten reduzierte die Unsicherheit über die Lebensverhältnisse im Zielland, ließ auf problemlosen sozialen Anschluss nach erfolgter Auswanderung hoffen und ermöglichte eine Vorfinanzierung, deren bekannteste Form die ‚prepaid tickets‘ waren. 94,7 Prozent der neu ankommenden europäischen Immigranten gaben 1908/09 nach ihrer Ankunft in den USA an, dass sie Freunden oder Verwandten nachgefolgt seien“ (Torp 2004: 586).

38 Die Entstehung von nationalen Kommunikationsnetzwerken brachte ein Bedürfnis nach uniformer vereinheitlichter Zeit mit sich, die temporale Koordination auf überlokaler Ebene gestattet. Vor allem die Verbreitung der Fabriken und der Eisenbahn steigerten enorm die Bedeutung von Genauigkeit und präzisiertem Zeitmanagement. Schon vor der Schaffung einer ‚Weltzeit‘ hatten einzelne Eisenbahngesellschaften damit begonnen, eine Vereinheitlichung der Zeitmessung innerhalb der Nationalstaaten durch einheitliche Fahrpläne durchzusetzen: „As late as the mid-19th century, the only valid standard of time was local time. Each city,

Wechsel-, Handels- und Versicherungsrecht zu schaffen, ein einheitliches See- und Gewässerrecht, Minimalstandards beim Sozial- und Arbeitsschutz festzulegen etc. Während zwischen 1815 und 1850 zwölf mehrseitige Verträge abgeschlossen worden waren, stieg diese Zahl zwischen 1851 und 1880 auf 45 und zwischen 1881 und 1910 weiter auf 129. Mit 450 nicht-regierungsamtlichen und 30 regierungsamtlichen Organisationen entstand ein dichtes transnationales Netzwerk. Es wurden die ersten Internationalen gegründet, nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der Frauen, des Friedens, des Fußballs. Häufig, wie im Falle des International Council of Women (1888), wurden internationale Verbände gegründet, bevor nationale Sektionen überhaupt entstanden waren.³⁹ Diese Intensivierung der internationalen Beziehungen führte jedoch vor 1914 auf staatlicher Ebene nicht zu einer planvollen Zusammenarbeit. Internationale Regelungen kamen meistens situationsbedingt zustande, oft wurden sie nach Unfällen etc. vorgenommen, wie im Fall der *Titanic*, als in dessen Folge eine einheitliche Regelung der Sicherheitsvorschriften für Seeschiffe realisiert wurde. Speziell im Bereich der Wirtschaft gab es nur Ansätze zu Standardisierung der Vertragsbedingungen und noch kein internationales Handelsrecht. Trotzdem können die rechtlichen Elemente, die in der Weltwirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg entstanden, als die Wurzeln einer ‚nova lex mercatoria‘ bezeichnet werden, denn sie gingen im Ersten Weltkrieg nicht gänzlich unter und blieben danach weitgehend erhalten.⁴⁰

Wenn auch sehr unentwickelt, weil prinzipiell neuartig, stellten die ersten Ordnungselemente des internationalen Rechts eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Weltwirtschaft um 1900. Europäische Rechtsnormen bildeten dabei den Kern aller internationalen Regelungen. Das war selbstverständlich, denn es entsprach der ökonomischen, politischen und militärischen Dominanz Europas über den Rest der Welt.⁴¹ Die europäischen Siedler hatten ihre einheimischen Rechtsprinzipien in den von ihnen besiedelten Gebieten eingeführt. Spanisches, portugiesisches, holländisches, französisches und englisches Recht

town, or village had its own time, which applied to it alone. Thus, there was a plurality of local times which were not coordinated with one another, since no locality was concerned with the local times of other localities. That situation was not even regarded as problematic until the 1840s, since the contact among communities was quite restricted anyway. Even when such contact did exist, it did not necessitate any calibration of local times, because communication certainly was not instantaneous as it has been since the invention of the telegraph and the telephone” (Zerubavel 1982: 5).

39 Ambrosius 2001: 556

40 „Tatsächlich bildeten sich zwischen 1871 und 1914 in der Wirtschaft mannigfaltige Normen zur Regelung grenzüberschreitender wirtschaftlicher Transaktionen. Doch ob sie einen eigenständigen Rechtskomplex bildeten, ist sehr zweifelhaft. Was nicht existierte, ist leicht festgestellt: Weder gab es einen Korpus von allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen, wie sie die ‚alte‘ und ‚neue‘ lex mercatoria kannten, noch eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit, in deren Spruchpraxis sich ein derartiges Recht hätte bilden können. Weder die damalige juristische Praxis noch die Rechtswissenschaft betrachteten die wachsenden transnationalen Strukturen als eigenständigen Rechtskomplex“ (Röder 2006: 332f.).

41 „Das muss im Auge behalten werden, wenngleich es falsch wäre, in jedem Fall einen spezifischen Druck, die Drohung mit Gewaltanwendung, als Vorbedingung für die Einführung europäischer Rechtsprinzipien in Übersee anzunehmen. Oft bildete diese zwar das auslösende Moment; danach aber war es dann der eigene Wunsch, den höheren Lebensstandard, die höhere Leistungsfähigkeit der Westeuropäer zu erringen, die nichteuropäische Staaten dazu führte, europäische Verhaltensweisen, Sitten, Rechtsauffassungen und Produktionsweisen nachzuahmen“ (Fischer 1975: 293).

existierten damit nebeneinander, man war aber durchaus bereit die ‚besten‘ Vorbilder zu übernehmen. Das islamische oder chinesische Recht etwa oder die unzähligen Stammesrechte der Eingeborenen in der sog. ‚Unzivilisierten Welt‘ spielten hingegen keine Rolle. Sowohl europäische Kaufleute wie europäische Staaten tendierten dazu, bei internationalen Geschäften ihre eigene Rechtsordnung anzuwenden bzw. eine dominierende, vor allem die englische oder französische, als die verbindliche zu erklären. Die Rezeption europäischer Rechtsgrundsätze in der außereuropäischen Welt stellte somit das allgemeinste Ordnungselement für den Weltwirtschaftsverkehr der Vorkriegszeit dar. Es war entscheidend, dass das Handels-, Wechsel-, Schuld-, Konkurs- und Erbrecht, aber auch das Seerecht oder Staatsbürgerrecht europäischer Staaten in großem Umfang rezipiert wurde. Das begann jedoch erst um 1900, als Länder wie Brasilien oder Marokko unter westlichem Verlangen einige begrenzte Rechtsbereiche reformierten. Noch vorher benutzten aber europäische Rechtstheoretiker einen ‚*standard of civilization*‘ als Maßstab, um ‚barbarische‘ Praktiken in nichteuropäischen Ländern zu kritisieren.⁴² Der viktorianische *standard of civilization* war im Laufe der Zeit entstanden und trat um 1900 als Vorläufer der heutigen Menschenrechte auf. Er war von den Zeitgenossen als universell gültiger Grundstock von Normen verstanden, die, in ihrer Summe genommen, umschrieben, was es bedeutet, ein Mitglied der ‚zivilisierten Welt‘ zu sein. Das Spektrum reichte von Verbot grausamer Körperstrafen über die Unantastbarkeit von Eigentum und zivilrechtlichen Verträgen bis zu akzeptablem Verhalten im internationalen Verkehr der Staaten. Dazu gehörte z. B., dass Regierungen Botschafter austauschen und sich zumindest auf symbolischer Ebene untereinander als Gleiche behandeln sollten.

2.1.2. Weltwirtschaft und Politik

Der ‚*standard of civilization*‘ des 19. Jahrhunderts hatte seine ideelle Grundlage in der liberalen Lehre. Diese propagierte eine konfliktfreie weltumspannende Interaktion, die möglich werden würde, wenn sich Staaten und Regierungen des Eingriffs in freiwillige Vereinbarungen zwischen Individuen enthielten. Da die staatliche Politikkompetenz noch unterentwickelt war, dachte man, dass die internationale Zusammenarbeit nichts mehr als

42 „Zur Mitte des Jahrhunderts hin wurde das alte *ius gentium* in einen rechtlichen *standard of civilization* von allgemeiner Verbindlichkeit umgeformt. Im 19. Jahrhundert wurde das Recht zum wichtigsten Medium transkultureller Prozesse der Zivilisierung. Recht war wirkungsvoller als Religion, denn es ließ sich durch seine Importeure auch dort den örtlichen Bedürfnissen anpassen, wo die einheimischen Werte und Normen sich gegen religiöse Invasionsversuche immun zeigten. So hat Japan, wo die christliche Mission aller Konfessionen auch nach der Wiedezulassung des Christentums im Jahre 1873 nie so recht Fuß fassen konnte, in großem Umfang Elemente europäischer Rechtssysteme übernommen. In der islamischen Welt mit ihrer engen Verquickung von Glaube und Gesetz war der Widerstand gegen christliche Bekehrungsversuche mindestens ebenso stark, doch wurden auch hier in nicht-kolonialen Ländern wie dem Osmanischen Reich und Ägypten (vor der britischen Okkupation von 1882) Versatzstücke europäischen Rechts eingeführt“ (Osterhammel 2009: 1180).

nur eine vertragliche Absicherung durch den Staat braucht. Das betraf die Handelsverträge, die Übereinkünfte über den zwischenstaatlichen Warenaustausch, insbesondere über die Höhe und Art der Zölle enthielten. Handelsverträge sind ein altes Instrument zur Regulierung staatenübergreifenden Verkehrs. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts stellten sie den Kern des von den Zeitgenossen so genannten ‚Freihandelsystems‘ dar. Nach der liberalen Doktrin erhoffte man sich durch Beseitigung aller Handelsschranken auf der Welt Prosperität und Frieden für die gesamte Menschheit. Staaten und Nationen hatten hier keinen klar umschriebenen Platz, und das Ideal des Liberalismus bestand in einer internationalen Arbeitsteilung, durch die ein optimales Wachstum der Weltwirtschaft gewährleistet werden sollte. In der Praxis erwies sich die Theorie aber als unzureichend, denn neben Individuen und Firmen, gab es auch Staaten und die Welt entwickelte sich mehr und mehr zu einem Ensemble aus einzelnen rivalisierenden ‚Volkswirtschaften‘. Nunmehr konkurrierten nicht nur Firmen gegeneinander, sondern ganze Nationen.

Bereits damals wirkten die Kräfte der Globalisierung grundsätzlich in ähnlicher Weise wie heute auf die Nationalstaaten ein, die am meisten industrialisiert waren. Damit brachten sie ihre eigenen Gegenkräfte hervor. Je stärker die Außenhandelsverflechtung zunahm, umso mehr mussten sich nicht nur Unternehmen dem transnationalen Wettbewerb stellen, sondern auch die Staaten mit ihrer Verwaltung und Gesetzgebung in Bezug auf Zölle, Arbeitsbeziehungen, Schule und Wissenschaft und ihre frühe Sozialpolitik. Der immer ausgeprägtere institutionelle Wettbewerb schärfte den Blick für Innovationen anderswo, und die transnationalen Netzwerke erleichterten deren Transfer, wie etwa den Import wichtiger Elemente der humboldtschen Universitätsstrukturen nach Großbritannien und in die USA. Dennoch blieben die institutionellen Arrangements und Reformen abhängig vom historischen Umfeld. Der Transfer institutioneller Innovationen erfolgte nicht komplett. Vielmehr wurden solche Importe an die jeweiligen historisch gewachsenen und kulturell eingebetteten gesellschaftlichen Bedingungen angepasst. Stets gab es unterschiedliche Handlungsoptionen und divergierende politische Lösungen, wie zwischen den staatszentrierten bismarckschen Reformen und der genossenschaftlichen Organisation der Sozialpolitik in Frankreich.⁴³ Im Grunde verschärfte die Globalisierung den internationalen Wettbewerb. Selbst in dem anhaltenden ökonomischen Aufschwung nach 1896 wurden die globalen Verteilungskonflikte immer heftiger und die kollektiven Ängste vor mangelnder Wettbewerbsfähigkeit immer stärker. Interessanterweise war die Umsetzung des Prinzips der freien Bewegung auf die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit im 19. Jahrhundert viel weniger umkämpft als seine Umsetzung auf den Warenverkehr. Das zeigt die Entwicklung der Handelspolitik.

Die Globalisierung begann unter britischer Hegemonie und unter dem Regime des

43 Kaiser 2002: 20f.

Freihandels, das jedoch kein formal institutionalisiertes System war. Vielmehr öffnete Großbritannien unilateral seine Märkte und schuf langsam durch seine ökonomische Überlegenheit weltweite Abhängigkeiten, denen sich kaum ein Land entziehen konnte. In Vereinigung mit dem Finanzkapital der Londoner City beherrschte das britische Empire den Welthandel. Noch seit den 1820er Jahren begann das industrielle Pionierland vom Merkantilismus abzurücken, denn es brauchte keine Konkurrenz für seine überlegene Industrie zu fürchten. Noch bis in die 1840er Jahren hinein schützte Großbritannien jedoch seine Landwirtschaft gegen die immer heftiger werdende Konkurrenz kontinentaleuropäischen Getreides. Auf dem Kontinent und in den USA war es umgekehrt. Hier wollte man die heimische Industrie gegen die ausländische Konkurrenz schützen, während die Landwirte deren Produktionsüberschuss gerne im Ausland absetzen mochten. 1846 hob England unter dem Druck der Anti-Corn-Law-League die Getreidezölle auf, blieb aber als erstes Freihandelsland zunächst noch ziemlich allein. Der Durchbruch zum internationalen Freihandel kam erst 1860, als mit dem berühmten Cobden-Chevalier Handelsvertrag zwischen England und Frankreich allein auf britischer Seite 371 Zölle fielen. Diesem Vertrag folgte dann ein Netz von bilateralen Handelsverträgen mit Meistbegünstigungsklausel für Drittländer, sodass sich bald ein System der westeuropäischen Handelsverträge bildete. Zölle blieben zwar weiter bestehen, vor allem für gewerbliche Erzeugnisse, wobei die durchschnittliche Zollbelastung in Europa 9 bis 12 Prozent betrug, früherer Zeiten gegenüber und im Vergleich zu Russland mit bis zu 25 Prozent und den USA mit 40 bis 50 Prozent Zollbelastung, war dies jedoch ein beträchtlicher Fortschritt. Noch wichtiger war, dass Freihandel in Europa zwischen 1860 und 1879 zu einer wirtschaftspolitischen Konvention wurde, sodass auch nach der protektionistischen Wende die Zölle weitgehend moderat blieben.

Der Protektionismus kehrte in die europäische Handelspolitik zurück, als Deutschland 1879 seine Getreidezölle aufhob. Grund dafür war, neben dem fiskalischen Motiv, vor allem die amerikanische Konkurrenz. Die Weltwirtschaft war seit 1873 wieder vorübergehend ins Stocken geraten. Weltweit fielen die Preise. Die sog. Krise der ‚Gründerjahre‘ hatte in Deutschland die früheren Heroen des wilden Kapitalismus soweit diskreditiert, dass die öffentliche Stimmung zugunsten eines staatlichen Eingreifens in die wirtschaftlichen Prozesse umschlug. 1884 wurde z. B. eine strengere Handhabung der staatlichen Zulassungsbedingungen für Aktiengesellschaften an der Börse beschlossen und nach der Eisenbahnkrise im Jahre 1873 begann die Verstaatlichung der Bahnbranche. Gerade zu diesem Zeitpunkt kam die Globalisierung der Agrarmärkte. Billiges Getreide aus Übersee drängte in Massen auf den europäischen Markt. Innerhalb von zehn Jahren steigerten die Amerikaner ihre Weizen- und Mehlexporte nach Europa um mehr als das Dreifache. Der irische Wirtschaftshistoriker Kevin O`Rourke (1997) spricht in diesem Zusammenhang von

einer „Getreideinvasion“. Auch Vieh und Viehprodukte aus weiten Fernen gelangten auf die europäischen Märkte. Die Zahl der Schafe ging in Deutschland von 1861 bis 1913 von 28 Millionen auf 6 Millionen zurück. Rasch merkte man, dass etwas grundsätzlich Neues in Gang gekommen war. So sah es z. B. Gustav Schmoller als ein Wendepunkt: „Fast alle sachverständigen Stimmen ... geben zu, dass wir erst im Anfang dieser Revolutionierung des Weltmarkts stehen“ (Schmoller 1882: 263). 1881 folgte Frankreich mit der Aufhebung der Zölle, während England, Dänemark, Belgien und die Niederlande freihändlerisch blieben. Die Reaktionen auf diesen ersten ‚Globalisierungsschock‘ waren also nicht einheitlich. Sie hatten etwas mit den in den Ländern jeweils herrschenden Ideologien zu tun.⁴⁴ Vor allem aber lassen sich die Unterschiede in den getroffenen Schutzmaßnahmen aus den Unterschieden der jeweiligen Wirtschaftsstrukturen erklären. So war in Großbritannien durch die wachsende landwirtschaftliche Konkurrenz aus Übersee ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung negativ betroffen: 1871 entfielen nur noch knapp 23 Prozent der Beschäftigten auf den landwirtschaftlichen Sektor. Deshalb war das ökonomische und politische Gewicht derjenigen deutlich höher, die als Verbraucher von den sinkenden Agrarpreisen in Form einer Steigerung der Realeinkommen profitierten. Ganz anders war es in Deutschland und Frankreich, wo um 1880 immer noch 43 Prozent respektiv gar 47 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt war. Die Globalisierung der Agrarmärkte stellte solche Länder vor ein sozialpolitisches Problem. Deutschland und Frankreich folgten bald auch anderen europäischen Staaten, und in der Folge schwappte eine protektionistische Welle rund um die ganze Welt. Überall wurde jetzt die Globalisierung als Bedrohung von Einkommenschancen empfunden. Kanada, Australien, Argentinien, Uruguay, Venezuela und andere Staaten führten ebenfalls Schutzzölle für ihre Industrien ein, weit höhere noch als die in Europa, und die USA erhöhten ihre schon bestehenden relativ hohen Zölle noch mehr. Selbst in Großbritannien regte sich um 1900 eine leidenschaftliche Reaktion gegen die vermeintlich unredliche deutsche Konkurrenz.⁴⁵ Der vorübergehende Abbau von politischen Barrieren des freien Wirtschaftsaustausches endete also schon in den 1880er Jahren und war nie von entscheidender Bedeutung für die Weltwirtschaft, wie die Senkung der Transportkosten.

Welche Rückwirkungen hatte diese uneinheitliche, in ihrer allgemeinen Ausrichtung aber eindeutige protektionistische Reaktion auf die Globalisierung? In der Wirtschaftsgeschichte hat man in dieser Hinsicht zwei Interpretationsperspektive entwickelt. Die eine Perspektive

44 „Die enge Verknüpfung mit populären diskursiven Konstruktionen der Zivilgesellschaft, des Konsumenten und des internationalen Friedens ließ die Freihandelsidee im Bewusstsein der britischen Öffentlichkeit im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem integralen Bestandteil der nationalen Identität werden. ... Ganz anders verhielt es sich etwa in den Vereinigten Staaten, die auf eine mehr oder minder ungebrochene Schutzzolltradition seit den Tagen Alexander Hamiltons zurückblicken konnten, aber auch in Deutschland, wo der Freihandelsgedanke stets in einer harten Konkurrenz mit ideologisch einflussreichen protektionistischen Konzepten wie etwa dem Friedrich Lists gestanden hatte und wo die Vertreter der in der Nationalökonomie vorherrschenden Historischen Schule ‚in Schutzzoll und Freihandel nicht mehr eine Prinzipienfrage, sondern nur wechselnde Mittel für die Handelspolitik der Staaten‘ sahen“ (Torp 2004: 605).

45 Borchardt 2004: 37f.

vertraten Kevin H. O'Rourke und Jeffrey J. Williamson (1999). Ihnen zufolge waren die protektionistischen Tendenzen des ausgehenden 19. Jahrhunderts Vorboten des Untergangs der Weltwirtschaft in den 1920er und 30er Jahren. Nach dieser Lesart verbarg die frühere Globalisierungsphase in sich bereits die Keime ihrer eigenen Vernichtung. Indem sie durch die von ihr verursachten Einkommenseffekte eine politische Reaktion provozierte, die auf den Schutz vor den Kräften des Weltmarkts abzielte, generierte die Globalisierung ihre eigene Gegenbewegung, die sie zunehmend in den Würgegriff nahm. Die andere Perspektive hat der deutsche Ökonom Knut Borchardt (2004) vertreten. Ihm zufolge hat der Protektionismus der Vorkriegszeit die Fortsetzung der Globalisierung nicht behindert, sondern geradezu gefördert. Denn dieser war nicht der überzogene Protektionismus der 1920-30er Jahre. Er war weder allgemein, noch wirkte er als Schutz, und er beschränkte sich auf den Warenhandel, beeinträchtigte nicht die Mobilität der Arbeitskräfte und der Finanztransaktionen. Die internationale Öffnung eines Landes brachte immer Gewinne für einen Teil der Bevölkerung, aber auch Nachteile für andere.⁴⁶ Die Liberalisierung eines demokratischen Landes hing deshalb mehr oder weniger davon ab, so Borchardt, ob die begünstigten Bürger bereit waren, den Verlierern Kompensationen zukommen zu lassen, unter Umständen gar den Druck der internationalen Konkurrenz durch mäßig protektionistische Maßnahmen zu lindern: „Diese Sichtweise transzendiert den Bereich der rein ökonomischen Konsequenzen protektionistischer Maßnahmen und rückt die stabilisierende Funktion in den Blick, die ihnen in den damaligen politischen Systemen zukam. In einer Zeit, so lässt sich das Argument ausbuchstabieren, als soziale Sicherungssysteme und andere Mechanismen zur Kompensation der durch die weltwirtschaftliche Einbindung erlittenen Verluste noch wenig entwickelt waren, bildete ein maßvoller Protektionismus ein probates Mittel, den zerstörerischen Druck des internationalen Wettbewerbs zu reduzieren und den Prozess der Anpassung an die neuen Verhältnisse für die Verlierer der Globalisierung erträglich zu gestalten“ (Torp 2004: 607).

Der Protektionismus war also der sichtbarste Ausdruck der durch die Globalisierung intensivierten internationalen Wirtschaftskonkurrenz. Der Historiker Harold James hat behauptet, dass die Globalisierung um 1900 in jedem Land Reaktionen mit antiinternationalistischer Tendenz und Forderungen nach Schutz vor den von außen herangetragenen Veränderungen und Krisen hervorgerufen hat. James behauptet, der moderne Nationalstaat (als Wohlfahrtsstaat) sei eine Antwort auf die Herausforderungen der ersten Globalisierungswelle: „In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat sich tatsächlich ein fundamentaler Wandel der politischen und gesellschaftlichen Auffassungen von der Rolle des Staates vollzogen. Der moderne Staat übernahm im Ausgang des 19. Jahrhunderts in großem Umfang ökonomisch-soziale Schutzfunktionen, sicherte seine Bürger gegen mehr

46 ebd.: 40

Einkommensrisiken ab, in einigen Bereichen sogar gegen die Risiken des internationalen Standortwettbewerbs. Das gab der Frage, wer Staatsbürger sein konnte und sollte, eine neue Färbung und ließ Staatsgrenzen in vielen Zusammenhängen, eben auch wirtschaftlichen und sozialpolitischen, wichtiger werden“ (Borchardt 2004: 39). Damit wird die Dialektik beider parallel verlaufenden Tendenzen der Zeit sichtbar: der Globalisierung und der Nationalisierung.⁴⁷ Die Nationalisierung hat der Globalisierung Vorschub geleistet wie umgekehrt. So war die innere Erschließung der USA durch Siedlung und Bahnbau ein weltwirtschaftlicher Vorgang, wie auch die Vereinheitlichung des Wirtschaftsrechts in Deutschland, und schließlich der seit den 1870er Jahren zu verzeichnende Anstieg der Realeinkommen in den Industriestaaten zählte zu den innerstaatlichen Voraussetzungen weltwirtschaftlicher Vernetzung: „Globalisierungsprozesse verliefen im späten 19. Jahrhundert also parallel zu und in gegenseitiger Abhängigkeit von den Prozessen der inneren und im deutschen Fall auch der äußeren Nationsbildung – als Hamburg und Bremen 1888 dem deutschen Zollverein beitraten, war die Weltwirtschaft schon eine Realität. Es ist also keineswegs der Fall, dass Globalisierungsprozesse im 19. Jahrhundert bereits zusammenhängende, nationalstaatlich verfasste Volkswirtschaften vernetzten und unter Anpassungsdruck setzten. Vielmehr haben wir es mit parallelen Prozessen von Globalisierung und Nationalisierung zu tun, mit dem gleichzeitigen Aufbau und der gegenseitigen Beeinflussung innerstaatlicher und weltwirtschaftlicher Verflechtung“ (Petersson 2004: 54).

Die Nationalisierung der Welt um 1900 zeigte sich am deutlichsten an der Ausbreitung des Nationalismus. Er beruht auf einfachen Grundideen: „Die Welt zerfällt in Nationen als ihre ‚natürlichen‘ Grundeinheiten; Imperien zum Beispiel sind demgegenüber künstliche Zwangsgebilde. Die Nation – und nicht die lokale Heimat oder eine übernationale Religionsgemeinschaft – ist der primäre Bezugspunkt individueller Loyalität und der maßgebende Rahmen für Solidaritätsbildung. Eine Nation muss daher klare Kriterien der Zugehörigkeit zum Großkollektiv formulieren und Minderheiten als solche kategorisieren – eine Vorstufe zu einer möglichen, aber nicht zwingenden Diskriminierung. Eine Nation erstrebt politische Autonomie auf einem definierten Territorium und benötigt zur Gewährleistung einer solchen Autonomie einen eigenen Staat“ (Osterhammel 2009: 582). Die Inspiration, die mit der Französischen Revolution entstand, führte dazu, dass im 19.

47 So das Beispiel des neugegründeten Deutschen Reiches: „Die Konsolidierung des neuen Nationalstaats, oder genauer: die fortdauernde Auseinandersetzung darüber, was für eine Art von Nationalstaat es denn sein sollte, trat zugleich mit den transnationalen Zusammenhängen auf, in denen das Kaiserreich in dieser Zeit stand. Die beiden Prozesse überschritten sich. Während das Kaiserreich überall auf der Erde konsularische Vertretungen einrichtete, tauschten die deutschen Länder noch Gesandte aus. Während das Kaiserreich den Goldstandard übernahm und sich auf internationale Normen als Bedingungen für Handel und Wandel (Übereinkommen zu Post und Telegraphie, Patentrecht, Schiffsicherheitsabkommen) festlegte, war der neue deutsche Nationalstaat erst noch damit beschäftigt, eine landesweit einheitliche deutsche Währung einzuführen und die verschiedenen Gesetzbücher zu kodifizieren“ (Blackbourn 2004: 304).

Jahrhundert die politische Karte Europas zunehmend durch Nationalstaaten geprägt wurde.⁴⁸ Noch einmal schuf die Verkehrs- und Kommunikationsrevolution des 19. Jahrhunderts die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Nationalisierung der Massen. Erst jetzt wurde die Gesellschaft über kleine Zirkel Gebildeter hinaus mit nationalen Kategorien vertraut und damit fähig, politisch in überlokalen Zusammenhängen zu denken und zu handeln. Es entstand eine Gesellschaft, die sich als fähig erwies zu großräumiger Kommunikation, in die immer mehr Menschen aus allen sozialen Schichten hineinwuchsen. Das 19. Jahrhundert gilt deshalb, zumindest als sichtbar unumkehrbare Tendenz, als das Jahrhundert des Nationalstaates. Die Kehrseite der Globalisierung war damit die fortschreitende Nationalisierung. So fand z. B. die Idee von der nationalen Spezifik der ‚Deutschen Arbeit‘ ihre weiteste Verbreitung gerade in der Zeit um 1900 als die transnationale Verflechtung von Arbeit einen Höhepunkt erreichte: „Nicht obwohl, sondern gerade weil die Globalisierung um 1900 die politische, ökonomische und diskursive Ordnung dieser Welt von Nationen durcheinanderbrachte, trug sie zur Konjunktur von Vorstellungen nationaler Besonderheit bei“ (Conrad 2006: 9). Die Exportrivalität der führenden Industrienationen zeigt, dass das äußerlich stabile und aus liberaler Sicht harmonische weltwirtschaftliche System erheblichen Spannungen ausgesetzt war. Die engsten Rivalen waren einander zugleich die besten Kunden.⁴⁹

Damit ist neben der Nationalisierung auch der zweite wichtige Aspekt der Weltwirtschaft um 1900 genannt: ihre zunehmende Multilateralität. Die Industrialisierung setzte zunächst in England an. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war die englische Wirtschaft der alleinige Mittelpunkt der Weltwirtschaft. Auch später lagen in England die Weltmärkte, auf denen sich der Handel mit den Weltrohstoffen abspielte. England war auch Mittelpunkt des Bank- und Versicherungswesens und der größte Kapitaleporteur der Welt, der mit seinen Kapitalien die Ausweitung der Weltwirtschaft, insbesondere die Erschließung überseeischer Länder betrieb. Doch zwischen 1850 und 1914 kam es in Europa und den USA zu einer sog. „Zweiten Wirtschaftlichen Revolution“ (*Douglass C. North*). Seit seiner Vereinigung im Jahre 1871 gab besonders Deutschland den Ton an. Es machte England Konkurrenz nicht nur in traditionellen Industriebranchen wie Kohle, Eisen und Textilien, sondern leitete auch die Entwicklung zu wissensbasierten „Neuen Industrien“ (*Werner Abelshauser*) wie Chemie, Elektrotechnik, Maschinenbau. Konnte sich Großbritannien bei der Londoner Weltausstellung von 1851 noch unangefochten als ‚Werkstatt der Welt‘ präsentieren, traten in den folgenden Jahrzehnten die nachfolgenden Industrienationen in einen scharfen

48 „Zwar konnten sich die großen multinationalen Imperien – das Osmanische Reich, Habsburg und das Zarenreich – noch über das 19. Jahrhundert retten. Aber ihre ideologischen Fundamente waren durch die Nationalbewegungen stark unterminiert, so dass ihr Zusammenbruch im Gefolge des Weltkriegs wie das logische Resultat eines langen Auflösungsprozesses erscheinen konnte“ (Conrad 2006: 316).

49 „Das Deutsche Reich war vor der Ersten Weltkrieg der zweitwichtigste Abnehmer britischer Waren nach Indien und vor den USA, umgekehrt war Großbritannien der wichtigste Abnehmer deutscher Waren vor Österreich-Ungarn, Russland, Frankreich und den USA“ (Hardach 1977: 98).

Wettbewerb zu dem Pionier der industriellen Moderne. Die Marktanteile Englands fielen damit beim Weltindustrieexport von 45,5 Prozent im Jahr 1872 auf 26,8 Prozent im Jahr 1913. Die Quote Deutschlands stieg parallel dazu von 12,6 auf 24,4 Prozent, die der USA von 2,8 (1880) auf 12,6 Prozent. Die relativen Verluste Großbritanniens vollzogen sich allerdings bei mehr als einer Verdopplung der absoluten Exportwerte und die Weltwirtschaft blieb bis zum Ersten Weltkrieg trotz der relativen Wachstumsverluste auf Großbritannien ausgerichtet. Die britische Zahlungsbilanz hatte im weltwirtschaftlichen Gleichgewicht eine ganz bestimmte Struktur: Importüberschüsse und Kapitalexport einerseits, Frachten, Versicherungseinnahmen und Zinsen andererseits. In den Jahren unmittelbar vor dem Weltkrieg finanzierte Großbritannien über 80 Prozent ihrer Importe mit Kapitalerträgen und die Handelsmarine machte etwa ein Drittel der Welttonnage aus. Dieser ‚parasitäre‘ Charakter der britischen Außenwirtschaftsbeziehungen war ein wesentliches Element in dem multilateralen Welthandels- und Währungssystem der Zeit. Britisches Kapital erschloss die Gebiete an der Peripherie der kapitalistischen Weltwirtschaft als Rohstoff- und Lebensmittelquellen für das industrielle Zentrum. Die britische Freihandelspolitik begünstigte den Welthandel in überseeischen Rohstoffen und Lebensmitteln, direkt durch die Aufnahmefähigkeit des britischen Marktes, indirekt dadurch, dass andere Industrieländer durch Industrieexporte nach Großbritannien die Devisen verdienten, um die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln zu finanzieren. Allerdings wuchsen die Exporte von USA und Deutschland viel stärker an als die von Großbritannien und Frankreich. Kurz vor dem Weltkrieg war Frankreich aus der Spitzengruppe der Exporteure ausgeschieden und Großbritannien, die USA und Deutschland lagen fast auf gleicher Höhe. Besonders der Aufstieg des deutschen Exports war bemerkenswert. Er wuchs nicht nur schneller als der Welthandel, sondern auch doppelt so schnell als die deutsche Wirtschaft insgesamt.⁵⁰

Die Geschwindigkeit der Integration Deutschlands in der Weltwirtschaft hatte Auswirkungen, die sich nicht nur auf dem wirtschaftlichen Bereich beschränkten. Die Deutschen waren stolz auf ihre ökonomische Leistung. Besonders im Vergleich mit dem ‚alten‘ ‚Rentnerstaat‘

50 Parallel zum Siegeszug des deutschen Industrieexports vollzog sich eine grundlegende Umwälzung seiner Struktur, die sich vor allem mit der relativen Bedeutungsverlust der Textilausfuhr kennzeichnet. Seit ungefähr 1890 beginnt die dominierende Stellung des Textilexports (1880 machte er noch über 40 Prozent des Industrieexports aus) zu erodieren, während die neuen Industrien (Großchemie, Elektrotechnik, Maschinenbau, Eisen- und Stahlindustrie) zu einem kometenhaften Aufstieg ansetzen: „Während der absolute Wert der Ausfuhr an Textilien (in laufenden Preisen) von 1890 bis 1913 lediglich um 59% wächst, steigt der Exportwert der Eisen- und Stahlindustrie um 433, der der Chemischen Industrie um 293 und der von Maschinenbau, Elektrotechnik und Fahrzeugbau gar um 1249%. Mit dieser, sich in atemberaubender Schnelligkeit vollziehenden Gewichtsverschiebung in der Struktur des Exports bewegte sich Deutschland an der vordersten Spitze eines säkularen, weite Teile des 20. Jahrhunderts kennzeichnenden Trends im internationalen Handel mit Industriegütern. Wie ‚modern‘ die deutsche Exportstruktur vor dem Ersten Weltkrieg bereits war, zeigt ein Vergleich mit der britischen Konkurrenz: Während 1913 in Deutschland der Anteil von Garnen, Geweben und Kleidung an der industriellen Ausfuhr auf deutlich unter 20% gesunken war, kam in England, dem hier seine frühe Industrialisierung zum Verhängnis wurde, immer noch fast die Hälfte des Exports aus der Textilbranche“ (ebd.: 94f.).

England möchte man sich als ein ‚junger‘, ‚vitaler‘ Neuling sehen.⁵¹ Die deutsch-britische Rivalität war aber in erster Linie eine machtpolitische und keine ökonomische, „wobei gerade die geographische Nähe ungemein konfliktverschärfend wirkte“ (Berghoff 1999: 97). Insbesondere die Flottenrivalität gewann eine Eigendynamik, gegenüber der wirtschaftliche Bedenken und andere nüchterne Überlegungen nicht mehr durchzudringen vermochten. Damit ist ein Aspekt der ‚Weltgesellschaft‘ um 1900 ausgesprochen, der allgemein als ‚Imperialismus‘ bezeichnet wird und etwa die steigende Rivalität der ‚Großmächte‘ um die wirtschaftliche Ausbeutung der Welt meint. Wirtschaftlich gesehen, waren die nicht-industrialisierten Länder als Rohstoffquellen und Absatzmärkte für Industriewaren und Kapitalüberschüsse interessant. So importierten 1913 die USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich über 80 Prozent Rohstoffe und Lebensmittel und exportierten 60 Prozent Industriewaren. Diese Daten bedeuten jedoch nicht, dass der Imperialismus des späten 19. Jahrhunderts eine solide wirtschaftliche Grundlage gehabt hätte. Eher war es so, dass seit Anfang der 1880er Jahre sich das alte Prinzip ‚*The Flag follows the Trade*‘ umkehrte. Man verlangte vom Staat Präventivannexionen, in der Erwartung, dass die betreffenden Territorien künftig einmal die wirtschaftliche Bedeutung gewinnen würden, die ihnen zunächst noch abging. Wirtschaftliche Argumente waren zumeist erst nachträglich, ausschließlich zur Rechtfertigung der bereits vollzogenen territorialen Expansion, ins Spiel gebracht worden. Gegen die noch geläufigen ökonomischen Imperialismuserklärungen, zeigt sich, dass der Handel mit kolonialen Territorien in nahezu allen Fällen relativ unbedeutend war und überdies gerade in der Phase des Hochimperialismus eine rückläufige Tendenz hatte.⁵² Kolonien waren im Imperialismus jedoch weniger Zweck an sich als Mittel in der globalen Konkurrenz der Mächte. Sie wurden als Unterpfand einer globalen Machtpolitik betrachtet.

Woher kam dieser Wunsch nach ‚Weltpolitik‘? Nach Trutz von Trotha (2004) wurde er durch die sozialen Umwandlungen in Europa bedingt. Industrialisierung, Parlamentarisierung, Demokratisierung und die Konkurrenz der Nationalstaaten verbanden sich, so von Trotha, zu einer Konstellation, in der die Staaten Europas, ob demokratisch wie England, Frankreich und Italien oder halbkonstitutionell und autokratisch wie das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und Russland, in den Sog einer nationalistisch aufgeladenen öffentlichen Meinung

51 Blackbourn 2004: 307

52 „Insgesamt hat gerade der Kolonialismus seit der Phase des Hochimperialismus nicht die eigennützigen Erwartungen der Kolonialmächte erfüllt. Mochten einzelne Branchen, Unternehmen und Spekulanten beträchtliche Gewinne machen, insgesamt blieben die Kolonien volkswirtschaftlich randständig und brachten für die Staatshaushalte unerwünschte Belastungen mit sich. ... Im Kern dieser wirtschaftlich zweifelhaften Bilanz des Kolonialismus für die Kolonialmächte lag das Herrschaftsproblem: der Aufbau einer durchsetzungsfähigen staatlichen Verwaltung und die Reorganisation von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Kolonien im Interesse der Kolonialmacht. Die Kolonialherrschaft blieb verstrickt in die strukturellen Hindernisse und Antagonismen der ‚kolonialen Situation‘ und scheiterte insbesondere an der Basislegitimität der kulturellen Zugehörigkeit. Der Kolonialstaat blieb ein schwacher Staat, die Gesellschaft der Eroberer koloniale Gesellschaft. Die Wirtschaft wurde nicht Volkswirtschaft, sondern blieb Kolonialwirtschaft“ (von Trotha 2004: 54).

gerieten.⁵³ Auch der Eintritt neuer imperialistischer Mächte wie Deutschland und Italien, später auch die USA und Japan, und die Rückkehr zu Schutzzollpolitik trugen dazu bei, dass man die älteren Handelskolonien in größeren zusammenhängenden Flächenkolonien aufgehen ließ. Großbritannien war nicht nur die führende wirtschaftliche, sondern auch die führende imperialistische Macht vor 1914. Es besaß neben den ‚alten‘, auch ökonomisch interessanten Kolonien, wie z. B. Indien oder der Kapkolonie, die für den Seeweg nach Indien seit dem Bau des Suez-Kanals strategisch wichtigen Territorien Gibraltar, Zypern, Ägypten, Britisch-Somaliland etc. Darüber hinaus hatten die Britten Australien und Neuseeland, aber auch eine Anzahl unwichtiger Kolonien unter ihre Herrschaft genommen. Frankreich war nach England die zweite imperialistische Macht. Sein Kolonialreich war zwar bescheidener in seinen Ausmaßen, aber es umspannte auch die ganze Erde. Das Zentrum des französischen Kolonialbesitzes verlagerte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Afrika. In Asien lag der Schwerpunkt des Besitzes in Indochina. Die Kolonialexpansion nach 1871 war einerseits ein Verrat an den Zielen des Revanchismus, andererseits eine Kompensation für das angeschlagene nationale Selbstbewusstsein. In Deutschland war die praktische Kolonialpolitik unter Bismarck nur eine Episode, „als verschiedene innenpolitische Bedürfnisse mit der günstigen außenpolitischen Konstellation einer Lähmung Englands durch Konflikte mit Russland und Frankreich zusammentrafen“ (Reinhard 1996: 221). Bismarck war von Anfang an skeptisch gegen den politischen und wirtschaftlichen Nutzen von Kolonien. Erst seit 1897 unter Wilhelm II. wurde ‚Weltpolitik‘ zum Programm, was aber praktisch kaum durchgeführt wurde. Das junge deutsche Kolonialreich erstreckte sich über die unergiebigsten Gebiete Afrikas. Außerdem konnten gegen Ende des Jahrhunderts noch einige Inseln im Pazifik erworben und eine Niederlassung in China gepachtet werden. Analog zum russischen Imperialismus ist auch die kontinentale Expansion der USA als ein Teil amerikanischer imperialer Politik zu begreifen. Das unabhängige Amerika hat die britische Kolonialexpansion bruchlos fortgesetzt. Die USA waren zunächst ihrem Selbstverständnis entsprechend nicht am Erwerb von Kolonien und Protektoraten nach europäischem Muster interessiert. Erst 1898, nach der Einrichtung verschiedener Stützpunkte seit Beginn der 70er Jahre im Pazifik und Lateinamerika, kam es mit der Annexion Hawaiis, der Erwerbung und Eroberung der Philippinen, Kubas und Puerto Ricos nach dem spanisch-amerikanischen Krieg doch zur Errichtung eines Empire. Diese Erwerbungen standen aber wiederum unter dem Aspekt, die ökonomische Herrschaft über den Pazifik zu erlangen und die ‚open door‘ nach China zu erhalten.⁵⁴

Zusammenfassend lässt sich folgendes sagen: die Verteilung wirtschaftlicher und politischer Macht auf der Welt um 1900 kann mit einem Kern/Peripherie-Modell umrissen werden. Mit

53 ebd.: 59

54 Pohl 1989: 33

Luhmann gesagt: die ‚Weltgesellschaft‘ war in Zentrum und Peripherie differenziert. Die Weltwirtschaft war viel stärker als heute um den nordatlantischen Raum (und hier vor allem um Westeuropa) zentriert. Auch was technische Innovation, Kommunikation und Verkehr angeht, unterschieden sich die Kolonien einerseits und Europa und die USA andererseits sehr stark. In der Entwicklung der Schifffahrt und der Eisenbahn war die Dominanz europäischer und nordamerikanischer Länder eindeutig: der Anteil der ‚übrigen Weltregionen‘ bei der Schiffstonnagen war 1913 unter 7 Prozent und nur 25 Prozent aller Eisenbahnkilometer verliefen außerhalb Europas und Nordamerikas, wovon 16,7 Prozent in Indien. Dasselbe Bild ergeben die Anteile der Kolonien am globalen Kommunikationsnetz: 1912 befanden sich 1,3 Prozent der weltweit registrierten Telefonanschlüsse in Asien, 1,1 Prozent in Südamerika und Westindien, 0,3 Prozent in Afrika.⁵⁵ Die enorme Steigerung der Kommunikationsgeschwindigkeit im 19. Jahrhundert führte also zu einer weiteren Verschärfung der Kluft zwischen den von der neuen Technologie erfassten Regionen und den übrigen Landstrichen, wo Pferd, Ochse und Maulesel, menschliche Lastträger und Kähne das Verkehrstempo bestimmten. Die ‚Wildheit‘ des ‚Wilden Westens‘ und die ‚Dunkelheit‘ des ‚dunklen Erdteils‘ hatten zum Teil in solchen Kontrasten ihren Ursprung.⁵⁶ Ein ähnliches Ungleichgewicht zeigt sich bei dem Handel und der Auslandsinvestitionen. Die mangelnde Integration der kolonialen Gebiete in die von Europa und den USA dominierte Weltwirtschaft ist auch hier deutlich: Europas Beitrag am Welthandel sank zwar leicht zwischen 1879 und 1913 von 67 Prozent auf 62 Prozent, lag jedoch noch deutlich über dem US-amerikanischen Anteil, der in diesem Zeitraum von 9,5 auf 13,2 Prozent anstieg. Der Kolonialhandel war hingegen gering. So exportierte Deutschland im Zeitraum zwischen 1880 und 1910 jährlich 79 Prozent, Italien 77,2 Prozent und Frankreich 71 Prozent seiner Waren in andere europäische Länder. Nur England exportierte den größten Teil seiner Ausfuhren nach Übersee. Ähnlich verhält es sich mit den Auslandsinvestitionen, obwohl gerade dieser Sektor die wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliche Einflussnahme in den Kolonialgebieten bildete: England hatte zwar 37,6 Prozent seiner Investitionen im Britischen Empire veranlagt (einen Großteil davon aber in den sich wirtschaftlich schnell entwickelten weißen Siedlerkolonien, wie Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika, die bald selbständige Dominions wurden), während Frankreich 9,0 und Deutschland nur 2,1 Prozent in ihre Kolonien investierten. Gleichzeitig investierten die letzteren 72, respektiv 69,7 Prozent ihrer Kapitalien in Europa und Nordamerika.⁵⁷ Auf dieser Datengrundlage stellt man heute generell fest, dass für die imperialistische Expansion des ausgehenden 19. Jahrhunderts ökonomische Zukunftserwartungen zweifellos bedeutsamer waren als die Verfolgung konkreter ökonomischer Interessen.

55 Reisinger 2001: 212

56 Hobsbawm 1977: 80

57 Reisinger 2001: 213ff.

2.2. Beschreibungen der ‚Weltgesellschaft‘

Für Niklas Luhmann ist ‚Gesellschaft‘ als Sozialsystem ein selbstbezügliches System, das diese Autoreferenz in Form von Selbstbeobachtungen und Selbstbeschreibungen kultiviert. Diesem Aspekt der Gesellschaftstheorie ist Luhmann vor allem in seinen Studien zur historischen Semantik der modernen Gesellschaft nachgegangen.⁵⁸ ‚Semantik‘ meint hier den Themenvorrat in einer Gesellschaft wie auch die Gesamtheit der Formen, die für die Selektion der Sinninhalte in der Gesellschaft benutzt werden können.⁵⁹ Sie bezieht sich damit auf Kommunikation und Beobachtung: „Semantik ermöglicht und steuert die Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung von Gesellschaft, weil sie diese Beobachtungsoperationen mit Unterscheidungen versorgt. Insofern ist Semantik ein Vorrat von Unterscheidungen“ (Stichweh 2000a: 241). Ein anderer Aspekt ist, dass Luhmann die ‚Nachträglichkeit‘ der Semantik in Bezug auf die ‚Sozialstruktur‘ betont: „Eine neue Gestalt der Wirklichkeit muss sich erst etabliert haben, bevor sie in Beobachtungen und Beschreibungen mit einer ihr angemessenen Semantik ausgestattet wird“ (ebd.: 245). Ungeachtet ihrer Nachträglichkeit ist die Semantik jedoch konstitutiv für das Ereignis, „dem sie folgt, weil erst sie die Bedeutungen herauskristallisiert, die sich danach als die historische Signifikanz dieses Ereignisses erweisen“ (ebd.). Mit Hinsicht auf die Selbstbeschreibung der ‚Weltgesellschaft‘ spricht Rudolf Stichweh von „Weltbegriffe“, „Weltbilder“ etc. Die klassischen Theorien, die ich hier untersuche, haben kaum solche Begriffe entwickelt. Trotzdem lassen sie sich, so die These dieser Arbeit, auch als Selbstbeschreibungen der ‚Weltgesellschaft‘ um 1900 auffassen. Bevor ich aber auf diese Theorien eingehe, will ich in diesem Teil die um jene Zeit prominentesten „Weltbegriffe“ knapp umreißen. Das waren in erster Linie die Begriffe, die, wie bereits aufgeführt, die Bereiche von Verkehr und Kommunikation, Wirtschaft und Politik umfassen. Dabei werde ich auf eine Analyse des Verhältnisses zwischen Semantik und Sozialstruktur, – etwa ob sich Semantik ‚antizipativ‘, ‚rekonstruktiv‘ oder ‚konstitutiv‘ zu Sozialstrukturen verhält – verzichten, da dieses, zumal auch innerhalb der Systemtheorie, noch nicht hinreichend geklärt ist.⁶⁰

58 Luhmann 1980

59 „Sie besteht aus Begriffen und Ideen, die benutzt und gegebenenfalls konstruiert werden können: aus Weltauffassungen, aus wissenschaftlichen Theorien, aus Meinungen, Essays, Diskussionsmaterialien etc. ... Innerhalb der Semantik können zwei Ebenen der Sinnverarbeitung unterschieden werden. Auf einer ersten Ebene schließt die Semantik alles ein, was als Kommunikationsthema produziert wird (auch Flüche, Sprichwörter etc.). Sie orientiert die weniger abstrakte, vertraute Kommunikation. Auf einer zweiten Ebene, die eine Verarbeitung der Verarbeitung des Sinnes darstellt, findet man die gepflegte Semantik: die Semantik, die für ernsthaftere und abstraktere Kommunikationsabsichten aufbewahrt und tradiert wird. Sie schließt Texte, historisch-kulturelle Materialien und Selbstbeschreibungen der Gesellschaft (wie etwa die soziologische Theorie der Gesellschaft) ein“ (Baraldi u. a. 1998: 169).

60 Stichweh 2000: 248

2.2.1. Weltverkehr

Sozialwissenschaftliche Begriffe sind nicht nur Behälter der Erkenntnis, sondern haben noch einen zeitdiagnostischen Aspekt, indem sie reale Entwicklungen widerspiegeln. In diesem Sinne sind ‚Globalisierung‘ und ‚Weltgesellschaft‘ Selbstbeschreibungen der heutigen Gesellschaft. Auch die ‚Weltgesellschaft‘ um 1900 hatte ihre Selbstbeschreibungen. Sie waren jedoch – im Gegensatz zu heute – nicht auf der Ebene der Gesellschaft, sondern höchstens auf der Ebene ihrer Teilsysteme angesiedelt. Noch um 1800 entstanden im Deutschen die ersten Welt-Wörter wie ‚Weltverkehr‘, ‚Weltmarkt‘, ‚Weltöffentlichkeit‘, ‚Weltpolitik‘, ‚Weltökonomie‘, ‚Weltfrieden‘, ‚Weltbürgerrecht‘ etc. In diesen neuen Zusammensetzungen artikuliert sich erstmalig eine Semantik von Globalität mit ihrer Konnotation der Raum- und Zeitverdichtung. Einer der frühesten Weltbegriffe war der Begriff der ‚Weltliteratur‘. Noch um 1800 verwendete ihn Goethe, um den Austausch zwischen den nationalen Einzelliteraturen unter den Bedingungen moderner Kommunikationsverhältnisse zu beschreiben. ‚Weltliteratur‘ war allerdings noch ein Erwartungsbegriff, der die Herstellung eines globalen sozialen Zusammenhangs antizipierte.⁶¹ In den deutschen Diskursen bis hin zu Marx entwickelte sich dann vor allem ‚Verkehr‘ zum Inbegriff von sozialem Prozessieren, von ‚Wechselwirkung‘ und sozialem Austausch überhaupt. Im 18. Jahrhundert wurde der Verkehrsbegriff nämlich zum Pendant des lateinischen ‚commercium‘ und etablierte sich allmählich als deutsche Entsprechung zum französischen und englischen ‚commerce‘. Der Verkehrsbegriff – genuin sozial und in der Beschränkung auf den Einzelmenschen nicht denkbar – kommt damit im 19. Jahrhundert der Rolle nahe, die im Kontext der Sozialtheorie Luhmanns dem Kommunikationsbegriff zukommt.

Hier will ich den Begriff des ‚Weltverkehrs‘ als (Selbst-)Beschreibung der ‚Weltgesellschaft‘ am Beispiel dreier Theoretiker vorstellen. Das sind Adam Smith, Friedrich List und Karl Marx. Die verkehrs- und kommunikationstechnischen Innovationen des 19. Jahrhunderts waren für die Zeitgenossen bevorzugte Themen der Reflexion: „Im 19. Jahrhundert sprach man mit Emphase vom ‚Zeitalter des Weltverkehrs‘ und tat es unbedingt im Bewusstsein des welthistorisch Neuen“ (Tyrell 2005: 5). Noch seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts verbreitete sich in Europa die Vorstellung von einer als irreversibel geschätzten Herstellung von Verkehr und Austausch, von weltweitem ‚commerce‘ zwischen den bis dahin getrennten Völkern der Erde, und im Kontext des internationalen Verkehrs stand vor allem der Handel im Vordergrund. Auf ihn richteten sich die weltzivilisatorischen Hoffnungen der europäischen Sozialphilosophen. So sah z. B. *Adam Smith* (1723-1790) den gegenseitigen „Austausch von

61 „Goethes Begriff handelt also, wie man vereinfacht sagen könnte, von Globalisierungstendenzen im Bereich der Kultur“ (Koch 2005: 52).

Wissen und aller Arten von Verbesserungen, die ein ausgedehnter Handel von allen Ländern in alle Länder natürlicher- oder vielmehr notwendigerweise mit sich bringt“ als das wichtigste Mittel, dass ein Gleichgewicht der Kräfte herstellen kann.⁶² Mit der Hoffnung, dass sich mit den Fortschritten des internationalen Handels eine Pazifizierung des Verkehrs zwischen den Staaten erwarten lässt, stand Smith in der Tradition der Theorie vom ‚*doux commerce*‘, die, wie Albert O. Hirschman (1980) eindrucksvoll zeigt, für das 18. Jahrhundert charakteristisch war. Wie die Sympathie als Grundprinzip der Smithschen Moralphilosophie fungiert, so gründet seine Wirtschafts- und Sozialtheorie auf dem Handels- und Tauschprinzip: auf der natürlichen Neigung der Menschen „zueinander in Beziehung zu treten, zu handeln und zu tauschen“ (Smith 2005: 97). Sie gründet also, modern gesprochen, auf Kommunikation.⁶³ Die Größe eines Marktes hängt für Smith nicht einfach von der Anzahl der Menschen ab, die in einem bestimmten Gebiet leben, sondern sie hängt davon ab, welche Verkehrsverbindungen zu potentiellen Käufern und Verkäufern in anderen Regionen bestehen. Verbesserungen des Transports bestimmter Güter erweitern deshalb deren Markt. Wenn wirtschaftliches Wachstum auf der Teilung der Arbeit beruht und wenn der Grad der Arbeitsteilung von der Größe des Marktes abhängt, dann folgt daraus, dass anhaltendes wirtschaftliches Wachstum einen immer größer werdenden Markt voraussetzt. Das ist einer der Hauptgründe, warum Smith den Freihandel befürwortet. Besonders betont er die Rolle des Seehandels für die Erweiterung des Marktes und die Intensivierung der Arbeitsteilung. Deshalb bezeichnet er die Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien um das Kap der Guten Hoffnung als die beiden größten und bedeutendsten Ereignisse in der Geschichte der Menschheit: "Da sich durch den Transport zu Wasser allen Arten der Erwerbstätigkeit ein größerer Markt eröffnet, als ihn der Transport auf dem Landweg allein bieten kann, beginnt sich natürlich an der Meeresküste und an den Ufern schiffbarer Flüsse die Erwerbstätigkeit jeder Art zu unterteilen und zu entwickeln, häufig dringen erst viel später solche Entwicklungen auch ins Landesinnere vor. ... Da also der Transport zu Wasser solche Vorteile hat, sollten die ersten Entwicklungen in Handwerk und Gewerbe natürlicherweise dort erfolgen, wo diese günstige Gelegenheit den Erzeugnissen jeder Art von Arbeit die ganze Welt als Markt eröffnet, und sollten immer erst viel später ins Landesinnere vordringen" (ebd.: 101f.).

War Smiths Einschätzung von der entscheidenden Rolle der Seeschifffahrt für den Fortschritt der Arbeitsteilung bzw. für die ökonomische Entwicklung eines Landes seinerzeit noch

62 Smith 2005: 615

63 „Das Prinzip, mit dessen Hilfe Smith die Welt der Nationalökonomie erklären will, ist ein Prinzip der Kommunikation, das die Fähigkeit impliziert, sich in andere zu versetzen, ihre Interessen mit den eigenen abzustimmen, Einverständnis herbeizuführen. Ebenso wenig wie die Sympathie ist es ein altruistisches Prinzip, aber ebenso wie die Sympathie ist es ein Prinzip der interessengeleiteten Kommunikation“ (Ballestrem 2001: 146).

zutreffend, änderte sich das mit der Erfindung der Eisenbahn.⁶⁴ Bis zum Eisenbahnbau im 19. Jahrhundert gab es nur kleine Fortschritte in der Transporttechnik, die keine richtige Erschließung der Binnengebiete außerhalb Europas erlaubten. Auch in Europa war der Warentransport lange Zeit nicht unproblematisch.⁶⁵ Erst die Eisenbahn brachte den Durchbruch. Unter ihren herausragendsten Propagandisten ist der deutsche Ökonom *Friedrich List* (1789-1846) zu nennen. Seit den 1830er Jahren engagierte es sich in Eisenbahnunternehmungen und versuchte die Regierungen in den USA, Frankreich und Deutschland für Eisenbahnprojekte zu gewinnen. 1837 beteiligte er sich an einem Wettbewerb der *Académie des Sciences Morales et Politiques*, eine der fünf Akademien des *Institut de France*, der höchsten nationalen Körperschaft für Wissenschaft und Kunst in Frankreich. Die Akademie hatte einen Preis für die Beantwortung der Frage ausgesetzt: „Welche Auswirkungen haben die Dampfkraft und die Transportmittel, die sich gegenwärtig in der alten und neuen Welt ausbreiten, auf die Wirtschaft, das bürgerliche Leben, das soziale Gefüge und die Macht der Nationen“? List bewarb sich mit einem Aufsatz unter dem Motto „Le monde marche!“, der sich heute gleichzeitig als Antizipation und Apologie der Verkehrsrevolution des 19. Jahrhunderts liest. Hier zeigt sich List nicht als ein nationalistischer Ökonom, der er eigentlich auch nie war, sondern als ein Freund der Menschheit und des Fortschritts.⁶⁶ Verkehr und Kommunikation unter den Menschen sind für ihn die ultimativen Mittel zur Erreichung von Glück und Wohlstand: "Je mehr der menschliche Geist die Möglichkeit besitzt, mit anderen Menschen zu kommunizieren und sich ergänzende Handlungen auszuführen, um so mehr beschleunigt sich der Fortschritt der Menschheit, weil jedes Individuum damit mehr Möglichkeiten erhält, sich selbst zu bilden, am allgemeinen Fortschritt zu partizipieren und zu diesem Fortschritt beizutragen. Die gegenseitige Befruchtung des Geistes ist um so größer und stärker, je mehr Menschen mündlich oder schriftlich miteinander in Verbindung treten und miteinander kommunizieren" (List 1985: 65).⁶⁷ In Vorwegnahme von Luhmanns „Verbreitungsmedien“ bezeichnet er als „bedeutendste Erfindung“, die den zwischenmenschlichen Verkehr begünstigt hat, insbesondere die Sprache und die Schrift. Dann auch die „Buchdruckerkunst“, „welche die Möglichkeiten wechselseitiger Kommunikation ins Unendliche gesteigert und diese intellektuelle Befruchtung nach und nach auf die ganze menschliche Gesellschaft

64 „Smith bemerkte, dass (zu seiner Zeit) der Transport über Wasser wesentlich billiger war als der über Land. Von Wirtschaftshistorikern wissen wir, dass er die Differenz im Hinblick auf den Binnentransport in England übertrieben hat, aber die allgemeine Feststellung war völlig zutreffend, insbesondere für den internationalen Handel, und Smith belegte sie durch die Beobachtung, dass sowohl die alten Kulturen des Mittelmeerraums als auch die Siedler in den amerikanischen Kolonien sich zunächst an der Meeresküste und entlang den Flüssen niederließen“ (Raphael 1991: 63).

65 „Ein sächsischer Fuhrmann, der in der Mitte des 18. Jahrhunderts die Reise von Dresden nach Venedig in vier bis fünf Wochen hinter sich gebracht hatte, meinte, ‚dass er bei dieser Reise bestehen könnte‘, wenn er ‚völlige Fracht und allezeit auch richtige Rückladung‘ hätte“ (Fischer 1998: 23).

66 Sein Hauptwerk *Das Natürliche System der Politischen Ökonomie* trägt ja den Wahlspruch: „Et la patrie et l'humanité“.

67 Im französischen Original: „communication“.

ausgedehnt hat, was bis dahin dem engen Kreis einer kleinen Zahl von Schriftgelehrten vorbehalten war“ (ebd.: 67). Ein Zuwachs an Verkehr und Kommunikation ist für List damit zwangsläufig mit einem Zuwachs an gesellschaftlicher Dynamik verbunden: „Schließlich erfordert jede soziale Kooperation zur Erreichung eines bestimmten Zieles, sei es materieller, sittlicher oder politischer Natur hierzu die Kommunikation und den persönlichen Kontakt“ (ebd.: 71). Vor allem die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse zwingt alle Menschen miteinander in Kontakt zu treten. Die internationale Arbeitsteilung betrachtet er deshalb wie Smith als eine natürliche Folge der verschiedenen Verteilung von Ressourcen: „Deswegen kann sich der Mensch, indem er nicht nur das produziert, was ihm die Natur vorzugsweise zur Produktion anheimgegeben hat, nichtsdestoweniger alle Güter beschaffen, die der ganze Erdball anbietet, und somit zwingt ihn die Natur zu gegenseitigen Beziehungen und zur Vereinigung aller Mitglieder der menschlichen Rasse“ (ebd.: 72f.).

Die Verringerung der Zwischenräume und Entfernungen, die Überwindung der Diskrepanz von Zeit und Raum, welche die Menschen voneinander trennt, hält List deshalb für ein wesentliches entwicklungspolitisches Erfordernis: „Länder, die selbst keine Lasttiere besaßen oder einsetzten und ihre Flüsse nur mit dürftigen Booten befuhren, sind jahrtausendlang unterentwickelt geblieben; jene, deren Transportmittel sich auf Lasttiere, unzulängliche Wagen und Straßen und eine kümmerliche Binnen- oder Küstenschiffahrt beschränkten, sind arm geblieben. Aber die mächtigen, an Schätzen und Bevölkerung reichen Nationen sind jene, die durch gute Straßen, durch Kanäle und eine ausgebaute Seeschiffahrt emporgekommen sind. Einige kleine Instrumente haben die beiden Welten zum Wohl der Bedürfnisse und der Produktion einander angenähert und vereint; aber die Eisenbahn, die Dampfschiffahrt und die Telegraphie werden die zivilisierten Nationen auf ein höheres Maß an Prosperität und Zivilisation emporheben und – die eine wie die andere – auf allen Teilen des Erdballs verbreiten“ (List 1985: 75). Den Anschluss am Weltverkehr durch die Verwendung neuer Verkehrs- und Kommunikationstechnologie sieht der deutsche Ökonom also letztendlich als die Trennlinie, die entwickelte von unentwickelten Völkern künftig immer stärker unterscheiden wird. Denn mit diesen Technologien wird die lebende Kraft zunehmend durch die mechanische ersetzt, „die in ihrem Umfang beinahe unbegrenzt und in ihrer Anwendung zur unendlichen Verbesserung geeignet ist“ (ebd.: 77). Die neuen Transportmittel steigern ständig die Produktion und sichern die Schnelligkeit, Regelmäßigkeit und Kostengünstigkeit der Transporte „als wesentliche Voraussetzung für den geistigen Austausch wie für den materiellen Handel“ (ebd.).⁶⁸ Sie erscheinen ihm deshalb in allen

68 „Die Dampfkraft, die unerschöpflich und unendlich zu steigern ist, kehrt das Verhältnis von widerständiger Natur (d. h. räumlicher Entfernung) und Bewegungsapparat um. Die Natur, d. h. die räumliche Entfernung, an der die animalischen Bewegungsapparate sich bis zur Erschöpfung abarbeiteten, wird nun selber zum Opfer des neuen mechanischen Bewegungsapparats Eisenbahn, welche – so eine oft verwendete Metapher – mit der Gewalt eines Projektils durch sie hindurch schießt. Vernichtung von Raum und Zeit (annihilation of time and space) lautet der Topos, mit dem das frühe 19. Jahrhundert beschreibt, wie die Eisenbahn in den bis

Hinsichten unverzichtbar. Überall sieht List in Bezug auf die Entwicklung des Verkehrs nur noch Chancen, nur noch Positive, und zwar nicht nur für einzelne Agenten, sondern auch für die Gesamtgesellschaft: „Die neuen Transportmittel werden für den Abbau der Überbevölkerung der alten Länder und für die Gründung neuer Kolonien, für die Vermischung der Rassen, für die Verbreitung und die Fortschritte der Wissenschaften, für die Technik, die Zivilisation, die Toleranz, die allgemeine Ausbildung aller Klassen, für die Erhaltung der Vaterlandsliebe, für die Ausrottung von Vorurteilen und des Aberglaubens sowie von unsittlichen und schädlichen Verhaltensweisen und der Trägheit, für die Verbreitung neuer Erfindungen und nützlicher Verfahren, für die Kenntnis von Fremdsprachen und der Literatur, für die Existenz der Armen und der Gebrechlichen, wie z. B. der Blinden, der Taubstummen, der Findelkinder, für die Verbesserung der Gesetzgebung und der nationalen wie der örtlichen Verwaltung, für die politischen Institutionen und die Wohltaten der ganzen Spezies, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung usw. weitaus größere Dienste leisten als die alten Transportmittel“ (ebd.: 81). Im Gegenteil: nichts ist für List verhängnisvoller als das Fehlen von Kommunikation und Verkehr: "Nichts ist für den Fortschritt der Menschen nachteiliger als die Unbeweglichkeit, d. h. das pflanzenartige Verwachsensein mit der Scholle, auf der er zur Welt gekommen ist. Wenn er derartig verwurzelt ist, kann er weder seinen Geist noch seine kreativen und physischen Fähigkeiten, die zu mehr als der Hälfte durch die geistige Ausbildung bestimmt sind, zur Entfaltung bringen. Er beharrt über Jahrhunderte und über tausenden von Jahren auf den gleichen Verfahren, den gleichen Techniken, den gleichen Geräten, den gleichen Vorurteilen, den gleichen eingefahrenen Gedankengängen, wofür die asiatischen und afrikanischen Völker ein treffendes Beispiel sind“ (ebd.: 99).

Auch für *Karl Marx* (1818-1883) und *Friedrich Engels* (1820-1895) zeichneten sich Europa und die USA des 19. Jahrhunderts den anderen Erdteilen gegenüber durch die Dynamik des Weltverkehrs aus. In der ‚Globalisierungstheorie‘ des *Kommunistischen Manifestes* (1848) erscheint er als Begleiterscheinung einer neuen (kapitalistischen) „Produktionsweise“: „Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt, den die Entdeckung Amerikas vorbereitete. Der Weltmarkt hat dem Handel, der Schifffahrt, den Landkommunikationen eine unermessliche Entwicklung gegeben. Diese hat wieder auf die Ausdehnung der Industrie zurückgewirkt, und in demselben Maße, worin Industrie, Handel, Schifffahrt, Eisenbahnen sich ausdehnten, in demselben Maße entwickelte sich die Bourgeoisie, vermehrte sie ihre Kapitalien, drängte sie alle vom Mittelalter her überlieferten Klassen in den Hintergrund. Wir sehen also, wie die moderne Bourgeoisie selbst das Produkt eines langen Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise

dahin unumschränkt herrschenden natürlichen Raum einbricht. Ob und wie und welche Bewegung stattfindet, das hängt von nun an nicht mehr ab von der Natur dieses Raumes, sondern von der mechanischen Kraft, die sich ihre eigene neue Räumlichkeit schafft“ (Schivelbusch 1984: 16).

ist“ (Marx/Engels 1959: 464). Im Charakter der Bourgeoisie, als die neuaufkommende herrschende Klasse, sehen Marx und Engels die Quelle der hastigen Bewegung, der bis dahin unerhörten Dynamik, die seit der Industriellen Revolution in den Ländern Europas und in den USA zum vorherrschenden Lebensstil geworden ist. Es folgt eine fulminante Stelle, die sich noch heute als eine faszinierende Kurzbeschreibung der Globalisierung liest und wo der Weltverkehr als Synonym für ein neues Zeitalter auftritt: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neu gebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen. Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur. Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterte Kommunikation alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit

der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde. Die Bourgeoisie hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen. Sie hat enorme Städte geschaffen, sie hat die Zahl der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen in hohem Grade vermehrt und so einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrissen. Wie sie das Land von der Stadt, hat sie die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht“ (ebd.: 465f.).

Smith, List, Marx und Engels sind Beispiele für Theoretiker, die die Herausbildung einer ‚Weltgesellschaft‘ antizipierten. Was jedoch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur noch Vorahnung war, sollte bald Realität werden. Vor allem die Eisenbahnen gaben einen gewaltigen Impuls zum Anwachsen des Personenverkehrs – so wie List vorhergesagt hat, - da sie schnelle, billige, sichere und komfortablere Reisemöglichkeiten boten. So wuchs der Personenverkehr in England zwischen 1850 und 1855 auf das Zehnfache. Es war deshalb selbstverständlich, dass die Eisenbahnen das breite Publikum am stärksten faszinierten. Sie waren überall präsent, veränderten das Aussehen der Städte und der Landschaften, waren kulturell aufgeladen und verkörperten den Fortschritt.⁶⁹ Neben der Eisenbahn war auch die Bedeutung des Telegraphen für die Wahrnehmung der Welt im 19. Jahrhundert prägend. Er brachte eine Geschwindigkeit der Kommunikation mit sich, welche in jeder Hinsicht bis dahin einzigartig war. So nannte ihn der deutsche Nationalökonom Karl Knies noch 1857 einen "Botschafter des Augenblicks". Denn, so Knies, durch den Telegraphen die „Zeiträume zur Überwindung aller Entfernungen überhaupt =0 sind“ (Knies 1996: 243). Der Rechtswissenschaftler Paul Fischer betonte andererseits den „kosmopolitischen“ Charakter der Telegraphie, die ihrer ganzen Natur nach ein vorwiegend internationales Institut sei: „Vorzugsweise bestimmt, in weite Fernen zu wirken, mit einer elementaren Kraft ausgerüstet, vor deren Schnelligkeit die Raumunterschiede unseres Erdballs zu verschwinden scheinen, spottet der Telegraph der Hemmnisse, welche die politischen Abgrenzungen der Staaten dem Verkehr, in früheren Zeiten ungleich mehr als heute, zu bereiten pflegten; er verbindet Weltteile und schlägt dem Gedanken Brücken durch die

69 „Doch die bei weitem größten und stärksten Maschinen des 19. Jahrhunderts waren gleichzeitig auch für die Bevölkerung die sichtbarsten und geräuschvollsten – die 100 000 Eisenbahnlokomotiven, die unter einer langen Rauchfahne insgesamt zweidreiviertel Millionen Personen- und Güterwagen als lange Züge hinter sich herzogen. Sie gehörten zu den dramatischsten Neuerungen des Jahrhunderts, an die man – im Gegensatz zur Luftfahrt – noch vor einem Jahrhundert, als Mozart seine Opern komponierte, nicht einmal im Traum gedacht hatte. Mit ihren riesigen Netzen aus schimmernden Schienen auf Bahndämmen, über Brücken und Viadukte, durch Einschnitte und Tunnel von bis zu 15 km Länge, über Bergpässe, die so hoch waren wie die höchsten Gipfel der Alpen, stellten die Eisenbahnen in ihrer Gesamtheit das gewaltigste öffentliche Bauunternehmen der bisherigen Menschheitsgeschichte dar“ (Hobsbawm 1989: 42f.).

Tiefen der Weltmeere“ (Fischer 1976: 3). Die Telegraphie sei, so Fischer, nicht nur aufgrund ihrer Funktion völkerverbindend, sie mache auch um ihrer selbst willen eine Vielzahl multilateraler Begegnungen und Verträge notwendig: „Hierin lag insofern ein doppelter Integrationseffekt. Es bildete sich eine „große Verkehrsgemeinschaft, in welcher der kosmopolitische Charakter der Telegraphie sich von Jahr zu Jahr schärfer ausprägt“ (ebd.: 58). Schließlich nahm der deutsche Ökonom Bernhard Harms kurz vor dem Weltkrieg die durch die Anwendung moderner Verkehrs- und Kommunikationstechnologie bedingte Notwendigkeit zur internationalen Zusammenarbeit zum Anlass, von einer „Weltverkehrsgesellschaft“ zu reden, die sich durch internationale Verträge bzw. durch den Ausbau des Völkerrechts allmählich herausbilde: „Es hat Zeiten gegeben, in denen das ‚Weltbürgertum‘ viel stärker ausgeprägt war. Wohl aber haben die ... vermehrten internationalen wirtschaftlichen Beziehungen bei allen Völkern das Bedürfnis ausgelöst, deren Pflege und Nutzbarmachung durch staatliche Verträge gefördert zu sehen. Und in dem Maße, als in den konstitutionellen Staaten die am Weltverkehr Interessierten Einfluss auf die Staatsgewalt erhalten, wird diese im Sinne der Fortbildung des ‚neuen Völkerrechts‘ gehandhabt, so dass allmählich der Zustand eines Weltverkehrsrechts für die Weltverkehrsgesellschaft sich herausbildete. *Damit aber ist gegenüber jeder früheren Zeit etwas absolut Neues geschaffen worden*“ (Harms 1912: 283, Herv.i.O.).

2.2.2. Weltwirtschaft

Der Weltverkehr des 19. Jahrhunderts war also ein Integrationsinstrument, das aus lockeren Verbindungen und unregelmäßigen Zubringerdiensten ein Netz gegenseitiger Abhängigkeiten schuf. Der Verkehr bestimmte von nun an, was wo seinen Platz hat. Die vorindustriellen Standort- und Raum-Zeit-Verhältnisse galten nicht mehr. Nur noch der allgemeine Verkehrszusammenhang diktierte den einzelnen Elementen ihre Position. Wie sehr diese Leistung der Raum-Überwindung dem 19. Jahrhundert bewusst ist, ersieht man an dem Stellenwert, den es den Kommunikationsmitteln in seinem offiziellen Selbstverständnis einräumt. Die Weltausstellungen, die bereits ihrer Definition nach den modernen Weltverkehr voraussetzen, exponieren die Kommunikationsindustrien an hervorragender Stelle.⁷⁰ Erst die Erschließung der einzelnen Regionen der Erde machte eine internationale Arbeitsteilung möglich. Das wirtschaftliche Wachstum setzte voraus, dass die Erz- und Kohlengruben miteinander verbunden wurden, dass man die Fabrikaerzeugnisse überallhin verschicken konnte. Zum ersten Mal in der Geschichte begann sich eine

70 Schivelbusch 1984: 171

tatsächliche Spezialisierung auf komparativen Vorteilen durchzusetzen. In den Jahrhunderten zuvor hatte man Güter getauscht, für die auf dem jeweiligen Absatzmarkt kein Ersatz vorhanden war – z. B. asiatische Gewürze. Dadurch gab es noch kein Konkurrenzverhältnis zwischen Importwaren und heimisch produzierten und der internationale Handel hatte noch keine oder fast keine Wirkung auf die nationalen Produktionsstrukturen gehabt. Erst im 19. Jahrhundert begannen sich die Länder in Europa mit Vorreiter England auf kapitalintensive Industrieprodukte zu spezialisieren. Infolgedessen schritt die internationale Arbeitsteilung dann schnell voran. Karl Marx und Friedrich Engels sprachen in dieser Hinsicht überall nur vom „Weltmarkt“. Bereits nach der Mitte des 19. Jahrhunderts zeigte sich auch in der sog. „ersten Weltwirtschaftskrise“ von 1857 bis 1859 wie eng die internationalen Finanzbeziehungen bereits waren: „Auch die tiefgreifendste Störung in der deutschen Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts, die bis heute als Begriff lebendige ‚Gründerkrise‘ von 1873 und danach, war ... Teil eines mit Dominoeffekten ablaufenden Weltereignisses, womöglich die erste große Weltschuldenkrise, die den Namen wirklich verdient. Meyer Carl von Rothschild, der Frankfurter Rothschild, schrieb damals an den Berliner Bankier Bleichröder: ‚Die Börsenverhältnisse sind hier ungefähr wie bei Ihnen und die ganze Welt ist eine Stadt‘“ (Borchardt 2004: 27f.).

Wie beschrieb man diese neue Ordnung: den ‚Weltmarkt‘ oder, wie es dann immer häufiger hieß, die ‚Weltwirtschaft‘? Vor hundert Jahren fasste man die sich herausbildende Weltwirtschaft wie heute die Globalisierung unterschiedlich auf. Für manche Nationalökonomen wie *August Sartorius von Waltershausen* war sie verstärkte Interaktion zwischen Nationalstaaten bzw. Volkswirtschaften. Andere wie *Paul Arndt* definierten sie wiederum als ein weltumspannendes „Netzwerk“, dessen Fäden den einzelnen Wirtschaftsbetrieb mit Millionen anderer Wirtschaftsbetriebe verbinden. Für Arndt stand dabei fest, dass die Industrien der Handelsstaaten (und hier vor allem Großbritannien und Deutschland) nur vom weltwirtschaftlichen Standpunkt heraus verstanden und beurteilt werden können.⁷¹ Der Begriff der ‚Weltwirtschaft‘ war eine deutsche Prägung. Die englischen und französischen Entsprechungen entstanden spät, erst nach 1900. Im Deutschen dagegen tauchte der Begriff noch 1826 auf bei dem Ökonomen Karl Heinrich Rau. Rau ging „noch ganz vom Handelspekt aus und erkannte den eigentümlichen Charakter der Weltwirtschaft darin, dass sich der Verkehr zwischen den Wirtschaftstreibenden verschiedener Staaten schwieriger gestalten und daher weniger ‚vielseitig‘ und ‚lebendig‘ sei als der nationale. Die Gründe hierfür sah Rau sowohl in den größeren Entfernungen und in den Unterschieden in Sprache, ‚Sitte‘, ‚Abstammung‘ – also in einer gewissen Fremdheit zwischen den Völkern – als auch in der Uneinheitlichkeit von Münzen, Maßen und Gesetzen“ (Pohl 1989: 10f.). Um die Jahrhundertmitte wurde der Begriff von anderen Ökonomen aufgegriffen, die in der

71 Petersson 2004: 50f.

Weltwirtschaft eine „Ideen- und Interessengemeinschaft“ sahen, eine engverbundene ökonomische Gemeinschaft mit internationaler Arbeitsteilung und gegenseitiger Abhängigkeit. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde die Existenz der Weltwirtschaft unter den Ökonomen schon als gegeben angenommen. Von großer Bedeutung für die Entwicklung des Begriffs war die Einführung des Organismusgedankens in die Vorstellungen von der Gestalt der Weltwirtschaft: „Wilhelm Roscher charakterisierte die Weltwirtschaft ausdrücklich als Organismus, wobei er sich einer Definition von Lotze anschloss, wonach ein Organismus ‚jedes von der Natur zusammengestellte und nach innewohnenden Formen im Wechsel seiner Zustände sich erhaltende System von Massen sei‘. ‚Organismus‘ wurde als Gegensatz zum Regellosen und Unbelebten gesehen. Der Akzent lag auf dem Naturcharakter der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, denen man sich immer noch eher mit philosophischen als mit ökonomischen Kategorien zu nähern versuchte“ (ebd.: 12).

Untrennbar verbunden mit dem Organismusgedanken war der Begriff der Arbeitsteilung, so dass als Zweck der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit stets eine größere Effektivität genannt wurde: „Nach Lujo Brentano war die Differenzierung eine Grundvoraussetzung des Fortschritts, indem das Zusammenwirken der gesonderten Glieder, denen jeweils verschiedene Funktionen im Rahmen des Organismus zugeordnet seien, ein besseres Gesamtergebnis produziere als die bloße Addition von untereinander gleichen Einheiten. Die Folge dieser Betrachtungsweise war, dass man begann, in der arbeitsteiligen Weltwirtschaft eine Voraussetzung für den ‚Fortschritt‘ der Menschheit zu sehen. Konkret ging man davon aus, dass die Weiterentwicklung eines Landes davon abhängen würde, sich von den natürlichen Begrenzungen des innerstaatlichen Wirtschaftslebens zu befreien und sich die wirtschaftlichen Leistungen der anderen Länder zunutze zu machen. Dabei sei es unter Umständen nötig, auch die eigene Produktion auf diejenigen Güter umzustellen, die besonderen Wert für andere Länder besäßen“ (ebd.). Im Rahmen der Stufentheorien wirtschaftlicher Entwicklung wurde die Weltwirtschaft immer wieder als höchste Stufe, als Spitze einer Art von Pyramide der verschiedenen Organisationsformen, genannt: „Ein herausragender Vertreter dieser Richtung war *Othmar Spann* mit seinem Konzept von der ‚Ganzheit‘. Er bekannte sich zu einer universalistischen Vorstellung von der Wirtschaft, d. h. im Gegensatz zu individuellen Auffassungen wird die Wirtschaft nicht als ein Aufeinandertreffen von Einzelwirtschaften verstanden, die miteinander Verkehrsbeziehungen unterhalten, sondern als System oder Ganzheit, wobei die Glieder einerseits Leistungen für das Ganze erbrächten und andererseits durch die Ganzheit in ihrer inneren Struktur bestimmt würden, ohne dabei jedoch ihre prinzipielle Eigenständigkeit einzubüßen. Die Weltwirtschaft als höchste Ganzheit bestimmte folglich die Gestalt der Volkswirtschaften mit, da diese sich auf ihre Rollen ausrichteten, die sie innerhalb der Weltwirtschaft spielen sollen“ (ebd.: 13).

Mit Stufenmodellen arbeitete man seit Friedrich List vor allem im Rahmen der sog. „Historischen Schule“ der deutschen Nationalökonomie. Auch ihre Vertreter führten den Begriff der Weltwirtschaft im Rahmen eines organischen Entwicklungsschemas ein. Bruno Hildebrand, Gustav Schmoller, Werner Sombart und andere konstruierten eine Reihe von Stufenmodellen, die die historische Entwicklung der ökonomischen Organisation beschreiben sollten. Als am erfolgreichsten erwies sich das Modell von Karl Bücher. Er teilte die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in drei Stufen: geschlossene Hauswirtschaft (reine Eigenproduktion, tauschlose Wirtschaft), Stadtwirtschaft (Kundenproduktion oder Stufe des direkten Austausches), Volkswirtschaft (Warenproduktion, Stufe des Güterumlaufes) und antizipierte eine künftige Stufe der „Weltwirtschaft“. Im Rahmen dieser Schule bemühten sich allerdings nur zwei Ökonomen darum, die Weltwirtschaft als ein eigenes Forschungsobjekt zu etablieren: *August Sartorius von Waltershausen* (1852-1938) und *Bernhard Harms* (1876-1939). Für Harms war die Weltwirtschaft als ein Netz von internationalen Beziehungen der Einzelwirtschaften mit besonderer völkerrechtlicher Ordnung in Analogie zur Volkswirtschaft zu begreifen, während Waltershausen die Gedanken Spanns weiterführte, indem er den Ganzheitsbegriff aufnahm.⁷² Als erster bemühte sich Harms in einem 1912 veröffentlichten Buch um die genauere Erfassung des Phänomens ‚Weltwirtschaft‘, wobei als besonderes Charakteristikum seiner Betrachtungsweise das Herausheben des Verkehrswesens sowie des vertragsrechtlichen Moments auffällt: „Weltwirtschaft ist der gesamte Inbegriff der durch hoch entwickeltes Verkehrswesen ermöglichten und durch staatliche internationale Verträge sowohl geregelten wie geförderten Beziehungen und deren Wechselwirkungen zwischen den Einzelwirtschaften der Erde“ (Harms 1912: 106). Harms wollte im Prinzip den eigensystemischen Charakter der internationalen Wirtschaftsbeziehungen betonen, indem er das Konzept einer „Weltwirtschaftslehre“ entwickelte, „die internationale Beziehungen, soweit sie sich zu einer dauernden Einheit kristallisiert haben, als solche zu erforschen“ (ebd.). Seine Definition fiel aber in diesem Sinne unglücklich aus, denn sie fasste die Weltwirtschaft mehr als Summe der Beziehungen zwischen den Volkswirtschaften und weniger als eine eigenständige soziale Ordnung.

Eine zentrale Stellung in Harms Überlegungen spielte die Dichotomie von Volks- und Weltwirtschaft. Friedrich List hatte als erster in den 1840er Jahren diese Dichotomie betont, indem er explizit zwischen „politischer“ und „kosmopolitischer“ Ökonomie unterschied. Im Gegensatz zur „klassischen Schule“ ging List in seinen Analysen nicht von einer

72 „Das ‚objektiv Erfahrbare‘ der Weltwirtschaft, die zu beobachtenden ‚eigenartigen Wirkungen‘ ergaben sich für Sartorius von Waltershausen aus der Anpassung der Volkswirtschaften an die Gesamtheit der Weltwirtschaft. Als Beispiel hierfür diente ihm die Weltkonjunktur des Getreides, die bestimmend sei für den Anbau in jedem Ausfuhrland. Etwas ungewöhnlich erscheint dagegen das von ihm eingeführte Element des subjektiv ‚Empfundenwerdens‘ der Weltwirtschaft, das man schwerlich als wissenschaftliche Kategorie auffassen kann. Er meinte damit konkret ein ‚Bewusstsein der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit‘ der in der Wirtschaft Tätigen, wobei ‚der geistige Horizont der Kaufleute und Unternehmer in Produktion und Transport ... immer mehr in die Weite gehe“ (Pohl 1989: 15).

kosmopolitischen Gleichrangigkeit der Völker aus, sondern von einer hierarchischen Weltordnung mit entwickelten und rückständigen Volkswirtschaften, deren Beziehungen durchaus nicht gleichberechtigt waren und auf der Grundlage des klassischen Ideals des Freihandels zu fortwährender Überlegenheit und Rückständigkeit führen konnten. Die Naturrechtsphilosophie des 17. und 18. Jahrhunderts war kosmopolitisch. Auf dieser Grundlage entwickelte die ökonomische Klassik (Quesnay, Turgot, Hume, Adam Smith, Say) eine utilitaristische Argumentation zugunsten der weltweiten Arbeitsteilung, die von der Existenz einer Weltwirtschaft ausging.⁷³ Die friedensstiftende Funktion von Märkten war für die Liberalen des 19. Jahrhunderts eine gemeinsam geteilte Überzeugung und hier machte auch List keine Ausnahme. Er verstand aber auch, dass die universelle Ausdehnung des freien Handels die Perpetuierung der Unterlegenheit der meisten Länder unter die führenden Produktions-, Handels und Seemächte bedeutet. Er teilte die historische Entwicklung, die jede Nation durchlaufen muss in verschiedenen Wirtschaftsstufen ein und behauptete auf dieser Grundlage, dass eine „Weltökonomie“, wie sie die liberale Lehre anstrebt, für die praktische Wirtschaftspolitik nicht viel nutzt. Stattdessen bräuchte man eine „Nationalökonomie“, die erklären sollte, wie eine bestimmte Nation angesichts der konkreten internationalen Bedingungen wirtschaften muss. Die „kosmopolitische“ oder die „Weltökonomie“ gehe, so List, von der Voraussetzung aus, „dass alle Nationen der Erde nur eine einzige, unter sich in ewigem Frieden lebende Gesellschaft bildet“, während die „politische“ oder die „Nationalökonomie“ „von dem Begriff und der Natur der Nationalität“ ausgehe, und „lehrt, wie eine gegebene Nation bei der gegenwärtigen Weltlage und bei ihren besonderen Nationalverhältnissen ihre ökonomischen Zustände behaupten und verbessern kann“ (List 1930: 164). Das Ziel der Nationalökonomie sollte also sein, dass jede Nation alles daran setze, eigene Industrien aufzubauen, und solange sie noch auf einer vorindustriellen Stufe steht, dürfte sie deshalb neue Industrien mit gemäßigten Zöllen schützen bis diese auf Weltniveau wettbewerbsfähig werden. Für die Stufe der Weltwirtschaft hält List zwar die absolute Verkehrsfreiheit für charakteristisch, da diese Stufe aber erst in die Zukunft kommen wird, legt er den Schwerpunkt seiner Untersuchung auf die Übergangstufe der Volkswirtschaft.⁷⁴

73 „Weil der Wohlstand der Völker den Reichtum der Nation bedingt, deshalb den Freihandel und die Weltökonomie; und hieraus abgeleitet die Weltanschauung von der ‚Harmonie der Interessen‘. Wie John Stuart Mill es einmal treffend ausdrückt: ‚Früher wünschte ein Patriot, alle Länder möchten schwach, arm und schlecht regiert sein, sein Vaterland ausgenommen; jetzt sieht er ein, dass der Wohlstand und die Fortschritte anderer Länder eine Quelle des Wohlstandes und der Fortschritte des eigenen Landes abgeben. Es war vergeblich, Gefühle der Brüderlichkeit unter den Menschen nur durch moralischen Einfluss zur Geltung zu bringen, so lange nicht zugleich das Bewusstsein der Gemeinschaftlichkeit der Interessen begründet werden konnte“ (Harms 1912: 5f.).

74 Die Kritik an der ökonomischen Klassik verband auch List, was hier interessieren sollte, mit einer Kritik am Gesellschaftsbegriff. Die „kosmopolitische“ Schule, so er, habe das Wesen der Nationalökonomie nicht erkannt, weil sie den ‚bestimmten‘ Begriff der Nation mit dem ‚allgemeinen‘ und ‚vagen‘ Begriff der Gesellschaft substituiert habe, einem Begriff, „der auf die ganze Menschheit oder auf ein kleines Land oder auf eine einzelne Stadt so gut anwendbar ist als auf die Nation“ (List 1930: 227). Diese Fehlentwicklung sah List mit den Physiokraten beginnen: Quesnay „dehnte seine Forschungen, ohne auf den Begriff der Nation

Diese also bereits bei List präsente Anknüpfung der Weltwirtschaft an eine politische und rechtliche Ordnung auf Weltebene vollzog sich auch bei anderen Theoretikern der Historischen Schule. So bezeichnete etwa Gustav Schmoller die Weltwirtschaft als ein bloßer Verkehrs- bzw. Sammelbegriff, da sie nicht durch eine neue Art politischer Organisation begleitet ist. Bernhard Harms teilte diese Annahme allerdings nicht. Vielmehr ging er davon aus, dass neben der Vielzahl von Volkswirtschaften auch eine Weltwirtschaft gibt, die sich etwa an der Tatsache zeigt, dass nahezu alle Staaten der Welt mit fast allen Staaten Verträge abgeschlossen haben. Dabei stützte er sich auf die Tönniesche Dichotomie von „Gemeinschaft und Gesellschaft“.⁷⁵ In Anlehnung nun nicht an Tönnies, sondern an Simmel, fasste auch Sartorius von Waltershausen die Weltwirtschaft als eine „Gesellschaft“ auf, die aus den zahlreichen Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Volkswirtschaften entsteht. Sie ist ihm dabei ein ganz anders gearteter sozialer Körper als die Volkswirtschaft: diese sei dem Staat sowohl angepasst als auch untergeordnet, nicht aber die Weltwirtschaft. In Vorwegnahme von Wallersteins These weist er ausdrücklich auf die Inkongruenz von politischer und wirtschaftlicher Ordnung hin: „Der Staat ist vielleicht die wichtigste soziale Erscheinung. Aber so intensiv wirksam sie auch gedacht werden mag, extensiv betrachtet gibt es soziale Gebilde, sagen wir kurz Gesellschaften, die weit darüber hinausragen. ... Der Staatenbildungsprozess kann auch wirtschaftliche Motive in sich aufnehmen, wie dies das Verhältnis des deutschen Zollvereins zum Deutschen Reich gezeigt hat, aber der wirtschaftliche Fortschritt an sich folgt seinen eigenen Wegen, die an der Grenze eines Staates nicht aufhören und auch nicht aufhören können. Die Geschichte des Staates ist eine andere als die Geschichte der Wirtschaft, wenn beide auch in mannigfacher Wechselwirkung zueinander stehen mögen“ (Waltershausen 1914: 469f.). Dabei sieht Waltershausen eine der wesentlichen Bedingungen der Weltwirtschaft in der Dampfkraft bzw. der Ausnutzung der Steinkohle: „Ist sie einmal aufgebraucht, so wird auch der Weltverkehr wieder auf den Umfang früherer Zeiten zurückgeführt, es sei denn, dass ein ausreichender Ersatz für die Dampfkraft gefunden wird. Wer diesen Optimismus nicht teilt, wird in der Weltwirtschaft großen Stiles nur eine geschichtlich vorübergehende Erscheinung sehen wollen“ (ebd.: 474). Eine noch wichtigere Bedingung stelle jedoch, hier ist er sich mit Harms einig, der rechtliche Rahmen des Völkerrechts dar, der einen regelmäßigen,

Rücksicht zu nehmen, auf das ganze menschliche Geschlecht aus“ und verlangte, man müsse sich vorstellen, „die Kaufleute aller Nationen bildeten eine Handelsrepublik“ (ebd.: 161, Herv.i.O.). Adam Smith fuhr auf diesem Weg fort, „indem er sich die Aufgabe stellte, die kosmopolitische Idee der absoluten Freiheit des Welthandels“ zu rechtfertigen“. Der Titel seines Werkes („Die Natur und die Ursachen des Reichtums der Nationen, d. h. aller Nationen des gesamten menschlichen Geschlechts“) ist Zeichen davon, dass er die „Weltökonomie“ zu seinem Gegenstand macht: „Allen seinen Argumenten liegt die Idee des ewigen Friedens zugrunde“ (ebd.: 162). Dasselbe finden wir bei J.B. Say. Er verlangt mit klaren Worten: „man müsse sich die Existenz einer *Universalrepublik* denken, um die Idee der allgemeinen Handelsfreiheit einleuchtend zu finden. ... Die *politische* Ökonomie endlich handelt von *den Interessen aller Nationen, von der menschlichen Gesellschaft im allgemeinen*“ (ebd., Herv.i.O.).

75 „Gesellschaft macht selbstverständlich ... nicht an den Staatsgrenzen halt, sondern führt grundsätzlich ... zur Vergesellschaftung über die ganze Erde, so dass sich letzten Endes ‚Gemeinschaft‘ und ‚Menschheit‘ (als ‚Gesellschaft‘) gegenüberstehen“ (Harms 1912: 40).

dauernden internationalen Verkehr erst möglich mache: „Fehlt es an diesen, so wird der zwischenstaatliche Verkehr zu einer Machtfrage, wie uns dies die Wirtschaftsgeschichte des 16., 17., und 18. Jahrhunderts lehrt“ (ebd.: 475).⁷⁶

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Beschäftigung mit der Weltwirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg noch in ihren Anfängen befand. Man blieb deshalb bei eher wagen Vorstellungen: dass eine dauernde Vernetzung wirtschaftlicher Aktivitäten überall auf der Welt statfinde, die jede einzelnen politischen Gebilde transzendiere, und dass dies tiefgreifende Folgen für alle Beteiligten haben sollte.⁷⁷ Allerdings zeigte man sich von der Neuheit, Komplexität und Gewaltigkeit des Phänomens durchaus fasziniert und war überzeugt, dass dies nur der Anfang sei. So z. B. Paul Arndt, als er 1913 schrieb: „Die Weltwirtschaft ist eins der größten Wunderwerke menschlichen Scharfsinns, menschlicher Geschicklichkeit und menschlicher Kühnheit, ein überaus kunstvolles, fein gegliedertes und in seiner riesenhaften Größe kaum übersehbares Gebilde. In der Weltwirtschaft vereinigen sich Millionen und Millionen Menschen zu gemeinsamer Arbeit, Millionen verschiedener Abstammung, verschiedenen Glaubens, verschiedener Kultur. Es ist ein gewaltiges Schaffen teils füreinander, teils gegeneinander, anscheinend planlos, in Wirklichkeit sehr wohl ausgedacht auf den Erfahrungen von Jahrhunderten begründet“ (Arndt 1913: 1). Oder Friedrich Naumann, der 1911 in Nachfolge von Max Weber und Werner Sombart jedoch nicht von Weltwirtschaft, sondern von „Kapitalismus“ spricht: „Das, was Marx von ferne sah, ist näher gekommen, ist größer geworden ... Es kommt etwas, was in Australien ebenso aussieht wie in Persien oder Kanada, eine Methode, die Schätze der Erde nach dem Schema der Aktiengesellschaft zu verwerten. Es kommt die Eisenbahn, der Polizist, der Jurist, der Hotelbesitzer, der Architekt, der Monteur, der Maschinist, der Prokurist, und sie alle sind aufeinander eingerichtet und haben einen gemeinsamen Willen kapitalistischer Kolonisierung. Untereinander sind sie oft arg widerwärtig und gönnen sich gegenseitig ihre Prozente nicht, aber als Gesamtwirkung sind sie doch eine Einheit ... Und überall in der Welt sind diese Leute untereinander vertauschbar. Es fehlt irgendwo in Südamerika an Zuckertechnikern, man sucht sie in Europa. Es fehlt den Japanern an Kleinmotoren, man mietet die Männer aus Deutschland. Und alles, was diese austauschbaren Männer vollbringen, wird in Münze berechnet und kann mit jeder Ware auf der Erde vertauscht

76 Dass Harms' und Waltershausens Ansatz nicht unbestritten blieb, zeigt ein kritischer Artikel von *Heinrich Pesch*, der im Weltkrieg erschien. Dort argumentierte Pesch wie Schmoller, dass die Weltwirtschaft keine „Gesellschaft“ sein kann: „Jeder Versuch, aus der ‚Welt‘ im Begriffe ‚Weltwirtschaft‘ eine soziale Einheit, eine einheitliche Gesamtheit zu machen, wie sie dem ‚Volke‘ im Begriffe ‚Volkswirtschaft‘ zukommt, verfehlt sein Ziel; er scheitert daran, dass die ‚Weltwirtschaft‘ nur ein bloßer Verkehrsbegriff ist, ein Begriff, der die Vielheit weltwirtschaftlicher Verkehrsbeziehungen selbständiger Einheiten zusammenfassend ausdrücken will. ... Die ‚Welt‘ selbst handelt nicht, ist nicht Träger einer eigenen, einheitlichen Wirtschaftspolitik. Die Weltwirtschaftspolitik erscheint vielmehr überall als Teil der Wirtschaftspolitik der verschiedenen Staaten; sie gehört zu deren äußeren Politik“ (Pesch 1915: 30).

77 Das auch der heutige Globalisierungsbegriff, zumal er von Ökonomen verwendet wird, nicht viel mehr besagt, ist eine andere Frage. Siehe z. B.: Rieger/Leibfried 2001: 29

werden. Auch hängen die höchsten Leiter aller großen Unternehmungen wie eine Oberfinanzfamilie unter sich zusammen. Es rollt etwas Unerhörtes über die Erde, eine überstaatliche Lebensgemeinschaft, ein neues System, Mensch zu sein. Das hat kein Einzelner gemacht und ausgedacht und kann auch keiner genügend darstellen, denn keiner erlebt es ganz. Es kommt eine neue Gesellschaftsordnung“ (Naumann 1911: 1341f). Umso bedrückender war es dann, zumal für die liberal gesinnten Zeitgenossen, als diese „neue Gesellschaftsordnung“ unerwartet im Weltkrieg unterging.⁷⁸

2.2.3. Weltpolitik

Auch der Begriff der ‚Weltpolitik‘ fand vor allem in Deutschland Verbreitung. Einen starken Vorschub hatte ihm u. a. Max Webers Freiburger Antrittsrede (1895) gegeben. In England sprach man stattdessen von ‚imperialism‘. Die Geburt dieser Begrifflichkeit stand in Zusammenhang mit der ab etwa 1880 stark zunehmenden Politisierung des internationalen Wirtschaftsverkehrs. Besonders in Deutschland herrschte die Sichtweise, dass mit der weltwirtschaftlichen Vernetzung eine Welt konkurrierender Volkswirtschaften entstanden ist. Dabei waren es nicht etwa die ‚Globalisierungsverlierer‘ (wie die ostelbischen Großagrarien), die diese Sicht der Dinge durchsetzten, sondern vor allem bürgerliche Publizisten. Wilhelminische ‚Weltpolitik‘ sollte der neugewonnenen wirtschaftlichen Kraft des Kaiserreiches ein Betätigungsfeld und einen ‚Ellbogenraum‘ verschaffen. Das Deutsche Reich war erst relativ spät in den Wettlauf um die Aufteilung der Welt eingetreten und war daher, gemessen an seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, unterrepräsentiert. Diese Diskrepanz wurde von den herrschenden Klassen durchaus empfunden, und man strebte nach Veränderung. Das Spezifikum der deutschen imperialistischen Rhetorik bestand dementsprechend darin, dass sie aus der defensiven Position eines zu realisierenden Machtgleichgewichts argumentierte. Während die etablierten Kolonialmächte zuerst ihr

⁷⁸ So ließ sich der englische Wirtschaftsklassiker *John M. Keynes* nach dem Krieg in Erinnerung an die „gute alte Zeit“ ausrufen: „Was für ein außerordentliches Zwischenspiel in dem wirtschaftlichen Fortschritt des Menschen war doch das Zeitalter, das im August 1914 endete. Der Bewohner Londons konnte, seinen Morgentee im Bette trinkend, durch den Fernsprecher die verschiedenen Erzeugnisse der ganzen Erde in jeder beliebigen Menge bestellen und mit gutem Grund erwarten, dass man sie alsbald an seiner Tür ablieferte. Er konnte im selben Augenblick und auf demselben Wege seinen Reichtum in den natürlichen Hilfsquellen und neuen Unternehmungen jeder Weltgegend anlegen und ohne Anstrengung, ja ohne Mühe, an ihren künftigen Erträgen und Vorteilen sich beteiligen. Oder er konnte sich entschließen, die Sicherheit seines Vermögens dem Kredit der Bürger irgendeiner bedeutenderen Stadtgemeinde in irgendeinem Erdteil anzuvertrauen, den seine Einbildungskraft oder Kenntnis ihm empfahlen. Er konnte nach Wunsch sofort billige und bequeme Verkehrsgelegenheiten nach jedem Lande oder Klima ohne Pässe und andere Förmlichkeiten bekommen, seinen Dienstboten zu einer benachbarten Bankstelle nach soviel Edelmetall schicken, wie er brauchte, und dann nach fremden Gegenden reisen, ohne ihre Religion, ihre Sprache oder ihre Sitten zu kennen, nur mit seinem gemünzten Reichtum in der Tasche, und sich bei dem geringsten Hindernis schwer beleidigt und höchlich überrascht dünken. Aber – und das ist wichtiger als alles – er betrachtete diesen Zustand der Dinge auch als normal, sicher und dauernd, es sei denn, dass er sich noch weiter verbessern ließe; jede Abweichung davon erschien ihm als abwegig, empörend und unnötig“ (Keynes 1920: 7f.).

Imperium gewonnen und erst danach eine imperialistische Ideologie ausgebildet hatten, war es in Deutschland umgekehrt: die imperialistische Ideologie war da, aber das Imperium selbst nur in ersten Ansätzen. Der deutsche Imperialismus entsprang aber nicht dem Drängen einer kräftigen Industrie oder eines nach Anlagemöglichkeiten suchenden Kapitals, sondern war ein „Intellektuellen-Imperialismus“, dessen Vorkämpfer keine wichtigen ökonomischen Eigeninteressen hatten. Maßgeblich für das Konzept waren besorgte Publizisten, die Industrie, Handel und Finanzwesen angesichts der realen Bedürfnisse Deutschlands als viel zu schwach entwickelt erachteten und sich von einer Expansion kräftige Impulse für die innere Einigung und für die Modernisierung des Reiches versprachen.⁷⁹

Um 1900 zirkulierten in Europa und den USA Zukunftsvorstellungen, die der heutigen Theorie vom „clash of civilisations“ etwa vergleichbar waren. In seiner Studie *Weltmacht oder Untergang* (2000) hat der Historiker Sönke Neitzel am Beispiel der sog. „Weltreichslehre“ das gezeigt. Diese Lehre besagte, dass die Pentarchie europäischer Großmächte in der Zukunft von drei Weltreichen (USA, Großbritannien und Russland) abgelöst würde. Mit Hochschutzzöllen würden sie ihre riesigen, selbstgenügsamen Einflussgebiete von der übrigen Weltwirtschaft abnabeln und alle anderen Nationen ins zweite Glied abdrängen. Das war eine politische Idee, die sich als Reaktion auf die sich verändernde politische Weltordnung am Ende des 19. Jahrhunderts gebildet hat: „Dampfschiffe, Eisenbahnen und Telegraphen machten es zu dieser Zeit erstmals möglich, gewaltige Herrschaftsgebiete nicht nur zu besitzen, sondern auch zu erschließen und effektiv zu verwalten. Damit eröffnete sich für die Staatenwelt eine bislang unbekannte geographische Dimension. Verbunden mit neomerkantilistischen Bestrebungen in der Weltwirtschaft wurde aus dieser Tendenz eine neue politische Zukunftsinterpretation geformt“ (Neitzel 2000: 15). Der ultimative Vordenker der Weltreichslehre war Friedrich List, dessen revolutionäre Vorstellungen noch vor der Mitte des 19. Jahrhunderts die Probleme der Jahrhundertwende vorwegnahmen; einen starken Auftrieb erlangte sie jedoch durch die Schriften des Leipziger Geographiestudienrat Friedrich Ratzel, der nach sozialdarwinistischer Manier von einer angeblich natürlichen Tendenz der Staaten zum ständigen Wachstum ausging. Seiner Theorie zufolge werde der Kampf ums Dasein zwischen den Völkern, wie in der Pflanzen- und Tierwelt, um den Raum geführt, und nur wer über ein ausreichend großes Staatsgebiet verfüge, könne eine gesunde, zufriedene, leistungsfähige und zahlenmäßig starke Bevölkerung haben. Die ökonomischen Vorteile riesiger staatspolitischer Räume schienen tatsächlich auf der Hand zu liegen: „Sie boten der Bevölkerung ausreichend Platz, um sich ungehindert vermehren zu können, und stellten der

79 So etwa Otto Hintze 1907: „Von der Energie der wirtschaftlichen und politischen Betätigung wird es abhängen, welche Mächte sich im Weltstaatenystem der Zukunft als Großmächte behaupten werden. Der Kampf um eine solche Großmachtstellung ist der eigentliche Kern der imperialistischen Bewegung in der modernen Welt. Es handelt sich nicht um die Weltherrschaft eines Volkes wie im Altertum, sondern um die Auslese der Nationen, die eine führende Stellung in der Welt einnehmen werden“ (Hintze 1962: 469).

wachsenden Anzahl von Menschen so große wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung, dass sie beinahe autark leben konnten. ‚Wirtschaftliche Überlegenheit, die das größere Territorium verleiht‘, schrieb 1900 Professor Max Sering, ‚muss mit der Zeit auch zur politischen Übermacht und Vorherrschaft führen‘ (ebd.: 58).

Der Kern der Weltreichslehre bildete also den Übergang des europäischen Mächtesystems in ein in der Zahl reduziertes Weltstaatensystem, wobei man sich von der Vorstellung leiten ließ, dass ein wahrhaft erstrangiger Staat eine kontinentale Landmacht sein müsse. Russland und noch viel mehr die wirtschaftlich starken, protektionistischen und weitgehend autarken Vereinigten Staaten waren hier das Vorbild, und nicht etwa das über die ganze Welt verstreute britische Empire.⁸⁰ Die Weltreichslehre hatte drei Grundaxiomen: 1) das sozialdarwinistische Weltbild, wonach unter den Nationen ein Kampf ums Dasein herrscht, 2) den Raumgedanken, wonach Raumgröße und Macht direkt zusammenhängen, und 3) die Vorstellung einer progressiven Abschließung der Kolonialmächte in mehr oder weniger autarken Handelsblöcken. Mit dem Sozialdarwinismus war darüber hinaus auch ein Rassengedanke verbunden, der die Menschheit in qualitativ höher und niedriger stehende Rassen einteilte. In Deutschland forderte man als Folge dieser Sichtweise den Erwerb überseeischer Kolonien und die Machterweiterung in Mitteleuropa, damit eine gesunde Landbevölkerung erhalten bleibe und Deutschland nicht als eine Macht zweiten Ranges herabsinke. In analoger Form teilten auch französische und englische Publizisten diese Annahmen. So sah z. B. der Franzose Paul Leroy-Bauey in der imperialistischen Ausdehnung der europäischen Großmächte um 1900 einen zwangsläufigen Prozess, der aus der Eigenlogik des weltpolitischen Systems resultiert und zur Bildung von Weltreichen führt. In Frankreich entstand jedoch keine besonders einflussreiche Imperialismusdebatte, da der französische Imperialismus in der sog. „Zivilisierungsmission“ einen spezifischen Wesenszug hatte. Es gab nämlich einen breiten politischen Konsens darüber, dass die mit dem eigenen Land verbundenen Werte wie Demokratie, Menschenrechte, Kultur und Humanität unbedingt auch anderen zugute kommen mussten, während der Sozialdarwinismus, anders als in den angelsächsischen Ländern oder Deutschland, eine eher geringe Rolle spielte.⁸¹ In England, das seine Machtstellung durch den Aufstieg von USA und Deutschland bedroht sah, wurde dagegen über Weltpolitik heftig diskutiert. So

80 Über die Zukunftsperspektive Russlands war man in Europa geteilter Meinung. Richard Cobden z. B. hielt die britische Russlandphobie für vollkommen verfehlt: „Er bezweifelte, dass vom Zarenreich überhaupt eine ernsthafte militärische Bedrohung ausgehe. Russland sei gar nicht in der Lage, gegen ein zivilisiertes Land erfolgreich Krieg zu führen: ‚Until Russia becomes a great trading empire, she will not be in even the path for surpassing us in naval power‘. Entgegen dem Zeitgeist bewertete er die Macht eines Staates nicht nach der Größe seiner Armee. Sie sei eher ein Zeichen der Schwäche, da hier enorme Werte mehr oder minder nutzlos gebunden seien. Für ihn war die Wirtschaftskraft eines Landes entscheidend: ‘It is from the silent and peaceful rivalry of American commerce, the growth of its manufactures, its rapid progress in internal improvements, the superior education of its people, and their economical and pacific government - that it is from these, and not from the barbarous policy or the improvershing armaments of Russia, that the grandeur of our commercial and national prosperity is endangered’“ (Neitzel 2000: 59).

81 Mayer 2002: 104f.

setzte sich Joseph Chamberlain als Kolonialminister (zwischen 1895 und 1903) dafür ein, das britische Weltreich durch eine Stärkung seiner Strukturen vor der internationalen Konkurrenz zu schützen. Chamberlain war ein engagierter Anhänger von John Robert Seeley, der in seinem Buch *The Expansion of Britain* (1883), ein Klassiker der imperialistischen Literatur, ein Empire-Konzept formuliert hatte. Dreh- und Angelpunkt dieses ‚Greater Britain‘-Konzepts war nicht mehr der indische Subkontinent, sondern die Gemeinschaft von Mutterland und weißen Siedlungskolonien, in denen Weiße britischer Abstammung und Prägung als Träger eines „britischen Nationalcharakters“ die ethnische Grundlage einer britisch-imperialen Herrschaft bildeten. Nur eine solche (geschlossene) Gemeinschaft könnte nach Chamberlain künftigen konkurrierenden Mächten, zu denen er die USA, Deutschland und Russland zählte, erfolgreich Widerstand leisten.⁸² Weder in Deutschland noch in Großbritannien wurden jedoch imperialistische Programme politisch umgesetzt. Die Realisierung von Chamberlains Doktrin hätte für England eine radikale Abkehr von der traditionellen und bewährten imperialen Politik bedeutet, die vom Primat des Freihandels geprägt war und sich auf die Herrschaft über Indien stützte. Auch in Deutschland erkannte man sehr schnell, dass von den Weltreichstheoretikern propagierte Zollabschluss der großen Weltreiche (und in Folge das Austrocknen der Weltwirtschaft) ein Szenario war, das jeder Grundlage entbehrte.⁸³

Im Unterschied zu England und Deutschland war man in den Vereinigten Staaten von keinen Sorgen über die Zukunft geplagt. *Greater America* war für die amerikanische Öffentlichkeit keine Zukunftserwartung, sondern eine allgegenwärtige Tatsache. Die Vorstellung, dass die USA die führende Weltmacht des 20. Jahrhunderts seien, war weit verbreitet. Sie erwuchs einerseits aus dem Mythos des eigenen Auserwähltseins, des ‚*American exceptionalism*‘, und andererseits aus der Stellung als eine der führenden Mächte auf dem Weltmarkt. Beides trug in erheblichem Maße zu der optimistischen Weltsicht bei, die das geistige Klima in den Vereinigten Staaten damals prägte. Die Publikationen von Frederic Emori, Chef des Außenhandelsbüros im State Department, sind beispielhaft für den nationalen Überschwang, den die sog. kommerzielle „*American invasion of Europe*“ um die Jahrhundertwende auslöste: „Er selbst gab zu, es sei immer schwieriger ‚nüchtern über das Wachstum der Vereinigten Staaten als Weltmacht zu schreiben‘. Für ihn war die amerikanische Überlegenheit keinesfalls nur eine wirtschaftlich bedingte, sondern die wirtschaftlichen Erfolge waren nur ein sichtbares Indiz für die Überlegenheit der sozialen Organisation und

82 In diesem imperialen Konzept stellten die Dominions die überseeischen Anknüpfungspunkte dar, ohne die das Kommunikations- und Handelsnetz innerhalb des britischen Weltreiches keine angemessene Wirkung entfalten könnte: „Die Fortschritte der Verkehrs- und Informationstechnologie korrespondierten in besonderer Weise mit dem britischen Interesse an einer Integration des Empire, die auf Innovationen von Transport- und Nachrichtentechnik geradezu angewiesen war. Großbritannien errichtete die erste globale Informations-Infrastruktur und schuf sich so eine hegemoniale Position; die informationelle Revolution korrespondierte mit einer eigenen, um England zentrierten Geopolitik“ (Conrad 2006: 38).

83 Neitzel 2000: 402

geistigen Evolution Amerikas: „Die amerikanische Suprematie ist zugegebenerweise überragend nicht nur im Bereich von Industrie und Handel, sondern auch in dem weit größeren Bereich des sozialen Fortschritts und der Evolution des menschlichen Geistes, und sie ist nur so überragend, weil sie auf einer industriellen Effizienz beruht, wie die Welt sie nach eigenem Eingeständnis noch nie zuvor gesehen hat“ (Fiebig von Hase 2002: 163). Man zeigte sich also überzeugt, dass die globale politische Führung dem Trend nach an Amerika übergehe, gefolgt von Deutschland als zweitwichtigster, effizient organisierter Industriemacht. Zwischen diesen beiden Mächten werde in Zukunft die Auseinandersetzung ausgetragen. Die Frage war jedoch dann: wie die Nation ihren Platz in der Welt einnehmen und mit welchen Mitteln sie ihre Interessen angemessen vertreten sollte? Weit geteilt war dabei der *laissez-faire* Standpunkt der alten liberalen Schule, dass der Handel nicht der Fahne, sondern den Regeln der Marktgesetze folgen sollte. Diese Einstellung entsprach auch den Interessen des agrarischen Westens und Südens, da Europa für deren Produkte der weitaus wichtigste Markt war. Am Ende des Jahrhunderts wurden angesichts des sich verschärfenden globalen ökonomischen Konkurrenzkampfs allerdings auch Stimmen laut, die für den Aufbau einer großen „Seemacht“ plädierten. Die sog. „Expansionisten“ behaupteten nun, dass nicht Europa, sondern die außereuropäische Welt, vor allem Lateinamerika und China, die Zukunftsmärkte der US-Industrie seien. Dort sollte man sich „Hinterland“ bzw. „Einflusssphären“ schaffen. Selbst die Expansionisten wollten allerdings kein Kolonialreich, sondern nur Marinestützpunkte schaffen.

Um 1900 herrschte in Europa und den USA also Konsens darüber, dass, durch die neuen Verkehrs- und Kommunikationstechnologien bedingt, den ganzen Erdball endgültig zum Spielfeld nationalstaatlicher Interessen geworden war.⁸⁴ Diese Wahrnehmung schlägt sich nicht zuletzt, wie von Otto Hintze angedeutet, im Bedeutungswandel des Imperialismusbegriffs nieder. Ursprünglich meinte ‚Imperialismus‘ nicht die direkte oder indirekte Beherrschung von kolonialen oder abhängigen Territorien durch einen modernen Industriestaat, sondern vielmehr nur die persönliche imperiale Herrschaft eines großen Herrschers über eine Mehrzahl von Territorien. Auch Disraelis Rede im Crystal Palace von 1872, in der er eine ambitiöse imperialistische Außenpolitik verkündete, war noch ausschließlich innenpolitisch motiviert. Es waren die Gegenspieler Disraelis, insbesondere Gladstone, die diese Ambitionen mit dem Schimpfwort ‚Imperialismus‘ belegten. Erst seit den 1890er Jahren gewann der Begriff seine moderne Bedeutung als liberale und marxistische Theoretiker ihn aufgriffen. *John A. Hobson* (1858-1940), ein linksliberaler Publizist, legte,

⁸⁴ So meinte der US-Senator Cushman K. Davis bezüglich der Flotte: „Die Gewalt hat heute die Geschwindigkeit von Öl und Elektrizität“ (Neitzel 2000: 166). Und auch in England wurden die technischen Entwicklungen als Argumente für den geographischen Zusammenhalt des Empires verwendet: „In manchen Köpfen waren die riesigen Entfernungen durch sie beinahe aufgehoben: ‘At no very distant date steam communication with Australia will be so frequent, regular, and rapid, and the telegraph system so enlarged and cheap, that no practical difficulty would impede the working of a representative federal government’, schrieb the ‘Comtemporary Review’ 1871“ (ebd.: 223).

durch den Burenkrieg angeregt, 1901 die erste klassische Theorie des modernen Imperialismus vor: „Hobson entwickelte auf der Basis breiten statistischen Materials die These, dass der Prozess der Expansion des britischen Empires während der letzten Jahrzehnte in direktem Zusammenhang mit dem enormen Ansteigen der britischen überseeischen Investitionen stehe. Er folgerte daraus, dass der entscheidende Antrieb für den Imperialismus darin bestehe, angesichts der Übersättigung des Binnenmarktes einträgliche Kapitalanlagen in überseeischen Gebieten zu finden. Nicht so sehr das Ringen um überseeische Absatzmärkte, sondern vielmehr die Suche nach profitablen Investitionen, angesichts sinkender Kapitalrenditen im Mutterland selbst, sei die entscheidende Ursache imperialistischer Politik (Mommsen 1977: 13). Diesen Befund verband Hobson mit einer Kritik an der plutokratischen Sozialstruktur der englischen Gesellschaft, die den Unterschichten den ihnen zugestehenden Anteil am Sozialprodukt verweigert. Weil den arbeitenden Massen nur ein ungenügender Anteil am Sozialprodukt zugestanden wird, so er, und der Reichtum der Gesellschaft sich damit in den Händen einer schmalen Oberschicht konzentriert, kommt es einerseits chronisch zu „*oversaving*“, d. h. zu übergroßer Akkumulation von anlagesuchendem Kapital, andererseits zu „*underconsumption*“, zu mangelnder Nachfrage auf dem Binnenmarkt: „Infolgedessen entstehe eine Diskrepanz zwischen der ökonomischen Leistungsfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der mangelnden Kaufkraft der Massen, die einhergehe mit einer stetig an Schärfe zunehmenden Konkurrenz von überschüssigem Investitionskapital um einträgliche Anlagemöglichkeiten, eine Entwicklung, die notwendig zu absinkenden Profitraten führen müsse. Dies veranlasse die Kapitalbesitzer mehr und mehr dazu, lieber im Auslande, und insbesondere in überseeischen kolonialen Gebieten, in denen noch unberührte wirtschaftliche Möglichkeiten bestanden, nach einträglichen Anlagemöglichkeiten Ausschau zu halten, als unter Inkaufnahme niedriger Renditen auf dem Binnenmarkt zu investieren“ (ebd.: 14). Hobson vertrat in diesem Zusammenhang die These, dass man statt eine kostenreiche, vom volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse aus betrachtet, im Ergebnis fruchtlose Politik gewaltsamer Expansion zu betreiben, die Kaufkraft der breiten Massen durch eine aktive Lohnpolitik entsprechend steigern muss, damit sich im englischen Binnenmarkt in ausreichendem Umfang profitable Investitionsmöglichkeiten eröffnen.“⁸⁵

Für Hobson stellte der Imperialismus letzten Endes also ein spezifisches Phänomen des Übergangs von einer kapitalistisch organisierten, in politischer Hinsicht jedoch anachronistisch verfassten Gesellschaft zu einer durchgängig sozialen Demokratie dar.

⁸⁵ Laut Hobson war Imperialismus also „schlecht für die Nation“ und gut nur für bestimmte „Klassen und Gewerbe“ wie das Militär, die Bürokratie, die Rüstungsindustrie, vor allem aber die vorwiegend jüdischen Investoren und Finanzkapitalisten, wie er es in Südafrika erlebt haben wollte. Gerade die Banken waren aber weit weniger als bestimmte industrielle Sektoren an imperialistischen Erwerbungen interessiert: „Nun wurde längst gegen Hobson nachgewiesen, dass die britischen Investitionen gerade nicht in den im Zeitalter des Imperialismus erworbenen Kolonien, sondern in den weißen Kolonien, in Indien, in Lateinamerika und in Europa vorgenommen wurden“ (Reinhard 1996: 220f.).

Anders sah man es im marxistischen Lager, wo der Imperialismus als ein notwendiges Produkt des kapitalistischen Systems gesehen wurde. Marx und Engels selbst lieferten zum Thema jedoch nur Vorarbeiten. Marx schrieb in der Ära des Freihandels und des Niedergangs des älteren Kolonialismus und hielt ihn deshalb für ein spezifisch frühkapitalistisches Phänomen, dessen Bedeutung zurückgehe. Er vertrat, ganz wie die bürgerlichen Nationalökonomien seiner Zeit, die Auffassung, dass an die Stelle der monopolistischen Praktiken des bisherigen Kolonialismus nunmehr die Allgewalt des 'Weltmarktes' tritt. Nur bei Engels finden sich in den 1890er Jahren einige Überlegungen. Ausgehend von der Prämisse eines fundamentalen Widerspruchs zwischen Produktionsfähigkeit und Konsumtionsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft nahm er die imperialistische Expansion explizit ins Visier. Dieser Widerspruch treibe ihm zufolge die Gesellschaft dazu, in überseeische Gebiete auszuweichen, um dort zusätzliche Absatzmöglichkeiten zu erschließen. Diese Entwicklung sah Engels allerdings nur als ein Übergangsphänomen an: die Außenmärkte wirkten zunächst als retardierendes, in der Folge aber als verschärfendes Moment der Krise, argumentiert er, da damit die Ausweitung der Produktion und die Geschwindigkeit der Konzentration des Kapitals noch mehr beschleunigt werden. Engels hielt also an der klassischen marxistischen Theorie fest, dass der Kapitalismus am Ende einer Serie von sich verschärfenden Krisen zusammenbrechen werde. Erst 1910 bot *Rudolf Hilferding* mit dem Buch *Das Finanzkapital* die erste ausgearbeitete marxistische Theorie des Imperialismus an, wobei er diesen als notwendiges Resultat einer neuen Stufe des Kapitalismus, des monopolistischen Kapitalismus, deutete. Der monopolistische Kapitalismus verabscheut nach Hilferding die Anarchie der Konkurrenz und will sie ‚organisieren‘. Dazu verbindet sich der Kapitalismus mit dem Staat, denn er braucht einen starken Staat, der ihm die Eroberung ausländischer Märkte sichern soll: „Es braucht einen politisch mächtigen Staat, der in seiner Handelspolitik nicht auf die entgegengesetzten Interessen anderer Staaten Rücksicht zu nehmen braucht. Es bedarf schließlich eines starken Staates, der seine finanziellen Interessen im Ausland zur Geltung bringt, seine politische Macht einsetzt, um den kleineren Staaten günstigere Lieferungsverträge und günstige Handelsverträge abzunötigen. Ein Staat, der überall in der Welt eingreifen kann, um die ganze Welt in Anlagesphären für sein Finanzkapital verwandeln zu können“ (Mommsen 1977: 32f.). Mit Hilfe des Staats wird das Kapital also zum Eroberer der Welt, und mit jedem neuen Land, so Hilferding, erobert es eine neue Grenze, die es zu überschreiten gilt. Schließlich wird diese Entwicklung zu einer ökonomischen Zwangsläufigkeit, da jedes Zurückbleiben den Profit senkt. Das Finanzkapital bedeutet also die höchste Stufe ökonomischer und politischer Machtvollkommenheit in der Hand der Kapitaloligarchie, die dann nach Hilferding in einem gewaltigen Zusammenprall schließlich entmachtet werden wird.

3. Herbert Spencer: Die Vision einer globalen Zivilgesellschaft

3.1. Spencers Gesellschaftstheorie

Heute ist *Herbert Spencer* (1820-1903) ein nicht sonderlich beliebter Klassiker der Soziologie, der, wenn überhaupt gelesen, oft ungerecht behandelt wird. Entsprechend unspektakulär fällt die Bilanz seiner gegenwärtigen Rezeption aus: „In der Soziologie haftet Herbert Spencer im Unterschied zu Klassikern wie Marx, Durkheim oder Weber ein deutlich negatives Image an. Wo Spencer in der soziologischen Fachliteratur beiläufig erwähnt wird, findet man zumeist keine Literaturangabe. Gelesen wird er offenbar nicht. Selbst Vertreter soziologischer Evolutionskonzepte, strukturfunktionalistischer Ansätze sowie der strukturgenetisch orientierten Entwicklungspsychologie ignorieren Spencer in der Regel oder distanzieren sich von dessen ‚naiven‘ Vorstellungen. Auch im Darwinjahr 2009 blieb der eigensinnige Autodidakt eine Randfigur“ (Beetz 2010: 23). Es ist schwierig zu erklären, warum es dazu gekommen ist. Vielleicht ist seine heute altertümlich aussehende Organismusanalogie von Gesellschaft daran schuld, oder sein radikaler Liberalismus und Individualismus, oder vielleicht noch mehr seine ‚sozialdarwinistisch‘ anmutenden Konzepte vom „*survival of the fittest*“ und „*struggle for existence*“? Vor hundert Jahren war es anders. Die akademische Etablierung der Soziologie als wissenschaftliche Disziplin in den USA und Europa traf zeitlich mit der außerordentlichen Popularität von Spencers Evolutions- und Gesellschaftstheorie zusammen. Vor allem in den USA war sein Einfluss enorm: bis zu seinem Tod wurden dort fast 400 000 Exemplare seiner Werke verkauft. Angesichts dieser enormen Auflage sei es, so Michael Kunczik im Sammelband *Klassiker der Soziologie*, durchaus gerechtfertigt, Spencer als einen der wichtigsten Repräsentanten des geistigen Lebens der Victorianischen Epoche zu sehen.⁸⁶

Allerdings wurden seine *Principles of Sociology*, die nur ein Teil seines zehnbändigen *Systems of Synthetic Philosophy* beinhalten, von der soziologischen Fachwelt von Anfang an

⁸⁶ „Seine Werke reflektieren die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Großbritannien und in den USA dominanten Wertstrukturen. Der publizistische Erfolg von Spencer beruhte zu einem erheblichen Teil darauf, dass seine Arbeiten leicht als wissenschaftliche Rechtfertigungsideologie eines extrem liberalen Manchesterliberalismus interpretiert werden konnten. Zur Erreichung des größtmöglichen Gemeinwohls empfahl er – wie die Grenznutzentheoretiker – die Verfolgung von Eigeninteressen ohne staatliche Eingriffe. Dieses Gedankengut traf insbesondere in den USA auf eine große Rezeptionsbereitschaft, wo die für Spencers Denken zentralen Konzepte wie ‚*survival of the fittest*‘ – diesen Begriff hat Spencer vor Darwin geprägt – oder ‚*struggle for existence*‘ gängige Schlagworte wurden. Spencer war der Meinung, dass soziale Prozesse von einem universell gültigen Gesetz, dem des Existenzkampfes, bestimmt werden“ (Kunczik 2000: 74f.).

gespalten aufgenommen. So meinte Albion Small, einer der einflussreichsten amerikanischen Soziologen im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts, bereits 1897, also im Jahr des Erscheinens des letzten Teils der *Principles*, dass Spencers Soziologie keine Soziologie der Gegenwart sei, sondern eine der Vergangenheit. 1904 konstatierte der nicht minder einflussreiche Franklin H. Giddings neutral, „dass es in der Soziologie zwei bedeutende, miteinander im Wettstreit stehende Vorstellungen bezüglich der essentiellen Natur von Gesellschaft gebe; nämlich eine mehr psychologische Konzeption und eine auf Spencer zurückgehende organische Konzeption“ (Kunczik 2000: 76). Nach Spencers Tod sank seine Popularität sehr schnell. Seine Gesellschaftstheorie geriet parallel mit der zunehmenden Kritik am Organizismus in der Soziologie immer stärker in Misskredit und wurde schließlich in den 1920er und 30er Jahren als endgültig diskreditiert angesehen. Auch wenn Spencer 1927 in einer Umfrage unter amerikanischen Soziologen immer noch als der bei weitem einflussreichste ausländische Soziologe benannt wurde, glaubte man nicht mehr an die Plausibilität seiner Annahmen. So erklärte ihn Talcott Parsons 1937 in seiner ersten großen Studie *The Structure of Social Action* kurzerhand für tot. Dieses Urteil sollte sich jedoch als voreilig erweisen, was auch Parsons eigene Theorieentwicklung bewies. Denn Spencers Funktionalismus und Evolutionismus blieben für die Soziologie weiterhin relevant. Besonders seine Differenzierungstheorie erscheint seit den 1980er Jahren im Licht der modernen Systemtheorie wieder so aktuell, dass sich einige Soziologen bereits fragen müssten: „wie ein Autor mit solchen Einsichten so lange in Vergessenheit geraten konnte“ (Rüschemeyer 1985: 165).

In Sachen Evolutionismus und Funktionalismus war Spencer kein Entdecker. Beides hat er von *Auguste Comte* (1798-1857) übernommen, jedoch auch stark weiterentwickelt. Es ist trotzdem überraschend, in wie vielen Ansichten, oft auch bei der Beantwortung konkreter Fragen, die Antworten von Spencer bereits bei Comte angedeutet sind. Hier will ich nur vier grundsätzliche Gemeinsamkeiten benennen. Zunächst war Spencer wie Comte ein Positivist, der die Auffassung teilte, dass die Aufgabe der Soziologie in der Aufdeckung sozialer Gesetzmäßigkeiten besteht. Diese sollten nicht deduktiv, sondern vor allem induktiv formuliert und bewiesen werden, auf der Basis empirischer Detailforschung. Deshalb arbeitete Spencer mit einer enormen Menge an deskriptiven (vor allem ethnologischen) Materialien, für deren Auswertung er auch Assistenten beschäftigen musste. Es bleibt trotzdem unklar, inwiefern er der von ihm propagierten Vorgehensweise gerecht wurde.⁸⁷ Spencer war, zweitens, ähnlich wie Comte auch ein monistischer Philosoph, der eine naturwissenschaftlich basierte Universaltheorie anstrebte, in deren Zentrum das sogenannte

87 „Grundsätzlich ging Spencer nicht so vor, dass er versuchte, über die Empirie zu universal gültigen Gesetzen zu gelangen. Im Gegenteil bemühte er sich, einmal als ‚wahr‘ erkannte Gesetzmäßigkeiten nachträglich zu belegen. Das Ergebnis dieser Arbeitsweise waren Texte, die Ernst Troeltsch als ‚entsetzliche Mischungen biologischer und historischer Exzerpte‘ charakterisierte“ (Kunczik 2000: 79).

„Entwicklungsgesetz“ stand: „Spencer geht es bei der Erforschung der Entwicklung aller Phänomene – seien es die der anorganischen, organischen oder ‚überorganischen‘ Welt – um die Erkenntnis der regelhaften Gemeinsamkeiten. Sein Ziel sind universale ‚Gesetze‘ beziehungsweise die Entdeckung des einen, allumfassenden Gesetzes, das jene synthetische Philosophie zu begründen vermag“ (Kellermann 1976: 164). Dadurch wurde es möglich, wie auch bei Comte, Organisationsprinzipien von einer Disziplin auf die andere zu übertragen: z. B. von der Biologie in die Sozialwissenschaft. Damit kommen wir zur dritten Gemeinsamkeit: Spencer teilt Comtes Überzeugung, und das ist seine wichtigste theoretische Annahme, dass die Methode der Biologie Vorbildscharakter für die Erforschung sozialer Phänomene haben soll. So schreibt er in seiner *Einleitung in das Studium der Soziologie* (1873) mit explizitem Hinweis auf Comte: „Die Wissenschaft des Lebens liefert der Wissenschaft der Gesellschaft gewisse große Generalisationen, ohne welche es überhaupt keine Wissenschaft geben kann“ (Spencer 1875b: 158). Durch diese Annahme wird schließlich die vierte Gemeinsamkeit begründet: Gesellschaft wird funktionalistisch als eine Art ‚Organismus‘ aufgefasst. Sie wird nicht mehr als künstliches Produkt eines wer weiß wie entstandenen ‚Gesellschaftsvertrages‘ betrachtet, sondern als etwas organisch Gewachsenes, die in einer bestimmten Umwelt fortbestehen muss und in ihrer Entwicklung der Evolution eines lebendigen Körpers gleicht. Die erste Variante eines Umwelt/System Erklärungsschemas, das für Spencers analytisches Vorgehen grundlegend wird, findet sich auch bereits bei Comte.⁸⁸ Spencers Soziologie war also, kurz gesagt, in vielen Aspekten eine Weiterentwicklung von Comtes Grundannahmen.

3.1.1. Die Gesellschaft als Organismus

Auf die Frage, was eine Gesellschaft ist, antwortet Spencer, dass sie ein Wesen für sich darstellt. Und das soll durchaus im Sinne einer Emergenzthese verstanden werden. Dabei ist ihm als Kriterium wichtig, dass Gesellschaften sich durch dauernde Strukturierung ihrer Teile auszeichnen: „Thus we consistently regard a society as an entity, because, though formed of discrete units, a certain concreteness in the aggregate of them is implied by the general persistence of the arrangements among them throughout the area occupied. And it is this trait which yields our idea of a society. For, withholding the name from an ever-changing cluster such as primitive men form, we apply it only where some constancy in the distribution

⁸⁸ „Leben überhaupt könne nur als eine ‚Übereinstimmung zwischen dem Lebewesen und dem ihm entsprechenden Milieu‘ verstanden werden bzw. als eine ‚notwendige Wechselbeziehung zweier unentbehrlicher Elemente, eines geeigneten Organismus und eines passenden Milieus‘. Die höheren Lebewesen einschließlich des Menschen sind wegen ihrer organischen Spezialisiertheit einerseits besonders stark auf günstige Lebensbedingungen angewiesen, andererseits können sie diese zu ihren Gunsten aktiv verändern. Hier stellt sich das Verhältnis von Lebewesen und Milieu komplizierter dar; die grundsätzliche Beziehung zwischen beiden ist aber auch hier gegeben“ (Fuchs-Heinritz 1998: 155).

of parts has resulted from settled life“ (Spencer 1966a: 436, § 212). Wenn Gesellschaften also eine konstante Struktur aufweisen sollen, ist diese dann der Struktur von unorganischen oder organischen Einheiten ähnlich? Ein Ganzes, das von lebenden Teilen (Individuen) zusammengesetzt ist, meint Spencer, kann unmöglich einem leblosen Körper gleichen. Die Gesellschaft muss deshalb einem natürlichen Lebewesen ähnlich sein, das in einer bestimmten Umwelt entsteht und sich in ständiger Anpassung an diese entwickelt.

Worin besteht dann konkret die Verwandtschaft von Organismen und Gesellschaften? Die *erste* Gemeinsamkeit erblickt Spencer im Wachstum: sowohl Organismen wie Gesellschaften wachsen sichtbar während der Zeit ihrer Existenz. Die *zweite* Gemeinsamkeit ist, dass das Wachstum der Masse von Differenzierung der inneren Struktur begleitet wird: in einem Organismus bilden sich Organe, in einer Gesellschaft – Klassen, Berufe, Organisationen. Dabei schreitet die Differenzierung der Struktur, und das ist die *dritte* Ähnlichkeit, parallel mit einer ähnlichen Differenzierung der Funktionen fort. Denn die Herausbildung eines Organs hängt mit der Übernahme einer besonderen Funktion zusammen. So übernimmt z. B. das Ernährungssystem in einem Organismus die gesamte Aufgabe der Nahrungsaufnahme zu gleicher Zeit, wo es auch die Besonderheit seines Baus ausbildet und es sich von anderen Teilen zunehmend abgrenzt. Ähnlich entsteht in Gesellschaften eine herrschende Klasse mit der Übernahme der besonderen Funktion, einen regulierenden Zwang auf alle anderen Klassen auszuüben. Hier könnte man also von ‚Ausdifferenzierung‘ sprechen. Eine *vierte* Gemeinsamkeit besteht schließlich darin, dass die Evolution von Organismen wie Gesellschaften sich durch zunehmende wechselseitige Abhängigkeit ihrer Teile (Arbeitsteilung) charakterisiert. Sie entwickeln nicht einfach Differenzen, sondern deutlich zusammenhängende Differenzen, die sich wechselseitig ermöglichen, d. h.: die Spezialisierung eines Teils auf bestimmte Tätigkeiten führt zwingend zu zunehmender Spezialisierung der anderen Teile. Damit werden sie mit dem Fortschritt der Arbeitsteilung immer stärker voneinander abhängig, bis sie hinsichtlich der funktionalen Komplexität des Strukturbaus durchaus einer lebendigen Ganzheit ähneln: „Funktioniert die Lunge nicht mehr, so steht sehr bald auch das Herz still. Ebenso müssen die Eisenbahnarbeiter ihre Tätigkeit einstellen, wenn die Bergwerker keine Rohstoffe mehr liefern“ (Kruse 2008: 42).

In allen drei Bänden seiner *Principles of Sociology* hindurch zeigt sich Spencer von der Analogie zwischen Organismus und Gesellschaft fasziniert. Bis in die Einzelheiten hinein verfolgt er die zahlreichen Parallelitäten in Struktur und Entwicklung der beiden Arten von „*aggregates*“. Überall beobachtet er die gleichen Strukturen, die nach dem gleichen Muster entstehen und die gleichen Entwicklungsstufen durchlaufen. Seine Argumentation ist dabei konsequent funktional-strukturell: die Entwicklung von Strukturen folgt funktionalen Erfordernissen des Gesamtsystems. Und da Spencer in der Betonung der „*parallelism of*

principle in the arrangement of components“ von Organismen und Gesellschaften oft soweit geht, dass er z. B. die Verkehrs- und Kommunikationswege in Gesellschaften mit den „Kanälen“ des Gefäßsystems in Organismen vergleicht, ist man nicht selten geneigt, einen der Untertitel seiner „Induktionen“ („Society is an Organism“) ganz beim Wort zu nehmen. In der Tat besteht kein Zweifel, dass die Gesellschaft für Spencer nicht nur äußerlich einem Organismus gleicht. Zwischen den beiden bestehen jedoch auf der anderen Seite auch wichtige Unterschiede. Und diese will Spencer auch nicht bagatellisieren. Ein *erster* Unterschied ist, dass die einzelnen Teile, beispielsweise die Organe eines Menschen, ein konkretes Ganzes darstellen, während die Gesellschaft eine diskrete Einheit bildet, deren Teile mit weit weniger Kontinuität zusammenhängen: „Während die das erstere zusammensetzenden Lebenseinheiten in innigster Berührung miteinander verbunden sind, treten uns die eine Gesellschaft zusammensetzenden Einheiten als freie Wesen entgegen, die einander nicht berühren und mehr oder weniger weit zerstreut sind“ (Spencer 1887: 15, § 220). Ein *zweiter*, noch wichtigerer Unterschied besteht darin, dass während im Organismus einige Teile die Funktion von Fühlen und Denken voll übernehmen, in der Gesellschaft alle Teile (Individuen) mit Bewusstsein und individueller Befähigung zu Glück oder Unglück ausgestattet bleiben. Die Gesellschaft habe, so Spencer, kein „sensorium“, das die Wohlfahrt des Aggregates allein registrieren kann. Während der tierische Organismus ein korporatives Bewusstsein hat, das Lust und Schmerz empfindet, fehlt dieses bei der Gesellschaft völlig. Daraus folgt schließlich der *dritte* Unterschied: während im Organismus die Teile für das Wohl des Ganzen arbeiten müssen, muss die Gesellschaft, umgekehrt, dem Wohl der Individuen dienen: „Die Gesellschaft existiert zum Nutzen ihrer Glieder und nicht ihre Glieder zum Nutzen der Gesellschaft. Man muss stets dessen eingedenk sein, dass, so große Anstrengungen auch für das Gedeihen des Staatskörpers gemacht werden mögen, doch die Ansprüche des letzteren für sich allein nichts sind und nur insofern Geltung erlangen, als sie gewissermaßen eine Verkörperung der Ansprüche der ihn zusammensetzenden Individuen darstellen“ (ebd.: 20, § 222). Hier steckt dann auch die Begründung von Spencers radikalem Individualismus.

Diese Reihe von Unterschieden im Verhältnis zwischen Teil und Ganzem bei Organismen und Gesellschaften ist für Spencer allerdings kein Grund, die Richtigkeit der Organismusanalogie in Zweifel zu ziehen. Denn die Unterschiede heben das Prinzip der Gleichartigkeit der Organisation nicht auf, und dies ist ihm das Entscheidende. In Paragraph § 269 der *Principles* schreibt er deshalb im Klartext: „Hier sei es mir gestattet, noch einmal ausdrücklich zu betonen, dass es keine weitere Analogie zwischen einem Staatskörper und einem lebenden Körper gibt als diejenige, welche durch die wechselseitige Abhängigkeit der Körperteile, die bei beiden gleichermaßen zu beobachten ist, notwendig bedingt wird ... eine Gemeinsamkeit der Grundprinzipien ihrer Organisation ist das Einzige, was ihnen als

gemeinsam zugesprochen wird“ (ebd.: 171). Die Parallelität im Strukturbau zeigt sich dabei seiner Ansicht nach vor allem in der Arbeitsteilung, in dem arbeitsteiligen Zusammenhang der Komponenten: „Diese Teilung der Arbeit, welche bekanntlich zuerst von den Nationalökonomern als eine soziale Erscheinung erkannt und darauf von den Biologen als eine Erscheinung bei den lebenden Wesen, welche sie ‚die physiologische Arbeitsteilung‘ nannten, nachgewiesen wurde, ist dasjenige, was die Gesellschaft wie das einzelne Tier erst zu einem lebenden Ganzen macht. Ich kann kaum genug Gewicht auf die Wahrheit legen, dass hinsichtlich dieses fundamentalen Merkmals ein sozialer Organismus und ein Einzelorganismus einander völlig gleich sind“ (ebd.: 9, § 217). Außerdem, wenn auch das soziale Band nicht den Charakter eines körperlichen Kontaktes hat, führt laut Spencer der Austausch von Gefühlen und Gedanken unter den Individuen (heute würde man sagen: die ‚Kommunikation‘), nicht zuletzt durch die Vermittlung immer schnellerer und zahlreicherer Kommunikationstechnologien,⁸⁹ zur Bildung von „Erscheinungen, welche aus ihrer (den Individuen, K.A.) vereinten Tätigkeit entspringen“ und analog der Organsysteme der Organismen sind (Spencer 1877: 522, § 210). Gesellschaften bilden also auch ihre ‚Organe‘: Strukturen, die nach dem Prinzip funktionaler Differenzierung aufgebaut sind.

3.1.2. Organsysteme und Institutionen

Wenn aber Gesellschaften lebende Einheiten sind, die wie Organismen eigene Organsysteme ausdifferenzieren, welche sind dann diese und wie kommt es dazu? Wie wir gesehen haben, besteht eine der wesentlichen Ähnlichkeiten zwischen Organismen und Gesellschaften laut Spencer darin, dass das Wachstum der Masse immer von parallel fortschreitender Differenzierung der Struktur begleitet ist. Denn nur eine komplexere Struktur mit mehr Verbindungen zwischen den Teilen, so Spencer, kann den Zusammenhang eines größeren Aggregates garantieren. So sind auch Gesellschaften noch undifferenziert, solange sie klein sind, mit jeder Wachstumsphase erlangen sie aber beständig eine immer tiefer gehende Differenzierung. Das heißt: die Differenzierung der Struktur schreitet nach dem

89 In Hinsicht auf die Kommunikationsrevolution des 19. Jahrhunderts zeigt sich Spencer insbesondere vom Telegraphen beeindruckt: „Es ist schon oben hervorgehoben worden, dass die sozialen Einheiten, obwohl sie ein diskontinuierliches Sammelwesen darstellen, doch vermöge ihrer Sprache eine ebensolche Übertragung von Impulsen zustande bringen, wie sie in Einzelwesen durch die Nerven ermöglicht ist. Nun aber, wo wir uns des molekularen Zusammenhanges der Telegraphendrähte bedienen, werden ja die Impulse weit schneller durch den gesamten Staatskörper übermittelt, als dies der Fall wäre, wenn es sich um ein festes lebendes Ganzes handelte“ (Spencer 1887: 105, § 253). Und an einer weiteren Stelle spricht er noch von der „ungeheuren Umwandlung“, welche die Eisenbahnen und Telegraphen „so plötzlich“ bewirkt haben: „Innerhalb einer einzigen Generation ist der soziale Organismus von einer Stufe vergleichbar derjenigen eines kaltblütigen Geschöpfes mit schwachem Blutkreislauf und ganz unvollkommenem Nervensystem zu einer Stufe fortgeschritten, ähnlich der eines warmblütigen Geschöpfes mit reich entwickeltem Gefäßsystem und einem vollkommenen Nervenapparat. Auf dieser Ursache, mehr als auf jeder anderen, beruhen die großartigen Veränderungen in den Gewohnheiten, den Ansichten und Gefühlen, welche unser Geschlecht kennzeichnen“ (ebd.: 165, § 267).

Prinzip vom Allgemeinen zum Speziellen fort. Zuerst treten weite und einfache Gegensätze von Teilen ein, dann entstehen innerhalb dieser primär differenzierten Teile neue kleinere Differenzen, welche die Teile in neue Teile spalten usw. bis in das Unendliche. Dieses *in infinitum* ist der Fortgang der Ausdifferenzierung. Am Ende dieser Entwicklung sind die primär differenzierten Teile der Gesellschaft so komplex und arbeitsteilig strukturiert wie die Organe eines Organismus. Deshalb spricht Spencer auch von „Organsystemen“ der Gesellschaft. Die primären funktionalen Erfordernisse jeder Gesellschaft bedingen dabei seiner Ansicht nach die Herausbildung von genau drei solchen „großen“ Organsystemen: dem Ernährungs- oder Erhaltungssystem (*sustaining system*), dem Verteilungssystem (*distributing system*) und dem regulierenden System (*regulating system*).

Wie bilden sich nun diese aus? Zunächst bemerkt Spencer, dass die Entwicklung der Organsysteme überall, in allen Gesellschaften, gleich verläuft: auf der ersten Stufe existieren die einzelnen Teile nur nebeneinander für sich, dann bilden sie eine Anzahl von Strukturen, die noch nicht zu einem Organ integriert sind, um sich endlich auf einer dritten Stufe in ein System arbeitsteiliger Beziehungen einzuschließen. Eine andere Besonderheit ist, dass auch die Strukturen der drei Organsysteme gleich sind: „Jeder Gruppe von Bürgern“, schreibt Spencer, „die gewissermaßen ein Organ darstellt, welches ein bestimmtes Lebensbedürfnis für den Gebrauch des ganzen Volkes hervorbringt oder welches in anderer Weise nationale Bedürfnisse befriedigt, umfasst in sich mancherlei dienende Teile, welche im wesentlichen denjenigen jedes anderen Organs, das eine andere Funktion ausübt, gleich sind“ (Spencer 1887: 38f., § 231). Wie ist nun diese Gleichartigkeit in Organisation und Entwicklung zu erklären? Nach dem Spencerschen funktional-strukturalistischen Erklärungsmuster darf man vermuten, dass die Gleichartigkeit der Strukturbildung in einer entsprechenden gleichartigen Differenzierung von Funktionen begründet liegt. Denn, so Spencer, Veränderungen der Struktur können nicht stattfinden, ohne Veränderungen der Funktionen. Das bedeutet wiederum, dass die Spezialisierung der Strukturen einer Spezialisierung der Funktionen geschuldet ist, die vorher stattfindet. Woher kommt jedoch diese Tendenz zur Spezialisierung? Eine konkrete Antwort darauf gibt Spencers Evolutionstheorie, die im nächsten Abschnitt dargestellt werden wird. Hier möchte ich nur die Bemerkung voranstellen, dass Spencer bei Organismen wie Gesellschaften eine Entwicklung zur immer besseren Anpassung an die Umwelt durch Spezialisierung der Funktionen in „Organsystemen“ beobachtet. Damit stimmt er der zu seiner Zeit in der Biologie aufkommenden Annahme zu, dass die Vollkommenheit eines Lebewesens in erster Linie von seiner Komplexität abhängt. Je differenzierter ein Organismus, je entwickelter die biologische Arbeitsteilung bei ihm, desto höher soll er in der Entwicklungsskala stehen. Seine Argumentation stützt sich aber auch auf Adam Smiths Effizienzprämisse: „There is the truth that in both kinds of organisms the vitality increases as fast as the functions become

specialized. In either case, before there exist structures severally adapted for the unlike actions, these are ill-performed; and in the absence of developed appliances for furthering it, the utilization of one another's services is but slight. But along with advance of organization, every part, more limited in its office, performs its office better; the means of exchanging benefits become greater; each aids all, and all aid each with increasing efficiency; and the total activity we call life, individual or national, augments" (Spencer 1966a: 478, § 237).⁹⁰

Die Organsysteme der Gesellschaft entstehen nach Spencer also als Folge einer Differenzierung der gesellschaftlichen Aufgaben. Welche sind dann die ursprünglichen Erfordernisse einer Gesellschaft? Für Spencer muss jede Gesellschaft, um fortzubestehen, zwei grundlegende Erfordernisse erfüllen: sie muss sich nach außen gerichtet, gegen ihre Feinde verteidigen und sie muss nach innen gewandt, ihre materiellen Bedürfnisse befriedigen. Die früheren Stufen in der Entwicklung von Gesellschaften seien deshalb überall analog. Es finden sich also in allen Gesellschaften, wenn wir von den niedrigsten noch ganz undifferenzierten Stämmen zu nächst höheren Stufen emporsteigen, bereits zwei Klassen vor: die Klasse der Herren und die Klasse der Sklaven: „Herren, die als Krieger die Angriffs- und Abwehrtätigkeit ausführen und so vorzugsweise mit den Einwirkungen der Umgebung in Beziehung treten, und Sklaven, welche die inneren Tätigkeiten ausführen zum Zwecke des allgemeinen Unterhalts, zunächst ihrer Herren, in zweiter Linie auch ihrer selbst“ (Spencer 1887: 55, § 238). Dies sei also die erste Differenzierung: die Ausdifferenzierung von einem regulierenden System und einem Erhaltungssystem. Am Anfang ist dieser Gegensatz, der in primitiven Stämmen vor allem auf einer geschlechtlichen Differenzierung beruht, nur unbestimmt ausgeprägt. Wo der Stamm noch wesentlich von Jagd lebt, nehmen die herrschenden Männer noch einen großen Anteil am Nahrungserwerb. Mit der Ausbildung des Ackerbaus jedoch wird die Trennung immer deutlicher: die Herren übernehmen ausschließlich die leitenden Funktionen, während die Sklaven auf dem Feld völlig mit dem Nahrungserwerb beschäftigt sind. Nachdem sich die Gesellschaft in diesen zwei anfänglich in unmittelbarem Kontakt stehenden Schichten differenziert, steigert sie ihre Komplexität weiter durch eine Reihe von Innendifferenzierungen. Dort, wo die Gesellschaft viele Stämme umfasst, also an Volumen zugenommen hat, erzeugt die obere Klasse überall eine sie ergänzende Klasse von Anhängern, die auch hauptsächlich ebenfalls Krieger sind, während sich die untere Klasse in Hörige, Freie etc. zu unterteilen beginnt. So entsteht nach Spencer auf der einen Seite schließlich ein „regulierendes“ System, das die Ordnungsfunktionen (Regierung, Militär, Verwaltung) übernimmt, und auf der anderen – ein „erhaltendes“ System,

90 Der gleichen Argumentation, die den evolutionären Sinn von Spezialisierung in ihrer erhöhten Effizienz sieht, bedient sich auch der frühe Simmel (*Über soziale Differenzierung*, 6. Kap.: Die Differenzierung und das Prinzip der Kraftersparnis): „Jedes Wesen ist in dem Maße vollkommener, in dem es den gleichen Zweck mit einem kleineren Kraftquantum erreicht. Alle Kultur geht nicht nur dahin, immer mehr Kräfte der untermenschlichen Natur unsern Zwecken dienstbar zu machen, sondern auch jeden dieser letzteren auf immer kraftsparenderem Wege durchzusetzen ... Der evolutionistische Vorteil der Differenzierung lässt sich nun als Kraftersparnis fast nach allen hier angezeigten Richtungen ausdeuten“ (Simmel 1989: 258f.).

das sich in der Produktion von Gütern spezialisiert. Mit fortschreitender Entwicklung der Gesellschaft und mit der Vergrößerung ihrer Masse wird der Kontakt zwischen den beiden Klassen jedoch immer weniger direkt und es entsteht das Bedürfnis nach Vermittlung. So würde als Zwischenglied ein drittes großes Gesellschaftssystem ins Leben gerufen: das „verteilende“ Organsystem. Dieses umfasst laut Spencer den Bereich von Handel, Transport und Kommunikation, und wird für die soziale Weiterentwicklung, für die Entwicklung der beiden ursprünglichen Systeme also, immer unentbehrlicher. Denn weder regulierende Kontrolle noch Arbeitsteilung seien möglich, wenn entsprechende Kommunikations- und Transportmittel fehlen.

Das sind also die drei „großen Organsysteme“, in die sich Gesellschaften Spencers Theorie zufolge primär differenzieren. Wenn man jedoch einen Blick auf das Inhaltsverzeichnis seiner *Principles* wirft, dann wird man wohl mit Überraschung sehen, dass die Darstellung der drei Bände nicht einer Aufteilung in „*system of organs*“ folgt, sondern einer in „*institutions*“. Spencer hat sechs solche Institutionen aufgeführt: die familiären, die zeremoniellen, die politischen, die kirchlichen, die industriellen und die professionellen. Er wollte ursprünglich noch mehr Institutionen darstellen, das gelang ihm aber schließlich nicht. Gesellschaften sind für ihn also nicht allein in Organsysteme, sondern auch in Institutionen differenziert. Wie stehen aber diese zwei Arten von Differenzierung zueinander? Spencer hat sich meines Wissens nirgendwo explizit dazu geäußert. Man kann also nur Vermutungen aufstellen.⁹¹ Ich bin der Meinung, dass die Institutionen nach Spencers Auffassung eine Art Sub- bzw. Funktionssysteme bilden, die durch Innendifferenzierung der Organsysteme entstehen. Ich habe auch den Eindruck, dass die Institutionen von Spencer wohl als genetisch aufeinanderfolgend gedacht sind. Wie gesagt, geht Spencer von einer gleichartigen Entwicklung der drei Organsysteme in Richtung fortschreitender Spezialisierung aus. In diesem Sinne soll das Differenzierungsmuster der Institutionen auch gleich sein. Sie folgen dem gleichen „Entwicklungsgesetz“. Wie kann man aber die *institutions* dem *system of organs* zuordnen? Die Familie (*domestic institutions*) erfüllt z. B. die Aufgabe, das heranwachsende Kind zur Kooperation zu befähigen. Damit ist sie die ursprünglichste Institution des regulierenden Systems. Auch das Zeremoniell (*ceremonial institutions*), das beispielsweise rituelle Tänze als primitive Formen der sozialen Kontrolle einschließt, die den bürgerlichen Konventionen der Alltagskommunikation vorausgehen, scheint zum regulierenden Organsystem zu gehören. Natürlich hat auch noch die Politik (*political institutions*) die Regulierung der Gesellschaft als ihre ausschließliche Aufgabe. Sie entsteht nach Spencer aus dem Bedürfnis kollektiver Handlungen (vor allem im Krieg) zu

91 „Diese dem AGIL-Schema von Talcott Parsons ähnliche Ausgangsidee über den Zusammenhang von gesellschaftlichen Strukturen und Funktionen tritt im Weiteren allerdings etwas in den Hintergrund. Die folgenden sechs Teile der Soziologie, vergleichbar mit Niklas Luhmanns Büchern zu den einzelnen Funktionssystemen, behandeln unterschiedliche gesellschaftliche *institutions*, die den drei postulierten funktionalen Subsystemen nicht mehr eindeutig zugeordnet werden“ (Beetz 2010: 31).

koordinieren und die Gesellschaft zu einem gemeinsamen Ziel zu führen. Ähnliches leistet auch die Religion (*ecclesiastical institutions*), die aus der „Furcht vor den Toten“ entstanden, ursprünglich die stärkste Kontrolle ausübte und die weltliche Herrschaft mit der übernatürlichen Sanktion der Götter versah. Auf der anderen Seite differenziert sich als Teil des erhaltenden Organsystems allen voran die Wirtschaft (*industrial institutions*), deren Funktion darin besteht, Ressourcen für die permanente Aufrechterhaltung der internen Prozesse bereitzustellen und für die materielle Reproduktion der Gesellschaft zu sorgen. Dazu kommt noch die berufliche Ausbildung (*professional institutions*), deren Funktion Spencer darin sieht, das soziale Leben zu intensivieren. Unklar bleibt jedoch, in welche Institutionen sich das verteilende System differenziert. Außerdem wollte Spencer, wie erwähnt, noch andere Institutionen beschreiben wie die Sprache, die Wissenschaft, die Moral und die Kunst.⁹² Und wie diese unter den drei Organsystemen zu subsumieren wären, bleibt vollkommen unklar. In diesem Sinne sind die hier angeführten Zuordnungen in keiner Weise perfekt.

Man findet jedoch im Paragraph § 210 der *Principles* eine vorangestellte Zusammenfassung der geplanten Darstellung der Institutionen. Diese scheint die These einer Zuordnung der Institutionen unter den Organsystemen zu bestätigen. Hier definiert Spencer die Institutionen als Formen von Kooperation und ordnet sie wie folgt ein: die einfachste Form stellen die *domestic institutions* dar, es folgen die *political institutions*, dann die *ecclesiastical institutions* und die *ceremonial institutions*. Sie umfassen die Strukturen des regulierenden Organsystems. Dann folgen auf der anderen Seite auch die *industrial* und *professional institutions* als Strukturen des erhaltenden Organsystems. Dabei beschreibt Spencer ihre Entstehung und Weiterentwicklung als Trennung und Sonderung voneinander; heute würde man von Ausdifferenzierung sprechen. So schreibt er über die Entwicklung der kirchlichen Strukturen und Funktionen folgendes: „Indem wir von der Stufe derselben ausgehen, wo sie noch mit den staatlichen Strukturen und Funktionen vereinigt und oft kaum von ihnen zu unterscheiden sind, müssen wir ihre immer weiter abweichende Ausbildung verfolgen. Wie der Anteil des kirchlichen Einflusses an staatlichen Vorgängen allmählich immer geringer wird; wie umgekehrt auch die staatlichen Einflüsse eine immer geringere Rolle in kirchlichen Vorgängen spielen“ (Spencer 1887: 523). Auch die zeremoniellen Institutionen entstehen durch Ausdifferenzierung: „Das gleichzeitig sich entwickelnde System von Einschränkungen, durch welche die untergeordneten Tätigkeiten der Bürger im täglichen Leben reguliert werden, ist sodann zu behandeln. Als Dienerin der staatlichen und kirchlichen Kontrolle und

⁹² Es scheint so, als ob Spencer diese Institutionen, mit Luhmann gesprochen, auf die semantische Ebene ansiedelt und sie damit quasi als sekundär betrachtet: „Nach diesen Strukturen und Funktionen (die genannten sechs Institutionen, K.A.), welche die Organisation und das Leben jeder Gesellschaft ausmachen, sind gewisse damit verbundene Ausbildungen zu behandeln, welche die soziale Entwicklung unterstützen und ihrerseits von dieser gefördert werden – die Gebilde der Sprache, der Wissenschaft, der Moral, der Ästhetik“ (Spencer 1877: 525f., § 210. ebd.).

anfänglich unzertrennlich von ihnen, tritt uns die in zeremoniellen Gebräuchen verkörperte Kontrolle entgegen, welche, mit Regeln der Klassenunterordnung beginnend, zu Regeln des Verkehrs zwischen Mensch und Mensch sich entfaltet“ (ebd.: 524). Alle Institutionen stellt sich Spencer also als autonome Einheiten vor und er interessiert sich für die Art ihrer Beziehungen, für die „Wechselseitigkeit der Einflüsse“ (ebd.: 525). Dabei hält er die Beziehungen zwischen dem regulierenden und produzierenden Teil der Gesellschaft für besonders wichtig: „Die regulative und die operative sind in jeder Gesellschaft die Abteilungen, welche sich im allgemeinsten Gegensatz zueinander befinden, und die Untersuchungen von der höchsten Wichtigkeit in der Gesellschaftswissenschaft betreffen gerade die Beziehungen zwischen ihnen. So haben wir denn die Stufen zu studieren, welche der industrielle Teil von seiner ursprünglichen Vereinigung mit dem regierenden Teil bis zu seiner schließlichen Abtrennung durchläuft“ (ebd.). Allerdings ist die Gesellschaft nach Spencers Auffassung keineswegs nur durch die Beziehung von zwei oder mehreren seiner Teile bedingt. Sie ergibt sich vielmehr durch das fast unübersichtliche Geflecht der Wechselwirkungen aller Institutionen. Deshalb besteht ihm zufolge die Aufgabe der Soziologie schließlich darin, zu versuchen, die Gesellschaft in ihrer ganzen Komplexität zu erfassen: „Zuletzt bleibt noch die gegenseitige Abhängigkeit von Strukturen, Funktionen und Produkten in ihrer Gesamtheit genommen zu untersuchen übrig. Nicht allein beeinflussen sich alle die oben aufgezählten Organisationen, die häusliche, staatliche, kirchliche, zeremonielle und industrielle, durch ihre jeweiligen Tätigkeiten, und nicht allein werden sie alle täglich beeinflusst durch den Zustand der Sprache, des Wissens, der Moral und der Künste, sondern die letzteren werden ihrerseits sämtlich von jenen und ebenso voneinander beeinflusst. Zwischen diesen verschiedenen Gruppen von Erscheinungen findet doch immer ein gewisser Konsensus statt; die höchste Vollendung der Soziologie aber ist es, wenn sie das ungeheure, vielgestaltige Aggregat so zu erfassen vermag, dass ersichtlich wird, wie jede einzelne Gruppe auf jeder einzelnen Stufe teils durch ihre eigenen Antezedentien, teils durch die vergangenen und gegenwärtigen Einwirkungen aller anderen auf sie bestimmt wird“ (ebd.: 527).

3.1.3. ‚Militant‘- und ‚industrial society‘

Nach diesem knappen Umriss von Spencers Differenzierungstheorie, stellt sich nun die Frage: was könnte man daraus für unsere Fragestellung gewinnen? Wie hängt die Frage nach den Grenzen der ‚Gesellschaft‘ mit Spencers Differenzierungstheorie zusammen? Wie gesehen, hat nach seiner Auffassung die Beziehung zwischen dem regulierenden und erhaltenden Teil der Gesellschaft ein besonderes Gewicht für die soziologische Erklärung.

Beide Teile verhalten sich zueinander antagonistisch und man kann viel über eine bestimmte Gesellschaft sagen, je nachdem, ob dieses oder jenes Organsystem in dieser Gesellschaft dominierend ist. So denkt Spencer und demgemäß unterscheidet er zwischen zwei Typen von Gesellschaftsorganisationen: die militärische und die industrielle. Wenn man also die Frage nach den Gesellschaftsgrenzen im Rahmen dieser Theorie stellen will, dann muss er dies in Bezug auf diese Gesellschaftstypologie tun. Spencer selbst hat diese Frage nie explizit aufgeworfen. Aus seiner Typologie lassen sich jedoch, so meine These, einige indirekte Schlüsse ziehen. So z. B., wenn er in diesem Zusammenhang offenlegt, dass die Dominanz regulierender Institutionen in einer Gesellschaft mit Autarkietendenzen einhergeht, während die Dominanz produzierender Organisationen dagegen ein weltweites Netz von Austauschbeziehungen herzustellen tendiert.

Für Spencer kann man von einer Gesellschaft im eigentlichen Sinn nur dann sprechen, wenn die Individuen miteinander kooperieren. Dabei ist das Verhältnis zwischen Kooperation und Gesellschaft ein dialektisches: Kooperation wird durch die Gesellschaft möglich gemacht und sie macht wiederum die Gesellschaft möglich. Sie setzt assoziierte Menschen voraus, und diese bleiben assoziiert, so Spencer, solange sie ein Interesse an der Kooperation haben: „Ein Zerfallen der Gruppe wird erst dann verhütet, wenn die Bedürfnisse jedes einzelnen Gliedes durch Vereinigung seiner Anstrengung mit denen der anderen besser befriedigt werden, als es dies allein zu erzielen vermöchte“ (Spencer 1889: 293f., § 440). Das ist eine utilitaristische Auffassung, die im Individuum (und seinem ‚freien‘ Willen) das ursprüngliche Element der sozialen Organisation sieht. Die Organisationsform, die durch Kooperation entsteht, kann dabei nach Ursprung und Charakter nur zweierlei Art sein: sie entsteht entweder spontan und freiwillig oder gezielt und unfreiwillig. Die eine entsteht direkt aus der Verfolgung individueller Ziele und führt indirekt zum sozialen Wohlstand. Sie bringt die Strukturen des sustaining system hervor. Die andere hingegen entsteht direkt aus der Verfolgung von kollektiven Zielen und trägt nur indirekt zum individuellen Wohlstand bei. Sie bringt wiederum die Strukturen des regulating system hervor. Je nachdem, ob die einen oder die anderen Strukturen in einer Gesellschaft dominieren, kann man sie als „militärische“ (*militant society*) oder „industrielle“ (*industrial society*) einordnen. Die von Spencer gewählten Bezeichnungen weisen auf die zwei grundverschiedenen Zwecke hin, die Kooperation ursprünglich verfolgen kann: Kriegsführung oder Produktion. In allen wirklich existierenden Gesellschaften sind die beiden funktionalen Erfordernisse von Anfang an nebeneinander vorhanden wie damit auch die beiden Organsysteme: das regulierende und das erhaltende. Es geht laut Spencer deshalb nur darum, welche Kooperationsform mit der Entwicklung der Gesellschaft den Vorrang erlangt. Und das hängt davon ab, die Erreichung welches kooperativen Ziels für das Überleben der sozialen Einheit primär erforderlich wird: die Verteidigung gegen Feinde oder die Herstellung von Gütern. Je nachdem, was wichtiger

erscheint, wird die eine Organisation der anderen untergeordnet. In der Folgezeit bei einem Weiterbestehen des gleichen funktionalen Primats breitet sich der Charakter der in der Gesellschaft dominierenden Organisation progressiv in die ganze Gesellschaft aus und wird damit schließlich auch für die anderen Organisationen zum Modell für ihre Strukturbildung.

Der militärische und der industrielle Gesellschaftstypus unterscheiden sich also sowohl nach ihrem Ursprung wie nach dem Prinzip ihrer Organisation. Während der erste unter den Bedingungen von Krieg oder kriegerischer Bedrohung entsteht, setzt der zweite eine vollständig pazifizierte Umwelt voraus. Und während Gesellschaften, die in dauerndem kriegerischen Kampf mit anderen Gesellschaften verstrickt sind, gezielt eine Organisation bilden, die vor allem dem Überleben der Gesamtgesellschaft dienen soll, organisieren sich Gesellschaften, die friedlich leben, spontan zum primären Zweck der individuellen Bedürfnisbefriedigung. Bei der industriellen Organisation entsteht die Kooperation also von alleine und nimmt damit die Form einer „natürlichen“ Arbeitsteilung an, die von den Individuen ursprünglich weder geplant noch gewollt wäre: „Wo immer in einer primitiven Gruppe jenes Zusammenwirken beginnt, das im Austausch von Dienstleistungen besteht – wo immer der Einzelne seine Bedürfnisse besser befriedigt sieht, wenn er gewisse Dinge, die er am besten hervorbringen vermag, im Tausch gegen andere hingibt, für deren Erzeugung er weniger geschickt oder in minder günstiger Lage ist – da zeigen sich auch die Anfänge einer Organisation, welche sowohl hier als auf ihren späteren Stufen stets aus dem Bestreben hervorgeht, persönliche Bedürfnisse zu befriedigen“ (ebd.: 294f., § 441). Bei der militärischen Organisation steht es hingegen ganz anders. Hier entsteht und vollzieht sich die Kooperation als eine bewusste Gruppenhandlung, die ein bestimmtes gemeinsames Ziel (ursprünglich vor allem Verteidigung bzw. Angriff gegen andere Gesellschaften) verfolgt. Sie hängt damit mit kollektiven Entscheidungen zusammen: „Wenn sich die primitive Gruppe gegen andere Gruppen zu verteidigen hat, so arbeiten ihre Glieder unter dem Anreiz eines höheren Triebes als nur der rein persönlichen Wünsche zusammen“ (ebd.: 296). Als reine Typen gedacht, sind „*militant*“- und „*industrial societies*“ für Spencer deshalb zwei Extreme, die so nirgendwo existieren, die jedoch einen hohen heuristischen Wert haben. Alle ihre Charakteristika beschreibt er im Denkschema einer strengen Dichotomie: mehr vom einen bedeutet weniger vom anderen und umgekehrt. Wechselseitige Steigerungsverhältnisse zwischen militärischen und industriellen Organisationen sind für ihn undenkbar.

Die Typologie von *militant* und *industrial societies* ist für Spencer allerdings auch durchaus evolutionär konzipiert. In diesem Sinne ist sie eine Alternative zu Comtes Drei-Stadien-Gesetz historischer Entwicklung. So waren für Spencer fast alle Gesellschaften der Vergangenheit militärisch organisiert. Die industrielle Organisationsform sei hingegen erst seit dem 19. Jahrhundert in Europa entstanden und sei immer noch nicht vollkommen ausgebildet. Am einen Extrem stehen somit die kleinen primitiven Stämme, die

ausschließlich von der Jagd leben und sich ständig in Krieg mit benachbarten Stämmen befinden, am anderen hingegen – die großen modernen und arbeitsteilig produzierenden Gesellschaften in Westeuropa und in den USA, die nach Spencer kaum mehr Kriege führen. Am Beginn der sozialen Entwicklung stehen also kleine Gruppen (Horden), die Spencer der Abwesenheit von differenzierten Strukturen wegen als „einfache Gesellschaften“ bezeichnet. Sie sind in der Regel durch das Band der Verwandtschaft integriert, was auch einen hohen Grad an Ähnlichkeit unter den Individuen bedingt. Wenn solche Gruppen auch einen gemeinsamen Kult pflegen, dann haben sie den größten sozialen Zusammenhalt und die stärkste Kraft der Kooperation. Die Ähnlichkeit der sozialen Gruppe ist aber nach Spencer nur die eine Bedingung für ihre Integration. Die andere Bedingung, mit viel größerem Gewicht für die Weiterentwicklung von Gesellschaften, ist die vereinte Reaktion gegen äußere Feinde. Kooperation im Krieg ist also die wichtigste Ursache für soziale Integration. Erst nachdem mittels Krieg sich relativ große Gesellschaften bildeten und damit intern befriedet waren, konnte ein intensiver ökonomischer Austausch erfolgen und die Arbeitsteilung fortschreiten. In der Tat glaubt Spencer anhand seiner ethnologischen Daten zu beobachten, dass die ersten sozialen Institutionen (nämlich: die regulierenden) als Folge von Krieg entstanden sind.

Wodurch zeigt sich also der *militärische Gesellschaftstypus*? Zunächst: eine solche Gesellschaft befindet sich in einer feindlichen Umgebung. Spencer beginnt seine Darstellung mit einem Gedankenexperiment: stellen wir uns eine Gesellschaft vor, die sich in feindlicher Umgebung befindet. Wie würde sie darauf reagieren? Die Antwort lautet: sie würde bestimmt eine Armee aufbauen; und diese muss auch möglichst zahlreich sein. In der Armee sieht Spencer somit die erste Form von organisierter menschlicher Aktivität: „Die Kriegsgeschichte ist eine Geschichte der Erfolge von Menschen, welche darauf eingeübt waren, sich in Übereinstimmung miteinander zu bewegen und zu kämpfen“ (Spencer 1889: 671, § 550). Erst die ‚Militarisierung‘ verstärkt also die soziale Kohäsion: „Wie der lose Haufen von Wilden vor der festgefügt Phalanx zurückweicht, so muss auch unter sonst gleichen Bedingungen die Gesellschaft, deren Teile nur schwach zusammenhalten, hinter derjenigen zurückstehen, in welcher sie durch starke Bande vereinigt sind“ (ebd.: 672). Das genügt jedoch nicht. Damit die Armee schlagkräftig ist, so Spencer weiter, braucht sie auch die indirekte Hilfe der übrigen Bevölkerung. Die Gesellschaft wird sich deshalb als zweites in zwei Teile differenzieren: in die Gruppe der Krieger (bzw. der Herrschenden) und die Gruppe der Versorgenden (bzw. der Geknechteten). Aus der Logik der Situation folgt dann auch, dass die zweite Gruppe nie größer werden wird als es für die Versorgung der Krieger notwendig ist, da die Produktion ganz der Kriegsführung untergeordnet ist: je vollkommener das Wirtschaften den Bedürfnissen der Krieger angepasst ist, desto angepasster ist auch die Gesellschaft als Ganzes. Dies bedingt dann noch, dass auch die Versorgenden nach dem

Muster des Militärs organisiert und an die Armee angehängt werden. Nur so können ihre Dienste für die Krieger in vollem Umfang verwertbar sein. Im Idealfall werden alle Teile der Bevölkerung, die nicht direkt am Krieg teilnehmen, ausschließlich als Lieferanten der Krieger eingesetzt. Alles endet damit in einer totalen Mobilisierung und die Gesellschaft wird quasi zu ‚Organisationsgesellschaft‘, in der alle Individuen ihre fest bestimmten Positionen und Rollen haben. Die Individualität wird aus diesem Grund weitgehend negiert, denn hier haben die Individuen Bedeutung nur als Funktionsteile der gesellschaftlichen Maschinerie.⁹³

All dies – die vollkommen gemeinschaftliche Tätigkeit, die Unterordnung der Versorgenden der Krieger und die innigste Verbindung der ganzen Gesellschaft nach dem Muster des Militärs – kann natürlich, von den Individuen her gedacht, nicht freiwillig zustande kommen. Die Mobilisierung der Gesellschaft für Krieg setzt nach Spencer deshalb unvermeidlich die Bildung von Zwangseinrichtungen voraus. Zwang bedeutet nun Befehl und Gehorsam. Überall verläuft die ‚Kommunikation‘ nach diesem militärischen Muster, überall gibt es also eine strenge Hierarchie von Vorgesetzten und Untergebenen, die in sukzessiven Abstufungen der Unterordnung zueinander stehen: „Vom Despoten an bis herab zum Sklaven ist ein jeder Herr über die unter ihm stehenden und Untertan der über ihm stehenden“ (ebd.: 674, § 552). Die Gesellschaftsstruktur selbst bedingt damit die Zentralisierung der Macht auf eine Spitze, die alle Ressourcen der Gesellschaft (militärische, ökonomische, psychische etc.) steuert und auch in der Lage ist, dank der strukturell akkumulierten Macht, das Gemeininteresse gegenüber den divergierenden Individualinteressen höchst effektiv durchzusetzen. Hierarchie und Zentralisation sind für Spencer damit wichtige evolutionäre Errungenschaften, die aus den Erfordernissen des kriegerischen Daseinskampfes hervorgehen. Nur so kann eine Gesellschaft, die sich unter solchen Umständen befindet, eine schnelle Übermittlung von Informationen und Mobilisierung der Kräfte erreichen. Die andere Seite dieser Entwicklung ist allerdings, dass in militärischen Gesellschaften alle Aktivitäten der Tendenz nach unter der Kontrolle der Spitze gestellt werden. Damit wachsen die Strukturen des regulierenden Organsystems immer mehr und lassen keinen Raum für die Selbstorganisation der Gesellschaft, die im militärischen Typus ohnehin dysfunktional, sogar systemwidrig ist.

Die starre hierarchisch-zentralisierte Sozialstruktur militärischer Gesellschaften bedingt schließlich auf der Seite der Individuen entsprechende Verhaltensmuster und ein entsprechendes Wertesystem. Das erste Charakteristikum der in solchen Gesellschaften lebenden Individuen ist, dass sie in Konformität erzogen werden. Denn, so Spencer, jeder verbindet seine sozialen Chancen primär mit seiner Rangstellung. Er bezeichnet diese Art von Mentalität als Herrschaft des „status“. Damit bedient er sich der vom britischen

⁹³ Spencer nimmt implizit an, dass es Individualität auch außerhalb der Gesellschaft gibt. Diese individualistische Prämisse wird später von Durkheim radikal verabschiedet.

Rechtshistoriker Henry Sumner Maine eingeführten Unterscheidung von „*status*“ und „*contract*“.⁹⁴ Da für Spencer der Charakter einer Gesellschaft viel stärker durch die Natur ihrer Mitglieder (und hier vor allem ihrer Moral) als durch die Natur ihrer formalen Institutionen bedingt ist, gilt sein besonderes Augenmerk auch dem Wertesystem militärischer Gesellschaften. Dieses zeichnet sich laut Spencer dadurch aus, dass in ihm Körperkraft und Mut am meisten geschätzt werden. Dies liegt auch nahe, denn diese Eigenschaften sind entscheidend für den Erfolg im Krieg. Wer tapfer und stark ist, so Spencer, wird als „gut“ angesehen. Besonders das Ausüben von Rache nach dem allgemeinen Grundsatz „Leben um Leben“, ist für die Verhältnisse unter und innerhalb militärischer Gesellschaften konstitutiv. Rache gilt als Tugend und ihr Unterbleiben als Schande. Spencer erklärt das funktional: unter kriegerischen Bedingungen ist das Prinzip der Rache ein Selektionsmechanismus: „Wenn unter mehreren sich bekämpfenden Gruppen primitiver Menschen die einen eher als die anderen es duldeten, dass einzelne ihrer Mitglieder getötet wurden – wenn diese stets Wiedervergeltung übten, jene aber nicht, so mussten diejenigen, welche sich nicht zu rächen versuchten, da sie fortwährend ungestraft angegriffen werden konnten, entweder allmählich verschwinden oder ihre Zuflucht zu unwirtlichen Wohngebieten nehmen. Es kommt also von selbst zum Überleben derjenigen, die kein Vergeben kennen“ (Spencer 1889: 698, § 560). Unter dem Gesetz der Rache kann sich wiederum kein Gefühl für den Wert des Individuums entwickeln. Wo die Tätigkeit der Menschen dauernd auf das Erschlagen von Feinden gerichtet ist, meint Spencer, da werden die Individualrechte auf Leben, Freiheit und Eigentum nur wenig geachtet. Mord, Sklaverei und Diebstahl sind deshalb in militärischen Gesellschaften weit verbreitet und nicht geächtet. Verachtet wird hingegen die produktive Arbeit, denn nur Krieg bringt Ruhm, während Arbeit eher auf niedere Herkunft hinweist. Die geringe Achtung vor dem einzelnen Menschen hängt außerdem mit einer starken Achtung der Gruppe zusammen (Patriotismus). Ein solches Gefühl ist nötig, denn es trägt auch bedeutend zum Erfolg im Krieg bei. Damit ist weiterhin ein antrainierter Gehorsam verbunden. Loyalität wird groß geschrieben, und sie führt umgekehrt zu einem unbegrenzten patriarchalischen Vertrauen gegenüber der Vorgesetzten und der Regierung. Deshalb wird mit der fortschreitenden Ausbildung des militärischen Typus jede persönliche Initiative immer stärker zurücktreten, bis die Individuen in einem geistigen Zustand des passiven Aufnehmens und Abwartens verfallen und alles ausschließlich durch die Regierung ausgeführt wird.

Ganz anders präsentiert sich der *industrielle Gesellschaftstypus*. Seine Darstellung beginnt Spencer mit demselben Gedankenexperiment wie beim militärischen. Zunächst muss gesagt werden, dass „industriell“ hier nicht die Existenz einer entwickelten Industrie impliziert,

94 Im fünften Kapitel seines Buches *Ancient Law* (1861) beschrieb Maine die europäische Entwicklung von der mittelalterlichen Ständegesellschaft zur liberalen bürgerlichen Gesellschaft anhand eines Überganges der Rechtsform von „*status*“ zu „*contract*“.

sondern den strukturellen Primat jener sozialen Institutionen, die mit der Produktion von Gütern beschäftigt sind. Und das kann sowohl bei „zivilisierten“ Nationen wie „primitiven“ Stämmen vorkommen. Unerlässliche Bedingung für eine solche Entwicklung ist allerdings: die friedliche Umwelt. Und da bei primitiven Völkern in der Regel, mit sehr wenigen Ausnahmen, ein chronischer Kriegszustand herrscht, sieht Spencer eine entwickelte Form des industriellen Typus erst mit dem ‚liberalen Zeitalter‘ entstehen. Was würde also geschehen, wenn eine Gesellschaft keine äußeren Feinde fürchten muss? Die kollektive Mobilisierung würde wohl nicht mehr die erste Priorität sein. Wenn keine Gefahr von außen droht, dann würde sich die Gesellschaft, so Spencer, auf die Produktion konzentrieren und jeder Einzelne würde seinen eigenen Wohlstand verfolgen. Da unter diesen Bedingungen der Zusammenhalt der Gesellschaft nicht mehr vorrangig ist, ist auch die Unterordnung des Individuums der Gesellschaft nicht mehr erforderlich. Die Individualität des Bürgers wird deshalb nicht hingepflegt, sondern verteidigt und wird zunehmend sogar zur wesentlichen Aufgabe der Gesellschaft. Denn unter den Bedingungen des friedlichen Daseinskampfes, meint Spencer, ist nur diejenige Gesellschaft gut angepasst, in der Leben, Freiheit und Eigentum gesichert sind, und in der dem Individuum ein großer Spielraum gelassen wird. Die individuelle Freiheit ist aber mit einer hierarchischen und zentralisierten sozialen Ordnung inkompatibel. Deshalb werden die regulierenden Zwangseinrichtungen in industriellen Gesellschaften durch eine repräsentative Regierung ersetzt und die produzierenden Organisationen geben nun den Ton an. Die Gesellschaft hat damit keine Spitze mehr, aus der heraus alles gesteuert wird, sondern ist durch die Konkurrenz von widerstreitenden Interessen verschiedener Gesellschaftsgruppen bestimmt. Das frühere Statussystem wird deshalb progressiv durch das neue System des Vertrags ersetzt. Dieses stellt ein heterarchisches Netz sozialer Beziehungen dar, das, so Spencer, aus dem freien Tausch⁹⁵ gleichwertiger Dinge gesponnen wird: „Jeder Einzelne kann sich durch seine Arbeit ernähren, seine Erzeugnisse gegen diejenigen Anderer austauschen, Anderen Hilfe leisten und Bezahlung dafür empfangen, in diesen oder jenen Verband zur Ausführung eines kleinen oder großen Unternehmens eintreten, ohne dass die Gesellschaft als solche einen leitenden Einfluss darauf einübt. Der einzige Zweck, der noch durch öffentliche Tätigkeit zu erreichen bleibt, ist der, die private Tätigkeit innerhalb der gebührenden Schranken zu halten, und die Summe der hierfür erforderlichen öffentlichen Tätigkeit wird um so geringer, je mehr die privaten Tätigkeiten sich selbst in gebührendem Maße einschränken“ (Spencer 1889: 714, § 563).

Dieses Bild einer ‚bürgerlichen Gesellschaft‘ verbindet Spencer mit der Vorstellung einer

95 Spencer bezeichnet das Tauschverhältnis als ‚frei‘, weil er nur die formale (politisch-rechtliche) Gleichheit der Tauschenden im Blick hat. Inwieweit auch ökonomische Sachzwänge beim Tausch eine Rolle spielen, interessiert ihn nicht. So könnte man sich fragen, ob, trotz der Ersetzung der Rangunterschiede durch funktionale Rollen, sich an diese nicht weiterhin erhebliche Machtunterschiede anlagern. Hier fehlt bei Spencer eine Klassen- und Ungleichheitstheorie (vgl. Joas/Knöbl 2008: 131).

‚natürlichen‘ und damit ‚gerechten‘ Verteilung der sozialen Ressourcen, die sich nach seiner Überzeugung wie von selbst ohne jede Vermittlung oder Zwang herstellt. Unter den Bedingungen eines industriellen Wettbewerbs werden die Gesellschaften, glaubt Spencer, gezwungen sein, von jeder Form der Umverteilung ihrer Ressourcen zu verzichten. Denn das wird kontraproduktiv sein. Die funktionale Anpassung der Gesellschaft unter den neuen Bedingungen des „Daseinskampfes“ erfordert einen Wert- und Gerechtigkeitsmaßstab, der bei den Gesellschaftsmitgliedern für eine funktional richtige Motivationsstruktur sorgt. Der moralische Maßstab industrieller Gesellschaften lässt sich, denke ich, so kurz fassen: Disziplinierung in Eigenverantwortung. Dies bedeutet, so Spencer, dass jeder weder in höherem noch in geringerem Maße die Folgen seines Handelns auf sich nehmen soll: „Der Überlegene soll den Vorteil seiner Überlegenheit, der Untergeordnete den Nachteil seiner Untergeordnetheit tragen. Es wird also jedem öffentlichen Vorgehen Einhalt getan, das irgend einem Menschen einen Teil der Vorteile entzieht, welche er sich erarbeitet hat, und sie anderen Menschen zukommen lässt, welche sie nicht verdient haben“ (ebd.: 718, § 567).⁹⁶ Der Gerechtigkeitsmaßstab militärischer Gesellschaften bietet dabei das gerade Gegenpol an, indem bei der Belohnung zwischen Anstrengung und Vorteil nicht erwogen wird: „Wie in der Armee die Nahrung, Kleidung usw. jedes Soldaten nicht das unmittelbare Ergebnis der von ihm geleisteten Arbeit ist, sondern ihm willkürlich zugeteilt wird, während man ihm willkürlich andere Pflichten auferlegt, so gebietet auch überhaupt in der ganzen kriegerischen Gesellschaft der Höherstehende die Arbeit und verteilt die Erträge so, wie es ihm beliebt“ (ebd.: 719, § 568).⁹⁷

Industrielle Gesellschaften sind also keine Verteilungs-, sondern Leistungsgesellschaften.

96 In seiner Ethik des sozialen Lebens unterscheidet Spencer dementsprechend zwischen „Gerechtigkeit“ und „Wohltun“: „Jene besteht ‚in einer sympathischen Anerkennung der Ansprüche anderer auf freie Tätigkeit und die Früchte ihrer freien Tätigkeit‘, dieses ‚in der sympathischen Anerkennung der Ansprüche anderer auf Hilfe in der Erlangung dieser Früchte und in der Bessergestaltung ihres Lebens‘. Diese Unterscheidung scheint Spencer von fundamentaler Bedeutung zu sein. Das Gesetz der Gerechtigkeit ist das primäre; seine Befolgung ist die Grundbedingung für ein soziales Zusammenleben, und ihre Erzwingung ist daher Aufgabe des Staates. Das Gesetz des Wohltuns ist ihm gegenüber von sekundärer Bedeutung; das erste darf seinetwegen nicht gebrochen werden. Es geht deshalb nur das Individuum als solches und nicht den Staat an“ (Gaupp 1909: 177f.).

97 Spencer denkt ganz im Sinne von *Adam Smiths* ‚unsichtbare Hand‘, die als Ergebnis egoistisch motivierter Handlungen gemeinwohlfördernde Konsequenzen postuliert: „Smiths These lautet: Auch wenn Privatleute nur ihren eigenen Vorteil suchen, verteilt sich in einer durch Arbeitsteilung, Tausch und freie Verträge charakterisierten Gesellschaft das Einkommen auf alle – auch die niedrigsten – Stände der Bevölkerung. Was keiner beabsichtigt hat, wird durch eine ‚unsichtbare Hand‘ bewirkt: ein gewisses Maß an Gleichheit, zumindest bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse“ (Ballestrem 2001: 160f.). In der traditionellen moralphilosophischen Sicht war Verteilungsgerechtigkeit der zentrale wirtschaftliche Wertmaßstab. Dabei ging es vor allem um die gerechte Umverteilung von Renten. Für Smith hingegen gehen alle Arten von Renten auf abzuschaffende staatliche Privilegien zurück. Sein Gerechtigkeitsbegriff gründet auf Leistung und Leistungseinkommen: Gerechtigkeit kann und soll nicht an den Gesetzen des Marktes vorbei hergestellt werden. Er will, dass die Armen sich selber helfen. Der Staat soll dazu nur die Voraussetzungen schaffen: Rechtssicherheit für jeden, Schulen für alle, Abschaffung von Hindernissen, die dem fleißigen Armen, der seine Arbeitskraft dem Meistbietenden verkaufen will, im Wege stehen: „Einen Landwirt daran zu hindern, seine Erzeugnisse jederzeit auf den günstigsten Markt zu bringen, heißt augenscheinlich ... die normalen Gesetze der Gerechtigkeit einer Idee des öffentlichen Nutzens, einer Art Staatsräson zu opfern; ein Akt gesetzgeberischer Autorität, der nur in äußersten Notfällen ausgeübt werden sollte und nur dann entschuldbar ist“ (Smith 2005: 540).

Die Individuen definieren sich in diesen deshalb nicht mehr durch geerbte Positionen (Status) und jeder kann sich (formal) frei seine Beschäftigung, seinen Wohnort und seine gesamte Lebensführung aussuchen. Alles geschieht nach den Regeln des ‚freien‘ Marktes. Regulierende Organisationen würden deshalb zunehmend durch marktmäßig operierende Organisationen ersetzt. Es bildet sich ein so komplexes Netzwerk von sozialen Beziehungen, dass keine Bürokratie es zu steuern überhaupt in der Lage wäre.⁹⁸ Positive Zielsetzungen seitens der Regierung fallen damit weitgehend aus und es wird vor allem die negative Rechtskontrolle ausgebaut: „Zum Sklaven, zum Soldaten sagt die herrschende Autorität: ‚Du sollst dies tun; du sollst jenes nicht tun‘. Zum Gliede der industriellen Gemeinschaft aber sagt die Autorität nur: ‚Du sollst jenes nicht tun‘“ (ebd.: 720, § 569). Und wenn gewisse staatliche und militärische Strukturen auch beim industriellen Typus noch vorhanden bleiben, so würden diese nicht nach dem Prinzip des Status, sondern nach dem des Vertrages organisiert. Denn, so Spencers Annahme: je mehr ein Typus vorwiegt, desto stärker verzweigt er sich durch den anderen.

Es fragt sich schließlich: welche moralische Eigenschaften der Individuen bedingt der industrielle Gesellschaftstypus? Nach Spencer geht mit der Ausbreitung der Vertragsbeziehungen vor allem eine Steigerung des individuellen Selbstbewusstseins einher: „Der tägliche Austausch von Leistungen nach gegenseitiger Übereinkunft bedingt zu gleicher Zeit die Aufrechterhaltung der eigenen wie die gebührende Berücksichtigung fremder Rechte und begünstigt dadurch ein normales Selbstbewusstsein und einen hieraus entspringenden Widerstand gegen unbefugte Gewalt“ (ebd.: 745, § 574). Als Folge des gewachsenen Selbstbewusstseins sind die Einzelnen auch weniger geneigt, sich einer Autorität unterzuordnen. Die Achtung vor den Regierenden bindet sich deshalb mehr an ihre persönlichen Eigenschaften und Kompetenzen als an ihr ‚Amtscharisma‘. Die Loyalität gegenüber der Regierung ist nicht mehr so absolut wie in militärischen Gesellschaften. Noch wichtiger: der Patriotismus wird immer mehr durch kosmopolitische Ansichten und Gefühle ersetzt. Die Befriedung der internationalen Beziehungen führe nach Spencer sogar zur Senkung der Kriminalität innerhalb der Gesellschaften. Denn statt Rache breitet sich in ihnen eher das Mitgefühl aus. Auch die öffentliche Wertschätzung des Soldatenberufs wendet sich im industriellen Typus zugunsten produktiver Berufe und die Vorteile des freien Marktaustausches erwecken die Innovationskraft und den Unternehmungsgeist der Individuen. So wandeln sich die geistig trägen Mitglieder militärischer Gesellschaften unter dem industriellen Regime in aktive souveräne Bürger um, die ihr Schicksal nun in die eigene

98 „Spencer stützte seine Argumentation für einen minimalen Staat auf eine Theorie zunehmender sozialer Differenzierung. Eine zentrifugale Gesellschaft kann kein Zentrum haben, keinen politischen Kommandoplatz. Größere Komplexität kann nur durch solche dezentralisierte gegenseitige Regelungen koordiniert werden, die auf einem freien Markt vorkommen“ (Holmes 1985: 34).

Hand nehmen.⁹⁹

3.1.4. Evolution und soziale Evolution

Für Spencer unterlag alles im Universum einem kosmischen Rhythmus von Entstehung, Entwicklung und Auflösung, auch Gesellschaften. Sein Interesse galt dabei ausschließlich der Entwicklung (evolution, development). Sie war das integrierende Prinzip seines ganzen philosophischen Systems. In *First Principles* (1862) definiert er diese abstrakt als Transformation von unzusammenhängender Homogenität in zusammenhängende Heterogenität. Diese Transformation glaubt er dabei auf allen Ebenen der Natur zu beobachten: auf der unorganischen, der organischen und der „überorganischen“, also der sozialen Ebene. Was war nach Spencer der Motor dieses Prozesses? Er geht grundsätzlich wie die moderne Systemtheorie von einer Differenz in System und Umwelt aus. Die Folge dieser Prämisse ist, dass das Weiterbestehen eines Systems (*aggregates*) durch die Anpassung an seine Umwelt bedingt ist. Und die Anpassung erfolgt je besser, desto mehr die Komplexität des Systems steigt. ‚Evolution‘ ist in Spencers Augen damit nichts anderes als der natürlich verlaufende Prozess einer immer perfekteren Anpassung von Systemen an ihre jeweiligen Umwelten: “The process is a continuous differentiation of social institutions, and, at a psychological level, a development of altruistic natures in men, until the end-state of history is reached – a heterogeneous society in which men will rejoice in being highly and subtly dependent and will find no discrepancy between it and the free fulfilment of their own natures. The mechanism to ensure this happy outcome is adaptation, which operates at the higher levels of development through the medium of consciousness, but is basically the same at all levels of nature“ (Peel 1971: 153). Diese Zitate weisen auf die soziale Implementierung der evolutionstheoretischen Annahme hin, ihre Quelle liegt allerdings eher im Bereich der Biologie. Vor allem hatte Lamarcks ‚Theorie der Vererbung erworbener Eigenschaften‘ für Spencer einen Vorbildcharakter. Diese Theorie setzte den Beginn der evolutionistischen Naturbetrachtung, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts in allen Wissenschaften an Einfluss gewinnen sollte. Lamarcks Theorie besagt, dass die Aktivität eines Lebewesens in der jeweils gegebenen Umgebung mit der Zeit zur Bildung von

99 In der Standardliteratur wird durchgehend auf Spencers Dichotomie dieser zwei Gesellschaftstypen verwiesen. Er selber hat auch einen dritten angedeutet, der nach seiner Meinung erst nach langer Zeit kommen werde. Diesen Typus könnte man als ‚post-industriell‘ bezeichnen. Denn er werde zwar ein sehr fortgeschrittenes Produktionssystem haben, seine Erzeugnisse würden jedoch dazu benutzt werden, „um höhere Tätigkeiten ins Leben zu rufen“. Spencer schreibt: „Ebenso wie der Gegensatz zwischen dem kriegerischen und dem industriellen Typus schon angedeutet ist in der Umwandlung des Glaubens, dass der Einzelne zum Nutzen des Staates da sei, in den Glauben, dass der Staat zum Nutzen der Einzelnen da sei, so würde der Gegensatz zwischen dem industriellen Typus und demjenigen, der sich möglicherweise aus diesem entwickeln kann, durch eine Umwandlung des Glaubens, dass das Leben zur Arbeit bestimmt sei, in den Glauben, dass die Arbeit dem Leben zu dienen habe, gekennzeichnet sein (Spencer 1887: 150f., § 263).

Organen führt, die ihm ermöglichen, in dieser Umgebung zu leben.¹⁰⁰ Das andere Vorbild war *Darwins* ‚Theorie der Selektion durch natürliche Zuchtwahl‘. Spencer formulierte zwar seine Entwicklungslehre (er sprach von „*progress*“) noch vor Darwin und unabhängig von ihm. Erst nach dem Erscheinen von Darwins *Die Entstehung der Arten* (1859) begann er jedoch von „*evolution*“ zu sprechen und übernahm das Konzept des Daseinskampfes (als Konkurrenz für Ressourcen innerhalb der Art) in seine Theorie auf breiter Front. Allerdings blieb Spencer weiterhin bei der Überzeugung, dass die Anpassung an die äußeren Umweltbedingungen der primäre Evolutionsfaktor sei.¹⁰¹

Evolution ist also ein Ergebnis zweier Mechanismen: der Anpassung an die Umwelt und des Daseinskampfes innerhalb der Art. Worin besteht aber die Evolution selbst? Hat sie ein einheitliches Muster? Das hat sie in der Tat. Die Antwort liefert wieder die Biologie. In seinem programmatischen Essay *Progress: Its Law and Cause* (1857) schreibt Spencer, dass die deutschen Naturphilosophen und Biologen (Goethe, von Baer) entdeckt hätten, dass die Entwicklung von Organismen sich durch Wachstum der Masse und Differenzierung der Teile vollzieht, so wie beim Wachstum von Samen und Embryos: „In its primary stage, every germ consists of a substance that is uniform throughout, both in texture and chemical composition. The first step is the appearance of a difference between two parts of this substance; or, as the phenomenon is called in physiological language, a differentiation. Each of these differentiated divisions presently begins itself to exhibit some contrast of parts: and by and by these secondary differentiations become as definite as the original one. This process is continuously repeated – is simultaneously going on in all parts of the growing embryo; and by endless such differentiations there is finally produced that complex combination of tissues and organs constituting the adult animal or plant. This is the history of all organisms whatever. It is settled beyond dispute that organic progress consists in a change from the homogeneous to the heterogeneous” (Spencer 1966b: 9f.). Nun Spencer will zeigen, dass dieses Muster der organischen Entwicklung das universale Muster jeder Entwicklung darstellt: „Now, we propose in the first place to show, that this law of organic progress is the law of all progress. Whether it be in the development of the Earth, in the development of Life upon its surface, in the development of Society, of Government, of Manufactures, of

100 „Man habe nur im Auge zu behalten, dass veränderte Funktionen eine veränderte Struktur erzeugen – man denke an die Wirkungen eines erhöhten Gebrauchs oder fortgesetzten Nichtgebrauchs von Organen – und dass diese funktionell erzeugten Abänderungen der Struktur sich vererben, nicht etwa in dem Sinne, dass sich jede im Individuum funktionell hervorgerufene Abänderung nun sogleich und vollständig in seinen Nachkommen zeige, wohl aber so, dass in diesen dieselbe funktionelle Tätigkeit leichter eine entsprechende strukturelle Änderung hervorrufe, und dass sich, wenn dieser Prozess für eine Reihe von Generationen fort-dauere, seine Wirkungen anhäufen, bis sich zuletzt die strukturellen Modifikationen in den Jungen zeigen, bevor die Funktion, die sie ins Leben gerufen hat, in Tätigkeit getreten ist“ (Gaupp 1909: 127).

101 „Was aber Spencer tatsächlich von Darwin teilweise übernahm, ist das, was als die evolutionäre Konsequenz des ‚struggle for existence‘ angesehen werden kann, nämlich die sogenannte ‚Zuchtwahl‘. Darwin hatte damit die These vertreten, dass ‚zufällige‘ Abweichungen von dem Typus einer biologischen Gattung sich dann – und nur dann – durchsetzten, wenn diese einen Vorteil für das weitere Überleben jener Gattung erbrachten; und gerade diese sich behauptenden, ‚lebenstauglichen‘ Typusabweichungen stellten die natürliche Entwicklung der Arten dar“ (Kellermann 1976: 180).

Commerce, of Language, Literature, Science, Art, this same evolution of the simple into the complex, through successive differentiations, holds throughout. From the earliest traceable cosmical changes down to the latest results of civilization, we shall find that the transformation of the homogeneous into the heterogeneous, is that in which progress essentially consists" (ebd.: 10).

Spencer ist also überzeugt, dass Naturgeschichte und menschliche Geschichte unter einem gemeinsamen Nenner, dem „Entwicklungsgesetz“, zu fassen sind. Diese Annahme erklärt auch, warum er das Studium der Soziologie „als das Studium der Evolution in ihrer verwickeltesten Form“ versteht (Spencer 1975: 233). Soziologie ist die Wissenschaft von der „überorganischen“ Evolution und soll das Wachstum, die Struktur, die Funktion und die Produkte menschlicher Gesellschaften untersuchen, die aus den Interaktionen der Individuen resultieren. Die Theorie sozialer Evolution umfasst dabei die Prozesse des Wachstums und der Differenzierung von Gesellschaften. Sie beschreibt wie ein soziales „*aggregat*“ an Volumen zunimmt und wie sich seine Organisation infolgedessen differenziert. Wie verläuft also die Evolution von Gesellschaften? Wie das Entwicklungsgesetz vermuten lässt, entwickeln sich Gesellschaften analog zu biologischen Einheiten: „Gesellschaften beginnen ebenso wie lebende Körper als Keime – sie nehmen ihren Ursprung in Form von Massen, die außerordentlich klein sind verglichen mit der Masse, welche einige derselben schließlich erreichen. Dass aus kleinen wandernden Horden die größten Gesellschaften hervorgegangen sind, ist eine Annahme, die sich nicht mehr bezweifeln lässt“ (Spencer 1887: 22, § 224). Die kleine Masse der ersten Gesellschaftsformen korrespondiert mit ihrer undifferenzierten (bzw. homogenen) Struktur. Sie sind also in gleichartige Segmente differenziert: „Wie wir an den heute noch lebenden barbarischen Stämmen sehen können, ist die Gesellschaft in ihrer ersten und niedersten Form eine homogene Zusammenballung von einzelnen, die die gleichen Kräfte und Funktionen besitzen: Der einzige markante Funktionsunterschied ist derjenige, der sich aus dem Geschlechtsunterschied ergibt. Jeder Mann ist Krieger, Jäger, Fischer, Werkzeugmacher, Baumeister; jede Frau erledigt dieselben Arbeiten“ (Spencer 1967: 123f.). Die ersten Differenzierungen der Organisation beginnen mit der Vereinigung einfacher Gesellschaften. Eine solche „*integration*“ kann mehrmals stattfinden. Es gibt also verschiedene Stufen von Zusammensetzung und Wiederausammensetzung, wobei „zusammengesetzte“, „doppelt-“ und „dreifach-zusammengesetzte“ Gesellschaften entstehen. Der Grad an Integration bedingt damit die Komplexität der gesellschaftlichen Struktur. Es ist leicht anzusehen, dass noch mit der Annahme einer Analogie im Aufbau zwischen Organismen und Gesellschaften das Design von Spencers Theorie sozialer Evolution bereits aufgeworfen wurde: Evolutionstheorie konnte nichts anderes sein als Differenzierungstheorie.¹⁰²

102 „The Spencerian conception of the social organism had a double aspect. First of all, society resembled an

Spencers Theorie sozialer Evolution ist also eine Theorie sozialer Differenzierung. Und das war die erste solche Theorie in der Soziologie. Ihre Ausgangsthese lautet: damit es zur Differenzierung der sozialen Organisation kommt, muss die Bevölkerung wachsen. Nur in äußerst seltenen Fällen erlauben die Bedingungen jedoch, so Spencer, dass sich große Gesellschaften herausbilden und stabilisieren können. Entweder sind die äußeren ökologischen Faktoren ungünstig oder die Individuen sind nicht kooperativ genug. Dass also große und komplex differenzierte Gesellschaften entstehen, ist aus Spencers Sicht historisch kein Normalfall, sondern eine Ausnahme. Er geht zwar davon aus, dass Gesellschaften sich immer vollkommener an ihre Umwelt anpassen, aber er weiß auch, dass Evolution keine Einbahnstraße ist. Seine berühmte Formel vom „*survival of the fittest*“ besagt ja nur, dass allein die bestangepassten ihren Fortbestand sichern. Seine Evolutionsthese ist deshalb nur so zu verstehen, dass er eine positive Entwicklung der Menschheit im ganzen postuliert, keinesfalls aber, dass Fortschritt *in concreto* unilinear und ununterbrochen abläuft. Spencers Evolutionstheorie stellt damit allein den Versuch dar, die Komplexität der Welt zu erklären: „Spencer ist mitnichten Anhänger eines teleologischen Determinismus. Stattdessen ist die Faktizität komplexer Strukturgebilde in der Welt der Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Die evolutionstheoretische Fragestellung lautet demnach: Wie konnten die komplexen organischen und sozialen Systeme in ihren vielfältigen Variationen, strukturellen Homologien oder funktionalen Analogien überhaupt entstehen? Allein die evolutionstheoretische Rückführung der komplexen Strukturen des biologischen und des sozialen Lebens auf ihre elementaren Ursprünge macht ihre Existenz nachträglich plausibel und erklärt die Geschichte sowie die Mechanismen ihrer Entwicklung“ (Beetz 2010: 28).¹⁰³

Paragraph § 50 der *Principles* zeigt deutlich, dass Evolution für Spencer nichts anderes ist als ein bewegliches Gleichgewicht zwischen inneren und äußeren Kräften: „Die Entwicklung pflegt man sich gewöhnlich so vorzustellen, als ob damit eine in jedem Dinge steckende innere Tendenz verknüpft sei, etwas Höheres zu werden. Dies ist eine ganz irrige Vorstellung davon. In allen Fällen wird sie durch das Zusammenwirken innerer und äußerer Faktoren bestimmt. Dieses Zusammenwirken ruft Veränderungen hervor, bis ein

organism in terms of the structure and function of its various component parts. Institutions were to be explained in terms of their function as part of the social organism, just as organs of the body were explained by their contribution to the maintenance of the living system. Secondly, society also passed through stages of evolutionary growth which exactly paralleled the process of development apparent in organic evolution. Initially, societies were simple, unstructured, small, and uniform; they gradually became complex, structured, large, and individuated. In this sense, therefore, the theory of the social organism was an attempt to explain the dynamic processes of human history. Whereas the organic conception in its first aspect may be regarded as constituting the foundation of Spencer's functionalist sociological theory, in its other aspect it gave expression to his theory of history" (Taylor 1992: 174).

¹⁰³ Dies gilt übrigens auch für Comtes Fortschrittstheorie: „Entwicklungen starben ab; andere begannen nicht von vorn, sondern übernahmen den Stand einer vorherigen; immer gab es mehrere Entwicklungsrichtungen nebeneinander, z.T. ohne jeden Kontakt zueinander. Um dennoch eine unilineare und kontinuierliche Entwicklung entwerfen zu können, bedient er sich eines Kunstgriffs, den er von Condorcet übernimmt: Er unterstellt eine unilineare und kontinuierliche Entwicklung, so als ob ein einziges Volk die gesamte Zivilisationsgeschichte getragen habe, und nennt die dazu nicht passenden Informationen ‚Oszillationen‘ oder ‚Störungen‘“ (Fuchs-Heinritz 1998: 182f.).

Gleichgewicht zwischen den Kräften der Umgebung und den Kräften, welche das Aggregat jenen entgegengesetzt, erreicht ist – ein vollständiges (stabiles) Gleichgewicht, wenn das Aggregat kein Leben besitzt, ein bewegliches Gleichgewicht dagegen, wenn das Aggregat lebendig ist“ (Spencer 1877: 118f.). Nur in bestimmten, sehr seltenen Fällen kommt es nach Spencers Ansicht zum evolutionären Durchbruch. Die Entstehung eines etwas „höheren“ sozialen Typus ist dabei oft mit dem Rückschritt von anderen „niedrigeren“ sozialen Typen verbunden. Eine Analogie zur organischen Welt besteht auch hier: „Denn bei diesen überorganischen Aggregaten verursacht Fortschritt der einen Rückschritt der anderen ebenso gut wie bei den organischen Aggregaten: die höher entwickelten Gesellschaften drängen die tiefer stehenden in ungünstige Wohngebiete und veranlassen dadurch bei diesen eine Abnahme der Körpergröße oder einen Verfall der Struktur“ (ebd.: 120). Mit Rekurs auf derzeitigen Imperialismus weist Spencer auf den krieglerisch verlaufenden „*struggle for existence*“, der früher oft von der Eroberung ökologisch günstigerer Gebiete motiviert war, als mächtigsten Faktor der sozialen Evolution hin: „Fortwährend sind kosmische und terrestrische Veränderungen vor sich gegangen, welche die einen Wohngebiete verbesserten, während sie andere schlechter machten; stets ist es zur Übervölkerung, zur Zerstreung der Stämme, zum Kampf mit anderen Stämmen gekommen und haben die Besiegten in Gebiete zurückweichen müssen, die für das fortgeschrittene soziale Leben, was sie bereits erreicht hatten, ungeeignet waren; stets hat, wo die Entwicklung nicht von außen gestört wurde, wenigstens im Inneren Zerfall und Auflösung stattgefunden, welche den Zyklus der sozialen Veränderungen abschließen. Jene Veränderung der Rasse durch Rasse und jene Vertreibung der niedrigeren Rassen, die dabei nicht ganz erloschen, in abgelegene Winkel, die heutzutage so lebhaft vor sich geht und die von den ältesten historischen Zeiten an vor sich gegangen ist, muss von jeher stattgefunden haben. Damit ist aber von selbst dargetan, dass die Überbleibsel der niedrigeren Rassen, welche in rauen, unfruchtbaren oder anderweitig ungünstigen Gegenden Zuflucht suchten, zurückgeschritten sind“ (ebd.: 121).

Spencers Evolutionstheorie deutet soziale Entwicklungen also als Funktion ökologischer Faktoren, die jederzeit wandelbar sind. Noch vor Durkheims Emergenzthese, derzufolge Soziales nur durch Soziales zu erklären sei, sah Spencer das ständig wachsende Gewicht sozialer Faktoren für den Weiterverlauf der sozialen Entwicklung. Er glaubte nämlich, dass im Verlauf der Geschichte die Menschen aus ursprünglich nicht sonderlich sozialen und egoistischen Wesen zu immer kooperativeren und altruistischeren Gesellschaftsmitgliedern werden. Und dies deshalb, weil kooperatives und altruistisches Verhalten unter den Bedingungen des gemeinschaftlichen Lebens positiv sanktioniert wird: „Spencer will maintain that societies are determined by the character of their members, and that with evolution men progressively shed their selfish violence for altruistic pacifism. This process, loosely

described in Social Statics and merely elaborated in later works, is called ‚Adaptation to the Social State“ (Peel 1971: 154). Diese stets steigende Kooperationsbereitschaft führt nach Spencer zu einer beschleunigten Produktion sozialer Artefakte, die wiederum für die Gesellschaft und ihre Weiterentwicklung immer wichtiger werden. Er fasst es zusammen: „Die von Anfang an bestehenden Einflüsse der Umgebung, unorganischer wie organischer Art, ursprünglich fast unveränderlich, ändern sich mehr und mehr unter dem Einfluss der sich entwickelnden Gesellschaften. ... Die Einflüsse, welche die Gesellschaft auf die Natur ihrer Einheiten, und die, welche die Einheiten auf die Natur der Gesellschaft ausüben, wirken unaufhörlich zusammen, um neue Elemente zu schaffen. Indem die Gesellschaften an Umfang und innerer Gliederung zunehmen, üben sie gegenseitige Wirkungen aufeinander aus, bald durch kriegerischen Zusammenstoß, bald durch industriellen Verkehr und rufen so tiefgreifende Umgestaltungen hervor. Und die stets wachsenden, immer mehr sich komplizierenden überorganischen Erzeugnisse materieller und geistiger Art bilden eine weitere Gruppe von Faktoren, welche immer einflussreichere Ursachen der Veränderungen werden. So kommt es denn, dass jeder Schritt vorwärts den Faktoren, so verwickelt sie auch schon zu Anfang sein mögen, doch noch größere Verwicklungen bringt, indem er abermals neue Faktoren hinzufügt, welche immer komplizierter und gleichzeitig immer mächtiger werden“ (Spencer 1877: 17f., § 13). Damit zeigt sich noch einmal wie komplex Spencers Gesellschaftsbild tatsächlich ist.

3.2. Spencer und die ‚Weltgesellschaft‘

Wie verhält sich nun diese Gesellschaftstheorie zu den aktuellen Konzepten von ‚Weltgesellschaft‘ und ‚Globalisierung‘? Wir haben gesehen, dass für Spencer den Charakter einer Gesellschaft in höchstem Maße vom Verhältnis zwischen ihrer regulierenden und ihrer produzierenden Strukturen abhängig erscheint. Von der Dominanz der einen oder der anderen entscheidet sich, ob die Gesellschaft eine starre hierarchische und zentralisierte (also: stratifizierte) soziale Ordnung aufbaut, oder, im Gegenteil, ob sich ihre Organisation heterarchisch und arbeitsteilig (also: funktional differenziert) ausbildet. In einem Fall haben wir also einen „militärischen“ Gesellschaftstypus, im anderen – einen „industriellen“. In allen ihren Charakteristika sind diese Gesellschaftstypen einander stark entgegengesetzt: was der eine hat, hat der andere gerade nicht, und umgekehrt: „Militancy and industrialism are exemplified in a series of paired opposites: status vs. contract, vertical ranking vs. functional role, tradition vs. innovation, the ritual and ceremonial vs. the matter-of-fact, the figurative vs. the literal, subordination vs. equality, guilds and the command economy vs. the free market, deliberation vs. spontaneity, and so forth. It is the most elaborate version of a dichotomy

which dominated classical sociology and can perhaps be best summed up as a contrast between a dynamic economic realm and a static political realm“ (Peel 1971: 207).

Die Dichotomie dieser beiden Gesellschaftstypen entstand wohl wie vieles anderes in Spencers Soziologie auf der Grundlage von Comtes Überlegungen. Comte ist wie sein Lehrer Saint-Simon von einer Dichotomie zweier Phasen historischer Entwicklung ausgegangen: Militarismus und Industrialismus. Mindestens ebenso stark war Spencer jedoch von der englischen liberalen Tradition beeinflusst, und hier vor allem von der liberalen Nationalökonomie. Mit ihr teilt er die Auffassung, dass Handel und Interessenskalkül eine immer stärkere wechselseitige Abhängigkeit zwischen den Völkern schaffen werden, über die schließlich auch der globale Sieg der Marktrationalität über den kriegerischen Leidenschaften herbeigeführt werden würde. Krieg war für Spencer in den früheren Phasen der sozialen Entwicklung ein mächtiges evolutionäres Vehikel. Durch Krieg werden die ersten sozialen Organisationen und Institutionen geschaffen und die Individuen wurden durch Krieg erstmalig zur Kooperation gebracht. Erst die *militant societies* führten nach Spencer aus dem „immer prekären, instabil-vagabundierenden archaischen Sozialleben“ heraus: „(I)hr Part in der Evolution ist ein doppelter: über die organisierte Gewalt und militärische Herrschaft werden hier erstmals Gesellschaften intern hierarchisiert und in die Integration gezwungen; zugleich aber werden in den ‚militant societies‘ die Individuen ‚zwangszivilisiert‘, diszipliniert und auf ein festes Zusammenleben miteinander hin domestiziert; hier ist der Krieg der ‚Vater aller Dinge‘“ (Tyrell 1985: 194).

Dessen ungeachtet stehen Krieg und Militarismus bei Spencer, besonders in seinen publizistischen Texten, fast ausnahmslos als Bezeichnung für Primitivität und Brutalität der sozialen Verhältnisse. Sein sozialpolitisches Ideal ist ohne Zweifel der friedlich verlaufende (ökonomische) Austausch zwischen rechtlich gleichgestellten Individuen. Nur einen solchen Austausch bezeichnet er als „zivilisierten“ Umgang: „Spencer admits the force of the struggle of nature, but in applying it to society relativizes it ... all he is now saying is that in savage societies war is ‚natural‘ and prevalent, and that where war is prevalent, society must be described as savage“ (Peel 1971: 150). Spencer zeigt sich in dieser Hinsicht optimistisch. Er glaubt, dass sich die weltpolitische Ordnung zunehmend befriedet. Mit dem Aufkommen industrieller Gesellschaften werden Kriege immer seltener werden. An ihrer Stelle werde ein System internationaler Arbeitsteilung treten, in der der Kampf unter den Gesellschaften um Ressourcen zwar bestehen bleiben wird, er würde aber friedlich ausgetragen werden: nicht als direkter kriegerischer Konflikt, sondern als indirekter Konkurrenzkampf, um die Gunst Dritter. Mit dem Übergang vom militärischen auf industriellem Organisationsmodus ist nach Spencer also auch eine Umschaltung des Selektionsmechanismus sozialer Evolution verbunden. Als Folge davon, verspricht er sich eine Verbreitung des Völkerrechts und schließlich ihre Durchsetzung als Norm für die Lösung weltpolitischer Fragen. So würden

Völker, die kolonisiert wurden und noch unentwickelt sind, glaubt er, von den zivilisierten Nationen immer mehr nach völkerrechtlichen Prinzipien behandelt werden. In der Hochphase des Imperialismus plädierte Spencer für einen „zivilisierten“ Umgang mit „primitiven“ Gesellschaften, der ihrem eigenen Rechtsempfinden Rechnung trägt. Im Unterschied zu vielen Autoren seiner Zeit misst er die „Zivilisationsreife“ nichteuropäischer Völker nicht an ihren jeweiligen ethnischen, kulturellen oder religiösen Charakteristika, sondern an dem rein formalen Kriterium der Überwindung (bzw. des Verschwindens) des kriegerischen Habitus; letztlich also: an der Präsenz einer Rechtsordnung, die von den Gesellschaftsmitgliedern auch respektiert wird. Eine wichtige Folge dieser Annahme ist, dass ‚materielle‘ Unterscheidungen, die auf die prinzipielle Differenz von Weltreligionen, Zivilisationen und Kulturkreisen rekurren, für sein Theoriedesign so gut wie keine Rolle spielen. Damit steht seine Gesellschaftstheorie der These einer Vergesellschaftung aller Menschen, zumindest der Tendenz nach, prinzipiell offen.

3.2.1. ‘Doux commerce’, ‘commercial society’, ... ‘industrial society’

Wenn man nach der Relevanz von Spencers Gesellschaftstheorie für die aktuelle Weltgesellschaftsforschung fragt, dann stößt man als erstes auf seinen Begriff der „*industrial society*“. Dieser Begriff, wie auch seine Gesellschaftsdichotomie überhaupt, war eine Weiterentwicklung von Überlegungen, die bei verschiedenen Autoren von Thomas Hobbes bis Auguste Comte artikuliert wurden. Wie Hans Joas und Wolfgang Knöbl in ihrer Studie *Kriegsverdrängung* (2008) zeigen, war das Problem der Entstehung einer stabilen sozialen Ordnung in der Sozialtheorie seit der Neuzeit mit der Reflexion über Krieg und Frieden verknüpft. Hobbes z. B. ging in seiner Gesellschaftstheorie wie bekannt von der Annahme eines ursprünglichen „Naturzustands“ aus, in dem der Krieg aller gegen alle herrsche. Aus diesem wilden Zustand, in dem jeder unbeschränkt seine eigene Selbsterhaltung betreibt und sein eigenes Interesse verfolgt, erwächst nach Hobbes mit der Zeit ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer übergeordneten Gewalt, die allen Individuen Sicherheit und Schutz bieten kann. Durch ein gemeinsames Einverständnis, von Hobbes „Gesellschaftsvertrag“ genannt, verzichten darum alle Individuen auf ihr Naturrecht und schaffen eine soziale Ordnung, die Hobbes als eine politische Organisation, als einen Staat, begreift. Das war also eine hochgradig individualistische, sogar atomistische, Theorie, aus dessen Prämissen höchst illiberale Schlussfolgerungen gezogen wurden.¹⁰⁴ Wenn Hobbes Annahme eines

104 „Am Anfang einer Soziologie des Krieges und des Friedens stand also jenes berühmte Gedankenexperiment im Leviathan von 1651: Wie soll aus einem Naturzustand, in dem jeder nur seinen eigenen Nutzen verfolgt und vor Gewalt und Betrug nicht zurückschreckt, dabei aber auch ständig gewärtigen muss, Opfer von Vergewaltigung und Betrügereien zu werden und deshalb seinen Besitz und sein Leben nie in Ruhe genießen zu können – wie soll aus diesem Naturzustand eine friedliche und stabile soziale Ordnung hervorgehen?

allgegenwärtigen Krieges zwischen Individuen an sich unrealistisch ist, beschrieb sie jedoch relativ gut den Zustand permanenter Kriegsgefahr zwischen Gesellschaften. So hielt z. B. *Charles de Montesquieu* (1689-1755) Hobbes' Naturzustand für ein reines Phantasiegebilde: da Krieg erst eine Folge von Vergesellschaftung sei, könne es einen Krieg unter atomisierten Individuen gar nicht geben. Man könnte diesen Zustand jedoch auf die Ebene der internationalen Politik beziehen. Montesquieu stellte sich nämlich die Frage, wie die permanente Kriegsgefahr zwischen den absolutistisch regierten Staaten seiner Zeit entschärft werden kann. Seine Antwort darauf lautete: durch die Entwicklung von Handelsbeziehungen. Denn, der Handelsgeist, so Montesquieu, führe immer dazu, dass störende Vorurteile beseitigt und die Sitten besänftigt werden, da der Handelsgeist das Gefühl für strenge Rechtlichkeit erwecke: „Pointiert gesagt: die moralische Tiefe des ‚esprit de commerce‘ liegt darin, dass er einen unablässigen ‚commerce des esprits‘ eröffnet“ (Koch 2002: 65). Vor allem bestehe die natürliche Wirkung des Handels aber laut Montesquieu darin, zum Frieden geneigt zu machen. Weil Völker, die miteinander Handel treiben, mit tausenden Beziehungen voneinander abhängig werden. Dieses utilitaristische Argument besagt also, dass die handeltreibenden Völker zunehmend im Handel selbst ihren Vorteil erkennen, und sich dementsprechend hüten werden, Krieg gegeneinander zu führen: „Der Friede ist hier also das Resultat der wechselseitigen Interessenwahrnehmung“ (Joas/Knöbl 2008: 34). Montesquieus Theorie von „*doux commerce*“, die eine natürliche pazifizierende Wirkung der internationalen Handelsbeziehungen postuliert, wurde für das liberale Denken seit dem 18. Jahrhundert prägend.¹⁰⁵ Auch bis heute verweist man auf die gegenseitig wahrnehmbaren Wirtschaftsinteressen der Staaten als ein starkes Motiv, politische Unstimmigkeiten zu umgehen.

Allerdings baute Montesquieu seine Theorie der *doux commerce* in eine Lehre von den unterschiedlichen Gesellschafts- und Staatsformen ein, denen er alle ihr Lebensrecht zusprach: „So diskutiert Montesquieu etwa die republikanische Gesellschaftsform vor dem Hintergrund des zentralen Prinzips der Tugend. Und vor diesem Zentralprinzip muss sich seiner Meinung nach aus der Handel rechtfertigen. Wenn er behauptet, dass der Handel nicht korrumpiert, sondern Mäßigung, Arbeit und Ordnung fördert, dann behauptet er dies im Kontext einer Diskussion republikanischer Tugenden“ (ebd.: 35). Montesquieu war also keineswegs ein liberaler Denker, der sich nach einer durch Handel dominierten Gesellschaft sehnt. Dasselbe kann man auch für die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts höchst einflussreichen schottischen Moralphilosophen sagen. Die schottische Moralphilosophie stellte sich nämlich die Frage: „Wie kann das römisch-republikanischen Traditionen entlehnte Leitbild des Bürgers mit den neuen Bedingungen einer arbeitsteiligen kapitalistischen

Hobbes' Lösung bestand in der aus Todesfurcht motivierten Unterwerfung aller unter einen starken Staat oder den Willen eines allseits akzeptierten Herrschers“ (Joas/Knöbl 2008: 26f.).
105 Umfassend: Hirschman 1980

Großgesellschaft in Einklang gebracht werden?“ (ebd.: 39). Auch hier spielte Tugend also eine große Rolle. Diese Denker unterschieden sich aber von Montesquieu durch den Fortschrittsgedanken, den sie zu einem erkenntnisorganisierenden Prinzip machten. In diesem Zusammenhang entwarfen sie als die ersten in den Sozialwissenschaften Stadien der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Damit waren sie sicherlich anregend für die späteren Stufentheorien des 19. Jahrhunderts. So schreibt etwa *Adam Smith*: „Bei natürlichem Lauf der Dinge wird der Großteil des Kapitals jeder wachsenden Gesellschaft zuerst der Landwirtschaft zugeführt, dann der gewerblichen Produktion und zuletzt dem Außenhandel“ (Smith 2005: 406). Diesen drei ‚Stufen‘ lagert er noch zwei weitere vor: die der Jäger und der Hirten, die zusammen mit der ‚Stufe‘ der Bauern jedoch zur bereits genannten Stufe der Landwirtschaft gehören. Das eigentliche Interesse von Smith galt jedoch der letzten Stufe der „*commercial society*“. Diese zeichnet sich ihm zufolge vor allem durch eine fortgeschrittene Arbeitsteilung, die auch die Quelle ihres Wohlstands bildet. Grundsätzlich könnte man sagen: das ist ein Gesellschaftstypus, der durch die Dominanz der Ökonomie geprägt ist und das Handeln ihrer Mitglieder sich primär auf die Vermehrung ihres Reichtums und Wohlstands ausgerichtet.¹⁰⁶

Auch *Adam Ferguson* (1723-1816) wollte die, wie er meinte, zu seiner Zeit im Aufkommen begriffene *commercial society* beschreiben. Ähnlich wie Smith verbindet er mit dieser Gesellschaftsstufe die Vorstellung von einem historischen Fortschritt. In diesem Sinne unterscheidet er zwischen den zivilisierten „*polished nations*“ Westeuropas einerseits, wo Industrie und Handel weit fortgeschritten sind, und den primitiven „*rude nations*“ der außereuropäischen Welt, die Kommerz so nicht kennen. Allerdings sahen weder Smith noch Ferguson in der *commercial society* ein Gesellschaftsideal: „Auch wenn Ferguson zu Beginn seines *Versuchs über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft* als einer der ersten Autoren des 18. Jahrhunderts den Begriff der (modernen) ‚Zivilisation‘ prägte, so bleibt doch festzuhalten, dass damit keine Abwertung früherer oder nicht-europäischer Kulturen verbunden war. Und dies hat nicht allein damit zu tun, dass Ferguson insgesamt den Fortschritt pessimistischer sah als etwa Adam Smith“ (Joas/Knöbl 2008: 41). Viel stärker als Smith sah Ferguson Tugend und Kommerz als einander entgegengesetzt. Deshalb setzte er sich mit dem Begriff des „Interesses“ auseinander und wendete sich gegen eine verkürzte utilitaristische Auffassung von menschlichem Handeln: „In aktivem Handeln, in der Erreichung von Zielen, die aber nicht bloß zweckrational zu verstehen sind, erreicht der Mensch Glück, was nicht mit bloßer Sinnenbefriedigung zu verwechseln sei. Auch und gerade gemeinschaftsbezogene (im Gegensatz zu selbstsüchtigen) Tätigkeiten können

106 „Durch Arbeitsteilung und Tausch werden die Menschen voneinander abhängig. Jeder tut, was er am besten kann und setzt es ein, um zu bekommen, was andere besser können. So spart jeder Arbeit (d. h. Mühe) und erhöht seinen Nutzen. Der Tauschwert einer Ware besteht nach Smith deshalb darin, über ein bestimmtes Quantum fremder Arbeit zu verfügen“ (Ballestrem 2001: 136).

Glück hervorrufen. Aber damit ist das Handlungsspektrum des Menschen nicht erschöpft; gehandelt wird auch um die Ehre, um der Anerkennung willen. Es überrascht nicht, dass Ferguson den Auswirkungen der ‚*commercial society*‘, ihrer durch die Arbeitsteilung bedingten Kälte skeptisch gegenübersteht, weil sie im Prinzip die menschlichen Möglichkeiten verkürze. Und es kann auch nicht verwundern, dass er zu keiner klaren Verurteilung des Krieges kommt“ (ebd.: 46). Vielmehr erscheinen ihm der Krieg oder die Bereitschaft zum Krieg als Garanten der Tugend: „Ohne die Rivalität der Nationen und ohne die Praxis des Krieges könnte die bürgerliche Gesellschaft selbst kaum Inhalt und Form gefunden haben. Zwar könnten die Menschen ohne förmliche Übereinkunft Handel treiben, doch ohne Übereinstimmung innerhalb der Nation in Sicherheit zu leben, dies wäre ihnen nicht möglich“ (Ferguson 1986: 127).¹⁰⁷

Schon seit dem Ende des 18. Jahrhunderts wurde der Einfluss der politischen Ökonomie und des dort geführten Effizienzdiskurses jedoch so stark, dass die Kritik am „*commercial spirit*“ in der Sozialtheorie bald verdrängt wurde: „War in der schottischen Schule gerade durch den großen Einfluss des ‚*civic humanism*‘ eine Kritik an den Auswirkungen der ‚*commercial society*‘ stets sichtbar, oder war zumindest – bei Ferguson insbesondere, aber durchaus auch bei Smith – das Gespür für die durchaus auch negativen Folgen der Arbeitsteilung und des Erwerbsfleißes noch vorhanden, so war dies für viele der Nachfolger schon nicht mehr selbstverständlich“ (Joas/Knöbl 2008: 53). Am deutlichsten zeigt sich diese Entwicklung bei der Schule der Utilitaristen (Bentham, James und John Stuart Mill). Das war auch die theoretische Richtung, die Spencers Denken zum großen Teil prägte. Die Utilitaristen verfolgten ein anti-aristokratisches, liberales sozialpolitisches Reformprogramm und betrachteten menschliches Handeln in Hinblick auf Nutzenmaximierung und Abwägung von „*pleasure and pain*“. In Nachfolge von Montesquieu prophezeiten sie das Ende der Kriege. Immer mehr Menschen würden einsehen, so ihr Hauptargument, dass der Handel zwischen den Nationen von allgemeinem Nutzen sei, und dass Kriege stets nur hohe Kosten bringen. Dieses Denken war besonders bei *Jeremy Bentham* mit einer genuin anti-kolonialen Haltung verbunden. Auch *James Mill* war der Meinung, dass die kolonialen Verwaltungskosten den Nutzen, der aus den Kolonien zu ziehen ist, stets deutlich übersteigen. Außerdem seien sie

107 Auch wenn Ferguson die Grenzen des Ökonomischen ausloten will und den traditionellen politischen Tugenden den Vorrang vor der vordringenden Arbeitsteilung gibt, nimmt er trotzdem viele Ansichten Spencers vorweg. So erblickt er die Hauptmerkmale der „*polished society*“ gerade in der Individualisierung und der Verdrängung des Krieges durch den Vertrag. Und auch für ihn steht der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Größenwachstum auf der einen und Befriedung und Zivilisierung auf der anderen Seite fest: „Bei den modernen Nationen Europas, wo die Ausdehnung des Territoriums einen Unterschied zwischen dem Staat und seinen Untertanen zulässt, sind wir gewohnt, an den einzelnen Menschen mit Mitgefühl zu denken, selten aber mit Eifer an das öffentliche Wohl. Wir haben die Gesetze des Krieges verbessert und Linderungsmittel gegen ihre Härte erdacht. Wir haben die Höflichkeit mit dem Gebrauch des Schwertes verbunden; wir haben gelernt, Krieg unter Aufrechterhaltung von Verträgen und Verabredung zu führen und dem Wort eines Feindes zu vertrauen, dessen Untergang wir gleichzeitig in Erwägung ziehen ... Dies ist vielleicht das hauptsächlichste Charakteristikum, welchem wir bei den modernen Nationen das Prädikat ‚zivilisiert‘ oder ‚verfeinert‘ verleihen“ (Ferguson 1986: 362).

Hauptursache für kriegerische Dynamiken. Deshalb wäre der Freihandel allemal besser und nützlicher, nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch gesehen. Warum nehmen aber die großen europäischen Nationen nicht Abstand davon? Seine Antwort lautet: „Kolonien und daraus resultierende kriegerische Auseinandersetzungen sind im Interesse der ‚*ruling few*‘. Es gibt eine Staatsklasse, die aus Stellen in der Verwaltung wie in der Armee Nutzen zieht, und die deshalb das bisherige koloniale System am Leben erhalten will. ... Eine Lösung des Problems ist nur dann in Sicht, wenn sich die Interessen der Mehrheit in den jeweiligen Ländern durchsetzen“ (ebd.: 96).

Spätestens seit den 1830er Jahren wurde jedoch diese anti-koloniale Disposition, auch bei den Utilitaristen, zurückgenommen. *John Stuart Mill* (1806-1873) steht exemplarisch für diese Entwicklung. Er ging von einer scharfen Dichotomie zwischen (europäischer) Zivilisation und (außereuropäischer) Barbarei aus, wobei er Zivilisationen normativ eindeutig auszeichnet: „Zivilisationen sind hochgradig arbeitsteilige Gesellschaften, die nicht zuletzt auch im Krieg den barbarischen Völkern durch die in ihnen herrschende Disziplin und Kooperation eindeutig überlegen sind“ (ebd.: 98f.). Im Gegensatz zu Bentham, der noch meinte, dass das Kapital entscheidend für kapitalistisches Wachstum sei, kam für Mill diese Bedeutung den Märkten zu, in denen Kapital investiert werden könnte. Der Wohlstand, meint er, kann nur durch ständige Marktausdehnung garantiert sein. Denn „bestehe in zivilisierten Ländern die Gefahr, dass die Profitrate auf ein Minimum sinke, dass also angesichts von sich anhäufendem Kapital eine Art ‚stationärer Zustand‘ (‘stationary state’) drohe, der nur dadurch beseitigt werden könne, dass in fremden Ländern investiert werde“ (ebd.: 100). Mill, der wie sein Vater James in den Diensten der *East India Company* stand, rechtfertigt umstandslos die britische Herrschaft in Indien mit dem Argument, dass unreife Völker zu ihrer Erziehung einen kräftigen Despotismus benötigen. Freiheit wäre für solche Völker keine angemessene Kategorie, meint er. Deshalb sei auch die Anwendung völkerrechtlicher Prinzipien bei dem Umgang mit unzivilisierten Völkern problematisch: „Barbaren haben keine Rechte als Nationen, weshalb dann auch die auftauchende Kritik an den Taten der Kolonialmächte Frankreich und England in Algerien und Indien auf falschen Voraussetzungen beruhe ... Die universalen Regeln der Moral würden dabei allerdings nicht außer Kraft gesetzt“ (ebd.: 102f.). Nun anlässlich der französischen Intervention in Algerien hat zur gleichen Zeit ein anderer liberaler Denker, *Alexis de Tocqueville*, eine ähnliche Position entwickelt. Ähnlich wie Mill glaubte auch Tocqueville generell, dass der ökonomische Fortschritt eine zivilisierende Wirkung auf die internationale Politik ausübt, an ein endgültiges Ende des kriegerischen Zeitalters vermochte er deswegen jedoch nicht zu glauben. Seine Schriften zur „Algerienfrage“ geben Auskunft darüber: „Hier zeigt sich nämlich Tocqueville als ein überzeugter Nationalist, der – wie die späteren liberalen Imperialisten in Deutschland auch – die französische Expansion bedingungslos fordert und

einen mitleidslosen Krieg gegen die algerische Bevölkerung unterstützt. Die noch im 18. Jahrhundert verbreitete Aversion gegen Kolonien ist verschwunden und der Nationalismus ist so scharf, dass selbst John Stuart Mill, der Briefpartner Tocquevilles, über dessen Äußerungen zur Algerienfrage höchst irritiert ist“ (ebd.: 111f.). Algerien müsse unbedingt gehalten werden, meint Tocqueville, weil nur Kolonien Einfluss in der Weltpolitik garantieren. Ökonomische Vorteile hält er für sekundär. Deziert betont er, dass in Bezug auf Algerien die politischen Überlegungen alle nur denkbaren ökonomischen Interessen überlagern. Es gebe einen „höheren Standpunkt“ und das sei die Größe Frankreichs. Es zeigt sich also, dass der Liberalismus ab der Mitte des 19. Jahrhunderts bereits durchaus geneigt war, kriegerische Mittel zum Erwerb oder Erhalt von Kolonien zu akzeptieren.

Gerade in Frankreich erwachte jedoch der Glaube an die friedlichen Wirkungen wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Entwicklung neu. So waren bei *Henri de Saint-Simon* (1760-1825) und seinem Schüler *Auguste Comte* „bestimmte aus der Aufklärung stammende Argumente derart durchschlagend, dass Krieg und Gewalt vollkommen an den Rand der Betrachtung gedrängt wurden, was auch für das neu entstehende Fach Soziologie große Folgen haben sollte“ (Joas/Knöbl 2008: 117). Beide griffen die Fortschrittsideen der Aufklärer Turgot und Condorcet auf und interpretierten die politischen Ereignisse nach der Französischen Revolution als Symptom für einen gesellschaftlichen Systemwechsel. Sie glaubten einen alten Gesellschaftstypus, der sich durch die Vorherrschaft von Religion und Militär auszeichnet, durch einen neuen ersetzt zu sehen, der sich wiederum durch die strukturelle Dominanz von Wissenschaft und Industrie charakterisiert, und den sie als „industrielle Gesellschaft“ bezeichnen. Damit belebten sie die klassisch-liberale These der Unvereinbarkeit von Krieg und Ökonomie wieder. Für Comte spielten auch die Schriften von *Benjamin Constant* eine Rolle, in denen der Frieden als Kennzeichen der kommenden Zeit auftritt. Die Nationen heute seien eigentlich nicht mehr kriegerisch, meint Constant, „weil die Schäden von Kriegen unübersehbar geworden seien und militärische Auseinandersetzungen – wie die Erfahrung zeige – immer auch zu innerer Repression führten“ (ebd.: 122). Da die Individuen aber immer weniger bereit seien, ihre Freiheit aufzugeben, so Constant weiter, werde der Handel immer stärker an die Stelle des Krieges treten. In seinem programmatischen *Plan der wissenschaftlichen Arbeiten, die für eine Reform der Gesellschaft notwendig sind* (1822) formuliert Comte Constants These in die genannte Dichotomie zweier Gesellschaftstypen aus. Es gibt, schreibt er, „nur zwei mögliche Zwecke der Betätigung für eine Gesellschaft, wie zahlreich sie auch sei, ebenso wie das isolierte Individuum nur diese zwei Zwecke hat. Es handelt sich entweder um eine gewaltsame Einwirkung auf den übrigen Teil des Menschengeschlechtes, d. h. die *Eroberung*, oder um eine Wirkung auf die Natur, um sie zum Vorteil des Menschen abzuändern, d. h. die *Produktion* ... Der militärische Zweck war der des alten Systems, der industrielle Zweck ist

der des neuen“ (Comte 1973: 56, Herv.i.O.). Hier deutet sich bereits Comtes Drei-Stadien-Gesetz der historischen Entwicklung an: „Denn in der teleologischen These der notwendigen historischen Abfolge eines theologisch-militärischen, eines metaphysischen und schließlich eines – gegenwärtigen – positiven oder wissenschaftlichen Zeitalters kommt den je unterschiedlichen Tätigkeitsformen (Kriegsführung oder eben industrielle Arbeit) konstitutive Bedeutung zu“ (Joas/Knöbl 2008: 125). Comte geht davon aus, dass der Krieg in den frühesten Epochen eine durchaus funktionale Bedeutung hatte. Spencers These von der evolutionären Bedeutung des Krieges vorwegnehmend, beschreibt er die Geschichte als einen Prozess, in dessen Verlauf der Krieg sich selber abschafft, indem er Wirkungen erzeugt, die eine industrielle Entwicklung vorbereiten.¹⁰⁸ Im industriellen Zeitalter werde der Krieg nun dysfunktional, weil zwischen dem kriegerischen und erwerbstätigen Leben, zwischen dem kriegerischen und industriellen „Geist“, ein Gegensatz bestehe. An diese These von der Inkompatibilität von Krieg und industrieller Organisation knüpfte eben Spencers Theorie der *industrial society* an.

3.2.2. Imperialismus als evolutionärer Irrweg

Seit 1814 begann in Europa eine relativ friedliche Periode, die bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges dauerte. Karl Polanyi sprach in diesem Zusammenhang von einem „hundertjährigen Frieden“. Diese durch liberale Ideen geprägte Zeit war die empirische Grundlage für Spencers These vom Aufkommen einer neuen zivilgesellschaftlichen Weltordnung, deren Vorreiter England und die USA seien. Die Führungsposition dieser Staaten sah Spencer nicht primär in deren militärischen Stärke begründet, sondern in der fortschrittlichen Gesellschaftsorganisation, die sie seiner Meinung nach verkörperten. Tatsächlich scheint es zumindest bis 1880 so, als ob die Zeiten kolonialer Eroberung für Großbritannien vorüber sind und das britische Empire nun primär auf das Wachstum seiner Wirtschaft ausgerichtet ist. In London zeigte man sich stolz auf seine Industrie, bekannte sich zu einer friedlichen Außenpolitik und zum Freihandel. Der Zusammenhang zwischen imperialer Macht und wirtschaftlicher Dominanz wurde dabei selten thematisiert. So ist es deshalb auch kaum verwunderlich, dass Spencer die altliberale These vom genuin

108 „Ohne Kriege würde Gesellschaft aus einzelnen Familienverbänden bestehen; Chaos und Anarchie würden das Bild prägen. Erst durch den Krieg lernen die Menschen Ordnung, Regelmäßigkeit und Disziplin. In diesem Sinne spricht Comte von ‚der Schule des Krieges‘. Krieg ermöglicht, um es in aktueller Terminologie auszudrücken, den Übergang von segmentärer zu stratifikatorischer Differenzierung. Das Ergebnis von Krieg ist die Differenzierung zwischen einer herrschenden, Waffen tragenden Schicht, und einer unterworfenen Schicht, welche für die Sieger zu arbeiten hat. Das bedeutet, dass ein großer Teil der Bevölkerung der kriegerischen Tätigkeit entzogen ist und sich industriellen Aufgaben widmen kann bzw. muss. Kriege führen außerdem zur Erweiterung von Herrschaftsräumen. Jedes unterworfenen Volk wird der Kriegsführung entzogen. Je weiter die Herrschaftsräume, desto größer auch der Raum für industrielle Tätigkeit. Mit der industriellen Tätigkeit wächst auch der industrielle Geist“ (Kruse 2010: 28).

friedlichen Charakter des Handels und der Industrie, deren Ausdehnung alle Formen formaler politischer Herrschaft überflüssig machen sollte, durch die ganze fünfzig Jahre dauernde Periode seines Schaffens hindurch hartnäckig weiterführte. Auch in seinen letzten Essays, geschrieben vor dem Hintergrund des Burenkrieges (1899-1902), nachdem also die Tendenz der Zeit längst in der Richtung eines formalen Imperialismus umgeschlagen hatte, wendet er sich scharf gegen das, wie er meint, neuerwachte militärische Geistesklima in seiner Heimat und bezeichnet diese Entwicklung polemisch als eine „Rückkehr zur Barbarei“ (re-barbarization). Der europäische Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts war aus seiner Sicht also ein eindeutig in evolutionäres Phänomen, dem gegenüber er eine gänzlich ablehnende Position bezog. Zur Begründung führt Spencer zum einen das bekannte Argument, dass Kolonien nie rentabel seien, zum anderen, und darauf legt er viel mehr Wert, argumentiert er noch, dass militärische Aktivitäten nach außen eine militärische Reorganisation im Inneren der Gesellschaft bewirkten, was auf Dauer den freiheitlichen Charakter der eigenen Institutionen untergrabe: „He argued that colonial aggrandisement was disastrous since any commercial advantages would not outweigh the cost of conquest and administration, that it would lead to an arms race and ultimately conscription from which the working classes would suffer most, and cause general demoralization because it fostered ‘those sentiments which, joined with development of militant organization, end in destruction of free institutions and despotism’“ (Peel 1971: 233). Auch in den USA, wo, wie erwähnt, Spencers Einfluss relativ stark war, wurde diese Denkfigur kritisch gegen den Imperialismus verwendet. So argumentierte der Soziologe William Sumner in seinem anlässlich des Amerikanisch-Spanischen Krieges geschriebenen Pamphlet *The Conquest of the United States by Spain* (1899), dass die USA dank der überlegenen Flotte Spaniens zwar besiegt hätten, im Krieg seien sie aber selber eine imperialistische Macht geworden und würden damit letztlich vom „inneren“ Spanien besiegt, also: von seinen autoritären und kriegerischen Traditionen, die sie sich auf dem Weg des Imperialismus zunehmend aneignen würden. So die gleichzeitig paradoxe und provokative Schlussfolgerung.

In seiner Dichotomie zweier radikal gegensätzlichen Gesellschaftstypen postuliert Spencer also einen Zusammenhang zwischen kriegerischer Aktivität und unfreier und demokratischer Gesellschaftsordnung. Die eine Tendenz verstärkt die andere und umgekehrt. Es handelt sich, direkt gesagt, um ein wechselseitiges Steigerungsverhältnis. Konkret übersetzt, heißt das: die Vermehrung der Militärkraft und die aggressive Außenpolitik führen zur Bürokratisierung der zivilen Organisationen und zur Erweiterung der staatlichen Regulierung („Staatssozialismus“). Diese Annahme erörtert Spencer am Beispiel der Dialektik von Struktur (bzw. Organ) und Funktion: die Funktion schafft das Organ, das Organ regt aber die Funktion zusätzlich an. Der Imperialismus nach außen und die Ausweitung der staatlichen Regulierung und Zentralisierung im Inneren stellen somit die zwei Seiten dergleichen

regressiven Entwicklung dar: „An obvious corollary is, that a cardinal trait in the process of re-barbarization is the regrowth of graduated subordination” (Spencer 1966d: 122). Imperialistische Aktivitäten brauchen eine zahlreiche und straff organisierte Armee, die wiederum einen starken bzw. umfangreichen Staatsapparat benötigt. Dies setzt dann eine ausgedehnte Regulierung voraus etc. Dieser direkte Zusammenhang zwischen dem Wachstum des Imperialismus und dem Wachstum der Unfreiheit in der Gesellschaft bringt Spencer als Titel einer seiner Essays zum Ausdruck: *Imperialism and Slavery* (1902). „Not the derivation of the word only”, schreibt er dort, “but all its uses and associations, imply the thought of predominance – imply a correlative subordination“ (ebd.: 112). Alles folgt also unmittelbar aus der Logik der Gleichgewichtstheorie, wie sie in Bezug auf das Verhältnis zwischen dem regulierenden und dem erhaltenden Organsystem formuliert wurde. Wenn Gesellschaft durch militärische Aktivitäten dominiert ist, weiten sich in ihr die regulierenden Strukturen aus. Dementsprechend organisiert sich die Gesellschaft in der Form einer Hierarchie; sie ist also primär stratifikatorisch differenziert. Wenn Gesellschaft dagegen durch produktive Aktivitäten dominiert ist, weiten sich in ihr die erhaltenden Strukturen aus und sie organisiert sich progressiv in der Form eines heterarchischen arbeitsteiligen Netzwerkes; sie ist also primär funktional differenziert. Im einen Fall wird die Individualität beschränkt: sie muss dienen als Teil einer Maschinerie. Im anderen Fall ist sie dagegen frei: sie ist auf sich selbst gestellt.

Die Plausibilität von Spencers antiimperialistischer Auffassung leuchtet also vor dem Hintergrund seiner Dichotomie der Gesellschaftstypen durchaus ein. Ein stark ausgeprägter und institutionell garantierter Individualismus in der Gesellschaft ist für ihn das Kennzeichen der aufkommenden *industrial society*. Diese sollte der Prämisse nach funktional differenziert sein und deshalb demokratisch regiert. Demokratie und Individualismus sind für Spencer evolutionäre Errungenschaften, die es unbedingt auszubauen gilt. Hier stoßen wir allerdings auf ein Erklärungsproblem. Wie kommt es in einer Zeit, wo *industrial societies* in Westeuropa und Nordamerika langsam zum Normalfall werden, dass militärische Aktivitäten gerade dort wieder die Oberhand gewinnen? Wie kommt es, dass Gesellschaften, in denen industrielle Institutionen strukturell führend sind, kriegerisch werden? Wie gesehen, ist sozialer Fortschritt für Spencer nie ein unumkehrbarer Prozess. Vielmehr bedeutet er im konkreten Fall immer ein dynamisches Gleichgewicht, indem die Richtung der Entwicklung stark von den Umweltbedingungen abhängt. Deshalb ist re-barbarization für ihn keine Entwicklung, die vom Inneren der englischen Gesellschaft entspringt, sondern eine Reaktion auf Umweltbedingungen. Er weist auf die Erstarkung von Nationalismus und Militarismus in Europa seit dem deutsch-französischen Krieg (1870/71).¹⁰⁹ Die langfristigen Folgen dieses

109 „Gerade Preußen und sein Weg in den Militarismus zeigen ihm, dass die Unterscheidung zwischen militärischen und industriellen Gesellschaften ausschließlich eine typologische sein kann und nicht auf einen

Krieges scheinen ihm entscheidend für den neuerwachten Imperialismus, Protektionismus etc. Diese Phänomene resultierten nach Spencer aus dem Rüstungswettbewerb, in dem Deutschland, Frankreich und England seit den 1870er Jahren geraten sind und der zunehmend eine Eigendynamik entwickelt hat.¹¹⁰ Hier zeigt sich deutlich, wird diese Erklärung mit der zeitgleich entstandenen Imperialismustheorie Hobsons verglichen, dass eine innergesellschaftliche Analyse der Ursachen für Imperialismus bei Spencer fehlt. Dies betonen auch Joas und Knöbl. Indem er die Einheit der Gesellschaft als funktional differenzierte Ganzheit voraussetzt, verschleße er sich den Blick für die existierenden Macht- und Interessenunterschiede zwischen sozialen Gruppen und Klassen: „Was in der klassischen politischen Ökonomie etwa bei Adam Smith, aber auch bei Utilitaristen wie Jeremy Bentham und den beiden Mills noch präsent war – nämlich dass es auch in hochentwickelten Gesellschaften unterschiedliche Klassen gibt und die ‚ruling few‘ ein Interesse an Kolonien hätten, was dann zur steten Kriegsgefahr beitrage, weshalb die Kolonien zu emanzipieren seien (so zumindest Bentham) –, all dies verschwindet in den Spencerschen Argumentationsfiguren. Selbst wenn zutreffend sein sollte, dass Spencer im Unterschied zu Comte den Organismus-Begriff nur im Sinne einer Analogie auf soziale Gebilde angewandt habe, so ist gleichwohl klar, dass innergesellschaftliche Konflikte als systematische Probleme industrieller Gesellschaften bei ihm kaum mehr in den Blick geraten. Insofern ist es dann auch kaum mehr möglich zu fragen, ob und wie beispielsweise innergesellschaftliche Konstellationen auftreten, in denen (militärische) Gewalt entweder zu einer rationalen oder zumindest nachvollziehbaren Handlungsstrategie werden oder (militärische) Gewalt als das Ergebnis unintendierter Handlungsfolgen quasi unvermutet immer wieder hervorbrechen kann“ (Joas/Knöbl 2008: 135f.).

Ähnlich argumentiert ein anderer Spencer-Ausleger, *Fabrizio Battistelli*, demzufolge sich die Dichotomie von „militärisch“ und „industriell“ letztlich als ungeeignet erweise, um den kriegerischen „Rückfall in die Barbarei“ zu erklären. Denn, so Battistelli, es sei keine von außen kommende militärische Bedrohung, welche das Viktorianische England in koloniale Unternehmungen drängte, sondern Prozesse, die aus dem Inneren der Gesellschaft kamen. Wie Battistelli jedoch zu dieser Feststellung kommt, bleibt unklar. Mir scheint allerdings, dass historisch gesehen, Spencers Erklärung näher an der Wahrheit heranreicht, denn angesichts der heutigen Forschungslage ist erkennbar, dass der Imperialismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts vor allem das Ergebnis einer globalen Machtkonstellation war: „Zum Imperialismus gehört auch der Wille und das Vermögen eines imperialen Zentrums, die eigenen nationalstaatlichen Interessen immer wieder als imperiale zu definieren und sie in der Anarchie des internationalen Systems weltweit geltend zu machen. Imperialismus

linearen Entwicklungspfad verweist“ (Joas/Knöbl 2008: 133).
110 Spencer 1897: 661ff., § 849

impliziert also nicht bloß Kolonialpolitik, sondern Weltpolitik, für welche Kolonien nicht allein Zwecke in sich selbst, sondern auch Pfänder in globalen Machtspielen sind“ (Osterhammel 1995: 27).

Schließlich gilt es, Spencer in einem weiteren Kritikpunkt zu verteidigen. Battistelli erklärt eine bestehende Inkonsistenz zwischen Spencers intern- und externgesellschaftlichen Analysen: „Es bleibt unverständlich“, so Battistelli, „warum das ‚Überleben des Geeignetsten‘ (das sich leicht, und leider zu Recht auf das ‚Überleben des Stärksten‘ ausdehnen lässt), sich laut Spencer innerhalb der Gesellschaft (in Form der ökonomischen und sozialen Konkurrenz) frei durchsetzen soll, aber nicht zwischen verschiedenen Gesellschaften; oder warum es nützlich gewesen wäre, dass es das in der Vergangenheit zwischen verschiedenen Gesellschaften gegeben hat, heute aber nicht mehr geben soll. Vom ‚Freihändler‘ in dem Wettbewerb, der innerhalb der fortgeschrittenen Gesellschaften unblutig, aber in primitiven Gesellschaften blutig verläuft, wird Spencer zum ‚Protektionisten‘ in der harten Auseinandersetzung, in der sich die starken Gesellschaften (wie die Weltmacht Großbritannien) und die schwachen Gesellschaften (wie die afrikanischen und asiatischen Völker) heute gegenüberstehen“ (Battistelli 1989: 44f.). Gibt es also eine solche Inkonsistenz bei Spencer? Mir scheint, dass Battistelli hier falsch liegt. Es ist zunächst richtig, dass, wie bereits aufgeführt, Krieg im vorindustriellen Zeitalter für Spencer einen positiven Selektionsmechanismus darstellt: „Der Krieg unter den Menschen hat wie der Krieg unter den Tieren einen bedeutenden Anteil daran gehabt, ihre Organisation zu einer höheren Stufe zu erheben“ (Spencer 1875a: 244). Krieg, so Spencer, hat dazu geführt, dass schwache, unorganisierte Völker vernichtet wurden. Dadurch wurde die Vererbung von nützlichen Fähigkeiten, praktischer Intelligenz und Körperkraft gefördert. Und noch wichtiger: durch den Zwang der militärischen Unterordnung wurde im Individuum ein moralisches Pflichtgefühl eingepflanzt, das dieses sozial „kooperativ“ machte: „Eine verwandte Wahrheit ist die, dass nur durch eine Zucht der Unterwerfung erst unter einem Herrn, dann unter einen persönlichen Herrscher, dann unter ein weniger persönliches Regiment und darauf unter das von dem Staat ausgehende verkörperte Gesetz schließlich die Unterwerfung unter jenen Codex des Moralgesetzes erreicht werden konnte, durch welchen der zivilisierte Mensch im Verkehr mit seinen Nebenmenschen mehr und mehr gezügelt wird“ (ebd.: 248). Durch Krieg wurde also, nach Spencer, der Mensch erst zum sozialen Wesen. Das ist aber nur die eine Seite.

Mit dem Aufkommen des industriellen Stadiums kehren sich alle Wirkungen von Krieg in das Negative um. Unter den Bedingungen einer vorwiegend industriellen Umwelt, also in einer Konstellation, in der die meisten Gesellschaften primär auf Produktion und nicht auf Krieg ausgerichtet sind, wird Krieg zu einem negativen Selektionsmechanismus. Er führt nun nicht wie früher zur körperlichen und geistigen Veredelung der Menschen, sondern, ganz im

Gegenteil, zur Degeneration. Unverblüfft erklärt Spencer, dass jetzt nicht alle Männer in den Krieg geschickt werden, sondern nur die besten und gesündesten, während „die physisch geringeren“ daheim bleiben, „um die Rasse fortzupflanzen“ (ebd.: 249). Auch in Hinsicht auf die industrielle Entwicklung ist Krieg nun nur hemmend, weil er Menschen und Ressourcen erfordert, die sonst das industrielle Wachstum fördern würden; weil er die komplizierten Wechselbeziehungen zwischen den vielen produktiven und distributiven Kräften stört; und weil er viele für Verwaltung und Bildung wertvolle Kräfte an sich rafft, welche sonst dazu beitragen würden, die Industrie und ihre Organisation zu verbessern. Vor allem sind aber die Auswirkungen vom Krieg auf die moralische Natur der Menschen höchst schädlich. Krieg macht die Menschen jetzt nicht sozial, sondern gerade asozial. Denn die persönlichen Eigenschaften, die durch kriegerische Handlungen erzeugt werden, so Spencer, Verbrechen und Rücksichtslosigkeit gegen andere nähren. Spencer zieht sein Fazit: „Hart und blutig wie der Prozess ist, gewährt das Vernichten niedrigerer Rassen und niedrigerer Individuen doch ein Übergewicht der Vorteile für die Menschheit während solcher Phasen des Fortschritts, in welchen die sittliche Entwicklung langsam vor sich geht und keine sehr lebhaften Empfindungen vorhanden sind, welche durch die Zufügung von Schmerz und Tod beständig verletzt würden. Aber sobald Staaten von höherem Typus entstehen, welche individuelle Charaktere voraussetzen, die für engeres Zusammenwirken tauglich sind, haben die von solchen höher angelegten Staaten ausgeübten zerstörenden Tätigkeiten schädliche reagierende Wirkungen auf die sittliche Natur ihrer Glieder, Wirkungen, welche die aus der Vertilgung niedrigerer Rassen entspringenden Vorteile überwiegen. Wenn diese Stufe erreicht worden ist, muss der Reinigungsprozess, der immer noch ein bedeutender bleibt, durch den industriellen Krieg weiter geführt werden, durch eine Konkurrenz der Gemeinwesen, während deren die physisch, gemütlich und geistig Besten sich am meisten ausbreiten und die mindest Fähigen allmählich verschwinden, weil ihnen nicht gelingt, eine hinlänglich zahlreiche Nachkommenschaft zu hinterlassen“ (ebd.: 252f.).

Für Spencer geht also der Übergang zu *industrial societies* keineswegs, wie Battistelli meint, mit der Ausschaltung jeglichen Daseinskampfes zwischen Gesellschaften einher, sondern nur mit der progressiven Ausschaltung des kriegerischen Konfliktes zwischen ihnen. Krieg würde im industriellen Zeitalter vielmehr durch „*industrial war*“ bzw. durch (formal) friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb ersetzt, der nun als neuer Selektionsmechanismus fungiert. Aus diesem und anderen Gründen ist imperialistisches Eingreifen gegen andere Gesellschaften für eine moderne funktional differenzierte Gesellschaft für Spencer ein Anachronismus: „His candid admission of the past benefits of brutality and violence in the consolidation of societies and the elimination of ‚inferior races‘, did not lead him to advocate such policies for the civilized; and when imperial wars were justified and practised in this way, Spencer called them ‚barbarous‘ and ‚cannibal‘, and saw them not as a means of advance, but as a

symptom of regression" (Peel 1971: 150). Und da sein historischer Blick an die Vorstellung einer schrittweisen nach Naturgesetzen verlaufenden Entwicklung zu immer mehr Komplexität bis zuletzt behaftet bleibt, ist er überzeugt, dass die imperialistischen und militaristischen Tendenzen seiner Zeit zwar vielleicht eine lange, aber nur „vorübergehende Welle der Reaktion“ sind (vgl. Spencer 1889: 780, § 580). Für ihn steht fest, dass die fortschreitende Umwandlung der sozialen Strukturen in arbeitsteilig organisierten Systemen, die zum Zweck der Produktion existieren, imperialistische Militanz immer stärker dysfunktional erscheinen lassen würde. Die weitere Ausdifferenzierung von politischen und industriellen Institutionen wird darüber hinaus Regierungseingriffe in die sich selbst organisierenden Strukturen der Gesellschaft immer schwieriger machen.¹¹¹ Kurzum: die internationale Konkurrenz, die nun nach Effizienzkriterien verläuft und damit eine ständig fortschreitende funktionale Differenzierung als Anpassungsreaktion bei Gesellschaften auslöst, wird nach Spencer eine Rückkehr zu entdifferenzierten Organisationsmustern mit dem Untergang bestrafen: „Es gilt: ‚Vom Kriege hat die Welt bereits empfangen, was er ihr überhaupt geben konnte‘. Dies gelte auch für den Imperialismus: Selbst wenn das Ausgreifen der europäischen Gesellschaften in früheren Zeiten sinnvoll gewesen und die barbarischen Völker völlig zu Recht ‚zivilisiert‘ worden seien, so sei doch heute fraglich, ob dieser immer mit kriegerischen Mitteln vorangetriebene Imperialismus noch die Anforderungen hochdifferenzierter industrieller Gesellschaften gerecht werden könne, zumal jener Imperialismus zwangsläufig genau jene militaristischen Strukturen hervorrufe, die dem industriellen Gesellschaftstyp widersprechen“ (Joas/Knöbl 2008: 135). Die Geschichte hat Spencer recht gegeben.

3.2.3. Industrialismus und Rückbildung des Staates

Spencers vehemente Kritik am Imperialismus stand in direktem Zusammenhang mit seiner Kritik an der Ausweitung staatlicher Regulierung in England und anderen europäischen Staaten. Bereits in den 1870er Jahren konstatiert er mit Besorgnis, dass die staatlichen Aktivitäten in den Bereichen der Sozial- und Kommunalpolitik stets zunehmen. Dazu

¹¹¹ *Joseph Schumpeter* trat in seiner *Soziologie der Imperialismen* (1919) in den Fußstapfen Spencers ein, wenn er den Imperialismus als eine vorkapitalistische Erscheinung beschrieb und die psychischen Dispositionen einer kapitalistischen Gesellschaft für genuin unkriegerisch erklärte: „Die Konkurrenzwirtschaft absorbiert alle Kräfte der Majorität der Leute aller ökonomischen Schichten. Gespannte ununterbrochene Aufmerksamkeit, Einsetzung aller Energie ist in ihr Bedingung ökonomischen Überlebens, zunächst in den speziell wirtschaftlichen Berufen, sodann auch in den nach dem Muster der wirtschaftlichen organisierten anderen Tätigkeiten. Energieüberschuss, der sich als Kriegs- und Eroberungslust äußern könnte, ist da viel weniger vorhanden, als in jeder der vorkapitalistischen Welten. Der Energieüberschuss strömt größtenteils ebenfalls in die Wirtschaft, macht deren glänzendste Erscheinungen aus – den Typus des Industriekapitäns – und im übrigen in Kunst, Wissenschaft, sozialen Kampf. Was kriegerische Energie war, wäre in einer rein kapitalistischen Welt Arbeitsenergie aller Art. Und Eroberungskriege, überhaupt die Abenteuer einer aktivistischen äußeren Politik müssten als leidige Störung, als Zerstörung des Sinnes des Lebens, als Ablenkung von den gewohnten – daher ‚wahren‘ – Aufgaben empfunden werden“ (Schumpeter 1919: 52f.).

gehörten, laut Spencer, Vorgänge wie die Einführung einer staatlichen Bildung und die Bürokratisierung der zivilen Verwaltung. Auch in der Gesellschaft beobachtet er einen Mentalitätswandel, der sich vor allem an der Belebung der Gewerkschaften und an der Verbreitung sozialistischer Ideen und Gefühle zeige. „Die Schlussfolgerung scheint nicht vermieden werden zu können“, schrieb er resigniert, „dass diese zusammenwirkenden Ursachen sehr bald jenen Verfall des Selbstbesitzes in das Eigentumsrecht der Genossenschaft herbeiführen müssen, welcher teilweise im Kollektivismus und vollständig im Kommunismus erreicht wird“ (Spencer 1897: 670). Spencer deutete den aus heutiger Perspektive beginnenden Aufbau des Sozialstaates in Europa also als eine antiindividualistische Tendenz, die, wie er meinte, ganz wie es den Sozialisten vorschwebte, in der Kommandowirtschaft der Kriegsgesellschaft ihren logischen Abschluss finden würde. Diese Entwicklung war für ihn damit nur die Rückseite des Imperialismus. Vor dem „Sozialismus“ graute es ihm, denn er war überzeugt, dass dieser den Massen keinesfalls die erhoffte Befreiung bringen würde, sondern nur die neue Knechtschaft unter einer staatlichen Bürokratie: „Anstatt Beschränkungen und Vorschriften der alten Arten werden jetzt allmählich neue Arten von Beschränkungen und Vorschriften auferlegt. Anstatt der Herrschaft machtvoller politischer Klassen arbeiten jetzt die Menschen für sich selbst eine Herrschaft offizieller Klassen aus, welche wahrscheinlich gleich machtvoll, oder wahrscheinlich noch machtvoller werden werden, - Klassen, welche schließlich von denen, die die sozialistischen Theorien in Betracht ziehen, ebenso weit abweichen, wie die reiche und stolze Hierarchie des Mittelalters von den Gruppen armer und ergebener Missionare abwich, aus welcher sie hervorging“ (ebd.: 672f.).

Wie erwähnt, verband Spencer den Fortschritt des industriellen Typus mit der Prognose einer starken Dezentralisierung und Reduktion des staatlichen Apparats. Diese These leitet sich aus der Grundannahme ab, dass regulierende Institutionen mit den Erfordernissen der Kriegsführung zusammenhängen. Wenn es also unter dem industriellen Regime weniger Kriege geben sollte, dann musste man in *industrial societies* erwartungsgemäß auch die Tendenz beobachten, dass die Regulierung zurückging und sich immer mehr soziale Bereiche autonom organisierten. In dieser Dichotomie, die Staat mit Hierarchie und Regulierung, und Gesellschaft mit Arbeitsteilung und Selbstorganisation assoziiert, spiegelt sich bei Spencer das klassische liberale Gesellschaftsbild wider, das seit Hobbes und Locke die Gesellschaft von den Individuen her definiert. Angelpunkt der liberalen sozialpolitischen Tradition war der Schutz und die Förderung privater Interessen und privaten Nutzens. Die liberale Auffassung von Staat und Politik hatte demgemäß insgesamt wenig Inspirierendes zu bieten. Das Misstrauen gegenüber dem Staat führte zur Ablehnung der von Aristoteles eingeführten Annahme einer Identifikation persönlicher und politischer Zwecke. Denn würden die Staatsziele zum Ideal erhoben, ist auch die Gefahr groß, dass die Individuen bloß zu

Ressourcen degradiert werden. Spätestens seit dem 18. Jahrhundert wurde ‚Gesellschaft‘ deshalb nicht mehr als Staat, sondern als eine spontan entstandene Ordnungsstruktur begriffen, die sich durch selektive Anpassungsprozesse, und nicht durch das Eingreifen einer übergeordneten Steuerungsinstanz entwickelt. Allen voran machte *Adam Smith* diese Auffassung populär: „Die Natur oder die Vorsehung haben es so eingerichtet, dass die für das Zusammenleben der Menschen fundamentalen Regeln und Institutionen weder vom Wohlwollen noch von der Einsicht einzelner Subjekte abhängen. Sie entstehen und entwickeln sich, auch wenn keiner sie erkannt und gewollt hat. Das heißt freilich nicht, dass die Menschen keinen Einfluss auf sie hätten. Durch falsche Theorien und partielle Interessen geleitet, können sie der Gesellschaft schweren Schaden zufügen und den Fortschritt verzögern, umgekehrt aber auch zu einer gerechten Ordnung beitragen und den Fortschritt fördern, wenn sie die richtigen Einsichten besitzen und sich von objektiven Gesichtspunkten leiten lassen“ (Ballestrem 2001: 148f.). Die gleiche Überzeugung bringt Spencer an mehreren Stellen seiner *Principles* zur Sprache. Der objektive Charakter gesellschaftlicher Ordnungen, die durch Arbeitsteilung entstehen und sich weitgehend nach eigenen Gesetzmäßigkeiten bilden, bedeutet jedoch nicht, dass diese Ordnungen im luftleeren Raum existieren. Weder Smith noch Spencer denken so. Keiner der beiden schließt die Augen vor der Tatsache, dass es in der Gesellschaft gegensätzliche Interessen gibt. Beide teilen deshalb die Meinung, dass eine Gesellschaft nur auf der Grundlage einer moralisch-rechtlichen Regelung möglich ist. In diesem Sinne müsste man wohl Spencers sozialpolitische Auffassung nicht gleich als „sozialdarwinistisch“ bezeichnen.¹¹²

Wenn jedoch Arbeitsteilung und die durch sie entstehenden Strukturen nur in einem moralisch geordneten Rahmen existieren können, bedeutet das nicht, dass ihre Eigengesetzlichkeit damit aufgehoben werden sollte. Gegen die Tendenzen des späten 19. Jahrhunderts, als sich progressiv die Ansicht anbahnte, dass Sozialpolitik als eine Art Investition in Humankapital für die Gesamtgesellschaft ein Wettbewerbsvorteil sein könnte, fasste Spencer das sozialpolitisch motivierte Eingreifen in die ‚Selbstorganisation‘ der Gesellschaft weiterhin allein als Störung der natürlichen, durch den Marktmechanismus bedingten, Motivationsstruktur der Individuen auf. Auch in industrial societies kann es immer wieder zu „Missständen der Konkurrenz“ kommen, gibt er zwar zu, sie sind jedoch nicht strukturell bedingt, sondern resultieren aus der mangelnden Anpassung der Individuen an

112 „Allerdings ist es eine zu starke Vereinfachung, Spencer als ersten Sozialdarwinisten zu bezeichnen, denn er argumentierte auch, dass reiner Wettbewerb, der ohne angemessene moralische Zurückhaltung ausgetragen werde, nichts anderes als wirtschaftlicher Kannibalismus sei. Mit dieser Betonung der ‚adequate moral restraints‘ liegt Spencer auf einer Ebene mit Adam Smith, der ja nicht nur den Hedonismus in Gestalt des *laissez faire* vertrat (*Wealth of Nations*), sondern eine genauso wichtige ‚Theory of Moral Sentiments‘ erarbeitete. Der Mensch ist nach Spencer sowohl altruistisch als auch egoistisch. Gesellschaft basiert auf dem Geschlechtstrieb, der zur Herausbildung der Institution Familie führt, die wiederum die Einheit darstellt, die sich im Überlebenskampf bewähren muss. Innerhalb der Familie ist ‚sympathy‘ von entscheidender Bedeutung, denn ein Kind überlebt nicht deshalb, weil es stark ist, sondern weil seine Schwäche die Sympathie der anderen weckt“ (Kunczik 2000: 75).

die neuen industriellen Erfordernisse. Moderne Krisen weisen deshalb in der Regel nur daraufhin, dass in den *industrial societies* es immer noch Residuen der kriegerischen Epoche gibt, die unter den veränderten Verhältnissen allerdings mehr und mehr von selbst verschwinden werden. Staatliche Eingriffe können dagegen nach Spencers radikal liberaler Auffassung kaum helfen, die Missstände zu beseitigen. Gezielte Interventionen, meint er, würden die Anpassung der Individuen nur stören, weil die Interdependenzen in der Gesellschaft so komplex sind, dass keiner (Politiker) die vielen negativen Nebenwirkungen vorhersehen könnte: "The reason why welfare-statism is counter to the principles of evolution is not that the weakest must be made to go to the wall in order for improvement of the race to occur by natural selection, but that welfare measures will prevent people adapting themselves through their own efforts so that their improvements become 'organic' in the race. For the character of a whole society depends on the characters of all its constituent units aggregated together. Pain, unhappiness and discomfort are the signs of imperfect adaption; 'there must exist in our midst an immense amount of misery which is a normal result of misconduct and ought not to be dissociated from it'. To remove the symptoms of ill-adaptation by welfare legislation would prevent evolution by removing the incentive for each individual to adapt himself more fully to the social state" (Peel 1971: 148). Darüber hinaus ist Spencer überzeugt, dass eine Verbesserung der Gesetzgebung an sich keine dauerhafte Verbesserung der Gesellschaft herbeiführen könne. Seiner Vorstellung von sozialer Evolution entsprechend, glaubt er vielmehr, dass nur die „ununterbrochene, langsame und oft grausame Zucht, die durch die Natur der Verhältnisse“ auf den Charakter der Gesellschaftsmitglieder ausgeübt wird, die soziale Entwicklung vorantreiben kann (Gaupp 1909: 175).¹¹³ Seine erkenntnistheoretische Grundannahme zur Analyse komplexer Aggregate (Organismen, Gesellschaften etc.), die er in diversen Stellen wiederholt, lautet: dass der Charakter des Aggregats durch den Charakter seiner Einheiten bestimmt wird: „Bezogen auf die Soziologie ist die aus dieser Annahme folgende Maxime, Gesellschaft aus ihren Mitgliedern, aus den Individuen zu erklären. Was an ihnen nicht zu beobachten ist, kann auch an der Gesellschaft nicht wahrgenommen werden“ (Kellermann 1976: 173). In seiner Autobiographie hat er es auch so ausgedrückt: der primäre (originale) Faktor sei der Charakter der Individuen und der abgeleitete Faktor sei der Charakter der Gesellschaft (ebd.: 471).

113 So definiert er z. B. „nationale Erziehung“: „Wenn man erkennt, dass die Zukunft einer Nation von der Natur ihrer Individuen abhängt, dass die Natur derselben unvermeidlich in Anpassung an die Bedingungen, in welche sie versetzt sind, verändert wird, dass die durch diese Bedingungen hervorgerufenen Gefühle sich kräftigen, während diejenigen, an welche verminderte Ansprüche erhoben werden, verkümmern, - so wird man erkennen, dass die Besserung des Verhaltens nicht durch Einschärfung von Maximen guten Verhaltens, noch weniger durch bloße geistige Bildung, sondern nur durch jene tägliche Übung der höheren Empfindungen und Unterdrückung der niederen bewirkt werden kann, welche aus der Erhaltung der Menschen in Unterordnung unter die Erfordernisse eines geregelten gesellschaftlichen Lebens entspringen, indem man sie die unvermeidlichen Strafen für den Bruch dieser Erfordernisse erleiden und die Vorteile des Nachlebens derselben ernten lässt. Das allein ist nationale Erziehung“ (Spencer 1896: 218).

Industrial societies sind nach Spencer also keine unregulierte "Marktwirtschaften". Sie sind vielmehr in einem institutionellen Rahmen eingebettet. Jedoch glaubt er nicht, dass *industrial societies* durch eine wie auch immer sozialpolitisch motivierte Umgestaltung dieses Rahmens ‚verbessert‘ werden können. Der soziale Fortschritt würde eher durch die langsame Perfektionierung des individuellen Habitus geschehen. In dieser Hinsicht sieht sich Spencer in scharfem Kontrast zu Comte, der davon ausging, dass eine progressive Gesetzgebung, begleitet durch eine Veränderung der Vorstellungswelt der Individuen zum sozialen Fortschritt führen würde. Auch Comte sah das Wesen der modernen Gesellschaft in der fortgeschrittenen Arbeitsteilung. Das ist der Grund, warum er als erster Gesellschaft als Organismus bezeichnet. Seine Beschreibung über Arbeitsteilung auf dem Rücken der Akteure entstehenden Gesellschaftsordnung, mutet wie eine Nacherzählung von A. Smith an.¹¹⁴ Trotzdem traut Comte der Arbeitsteilung letztlich nicht die Erfüllung der sozial integrativen Funktion. Nur einen starken Staat kann ihm zufolge die Rolle übernehmen, der auseinanderstrebenden Sonderinteressen von Individuen und Gruppen Einhalt zu gebieten. Die Stabilität der Gesellschaft, argumentiert er, könne auf Dauer nur durch eine teils dirigierende, teils unterdrückende Instanz gesichert werden. Von dieser Sichtweise grenzt sich Spencer nun ab. In den *industrial societies* würde die Integration der Gesellschaft von alleine wachsen, indem die Individuen, durch die neuen Verhältnisse gezwungen sind (*„social discipline“*), immer mehr zu lernen, auf andere Rücksicht zu nehmen (*„self-restrain“*). In einem Text in *Essays II* fasst er seine These so zusammen: "M. Comte's ideal of society is one in which government is developed to the greatest extent – in which class-functions are far more under conscious public regulation than now – in which hierarchical organization with unquestioned authority shall guide everything – in which the individual life shall be subordinated in the greatest degree to the social life ... That form of society towards which we are progressing, I hold to be one in which government will be reduced to the smallest amount possible, and freedom increased to the greatest amount possible – one in which human nature will have become so moulded by social discipline into fitness for the social state, that it will need little external restraint, but will be self-restrained – one in which the citizen will tolerate no interference with his freedom, save that which maintains the equal freedom of others – one in which the spontaneous co-operation which has developed our industrial system, and is now developing it with increasing rapidity, will produce agencies for the discharge of nearly all social functions, and will leave to the primary governmental

114 „Der Sozialzusammenhang kann als Organismus betrachtet werden, weil das Gleichgewicht von Arbeitsteilung und Kräftevereinigung ihn dauerhaft erhält und zugleich erweitert. Der soziale Organismus beruht auf dem Zusammenstimmen einer großen Menge von unabhängigen Individuen, ‚die gleichwohl alle, trotz der größeren oder geringeren, zwiespältigen Verschiedenheiten ihrer Talente und insbesondere ihrer Charaktere, unaufhörlich geneigt sind, durch eine Unzahl verschiedener Mittel zu ein und derselben allgemeinen Entwicklung beizutragen, ohne sich für gewöhnlich darüber verständigt zu haben, ja sogar meist ohne dass die Mehrzahl von ihnen es weiß, die nur ihren persönlichen Trieben zu gehorchen meinen“ (Fuchs-Heinritz 1998: 202).

agency nothing beyond the function of maintaining those conditions to free action, which make such spontaneous co-operation possible – one in which individual life will thus be pushed to the greatest extent consistent with social life; and in which social life will have no other end than to maintain the completest sphere for individual life” (Spencer 1966c: 131f.).¹¹⁵

In *industrial societies* würde also weniger Regulierung benötigt werden und dementsprechend auch weniger Staat. Ganz wie bei einem Organismus betrachtet Spencer Wachstum und Differenzierung der sozialen „Organsysteme“ als Resultat einer verstärkten Ausübung der entsprechenden gesellschaftlichen Funktion. Das Verhältnis zwischen ihnen ist demnach ein Nullsummenspiel: jedes Organsystem wächst und differenziert sich auf Kosten anderer. Wenn also weniger Gebrauch von Regulierung gemacht wird, schrumpfen diese Strukturen. Was wäre dann die Funktion, auf die sich der Staat in industriellen Gesellschaften zurückziehen wird? Nach Spencer würde sich der Staat, wie auch jedes andere Organ im organismusähnlichen System der Gesellschaft, weiterspezialisieren müssen. Denn unter dem industriellen Wettbewerb heißt der allgemeine Imperativ: funktionale Differenzierung. Nun sei der Staat aus zwei erfahrungsgemäß fundamentalen Bedürfnissen der Menschen im Gesellschaftszustand hervorgegangen: dem Bedürfnis nach Verteidigung gegen Feinde nach außen und dem Bedürfnis nach Verteidigung gegen Feinde im Inneren der Gesellschaft. Denn nur unter den Bedingungen von Frieden und Rechtsstaatlichkeit ist ein soziales Leben überhaupt möglich. Nun herrscht aber im industriellen Zeitalter ein friedlicher Wettbewerb. Also: der Staat wird sich in seiner Polizei- und Rechtsfunktion spezialisieren: “Spencer’s definition of the legitimate duty of the state restricts it to the ‚negative‘ roles of the protection of its citizens from external attack, the maintenance of justice internally and the enforcement of contract by legal sanction“ (Wiltshire 1978: 158). Diese Evolution der staatlichen Organisation in Richtung ‚Rechtsstaat‘ ist für Spencer geradezu gleichbedeutend mit Zivilisierung (im Gegensatz zu Barbarei): „Die erste Pflicht der Regierung ist also die nationale Verteidigung, und sie blieb lange die einzige. Die zweite Pflicht, die Verteidigung der Individuen gegen innere Feinde, ist erst allmählich anerkannt worden. Sie blieb lange den Einzigsten überlassen, und das treibende Motiv dafür,

115 In diesem Sinne haben bereits zeitgenössische Kritiker auf eine Inkonsistenz von Spencers Organismusanalogie hingewiesen. Spencer halte, so die Kritik, bei Organismen eine zentralisierte Organisation für Zeichen höherer Entwicklung, während bei Gesellschaften gerade das Gegenteil gilt. Bei Organismen bezeichne er also diejenigen mit unentwickeltem Nervensystem als niedrig, bei Gesellschaften hingegen bezeichne er diejenigen mit dezentralisierter Regierungsorganisation als hoch. In den *Principles* (siehe: Spencer 1887: 178ff., Nachschrift zum II. Teil) geht Spencer auf diese Kritik ein und führt die folgende Argumentation: bei Tieren wird eine zentralisierte Koordination ihrer Glieder zur Verteidigung und Nahrungssuche, gleich wie bei Kriegsgesellschaften, immer gebraucht, während Gesellschaften auch einer Art ‚kulturellen Evolution‘ unterliegen. Dabei wird der Selektionsmechanismus (die Art des Daseinskampfes) ein anderer: nicht der Krieg, sondern der industrielle Wettbewerb bedingt nun das Gedeih und Verderb der Völker. Dementsprechend müssen sich Gesellschaften neu organisieren: „Bei Tieren also bleibt der Maßstab der Überlegenheit stets durchaus derselbe, bei Gesellschaften dagegen ändert sich dieser Maßstab der Überlegenheit vollkommen, weil eben die zu erreichenden Ziele ganz andere werden“ (Spencer 1887: 180).

dass die Gesellschaft die öffentliche Verwaltung der Gerechtigkeit übernahm, lag vor allem darin, dass die inneren Zwistigkeiten die Kraft der Gesellschaft schwächten und sie damit unfähig machten, ihre erste Aufgabe wirksam zu erfüllen. Diese zweite Aufgabe des Staates hat dann immer mehr an Bedeutung zugenommen; ihre wirksamere Erfüllung ist geradezu mit dem Fortschritt der Zivilisation überhaupt gleichbedeutend geworden“ (Gaupp 1909: 172). Spencer behauptet also letztlich nicht ein „Absterben des Staates“, wie es dann in der nachfolgenden Forschung oft heißt, sondern den Ausbau des Staates als Rechtsinstitution.¹¹⁶

3.2.4. Das Bündnis der zivilisierten Nationen

Welche Folgen lassen sich nun aus der bisherigen Darstellung für die Leitfrage der Arbeit ziehen? Bei seiner Analyse geht Spencer implizit von einer Mehrzahl verschiedener Gesellschaften aus, die füreinander stets eine soziale Umwelt darstellen. Diese Umwelt kann feindlich und kriegerisch sein oder friedlich, in beiden Fällen befinden sich die Gesellschaften untereinander jedoch im Daseinskampf. Nur die Art dieses Kampfes kann sich ändern, er selbst bleibt immer Grundkonstante des sozialen Lebens. Diese sind die Annahmen von Spencers Gesellschaftstheorie. Nun, wenn man diese Theorie nach Explikationen für die Debatte um die ‚Weltgesellschaft‘ befragt, kommt als erstes die Frage: wie sieht eine Welt aus, in der *industrial societies* das Bild prägen? Sind etwa *industrial societies* als Nationen, als ‚Nationalgesellschaften‘ zu fassen? Spencer scheint hier unschlüssig. Die industrielle Gesellschaft ist einerseits eine Organisationsform, die Krieg und Beherrschung tendenziell überflüssig macht. In diesem Zusammenhang regt Spencer eine Vorstellung vom sozialen Handeln als (ökonomischem) Austausch an: „Jede Art von auf gewerbliche Dinge bezüglichen Verhandlungen ... vollzieht sich nach dem Grundsatz des freien Austausches. Für einen gewissen Vorteil, welches das Geschäft von A dem B zu gewähren vermag, bietet dieser gern einen gleichwertigen Vorteil dar ... Dieses Verhältnis, in welchem das gegenseitige Dahingeben von Dienstleistungen nicht erzwungen ist und keines der beiden Individuen dem anderen untergeordnet ist, wird zur herrschenden Beziehung in der ganzen Gesellschaft in demselben Maße, als die gewerblichen Tätigkeiten vorherrschen“ (Spencer

116 Hier ist die Parallele zu Adam Smith hilfreich: „Was Smith vorschwebt, ist ‚the liberal system‘, der liberale Rechtsstaat, der die vollkommenen Rechte der Bürger schützt, ohne in den naheliegenden Fehler zu verfallen, ‚die gewöhnlichen Gesetze der Gerechtigkeit einer Idee des öffentlichen Nutzens, einer Art Staatsraison zu opfern‘. Dieser Staat dürfte nicht schwach sein, denn er hat Aufgaben zu erfüllen, die Autorität erfordern. Aber er dürfte auch nicht – in einer falsch verstandenen oder nur vorgeschobenen Sorge für das Gemeinwohl – ständig neue Aufgaben an sich ziehen, sondern müsste sich auf die drei wesentlichen Staatsaufgaben beschränken: 1. Rechtsschutz (justice), 2. Landesverteidigung (arms) und 3. die Organisation notwendiger öffentlicher Arbeiten (public works), deren Finanzierung die Möglichkeit privater Investoren übersteigt (so die reduzierte Liste der Staatsaufgaben am Ende des IV. Buches des Wohlstands)“ (Ballestrem 2001: 118).

1887: 143, § 260). Eine solche Austauschbeziehung kann natürlich problemlos über staatliche Grenzen hinaus hergestellt werden. Andererseits brauchen Austauschbeziehungen jedoch, um stabile Ordnungen zu bilden, eine verlässliche rechtliche Regelung, die im Endfall durch die Machtsanktion eines Staates garantiert werden kann. Gibt es auf Weltebene eine solche Instanz? Spencer setzt, wie gesehen, auf eine spontane natürliche Entstehung sozialer Ordnungen ‚von unten‘ an. Daher geht seine Lösung des Problems in diese Richtung. Seine Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation lautet dementsprechend: internationale Arbeitsteilung, nicht etwa Weltstaat. Der industrielle Wettbewerb als Umweltkonstante für alle Gesellschaften bedingt, so Spencers Überzeugung, dass die ganze zukünftige Entwicklung in der Richtung stets fortschreitender funktionaler Differenzierung verläuft. Bedeutet das, unter dieser Voraussetzung, dass ‚Gesellschaft‘ für ihn auch nur als ‚Weltgesellschaft‘ denkbar wäre? Er hat zumindest eine Vision aufgestellt: dass unter dem industriellen Regime sich schrittweise eine globale zivilgesellschaftliche Ordnung herausbilden würde.

Nach Spencer erreichen militärisch organisierte Gesellschaften ihre maximale Größe im zentralisierten absolutistischen Staat. Ihr Wachstumsprinzip ist die mechanische Zusammensetzung gleicher Teile. Da die Kooperation in ihnen durch zwangsweise Unterordnung erfolgt, sind ihre Strukturen hierarchisch organisiert. Bei einer progressiven räumlichen Ausdehnung stoßen solche Strukturen jedoch schnell an die Grenzen ihres operativen Funktionsvermögens. Deshalb geht Spencer davon aus, dass die Inklusionskraft militärischer Gesellschaften an sich nicht sehr groß ist. Großräumige Gesellschaften, davon ist er überzeugt, können nur auf freiwilliger Basis existieren: also als *industrial societies*. So schreibt er z. B. in Bezug auf die zukünftige Entwicklung der *political institutions*: „Vom Kriege hat die Welt bereits empfangen, was er ihr überhaupt geben konnte. Die Bevölkerung der Erde durch die kräftigeren und intelligenteren Rassen ist ein Vorteil, der im wesentlichen schon erreicht worden ist; was in dieser Hinsicht noch zu tun bleibt, bedarf keines weiteren Beschleunigungsmittels als des ruhig und langsam wirkenden Druckes, den eine sich ausbreitende industrielle Zivilisation auf die Reste der allmählich dahinschwindenden Barbarei ausübt. Jene Integration kleiner Gruppen zu zusammengesetzten und dieser wiederum zu doppelt zusammengesetzten Gesellschaften, welche der Krieg zustande gebracht hat, bis zuletzt große Nationen daraus geworden sind, ist bereits so weit gediehen, als es überhaupt sowohl ausführbar als auch wünschbar erscheint. Mächtige, aus verschiedenen Völkern zusammengeschweißte Reiche fallen gewöhnlich wieder auseinander, wenn die zwingende Kraft, welche sie zu einem Ganzen vereinigte, zu erschaffen beginnt; und selbst wenn sie zusammengehalten werden könnten, würden sie doch keine harmonisch tätige Gesamtheit bilden: auf friedlichem Wege sich einigende Bundesgenossenschaften stellen die einzige Form der weiteren Verdichtung und

Verfestigung dar, welcher wir in der Zukunft entgegensehen dürfen“ (Spencer 1889: 785, § 582). Als Begründung dieser Aussage weist Spencer auf sein Entwicklungsgesetz hin, das besagt, dass zunehmende Heterogenität die Kohäsion der Gesellschaft stärkt. Fortschreitende Arbeitsteilung (bzw. Individualisierung) führt dazu, dass „zivilisierte“ Nationen viel stärker integriert sind als primitive Stämme. Denn während die einzelnen in einer Horde verstreut oder nur lose miteinander verbunden sind, bilden sie in modernen Gesellschaften ein fest gefügtes soziales System: „Dementsprechend sah Spencer auch keinen Widerspruch, sondern eine notwendige Entsprechung zwischen dem Prozess der Individualisierung und dem der Interdependenz: ‚the highest individuation (must) be joined with the greatest mutual dependance‘“ (Kellermann 1976: 475).¹¹⁷

Großräumliche soziale Gebilde können sich also nur als funktional differenzierte Aggregate dauerhaft erhalten. Denn die größere Heterogenität sozialer Beziehungen geht auch mit größerer Dichte und Plastizität des sozialen „Gewebes“ einher, wodurch dieses u. a. umweltresistenter wird. Nicht nur die Kohäsionsstärke weist auf eine unterschiedliche Ausdehnung militärischer und industrieller Gesellschaften hin. Spencer betont, dass die *militant society* eine starke Tendenz zur Autarkie zeigt: „Mit ihrer staatlichen Autonomie geht eine wirtschaftliche Autonomie Hand in Hand. Da sie häufig in Feindseligkeiten mit den sie umgebenden Gesellschaften kommt, so muss dadurch selbstverständlich ihr Handelsverkehr mit diesen gehemmt oder aufgehoben werden; ein Austausch der Lebensbedürfnisse kann nur in geringem Umfange zwischen solchen stattfinden, die in beständigem Kampfe miteinander liegen. Eine kriegerische Gesellschaft muss daher im höchsten überhaupt durchführbaren Maße innerhalb ihres eigenen Bereiches für die Erzeugung aller der Artikel sorgen, welche zur Erhaltung des Lebens ihrer Glieder notwendig sind“ (Spencer 1889: 679, § 557). Ganz anders in der *industrial society*. Diese zeichnet sich gerade durch einen intensiven Austausch mit anderen Gesellschaften aus. Statt Protektionismus herrscht in ihr also Freihandel. Dies sei, so Spencer, eine ganz natürliche Tendenz, denn zum einen hätten Gesellschaften verschiedene komparative Vorteile (Ricardo), und zum anderen seien Regierungen unter den industriellen Verhältnissen nicht mehr in der Lage, protektionistische Maßnahmen auf Kosten der Bürger durchzusetzen. Wenn also der Ausbau des militärischen Gesellschaftstypus progressiv dazu führt, dass sich die Welt segmentär in Staaten

117 So die ganze Stelle: “Yet must this highest individuation be joined with the greatest mutual dependence. Paradoxical though the assertion looks, the progress is at once towards complete separateness and complete union. But the separateness is of a kind consistent with the most complex combinations for fulfilling social wants; and the union is of a kind that does not hinder entire development of each personality. Civilization is evolving a state of things and a kind of character, in which two apparently conflicting requirements are reconciled. To achieve the creative purpose – the greatest sum of happiness, there must on the one hand exist an amount of population maintainable only by the best possible system of production; that is, by the most elaborate subdivision of labour; that is, by the extremest mutual dependence: whilst on the other hand, each individual must have the opportunity to do whatever his desires prompt. Clearly these two conditions can be harmonized only by that adaptation humanity is undergoing – that process during which all desires inconsistent with the most perfect social organization are dying out, and other desires corresponding to such an organization are being developed” (Spencer 1966: 255f.).

differenziert, so führt der Ausbau des industriellen Gesellschaftstypus in der gegensätzlichen Richtung: zur progressiven Auflösung der Staaten und Bildung von supranationalen Einheiten: „With the spread of industrialism, therefore, the tendency is towards the breaking down of the divisions between nationalities, and the running through them of a common organization: if not under a single government, then under a federation of governments“ (Spencer 1966a: 705, § 572).

Wie kann man sich nun diese „*common organization*“ vorstellen? Im letzten Paragraphen der *Principles* findet der Leser die umfassendste Beschreibung dieser Vision, die Spencer je gegeben hat. Ich erlaube mir die ganze Stelle zu zitieren. Ganz im Sinne seiner Theorie sozialer Evolution schreibt er: „Soziale Entwicklung muss in der ganzen Zukunft, wie die soziale Entwicklung in aller Vergangenheit es hat erkennen lassen, während sie Schritt für Schritt höhere Gesellschaftsformen hervorbringt, viele niederen Formen unberührt stehen lassen. Varietäten von Menschen, hier an raue Gegenden, dort an öde und wüste Striche, an anderen Orten an Gegenden, welche durch Zerrissenheit der Oberfläche oder Ungesundsein ungeeignet sind zum Erhalten großer Bevölkerungen, angepasst, werden aller Wahrscheinlichkeit nach fortfahren, kleine Genossenschaften einfachen Baues zu bilden. Überdies werden während späterer Konkurrenz unter den höheren Rassen wahrscheinlich in weniger wünschenswerten Gegenden kleinere Nationen übrig bleiben, aus Menschen gebildet, welche tiefer stehen als die höchsten; zu derselben Zeit breiten sich die höchsten über alle die großen Bezirke aus, welche dem Klima und der Fruchtbarkeit nach wünschenswert sind. Während aber die ganze Vereinigung von Gesellschaften hierdurch das Entwicklungsgesetz mit der Zunahme der Heterogenität erfüllt, ... können wir schließen, dass der primäre Prozess der Entwicklung – die Integration, – welche sich bis auf die Gegenwart in der Bildung größerer und immer größerer Nationen gezeigt hat, endlich einen noch höheren Grad erreichen und noch bedeutendere Vorteile mit sich bringen wird. Ebenso wie beim Aufgehen kleiner Stämme in große Stämme der oberste Häuptling innere Stammesstreitigkeiten zum Stillstand brachte, ebenso wie ein König feudale Kriege verhinderte, wenn kleine feudale Herrschaften ihm unterworfen wurden, ebenso wird in künftigen Zeiten ein oberste Autorität ausübendes Bündnis der höchsten Nationen (andeutungsweise vorgebildet in den gelegentlichen Abmachungen zwischen den ‚Mächten‘), durch das Verbot von Kriegen zwischen irgendwelchen von den im Bündnis stehenden Nationen dem Wieder-in-Barbarei-Verfallen ein Ende machen, welches beständig das Zivilisationswerk wieder zerstört“ (Spencer 1897: 675f., § 853).¹¹⁸

Wenn dieses, den Frieden garantierenden Bündnis (oder „*federation*“) gebildet ist, so

118 Im Original heißt es: „... a federation of the highest nations, exercising supreme authority (already foreshadowed by occasional agreements among ‚the Powers‘), may, by forbidding wars between any of its constituent nations, put an end to the re-barbarization which is continually undoing civilisation“ (Spencer 1966a: 600).

Spencer weiter, kann sich dann auch der Charakter der Menschen so entwickeln, dass er im Sinne der ‚invisible hand‘ irgendwann vollkommen sozial wird („perfect adaptation“): „Einerseits durch beständige Unterdrückung aggressiver Instinkte und Übung der Gefühle, welche das der öffentlichen Wohlfahrt dienen veranlassen, und andererseits durch den Fortfall allmählich weniger notwendig werdenden Beschränkungen muss eine Art Mensch gebildet werden, der so konstituiert ist, dass er mit der Erfüllung seiner eignen Verlangen auch die sozialen Verlangen erfüllt“ (ebd.: 676). Hier zeigt sich also Spencers Annahme, dass eine Gesellschaftsordnung nur dann Stabilität und Gültigkeit hat, wenn sie dem Charakter der sie konstituierenden Menschen entspricht. Nachdem Kriege durch eine „federation of the highest nations“ vorgebeugt sind, würden die Menschen miteinander dann nicht mehr in Konflikt, sondern in Konkurrenz treten.¹¹⁹ Konkurrenz ist unter dem industriellen Regime dabei nicht nur ein Selektionsmechanismus, sondern auch das Vehikel von Integration, gleich wie es der Krieg unter dem militärischen Regime war: Kooperation findet nun nicht zwangsweise, sondern freiwillig statt. Erst unter diesen Voraussetzungen kann nach Spencer etappenweise eine ‚Gesellschaft‘ aller Menschen entstehen, für die er noch in *Social Statics* (1851) erste Vorzeichen sieht: „A federation of peoples – a universal society, can exist only when man’s adaptation to the social state has become tolerably complete. We have already seen, that in the earliest stage of civilization, when the repulsive force is strong, and the aggregative force weak, only small communities are possible; a modification of character causes these tribes, and satrapies, and gentes, and feudal lordships, and clans, gradually to coalesce into nations; and a still further modification will allow of a still further union. That the time for this is now drawing nigh, seems probable. We may gather as much from the favour with which such an arrangement is regarded. The recognition of its desirableness foreshadows its realization. In peace societies, in proposals for simultaneous disarmament, in international visits and addresses, and in the frequency with which friendly interventions now occur, we may see that humanity is fast growing towards such a consummation. Though hitherto impracticable, and perhaps impracticable at the present moment, a brotherhood of nations is being made practicable by the very efforts used to bring it about“ (Spencer 1966: 118, Herv.K.A.).

Wir haben gesehen, dass die Art der sozialen Kooperation in militärischen Gesellschaften

119 Zur Unterscheidung von Konflikt und Konkurrenz siehe: Tobias Werron (2010). In seiner Analyse der Konkurrenz orientiert sich Werron an Simmel, der die Konkurrenzsituation als „indirekten Kampf“ bezeichnet. Die Konkurrenten mobilisieren ihre Kräfte nicht primär, um sich zu besiegen und zu vernichten, sondern, um die Gunst eines Dritten zu erwerben. Darin sieht Simmel die enorme vergesellschaftende Kraft von Konkurrenz: „Man pflegt von der Konkurrenz ihre vergiftenden, zersprengenden, zerstörenden Wirkungen hervorzuheben und im übrigen nur jene inhaltlichen Werte als ihre Produkte zuzugeben. Daneben aber steht doch diese ungeheure vergesellschaftende Wirkung: sie zwingt den Bewerber, der einen Mitbewerber neben sich hat und häufig erst hierdurch ein eigentlicher Bewerber wird, dem Umworbene(n) entgegen- und nahezukommen, sich ihm zu verbinden, seine Schwächen und Stärken zu erkunden und sich ihnen anzupassen, alle Brücken aufzusuchen oder zu schlagen, die sein Sein und seine Leistungen mit jenem verbinden könnten“ (Simmel 1992: 327).

nach Spencer u. a. dazu führt, dass die Mitglieder solcher Gesellschaften durch ein ausgeprägtes Gefühl von „*patriotism*“ ausgestattet sind. Dieses Gefühl ist für die Existenz dieser Gesellschaften funktional: „Eine Nationalität wird nur durch das Gefühl ermöglicht, welches die Individuen für das Ganze, das sie bilden, hegen. Ja, man kann sagen, dass das Gefühl allmählich durch die fortwährende Vernichtung von solchen Menschentypen zugenommen hat, deren Anhänglichkeit an ihre Gemeinschaft relativ gering war und welche daher unfähig waren, im Interesse ihrer Gemeinschaften angemessene Opfer zu bringen“ (Spencer 1875b: 2). Im Patriotismus präsentiert sich nach Spencer also ein für kriegerische Bedingungen weitgehend ‚gesunden‘ Egoismus der Gruppe, der ihren Zusammenhalt garantiert: „Patriotismus ist national das, was Egoismus individuell ist; er hat in der Tat dieselbe Wurzel und neben verwandten Vorzügen verwandte Übel im Gefolge. Die Schätzung unsers Staates ist somit ein Reflex der Selbstschätzung, und die Behauptung der Ansprüche unserer Nation ist eine indirekte Behauptung unserer eigenen Ansprüche als Teil derselben“ (ebd.: 3). Wie aber die Autarkie mit dem Aufkommen des industriellen Regimes dysfunktional wird, so ist auch ein aggressiver Patriotismus in einer weitgehend befriedeten Umwelt kontraproduktiv. Mit dem Übergang zum Freihandel und zur Regelung der internationalen Beziehungen durch juristische „international arbitration“ breiten sich in Gesellschaften deshalb kosmopolitische Gefühle aus. Bis es Nationen gebe, so Spencer, werde es allerdings auch in *industrial societies* weiterhin ein Gefühl von Patriotismus vorhanden bleiben, dieser werde jedoch ein aufgeklärter Patriotismus sein. Einen solchen gemäßigten Patriotismus sah Spencer als die für seine Gegenwart und für die nahe Zukunft funktional beste Lösung. Er begründet es mit einer Art psychologischer Gleichgewichtstheorie: „Egoismus im Übermaß ruft zwei Arten von Übeln hervor; indem er eine ungebührliche Geltendmachung persönlicher Ansprüche anregt, erzeugt er Angriff und Widerstreit, und indem er eine ungebührliche Schätzung der persönlichen Kräfte hervorruft, erregt er vergebliche Anstrengungen, welche in Katastrophen enden. Mangelndes Selbstbewusstsein ruft auch zwei entgegengesetzte Arten von Übeln hervor; indem es persönlich Ansprüche nicht behauptet, ladet es zu Angriffen ein, und mehrt so die Selbstsucht in andern; und indem es persönliche Kräfte nicht angemessen schätzt, verursacht es ein Ausbleiben erlangbarer Vorteile. Ähnlich mit dem Patriotismus. Aus zu viel entspringt nationale Angriffslust und nationale Eitelkeit. Neben zu wenig geht eine ungenügende Neigung, berechnete nationale Ansprüche zu behaupten, einher, was zu Übergriffen anderer Nationen führt, sowie eine Unterschätzung nationaler Fähigkeiten und Einrichtungen, welche entmutigend für Streben und Fortschritt ist“ (ebd.). Die These eines moralischen Mentalitätswandels von Patriotismus zum Kosmopolitismus folgt direkt aus der Annahme, dass im Verlauf der Evolution der Mensch von ursprünglich egoistischem zu immer altruistischem (sozialem) Wesen wird. Es liegt nah, dass unter dieser Voraussetzung

letztlich auch der Patriotismus als der quasi abstrakteste ‚Behälter‘ des Egoismus durchbrochen würde. Das Ergebnis müsste dann sein, dass nunmehr ein universeller sozialer Zustand herrscht: *a universal (industrial) society*. Dies sollte aber nach Spencers Meinung erst in einer immerhin noch fernen Zukunft kommen.¹²⁰

120 Den Gegensatz der Moralsysteme von *militant* und *industrial societies* expliziert Spencer in der Dichotomie zwischen einer Religion der Feindschaft und einer Religion der Liebe: „Dabei meint Spencer den Nachweis liefern zu können, dass selbstloses Handeln, das Gebot Christi, wenigstens in der Gesellschaft seiner Zeit dysfunktional ist und vor dieser geradezu sinnlos war. Er sieht die angemessene Lösung im Kompromiss, in der bewussten Anwendung beider Prinzipien, da weder permanenter Krieg aller gegen alle wie ehemals herrschen, noch ein industrieller Frieden wie in der Zukunft sein könne. Die Religion der Liebe im Neuen Testament ist für ihn lediglich eine Reaktion auf die Religion des Hasses im Alten Testament. Sein historisch-funktionaler Kompromiss ist der Egoismus des einzelnen, der – ohne Gewalt anzuwenden – durch die Verfolgung seiner Interessen das größtmögliche Allgemeinwohl verwirkliche. Spencer sieht sich damit in völliger Übereinstimmung mit der Doktrin des Wirtschaftsliberalismus, wie er zuvor von Adam Ferguson, Adam Smith und anderen Klassikern der Nationalökonomie vertreten wurde“ (Kellermann 1976: 177f.).

4. Emile Durkheim: Die Vision einer globalen Rechtsgemeinschaft

4.1. Durkheims Gesellschaftstheorie

Emile Durkheim (1858-1917) gilt in der Soziologie als der Gesellschaftssoziologe schlechthin, denn wie kein anderer hat er den Charakter der Gesellschaft als direkt erfahrbare Realität betont. Das führende Prinzip seiner Soziologie besteht gerade darin, die Bereiche der individuellen und kollektiven Phänomene möglichst streng voneinander abzugrenzen. Wieder und wieder führt er auf, dass soziale Gebilde Realitäten wie alle anderen seien und ihre eigene Gesetzlichkeiten haben. Heute wird in diesem Zusammenhang von „Emergenz“ gesprochen.¹²¹ Die Individuen können zwar den „sozialen Tatsachen“ (*fait sociaux*) ihre persönliche Marke aufdrücken oder ihnen eine individuelle Nuance geben, so Durkheim, aber das Gebiet der erlaubten Variationen bleibt immer begrenzt: „Früher oder später taucht eine Schranke auf, die nicht überschritten werden kann, und an dieser Grenze zeigt sich die Überlegenheit des Sozialen in seiner Eigenständigkeit. ‚Alles, was real ist, hat eine bestimmte Natur ... die niemals überwunden wird‘. Das gilt auch für die Realität der Gesellschaft und ist, wie es Durkheim ausdrücklich betont, ‚das Wesentlichste an dem Begriff des sozialen Zwanges. Sein Inhalt erschöpft sich darin, dass die kollektiven Handlungs- und Denkweisen eine Realität außerhalb der Individuen besitzen, die sich ihnen jederzeit anpassen müssen“ (Jonas 1976: 40f.). Für Durkheim ist ‚Gesellschaft‘ also vor allem eine von ihren individuellen Teilen unterscheidbare Realität *sui generis*, deren Strukturen und Kräfte die Individuen formen und bestimmten „Zwängen“ aussetzen. Sie ist mehr als die Summe individueller Handlungen und ist deshalb nicht als ein Aggregat von Einzelmenschen zu begreifen wie es in der individualistischen Sozialtheorie von Hobbes bis Spencer geschieht. Denn Gesellschaft bestehe, so Durkheim, aus Erscheinungen, die im Bewusstsein der Individuen zwar ihre Grundlage haben, aber autonom existieren.¹²² Die *fait sociaux* sind in diesem Sinne Teile einer emergenten Ordnung mit eigenen Gesetzmäßigkeiten, die sich nicht auf physische, biologische oder psychische Faktoren zurückführen lassen. Daraus leitet sich die erste Grundregel von Durkheims Methodologie. Ihr zufolge kann Soziales nur durch Soziales erklärt werden: „Wo immer wir

121 So charakterisiert z. B. Bettina Heintz Durkheims Auffassung als emergenztheoretisch: „Soziale Tatsachen entstehen aus den Assoziationen zwischen Individuen (Mikrodetermination), sind sie aber einmal entstanden, verselbständigen sie sich und wirken ‚vertikal‘ auf die Handelnden (*downward causation*) und ‚horizontal‘ auf andere soziale Tatsachen ein (*same-level causation*)“ (Heintz 2004: 24).

122 „Die Gesellschaft findet ihre Grundlage, auf der sie beruht, nicht als eine vorgefertigte im Bewusstsein der Individuen vor, sondern *sie schafft sie sich selbst*“ (Durkheim 1988: 416, Herv.K.A.).

auf eine organische oder psychologische Erklärung stoßen, können wir, laut Durkheim, sicher sein, dass sie falsch ist. Gesellschaften lassen sich daher weder in Abhängigkeit von ihrem Klima bestimmen, wie das Montesquieu noch versucht hatte; noch können sie nach der Vorstellungen der Ökonomen ihren Sinn und Zweck aus der individuellen Nutzenmaximierung der beteiligten Akteure gewinnen. Beide Vorstellungen sind ‚ideologisch‘, entstammen also den *idola* der beobachtenden Wissenschaftler und nicht der Natur der Sache, der Gesellschaft, ihrem Strukturprinzip und gegenwärtigen Entwicklungsstand“ (Müller 2000: 156).

Aus dem emergenten Charakter des Sozialen ergibt sich auch die zweite methodologische Grundregel. Sie besagt, dass soziale Phänomene wie Dinge („*comme des choses*“) untersucht werden müssen. Mit ihrer Kraft einen äußeren Druck auf das Bewusstsein der Individuen auszuüben, besitzt die soziale Realität aus Durkheims Sicht durchaus Ähnlichkeit mit der „Dinglichkeit“ der materiellen Welt. Im Unterschied zu Comte und Spencer ist für ihn Gesellschaft damit nicht nur ein Wesen eigener Art, das jedoch als Ganzes durch die Natur seiner Teile (der Individuen) bestimmt bleibt, sondern eine Realität, die an sich höchst produktiv ist, und die deshalb durch den äußeren Zwang, die sie auf die Individuen ausübt, diese als Individuen mit allem, was in ihnen sozial ist, erst erschafft: „Die sozialen Tatsachen sind nicht die einfache Fortführung psychischer Tatsachen, vielmehr sind diese zum größten Teil nur die Verlängerung der sozialen Tatsachen innerhalb des Bewusstseins der einzelnen Individuen“ (Durkheim 1988: 415). Wenn Spencer also meinte, dass die Individuen den primären Faktor der sozialen Entwicklung seien, ist es bei Durkheim gerade umgekehrt. Trotzdem sollte Spencers Aussage nicht als Psychologismus verstanden werden. Der Unterschied besteht eher in einer Zuspitzung, indem Durkheim stets die Eigenproduktivität des Sozialen betont.¹²³ Diese Zuspitzung, vielleicht auch wohl Übertreibung, könnte man sich meiner Meinung nach am plausibelsten mit Durkheims wissenschaftspolitischem Engagement erklären. Denn die These vom autonomen Charakter sozialer Phänomene war in seinen Augen schließlich das entscheidende Argument zugunsten einer Etablierung der Soziologie als akademischer Disziplin.¹²⁴ Eigentlich stand Durkheim methodologisch Comte

123 Durkheim hat von Anfang an den Versuch unternommen, seine methodologische Position von der seiner soziologischen Vorgänger Comte und Spencer explizit abzugrenzen. So betont er in *Die Regeln der soziologischen Methode* (1895), dass die von Comte und Spencer befolgte Methode psychologisch sei, da diese soziale Phänomene aus der ‚menschlichen Natur‘ heraus erklären wollten. Es sei zwar klar, so Durkheim, dass die allgemeinen Eigenschaften der menschlichen Natur an der Wechselwirkung, aus der sich das soziale Leben ergibt, teilhaben: „Allein sie rufen es weder hervor, noch geben sie ihm seine besondere Form; sie tun nichts, als es zu ermöglichen. Die kollektiven Vorstellungen, Emotionen und Triebe haben ihre erzeugenden Ursachen nicht etwa in gewissen Zuständen des individuellen Bewusstseins, sondern in den Verhältnissen, in denen sich der soziale Organismus als Ganzes befindet. Allerdings können sie nur dann wirksam werden, wenn die Natur der Individuen ihnen nicht unbedingten Widerstand leistet; doch ist die letztere nur der Rohstoff, den der soziale Faktor formt und umwandelt. Ihr Beitrag besteht ausschließlich in sehr allgemeinen Zuständen, in vagen und infolgedessen plastischen Prädispositionen, welche an und für sich die bestimmten und komplexen Formen, wie sie für die sozialen Phänomene charakteristisch sind, nicht annehmen würden, wenn nicht andere Faktoren mitwirkten“ (Durkheim 1970: 189).

124 „Gesellschaft sollte niemals als eine bloße Spiegelung oder in Epiphänomen des tieferen Wirkens von Rasse,

und Spencer sehr nah. So teilt er z. B. uneingeschränkt ihre positivistische Auffassung von der neuen Wissenschaft als „*physique sociale*“, die soziale Phänomene in erster Linie kausal erklären will. Im Unterschied zu seinen Vorgängern, das muss allerdings gesagt werden, zeigt sich Durkheim von der Analogie zwischen Organismus und Gesellschaft weitgehend desinteressiert. Er verwendet zwar mehrfach biologische Analogien und spricht von Gesellschaft als „sozialem Organismus“, das Erklärungsmodell für die Soziologie findet er jedoch, zumindest nicht primär, bei der Biologie, sondern bei der Psychologie, die damit für die Sozialwissenschaftler „eine notwendige Propädeutik“ darstelle (Durkheim 1970: 193). Denn ähnlich wie die Psychologie beschäftigt sich die Soziologie vor allem mit Bewusstseinsphänomenen, mit Vorstellungen; allerdings nicht mit den Vorstellungen eines individuellen Bewusstseins, sondern mit „kollektiven Vorstellungen“, also: mit den Inhalten einer kollektiven Psyche, der der Gesellschaft.

Die bei weitem wichtigsten kollektiven Vorstellungen sind nach Durkheim die normativen Ideensysteme, wie sie es die Sitten, die Bräuche, die religiösen und rechtlichen Normen einer Gesellschaft darstellen. Alle diese Inhalte fasst er unter dem Begriff der „Moral“ auf. Die Moral bildet in diesem Sinne für Durkheim den eigentlichen Bereich des Sozialen. Weitgehend identifiziert er deshalb Gesellschaft und Moral. Und wenn er die Soziologie als eine empirische Moralwissenschaft definiert, verbindet er damit nicht zuletzt auch einen erkenntnistheoretischen Anspruch, sogar eine Art wissenschaftlicher ‚Revolution‘. Denn mit der Soziologie, so Durkheim in seinem letzten Buch über *Die elementaren Formen des religiösen Lebens* (1912), wird die metaphysische Philosophie, die Jahrhunderte lang den Ursprung des menschlichen Denkens mit Gott oder angeborenen Ideen zu erklären suchte, endgültig überwunden. Er stellt sein soziologisches Projekt als Weiterführung des Kantischen Ansatzes einer kritischen Wissenschaft vor. Kant habe zwar den allgemeingültigen und notwendigen Charakter der Kategorien menschlichen Denkens entdeckt, so Durkheim, er wusste aber nicht, woher dieser Charakter komme. Erst die neue Wissenschaft vollendet die Aufklärung, indem sie den Beweis erbringt, dass „die unpersönliche Vernunft nur ein anderer Name für das kollektive Denken sei“ (Durkheim 1981: 595). Die logischen Kategorien, die jedes Individuum in seinem Bewusstsein vorfindet, seien deshalb nur kollektive Vorstellungen, die die Gesellschaft herausgearbeitet hat. Dabei sei sowohl ihr Ursprung als auch ihr Inhalt sozial, da die Modelle, nach denen sie konstruiert seien, gesellschaftliche Verhältnisse wiedergeben. Damit sollte die Soziologie nach Durkheims Intention die zentrale Wissenschaft vom Menschen werden. In Paraphrase zu Dilthey könnte man dann sagen, dass nicht die Geschichte, wohl aber die Soziologie allein die Frage beantworten würde, was der Mensch letztlich sei: „Aber von dem Augenblick an, als man

Klima, nationalem Charakter oder individuellen Präferenzen verstanden werden; dies würde das eigentliche soziologische Projekt untergraben, das dann in Humanbiologie, Klimatologie oder (Kollektiv- bzw. Individual-) Psychologie auseinanderfiel“ (Terrier 2009: 183).

erkannt hatte, dass über dem Individuum die Gesellschaft steht und dass sie kein nominales und vernunftverdächtigtes Wesen ist, sondern ein System von handelnden Kräften, wurde eine neue Art möglich, den Menschen zu erklären“ (ebd.: 597).¹²⁵

4.1.1. Die Gesellschaft als moralische Individualität

Durkheim zeigte sich mit Spencers Auffassung von Gesellschaft als „sozialem Organismus“ im Grunde einverstanden. Derartige Analogien, schrieb er in einer Rezension aus dem Jahr 1885, „können dem Soziologen oftmals äußerst nützliche Anregungen vermitteln“ (Durkheim 1995: 189). Spencers Methode, so Durkheim, habe damit, nicht zuletzt, den Gegenstand der Soziologie begründet: „Man hat auf diese Weise den Theorien von Hobbes und Rousseau den letzten Schlag versetzt; man hat gezeigt, dass die Sozialwissenschaft einen Gegenstand hat, der nicht weniger real ist, wie der der biologischen Wissenschaften; gleichzeitig steuerte man ein Wort und eine Vorstellung bei, die es gestatteten, sich das neue Wesen, um das es ging, vorzustellen“ (ebd.: 212). Allerdings gehört die Soziologie Spencers in Durkheims Augen der heroischen Epoche dieser Wissenschaft, der sie inzwischen entwachsen ist. Die Soziologie habe sich laut Durkheim nun deshalb zu organisieren und zu präzisieren. Präzision bedürfe auch ihr Grundbegriff: die ‚Gesellschaft‘. Sie sei zwar ein Lebewesen, aber darüber hinaus noch eine psychische Realität, die durch unsichtbare Kraft die Gedanken und das Verhalten der Einzelnen lenke. Damit erzeuge die Gesellschaft eine disziplinierende Wirkung auf die Menschen und mache sie überhaupt zu kulturellen Wesen. In Anlehnung an Spencer spricht Durkheim vom Egoismus des Menschen als biologisches Wesen und von seinem Altruismus als soziales Wesen. ‚Altruismus‘ wohl deshalb, weil überall, wo es Gesellschaften gibt, sie einen mäßigenden Einfluss auf ihre Mitglieder ausüben. In diesem Aspekt der Gesellschaft steckt eben ihre moralische Funktion: „Die Interessen des Individuums sind nicht identisch mit den Interessen der Gruppe, der es angehört, und oftmals stehen beide sogar im Gegensatz zueinander. Die sozialen Interessen, auf die das Individuum Rücksicht nehmen muss, nimmt es nur unscharf wahr, und oft erkennt es sie überhaupt nicht, weil sie außerhalb seiner selbst liegen, weil sie die Interessen von etwas sind, das nicht mit ihm identisch ist. Sie sind ihm nicht ständig gegenwärtig wie all die

125 Die Gegenposition wird am prominentesten wohl von *Georg Simmel* vertreten. Ihm ist die Auffassung von Gesellschaft als Agens („mystischer Einheit“) vollkommen abwegig. Stattdessen geht er bekanntermaßen allein von der Vielheit und Zufälligkeit sozialer Wechselwirkungen aus, denen keine Einheit gegenübersteht: „Es ist aber nicht etwa eine innerliche, geschlossene Volkseinheit da, welche das Recht, die Sitte, die Religion, die Sprache aus sich hervorgehen ließe, sondern äußerlich in Berührung stehende soziale Einheiten bilden durch Zweckmäßigkeit, Not und Gewalt bewogen diese Inhalte und Formen unter sich aus, und dieses bewirkt oder vielmehr bedeutet erst ihre Vereinheitlichung. Und so darf man auch für die Erkenntnis nicht etwa mit dem Gesellschaftsbegriff beginnen, aus dessen Bestimmtheit sich nun die Beziehungen und gegenseitigen Wirkungen der Bestandteile ergäben, sondern diese müssen festgestellt werden, und Gesellschaft ist nur der Name für die Summe dieser Wechselwirkungen, der nur in dem Maße der Festgestelltheit dieser anwendbar ist“ (Simmel 1989: 131).

anderen Dinge, die es unmittelbar angehen und interessieren. Daher bedarf es einer Instanz, die den einzelnen an diese Interessen erinnert, die ihn zwingt, sie zu respektieren, und bei dieser Instanz kann es sich nur um moralische Disziplin handeln. Denn jede Disziplin dieser Art ist ein Korpus von Regeln, die dem Individuum vorschreiben, was es tun muss, um nicht gegen die kollektiven Interessen zu handeln und seine eigene Gesellschaft zu destabilisieren. Überlasse der einzelne sich seinen natürlichen Neigungen, so hätte er keinen Grund, sich nicht ohne Rücksicht auf die anderen zu entfalten oder zumindest den Versuch dazu zu machen und sich dabei nicht um die Störungen zu kümmern, die er um sich herum verursacht. Erst die moralische Disziplin setzt ihm Grenzen, sagt ihm, wie sein Verhältnis zu den anderen beschaffen sein soll, wo die Schwelle zu einem unrechtmäßigen Übergriff überschritten ist und welche Leistungen er der Gemeinschaft zu ihrer Erhaltung schuldet“ (Durkheim 1991: 27f.).

Die Kraft der Gesellschaft, die Individuen in gewisser Weise zu formen und zu disziplinieren, bildet nach Durkheim ihr Wesen, ihre Kernfunktion. Im Bereich der Religion zeigt sich diese Wirkung am deutlichsten. Sie demonstriert in reiner Form die elementare Erfahrung einer moralischen Kraft, der sich die Individuen freiwillig unterordnen. Die Quelle dieser Kraft ist nach Durkheim die Gesellschaft: „da ich in der Göttlichkeit nur die transfigurierte und symbolisch gedachte Gesellschaft sehe“ (Durkheim 1967: 105). Ähnlich der unreflektierten Anerkennung der religiösen Dogmen, werden auch moralische Regeln für die Individuen gültig: sie erscheinen irgendwann als heilig, wenn sie sich durch die Zeit bewähren. Damit entfalten sie ihre Wirkung weiterhin auch ohne äußere Sanktion. Die Geltung wird vielmehr durch rituelle Praktiken der Gruppe aufrechterhalten. Glaube und Moral sind deshalb gleichermaßen Ausdruck eines überindividuellen Bewusstseins über das, was als ‚geheiligt‘, ‚gut und richtig‘ gelten soll. Dieses kollektive Bewusstsein ist wie das individuelle Bewusstsein ein psychisches Phänomen, es hat aber ein anderes Substrat: seine Grundlage ist nicht die Assoziation von neuronalen Verbindungen, sondern die Kombination des Bewusstseins der Gesellschaftsmitglieder. Mehrmals betont Durkheim die eigene Qualität des „Kollektivbewusstseins“ und die von ihm produzierten Vorstellungen. So schreibt er z. B. in seiner Studie über den *Selbstmord* (1896), dass Termini wie „Kollektivkraft“, „Kollektivneigungen“ etc. für ihn nicht bloß Metapher seien, sondern reale Tatsachen meinen, die die individuellen Handlungen leiten: „Die Kollektivneigungen sind es, die den einzelnen zum Selbstmord bestimmen. Die Vorgänge in der privaten Sphäre, die man allgemein als unmittelbaren Anlass des Selbstmordes annimmt, beziehen ihre Wirksamkeit einzig aus der moralischen Verfassung des Betreffenden, die wiederum Echo der moralischen Verfassung der Gesellschaft ist“ (Durkheim 1973: 346). Diese ursprünglich unsichtbaren kollektiven Energien können sowohl in materiellen Artefakten wie Verkehrs- und Transportwegen, Häusern, industriellen Einrichtungen etc. „auskristallisieren“, als auch

in Sitten, moralischen Normen und Rechtsregeln. Beide sind die sichtbare Gestalt eines Kollektivs, das damit zum externen Agens wird, dessen Wirkung auf uns von außen kommt. Die Gesellschaft tritt den Individuen gegenüber allerdings nicht primär als materielles Ding, sondern als System von moralischen Regeln, das absolute Anerkennung verlangt.¹²⁶

Auch wenn die Gesellschaft als Moral die Individuen von innen heraus zur Kooperation zwingt, haben die sozialen Regeln und kollektiven Denk- und Handlungsweisen jedoch – darin besteht Durkheims Pointe – einen äußeren, objektiven, dinghaften Charakter. Deshalb bezeichnet er sie in Nachfolge von Spencer und Fustel de Coulanges als „Institutionen“. Diese entstehen zwar ursprünglich durch die „aktive Kooperation“ von Individuen, haben aber nicht, wie die Ökonomen meinen, ihren Ursprung in den rationalen Interessen der Individuen, sondern in den Bedürfnissen der Gesellschaft. Sie entstehen und entwickeln sich also aus der Eigendynamik des Gruppenlebens, und nicht aus den Vorteilserwägungen einzelner Akteure. Denn die Individualität der Individuen ist für Durkheim nur ein Produkt der gesellschaftlichen Differenzierung und die Inhalte des individuellen Bewusstseins sind damit nur Anleihen der Gesellschaft.¹²⁷ Deshalb liegt weder der Ursprung, noch die Stabilität gesellschaftlicher Institutionen im Willen der Einzelnen begründet. Kurzum: die Institutionen sind nicht kontraktuell: „Darüber hat weder Hobbes noch Rousseau das Widersprüchliche an der Annahme bemerkt, dass das Individuum selbst Urheber einer Maschine sein soll, deren wesentliche Rolle darin besteht, ihren Urheber durch Zwang zu beherrschen und einem Zwang zu unterwerfen“ (Durkheim 1970: 202). Dieser Zwang, den die Gesellschaft durch ihre Institutionen auf die Individuen ausübt, hat für Durkheim jedoch insgesamt wenig Negatives in sich. Denn ohne die Obligation, welche die Gesellschaft mit ihrer gebieterischen Autorität erzeugt, so Durkheim in der Selbstmordstudie, würden die Einzelnen, keinen existenziellen Halt finden. Ohne die heilenden Grenzen der Moral, wird ihr Handeln sich ständig ins Endlose und damit Sinnlose ausgießen, denn die „menschliche Natur“ sei wie „ein bodenloser Abgrund, den nichts ausfüllen kann“ (Durkheim 1973: 281). Die Menschen sind an sich also durch eine ungezügeltere, hedonistische Natur getrieben, was in sozialer Unordnung münden würde, wenn moralische Regeln ihnen nicht die Grenzen des sozial akzeptierten Verhaltens zeigten. Als moralische Autorität hat die Gesellschaft deshalb die

126 „Die Unterordnung des einzelnen gegenüber dem fait social, seine Abhängigkeit von diesem – das große Thema der Durkheimschen Soziologie – beruhen auf der Voraussetzung, dass das fait social dem einzelnen geistig und moralisch überlegen ist, dass ‚die Überlegenheit der Gesellschaft nicht bloß physisch, sondern auch moralisch und geistig ist‘. Es geht Durkheim weder um die Darstellung einer blinden Abhängigkeit noch um eine psycho-soziologische Durchdringung. Er stellt vielmehr das fait social als die geistig und moralisch nähere Natur des Menschen dar, von der der einzelne nicht nur abhängt, sondern auf die er auch verpflichtet ist“ (Jonas 1976: 34).

127 So betont Durkheim gegen Spencer, dass das ursprüngliche Aufgehen des Individuums in der Gesellschaft nicht die Folge einer zu starken militärischen Zentralisierung ist, sondern geradezu aus der Abwesenheit jeder Zentralisation resultiert. Denn am Anfang der sozialen Evolution stehen nicht die Individuen und ihr Egoismus, sondern die Gruppe und der Altruismus ihrer Mitglieder: „Man kann also das Verschwinden des Individuums nicht von der Errichtung einer despotischen Macht herleiten, sondern muss in ihr im Gegenteil den ersten Schritt sehen, der in Richtung auf den Individualismus gemacht worden ist. Die Führer sind nämlich die ersten individuellen Persönlichkeiten, die sich aus der sozialen Masse herausgelöst haben“ (Durkheim 1988: 251).

Grundfunktion, den Individuen Ziele zu setzen und ihrem Leben einen sinnvollen Rahmen zu geben: „Wenn Bedürfnisse nicht mehr automatisch durch physiologische Mechanismen gestillt werden, können sie nur vor einer Grenze einhalten, die sie selbst als gerecht erachten. Der Mensch würde nicht einer Beschränkung seiner Begierden zustimmen, wenn er sich berechtigt glaubte, die ihm gesetzten Grenzen zu überschreiten. Eine Autorität muss sie ihm vorschreiben, die er respektiert und vor der er sich spontan verneigt. Nur die Gesellschaft ist in der Lage, diese mäßigende Rolle zu spielen, sei es direkt und als Ganzheit oder vermittels eines ihrer Organe. Denn sie ist die einzige dem Einzelnen übergeordnete moralische Kraft, deren Überordnung er auch anerkennt. Sie hat als einzige die nötige Autorität, Recht zu sprechen und den Begierden Schranken zu setzen, über die hinauszugehen nicht erlaubt ist“ (ebd.: 282f.).

Die moralische Wirkung der Gesellschaft demonstriert sich also deutlich bei der Religion, aber auch noch bei der Sozialisierung des Kindes. Hier tritt die Gesellschaft stark in ihrer Rolle als Autorität ein. Die Aufgabe der Erziehung bestehe, so Durkheim, nämlich darin, dem Kind eine gewisse Art zu sehen, zu fühlen und zu handeln aufzuerlegen, zu der es spontan nicht gekommen wäre. Das Ziel des Erziehungsprozesses ist also nicht etwa, eine Vereinigung der angeborenen „niederen“ Natur des Kindes mit der „höheren“ Natur der Gesellschaft zu erreichen, sondern dem Kind die Anerkennung der moralischen Autorität der Gesellschaft als anzustrebendes Ideal einzupflanzen. Dieses moralische Ideal, das jede Gesellschaft für sich formuliert, schwebt allerdings nicht in der Luft. Denn die Moral als die ‚Seele‘ der Gesellschaft ist und bleibt an einem materiellen Substrat gebunden: „Das Substrat der Gesellschaft ist die Gesamtheit der assoziierten Individuen. Das System, das durch ihre Vereinigung über die Oberfläche des Landes, der Beschaffenheit und der Anzahl der Verkehrswege variiert, stellt die Grundlage dar, auf der das soziale Leben entsteht. Die Vorstellungen, welche die Fäden des sozialen Lebens sind, lösen sich von den Beziehungen los, die sich zwischen derart vereinigten Individuen oder auch den sekundären Gruppen, die sich zwischen das Individuum und die Gesamtgesellschaft schieben, herstellen“ (Durkheim 1967: 71). Die Moral, wie sie Durkheim versteht, ist also kein Regelsystem, das der Mensch in sein Gewissen geschrieben findet oder das der Moralphilosoph in seinem Studierzimmer deduziert: „Von der Gesellschaft hängt die Moral ab, nicht vom Ich“ (ebd.: 116). Die Moral ist vielmehr eine soziale Institution. Nicht nur: sie ist die bei weitem wichtigste soziale Institution. Denn sie dient ausschließlich dazu, das soziale Leben zu ermöglichen: sie sei deshalb „das unentbehrliche Minimum, das streng Notwendige, das tägliche Brot, ohne das die Gesellschaften nicht leben können“ (Durkheim 1988: 97).

Moral und Gesellschaft sind für Durkheim also, wenn nicht identisch, so doch weitgehend komplementär. Denn, einerseits kann nur die Moral einen mäßigenden Einfluss auf die Individuen ausüben, indem man das physische Recht des Stärkeren einem höheren Recht

unterordnet. Andererseits brauchen Menschen Moral jedoch nur in dem Maß, in dem sie bereits durch ein Band der Soziabilität vereint sind: „Die Moral beginnt also dort, wo das Gruppenleben beginnt, weil erst dort Selbstlosigkeit und Hingabe einen Sinn erhalten (Durkheim 1967: 105). Das Wesen der Gesellschaft präsentiert sich also vor allem in ihrer Moral, in ihrer moralischen Macht, nicht in ihrer dinghaften, materiellen Macht. Das scheint Durkheims feste Überzeugung zu sein: „Die Gesellschaft ist ... vor allem eine Gesamtheit von Ideen, Überzeugungen und Gefühlen aller Art, die durch die Individuen Wirklichkeit werden; und den ersten Rang unter diesen Ideen nimmt das moralische Ideal ein, ihr hauptsächlichster Daseinsgrund. Die Gesellschaft wollen, heißt dieses Ideal wollen, so dass wir sie zuweilen lieber als materielle Entität verschwinden sähen, als dem Ideal abzuschwören, das sie verkörpert. Eine Gesellschaft ist ein mächtiger Herd intellektueller und moralischer Tätigkeit, der weithin ausstrahlt“ (ebd.: 113). Moralische Ziele zu formulieren, ist somit die wichtigste Tätigkeit einer Gesellschaft, denn ohne diese würde die Gesellschaft ihre integrierende Kraft verlieren. Allerdings nicht alles in einer Gesellschaft ist Moral. Neben dem moralischen Ideal kann es noch viele andere soziale Ziele geben. So wird die Moral in einem Vortrag aus dem Jahr 1911 als nur eine neben anderen sozialen Erscheinungen genannt: „Die wesentlichen sozialen Phänomene, wie Religion, Moral, Recht, Ökonomie, Ästhetik, sind nichts anderes als Wertsysteme, folglich Ideale“ (ebd.: 156). Auch hier hebt Durkheim den idealen Charakter der Gesellschaft hervor: dass sie mit Werten zu tun hat, auch wenn nicht immer mit moralischen Werten. Sie gehöre jedenfalls, so seine Auffassung, zum größten Teil im Bereich des Idealen.

4.1.2. Arbeitsteilung und soziale Solidarität

Die Soziologien von Comte und Spencer stellten nur Teile eines jeweils universal angelegten philosophischen Systems dar. So war die Soziologie Spencers nur eine Anwendung seines Entwicklungsgesetzes für den Bereich der „überorganischen“ Natur. Diesen Mangel an Bestimmtheit der soziologischen Fragestellung wollte Durkheim beheben. Deshalb widmete er sich von Anfang an konkreten sozialen Phänomenen wie der Arbeitsteilung, dem Selbstmord oder den elementaren Formen der Religion. In allen diesen Studien kreiste sein Interesse allerdings um die Frage, wie stabile soziale Ordnungen entstehen und wie die Individuen in diese integriert werden. Diese Fragestellung wurde wohl von der Erfahrung einer gesellschaftlichen Krise veranlasst, die laut Durkheim vor allem eine politische und moralische Krise war. Denn die Geschichte Frankreichs im 19. Jahrhundert ist eine permanente Kette von Revolutionen und Umstürzen, die das Selbstbewusstsein des Landes und seine moralischen Grundlagen nachhaltig erschütterten. In dieser Situation stellte sich die Frage nach der Integration moderner Gesellschaften als zentral. Es fragte sich also: wie

ist es möglich, dass die Menschen auch im individualistischen Zeitalter der aufkommenden „industriellen Gesellschaft“ miteinander verbunden bleiben? Was hält sie auch dort zusammen, wo man den Trieben freien Lauf lässt, und wo man vor der Auflösung aller traditionellen Bindungen steht? Diese Fragen stehen am Anfang von Durkheims Studie *Über soziale Arbeitsteilung* (1893). Das Erklärungsproblem, das Durkheim hier lösen will, leitet sich aus einer Antinomie ab, die noch bei Spencer angedeutet wurde. Durkheim glaubt zu beobachten, dass moderne Gesellschaften durch zwei gegensätzliche und parallel verlaufende Entwicklungen gekennzeichnet seien: auf der einen Seite nimmt die Stärke ihrer Kohäsion zu, während auf der anderen Seite die Individuen immer autonomer werden. Wie ist das zu erklären? Durkheims Antwort erscheint zunächst nicht besonders originell. Denn er meint, dass diese zwei Tendenzen Begleiterscheinungen der fortschreitenden Arbeitsteilung seien: „Die Frage, die am Anfang dieser Arbeit stand, war die nach den Beziehungen zwischen der individuellen Persönlichkeit und der sozialen Solidarität. Wie geht es zu, dass das Individuum, obgleich es immer autonomer wird, immer mehr von der Gesellschaft abhängt? Wie kann es zu gleicher Zeit persönlicher und solidarischer sein? Denn es ist unwiderlegbar, dass diese beiden Bewegungen, wie gegensätzlich sie auch erscheinen, parallel verlaufen. Das ist das Problem, das wir uns gestellt haben. Uns schien, dass die Auflösung dieser scheinbaren Antinomie einer Veränderung der sozialen Solidarität geschuldet ist, die wir der immer stärkeren Arbeitsteilung verdanken. Das hat uns dazu geführt, die Arbeitsteilung zum Gegenstand unserer Studien zu machen“ (Durkheim 1988: 82).

Die gegenseitige Abhängigkeit unter den Menschen, welche die Arbeitsteilung schafft, beobachteten bereits die Nationalökonomien. So hat noch Adam Smith implizit auch die gesellschaftliche Arbeitsteilung im Auge, wenn er sonst explizit von der innerorganisatorischen Arbeitsteilung spricht. Der europäische Bauer habe im Gegensatz zum afrikanischen Häuptling über niemanden politische Macht, trotzdem hänge seine Lebensführung von der Mitarbeit unzähliger Menschen ab, mehr sogar als der Untertanen des Häuptlings. Und ihre Mitarbeit würde von niemandem angeordnet, noch sei sie von den Teilnehmern geplant. Dennoch komme sie zustande: „Man betrachte die Lebenshaltung des einfachsten Handwerkers oder Tagelöhners in einem zivilisierten und wohlhabenden Land, und man wird bemerken, dass die Anzahl der Personen, deren Fleiß einen Teil, wenn auch einen kleinen Teil, dazu beitrug, diese Lebenshaltung zu ermöglichen, alle Berechnungen übersteigt“ (Smith 2005: 95). Es folgt eine bravouröse Passage, die anschaulich demonstrieren soll, wie viele Berufe, Maschinen, Verkehrseinrichtungen mitgewirkt hätten, um nur den einfachsten „wollenen Rock“ produzieren zu können, „der den Tagelöhner kleidet“ (ebd.). Smith und die klassischen Ökonomen nach ihm haben allerdings nicht die vergesellschaftende Wirkung von Arbeitsteilung zu ihrem Hauptthema gemacht, sondern ihre

wohlstandsfördernde Funktion. Diese wurde von Smith klassisch am Beispiel der manufakturförmigen Herstellung von Nadeln geschildert. Das höhere Niveau der beruflichen Arbeitsteilung, so seine These, ermöglicht, trotz der geringeren Qualifikation der einzelnen Arbeiter, eine höhere Arbeitseffizienz und Produktivität.

Auch Durkheim setzt bei der Wirtschaft und ihrer höheren Produktivität dank Arbeitsteilung an. Die Teilung der Arbeit stellt für ihn damit eine Tatsache des modernen Lebens dar, die aus der Welt nicht mehr wegzudenken ist. Arbeitsteilung sei also in der modernen Wirtschaft allgegenwärtig: „Heute ist das Phänomen so offensichtlich, dass es jedermann in die Augen springt: Niemand mehr kann sich über die Tendenzen unserer modernen Industrie täuschen. Sie verschreibt sich immer mehr den großen Maschinen, den großen Kraft- und Kapitalballungen und folglich der äußersten Arbeitsteilung. Nicht nur innerhalb der Fabriken sind die Beschäftigungen getrennt und bis ins Unendliche spezialisiert, sondern jede Fabrik stellt ihrerseits eine Spezialisierung dar, die andere voraussetzt“ (Durkheim 1988: 83). Man sehe darin, so Durkheim, ein notwendiges Phänomen, das höchste Gesetz der menschlichen Gesellschaften und die Bedingung für den Fortschritt der Zivilisation. Wenn aber die Arbeitsteilung in der modernen Gesellschaft so wichtig geworden ist, dann kann sie auch nicht ohne Einfluss auf die moralische Verfassung der Individuen bleiben. Denn für jeden stellt sich unter diesen Bedingungen vor allem ein Problem: „Ist es unsere Pflicht, ein vollendetes und ganzes Wesen werden zu wollen, ein Ganzes, das sich selbst genügt, oder im Gegenteil dazu nur Teil eines Ganzen zu sein, Organ eines Organismus?“ (ebd.: 85). Es sieht nach Durkheim tatsächlich so aus, dass Arbeitsteilung in Form von Berufsspezialisierung in modernen Gesellschaften allmählich zur imperativen Regel des Verhaltens geworden ist und von den Individuen zunehmend als moralische Pflicht gefühlt wird. Denn Menschen, die sich für alles interessieren, erscheinen unter den neuen Bedingungen einer spezialisierten Berufswelt nicht mehr als „vollendete Menschen“, sondern vielmehr als „Dilettanten“, die mit ihrer Distanziertheit und Unbestimmtheit etwas Antisoziales an sich tragen. Das kategorische Imperativ moderner Gesellschaften lautet dementsprechend: spezialisiere dich! Der neue vollendete Mensch soll kompetent und produktiv sein, und dazu soll er sich für eine begrenzte Aufgabe opfern.

Woher kommt dieser Wandel im Menschenbild? Seiner Methodologie entsprechend, fragt sich Durkheim etwa nicht, warum die Menschen es wollen, sich zu spezialisieren, sondern umgekehrt: warum die Gesellschaft ihre Funktionen teilt? Also: wozu dient Arbeitsteilung? Welche ist ihre soziale Funktion? Durkheims Antwort darauf lautet: die Hauptfunktion der Arbeitsteilung besteht darin, große Gesellschaften möglich zu machen. Sie stellt somit die strukturelle Grundlage für neue moderne Formen sozialer Bindung, die ohne sie nicht existieren würden. Es stimme zwar, meint Durkheim, dass normalerweise sich Gleich mit Gleich gesellt, nicht aber im Fall der Arbeitsteilung. Und das ist gerade das Besondere bei

ihr: nach dem Prinzip komplementärer Unterschiede bringt sie Menschen zusammen, die einander nicht ähnlich, sondern unähnlich sind. Und wenn die Ökonomen meinten, dass Arbeitsteilung aufgrund höherer Produktivität existiere, ist dies für Durkheim keineswegs ihre Hauptfunktion und ihr Entstehungsgrund, sondern nur eine Zusatzleistung. Vielmehr ist der Fortschritt der Arbeitsteilung für moderne Gesellschaften wichtig, so die These des Buches, weil sie Anziehungskräfte generiert, deren Stärke große soziale Einheiten überhaupt ermöglichen. Vielleicht auch deshalb zieht es Durkheim vor, im Gegensatz zu Spencer, nicht von 'Differenzierung', sondern von 'Arbeitsteilung' zu sprechen. Der Grund für diese Begriffsentscheidung könnte darin liegen, dass Arbeitsteilung nicht primär mit Trennung und Dissoziation assoziiert wird, sondern gerade mit Verbindung und Kooperation: „Es geht Durkheim um ein moralisches Prinzip der positiven Sozialität, um eines, das die Menschen aneinander verweist, sie zusammenbindet und 'solidarisiert'. Diese Aussage transportiert der Arbeitsteilungsbegriff seit Adam Smith fast unmittelbar mit sich; dem Differenzierungsbegriff dagegen lässt sie sich nur sekundär abgewinnen, für ihn bedarf es dafür des gern kompensatorisch gedachten Zusatzbegriffes der 'Integration' oder (deutlicher noch) 'Reintegration'“ (Tyrell 1985: 189). Mit seiner Akzentuierung der Arbeitsteilung wollte Durkheim gewiss auch eine aufklärerische Wirkung erzielen. Er wollte zeigen, dass die Arbeitsteilung nicht Egoismus und Desintegration erzeugt, wie damals oft suggeriert wurde, sondern das Gegenteil: mehr Solidarität und mehr Integrationskraft in der Gesellschaft. Gerade diese von seinen Zeitgenossen nicht erkannten oder nicht genug gewürdigten Folgen der Arbeitsteilung wollte er ins allgemeine Bewusstsein rufen. Denn er wusste, dass die moderne nationale Gesellschaft als eine Zusammensetzung von Individuen, die sich niemals persönlich begegnen, eine „*imagined community*“ darstellt, die nur vorgestellt und nie direkt erfahren werden kann. So schrieb er noch 1885 in einer Besprechung von Schäffle, die Wirkung von Ideen durchaus erkennend: „Das Herz aber wird nicht weiter reichen als der Verstand. Wenn ich die unsichtbaren Bande, die mich mit dem Rest der Nation verbinden, nicht wahrnehme, werde ich mich für unabhängig von ihr halten und dementsprechend handeln“ (Durkheim 1995: 216).

Überraschenderweise sieht Durkheim die integrierende Kraft von Arbeitsteilung nicht nur im Großen, sondern auch im Kleinen wirken. Um seine These zu beweisen, dass Arbeitsteilung die Hauptquelle für die Integration moderner Gesellschaften ist, greift er auf zwei nicht so naheliegende Beispiele ein. Gerade die Freundschaft und die Ehe – soziale Formen also, die ultimativ auf Gleichheit zu gründen scheinen – betrachtet er als die elementaren Beispiele für eine soziale Bindung, die aus der Teilung der Arbeit resultieren soll: „Jeder weiß, dass wir den lieben, der uns ähnlich ist, der so denkt und fühlt wie wir. Aber das gegenteilige Phänomen ist nicht weniger häufig. Es kommt sehr oft vor, dass wir uns zu Personen, die uns nicht ähnlich sind, hingezogen fühlen, gerade weil sie uns nicht ähnlich sind“ (Durkheim

1988: 101). So suchen wir bei unseren Freunden oft die Fähigkeiten, die uns fehlen, meint Durkheim: „Einer schützt, der andere tröstet; dieser berät, der andere führt aus“ (ebd.: 102). Noch stärker als die Freundschaft zeigt die Geschichte der Ehe, dass diese soziale Form ihre Existenz der Arbeitsteilung verdankt. Denn erst die Differenzierung der sozialen Rollen von Mann und Frau – hier spricht Durkheim von „sexueller Arbeitsteilung“ – führte dazu, dass sich die Ehe als soziale Institution überhaupt entwickeln konnte. Die Hauptfunktion der Arbeitsteilung ist nach Durkheim also, dass sie eine eigenständige Quelle für Gruppenbildung ist. Darin bestehen auch ihre „moralischen“ Wirkungen, welche die Sphäre rein ökonomischer Interessen übersteigen. Denn durch gegenseitige Leistungen machen sich die Individuen immer stärker voneinander abhängig und entwickeln mit der Zeit ein Gefühl gegenseitiger Sympathie, dass sie zueinander zieht und schließlich bindet. Zunächst nützen sie sich durch die Arbeitsteilung gegenseitig, dann lernen sie sich aber auch lieben. Deshalb ist die Arbeitsteilung nicht auf bloßen Austausch zu reduzieren, sondern ist eine Quelle von Bewusstseinsinhalten, die allerdings nicht individuell, sondern kollektiv existieren und den Kern der Gruppenidentität bilden. So ist das Wesen von Freundschaft und Ehe nicht der Austausch, der an der Oberfläche stattfindet, sondern die gegenseitige Sympathie, die daraus erwächst. Damit der positive Gehalt, den diese Verbindung mit sich transportiert, nicht verloren geht, spricht Durkheim nicht bloß neutral von „Integration“, sondern von „sozialer Solidarität“.¹²⁸ Die wesentliche Voraussetzung einer Gruppenbildung stellt demnach das Maß an Sympathiegefühlen unter den Individuen dar, das Gefühl von Zusammengehörigkeit, wie es z. B. in der Familie, der Religionsgemeinschaft etc. vorherrscht. Das ist gerade die „Solidarität“, die durch ein Netz von sozialen Bindungen erzeugt und gesichert wird. Mit dieser Begriffswahl unterstreicht Durkheim u. a. auch den Zusammenhang zwischen Gruppenbildung und Bewusstsein, zwischen sozialem und psychischem Leben. Denn die innere Verbundenheit der Menschen ist für ihn vor allem ein psychisches Phänomen – das sind Gefühle oder Vorstellungen, die sich im Bewusstsein der Partner befinden. Sein Vorgehen ist demnach mit dem der in seiner Zeit aufkommenden Bewusstseinspsychologie (W. Wundt) verwandt; allerdings mit dem wichtigen Unterschied, dass er soziale Phänomene nicht auf individuelle, sondern ausschließlich auf kollektiv geteilte Vorstellungen zurückführt.

Wenn also Arbeitsteilung die Hauptursache für die Solidarität in Freundschaften und Ehen sei, wie leistet sie dann diese Funktion für moderne Gesellschaften? Dies zu zeigen, ist ja gerade die grundlegende Intention von Durkheims Arbeitsteilungsstudie, wie auch ihr

128 Die Bezeichnung der sozialen Kohäsion als „Solidarität“ findet man bereits bei Comte. In seiner sozialen Statik spricht er von der „grundlegenden Solidarität“ aller Teile einer Gesellschaft, wenn er beschreiben will, wie die Teile eines sozialen Systems aufeinander zugeordnet und in ihren Wirkungen und Gegenwirkungen abgestimmt sind (vgl. Fuchs-Heinritz 1998: 173f.). Das Thema „Solidarität“ beschäftigt Durkheim von Anfang an. Noch sein erster Kurs an der Universität Bordeaux im Jahr 1887 trägt den Titel „Soziale Solidarität“. Damit griff er u. a. ein politisches Schlagwort auf, das der Republikaner *Léon Bourgeois*, 1895/96 französischer Premierminister, in den Mittelpunkt der republikanischen Reformbewegung stellte (vgl. Güllich 1991).

Untertitel besagt: „Studie über die Organisation höherer Gesellschaften“. Die These des Buches ist also, dass große Gesellschaften, wie beispielsweise die europäischen Nationalstaaten Millionen von Menschen umfassen, nur durch Spezialisierung der sozialen Aufgaben sich bilden und im Gleichgewicht halten. Arbeitsteilung soll, wenn nicht einzige, so doch hauptsächlichste Quelle der sozialen Solidarität in ihnen sein. Wie könnte man nun eine solche These beweisen, wenn Solidarität ein Bewusstseinsphänomen sein sollte und dementsprechend einen immateriellen, ideellen Charakter habe? Wie könnte man dann Solidarität untersuchen? Und mehr noch: wie könnte man Solidarität messen, damit man weiß, in welchem Maß die von der Arbeitsteilung erzeugte Solidarität zur allgemeinen Integration der Gesellschaft beiträgt? Offensichtlich muss man nach einer sozialen Tatsache suchen, die wie ein „sichtbares Symbol“ die soziale Solidarität verkörpert. Dann könnte man auch ihre verschiedenen Formen klassifizieren und miteinander vergleichen. Erst dann könnte entschieden werden, ob Arbeitsteilung ein wesentlicher Faktor des sozialen Zusammenhalts ist oder nur eine zusätzliche und zweitrangige Bedeutung hat. Ein empirischer Indikator zur Messung der Solidarität ist für Durkheim, neben den Sitten und der Moral, das Recht. Denn je solidarischer die Mitglieder einer Gesellschaft sind, um so mehr unterhalten sie verschiedene Beziehungen miteinander, und die Zahl dieser Beziehungen entspricht der Zahl der Rechtsregeln, die sie bestimmen: „In der Tat drängt das soziale Leben überall, wo es dauerhaft existiert, dazu, eine bestimmte Form anzunehmen und sich zu organisieren, und das Recht ist nichts anderes als eben diese Organisation insoweit, als sie beständiger und präziser ist. Das allgemeine Leben der Gesellschaft kann sich über keinen Punkt hinaus ausbreiten, ohne dass sich das Rechtsleben zu gleicher Zeit und in demselben Verhältnis erweitert“ (Durkheim 1988: 112). Deshalb muss man, um die Formen der Solidarität zu untersuchen, zunächst die Formen des Rechts klassifizieren. Und diese differenzieren sich historisch in zwei große Klassen: in repressive und restitutive Sanktionen. Die ersten entsprechen dem Strafrecht, dessen Wesen darin besteht, „einem Akteur Schmerzen zuzufügen oder ihm zumindest eine Verlust aufzubürden“ (ebd.: 116). Die zweiten umfassen das Zivil- und Handelsrecht, das administrative und konstitutive Recht usw., die wiederum damit beschäftigt sind, Dinge zurückzutreten und gestörte Verhältnisse zu normalisieren, „indem der inkriminierte Akt mit Gewalt auf jenen Typus des Handelns zurückgeführt wird, von dem er abwich“ (ebd.). Das Strafrecht verkörpert dabei eine Form sozialer Bindung, die aus Ähnlichkeiten entsteht, und die Durkheim „mechanische Solidarität“ nennt, während das restitutive Recht Bindungen repräsentiert, die ihr Ursprung in der Arbeitsteilung hat, und die er wiederum als „organische Solidarität“ bezeichnet.

Die Solidarität, die aus der Arbeitsteilung resultiert, verkörpert sich also im restitutiven Recht, während sich die Solidarität, die aus den kollektiv geteilten Vorstellungen resultiert, sich im Strafrecht präsentiert. Damit man den Charakter der mechanischen Art von Solidarität

begreift, um sie von der organischen unterscheiden zu können, sollte man als erstes das Verbrechen analysieren. Für Durkheim ist das Verbrechen als soziologisches Phänomen (also: nicht als individual-psychologisches) ein Produkt gesellschaftlicher Bedürfnisse wie die Arbeitsteilung. Es ist deshalb nicht durch Verhaltensmerkmale bestimmt, sondern vor allem dadurch, dass es gegen stark definierte kollektive Vorstellungen und Gefühle verstößt, welche die Grundlage des gesamten gesellschaftlichen Lebens bilden. Aus diesem Grund reagiert auch die Gesellschaft mit bemerkenswerter Einstimmigkeit gegen den Verbrecher und rächt sich an ihm durch eine heftige emotionale Reaktion: die Strafe. Ein entwickeltes Strafrechtssystem ist damit das sichtbare Zeichen, dass in einer durch repressive Sanktionen dominierten Gesellschaft stark verinnerlichte kollektive Glaubensvorstellungen vorherrschen. Diese nennt Durkheim einfach „Kollektivbewusstsein“.¹²⁹ Es stellt den „psychischen Typus“ der Gesellschaft dar, „ein Typus, der wie die individuellen Typen seine Eigenschaften, seine Lebensbedingungen, seine Entwicklungsart hat, obgleich auf eine andere Weise“ (ebd.: 129). Die mechanische Solidarität basiert also auf der Ähnlichkeit der Gesellschaftsmitglieder hinsichtlich der von ihnen geteilten Werte, Glaubensvorstellungen und Normen, wobei erst ihre Verletzung eine Handlung „kriminell“ macht, und nicht etwa umgekehrt: „Wir verurteilen sie nicht, weil sie ein Verbrechen ist, sondern sie ist ein Verbrechen, weil wir sie verurteilen“ (ebd.: 130). Das Verbrechen verstößt also nicht nur gegen die Interessen der Gesellschaft, sondern vor allem gegen die „transzendente Autorität“, die in den Glaubensbekenntnissen und kollektiven Praktiken der Gesellschaft beinhaltet ist. Deshalb rächt sich die Gesellschaft bei Normabweichung durch eine heftige Reaktion, welche dazu dient, die kollektiv geteilten Gefühle neu zu bekräftigen und damit die Erosion der Gesellschaft zu verhindern. Die Reaktion der Strafe kommt von der ganzen Gesellschaft, daher auch ihre außerordentliche Kraft: „Die Strafe ist für uns dasselbe geblieben wie für unsere Väter. Sie ist noch immer ein Racheakt, der auf Sühne aus ist. Was wir aber rächen und was der Verbrecher sühnt, ist die Verletzung der Moral“ (ebd.: 138).

Das Kollektivbewusstsein ist also die Macht, die das Strafrecht als Instrument benutzt, und man kann den Anteil der mechanischen Solidarität an der allgemeinen Integration der Gesellschaft nach dem Anteil des Strafrechts am gesamten System der juristischen Regeln bemessen. Die restitutive Sanktion, welche das Familien-, Vertrags-, Handels-, Prozeß-, Verwaltungs- und Verfassungsrecht umfasst, hat hingegen keinen Sühnecharakter. Sie

129 Vor Durkheim haben auch Comte, *Fustel de Coulanges*, *Ferdinand Tönnies* Konzepte aufgestellt, die retrospektiv und teils romantisch Solidarität, 'Gemeinsinn', Kohäsion und 'Gemeinschaft' vorzugsweise als Kennzeichen traditionaler Gesellschaften identifizierten. So gesehen ist Durkheims Konzept vom Kollektivbewusstsein nicht neu. Im Vergleich mit seinen Vorgängern ist es aber viel konkreter und präziser. Denn das Kollektivbewusstsein ist ‚kollektiv‘ in einem Doppelsinn: es ist einerseits kollektiv, weil es stark intersubjektiv ist, und es ist andererseits kollektiv, weil es eine Vorstellung von 'Normalität' und damit auch Normativität repräsentiert (vgl. Tyrell 1985: 198). In seiner späteren Entwicklung, spezifiziert Durkheim die Inhalte des Kollektivbewusstseins immer stärker als religiöse Inhalte. Religion wird für ihn deshalb als in der Frühzeit der Menschheit die schlechthin bestimmende, das ganze soziale Leben durchdringende gesellschaftliche Institution.

fordert keine Vergeltung oder Buße, sondern beschränkt sich auf eine einfache Wiedergutmachung. Der Schadenersatz hat keinen Strafcharakter und das ist der Beweis, dass die Regeln der restitutiven Sanktion entweder gar nicht am Kollektivbewusstsein teilhaben oder nur schwach mit ihm verbunden sind: „Das Strafrecht entspricht dem Herzen und dem Zentrum des gemeinsamen Bewusstseins. Die rein moralischen Regeln bilden hierbei schon einen weniger zentralen Teil. Das Erstattungsrecht endlich hat seinen Ursprung in der Peripherie und dehnt sich weit darüber hinaus. Je mehr es wirklich es selbst wird, desto entfernter liegt es“ (Durkheim 1988: 163f.). Die Beziehungen, die das restitutive Recht regelt, binden somit das Individuum nur indirekt an die Gesellschaft. Denn sie entsprechen Spezialaufgaben, die dem Kollektivbewusstsein als Quelle der allgemeinen Moral entgehen. Die soziale Bindung kommt hier nicht mehr von Glaubensüberzeugungen, die allen Mitgliedern der Gruppe gemeinsam sind, sondern kommt durch die Vermittlung der Teile zustande, die die Gesellschaft bilden. Die Gesetze des restitutiven Rechts regeln also nicht das Verhältnis zwischen Individuum und Gruppe, sondern die Beziehungen der Individuen zueinander, ihre gegenseitigen Rechte und Pflichten, also: ihre Zusammenarbeit. Durkheim veranschaulicht das durch eine Analyse des Familienrechts. Die Fragen, die es behandelt, seien z. B.: Wie verteilen sich die verschiedenen Funktionen innerhalb der Familie? Wie müssen die normalen Verhältnisse in einer Familie aussehen? Dieser Teil des bürgerlichen Rechts soll also Stellung und Verhältnis der Funktionen innerhalb der Familie regeln. Auch das Vertragsrecht weist auf denselben Tatbestand hin. Denn der Vertrag ist nur der juristische Ausdruck einer Kooperation, die wie jede Gegenseitigkeit Spezialisierung und Arbeitsteilung voraussetzt. Dieser spezialisierte Charakter der restitutiven Normen bedeutet jedoch schließlich auch, dass sie nicht die Stärke der Strafsanktion haben: „Solange die Funktionen eine gewisse Allgemeinheit bewahren, kann sie zweifellos jeder in irgendeiner Weise empfinden; wie sie sich aber immer weiter spezialisieren, wird der Kreis derer, die sich aller einzelnen Funktionen bewusst sind, immer kleiner, und damit übersteigen sie das allgemeine Bewusstsein immer mehr. Die Regeln, die sie bestimmen, können also nicht jene überragende Kraft und jene transzendente Autorität gewinnen, deren Verletzung eine Sühne verlangt“ (Durkheim 1988: 179).

4.1.3. ‚Segmentäre‘ und ‚organisierte‘ Gesellschaften

Die Normen der restitutiven Sanktion werden also von den Individuen im Gegensatz zu den Normen der repressiven Sanktion nicht als ‚heilig‘, sondern nur als ‚funktional‘ angesehen. Trotzdem schaffen sie es, so Durkheims Hauptthese, durch die Regelung der zahlreichen Beziehungen zwischen den Individuen eine noch stärkere Kohäsion der Gesellschaft zu

garantieren als es das Kollektivbewusstsein vermochte. Die organische Solidarität integriert die Gesellschaft also über unterschiedliche funktionale Rollen. Auf der anderen Seite ist jedoch die mechanische Solidarität nur dann stark, wenn alle Gesellschaftsmitglieder gemeinsame Ideen und Bestrebungen teilen und sich deshalb voneinander möglichst wenig unterscheiden. Deshalb schließen sich nach Durkheim beide Arten von Solidarität gegenseitig aus. So erreicht die mechanische Solidarität ihr Maximum, wenn das Kollektivbewusstsein das Individualbewusstsein vollkommen deckt und die Individualität damit gleich Null wird: „In dem Augenblick, in dem diese Solidarität wirkt, löst sich unsere Persönlichkeit definitionsgemäß sozusagen auf; denn dann sind wir nicht mehr wir selbst, sondern das Kollektivwesen“ (Durkheim 1988: 182). Durkheim nennt sie deshalb „mechanisch“, weil, in Analogie zur Kohäsion der Elemente in festen Körpern, seien die Individuen in Gesellschaften, in denen diese Solidarität sehr entwickelt ist, wie Sachen, über die die Gesellschaft verfüge. Das individuelle Bewusstsein sei hier einfach vom Kollektivtypus abhängig und folgt allen dessen Regungen, „wie der besessene Gegenstand den Bewegungen folgt, die ihm sein Besitzer aufzwingt“ (ebd.). Die organische Solidarität andererseits ist ein Ergebnis der Teilung der Funktionen und ist nur möglich, wenn jeder ein eigenständiges Betätigungsfeld und folglich eine Persönlichkeit hat. Deshalb festigt sie sich im Gegensatz zur mechanischen mit der Entfaltung der Individualität: „Das Kollektivbewusstsein muss also einen Teil des Individualbewusstseins freigeben, damit dort spezielle Funktionen entstehen, die es nicht regeln kann. Je größer diese Region ist, umso stärker ist die Kohäsion, die aus dieser Solidarität entspringt. Tatsächlich hängt einerseits jeder umso enger von der Gesellschaft ab, je geteilter die Arbeit ist, und andererseits ist die Tätigkeit eines jeden umso persönlicher, je spezieller sie ist“ (ebd.: 183). Deshalb ist das soziale Band in Gesellschaften, in denen die organische Solidarität vorherrscht, auch viel plastischer als in mechanisch integrierten Gesellschaften. Ihre Organisation ähnelt damit jener, so Durkheim, die man bei den höheren Tieren beobachten kann. Jedes Organ habe dort seine eigene Physiognomie und seine Autonomie, und trotzdem sei die Einheit des Organismus umso größer, je stärker die Individualisierung der Teile ausgeprägt sei.¹³⁰

Dieses Verhältnis gegenseitigen Ausschließens zwischen den beiden Solidaritätstypen erinnert stark an Spencers Dichotomie zwischen Status- und Vertragssystem. Ähnlich wie Spencer stellt auch Durkheim seine Typologie in einen Entwicklungszusammenhang. Denn

130 Mit seiner Unterscheidung zwischen „mechanisch“ und „organisch“ distanzierte sich Durkheim implizit von Tönnies' Beschreibung der modernen arbeitsteiligen „Gesellschaft“ als ein mechanisches Aggregat. Bereits 1885 bezeichnete Durkheim das Recht auf berufliche Spezialisierung als „die einzige Freiheit, die einen Wert hat“ (Durkheim 1995: 195). Daher argumentiert er gegen Tönnies, wenn dieser Individualisierung nur als soziale Auflösung begreift. Besonders wehrt sich Durkheim gegen die Auffassung, dass die Unfähigkeit zu kollektivem Handeln in großen Gesellschaften einen starken Staat bedürfe, der diese künstlich lenkt: „Nun glaube ich aber, dass das Leben der großen gesellschaftlichen Agglomerationen genauso natürlich ist wie dasjenige der kleinen Aggregate. Es ist nicht weniger organisch und auch nicht weniger innengesteuert“ (ebd.: 224).

er will zeigen, dass im Verlauf der menschlichen Geschichte die Bedeutung der organischen Solidarität ständig wächst. Das beweist schon das Übergewicht des kooperativen Rechts über das Strafrecht in modernen Gesellschaften: „Ein Blick auf unsere Gesetzbücher genügt, um den geringen Platz festzustellen, den das Strafrecht im Verhältnis zum kooperativen Recht einnimmt. Was ist es schon neben dem umfangreichen System des Familien-, des Vertrags-, des Handelsrechts usw.? Die Gesamtheit der Beziehungen, die einer Strafregelung unterworfen sind, stellt also nur den kleinsten Bruchteil des allgemeinen Lebens dar, und folglich sind die Bande, die uns an die Gesellschaft binden und die aus der Gemeinschaft des Glaubens und der Gefühle erwachsen, viel weniger zahlreich als diejenigen, die der Arbeitsteilung entstammen“ (ebd.: 200). Die progressiv schwindende Bedeutung mechanischer Solidarität zeigt sich nach Durkheim auch daran, dass die Regeln des Kollektivbewusstseins an Intensität und an Deutlichkeit verlieren. So habe sich eine große Zahl der Verbrechenstypen allmählich aufgelöst, ohne durch andere kompensiert zu werden. Auch der Anteil der Religion, die die besonders starken Zustände des Kollektivbewusstseins repräsentiert, sei im sozialen Leben immer kleiner geworden. Schließlich bezeuge noch der zahlenmäßige Rückgang von Sprichwörtern, Sinnsprüchen und Redensarten, die nichts anderes als gedrängter Ausdruck eines Kollektivgedankens seien, dass die kollektiven Vorstellungen ständig verblassen. Es sei deshalb für Durkheim „ein Gesetz der Geschichte, dass die mechanische Solidarität, die zuerst allein oder fast allein stand, nach und nach an Boden verliert und dass die organische Solidarität ein immer stärkeres Übergewicht erhält“ (ebd.: 229). Die progressive Ersetzung der mechanischen durch organische Solidarität bedeutet jedoch nicht, dass das Kollektivbewusstsein in modernen Gesellschaften völlig verschwindet. Sie wird eher nur als Quelle der Integration in den Hintergrund gedrängt. Ihre Inhalte werden allgemeiner und unbestimmter und damit wird auch ihre Kohäsionskraft schwächer. Ein Beispiel dafür bietet nach Durkheim der moderne Individualismus. Dieser „Kult um die Würde der Person“, so er, ziehe zwar seine Kraft aus der Gesellschaft, aber er bindet die Individuen nicht an sie: „Das Kollektivbewusstsein ist daher umso mächtiger, je einfacher die soziale Struktur, je religiöser die Kultur und je geringer die Individualisierung in einer Gesellschaft sind“ (Müller 2000: 158). Man könnte das Kollektivbewusstsein, wie Spencer, als negativ ansehen, weil es für Individualität keinen Raum lässt. Durkheim sieht in ihm vielmehr eine segensreiche Kraft, die auch für moderne Gesellschaften ihre funktionale Bedeutung hat.

Die Umwandlung des moralischen Überbaus von Gesellschaften geht bei Durkheim mit einer Veränderung der Sozialstruktur einher. Der Ersetzung der einen Solidaritätsform durch die andere entspricht damit ein Übergang von „segmentär“ differenzierten zu „organisierten“ Gesellschaften. Auch Durkheim stellt also wie sein Vorgänger Spencer eine Dichotomie zweier Gesellschaftstypen auf. Und gleich wie dieser sieht er die soziale Entwicklung mit

einer Art von Gesellschaft beginnen, die er als „einfach“ bezeichnet. Am Anfang stehen also einfache Gesellschaften, aus denen sich dann durch Zusammensetzung gleich Verästelungen eines Baumstammes verschiedene Stufen und Arten von „höheren“ Gesellschaften bilden.¹³¹ Der „Idealtyp“ einer einfachen Gesellschaft ist die Horde. Sie sei ein soziales Aggregat, „das unmittelbar in Individuen zerfällt“ (Durkheim 1970: 170). Sie sei das Protoplasma des sozialen Lebens und damit der notwendige Stützpunkt für eine vollständige Stufenleiter der sozialen Typen: mehrere Horden bilden einen Clan, mehrere Clans – eine segmentäre Gesellschaft. Der *segmentäre Gesellschaftstypus* ist nach Durkheim exemplarisch bei kleinen „primitiven“ Gesellschaften zu finden. Er ist durch die Wiederholung von homogenen und untereinander ähnlichen Segmenten gebildet. Der Clan ist ein Beispiel für eine segmentäre Gesellschaft, die sich mit einer rudimentären „politisch-familialen“ Organisation kennzeichnet. Denn einerseits ähnelt der Clan einer Familie, weil sich alle Mitglieder, die ihn bilden, untereinander als Verwandte ansehen und in der Mehrzahl tatsächlich blutsverwandt sind; andererseits zählt er aber auch viele Fremde, was ihm erlaubt, Ausmaße zu erreichen, die eine Familie nie erreichen würde. Deshalb ist der Clan die politische Grundeinheit und die Klanführer sind die einzigen sozialen Autoritäten. Die ersten Ansätze einer Ausdifferenzierung von politischen Führungsrollen im Clan führen nach Durkheim allerdings nicht notwendig zur Beeinträchtigung der mechanischen Solidarität. Sogar die politische Zentralisation segmentärer Gesellschaften unter einem Herrscher deutet er nicht als Arbeitsteilung. Denn die Beziehungen des barbarischen Despoten zu seinen Untertanen, so Durkheim, seien wie die des Eigentümers zu seinem Gegenstand und hätten an sich nichts von jener Gegenseitigkeit, welche die Arbeitsteilung kennzeichne. Der Unterschied zu früher bestehe deshalb lediglich darin, dass die mechanische Solidarität das Individuum nicht mehr direkt an die Gruppe, sondern an deren Abbild binde: „Die eigentlich professionellen Dienste, die diese Persönlichkeit leistet, spielen also keine Rolle für die außerordentliche Macht, mit der sie bekleidet wurde. Wenn in derartigen Gesellschaften die Führungsmacht soviel Autorität hat, dann nicht darum, wie man gesagt hat, weil sie in besonderem Maße eine energische Führung nötig haben, sondern weil diese Autorität zur Gänze eine Emanation des gemeinsamen Bewusstseins ist; sie ist so groß, weil seinerseits das gemeinsame Bewusstsein sehr entwickelt ist“ (Durkheim 1988: 236).

Der *organisierte Gesellschaftstypus* repräsentiert sich von den großen modernen Nationen. Sie bilden sich nicht durch die Wiederholung von Segmenten, sondern bestehen aus einem System von verschiedenen Organen, von denen jedes eine Sonderrolle ausübt und seinerseits aus differenzierten Teilen besteht. Zwischen den Organen dieses

131 Im Gegensatz zu Comte geht Durkheim also von einer Pluralität von Gesellschaftsformen aus: „Man sagte uns, dass die Soziologie 'die Gesellschaft' studieren müsse; aber 'die Gesellschaft' existiert nicht. Es gibt 'Gesellschaften', die sich in Gattungen und Arten einteilen lassen, ähnlich wie bei den Gewächsen und Tieren“ (Durkheim 1981: 35).

Gesellschaftstypus, so Durkheim, kann es auch eine Hierarchie geben, aber die privilegierte Stellung eines Organs ist hier nur durch seine Rolle in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung begründet. Wie bei Spencer sind die Organisationsprinzipien der beiden Gesellschaftstypen auch hier einander antagonistisch entgegengesetzt. Eine organisierte Gesellschaftsstruktur kann sich dementsprechend nur in dem Maße entwickeln, indem die segmentäre verschwindet. Denn beim organisierten Gesellschaftstypus sollen die Individuen nicht mehr nach ihren Abstammungsbeziehungen gruppiert werden, sondern nach ihrem Beruf. Am Anfang passen sich die neuen, funktional differenzierten Strukturen allerdings noch den alten segmentären Strukturen an. So entsteht nach Durkheim eine Differenzierung in Klassen und Kasten als Produkt der Vermischung der beginnenden Berufsorganisation mit der ursprünglichen familialen Organisation. Kommt aber die Arbeitsteilung einmal richtig im Gang, beschleunigt sie die Regression der segmentären Struktur immens. Diese verliert deshalb mit dem Ausbau des organisierten Typus immer stärker an Bedeutung, verschwindet jedoch nie vollständig. Denn nach Durkheim entspricht die Aufteilung der Gesellschaft in Segmente „dauernden Notwendigkeiten, selbst in den neuen Gesellschaften, wo sich das soziale Leben freilich in veränderter Form vollzieht“ (ebd.: 241). Mit dem Fortschritt der Arbeitsteilung erlischt zwar die Erinnerung an die ursprüngliche Gemeinde und die Differenzierung in Clans verschwindet zunehmend, aber die Individuen bleiben sich noch als eine Gruppe bewusst, die einen gemeinsamen Teil des Territoriums besetzt. Als Folge der territorialen Differenzierung in Dörfer, Städte, Distrikte, Provinzen, schließlich auch Staaten, erhält sich deshalb die mechanische Solidarität bis in die modernsten Gesellschaften hinein. Die sozialen Bindungen, die sich aus dem „Beisammenwohnen“ ergeben, haben laut Durkheim jedoch keine so tiefe Quelle wie die Blutsverwandtschaft. Deshalb falle zwar die geographische Aufteilung mit einer bestimmten moralischen Aufteilung der Bevölkerung zusammen – so hat jede Provinz ihre besonderen Sitten und Gebräuche, - aber die Unterschiede innerhalb einer Nation dürften nicht sehr groß sein: „Die territorialen Einteilungen sind also immer weniger in der Natur der Dinge begründet und verlieren folglich ihre Bedeutung. Man kann fast sagen, dass ein Volk umso fortgeschrittener ist, je konturloser jene werden“ (ebd.: 243).

Solange also jedes Segment sein eigenes Leben hat, bleibt es eine kleine Gesellschaft in der großen und die Beziehungen, die die Gruppenmitglieder untereinander unterhalten, können durch Kollektivsühne und Kollektivverantwortlichkeit geregelt werden. Die relativ hohe Unabhängigkeit der Segmente untereinander und ihr geringer Grad an Interdependenz haben zur Folge, dass einschneidende Ereignisse in einem Segment nicht bis in die anderen durchschlagen. Die segmentäre Organisation auf politisch-familialer bis territorialer Grundlage mit ihrer relativen Unempfindlichkeit gegenüber sozialen und nichtsozialen Umwelteinflüssen ist deshalb nur in Gesellschaften möglich, die relativ klein sind und sich mit

wenig Kontakten zwischen ihren Teilen auszeichnen: „Übersteigt die Population etwa die kritische Dorfgröße, ziehen die jungen Leute weiter und errichten ein Dorf auf gleicher sozialstruktureller Grundlage, einen Prozess, den man ‚segmentäre Differenzierung‘ nennt. Damit die Solidarität gleichsam mechanisch entstehen kann, muss die Arbeitsteilung gering, die Gesellschaft klein und die Individualisierung ihrer Mitglieder nicht weiter ausgeprägt sein“ (Müller 2008: 91). Bei einer Vergrößerung der Gesellschaften setzt deshalb die Transformation unweigerlich an, in deren Verlauf aus homogenen Segmenten sich allmählich heterogene Organe bilden, indem an die Stelle der bisherigen relativen Unabhängigkeit und geringen Störanfälligkeit gegenüber Einflüssen anderer sozialer Umwelten nun ein hohes Maß an Interdependenz der Organe und ein hoher Grad an wechselseitiger Beeinflussbarkeit tritt. Durkheim beschreibt diese Entwicklung anhand verschiedener Zentralisations- und Konzentrationsprozesse: „So entsteht der moderne Staat als komplexes Regelorgan mit diversen Entscheidungs- und Steuerungsfunktionen, was sich etwa an der enormen Ausdehnung des Verwaltungsrechts ablesen lässt. Neben der politischen Zentralisation bezeichnet der Übergang von der Klein- zur Großindustrie einen ökonomischen Konzentrationsprozess, der sich auch an der Entstehung nationaler und weltweiter Märkte im Vergleich zum traditionellen Lokalmarkt nachvollziehen lässt. Neben politischer Zentralisation und ökonomischer Konzentration führt der starke Urbanisierungsprozess zur Veränderung horizontaler und vertikaler Mobilität der Individuen und an die Stelle der traditionellen rigiden ‚Geburtswelt‘ tritt allmählich die moderne flexible ‚Berufswelt‘“ (Müller 1983: 126).

4.1.4. Arbeitsteilung und Individualisierung

Wie kommt es aber zur Umwandlung der Gesellschaftsstruktur in Richtung einer fortschreitenden Arbeitsteilung? Was ist die Ursache, dass Gesellschaften von segmentärer auf funktionale Differenzierung übergehen? Die Ökonomen, und unter ihnen am prominentesten Adam Smith, haben Arbeitsteilung als Ergebnis individueller Bedürfnisse erklärt. Für Durkheim hingegen kann sie als soziale Tatsache nur durch soziale, also kollektive Bedürfnisse erklärt werden.¹³² Das Streben nach Glück oder Wohlstand könne den Fortschritt der Arbeitsteilung nicht erklären, argumentiert er, da die Produktivität der Arbeit

¹³² So steht es in den *Regeln* definitiv: "Die bestimmende Ursache eines soziologischen Tatbestands muss in den sozialen Phänomenen, die ihm zeitlich vorangehen, und nicht in den Zuständen des individuellen Bewusstseins gesucht werden ... Die Funktion eines sozialen Phänomens muss immer in Beziehung auf einen sozialen Zweck untersucht werden ... (Auch wenn es unbestreitbar sei, K.A.), dass die sozialen Tatsachen aus einer Verarbeitung sui generis von psychischen Tatsachen entstanden sind. Außerdem ist diese Verarbeitung selbst nicht ohne Analogien mit jener, die in jedem individuellen Bewusstsein vor sich geht und die allmählich die primären Elemente (Empfindungen, Reflexe, Instinkte), aus denen es sich ursprünglich zusammensetzt, umformt" (Durkheim 1970: 193).

potenziell grenzenlos sei, während das Glücksvermögen der Menschen schnell an Grenzen stöße. Die Folgerung daraus bedeutet: die Teilung der Arbeit steigert nicht gleichzeitig das Glück. Im Gegenteil: die vielen Selbstmorde in organisierten Gesellschaften weisen eher darauf hin, dass Arbeitsteilung generell kein Glück mit sich bringt. Dies lege nun nahe, dass die Ursache sozialer Evolution nicht im Individuum, sondern in dem es umgebenden sozialen Milieu zu suchen sei. Dafür spreche auch der Umstand, dass die Feststellung von Kausalbeziehungen in der Soziologie ganz unmöglich würde, wenn man die sozialen Faktoren aus der Erklärung ausschließt. Man würde zwar verschiedene historische Zusammenhänge – heute spricht man z. B. von „*path-dependence*“ – herausfinden können, aber daraus würde es trotzdem unmöglich einzusehen, warum ein Zustand die bestimmende Ursache des darauffolgenden Zustandes sein müsste: "Dass die in einer bestimmten Epoche auf dem Gebiete des Rechts, der Wirtschaft, der Politik usw. erzielten Fortschritte neue Fortschritte ermöglichen, ist sehr gut zu verstehen; worin sollen sie diese jedoch vorausbestimmen? Sie sind ein Ausgangspunkt, der weiterzugehen gestattet; was ist es aber, das uns zum Weitergehen veranlasst?" (Durkheim 1970: 198). Man muss also laut Durkheim nicht psychologische Anreize, sondern allein sozialökologische Faktoren in Rechnung stellen, um den Fortschritt der Arbeitsteilung *kausal erklären zu können*.

Welche können nun diese Faktoren sein? Eine Entdeckung, die bereits Adam Smith machte, war, dass die Arbeitsteilung durch den Umfang des Marktes beschränkt sei. Der Anreiz für eine Teilung der Arbeit, so Smith, sei die Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu tauschen. Wenn andere Menschen bereit seien, einen Teil des Getreides und des Fleisches, das sie produzieren, für die Schuhe zu tauschen, die ich anfertige, habe ich einen Anreiz, mich auf die Anfertigung von Schuhen zu spezialisieren, um möglichst viele davon zu verkaufen, statt einen Teil meiner Zeit damit zuzubringen, Schuhe (für mich und meine Angehörigen) herzustellen, und einen Teil damit, Getreide anzubauen und Vieh zu halten. In einer großen Stadt gibt es mehr Tauschmöglichkeiten, es gibt dort einen größeren Markt als in einem kleinen Dorf, und das ist auch der Grund, warum man in der Stadt und nicht auf dem Dorf einen hohen Grad an Arbeitsteilung (bzw. Berufsspezialisierung) findet.¹³³ Mit Smiths These ist Durkheim im Grunde einverstanden. Die Spezialisierung der Produktion kommt erst dann zustande, wenn sich die segmentären Strukturen aufgelöst haben und die Grenzen zwischen den Segmenten verschwunden sind. Deshalb stelle auch, umgekehrt, eine intakte segmentäre Verfassung der Gesellschaft ein unüberwindliches Hindernis für den Durchbruch der Arbeitsteilung. Die Annäherung der zuvor getrennten Teile aneinander und

133 „Da die Möglichkeit zu tauschen Anlass zur Arbeitsteilung gibt, muss das Ausmaß dieser Teilung stets durch das Ausmaß jener Möglichkeit begrenzt sein, mit anderen Worten: durch die Größe des Marktes. Wenn der Markt sehr klein ist, kann niemand einen Anreiz haben, sich gänzlich einer einzigen Beschäftigung zu widmen, weil es an der Möglichkeit fehlt, den ganzen, über seinen eigenen Verbrauch hinausgehenden, überschüssigen Teil des Ertrages seiner eigenen Arbeit nach Bedarf gegen entsprechende Teile des Arbeitsertrages anderer Menschen einzutauschen“ (Smith 2005: 101).

den daraus resultierenden Verkehr nennt Durkheim „dynamische“ oder noch „*moralische Dichte*“. Je intensiver diese ist, desto intensiver ist auch die Arbeitsteilung. Eine „moralische Annäherung“ der Gesellschaftsteile setzt aber voraus, dass auch der wirkliche Abstand zwischen ihnen geringer wird. Historisch kam es dazu auf drei prinzipiellen Wegen: durch Bevölkerungskonzentration, durch Bildung von Städten und durch Vermehrung der Kommunikations- und Verkehrswege. All dies bezeichnet Durkheim wiederum als „materielle Dichte“ und nimmt diese ihres materiellen Charakters wegen als sichtbaren Indikator zur Bestimmung der gesellschaftlichen Verdichtung: „Denn wenn die verschiedenen Teile der Bevölkerung sich einander zu nähern tendieren, wird es unausbleiblich, dass sie die Wege, welche diese Annäherung ermöglichen, aufschließen; und andererseits können Beziehungen zwischen entfernten Punkten der sozialen Masse nur entstehen, wenn diese Entfernung kein Hindernis bildet, d. h. tatsächlich überwunden ist“ (Durkheim 1970: 196).

Neben der moralischen Dichte ist *das Bevölkerungswachstum* für Durkheim der zweite große Faktor, der einen Fortschritt der Arbeitsteilung bedingt: „Wenn die Verdichtung der Gesellschaft dieses Ergebnis hat, so darum, weil sie die intrasozialen Beziehungen vervielfacht. Aber diese werden noch zahlreicher, wenn außerdem die Gesamtzahl der Mitglieder der Gesellschaft beträchtlicher wird. Wenn die Gesellschaft mehr Individuen umfasst, die zu gleicher Zeit in engerem Kontakt zueinander stehen, verstärkt sich der Effekt notwendigerweise. Das soziale Volumen hat also auf die Arbeitsteilung denselben Einfluss wie die Dichte“ (Durkheim 1988: 319). Wie allerdings der Fall von China oder Indien zeigt, gibt es auch Gesellschaften, die zwar eine sehr zahlreiche Bevölkerung haben, aber keine besonders entwickelte Arbeitsteilung. Die Größe der Bevölkerung wirkt sich also auf die Arbeitsteilung nur dann aus, wenn die Gesellschaftsmitglieder auch in engem Kontakt stehen, um sich wechselseitig zu beeinflussen: „Wenn sie stattdessen durch undurchlässige Milieus getrennt sind, dann können sie nur selten und beschwerlich Beziehungen knüpfen, und alles verläuft, als wären sie nur wenig zahlreich. Der Anstieg des sozialen Volumens beschleunigt also nicht immer die Fortschritte der Arbeitsteilung, sondern nur dann, wenn sich die Masse zur gleichen Zeit und im selben Ausmaß zusammenzieht“ (ebd.: 320). Erst das Zusammentreffen von Wachstum und Verdichtung der Gesellschaft, so Durkheims These, erzwingt eine Intensivierung der Arbeitsteilung. Durkheim fasst diesen Zusammenhang als soziologisches Gesetz: „Wir sagen nicht, dass das Wachstum und die Verdichtung der Gesellschaft eine größere Arbeitsteilung *erlauben*, wir sagen, dass sie sie *zwangsläufig hervorrufen*. Jene Faktoren sind kein Instrument, mit dem sich die Arbeitsteilung verwirklicht; sie sind deren bestimmende Ursache“ (ebd.: 321, Herv.i.O.).

Wie führen aber gesteigertes Volumen und gesteigerte Dichte zur Entwicklung von Arbeitsteilung? Als erstes lehnt Durkheim Spencers These ab, dass Arbeitsteilung aus der Verschiedenheit der äußeren Umweltbedingungen resultiert, in denen die Menschen leben.

Die Umgebung stehe zwar nicht ohne Beziehungen zur Arbeitsteilung, sie sei aber nicht deren Ursache. Wenn sich die Menschen spezialisieren, betont Durkheim, dann gewiss in der Richtung ihrer natürlichen Unterschiede, was Spencer behauptet. Denn so brauchen sie sich am wenigsten anzustrengen und ziehen den größten Gewinn daraus: „Aber warum sollen sie sich spezialisieren? Was veranlasst sie dazu, sich voneinander unterscheiden zu wollen? Spencer erklärt recht gut, wie die Evolution vor sich geht, wenn sie stattfindet; aber er sagt uns nicht, welches die Triebfeder ist, die sie hervorruft. In Wahrheit stellt er sich diese Frage gar nicht“ (ebd.: 324f.). Durkheim geht davon aus, dass sich die Arbeit erst dann teilt, wenn neue Bedürfnisse entstehen. Wie kommt es aber dazu? Mit Hinweis auf Darwin, macht Durkheim den Vorschlag, die Differenzierung der Bedürfnisse als Folge des Überlebenskampfes zu betrachten: „Darwin hat zu Recht bemerkt, dass die Konkurrenz zwischen zwei Organismen um so heftiger ist, je ähnlicher sie einander sind. Da sie die gleichen Bedürfnisse haben und die gleichen Ziele verfolgen, rivalisieren sie überall. ... Ganz anders verhält es sich dagegen, wenn die zusammenlebenden Individuen verschiedenen Gattungen oder Arten angehören. Da sie sich nicht auf dieselbe Weise ernähren und nicht dasselbe Leben führen, belästigen sie sich gegenseitig nicht; was dem einen zugute kommt, ist für die anderen wertlos“ (ebd.: 325). Die Menschen unterliegen dem gleichen Gesetz. Indem alle Berufe verschiedene Ziele verfolgen, kann jeder sein Ziel erreichen ohne die anderen daran zu hindern, das ihre zu erreichen. Das Problem der Ressourcenknappheit wird somit nicht negativ (durch Auslöschung der Konkurrenten), sondern positiv (durch symbiotische Koexistenz) gelöst. Wie sieht das sozialstrukturell aus? Soweit die soziale Differenzierung segmentär ist, hat jedes Segment seine eigenen Organe, die durch „Trennwände“ von ähnlichen Organen geschützt sind: „In dem Maß aber, wie diese Trennwände fallen, ist es unvermeidlich, dass sich die einander ähnlichen Organe berühren, den Kampf beginnen und versuchen, sich gegenseitig zu verdrängen: Wie diese Verdrängung sich auch vollzieht, immer ist das Ergebnis irgendein Fortschritt auf dem Weg der Spezialisierung. Denn einerseits kann das Segmentorgan, das gesiegt hat, wenn man so sagen darf, der größeren Aufgabe, die ihm jetzt zufällt, nur dank einer stärkeren Arbeitsteilung genügen; andererseits können sich die Besiegten nur halten, wenn sie sich auf einen Teil der Funktionen zurückziehen, die sie bis dahin erfüllt hatten. Der kleine Betriebsleiter wird Vorarbeiter, der kleine Kaufmann wird Angestellter usw.“ (ebd.: 329). Es ist also schließlich kein Pull-Faktor, sondern ein Push-Faktor, der die Individuen zur Berufsspezialisierung veranlasst. Nicht die Vermehrung des Glücks, sondern das Gesetz des Daseinskampfes intensiviert die Arbeitsteilung: „Die größere Intensität des Kampfes erfordert neue und mühsame Anstrengungen, deren Natur die Menschen um nichts glücklicher macht. Alles geht mechanisch vor sich. Ein Bruch des Gleichgewichts in der sozialen Masse ruft Konflikte hervor, die nur durch eine noch entwickeltere Arbeitsteilung gelöst werden können.

Das ist der Motor des Fortschritts“ (ebd.).

Durkheim geht also anders als die klassische Ökonomie nicht von einer durch Wohlstandsgewinne und Nutzensteigerungen bedingte Arbeitsteilung aus. Vielmehr betont er, dass eine Verschärfung der Konkurrenz zunächst für viele Betroffene eine Bedrohung darstellt, selbst wenn sie sich langfristig materielle Gewinne davon versprechen mögen. Die Zunahme des Konkurrenzdrucks müsste allerdings nicht zwangsläufig durch wachsende Arbeitsteilung bewältigt werden. Denn neben der Spezialisierung sind auch andere funktionale Alternativen möglich, mit denen die Bevölkerung auf wachsende Konkurrenz reagieren könnte, wie Bevölkerungsrückgang, Emigration oder Krieg. In einem bestimmten historischen Zeitpunkt zeigten sich jedoch diese Wege für den „Selbsterhaltungstrieb“ als versperrt und er schlug dann den Weg der Arbeitsteilung ein: „Wenn sich ... unsere Aktivität vorzugsweise einer immer entwickelteren Arbeitsteilung zuwandte, so erklärt sich das daraus, dass in dieser Richtung die geringsten Widerstände lagen. Die anderen möglichen Lösungen waren die Auswanderung, der Selbstmord und das Verbrechen. Nun sind die Bande, die uns an unsere Heimat, an das Leben fesseln, die Sympathie für unseresgleichen durchschnittlich kräftigere und widerstandsfähigere Gefühle als die Gewohnheiten, die uns von einer weiteren Spezialisierung abhalten können. Es sind also die letzteren, die jenem Drucke unausweichlich nachgeben mussten“ (Durkheim 1970: 179). Der Fortschritt der Arbeitsteilung bedeutete also für die Beteiligten, zumindest in der Anfangssituation, eher eine Belastung als einen Anreiz: sie mussten ihre alten Gewohnheiten aufgeben und die Vorteile waren noch gar nicht vorauszusehen. Damit der evolutionäre Mechanismus des Daseinskampfes wirksam ist, müsste deshalb noch etwas vorausgesetzt werden: die Individuen müssten sich bereits als Mitglieder einer Gesellschaft fühlen, sie müssten miteinander solidarisch sein. Denn dort, wo das Gefühl der Solidarität zu schwach ist, um dem auseinanderstrebenden Einfluss der Konkurrenz zu widerstehen, so Durkheim, kommt es zu anderen Wirkungen als zur Arbeitsteilung. Sie „besteht in der Tat aus der Teilung der bis dahin gemeinsamen Funktionen“ (Durkheim 1988: 336). Damit sich also die Funktionen teilen, müssen die beiden sich spezialisierenden Teile während der ganzen Zeit ihrer Spaltung in ständiger Kommunikation miteinander sein: "Anders wäre es nicht möglich, dass der eine Teil die ganze Bewegung übernimmt, die der jeweils andere aufgibt, und die sich wechselseitig aneinander anpassen. So wie eine Tierkolonie, deren Mitglieder eine Gewebeinheit bilden, eine Individualität darstellt, so bildet jedes Aggregat von Individuen, die sich in ständigem Kontakt miteinander befinden, eine Gesellschaft“ (ebd.).

Arbeitsteilung entsteht also nur dort, wo es ein gemeinsames Leben gibt. In diesem Sinne ist Arbeitsteilung für Durkheim ein späteres und abgeleitetes Phänomen, dem eine emotionale Vergemeinschaftung vorausgeht: „Was die Menschen einander näher bringt, sind mechanische Ursachen und impulsive Kräfte wie die Blutsverwandtschaft, die Bindung an

eine Heimat, der Ahnenkult, die Gemeinschaft der Sitten usw. Erst wenn sich die Gruppe auf diesen Grundlagen gebildet hat, kann sich in ihr die Zusammenarbeit organisieren“ (ebd.: 338). Wir wissen in der Tat, so Durkheim, dass die höheren Gesellschaften aus der Verbindung typengleicher, niedrigerer Gesellschaften hervorgegangen sind: „Zuerst müssen diese im Sinn eines einzigen und kollektiven Bewusstseins verschmolzen sein, damit der Prozess der Differenzierung beginnen oder wiederbeginnen kann“ (ebd.). Arbeitsteilung setzt also bereits assoziierte Menschen voraus. Sie ändert nur die „Art der Gruppierung“ dieser Menschen: es ist nicht mehr eine räumliche Verteilung, sondern eine funktionale, berufliche. Dieselben Ursachen, die die Arbeitsteilung herbeiführen, befreien auch das Individuum vom engen Band der Familie und der Ortschaft. Das Bevölkerungswachstum hat zur Folge, dass das gemeinsame Bewusstsein der Gesellschaft allgemeiner, damit rationaler und deshalb schließlich weniger imperativ wird. Die Zunahme der Dichte wiederum führt dazu, dass die Individuen mobiler werden. Die Kinder, so Durkheim, bleiben nicht mehr an das Land ihrer Eltern gebunden, sondern suchen ihr Glück in allen Richtungen. Es entstehen Städte, wo die Kraft der Tradition sehr schwach ist. Besonders die Großstädte werden zu Zentren des Fortschritts, in denen neue Ideen, Moden, Sitten und Bedürfnisse geboren werden, die sich später auf das übrige Land ausbreiten. Schließlich, umfasst die Gesellschaft in dem Maß, in dem sie sich ausweitet und konzentriert, das Individuum weniger eng und kann es weniger genau überwachen: „In dem Maß, in dem die Evolution fortschreitet, lockern sich die Bande, die das Individuum an die Familie, an die Heimat, an die überkommenen Traditionen und an das kollektive Brauchtum der Gruppe binden. Der Mensch wird beweglicher, wechselt leichter sein Milieu, verlässt die Seinen, um anderswo ein autonomes Leben zu führen, und entfaltet immer mehr eigene Ideen und eigene Gefühle“ (ebd.: 470). Durch die Arbeitsteilung werden die Individuen also zunächst voneinander entfernt, um dann jedoch auf anderen Wegen umso stärker aufeinander verwiesen zu werden: „Wer sich ... einer bestimmten Aufgabe widmet, wird jeden Augenblick durch tausende von Pflichten der Berufsmoral an das Gefühl der gemeinsamen Solidarität erinnert“ (ebd.: 472). Arbeitsteilung und Individualisierung sind also die zwei Seiten eines Prozesses, der durch die Zunahme der Dichte und des Volumens der Gesellschaft stets neu intensiviert wird.¹³⁴

134 Der Zusammenhang zwischen Arbeitsteilung und Individualisierung ist bereits für *Adam Smith* evident. Bei ihm steht jedoch ein Demokratie-, Gerechtigkeits- und Leistungsgedanke im Vordergrund: "Die Unterschiede in den natürlichen Anlagen verschiedener Menschen sind in Wirklichkeit viel geringer, als uns bewusst ist, und die ganz unterschiedliche Befähigung, die Menschen verschiedener Berufe voneinander zu unterscheiden scheint, sobald sie einmal zur Reife gelangt sind, ist in vielen Fällen nicht so sehr die Ursache als vielmehr die Wirkung der Arbeitsteilung. Die Verschiedenheit einander besonders unähnlicher Charaktere, zum Beispiel eines Philosophen und eines einfachen Lastträgers, dürfte nicht so sehr aus der Natur als vielmehr aus Lebensweise, Gewohnheit und Erziehung entstehen" (Smith 2005: 99).

4.2. Durkheim und die ‚Weltgesellschaft‘

Wie verhält sich nun die so skizzierte Gesellschaftstheorie zur Frage nach der Reichweite des Gesellschaftsbegriffs? Oder anders formuliert: wo liegen die Grenzen der sich parallel zur Arbeitsteilung ausweitenden organischen Solidarität? Macht sie an den Grenzen des Nationalstaates halt oder nicht? Wie gesehen, sind es in segmentären Gesellschaften die gemeinsam geteilten Werte und Vorstellungen, die das Verhalten der Individuen bestimmen und sie durch Uniformität zu Teilen eines gesellschaftlichen Ganzen machen. In organisierten Gesellschaften hingegen stellt nun die Arbeitsteilung die Grundlage, auf der sich ein Zugehörigkeitsgefühl entwickelt. Gegen konservative Denker wie Tönnies argumentiert Durkheim deshalb, dass sich Arbeitsteilung nicht nur – wie im Fall lokaler Gemeinschaften – sozial desintegrierend auswirkt, sondern auch neue Formen sozialer Bindung schafft: „Selbst dort, wo die Gesellschaft völlig auf der Arbeitsteilung beruht, löst sie sich folglich nicht in einer Wolke von nebeneinander gestellten Atomen auf, zwischen denen es nur äußerliche und vorübergehende Kontakte geben kann. Die Mitglieder sind im Gegenteil untereinander mit Banden verbunden, die weit über den Augenblick hinausgehen, in dem der Austausch getätigt wird. Jede Funktion, die sie ausüben, hängt ständig von anderen ab und bildet mit ihnen ein solidarisches System“ (Durkheim 1988: 284). Allerdings gibt Durkheim auch zu, dass Arbeitsteilung nicht immer zur Solidarität führt. Der ganze letzte Teil seiner dreiteiligen Arbeitsteilungsstudie widmete er den „anormalen Formen“ der Arbeitsteilung. Diese kommen dadurch zustande, dass Sozialstruktur und moralischer Überbau sich nicht aneinander anpassen können. Damit Arbeitsteilung auch zur Solidarität führt, muss sie deshalb nicht einfach Austausch bleiben, sondern in eine moralische Beziehung übergehen: „Wenn die Arbeitsteilung aber die Solidarität erzeugt, so nicht nur darum, weil sie aus jedem Individuum einen Austauschpartner macht, wie die Ökonomen sagen. Sie erzeugt unter den Menschen vielmehr ein ganzes System von Rechten und Pflichten, das sie untereinander dauerhaft bindet. So wie die sozialen Ähnlichkeiten ein Recht und eine Moral erzeugen, die sie beschützen, so erzeugt die Arbeitsteilung Regeln, die den friedlichen und regelmäßigen Zusammenschluss der geteilten Funktionen sichern“ (ebd.: 477).

Für Durkheim ist Arbeitsteilung also nicht nur eine objektive Interdependenz, sondern auch eine gefühlte, wahrgenommene Abhängigkeit, welche die Quelle der eigentlichen moralischen Wirkung ist. Durkheims Theorie der Arbeitsteilung ist deshalb nicht bloß eine Theorie der funktionalen Differenzierung, sondern vor allem eine der moralischen Integration. Aus diesem Grund wird seine Gesellschaftstheorie heute am häufigsten mit dem Vorwurf des methodologischen Nationalismus konfrontiert. Dies ist der starken normativen Ausrichtung

dieser Soziologie verschuldet. Dass in Durkheims Theorie auch eine mindestens so starke kosmopolitische Tendenz vorhanden ist, wird hingegen meistens unterschlagen. Eine Stelle aus *Die Elementaren Formen*, wenn auch in Bezug auf die Religion gemeint, kann diese Tendenz bezeugen: „Es gibt keine Gesellschaft, keinen Staat“, heißt es dort, „der nicht mit einer anderen, mehr oder weniger unbegrenzten, Gesellschaft verbunden wäre, einer Gesellschaft, die alle Völker, alle Staaten umfasst, mit denen die ersteren direkt oder indirekt in Beziehungen stehen. Es gibt kein nationales Leben, das nicht durch ein kollektives Leben internationaler Natur beherrscht wäre. In dem Maß, wie man in der Geschichte fortschreitet, werden diese internationalen Gruppierungen immer wichtiger und immer größer. So kann man sehen, wie in bestimmten Fällen die universalistische Tendenz sich so weit entwickelt hat, dass sie nicht nur die höchsten Ideen des religiösen Systems beeinflusst, sondern sogar die Prinzipien, auf denen es ruht“ (Durkheim 1981: 570f.). Trotzdem stimmt es auch, dass es Durkheim in seiner Solidaritätstheorie primär um den solidarischen Zusammenhalt der (französischen) Nation ging.¹³⁵ Er war ein überzeugter Anhänger der Dritten Republik und versuchte sie bei jeder Gelegenheit publizistisch und wissenschaftlich zu stützen. Gegen die konservativen Kreise argumentierte er, dass die alte überkommene Moral der katholischen Kirche eine moderne Nation nicht mehr zusammenzuhalten vermag. Es bedürfte vielmehr den Aufbau von neuen demokratischen Institutionen, die sich auf einer laizistischen, wissenschaftlich fundierten Moral stützen. Es war bestimmt ein nationales Krisenbewusstsein, das Durkheims Fragestellungen angestoßen hat, jedoch ist seine Gesellschaftstheorie universell angelegt: sie begrenzt sich in keiner Weise auf die Integrationsprobleme der Dritten Republik, sondern bezieht sich auf die Probleme moderner Gesellschaften überhaupt.¹³⁶

4.2.1. Die internationale Arbeitsteilung

Mit seiner Untersuchung über die soziale Arbeitsteilung wollte Durkheim verstehen, warum trotz der Zunahme an Individualisierung in modernen (nationalen) Gesellschaften keine

¹³⁵ Umfassend: Bielefeld 2003

¹³⁶ „Die tiefe soziale Krise, die Frankreich durchläuft, ist Durkheims Auffassung nach epochaler und nationaler Natur. Epochal, weil Frankreich zwar die ‚Große Revolution‘ geschafft hatte, aber zwischen 1789 und 1870/71 trotz acht politischer Regime – darunter drei Monarchien, zwei Kaiserreiche und zwei Republiken mit insgesamt vierzehn Verfassungen – den Werten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit keine stabile politische Heimstatt bieten konnte. National, weil die Kriegsniederlage 1871 dem französischen Rationalismus und Fortschrittsglauben einen tiefen Stoß versetzt hatte; weil sich die ‚soziale Frage‘ in Gestalt von drückender sozialer Ungleichheit bemerkbar machte; weil das Erziehungssystem schließlich mit dem traditionell konservativen Einfluss der katholischen Kirche nicht mit einer modernen Gesellschaft zu vereinbaren war und statt dessen den Aufbau eines demokratischen Bewusstseins, die Schaffung eines solidarischen Zusammenhalts und die Entwicklung einer säkularen, individualistischen Moral behinderte. Durkheim versprach sich und seinen Zeitgenossen Abhilfe durch die Soziologie als Real- und Moralwissenschaft: Der Kosmos sozialen Zusammenlebens würde sich besser verstehen und die anhaltende Krise müsste sich klarer durchschauen lassen“ (Müller 2000: 154).

Schwächung ihrer Integrationskraft eintritt. Seine Antwort lautet: organische Solidarität. Diese entsteht durch die dauerhafte Kooperation von Individuen, die untereinander komplementäre Ungleichheiten aufweisen. Erfolgt die Teilung der Funktionen erfolgreich, so erwachsen aus dem komplexen Netzwerk funktionaler Beziehungen moralische Gefühle und Pflichten, die die Individuen aneinander binden. Die organische Solidarität entstand jedoch laut Durkheim genauso wenig wie die mechanische Solidarität freiwillig. Sie war nur ein friedlicher Ausweg aus dem verstärkten Druck sozialökologischer Faktoren, wie die Zunahme der sozialen Dichte und des sozialen Volumens. Nicht immer führt jedoch der intensivierete Daseinskampf unter den Individuen zu einem geregelten Zustand. Hier und da kommt es zu „anormalen“ oder „pathologischen“ Formen der Arbeitsteilung, die das Sozialleben ernsthaft bedrohen. Unter ihnen ist besonders die „anomische Arbeitsteilung“, bei der die normativen Ordnungen abgeschwächt sind und einen Zustand von relativer Regellosigkeit herrscht, für organisierte Gesellschaften charakteristisch. Eine zu intensive oder zu schnelle Teilung der Arbeit kann durchaus zu Orientierungslosigkeit führen und dadurch nicht mehr integrationsstiftend wirken. Die sozialen Zusammenhänge werden zu kompliziert, zu umfangreich und für die einzelnen Individuen nicht mehr überschaubar. Das moderne Wirtschaftsleben bietet das beste Beispiel dafür. Durkheim akzeptiert zwar Spencers Beschreibung der modernen Gesellschaft als industrielle Gesellschaft, in der eine relativ autonome Wirtschaft die dominante Teilordnung bildet.¹³⁷ Er sieht in dieser Entwicklung jedoch nicht nur einen Fortschritt, sondern auch ein ernsthaftes Problem, für dessen Lösung er auf verstärkter staatlicher und professioneller Regulation setzt. So deutet Durkheim die Herausbildung eines *globalen Marktes* sowohl als ersten Schritt in der Richtung auf eine globale Gesellschaft wie aber auch gleichzeitig als Ursache für die wachsende Anomie des Wirtschaftslebens: „Solange der segmentäre Typus stark ausgeprägt ist, gibt es ungefähr genauso viele Wirtschaftsmärkte wie unterschiedliche Segmente; folglich ist jeder von ihnen sehr begrenzt. Da die Erzeuger den Verbrauchern ganz nahe sind, können sie sich leicht über die Bedürfnisse, die befriedigt werden müssen, Rechenschaft geben. Das Gleichgewicht stellt sich entsprechend mühelos ein, und die Erzeugung regelt sich von selbst. In dem Maß aber, in dem sich der organisierte Gesellschaftstypus entwickelt, zieht die Verschmelzung der verschiedenen Segmente untereinander auch die Verschmelzung der Märkte zu einem einzigen Markt nach sich, der fast die ganze Gesellschaft umfasst. Er dehnt sich sogar über diese hinaus aus und tendiert dazu, universell zu werden; denn die Grenzen, die die Völker trennen, zerbrechen zugleich

137 „Angesichts der ökonomischen Tätigkeiten verlieren die militärischen, administrativen und religiösen Funktionen immer mehr an Bedeutung. Nur die wissenschaftlichen Tätigkeiten können ihnen noch den Platz streitig machen. Aber auch die Wissenschaft wird nur in dem Maß bewertet, in dem sie der Praxis dient, d. h. zum größten Teil den ökonomischen Berufen. Darum hat man von unseren Gesellschaften behaupten können – und dies nicht ohne Grund, – dass sie im wesentlichen industrielle Gesellschaften sind oder dahin streben, es zu werden“ (Durkheim 1988: 44).

mit den Grenzen, die ihre jeweiligen Segmente voneinander getrennt hatten. Daraus folgt, dass jede Industrie für Verbraucher produziert, die über das ganze Land oder sogar über die ganze Welt zerstreut sind. Zwischen ihnen besteht demnach kein genügender Kontakt mehr. Der Erzeuger kann den Markt nicht mehr überschauen, nicht einmal gedanklich umfassen. Er kann sich nicht einmal mehr dessen Grenzen vorstellen, da er sozusagen unbegrenzt ist. Damit fehlt der Produktion jeder Zügel und jede Regel“ (Durkheim 1988: 439).

Weltmarkt und Anomie stehen für Durkheim also ganz eng nebeneinander. In den Vorlesungen über Moral argumentiert er deshalb für eine stärkere Regulierung: „Je größer die Gesellschaften werden und je ausgedehnter die Märkte, desto dringlicher wird die Notwendigkeit einer Reglementierung, die dieser Instabilität ein Ende setzt“ (Durkheim 1991: 30). Da das soziale Band in großen funktional differenzierten Gesellschaften durch stark spezialisierte soziale Rollen vermittelt wird und dadurch sehr punktuell und abstrakt geworden ist, vergrößert sich die Gefahr, dass die Individuen ihr Gefühl für Solidarität mit den Interessen der Gesellschaft zunehmend verlieren. Mit der Durchsetzung der funktionalen Differenzierung lösen sich die früheren „multifunktionalen“ Gruppen (Kasten, Stände, Korporationen) auf und geben ihre verschiedenen ökonomischen, politischen, religiösen etc. Funktionen an spezialisierte Teilsysteme ab: „In segmentierten Gesellschaften hatte das Individuum seinen ‚Platz‘ in der Gruppe oder im Clan, in stratifizierten Gesellschaften in der ihm zukommenden Statusgruppe (Adel, Priester, Bauer). In modernen Gesellschaften ist das Individuum nicht mehr in ‚die‘ Gesellschaft inkludiert; es gibt keine Totalinklusion. Abhängig vom Lebenszyklus werden Personen vorübergehend oder dauerhaft in die verschiedenen Teilsysteme inkludiert: in das Wirtschaftssystem über den Beruf, in das Rechtssystem im Falle des Rechtsstreits, in das politische System als Wähler oder Abgeordnete, in das Gesundheitssystem im Fall der Krankheit. Mit diesen multiplen Inklusionen (Exklusionen) wird eine paradoxe Beziehung, auf die Durkheim in der Arbeitsteilung hingewiesen hatte, in einem neuen Sprachspiel reformuliert: Das Individuum wird zugleich autonomer, weil es nicht mehr mit seiner ganzen Existenz in ein System (z. B. Clan) eingebunden ist; es wird zugleich abhängiger, weil jede Partialinklusion neue (funktionale) Abhängigkeiten schafft“ (Windolf 2009: 16). In einer stark arbeitsteilig organisierten Gesellschaft wird alles also zu abstrakt, zu fern, zu komplex und unverständlich. Deshalb brauchen die Individuen nach Durkheim immer eine Instanz, die sie an die gesellschaftlichen Interessen erinnert.

Welche Institutionen wären dann in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen? In erster Linie denkt man natürlich an den Staat. In der Tat habe dieser, so Durkheim, bei der Entstehung der großen Industrie anfänglich diese Rolle gespielt, auf Dauer habe das jedoch nicht funktioniert. Die Gründe dafür seien vielfach: der Staat ist zu weit von den partikularen Interessen der Individuen entfernt, hat zu wenig Kontakt zu der Vielzahl von ihnen, und letztlich entgeht der einzelne dem Staat. Deshalb hält Durkheim sowohl die Nation wie den

Staat für ungeeignet, um den anomischen Zustand der Wirtschaftswelt zu beenden: „Weder die politische Gesellschaft in ihrer Gesamtheit noch der Staat können diese Funktion erfüllen. Weil das ökonomische Leben sehr spezialisiert ist und sich jeden Tag weiter spezialisiert, entgleitet es ihrer Kompetenz und ihrem Zugriff“ (Durkheim 1988: 46). Vielmehr können nur intermediäre Gruppen dazu verhelfen, die Anomie in der Wirtschaft zu überwinden.¹³⁸ Deshalb bietet Durkheim im zweiten Vorwort der *Arbeitsteilung* (1902) eine Theorie der Berufsgruppen an, die seiner Ansicht nach allein in der Lage wären, Regeln für die Organisation des Wirtschaftslebens zu formulieren und durchzusetzen. Er unterscheidet zwei Arten intermediärer Instanzen: die bereits bestehenden regionalen und lokalen Organe, wie die Einteilung in Departements, Distrikte etc., und die noch zu schaffenden Berufsgruppen. Die territoriale Einteilung hält er nicht mehr für eine geeignete Basis für sekundäre Integration, weil diese mit dem Fortschritt der Arbeitsteilung immer mehr an Bedeutung verliert. Die Berufswelt hingegen wird in modernen Gesellschaften in wachsendem Maße zum zentralen Milieu, in dem sich der größte Teil des sozialen Lebens abspielt. Durkheim setzt also auf eine solidarische Regulierung der wirtschaftlichen Beziehungen durch die Pflichten einer „Berufsmoral“, deren Träger Berufsgruppen sind, die zwischen den funktional ausdifferenzierten Teilsystemen von Wirtschaft und Politik vermitteln.¹³⁹ Die Berufsgruppen sollten dabei zunächst als nationale Institutionen etabliert werden, dann aber auch auf internationaler Ebene. Denn, so Durkheim mit Blick auf die zu seiner Zeit begonnene Herausbildung der Weltwirtschaft, sei der Markt nicht nur national, sondern international geworden, und die Reichweite der Berufsgruppen sollte der Ausdehnung des Marktes entsprechen. Allerdings, meint er, „beim augenblicklichen Stand des europäischen Rechts“ könnte eine internationale Korporation „nur aus freien Abmachungen zwischen den nationalen Korporationen entstehen“ (ebd.: 66).

Der Weltmarkt hat also, soweit er unreguliert bleibt, für Durkheim offenbar zunächst nur

138 „Maßgeblich für die theoretische Plausibilisierung von Durkheims sozial-politischem Reformprogramm war ... die Einsicht, dass die auf die Individuen bezogene Frage der sozialen Integration sich für die Moderne von der Ebene der Gesellschaft und ihrer Teilsysteme her angemessen nicht mehr angehen lässt. Hier liegt der systematische Grund für sein Plädoyer für intermediäre Gruppen, die den Individuen näher sind und sie unmittelbar ‚in die Pflicht‘ nehmen können“ (Tyrell 1985: 225).

139 „Durkheim, der zwar zusammen mit Spencer den Grundstein für die Differenzierungs- und Integrationstheorie gelegt, aber nicht so streng in der Logik eines Modells der Ausdifferenzierung, Spezialisierung und relativen Autonomie gedacht hat, hätte die systemintegrativen Kosten, die die Einschränkung der funktionalen Differenzierung von Politik und Ökonomie bedeuten, vermutlich gern auf sich genommen, wenn damit das Niveau der sozialen Integration zu erhöhen gewesen wäre. Tatsächlich schien ihm in dieser Hinsicht das *Projekt einer korporativen Gesellschaft* für drei Vorzüge zu bürgen. Erstens ermöglicht die Kontrolle der Ökonomie durch die regulativen Instanzen des Staates, den Daseinskampf der Menschen zwar nicht zu beseitigen, denn ‚es ist weder nötig noch sogar möglich, dass das soziale Leben ohne Kampf verläuft. Es ist nicht die Rolle der Solidarität, die Konkurrenz zu unterdrücken, sondern sie zu mäßigen‘. Doch diese Mäßigung verhindert die ärgsten disruptiven Nebenfolgen der Ökonomie, verbessert die sozialen Beziehungen und vermag dadurch zur organischen Solidarität beizutragen. Zweitens erhöht die Rückbildung der Ökonomie an das zentrale Regelorgan die Chancen des Staates, zugunsten des Individuums zu intervenieren, weil ihm nunmehr im Prinzip alle gesellschaftlichen Bereiche unterstehen. Drittens scheinen ihm unter diesen sozialstrukturellen Voraussetzungen die Aussichten am höchsten zu sein, den vornehmsten Teil des moralischen Erbes der Französischen Revolution, den intellektuellen bzw. moralischen Individualismus als neuen religiösen Kult zu verwirklichen“ (Müller 1983: 162, Herv.i.O.).

wenig gemein mit einer ‚Weltgesellschaft‘. Andererseits meint er jedoch, dass die Wirtschaftsbeziehungen wie alle anderen Beziehungen auch Teil eines gemeinsamen sozialen Lebens seien. Ein Beispiel dafür sei die „internationale Arbeitsteilung“. Es scheint zunächst klar zu sein, so Durkheim, dass die Individuen, zwischen denen sich die Arbeit teilt, nicht der gleichen Gesellschaft angehören. Es sei aber gut möglich, wendet er gleich ein, dass eine Gruppe von einer anderen umfasst wird, ohne dabei ihre Individualität zu verlieren. Genau das zeige der Fall der internationalen Arbeitsteilung, denn eine Funktion, sei sie wirtschaftlicher oder anderer Art, kann nur dann auf zwei Gesellschaften verteilt werden, „wenn diese in irgendeiner Weise an einem gemeinsamen Leben teilnehmen und folglich ein und derselben Gesellschaft angehören“ (Durkheim 1988: 341). Die beiden Kollektive müssen sich berühren und einen ständigen, notwendigen Kontakt haben, damit eines der beiden eine seiner Funktionen dem anderen übertragen könnte. Das setzt voraus, dass moralische Bande zwischen den Nationen bereits vorhanden sind: „Damit sich ein Volk von einem anderen durchdringen lässt, muss es damit aufgehört haben, sich in einem exklusiven Patriotismus einzuschließen, und einen anderen, umfassenderen übernommen haben“ (ebd.). Internationale Arbeitsteilung wird folglich erst dann möglich, wenn die Nationen an einem gemeinsamen Kollektivbewusstsein beteiligt sind. Und Durkheim glaubt wirklich beobachten zu können, dass sich wenigstens in Europa „ein Kollektivbewusstsein der europäischen Gesellschaften auszubilden“ begonnen habe (ebd.). Diesen Prozess bezieht er auf die politische Entwicklung seit dem Wiener Kongress in 1815, wo man zum ersten Mal versuchte, die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa international zu regeln. Dazu sei es gekommen, meint Durkheim an anderer Stelle, „weil die verschiedenen Völker Europas weit weniger unabhängig voneinander sind. In bestimmten Anliegen gehören sie alle einer einzigen, freilich noch zusammenhanglosen Gesellschaft an, die sich ihrer selbst aber immer bewusster wird. Was man das europäische Gleichgewicht nennt, ist der Beginn einer Organisation dieser Gesellschaft“ (ebd.: 172). Umgekehrt: die Rückkehr zu einem engen Nationalismus verstärke immer den Protektionismus, „d. h. eine Tendenz der Völker, sich wirtschaftlich und moralisch voneinander zu isolieren“ (ebd.: 342). In diesem Fall könnte zwar immer noch ein ökonomischer Austausch zwischen den Nationen stattfinden, nicht aber internationale Arbeitsteilung.

Auch eine Arbeitsteilung, also: Teilung der Funktionen, wenn sie nur den ökonomischen Bereich betrifft, ist für Durkheim noch kein Zeichen für soziale Solidarität. In einer Fußnote erklärt er, England sei ein Beispiel dafür, dass in einer Gesellschaft eine bestimmte Arbeitsteilung, vor allem die wirtschaftliche Arbeitsteilung, sehr entwickelt sein könne, obwohl in ihr der segmentäre Typus noch stark im Vordergrund stehe. Durkheim verdeutlicht das anhand einer Analogie mit der organischen Welt: „Denn in der Tat vollzieht sich die Arbeitsteilung, da sie ein abgeleitetes und zweitrangiges Phänomen ist, wie wir gesehen

haben, an der Oberfläche des sozialen Lebens, und das trifft besonders für die wirtschaftliche Arbeitsteilung zu. Sie liegt direkt unter der Haut. Nun sind aber in jedem Organismus die Oberflächenphänomene schon durch ihre Lage der Wirkung äußerer Ursachen wesentlich ausgesetzt, obgleich sich dadurch die inneren Ursachen von denen sie im allgemeinen abhängen, nicht geändert haben. Es genügt somit, dass irgendein Umstand bei einem Volk ein lebhaftes Bedürfnis nach materiellem Wohlbefinden erregt, damit sich die wirtschaftliche Arbeitsteilung entwickelt, ohne dass sich die soziale Struktur merkbar wandelt. Der Geist der Nachahmung, der Kontakt mit einer verfeinerten Zivilisation können dieses Ergebnis hervorrufen“ (ebd.: 342f.). Dieser Vergleich zeige, so Durkheim weiter, dass man den Entwicklungsgrad einer Gesellschaft nicht nach dem Stand ihrer ökonomischen Entwicklung beurteilen kann, „denn diese könnte nur eine Nachahmung sein, eine Kopie, die eine soziale Struktur niedrigerer Gattung überdeckt“ (ebd.: 343). Dieses Verständnis vom sekundären Charakter der wirtschaftlichen Arbeitsteilung drückt sich schließlich auch in Durkheims Definition der dynamischen Dichte aus: "Die dynamische Dichte kann ebenso wie das Volumen durch die Zahl der Individuen definiert werden, die nicht nur in kommerziellen, sondern auch in moralischen Beziehungen zueinander stehen; das heißt, die nicht nur Leistungen austauschen oder miteinander konkurrieren, sondern ein gemeinschaftliches Leben führen. Denn da die rein wirtschaftlichen Beziehungen den Menschen äußerlich bleiben, kann man wirtschaftliche Beziehungen unterhalten, ohne darum an derselben sozialen Existenz teil zu haben. Die wirtschaftlichen Beziehungen, die sich über die die Völker trennenden Grenzen knüpfen, bewirken nicht, dass diese Grenzen zu existieren aufhören. Das soziale Leben kann also nur durch die Zahl derjenigen beeinflusst werden, die wirklich daran teilnehmen" (Durkheim 1970: 195).¹⁴⁰

4.2.2. Die ‚Vertragssolidarität‘ und der Staat

Weltmarkt ist für Durkheim also keineswegs mit ‚Weltgesellschaft‘ identisch. Es sieht so aus, dass Solidarität für ihn zunächst einmal national organisiert ist. In der Regel führt zwar eine „materielle“ Verdichtung, also häufigere Kontakte, auch zu einer „moralischen“ Verdichtung, es ist jedoch auch durchaus möglich, dass internationale Zusammenarbeit nicht durch übergreifende Institutionen legitimiert wird. Dass wirtschaftliche Beziehungen, um Solidarität zu erzeugen, eine soziale Einbettung bedürfen, demonstriert Durkheim am Beispiel der für

¹⁴⁰ Für Durkheim generieren häufige Kontakte schon eine gemeinsame Moral, indem sie das soziale Band für die einzelnen Individuen immer weniger aufkündbar machen. Das gilt aber nicht für alle Kontakte, insbesondere nicht für die wirtschaftlichen, welche die Kontaktverdichtung der modernen Gesellschaft entscheidend prägen. Denn sie sind durch ein ihm moralisch durchaus indifferentes Medium vermittelt wie das Geld: „Das moralisch-soziale Band – es konnte durch das Geld nicht gewirkt sein, und ebenso lag es Durkheim fern, die Frage von Arbeitsteilung und Differenzierung vom Gelde her anzugehen, wie es dann Simmel tat“ (Tyrell 1985: 213).

ihn wichtigsten Art von organischer Solidarität: der „Vertragssolidarität“. Darunter versteht er im Grunde die Art von spontaner sozialer Bindung, die Spencer als charakteristisch für *industrial societies* dargestellt hat: „Es ist wahr, dass die soziale Harmonie in den industriellen Gesellschaften Spencers wie in den organisierten Gesellschaften sich im wesentlichen von der Arbeitsteilung herleitet. Ihr Charakteristikum besteht in einer Zusammenarbeit, die automatisch allein dadurch entsteht, dass jeder seine eigenen Interessen verfolgt. Es genügt, dass sich jedes Individuum einer speziellen Funktion widmet, und schon ist es, durch die Macht der Dinge, mit den anderen solidarisch. Ist das nicht das Kennzeichen der organisierten Gesellschaften?“ (Durkheim 1988: 256). Durkheim weiß sich also mit Spencer einig, was die Hauptursache von sozialer Solidarität in „höheren“ Gesellschaften betrifft. Jedoch, was die Erklärung anbelangt, wie Arbeitsteilung Solidarität erzeugt, da geht Durkheim in Distanz zu Spencer. Das Kapitel über die Vertragssolidarität ist in diesem Sinne eine lange Auseinandersetzung mit Spencers Gesellschaftstheorie.¹⁴¹ Diese geht nämlich davon aus, dass in industriellen Gesellschaften eine spontan entstehende Kooperation vorherrscht, die für ihre Organisation prinzipiell keine Hilfe regulierender Institutionen braucht. Unter diesen Bedingungen, so Durkheim, sei das einzige Band, das den Menschen bleibe, der völlig freie Austausch. Und da die rechtliche Form des Austausches der Vertrag sei, beschreibt Spencer das soziale Band in industriellen Gesellschaften als ein unermessliches System privater Verträge: „Die Individuen hängen von der Gruppe nur in dem Maß ab, in dem sie untereinander abhängen, und sie hängen nur in dem Maß voneinander ab, in dem sie sich auf private und freiwillig vereinbarte Konventionen haben einigen können. Die soziale Solidarität wäre also nichts anderes als die spontane Übereinstimmung der individuellen Interessen, eine Übereinstimmung, deren natürlicher Ausdruck die Verträge sind. Der Typ der sozialen Beziehungen entspräche dem wirtschaftlicher Beziehungen, frei von jeder Reglementierung, so wie sie aus der völlig freien Initiative der Parteien erwachsen sind. Die Gesellschaft wäre, mit einem Wort, nur die Zusammenfassung von Individuen, die die Produkte ihrer Arbeit austauschen, ohne dass im eigentlichen Sinne ein soziales Handeln diesen Austausch regelte“ (ebd.: 259).

Für Durkheim kann eine solche ‚Gesellschaft‘ definitiv keine Stabilität aufweisen. Er setzt mit einer Kritik des ökonomisch motivierten Handelns an. Das wirtschaftliche Interesse bringe zwar die Individuen einander näher, so doch immer nur sehr kurzzeitig: „Im Vollzug des Tausches bleiben die verschiedenen Tauschpartner einander äußerlich und sobald das Geschäft beendet ist, ist jeder auf sich selbst verwiesen und zieht sich gänzlich auf sich selbst zurück. Ihr jeweiliges Bewusstsein berührt sich nur oberflächlich, durchdringt einander nicht, noch verbindet es sich mit Nachdruck. Wenn man tiefer schaut, dann sieht man, dass

141 Dieses Kapitel wurde bekanntlich durch T. Parsons Aufsatz *Durkheim's contribution to the theory of integration of social systems* (1967) berühmt gemacht.

jede Interessenharmonie einen latenten oder einfach nur vertagten Konflikt verdeckt. Denn wo das Interesse allein regiert, ist jedes Ich, da nichts die einander gegenüberstehenden Egoismen bremst, mit jedem anderen auf dem Kriegsfuß, und kein Waffenstillstand kann diese ewige Feindschaft auf längere Zeit unterbrechen. Das Interesse ist in der Tat das am wenigsten Beständige auf der Welt. Heute nützt es mir, mich mit Ihnen zu verbinden; morgen macht mich derselbe Grund zu Ihrem Feind. Eine derartige Ursache kann damit nur zu vorübergehenden Annäherungen und zu flüchtigen Verbindungen führen“ (ebd.: 260). Für Durkheim ist es also unmöglich, dass eine solche Art von Beziehung der Natur der organischen Solidarität entspricht. Dazu kommt noch etwas anderes: die dauerhaften Verpflichtungen, die die Gesellschaft ihren Mitgliedern auferlegt, nehmen eine Rechtsform an. Nichts beweist jedoch, dass die rechtliche Regulierung in industriellen Gesellschaften durch Austauschbeziehungen ersetzt wird. Im Gegenteil: es sei vielmehr zu beobachten, dass der Umfang des Rechts nicht kleiner, sondern immer größer und komplizierter wird. Das beweist nach Durkheim, dass die soziale Disziplin, die aus der Gesellschaft hervorgeht, nicht lockerer wird: „Eine der Formen, in denen sie sich manifestiert, neigt allerdings zum Rückschritt, wie wir selbst festgestellt haben; aber andere, die reicher und viel komplexer sind, entwickeln sich an ihrer Stelle. Wenn das Strafrecht Boden verliert, so nimmt das Restitutionsrecht, das ursprünglich nicht existiert hat, zwangsläufig zu. Wenn die soziale Intervention nicht mehr die Wirkung hat, aller Welt bestimmte uniforme Verhaltensweisen aufzuzwingen, so besteht sie in zunehmendem Maße darin, die speziellen Beziehungen zwischen den verschiedenen Funktionen zu definieren und zu regeln; aber sie ist nicht zurückgegangen, weil sie anders geworden ist“ (ebd.: 261).

Kurzum: Durkheim will sagen, dass Spencer im Grunde Arbeitsteilung mit Austausch verwechselt, und dass eine wirkliche Arbeitsteilung immer nur mit einer rechtlichen Regulierung einhergeht. Es sei zwar richtig, gibt Durkheim zu, dass sich die Vertragsbeziehungen, die ursprünglich selten oder völlig abwesend waren, in dem Maß vervielfachen, in dem sich die soziale Arbeit teile. Spencer habe jedoch nicht gesehen, dass sich zu gleicher Zeit auch die nicht-vertraglichen Beziehungen vervielfachen. So haben z. B. die Familienpflichten, während sie zahlreicher werden, zugleich auch einen öffentlichen Charakter angenommen, und die Rolle, die der Vertrag darin spielt, wird immer kleiner. Jedoch, es werden nicht nur die nicht-vertraglichen Beziehungen stärker rechtlich reguliert, sondern auch die vertraglichen Beziehungen selbst: „denn nicht alles ist vertraglich beim Vertrag“ (ebd.: 267). Überall, wo der Vertrag existiere, so Durkheim, werde er einer Regelung unterworfen, die das Werk der Gesellschaft sei und nicht das der Einzelperson, und diese Reglementierung wird immer umfangreicher und komplizierter. Die Bedingungen der Zusammenarbeit müssten für die Dauer der Beziehung also festgelegt sein, und das könne nicht erst im Augenblick der Vertragsvereinbarung ausgehandelt werden. Die Pflichten

und die Rechte der Parteien müssten noch vorher definiert sein, damit diese überhaupt handlungsfähig sind. Denn jeder Vertrag sei ein Kompromiss, ein Gleichgewicht, das schwierig zu erlangen sei: „Die meisten unserer Beziehungen mit anderen sind Vertragsbeziehungen. Wenn man also jedesmal aufs neue kämpfen und die nötigen Unterhandlungen einleiten müsste, um die gegenwärtigen und zukünftigen Vertragsbestimmungen festzulegen, wären wir handlungsunfähig. Wenn wir also nur unter den Bedingungen vertraglich gebunden wären, wie sie tatsächlich ausgehandelt worden sind, ergäbe sich daraus aus all den angeführten Gründen nur eine höchst gebrechliche Solidarität“ (ebd.: 270). Deshalb versuche die Gesellschaft im Vertragsrecht die normalen Bedingungen des Gleichgewichts auszudrücken. Das Vertragsrecht sei eine Zusammenfassung zahlreicher und verschiedener Erfahrungen: „was nicht jeder einzelne von uns voraussehen kann, ist hier vorausgesehen; was wir nicht regeln können, ist hier geregelt; und diese Regelung herrscht über uns, obwohl sie nicht unser Werk ist, sondern das Werk der Gesellschaft und der Überlieferung“ (ebd.: 271). Damit zeige sich nach Durkheim, dass das Vertragsrecht die Grundnorm und die Basis aller Vertragsbeziehungen stellt: „Das Vertragsrecht übt also einen regulatorischen Einfluss von höchster Bedeutung auf uns aus, da es vorentscheidet, was wir machen müssen und was wir verlangen können“ (ebd.).

Das Vertragsrecht schafft also überhaupt erst die Grundlage für einen reziproken Austausch, indem es die rechtliche Form der Kooperation festlegt. Diese Form eben ist die soziale Institution ‚Vertrag‘, die im einzelnen die zugelassenen Inhalte eines Vertragsabschlusses, die erlaubten Mittel zur Herstellung der Vereinbarung, die daraus erwachsenden Konsequenzen für die Vertragspartner und Dritte und schließlich die Verfahren zum Einklagen von Vertragsrechten- und -pflichten formuliert. Erst diese strukturellen Rahmenbedingungen ermöglichen den täglichen reibungslosen Ablauf von Tauschgeschäften und machen den Vertrag zur wichtigsten Institution in modernen Gesellschaften, da in diesen der Austausch von Produkten und Dienstleistungen auf der Grundlage sich ergänzender Interessen die häufigste soziale Beziehung ist: „Je mehr dieser Austausch nicht als eine unmittelbare Übergabe materieller Dinge stattfindet, sondern als ein Geschäft, das Verpflichtungen mit sich bringt, Waren und Dienstleistungen zu einer bestimmten Zeit zu liefern, was das Individuum an die Bereitstellung solcher Güter und Dienstleistungen bindet, umso mehr führt dieser Austausch dazu, Verträge abzuschließen und zu erfüllen. Je mehr die Arbeitsteilung fortschreitet, umso mehr wird der Vertrag zur vorherrschenden Beziehung zwischen den Menschen“ (Münch 2002: 67). Der Ursprung des Vertrags ist also nicht privater, sondern gesellschaftlicher Natur. Und die Rolle der regulierenden Organe der Gesellschaft kann deshalb nicht, wie Spencer annimmt, darauf reduziert werden, die Verträge passiv auszuführen. Vielmehr interveniert die Gesellschaft aktiv, indem sie um die gerechte Form

des Vertrags entscheidet. Und diese Handlung ist höchst positiv, da sie eine harmonische Beziehung der zusammenwirkenden Funktionen garantiert: „Menschen schließen Verträge auf der Grundlage ihrer individuellen Wahl ab, ob sie ihre Verträge erfüllen oder nicht, bleibt jedoch nicht ihrer individuellen Wahl überlassen, sondern ist faktisch eine Angelegenheit der gesamten Gesellschaft, eine Sache des Vertragsrechts und der Vertragsmoral. Die Letztere ist kein individuelles Phänomen, sondern ein kollektives. Ob ein Vertrag hinreichend erfüllt ist, das ist nicht nur allein eine Angelegenheit der Vertragsparteien, sondern eine Angelegenheit der Gesellschaft. Eine Partei wird nur dann imstande sein, ihre Ansprüche durchzusetzen, wenn diese im Sinne des Vertragsrechts in formalen gesetzlichen Verfahren gerechtfertigt werden können. Und der Organisator dieser Verfahren ist das gesellschaftliche Kollektiv, das durch das Gericht repräsentiert wird“ (ebd.: 68).

Die Ausweitung von Arbeitsteilung und organischer Solidarität kann also nicht auf Kosten der gesellschaftlichen Regulierung gehen, sondern umgekehrt: sie setzt diese voraus. Weil Arbeitsteilung, das betont Durkheim mehrmals, ein sekundäres, abgeleitetes Phänomen sei, das nur innerhalb einer bereits existierenden Gesellschaft entstehen kann. Die Rolle der Gesellschaft ist, dass sie einen regulativen Rahmen bietet, der die Teilung der sozialen Funktionen möglich macht. Dieser Rahmen ist die Institution des Vertrags, die die Tauschbeziehungen in eine ‚gerechte‘ Form kleidet.¹⁴² Schließlich beweist auch die Entwicklung des Verwaltungsrechts, dass die Ausweitung der organischen Solidarität nicht weniger, sondern mehr Regulierung bedeutet. Damit könnte Spencers These von der Abnahme staatlicher Aktivitäten in höheren Gesellschaften nicht zutreffend sein. Für Durkheim ist Zentralisation und Differenzierung des Staatsapparates vielmehr eine normale Begleiterscheinung der funktionalen Differenzierung: „Eine Vielzahl von Funktionen, die zuerst diffus waren, konzentrieren sich. Nach und nach übernimmt das Zentralorgan die Überwachung der Erziehung der Jugend, die Protektion der öffentlichen Gesundheit und den Vorsitz über die öffentliche Fürsorge, die Verwaltung der Verkehrsmittel und der Kommunikationswege. Damit entwickelt sich dieses zentrale Organ und spannt zu gleicher Zeit allmählich über das ganze Hoheitsgebiet ein immer engeres und komplexeres Netz von Verzweigungen aus, die an die Stelle der früheren Lokalorgane treten oder diese assimilieren. Statistische Dienste halten es über alles, was in den Tiefen dieses Organismus geschieht, auf dem laufenden. Der Apparat der internationalen Verbindungen, d. h. die Diplomatie wird immer bedeutender. In dem Maß, in dem sich die Institutionen (wie die großen Kreditinstitute) entwickeln und durch ihre Größe und die Mannigfaltigkeit der ihnen

142 „Die von Durkheim unterstellte Regulation von Vertragsbeziehungen führt zur Festlegung der Vertragspartner auf gerechte Verträge. Nur unter dieser Bedingung können vertragliche Beziehungen als funktionaler Ersatz für das Kollektivbewusstsein einspringen und antagonistische Tauschbeziehungen in zumindest hinsichtlich des Resultats kooperative Beziehungen transformieren. Der Vertrag und das Vertragsrecht haben nicht vornehmlich die Funktion, für private Transaktionen Rechtssicherheit zu schaffen, sondern den privaten Gütertausch an Vorstellungen einer gerechten Sozialordnung rückzubinden“ (Beckert 1997: 640).

gemeinsamen Funktionen ein generelles Interesse beanspruchen, übt der Staat einen mäßigenden Einfluss auf sie aus. Schließlich scheint sich selbst der militärische Apparat, dessen Rückgang Spencer behauptet, ganz im Gegenteil ununterbrochen weiter zu entfalten und zu zentralisieren“ (Durkheim 1988: 278f.).

In dem Maß also, in dem die Gesellschaft ihre frühere segmentäre Struktur verliert, in demselben Maß muss sich auch der Regulierungsapparat zentralisieren. Schließlich, meint Durkheim, reguliert der Staat nicht allein die militärischen Beziehungen zur Außenwelt, wie Spencer behauptet. Industrielle Gesellschaften unterhalten auch viele andere Beziehungen untereinander. Die wirkliche Rolle des Staates sei eigentlich, alle gesellschaftlichen Verhältnisse zu regeln. Und diese Funktion sei umso komplexer, je ausdifferenzierter die Gesellschaft ist: „Ob das Regierungsorgan mehr oder weniger bedeutend ist, hängt nicht davon ab, ob die Völker mehr oder weniger friedfertig sind; sondern es wächst in dem Maß, in dem die Gesellschaften aufgrund der Fortschritte der Arbeitsteilung mehr verschiedenartige, wechselseitig voneinander abhängende Organe umgreifen“ (ebd.: 283). Die Ausweitung des Staates als gesellschaftliches „Zentralorgan“ ist also eine Folge der steigenden sozialen Komplexität. Durkheim stellt sich allerdings keinen zentralisierten totalitären Staat vor, sondern einen demokratischen Staat, der durch die Existenz von Gegenkräften ausbalanciert wird. In diesem Sinne ist der Staat nur ein Teil (wenn auch das oberste regelsetzende Organ) der politischen Gesellschaft.¹⁴³ Ähnlich wie Spencer geht Durkheim davon aus, dass es zwei grundlegende staatliche Aufgaben gibt: die Verteidigung der Gesellschaft nach außen und die Errichtung einer gerechten sozialen Ordnung nach innen. Die erste Aufgabe hängt damit zusammen, dass die kriegerische Konkurrenz unter den Nationen auch in der Moderne noch nicht verschwunden sei und vielleicht nie ganz verschwinden werde. Allerdings erwartet Durkheim, dass die zweite Aufgabe in der Zukunft immer wichtiger wird. Denn durch steigende Komplexität in höheren Gesellschaften steigen auch die gesellschaftlichen Risiken: „An inneren Schwierigkeiten mangelt es keinem europäischen Land, und je weiter wir kommen, desto vielfältiger werden diese Schwierigkeiten, denn das immer komplexer werdende gesellschaftliche Leben wird auch in seinem Funktionieren immer stärker gefährdet sein; und wie die höheren Lebewesen in ihrem Gleichgewicht leichter zu stören sind und daher zu ihrer Erhaltung auch größerer Sorgfalt bedürfen, so werden auch die Gesellschaften genötigt sein, ihre Kräfte

143 Für Durkheim ist der Staat das Organ gesellschaftlichen Denkens, jedoch muss er von der Gesellschaft unterschieden werden: „Wenn der Staat denkt und entscheidet, dann darf man nicht sagen, die Gesellschaft denke und entscheide hier durch den Staat; vielmehr denkt und entscheidet der Staat für die Gesellschaft. Der Staat ist kein bloßes Instrument der Kanalisierung und Konzentration. In gewissem Sinne ist er das Zentrum für die Organisation von Untergruppen. Das also ist die Definition des Staates. Er besteht aus einer speziellen Gruppe von Funktionsträgern sui generis, in deren Schoß die Vorstellungen und Willensakte entwickelt werden, die für die Gemeinschaft bindende Kraft haben, obwohl sie nicht das Werk der Gemeinschaft sind. Es ist nicht exakt, wenn man sagt, der Staat verkörpere das Kollektivbewusstsein, denn das Kollektivbewusstsein umgibt ihn von allen Seiten“ (Durkheim 1991: 74).

gewissermaßen zu sammeln und auf sich selbst zu konzentrieren, statt sie in gewaltsamen Ausbrüchen jenseits ihrer Grenzen zu verausgaben“ (Durkheim 1991: 104).

Der Staat wird nach Durkheim also auch in organisierten Gesellschaften eine bedeutende Rolle spielen. Spencer habe zwar durchaus richtig gesehen, dass die Regression des Krieges und der damit verbundenen gesellschaftlichen Formen einen tiefgreifenden Einfluss auf das Leben der Gesellschaft haben müsste, aber daraus folge nicht, dass die soziale Aktivität jetzt nur ökonomisch oder merkantil ausgerichtet werden würde. Denn die Kräfte, die die Gesellschaft nicht länger nach außen richtet, sondern nach innen wendet, würden nicht nur dazu eingesetzt, möglichst viel zu produzieren und den Wohlstand zu mehren, sondern dazu, die Gesellschaft zu organisieren und zu moralisieren, diese moralische Organisation aufrechtzuerhalten und für ihre stetige Fortentwicklung zu sorgen: „Es geht nicht um die bloße Vermehrung der Austauschprozesse, sondern darum, dass der Austausch nach gerechten Regeln erfolgt; es geht nicht darum, dass jeder möglichst viele Dinge zu seiner Verfügung hat, sondern darum, dass jeder so behandelt wird, wie er es verdient; dass er von jeglicher ungerechten und erniedrigenden Abhängigkeit frei sei und dass er sich den anderen und der Gruppe zuwenden kann, ohne seine Persönlichkeit dabei zu verlieren. Und die Instanz, der diese Tätigkeit obliegt, ist der Staat. Der Staat ist also weder dazu bestimmt, zum bloßen Zuschauer des sozialen Lebens zu werden, in dessen Gang er allenfalls negativ eingreift, wie es die Nationalökonomien wollen, noch ist er ein bloßes Rädchen der ökonomischen Maschine, wie es den Sozialisten vorschwebt. Er ist vor allem das Organ der moralischen Disziplin schlechthin“ (ebd.: 105). Der Staat ist für Durkheim letztlich der Garant für die Freiheit der Individuen. Seine zentrale Funktion liege in der Befreiung der individuellen Persönlichkeit vom repressiven Einfluss aller Mächte familialer und lokaler, also segmentärer Art. Wenn er in die verschiedenen Bereiche eingreife, so habe dies nichts Tyrannisches an sich. Im Gegenteil, erklärt Durkheim, seine Intervention habe das Ziel und die Wirkung, die bestehende Tyrannei sekundärer Gruppen zu mildern. Letztlich kann man nicht übersehen, dass nur ein starker Rechtsstaat die Entwicklung der Individualität garantiert.¹⁴⁴

144 „Nicht die Individuen begründen die Gesellschaft, indem sie sich zum Zusammenleben entschließen und einen entsprechenden Vertrag schließen, sondern die Gesellschaft begründet die Individuen, indem sie es ihnen ermöglicht, sich als Individuen zu behandeln, Verträge zu schließen, sich wechselseitig zu binden, verantwortlich zu machen, zu sanktionieren. ... Es gilt nicht länger, dass die Individuen Freiheiten und Rechte nur auf Kosten der Gesellschaft fordern können und umgekehrt jede Ordnung auf Kosten der Individuen geht. Vielmehr lassen sich Steigerungsverhältnisse denken, bei denen mehr individuelle Freiheit und Selbstverwirklichung und zugleich mehr gesellschaftliche Ordnung möglich werden. Durkheim denkt an den starken, durchsetzungsfähigen, Freiheiten garantierenden Staat“ (Luhmann 1995: 124).

4.2.3. Familie, Berufsgruppe, Nation, Menschheit

Private Vereinbarungen brauchen nach Durkheim also eine gesellschaftlich anerkannte Rechtsform, die gerade den Vertrag ausmacht, damit sie organische Solidarität erzeugen können. Wie Smith und Spencer geht auch Durkheim davon aus, dass das soziale Band, das über Arbeitsteilung zustande kommt, anfänglich nur eine Funktion gegenseitiger Interessen ist.¹⁴⁵ Die soziale Bedeutung von Arbeitsteilung geht für ihn jedoch über eine rein utilitaristische Logik der Interessenharmonie hinaus, indem sie gesellschaftlich institutionalisierte moralische Verpflichtungen unter den Individuen schafft: „Der Altruismus hat also nicht den Zweck, so wie es Spencer will, eine Art gefälliger Verzierung unseres sozialen Lebens zu werden. Er wird vielmehr immer dessen Grundlage bleiben. Wie könnten wir auch ohne ihn auskommen? Die Menschen können nicht zusammenleben, ohne sich zu verstehen, und folglich nicht, ohne sich gegenseitig Opfer zu bringen, ohne sich wechselseitig stark und dauerhaft zu binden. Jede Gesellschaft ist eine moralische Gesellschaft. In bestimmter Hinsicht ist dieser Zug in organisierten Gesellschaften sogar noch stärker betont. Weil sich das Individuum nicht genügt, erhält es von der Gesellschaft alles, was es benötigt, und für ebendiese Gesellschaft setzt es sich ein. So bildet sich ein starkes Gefühl der Abhängigkeit, in der es sich befindet: Es gewöhnt sich daran, seinen Wert richtig einzuschätzen, d. h. sich als ein Teil eines Ganzen zu betrachten, als Organ eines Organismus“ (Durkheim 1988: 285).

Moderne Gesellschaften sind somit, so Durkheims These, nicht wie Spencer glaubte, von Regulierung weitgehend befreit, sondern, umgekehrt, notwendig stärker reguliert als das bei traditionellen der Fall ist. Denn angesichts der gesteigerten sozialen Komplexität ist ein harmonisches und sinnerfülltes Leben für die Individuen nur über eine Steigerung von Regulierung zu erreichen. Die Regulierung der sozialen Beziehungen sah Durkheim allerdings nicht als ausschließliche Aufgabe des Staates, sondern als Produkt der Zusammenarbeit vieler intermediärer Gruppierungen. Denn für ihn kann die soziale Integration moderner Gesellschaften so wenig nur über staatlich auferlegte soziale Ordnungen zustande kommen wie auch über den ‚freien‘ Markt: „Menschen erfüllen Verträge und teilen Normen über richtiges Vertragsverhalten, nicht weil sich ihre Interessen vom Wesen her ergänzen, sondern weil sie in einer gemeinschaftlich geteilten Welt leben. Das

¹⁴⁵ So die bekannte Stelle bei Adam Smith: „Der Mensch ... braucht so gut wie unausgesetzt die Hilfe seiner Mitmenschen, und diese würde er vergeblich nur von deren Wohlwollen erwarten. Er wird eher Erfolg haben, wenn er ihre Eigenliebe zu seinen Gunsten wecken und ihnen zeigen kann, dass es zu ihrem eigenen Vorteil ist, das zu tun, was er von ihnen haben will. ... Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern von deren Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Menschenliebe, sondern an ihre Eigenliebe und sprechen ihnen nie von unseren eigenen Bedürfnissen, sondern von ihren Vorteilen“ (Smith 2005: 98).

meint Durkheim, wenn er argumentiert, dass die Ausweitung der Arbeitsteilung selbst organische Solidarität hervorbringt. Es ist ein Argument, das von der späteren Kritik weitgehend übergangen wurde, die sich zu sehr auf die gegenseitige Abhängigkeit der funktional differenzierten Teile konzentrierte. Diese kommt tatsächlich Spencers Komplementarität der Interessen sehr nahe und liefert keine ausreichenden Gründe, um Solidaritätsbindungen zu etablieren. Weil die Assoziation der Menschen durch Tauschbeziehungen eine gemeinschaftlich geteilte Welt erzeugt, gibt es Elemente der organischen Solidarität, die denen der mechanischen Solidarität ähnlich sind“ (Münch 2002: 72).

Diese „gemeinschaftlich geteilte Welt“, von der Richard Münch hier spricht, bezeichnet Durkheim in der Regel als: ‚die‘ Gesellschaft. Die moderne Gesellschaft ist für ihn allerdings von unterschiedlichen Gruppenbildungen zusammengesetzt, die jeweils unterschiedliche Reichweite aufweisen. So zählt er in seiner Vorlesung *Erziehung, Moral und Gesellschaft* (1902/1903) in Bezug auf die Sozialisation des Kindes die folgenden Arten von moralischer Bindung auf: die Familie, die Schule, die Berufsgruppen, die Nation, schließlich auch die Menschheit: „Außer und über dem bewussten Wesen, das ich bin, und außer und über den bewussten Wesen, das die anderen menschlichen Wesen sind, gibt es nichts anderes mehr als das bewusste Wesen, das die Gesellschaft ist. Darunter verstehe ich alles, was eine menschliche Gruppe ist, die Familie genauso wie das Vaterland oder die Menschheit, in dem Maß wenigstens, in dem sie realisiert ist“ (Durkheim 1984: 111). Da für Durkheim Moral vor allem eine soziale Institution darstellt, so kann das Kind seine moralische Persönlichkeit nur dann vollkommen herausbilden, wenn es alle Ebenen der Moralerziehung absolviert. Es muss die Pflichten gegenüber der Familie, der Schule, der Berufsgruppe und der Nation kennenlernen. Schließlich muss sich das Kind auch die universellen Pflichten des Menschen gegenüber sich selbst und der Menschheit aneignen. Wenn es lernt, alle diese Pflichten zu respektieren, dann ist es vollkommen sozialisiert. Die Erziehung ist damit das Mittel, mit dem die Gesellschaft immer wieder die Bedingungen ihrer eigenen Existenz erneuert. Und die wichtigste Bedingung ist nach Durkheim die Moral. Sie besteht aus einer Gesamtheit von bestimmten und speziellen Regeln, die das Verhalten zwingend bestimmen. Damit sich das Kind als eine moralische Persönlichkeit entwickelt, muss es sich an unterschiedlichen sozialen Gruppen anschließen: „So wie sich unser physischer Organismus mit Nahrungsmitteln ernährt, die er sich von außen holt, so nährt sich unser geistiger Organismus mit Ideen, Gefühlen und Praktiken, die uns von der Gesellschaft kommen“ (ebd.: 121). Diese Gruppen, wie die Familie, die Nation und die Menschheit, stellen verschiedene Phasen der moralischen Entwicklung dar, die einander vorbereitet haben. Sie sind als Moralsysteme deshalb nach dem Grad ihrer Universalität verschieden und ihre

moralischen Ideale bilden in diesem Sinne eine Hierarchie.¹⁴⁶ Auf der untersten Ebene sorgt die Familie für die primäre Sozialisation des Kindes, stiftet die Wärme und die moralischen Gefühle, die den Anschluss an die Gesellschaft überhaupt ermöglichen. Mit dem Fortschreiten der Arbeitsteilung erleidet die Familie jedoch einen permanenten quantitativen und qualitativen Funktionsverlust. Sie muss nicht nur wirtschaftliche, politische und rechtliche Aufgaben an andere gesellschaftliche Lebensbereiche abgeben, sondern bekommt auch in ihrer verbliebenen Funktion der Sozialisation starke Konkurrenz. Die öffentliche Erziehung und hier vor allem die Schule leitet somit die sekundäre Sozialisation, welche den Jugendlichen auf das soziale Leben in einer arbeitsteiligen Gesellschaft vorbereiten soll. Wenn dann der kategorische Imperativ des modernen Moralbewusstseins in der Ausübung eines Berufes besteht, erhält auch die Moral der Berufsgruppen auf einer weiteren Ebene wachsende Bedeutung als wichtiges Zwischenglied zwischen Familie und Nation.

Auch in seiner Vorlesung *Physik der Sitten und des Rechts* befasst sich Durkheim mit den unterschiedlichen Stufen von Moralsystemen. Wenn in archaischen Gesellschaften die Aufgabe der Sozialisation durch ein homogenes Kollektivbewusstsein erfüllt wurde, meint er dort, bedürfen moderne Gesellschaften hingegen eines diversifizierten Moralkodexes. Denn die Individuen seien in einer großen Nation nicht mehr – wie der archaische Mensch in das Stammeskollektiv – direkt integriert, sondern nur durch die Vermittlung von anderen Gruppen. In diesem Sinne entspricht „der funktionalen Differenzierung ... eine Art moralischer Polymorphismus“ (Durkheim 1991: 17). Auch hier, ähnlich wie in der Vorlesung über Erziehung, geht Durkheim von einer Hierarchie der moralischen Ideale aus. In diesem Kontext spricht er von einem „der schwierigsten moralischen Konflikte unserer Zeit, ... nämlich de(m) Konflikt zwischen zwei auf gleich hohen Ebenen angesiedelten Gefühlsbindungen, der Bindung an das nationale Ideal, an den Staat, der dieses Ideal verkörpert, und der Verpflichtung auf das menschliche Ideal, auf den Menschen schlechthin, kurz de(m) Konflikt zwischen Patriotismus und Kosmopolitismus“ (Durkheim 1991: 106). Worauf gründet diese Antinomie? Einerseits hat die moralische Orientierung an die Menschheit, also an die universell gültigen ‚Menschenrechte‘ jeder Person, einen höheren ethischen Wert als die Orientierung an die Rechte und Pflichten des Staatsbürgers. Durkheim ist sich also prinzipiell mit Spencer einig, dass der „Kult des Individuums“ und nicht der „Kult des Staates“ die Religion moderner Gesellschaften darstellt. Individualismus und Kosmopolitismus, die eng miteinander gekoppelt sind, hängen aus Durkheims Sicht mit der sozialstrukturellen Tatsache, dass große Nationen sehr unterschiedliche Individuen vereinigen, die fast nichts mehr gemeinsam haben, außer ihrer Eigenschaft als Mensch im

146 Durkheim denkt dabei im Rahmen eines Umwelt-System Denkschemas: "Allerdings dürfte die Einwirkung dieser besonderen Milieus nicht die große Bedeutung des allgemeinen Milieus erreichen; denn sie sind selbst dem Einflusse des letzteren unterworfen. Immer ist es das allgemeine Milieu, auf welches man zurückgehen muss. Der Druck, den es auf die Teilgruppen ausübt, veranlasst die Veränderung ihrer Konstitution" (Durkheim 1970: 197f.).

allgemeinen: „Sie können also die für jeden sozialen *consensus* nötige Homogenität nur unter der Bedingung bewahren, dass sie in der einzigen Hinsicht so ähnlich wie möglich sind, in der sie sich alle gleichen, d. h. insofern sie alle menschliche Wesen sind. Mit anderen Worten, in derart differenzierten Gesellschaften kann es keinen anderen Kollektivtypus geben als den Gattungstypus des Menschen. Verlöre er auch nur etwas von dieser seiner Allgemeinheit, ließe er sich auch nur ein wenig zu seinem alten Partikularismus verleiten, unsere großen Staaten lösten sich in das Gebrösel kleiner Einzelgruppen auf und zerfielen“ (Durkheim 1984: 44).

Die sozialstrukturelle Tatsache der Existenz großer Nationen hat nach Durkheim also die Bindung der Mitglieder dieser Gesellschaften an das allgemeine moralische Ideal der Menschheit notwendig gemacht. So schreibt er, dass, während die Stadtstaaten der Antike nur einen einzigen Kult kannten, den des Staates, spüre heutzutage jeder, dass es über die nationalen Kräften noch andere Kräfte gebe, die höher stünden: „Es gibt etwas, das universeller und dauerhafter ist als das Vaterland. Nun kann aber kein Zweifel bestehen, dass die allgemeinen und dauerhafteren Zwecke zugleich auch die höheren sind. Je weiter die Entwicklung voranschreitet, desto mehr löst sich das von den Menschen verfolgte Ideal von den lokalen und ethnischen Merkmalen, wie sie einem bestimmten Punkt des Globus oder einer bestimmten Gruppe von Menschen eigen sind, erhebt sich über all diese Besonderheiten und strebt nach Universalität“ (Durkheim 1991: 106). Andererseits jedoch, betont Durkheim, sei die Menschheit keine wirkliche Gesellschaft: „Sie ist kein sozialer Organismus mit eigenem Bewusstsein, mit eigener Individualität und eigener Organisation. Es ist nur ein abstrakter Begriff, mit dem wir die Gesamtheit der Staaten, der Nationen, der Stämme bezeichnen, deren Gesamtheit das menschliche Geschlecht bildet. Der Staat ist augenblicklich die am höchsten organisierte menschliche Gruppe, die existiert, und wenn man hoffen darf, dass in Zukunft noch größere Staaten gegründet werden als die heutigen, so erlaubt doch nichts die Annahme, dass es jemals einen Staat geben wird, der die ganze Menschheit umfasst“ (Durkheim 1984: 125). Deshalb wäre es, meint Durkheim, ziemlich voreilig im Patriotismus nur ein Atavismus früherer Zeiten zu sehen. Im Gegenteil: eine Schwächung der patriotischen Gefühle könne nur zu erstarktem Egoismus, und damit zur Desintegration und Anarchie führen. Denn tatsächlich sei der Mensch nur insofern ein moralisches Wesen, als er im Schoße bestehender Gesellschaften lebe: „Es gibt keine Moral ohne Disziplin, ohne Autorität; nun ist aber die einzig rationale Autorität jene, welche die Gesellschaft über ihre Mitglieder ausübt. Die Moral erscheint uns nur dann als Verpflichtung, das heißt, sie erscheint uns nur dann als Moral, und wir empfinden nur dann das Gefühl der Pflicht, wenn um uns her und über uns eine Macht existiert, die sie sanktioniert. Nicht dass die materielle Sanktion bereits die ganze Pflicht wäre, aber sie ist deren äußeres Zeichen, an dem man sie erkennt; sie ist der sichtbare Beweis dafür, dass etwas über uns existiert, von

dem wir abhängig sind“ (Durkheim 1991: 107).

Der Staat (Durkheim meint den modernen europäischen Nationalstaat) sei also die höchste gesellschaftliche Organisation, die es seinerzeit gibt. Nun sei aber der Patriotismus jener Komplex von Gefühlen und Gedanken, der den einzelnen mit einem bestimmten Staat verbindet, während manche Formen von Kosmopolitismus an einen egoistischen Individualismus¹⁴⁷ grenzten und führten dazu, dass man das bestehende moralische Gesetz leugnet ohne ein neues und höheres Gesetz zu schaffen: „Nehmen wir einmal an, der Patriotismus lässt nach und verschwindet; wo findet der Mensch dann noch die moralische Autorität, deren Joch für ihn so heilsam ist? Wie soll er ein Gefühl der Pflicht empfinden, wenn es keine festumrissene, ihrer selbst bewusste Gesellschaft gibt, die ihn jederzeit an seine Pflichten erinnert und ihn die Notwendigkeit der Regel spüren lässt“ (ebd.: 107f.). Müsste man dann also die moralische Antinomie zwischen Nation und Menschheit wegen des Sanktionsvermögens des Nationalstaates zugunsten der Nation entscheiden? Durkheim schlägt eine Kompromisslösung vor: eine Verbindung des nationalen Ideals mit dem Menschheitsideal: „Die einzelnen Staaten müssten sich dazu selbst, ein jeder nach seiner Kraft, zu Organen machen, durch die sich dieses allgemeine Ideal verwirklicht. Jeder Staat müsste es sich zu seiner zentralen Aufgabe machen, nicht zu wachsen und seine Grenzen auszudehnen, sondern seine Autonomie zu festigen und seine Bürger in größtmöglicher Zahl zu einem immer moralischeren Leben anzuleiten, dann verschwände jeglicher Widerspruch zwischen der nationalen und der allgemeinmenschlichen Moral. Wenn der Staat kein anderes Ziel hat, als seine Bürger zu Menschen im vollsten Sinn des Wortes zu machen, dann werden die staatsbürgerlichen Pflichten nur noch einen Sonderfall der allgemeinmenschlichen Pflichten darstellen“ (ebd.: 109). Und Durkheim ist überzeugt, dass mit der Befriedung der internationalen Politik die Entwicklung in eben diese Richtung geht. Unter diesen Bedingungen wäre es auch gleichgültig, ob man nun patriotisch oder kosmopolitisch denkt, denn die beiden Ideale würden dasselbe Ziel haben. Wie Spencer argumentiert Durkheim damit letztlich für einen aufgeklärten Patriotismus: „Dieser Patriotismus schließt durchaus nicht jeglichen Nationalstolz aus; die kollektive Persönlichkeit kann ebenso wenig wie die individuelle Persönlichkeit existieren, ohne ein gewisses Selbstgefühl und ein Gefühl für ihr Tun zu haben, und dieses Gefühl hatte immer etwas Persönliches an sich. Solange es Staaten gibt, wird es auch eine gesellschaftliche

147 Der Zusammenhang zwischen Kosmopolitismus und Egoismus ist auch für *Simmel* evident. Wenn das Band der patriotischen Gesinnung zerfallen ist, meint er, stelle sich in ethischer Beziehung der Kosmopolitismus oft als Egoismus dar. So zeigte sich diese Korrelation schon bei den Zynikern, indem sie das Zwischenglied des Patriotismus ausschalteten. Nach Simmel verstärkt sich der Egoismus im allgemeinen mit der Zunahme der Gruppe: „Mit der wachsenden Größe der Gruppe, für die er arbeitet, mit der wachsenden Gleichgültigkeit, mit der er dieser nur gegenüberstehen kann, fallen vielerlei Momente dahin, die den wirtschaftlichen Egoismus einschränken. Nach vielen Seiten ist die menschliche Natur und sind die menschlichen Verhältnisse so angelegt, dass, wenn die Beziehungen des Individuums eine gewisse Größe des Umfanges überschreiten, es umso mehr auf sich selbst zurückgewiesen wird“ (Simmel 1989: 186).

Eigenliebe geben, und nichts ist legitimer als das. Aber die Gesellschaften könnten ihre Eigenliebe und ihren Ehrgeiz darauf verwenden, nicht die größten und reichsten zu sein, sondern die gerechtesten, die am besten organisierten, die Gesellschaften mit der besten moralischen Verfassung“ (ebd.: 110).

4.2.4. Das Ideal der menschlichen Brüderlichkeit

Im Unterschied zum Kosmopolitismus ist also der Patriotismus kein bloßes Ideal, sondern hat die Verkörperung seiner moralischen Organisation im Nationalstaat.¹⁴⁸ Was bedeutet das nun für die Frage nach der Reichweite von Gesellschaft? Ist organische Solidarität dann nur innerhalb einer staatlich verfassten Gesellschaft möglich und der Gesellschaftsbegriff damit nationalstaatlich limitiert? Grundsätzlich vermag die organische Solidarität mit dem ihr korrespondierenden Vertragsrecht (einschließlich des durch Verträge zwischen natürlichen und juristischen Personen begründeten Rechts) einen viel größeren Raum und viel mehr Menschen einzufassen als die mechanische Solidarität. Andererseits ist sie jedoch nicht mit der marktförmigen „industriellen Solidarität“ Spencers identisch. Dass sich die rationalisierten Formen der maschinellen Produktion und des technisierten Verkehrs über die ganze Erde ausbreiten werden bis hin zur Herausbildung einer Weltwirtschaft, steht für Durkheim außer Zweifel. Das würde jedoch nicht bedeuten, dass weltweit nun „Solidarität“ herrsche. Denn dafür benötigt es eine gemeinsame Moral aller Menschen, die durch Sanktionsmechanismen organisatorisch garantiert würde. Ähnlich wie Spencer beobachtet Durkheim zwar eine Befriedung der internationalen politischen Ordnung, was zur Ausbreitung des kosmopolitischen Ideals von der Brüderlichkeit der Völker führt. Allerdings hält er die Realisierung dieses Ideals auch in Zukunft für ungewiss: „Ein lange gehegter Traum der Menschen ist, endlich das Ideal der menschlichen Brüderlichkeit zu verwirklichen. Die Völker wünschen sich dringlich einen Zustand, dem zufolge der Krieg nicht mehr das Gesetz der internationalen Beziehungen wäre, die Beziehungen der Gesellschaften untereinander friedlich geregelt sein würden, so wie es die Beziehungen der Individuen untereinander bereits sind, und alle Menschen zusammen am gleichen Werk arbeiten und das gleiche

148 Von Anfang an interessiert sich Durkheim für das Thema ‚Nation‘. Schon in seinem Bericht über *Die Philosophie an den deutschen Universitäten* (1887) schreibt er: „Ich fürchte, dass das Vaterland vielen von uns nicht schon deshalb geheiligt erscheint, weil man uns seine Entwicklung durch die Zeiten vor Augen geführt hat. Wir dürsten, vielleicht zu unserem Unglück, nach Logik. Vor allem wollen wir die Gründe für das Entstehen von Nationalgefühl und patriotischem Glauben begreifen und wissen, ob sie in der Natur der Dinge begründet liegen, oder ob sie, wie es so viele Theoretiker mehr oder weniger offen behaupten, nur Vorurteile und Überreste der Barbarei sind“ (Durkheim 1995: 82). In diesem Bericht stellt sich Durkheim an die Seite der deutschen Historischen Schule der Nationalökonomie, die Nation als Realität *sui generis* betrachtet, und kritisiert die Auffassung der Manchesterschule, für die wiederum die materiellen Bedürfnisse des Individuums den alleinigen Zweck der Wirtschaftsbeziehungen darstellten: „Sie begreifen die Nation in der Art einer riesigen Aktiengesellschaft, aus der jeder nur genau das zurückerhält, was er eingezahlt hat, und deren Mitglied man nur bleibt, wenn man auf seine Kosten kommt“ (ebd.: 91).

Leben leben würden. Obwohl diese Wünsche zum Teil durch jene neutralisiert werden, die die partikulare Gesellschaft zum Ziel haben, der wir angehören, sind sie trotzdem sehr lebhaft und werden immer stärker. Sie können aber nur befriedigt werden, wenn alle Menschen eine einzige, den gleichen Gesetzen unterworfenen Gesellschaft bilden. Denn so wie die privaten Konflikte nur durch die regulierende Wirkung der Gesellschaft niedergehalten werden können, die die Individuen umfasst, so können die intersozialen Konflikte nur durch die regulierende Wirkung einer Gesellschaft begrenzt werden, die alle anderen in sich umfasst. Die einzige Macht, die dazu dienen könnte, den individuellen Egoismus zu drosseln, ist die Macht der Gruppe; die einzige, die dazu in der Lage ist, den Egoismus der Gruppen zu drosseln, ist die Macht einer anderen Gruppe, die diese einschließt“ (Durkheim 1988: 475f.).

Gibt es denn eine solche Gesellschaft, die den Egoismus der Nationen durch ein gemeinsames Gesetz bändigen kann? Nein, sie gibt es nicht. Denn, so Durkheim, „noch gibt es zu viele intellektuelle moralische Verschiedenheiten zwischen den verschiedenen sozialen Typen, die auf der Erde zusammenleben, als dass sie sich innerhalb einer einzigen Gesellschaft verbrüderern könnten. Möglich ist aber, dass sich die Gesellschaften ein und derselben Gattung zusammenfinden, und in genau diese Richtung scheint sich unsere Evolution zu bewegen. Wir haben schon gesehen, dass sich über die europäischen Völker hinweg in spontaner Bewegung eine europäische Gesellschaft zu bilden beginnt, die schon jetzt ein Gefühl ihrer selbst hat und sich zu organisieren beginnt. Wenn die Bildung einer einzigen menschlichen Gesellschaft auch für immer unmöglich ist (was allerdings zu beweisen wäre), so bringt uns doch die Bildung von immer größeren Gesellschaften diesem Ziel immer näher“ (ebd.: 476). Noch hier in der Arbeitsteilungsstudie findet sich die später in der Vorlesung über die Moral angedeutete Idee, dass der Weg auf die ‚Weltgesellschaft‘ nur über die Umwandlung der Nationen in „Organen“ eines größeren Systems hinführt: „Nun wissen wir aber, dass sich größere Gesellschaften nicht bilden können, ohne dass sich die Arbeitsteilung entwickelt: denn nicht nur, dass sie sich ohne eine größere Spezialisierung der Funktionen nicht im Gleichgewicht halten könnten, allein schon die Erhöhung der Zahl der Konkurrenten würde genügen, dieses Ergebnis auf mechanische Weise hervorzubringen. Und das umso mehr, als das Volumen im allgemeinen nicht unabhängig von der Dichte zunimmt. Man kann also folgendes Satz formulieren: Das Ideal der menschlichen Brüderlichkeit kann sich nur in dem Maß erfüllen, in dem die Arbeitsteilung fortschreitet“ (ebd.: 477).

Aus dieser Perspektive betrachtet Durkheim den modernen Kosmopolitismus als Begleiterscheinung der internationalen Arbeitsteilung. Denn ein kosmopolitischer Ideengehalt kann nur auf einer entsprechenden sozialstrukturellen Grundlage entstehen. So hätten die Römer keinen umfassenden Begriff der Menschheit, denn derartige Ideen wären unvereinbar

mit der Natur ihrer Gesellschaft: „Unser Kosmopolitismus konnte dort genauso wenig in Erscheinung treten, wie eine Pflanze auf einem Boden gedeihen kann, der sie nicht ernährt. Im übrigen wäre er für Rom ein totes Prinzip gewesen. Wenn indessen der Kosmopolitismus seither entstanden ist, so nicht etwa als Folge philosophischer Entdeckungen; nicht etwa infolge der Tatsache, dass unser Geist Wahrheiten offen wäre, die sie nicht erkannt hätten. Es haben sich vielmehr Veränderungen in der Struktur der Gesellschaften ergeben, die diese Umgestaltung der Sitten nötig gemacht haben“ (ebd.: 77). Im europäischen Mittelalter hingegen, das Durkheim in Nachfolge Comtes bereits als eine „europäische Gesellschaft“ auffasst, finden sich erste Ansätze eines kosmopolitischen Bewusstseins. So beschreibt Durkheim in seinen Vorlesungen über die *Entwicklung der Pädagogik in Frankreich* das feudale Europa als eine Gesellschaft, die sich durch große Beweglichkeit von Menschen aller Klassen und aller Stände charakterisiert: „In der Tat sollte man glauben, dass das Feudalsystem zur Folge hatte, die Individuen untereinander und an die Erde zu ketten, die sie bebauten und von der sie sozusagen nur ein Zubehör waren. Man stellt sich die Feudalkader dem Wesen nach starr vor, untereinander durch undurchsichtige und unüberschreitbare Wände getrennt, in denen die Gruppen eingesperrt waren. In der Tat war aber die Gesellschaft dieser Epoche in ständiger Bewegung. Die Mönche und die Kleriker ... waren immer unterwegs, von einem Ort Europas zum anderen, um nach Rom, zu den Synoden, zu den verschiedenen Stätten zu gehen, wohin sie ihre Oberen schickten oder wohin sie ihre Berufung trieb. Ständige Pilgerfahrten zu den verehrtesten Heiligtümern, zu den berühmtesten Gräbern führten zu Volksbewegungen. Im großen und ganzen waren die Kreuzzüge nur riesige und wiederholte Pilgerfahrten. Was die Pilger aus Gottesfurcht taten, taten die Händler und die Abenteurer aller Art aus Gewinnsucht, aus Beute- und Abenteuerlust. Diese übertriebene Beweglichkeit hängt mit einem Zug der europäischen Gesellschaften zusammen ... ich spreche von jener Art von Kosmopolitismus der christlichen Welt, in dem wir ein Charakteristikum Europas zur Zeit Karls d.Gr. gesehen haben. Im 11. Jahrhundert sind die europäischen Nationalitäten nicht stärker konstituiert als am Ende des 8. Jahrhunderts. Selbst die großen Gruppierungen, die sich damals gebildet hatten, waren entweder verschwunden oder existierten nur mehr dem Namen nach. An ihrer Stelle war ein Mosaik von Feudalgruppen übrig geblieben, die zu klein und zu künstlich waren, um im moralischen Sinn des Wortes als Vaterlandsersatz zu dienen. Die christliche Welt hat im Gegenteil eher das Gefühl ihrer selbst“ (Durkheim 1977: 66). Alles änderte sich jedoch im 16. Jahrhundert, als die ersten großen europäischen Nationen entstanden: „England ist sich seiner und seiner Einheit mit den Tudors bewusst geworden; Spanien mit Ferdinand von Kastilien und seinen Nachfolgern, Deutschland mit den Habsburgern (obwohl mit weniger Deutlichkeit). Frankreich vor allen anderen mit den Kapetingern. Die alte christliche Einheit ist endgültig zerbrochen“ (ebd.: 159f.). Seitdem entwickelten diese Nationen jeweils eigene

intellektuelle und moralische „Physiognomien“. Nur die Wissenschaftler, so Durkheim, bildeten weiterhin eine „europäische Gelehrtenrepublik“. Sie bildeten „eine Gesellschaft von Schöngeistern, die eine Einheit waren, obwohl sie über alle Punkte des Kontinents verstreut lebten, von Neapel bis Rotterdam, von Paris bis Leipzig, so groß war die Beharrlichkeit, die diese Mitglieder darauf verwendeten, trotz der Entfernung in Beziehung und Verkehr zu bleiben“ (ebd.: 189).¹⁴⁹

Im Kern des modernen kosmopolitischen Ideengehalts steht nach Durkheim der „Kult des Individuums“, dessen institutioneller Garant der Nationalstaat ist. Je mehr der Staat die Anerkennung der individuellen Rechte garantieren kann, so Durkheim in seinem Aufsatz *Der Individualismus und die Intellektuellen* (1898), desto größer ist die Integration der Gesellschaft. In der Studie über die Arbeitsteilung zeigte sich Durkheim gegenüber der integritätsstiftenden Kraft dieser „neuen Religion“ skeptisch, nach der Studie über den Selbstmord ist er dagegen immer mehr der Überzeugung, dass diese sehr abstrakte und damit schwache Variante von Kollektivbewusstsein in modernen Gesellschaften trotzdem eine relativ große Inklusionsbedeutung hat. Nun denkt Durkheim, dass in arbeitsteiligen Gesellschaften die Integration weiterhin über Residuen früherer Kollektivvorstellungen stattfindet, die für die Bedürfnisse der modernen Sozialordnung allerdings individualistisch umgeformt werden müssen. Der moderne demokratische Staat erhält damit die Aufgabe, den über seine Grenzen hinausweisenden Universalismus der Menschen- und Bürgerrechte zu repräsentieren und zur globalen Verbreitung zu verhelfen. Damit werden Patriotismus und Kosmopolitismus vereint: „Das Vaterland, so wie es das moderne Bewusstsein verlangt, ist nicht der eifersüchtige und egoistische Staat, der nichts anderes kennt als seine eigenen Interessen und sich von jeder Moraldisziplin entbunden glaubt. Was seinen Moralwert ausmacht, ist die höchstmögliche Annäherung an die menschliche Gesellschaft, heute noch unerfüllt und vielleicht unerfüllbar, die aber die Idealgrenze darstellt, der wir uns ständig zu nähern suchen. Man muss sich hüten, in dieser Auffassung vom Vaterland irgendeine utopische Träumerei zu sehen. Die Geschichte lehrt uns, dass sie immer mehr Wirklichkeit wird. Aus der Tatsache, dass die Gesellschaften immer größer werden, hebt sich das soziale Ideal immer mehr von allen lokalen und ethnischen Bedingungen ab, um einer immer größeren Anzahl von Menschen gemeinsam zu werden, von Menschen aller Rassen und aller Regionen. Damit wird es immer allgemeiner und abstrakter, und abstrakter folglich dem menschlichen Ideal immer näher“ (Durkheim 1984: 129f.). Die universale Institutionalisierung der Menschenrechte ist für Durkheim also keine Utopie, sondern eine Idealgrenze, die eine

149 Auch für Comte stellt das theologisch-feudale System in Europa eine einzige Gesellschaft dar, deren Grundlage die christliche Religion sei. In der metaphysischen Phase sei das gemeinsame geistige Band der Religion gesprengt worden. Mit dem Aufkommen der industriellen Gesellschaft erwartet Comte jedoch eine neue Vereinigung Europas, die vollkommener und dauerhafter sein würde, weil sie nun nicht nur in geistiger, sondern auch in wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehung stattfinden wird. Insbesondere Westeuropa betrachtet er „vermöge der Gleichförmigkeit und des gegenseitigen Zusammenhangs ihrer Kultur“ als „eine einzige große Nation“ (Comte 1973: 72).

faktische Anziehungskraft auf Mensch und Gesellschaft ausübt.¹⁵⁰

Diese universalistische Menschheitsidee wird nach Durkheim jedoch die moralische Persönlichkeit der Nationen nicht auslöschen. Sie würden ihre persönliche Art, das humanistische Ideal zu begreifen, beibehalten. Die von Durkheim ersehnten und prognostizierten „Verbrüderung der Menschen“ sollte man sich deshalb nicht als eine Gleichmachung der Nationen vorstellen, sondern als eine Arbeitsteilung, in deren Rahmen sich jede Nation je nach ihrer Eigenart in den Dienst des Fortschritts stellt. So könnten z. B. Frankreich mit seinem Intellektualismus und England mit seiner ökonomischen Entwicklung als Vorbild für andere Nationen dienen. Nur auf diesem Weg würde sich nicht ein abstraktes, sondern ein konkretes kosmopolitisches und humanistisches Ideal verwirklichen können, wo die verschiedenen Gesichtspunkte der Nationen auf die Welt sich statt auszuschließen, sich gegenseitig korrigieren und vervollständigen. Durkheim entscheidet sich also für die moralische Bindung der Individuen an der Nation, jedoch, das betont er, nur als Teilverkörperung der Menschheitsidee. Allerdings ist Durkheim Realist genug, um zu erkennen, dass sogar die „zivilisierten“ europäischen Gesellschaften für absehbare Zukunft ihre partikularistischen Interessen über die internationale Zusammenarbeit stellen werden. Und wenn er sich wünscht, dass die Staaten endlich nicht mehr um territoriale Ausdehnung wetteifern, sondern um die Gerechtigkeit ihrer inneren Sozialordnung, weiß er zugleich, dass dies in der nahen Zukunft nicht kommen werde. Im Weltkrieg war es dann zum großen Teil Propaganda als Durkheim die deutsche Gesinnung im Krieg als einen engstirnigen, partikularistischen Nationalismus stilisierte, demgegenüber der großherzige, weltbürgerliche Patriotismus Frankreichs steht. Trotzdem zeigt sich in seiner Kritik an Heinrich von Treitschke, dessen Schrift *Politik* (1900) sich Durkheim als Beispiel nahm, durchaus eine prinzipielle Abneigung gegen jeden egoistischen Nationalismus. Daran sieht man, dass für Durkheim Nation (bzw. Nationalstaat) keineswegs ein absoluter Wert darstellt, wie sie z. B. für Treitschke ist. Die Verabsolutierung des Nationalstaates und das zynische Verhältnis zum internationalen Recht sieht Durkheim als einen in Deutschland kulturell angelegten Schlag gegen den Kosmopolitismus. Treitschkes machtpolitischer Realismus, der auf der Position stehe, dass der Staat sich um die Prinzipien der universellen menschlichen Moral nur soweit kümmern solle, bis sie den partikularistischen Zielen des Staates nicht widersprechen, erscheint ihm letztlich als eine Rückkehr zur heidnischen Moral der antiken Staatsreligionen: „In dieser Moral würden wir schwerlich diejenige wieder erkennen, welche wir selbst befolgen. Denn nach unseren Begriffen, d. h. nach der Anschauung der Kulturvölker, aller derjenigen, welche in der Schule des Christentums gebildet worden sind, soll die Moral vor

150 „Aus der Perspektive des machtpolitischen Realismus mögen Durkheims Gedankengänge als geradezu rührend naiv erscheinen. Seine Idee einer fortschreitenden Sakralisierung des Individuums erwies sich aber als eine der wichtigsten Antizipationen des Siegeszugs der Menschenrechte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und als Schlüssel zur soziologischen Analyse zahlreicher Veränderungen des Rechts und der Moral“ (Joas/Knöbl 2008: 171).

allem die Menschheit verwirklichen, sie von jeder sie schmälern Knechtschaft befreien, in ihr mehr Liebe und mehr Brüderlichkeit wecken. Wer behauptet, dass der Staat gegen die höchsten menschlichen Interessen gleichgültig bleiben solle, betrachtet den Staat als außerhalb und über der Moral stehend“ (Durkheim 1995: 266).

Moral und universale, menschliche Moral sind für Durkheim also in seiner Gegenwart bereits identisch. Denn große moderne Gesellschaften, das sahen wir, können ihm zufolge nur durch das Prinzip universeller individualistischer Rechte integriert bleiben. Die Herrschsucht eines Staates gegenüber anderen Staaten fasst Durkheim deshalb als eine pathologische Erscheinung auf. Denn damit will ein Staat, der naturgemäß dem Kreis der Gesamtheit der übrigen Staaten, „d. h. der großen menschlichen Gemeinschaft“ angehöre, aus diesem hinauszubrechen, was unmöglich ist: „Es gibt ein Gewissen und eine Meinung der Welt, deren Herrschaft man sich ebenso wenig entziehen kann als der Herrschaft des Naturgesetzes; denn es sind Kräfte, die man nicht verletzen kann, ohne dass der Verletzer ihren Rückschlag verspürt. Ein Staat kann sich nicht behaupten, wenn er die Menschheit gegen sich hat“ (ebd.: 288). Die ‚Weltgesellschaft‘ als globale Öffentlichkeit hat für Durkheim also durchaus Macht. Nicht nur deshalb kann er keineswegs als ein Nationalist angesehen werden, wie ihn z. B. Ulrich Bielefeld darzustellen versucht, wenn er schreibt: „Da Gesellschaft in ihrer höchsten Form Nation war, wurde die Nation zur Quelle der Moral und des moralischen Individualismus. Der Gesellschaftsbegriff Durkheims kann nicht von dem der Nation unterschieden werden. Die Durkheimische Soziologie ist eine der nationalen Integration und der Heiligung des Nationalen“ (Bielefeld 2003: 208). Die Stelle ist zwar nicht falsch, denn Durkheim war an der Stabilisierung der Dritten Republik besonders interessiert. Es ist jedoch nicht die Nation, die für Durkheim einen absoluten Wertmaßstab darstellt, sondern das Ideal der „Verbrüderung der Menschen“, das Ideal der Menschheit als Gesellschaft also, an dem er auch den moralischen Wert der (französischen) Nation misst. Seine Entscheidung zugunsten einer moralischen Bindung der Individuen an die Nation beruht deshalb nicht darauf, dass er etwa die Nation über die Menschheit stellt, sondern nur auf der empirischen Tatsache, dass allein die Nation in Gestalt des Nationalstaates über organisatorischen Ressourcen verfügt, die Menschenrechte, wenn auch nur innerhalb eines bestimmten Territoriums, effektiv durchzusetzen. Man kann meiner Ansicht nach also mit gutem Recht sagen, dass die Gleichsetzung von Nation und Gesellschaft, wie sie Durkheim immer wieder angelastet wird, nur der halben Wahrheit entspricht. Zwar geht Durkheim in seinen Analysen von der Pluralität der Staaten aus, aber er macht damit den einzelnen (National)Staat nicht zu seiner analytischen Grundlage.¹⁵¹ Denn er behält die Entwicklung

151 Als Gegenthese: „Da die Kategorie der Normalität oder der Gesundheit sich immer auf eine bestimmte Gesellschaft oder, wie Durkheim sagt, Gattung, bezieht, ergibt es sich von selbst, dass der Soziologe nicht im Dienst der Menschheit oder allgemeiner Werte arbeitet, sondern im Dienst einer bestimmten Gesellschaft, deren Normalzustand er zu erhalten hat“ (Jonas 1976: 46).

der globalen Ordnungen von Wirtschaft, Politik und Recht stets im Blick. Schließlich sollte für Durkheim auch die Logik der Arbeitsteilung an sich schon dafür sorgen, und hier unterschied er sich von Spencer im Grunde nicht, immer mehr Kontakte zwischen den Menschen und den Nationen herzustellen und damit das „Ideal der menschlichen Brüderlichkeit“ immer mehr an die Realität näher rücken zu lassen.

5. Max Weber: Die Welt als Arena konkurrierender Nationen

5.1. Webers Handlungs- und Ordnungstheorie

Max Weber (1864-1920) ist heute zweifellos der weltweit bekannteste Soziologe überhaupt. Im Unterschied zu Spencer und Durkheim war sein theoretischer Ansatz nicht positivistisch und nicht funktionalistisch. Im Zentrum seiner Soziologie steht deshalb nicht etwa die ‚Gesellschaft‘, verstanden als eine umfassende Ganzheit, sondern das Handeln von Individuen oder Gruppen von Individuen. Die Sozialwissenschaften sollen sich ihm zufolge dementsprechend nicht etwa an der Biologie oder der Psychologie orientieren, sondern vor allem an der Geschichtswissenschaft. Denn, um menschliches Handeln zu erklären, davon ist Weber überzeugt, muss man vor allem *konkrete kausale Zusammenhänge* erforschen. Seinem Freund, dem Kulturphilosophen Heinrich Rickert folgend, unterscheidet er in seinem programmatischen Aufsatz *Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis* (1904) zwischen zwei prinzipiell gegensätzlichen Arten von Wissenschaft: einer, die primär auf die Maximierung und Optimierung von allgemeingültigem Gesetzeswissen abzielt und deshalb Gattungsbegriffe verwendet, und einer anderen, die primär kausale Zusammenhänge rekonstruiert und deshalb Idealbegriffe (bzw. -typen) benutzt. Beide Arten von Wissenschaft sind nicht nur entgegengesetzt, sondern auch komplementär, weil jede kausale Erklärung nomologisches Wissen voraussetzt, und umgekehrt. Weber selbst wollte allerdings die Kulturwissenschaft als historische Kausalforschung betreiben: „Die Sozialwissenschaft, die *wir* treiben wollen, ist eine *Wirklichkeitswissenschaft*. Wir wollen die uns umgebende Wirklichkeit des Lebens, in welches wir hineingestellt sind, *in ihrer Eigenart* verstehen – den Zusammenhang und die *Kulturbedeutung* ihrer einzelnen Erscheinungen in ihrer heutigen Gestaltung einerseits, die Gründe ihres geschichtlichen So-und-nicht-anders-Gewordenseins andererseits“ (Weber 1988a: 170f., Herv.i.O.).

Wie ist denn eine historische Wirklichkeitsforschung zu betreiben? Die Wirklichkeit ist für Weber prinzipiell unendlich. Jeder Wissenschaftler muss also seinen Erkenntnisgegenstand selber herauspräparieren. Er muss eine Auswahl treffen, die aus seinem spezifischen Erkenntnisinteresse resultiert. Das ist im Grunde eine Scheinwerferlicht-Methode. Er nennt das Prinzip „Wertbeziehung“. Die Wirklichkeit, auf die man die eigenen Wertideen bezieht, bildet den Erkenntnisgegenstand. Er wird konstruiert, indem der Wissenschaftler aus der im Prinzip unendlichen Wirklichkeit nur das auswählt, was aus der Perspektive seiner Wertidee ihm besonders wissenswert erscheint. Das sind die Aspekte des Gegenstands, die Weber „Kulturbedeutung“ nennt. Damit man dann die historische Entwicklung des Gegenstands

kausal erklären kann, muss man die relevanten Ursachen identifizieren. Diese Methode ist wiederum die „kausale Zurechnung“. Was für Ursachen sind aber im Bereich des Sozialen wirksam? Weber zufolge sind alle gesellschaftlichen Strukturen letztendlich auf individuelle Handlungen zurückzuführen. Aus diesem Grund arbeitet er – im Gegensatz zu Spencer und Durkheim – nicht an einer Gesellschafts-, sondern an einer Handlungstheorie, und seine Methodologie zielt nicht primär auf die funktionale Analyse sozialer Gebilde, sondern auf das Verstehen der Motive handelnder Menschen. Der Mensch und sein Handeln stehen dementsprechend im Zentrum seiner Soziologie. Sie ist „eine Wissenschaft vom einzelnen Menschen“ (Hennis 1996: 4). Denn, auch wenn Weber in *Soziologische Grundbegriffe* (1920) die Soziologie zwar als eine Wissenschaft mit generalisierender Begriffsbildung konzipiert, bleibt er jedoch bei der erklärten Intention in sozialen Gebilden „lediglich Abläufe und Zusammenhänge spezifischen Handelns *einzelner* Menschen“ zu sehen, „da diese allein für uns verständliche Träger von sinnhaft orientiertem Handeln sind“ (Weber 1980: 6).

In den Kulturwissenschaften, so Weber, ist eine Erklärung nämlich nur dann evident, wenn man nicht nur den betreffenden funktionalen Zusammenhang aufgedeckt hat, sondern auch noch den „gemeinten Sinn“ menschlicher Handlungen versteht: „Wir sind ja bei ‚sozialen Gebilden‘ (im Gegensatz zu ‚Organismen‘) in der Lage: *über* die bloße Feststellung von funktionellen Zusammenhängen und Regeln (‚Gesetzen‘) *hinaus* etwas aller ‚Naturwissenschaft‘ (im Sinn der Aufstellung von Kausalregeln für Geschehnisse und Gebilde und der ‚Erklärung‘ der Einzelgeschehnisse daraus) ewig Unzugängliches zu leisten: eben das ‚*Verstehen*‘ des Verhaltens der beteiligten *Einzelnen*, während wir das Verhalten z. B. von Zellen *nicht* ‚verstehen‘, sondern nur funktionell erfassen und dann nach *Regeln* seines Ablaufs feststellen können. Diese Mehrleistung der deutenden gegenüber der beobachtenden Erklärung ist freilich durch den wesentlich hypothetischeren und fragmentarischeren Charakter der durch Deutung zu gewinnenden Ergebnisse erkaufte. Aber dennoch: sie ist gerade das dem soziologischen Erkennen Spezifische“ (ebd.: 7, Herv.i.O.). Webers Methode ist in diesem Sinne streng „individualistisch“, d. h. sie will soziale Erscheinungen aus dem Handeln der „Typen von ‚Funktionären‘“ deutend verstehen: „Denn stets beginnt ... die entscheidende empirisch-soziologische Arbeit erst mit der Frage: welche Motive bestimmten und bestimmen die einzelnen Funktionäre und Glieder dieser ‚Gemeinschaft‘, sich so zu verhalten, dass sie entstand und fortbesteht? Alle funktionale (vom ‚Ganzen‘ ausgehende) Begriffsbildung leistet nur Vorarbeit dafür, deren Nutzen und Unentbehrlichkeit – wenn sie richtig geleistet wird – natürlich unbestreitbar ist“ (ebd.: 9).

Nicht die ‚Gesellschaft‘, sondern ‚soziales Handeln‘ (definiert als: *sinnhaft* an das Verhalten anderer orientiertes Handeln), bildet also der Objektbereich der Weberschen „verstehenden“ Soziologie. Dabei unterscheidet Weber bekanntlich zwischen vier Typen sozialen Handelns: „Wie jedes Handeln kann auch das soziale Handeln bestimmt sein 1. *zweckrational*: durch

Erwartung des Verhaltens von Gegenständen der Außenwelt und von anderen Menschen und unter Benutzung dieser Erwartungen als ‚Bedingungen‘ oder als ‚Mittel‘ für rational, als Erfolg, erstrebte und abgewogene eigene *Zwecke*, 2. *wertrational*: durch bewussten Glauben an den – ethischen, ästhetischen, religiösen oder wie immer sonst zu deutenden – unbedingten *Eigenwert* eines bestimmten Sichverhaltens rein als solchen und unabhängig vom Erfolg, 3. *affektiv*, insbesondere *emotional*: durch aktuelle Affekte und Gefühlslagen, 4. *traditional*: durch eingelebte Gewohnheit“ (ebd.: 12, Herv.i.O.). Webers Methodologie ist also eine streng individualistische: „Begriffe wie ‚Staat‘, ‚Genossenschaft‘, ‚Feudalismus‘ und ähnliche bezeichnen für die Soziologie, allgemein gesagt, Kategorien für bestimmte Arten menschlichen Zusammenhandelns, und es ist also ihre Aufgabe, sie auf ‚verständliches‘ Handeln, und das heißt ausnahmslos: auf Handeln der beteiligten Einzelmenschen, zu reduzieren“ (Weber 1988a: 439). Wie kann man aber die Motivation (bzw. der „sinnhafte Grund“) eines Verhaltens herausfinden? Nach Weber könnte man zunächst eine Hypothese aufstellen, indem man sich z. B. fragt, wie eine Gruppe von Individuen ihrer sozialen Lage gemäß handeln sollte, und dann untersuchen, ob sich das empirisch bestätigt. Er spricht in dieser Hinsicht von „sinnhaft“ und „kausal“ adäquatem Verhalten. Webers Soziologie zielt also letztlich auf eine kausale Erklärung von sozialen Handlungen, auf der Basis des Verstehens von ‚gemeintem‘ Sinn hin. Dabei ist sie an der Erklärung *typischer* Handlungen interessiert. Verständliche „Handlungstypen“, so Weber, müssen mit statistischen Regelmäßigkeiten kombiniert werden, damit man „soziologische Regeln“ erkennen kann. Die Soziologie bildet also „*Typen*-Begriffe und sucht *generelle* Regeln des Geschehens. Im Gegensatz zur Geschichte, welche die kausale Analyse und Zurechnung *individueller, kulturwichtiger*, Handlungen, Gebilde, Persönlichkeiten erstrebt“ (Weber 1980: 9, Herv.i.O.). Webers spätes Produkt, seine ‚verstehende‘ Soziologie, war also nicht mehr als „Wirklichkeitswissenschaft“ gedacht. Als generalisierende Wissenschaft sollte sie jedoch der Geschichte an der Seite stehen.

5.1.1. Soziologie ohne ‚Gesellschaft‘

Dass Webers Soziologie ‚Gesellschaft‘ als Grundbegriff systematisch ignoriert, ist in der Forschung inzwischen mehrfach diskutiert worden. Hartmann Tyrell hat das in seinem Aufsatz *Max Webers Soziologie – eine Soziologie ohne ‚Gesellschaft‘* (1994) als erster umfassend getan. Bei Max Weber komme ‚Gesellschaft‘, betont Tyrell, weder im Sinne eines umfassenden Sozialsystems (Luhmann) noch als Oppositionsbegriff gegen den des Individuums (Durkheim) vor. Stattdessen interessierte er sich nur für die einzelnen Lebensordnungen, also für Staat, Recht, Religion, Wirtschaft, Wissenschaft usw., und dann vor allem für deren „Beziehungen“ zueinander, nicht aber für das „umfassende

Sozialsystem“, für das Insgesamt dieser Lebensordnungen: „Nirgendwo auch hat er angesichts der differenzierten Lebensordnungen – im Sinne der Durkheimischen 'organischen Solidarität' – gesellschaftliche Einheits- und Integrationsfragen aufgeworfen, und es hätte ihm gänzlich fern gelegen, den die heterogenen Lebensordnungen durchziehenden Rationalismus als (kulturell) integratives Prinzip der modernen Gesellschaft zu nehmen“ (Tyrell 1994: 394). Webers Soziologie kenne in diesem Sinne keine gesellschaftliche Entwicklungs- und Zellteilungslogik, auch keine sonstige „entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit“. Vielmehr gehe Weber, so Tyrell weiter, von der empirischen Beobachtung einer inkohärenten Mehrzahl historischer Prozesse aus. So z. B. in seiner Geschichte des Rationalismus. Hier sei er weit davon entfernt, eine auf den einzelnen Lebensgebieten parallel fortschreitende Entwicklung zu sehen, es gehe eben typisch nicht um genetisch abgestimmte, synchronisierte und kohärente Prozesse. So habe die Rationalisierung von Technik oder Wirtschaft etwa einen ganz anderen (räumlich wie zeitlich) Ursprung und Verlauf als die Rationalisierung von Recht oder Wissenschaft. Auch die Rationalisierung von Religion, Politik etc. fand historisch *verschiedenenorts* und unabhängig voneinander statt: „Bei alledem versteht sich: die inkohärente Mehrzahl der von Weber ins Auge gefassten Rationalisierungsprozesse – sie stammt weder genetisch aus *einer* (etwa ökonomischen) ‚letzten‘ Quelle, noch handelt es sich um ‚äquifinalisiert‘ auf den okzidentalen Rationalismus zustrebende Prozesse; hinter ihnen wirkt keine (richtungsweisende) unsichtbare Hand“ (ebd.: 399). Denn auch wenn diese desaggregierten Entwicklungen, und das ist ja Webers große Entdeckung, in der Neuzeit auf dem Boden des Okzidents auf eigentümliche Weise aufeinander zulaufen, sich finden und sich als einander adäquat und richtungsaffin zeigen, wenn sie einander stützen und verstärken, sich solcherart günstige Umweltlagen erzeugen, was sich schließlich richtungsverfestigend auf die einzelnen Sektoren zurückwirkt, so bleibt doch „an der eigentümlichen rationalen Gleichgerichtetheit material so heterogener, dabei unkoordinierter und asynchroner Prozesse, vor allem auch an ihrer Konvergenz und Beschleunigung in der okzidentalen Neuzeit“ etwas Rätselhaftes (ebd.: 399f.).

Noch in einer anderen Hinsicht zeigt sich laut Tyrell die Webersche Abstinenz gegenüber der ‚Gesellschaft‘. Für die Theorien des 19. Jahrhunderts war der Gesellschaftsbegriff mit der Vorstellung einer gesellschaftsinternen *Interdependenz* verbunden: sei es nun die Interdependenz von „Klassen“, sei es die von funktional spezialisierten „Organen“. Weber gehe aber weder von einer dualistischen Klassengesellschaft (Marx) noch von einem sozialen Organismus (Comte, Spencer) aus. Die Vorstellung von einer *starken* Kohärenz bzw. engen Kooperation von Teilen lehnt er ab. In dieser Hinsicht folgt er Georg Simmel, der schon 1890 in seiner Studie *Über soziale Differenzierung* die ‚Gesellschaft‘ in eine Summe sozialer Wechselwirkungen aufgelöst hatte. Damit wird der Gesellschaftsbegriff des

Funktionalismus von Simmel und Weber einfach fallen gelassen: „Jeder Anknüpfungspunkt für ‚Organismus-Analogien‘ war in dieser Soziologie getilgt, und auch die Idee vom Innen und Außen eines gesellschaftlichen Ganzen machte nun keinen Sinn mehr. Alle ‚funktionalistische‘ Interdependenzüberschätzung (‚im Innern‘) lag von daher fern. Ausgeschlossen ist so auch die Figur von ‚der Gesellschaft‘ als ‚Funktionsempfänger‘ oder als Einheitsadresse für die Funktionen ihrer Teile (Subsysteme): Webers soziologische Analysen nehmen die Wirtschaft, das Recht, die Politik, die Wissenschaft oder die Religion nirgendwo als (Gesellschafts-)Teile, und noch weniger fragen sie nach deren Funktion, also nach der Funktion der einzelnen Lebensordnungen *‘für die Gesellschaft‘*“ (ebd.: 402). Allerdings praktiziere Weber, so Tyrell, „allenthalben eine System/Umwelt-Perspektive, die nach Leistungen der verschiedenen Lebensordnungen füreinander, nach Kompatibilitäten zwischen ihnen, aber auch nach Blockierungen und ‚Obstruktionen‘ in ihren Wirkungen aufeinander fragt“ (ebd.).

Max Weber setzt also definitiv nicht bei der ‚Gesellschaft‘ an. Auch Simmels ‚Wechselwirkung‘ löst er in Erwartungs- und Handlungskategorien auf. An ihre Stelle tritt in *Soziologische Grundbegriffe* die *„soziale Beziehung“* ein. Weber definiert sie als „ein seinem Sinngesamt nach aufeinander gegenseitig *eingestelltes* und dadurch orientiertes Sichverhalten mehrerer“ (Weber 1980: 13). Und er betont, dass die soziale Beziehung ausschließlich in der Chance besteht, dass in einer sinnhaft angebbaren Art sozial gehandelt wird. Die gegenseitige sinnhafte Bezugnahme der Handelnden muss dabei nicht unbedingt ‚positiv‘ sein. Der Inhalt kann der allerverschiedenste sein: „Kampf, Feindschaft, Geschlechtsliebe, Freundschaft, Pietät, Marktaustausch, ‚Erfüllung‘ oder ‚Umgehung‘ oder ‚Bruch‘ einer Vereinbarung, ökonomischer oder erotischer oder andere ‚Konkurrenz‘, ständische oder nationale oder Klassengemeinschaft. ... Der Begriff besagt also *nichts* darüber: ob ‚Solidarität‘ der Handelnden besteht oder das gerade Gegenteil“ (ebd.). Nicht aber die soziale Beziehung ist Webers theoretischer Oberbegriff, sondern die *„legitime Ordnung“*. Damit bezeichnet er den Umstand, dass Menschen ihr Handeln an Maximen orientieren, die sie für das Handeln verbindlich oder vorbildlich ansehen: „Handeln, insbesondere soziales Handeln und wiederum insbesondere eine soziale Beziehung, können von seiten der Beteiligten an der *Vorstellung* vom Bestehen einer *legitimen Ordnung* orientiert werden. Die Chance, dass dies tatsächlich geschieht, soll ‚Geltung‘ der betreffenden Ordnung heißen“ (ebd.: 16, Herv.i.O.).¹⁵² Für Weber existieren mehrere nebeneinander bestehende, auch einander widersprechende Ordnungen, die auf die Individuen Einfluss ausüben. Es ist deshalb unumgänglich, dass jedes Handeln in der Welt

152 Die „Orientierung“ an einer derartigen Ordnung soll nach Weber nicht auf ihre Befolgung begrenzt sein, denn auch ihre Umgehung oder Verletzung impliziert ihre Geltung als verbindliche Norm. Eine rein faktisch geltende Ordnung, im Sinne ihrer Befolgung aus rein „zweckrationalen“ Motiven, kann allerdings nicht so stabil sein wie eine Ordnung, an der sich die Menschen infolge ihres Glaubens an deren Legitimität orientieren.

sich im Antagonismus dieser Lebensordnungen verfängt. Webers Persönlichkeits- und Werttheorie soll hier jedoch nicht weiter interessieren. Was in Bezug auf unsere Problematik wichtig erscheint, ist, dass bei Weber keine der Ordnungen für das Ganze steht. Eine solche Gesellschaftsbeschreibung bietet z. B. der „historische Materialismus“, der bekanntermaßen einen Primat der Wirtschaft über den anderen Gesellschaftsbereichen behauptet. Bei Simmel und Weber stieß diese These auf wenig Resonanz: „Dem intellektuellen ‚Einheitsbegehren‘ des historischen Materialismus haben sie sich nachdrücklich verweigert, und Max Weber war darüber hinaus auch nicht gewillt, dem ‚rationalen Kapitalismus‘ ein (kausal) irgendwie ‚privilegiertes‘ Verhältnis zum (Gesamt)Rationalismus der Moderne einzuräumen ... die Kritik beharrt auf der Komplexität und ‚Wirrnis‘ (Simmel) der ‚gesellschaftlich-historischen Wirklichkeit‘, und im Blick darauf besagt es eben ein willkürliches und ‚voreiliges dogmatisches Abschneiden der Wirklichkeitsreihe‘, die Ökonomie exklusiv als die ‚gesellschaftliche Basis‘, als ‚Realgrund‘ und ‚bewegende Ursache aller übrigen Erscheinungen‘ zu behaupten. ‚Erste Ursachen‘ sind hier so inadäquat wie ‚letzte Instanzen‘“ (Tyrell 1994: 404f.). Deshalb wählte Weber für sein ‚hinterlassenes Hauptwerk‘ *Wirtschaft und Gesellschaft*, das eigentlich *Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte* heißen sollte, eine Darstellungsform, die die Wirtschaft neben den anderen Lebensordnungen behandelt, und zwar so, dass, wie es im Vorwort zum *Grundriss der Sozialökonomik* heißt, „dadurch auch die Autonomie dieser Sphären gegenüber der Wirtschaft deutlich hervortritt: Es wurde von der Anschauung ausgegangen, dass die Entfaltung der Wirtschaft vor allem als eine besondere Teilerscheinung der allgemeinen Rationalisierung des Lebens begriffen werden müsse“ (Weber 2003: 817).

Webers Bild vom sozialen Leben ist also ein äußerst kontingentes und fragmentiertes. Dies korrespondiert mit seinem *radikalen Empirismus*, demzufolge eine Wissenschaft allein aus empirischen Fragestellungen hervorgehen kann. Wissen ist für Weber zunächst einmal immer eine Konstruktion. Zwischen Begriff und Realität gibt es einen *hiatus irrationalis* und die Sicht auf die Wirklichkeit kann deshalb immer nur perspektivisch sein. Das Erfassen der Totalität der Wirklichkeit in ein logisch geschlossenes System von allgemeinen Begriffen (wie bei Hegel) ist für Weber in diesem Sinne ein hoffnungs- und nutzloses Unternehmen.¹⁵³ Hier liegt auch wohl der Grund, warum er von *Simmels Soziologie*, die auch eine Soziologie „von unten“ ist, letztlich in Distanz ging. Simmel stand nämlich wie Durkheim, so Thomas Schwinn in seiner Studie *Differenzierung ohne Gesellschaft* (2001), vor dem Problem der

153 Weber geht von einer unaufhebbaren Heterogenität der Betrachtungsweisen aus. Für ihn gibt es keine Ordnung der Dinge oder Emergenzniveaus der Wirklichkeit. Die Comtesche Wissenschaftshierarchie sei „das lebensfremde Schema eines grandiosen Pedanten ...“, der nicht begriff, dass es Disziplinen mit gänzlich verschiedenen Erkenntniszielen gibt, von denen jede von gewissen unmittelbaren Alltagserfahrungen ausgehend den Inhalt dieser ‚unwissenschaftlichen‘ Erkenntnis unter ganz verschiedenen, gänzlich selbständigen Gesichtspunkten sublimieren und bearbeiten muss“ (Weber 1988a: 412).

Existenzberechtigung der Soziologie angesichts der schon vorhandenen einzelnen Sozialwissenschaften. Um dieses Problem zu lösen, setzte er auf die Unterscheidung von Form und Inhalt. Wenn also Ökonomie, Staatswissenschaften, Theologie, Pädagogik etc. durch ihre verschiedenen Inhalte bestimmt sind, argumentiert Simmel, könne sich die Soziologie dann nur die reinen Formen der Vergesellschaftung als Untersuchungsobjekt zuwenden. So kommt aber die ‚Gesellschaft‘ bei Simmel durch die Hintertür. Denn mit diesem Ziel hätte man am Ende einen definitiven oder formalen Gesellschaftsbegriff erreicht, aus dem sich jeweils spezifische historische Gesellschaften deduzieren ließen: „Man hätte eine Theorie über die endgültige Gliederung des sozialen Zusammenhangs, des Verhältnisses von Wirtschaft, Recht, Politik, Wissenschaft etc. entwickelt“ (Schwinn 2001: 44). Es wurde aber nicht beachtet, dass, um dieses Resultat erzielen zu können, so Weber, „die Gesamtheit der jeweiligen historischen Wirklichkeit einschließlich aller ihrer kausalen Zusammenhänge als ‚gegeben‘ gesetzt und als bekannt vorausgesetzt werden müsste“ (Weber 1988a: 188). Dass das an der sozialen Realität Wissenswerte endgültig erschlossen werden kann, glaubt Weber aber nicht. Denn für ihn ist der Zusammenhang der Wirklichkeit immer nur durch individuelle Konstellationen und nicht durch eine systematische Geschlossenheit und Geordnetheit gekennzeichnet. Als ein zentrales Argument führt er den ewig fortschreitenden „Fluss der Kultur“, der stets neue Problemstellungen hervorbringe: „Webers Weigerung, die Theorie- oder Begriffsarbeit zum Selbstzweck zu machen, hat ihren Grund in der Unmöglichkeit, zu einem definitiven Gesellschaftsbegriff zu gelangen. Begriffsarbeit als Selbstzweck zielt auf Gesellschaftstheorie. Webers Verständnis und Konzeption von Soziologie als historischer ergibt sich notwendigerweise aus der Einsicht in die vergeblichen Bemühungen seiner Zeitgenossen, einen definitiven Gesellschaftsbegriff entwickeln zu wollen. Hätte er einen solchen gesehen oder für möglich gehalten, wäre die historische und nicht-theoretische Stoßrichtung seiner Soziologie unverständlich“ (Schwinn 2001: 45).¹⁵⁴

5.1.2. Die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte

Max Weber strebte also keine (funktionalistische) Gesellschaftstheorie, sondern die Aufdeckung konkreter kausaler Zusammenhänge. Soziologie soll für ihn deshalb heißen: „eine Wissenschaft, welche soziales Handeln deutend verstehen und dadurch in seinem

¹⁵⁴ Nur in einem umgrenzten Sinn scheint es doch, dass Weber Simmels Konzept einer soziologischen Formenlehre akzeptierte. So schreibt er, wo es um die Typen der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung in ihrer Beziehung zur Wirtschaft geht: „An dieser Stelle ist dabei nicht die Beziehung der Wirtschaft zu den einzelnen Kulturinhalten (Literatur, Kunst, Wissenschaft usw.), sondern lediglich ihre Beziehung zur ‚Gesellschaft‘, das heißt in diesem Fall: den allgemeinen Strukturformen menschlicher Gemeinschaften zu erörtern“ (Weber 1980: 212, Herv.i.O.).

Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich erklären will“ (Weber 1980: 1). Sie unterscheidet sich von der Geschichte etwa darin, dass sie „*Typen-Begriffe*“ bildet und „*generelle* Regeln des Geschehens“ sucht. Es lassen sich nach Weber vier Typen tatsächlicher Regelmäßigkeiten des sozialen Handelns beobachten: Brauch, Sitte, Konvention und Recht. Man könnte diese Typen in eine Reihe stellen, im Sinne einer fortschreitenden Ausbildung sozialer Strukturen: „Eine tatsächlich bestehende Chance einer *Regelmäßigkeit* der Einstellung sozialen Handelns soll heißen *Brauch*, wenn und soweit die Chance ihres Bestehens innerhalb eines Kreises von Menschen lediglich durch tatsächliche Übung gegeben ist. Brauch soll heißen *Sitte*, wenn die tatsächliche Übung auf langer *Eingelebtheit* beruht. Sie soll dagegen bezeichnet werden als ‚bedingt durch *Interessenlage*‘ (*interessenbedingt*), wenn und soweit die Chance ihres empirischen Bestandes *lediglich* durch rein zweckrationale Orientierung des Handelns der Einzelnen an gleichartigen *Erwartungen* bedingt ist“ (ebd.: 15, Herv.i.O.). Die Regelmäßigkeiten des Handelns, die auf Angewohnheit oder Interessenlage gründen, stellen also die ersten Typen von Strukturierung der sozialen Welt. Noch viel stärker kommt es dazu, wenn sich die Handelnden an der Vorstellung vom Bestehen einer legitimen Ordnung orientieren: „'Gelten' einer Ordnung soll uns also mehr bedeuten als eine bloße, durch Sitte oder Interessenlage bedingte Regelmäßigkeit eines Ablaufs sozialen Handelns“ (ebd.: 16). Die Legitimität der Ordnung kann entweder innerlich (durch „Legitimitätsglauben“) oder äußerlich (durch Sanktion) garantiert sein. Die Art der Sanktion erlaubt Weber zwischen Konvention und Recht zu unterscheiden: „Eine Ordnung soll heißen: a) *Konvention*, wenn ihre Geltung äußerlich garantiert ist durch die Chance, bei Abweichung innerhalb eines angebbaren Menschenkreises auf eine (relativ) allgemeine und praktisch fühlbare *Missbilligung* zu stoßen; b) *Recht*, wenn sie äußerlich garantiert ist durch die Chance des (physischen oder psychischen) *Zwanges* durch ein auf Erzwingung der Innehaltung oder Ahndung der Verletzung gerichtetes Handeln eines *eigens* darauf eingestellten *Stabes* von Menschen“ (ebd.: 17, Herv.i.O.).

Das Recht existiert also nur dort, wo die Sanktion mit Zwang verbunden ist: „Uns soll für den Begriff ‚Recht‘ ... die Existenz eines Erzwingungs-Stabes entscheidend sein“ (ebd.: 18, Herv.i.O.). Die Zwangsmittel reichen von der Androhung und Anwendung von physischer Gewalt, wie im politischen Verband, bis hin zur Anwendung von psychischem Zwang, wie im religiösen Verband. Um fortzubestehen, müssen jedoch alle äußerlich garantierten Ordnungen auch innerlich garantiert sein. Die Geltung einer Ordnung hat nach Weber grundsätzlich vier Quellen: „*Legitime* Geltung kann einer Ordnung von den Handelnden zugeschrieben werden: a) kraft *Tradition*: Geltung des immer Gewesenen; b) kraft *affektuellen* (insbesondere: emotionalen) Glaubens: Geltung des neu Offenbarten oder des Vorbildlichen; c) kraft *wertrationalen* Glaubens: Geltung des als absolut gültig

Erschlossenen; d) kraft positiver Satzung, an deren *Legalität* geglaubt wird. Diese Legalität [d)] kann [den Beteiligten] als *legitim* gelten α) kraft Vereinbarung der Interessenten für diese; β) kraft Oktroyierung (auf Grund einer als *legitim* geltenden Herrschaft von Menschen über Menschen) und Fügsamkeit“ (ebd.: 19, Herv.i.O.). Die handelnden Individuen können also aus vier verschiedenen Gründen eine Ordnung als „legitim“ betrachten. Typologisch entsprechen diese den Bestimmungsgründen sozialen Handelns. Der letzte Fall leitet jedoch über zu den Herrschaftsbeziehungen, da Oktroyierung und Fügsamkeit auf der Grundlage einer als legitim geltenden Herrschaft beruhen. Bevor Weber aber eine Typologie der sozialen Verbände entwickelt, unterscheidet er zuerst einmal drei Typen von sozialer Beziehung: Kampf, Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung. Diese Typologie setzt er dann in die Analyse der „vertikalen Beziehungen“ von Verband und Herrschaft ein. „*Kampf* soll eine soziale Beziehung insoweit heißen, als das Handeln an der Absicht der Durchsetzung des eignen Willens gegen Widerstand des oder der Partner orientiert ist“ (ebd.: 20). Kampf als biologische „Auslese“ erscheint Weber „prinzipiell unausschaltbar“. In Hinsicht auf soziale Beziehungen jedoch könne man nur im übertragenen Sinne von ‚Kampf‘ sprechen: „Denn ‚Beziehungen‘ *existieren* ja nur als menschliches *Handeln* bestimmten Sinngehalts. Und eine ‚Auslese‘ oder ein ‚Kampf‘ zwischen ihnen bedeutet also: dass eine bestimmte Art von Handeln durch eine andere, sei es der gleichen oder anderer Menschen, im Lauf der Zeit verdrängt wird“ (ebd.: 21, Herv.i.O.). Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung als soziale Beziehungen leiten sich damit aus dem bestimmten Sinngehalt des sozialen Handelns ab: „‚Vergemeinschaftung‘ soll eine soziale Beziehung heißen, wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns ... auf subjektiv *gefühlter* (affektuellem oder traditionaler) *Zusammengehörigkeit* der Beteiligten beruht. ‚Vergesellschaftung‘ soll eine soziale Beziehung heißen, wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns auf rational (wert- oder zweckrational) motiviertem *Interessenausgleich* oder ebenso motivierter *Interessenverbindung* beruht. Vergesellschaftung kann typisch insbesondere (aber nicht: nur) auf rationaler *Vereinbarung* durch gegenseitige Zusage beruhen“ (ebd., Herv.i.O.).

Eine soziale Beziehung kann ferner, ungeachtet dessen, ob sie sich als Vergemeinschaftung oder Vergesellschaftung präsentiert, entweder „offen“ oder „geschlossen“ sein. Sie ist offen, wenn niemandem der Zugang verwehrt wird. Sie ist geschlossen, wenn nach Sinngehalt und geltender Ordnung die Teilnahme von bestimmten Akteuren oder Gruppen ausgeschlossen, beschränkt oder an Bedingungen geknüpft wird. Ein typisches Beispiel für offene und geschlossene soziale Beziehungen bietet die Unterscheidung zwischen Kirche und Sekte an. Eine Kirche versteht sich als universale Gnadenanstalt, die alle Gläubigen ohne Ansehen der Person aufnehmen will. Eine Sekte hingegen sieht sich als partikulare Gnadengemeinschaft, die sich die aufnahmewillige Person vorher ansieht und sehr oft prüft. Offenheit oder

Geschlossenheit der sozialen Beziehungen können dabei wieder nach den Vier-Unterscheidungen des sozialen Handelns – affektiv, traditionell, wert- oder zweckrational – bedingt sein: „a) Traditional geschlossen pflegen z. B. Gemeinschaften zu sein, deren Zugehörigkeit sich auf Familienbeziehungen gründet. b) Affektiv geschlossen zu sein pflegen persönliche Gefühlsbeziehungen (z. B. erotische oder – oft – pietätsmäßige). c) Wertrational (relativ) geschlossen pflegen strikte Glaubensgemeinschaften zu sein. d) Zweckrational typisch geschlossen sind ökonomische Verbände mit monopolistischem oder plutokratischem Charakter“ (ebd.: 24). Ein wichtiger Typus geschlossener Beziehung ist der „Verband“. Im Unterschied zu den anderen sozialen Beziehungen hat er eine vertikale Dimension, die ihn zu einem handlungsfähigen sozialen Gebilde macht: „*Verband* soll eine nach außen regulierend beschränkte oder geschlossene soziale Beziehung dann heißen, wenn die Innehaltung ihrer Ordnung garantiert wird durch das eigens auf deren Durchführung eingestellte Verhalten bestimmter Menschen: eines *Leiters* und, eventuell, eines *Verwaltungsstabes*, der gegebenenfalls normalerweise zugleich Vertretungsgewalt hat“ (ebd.: 26, Herv.i.O.). Das Vorhandensein von Leiter und Verwaltungsstab führt dazu, dass sich das „Verbandshandeln“ nicht nur an einer legitimen Ordnung orientiert, sondern auch auf deren Erzwingung abgestellt ist: „Die ‚Existenz‘ des Verbandes haftet ganz und gar an dem ‚Vorhandensein‘ eines Leiters und eventuell eines Verwaltungsstabes. D. h. genauer ausgedrückt: an dem Bestehen der *Chance*, dass ein *Handeln* angebbarer Personen stattfindet, welches seinem Sinn nach die Ordnungen des Verbandes durchzuführen trachtet: dass also Personen vorhanden sind, die darauf ‚eingestellt‘ sind, gegebenenfalls in jenem Sinn zu handeln. ... Fehlt die Chance dieses Handelns eines angebbaren *Personenstabes* (oder: einer angebbaren Einzelperson), so besteht für unsere Terminologie eben nur eine ‚soziale Beziehung‘, aber kein ‚Verband‘. so lange aber die Chance jenes Handelns besteht, so lange ‚besteht‘, soziologisch angesehen, der Verband *trotz des Wechsels der Personen*, die ihr Handeln an der betreffenden Ordnung orientieren“ (ebd., Herv.i.O.).

Wir sehen also, dass Max Webers Theorie im Unterschied zu denen von Spencer und Durkheim nicht von einer Gesellschaftseinheit ausgeht, die sich in Organsysteme differenziert, sondern die Auskristallisierung von sozialen Strukturen in Handlungskategorien auffasst und eine idealtypische Begriffsreihe aufstellt: Handeln – Beziehung – Ordnung – Verband. Der Ordnungsbegriff ist in dieser Reihe auf der höchsten Ebene angesiedelt. Weber hat uns keine systematische Typologie der Lebensordnungen hinterlassen, trotzdem sieht es so aus, dass seine Ordnungstheorie auch als eine Differenzierungstheorie angelegt ist. Er verwendet den Differenzierungsbegriff zwar sehr beiläufig, das tut aber nichts zur Sache.¹⁵⁵ In der *Zwischenbetrachtung* (1915) unterscheidet Weber sieben gesellschaftliche

¹⁵⁵ „Auf Anhieb wird man Max Weber kaum dem Lager der Differenzierungstheorie zurechnen wollen. Das Konzept der Differenzierung fehlt in den Grundbegriffen von ‚Wirtschaft und Gesellschaft‘, und seine Kritik an

Ordnungen: die Verwandtschaft, die Religion, die Wirtschaft, die Politik, die Kunst, die Sexualität, und schließlich die Wissenschaft. Er nennt sie auch „Wertsphären“, da er sie als überindividuelle Sinnzusammenhänge versteht, die um einen dominanten Wert organisiert sind. Sie sind aber auch als Lebensordnungen oder gesellschaftliche Tätigkeitsbereiche institutionalisiert und als Handlungsorientierungen internalisiert (deshalb spricht er auch von „Lebensmächten“). Die moderne Kultur zeichnet sich für Weber vor allem durch das Nebeneinander von Ordnungsorientierungen aus, die kein sie alle überwölbendes sinnhaftes Dach mehr haben, wie früher die Religion. Der Gedanke einer letztlich nicht zu vermittelnden Kollision zwischen den Wertsphären („Polytheismus“ der Werte) ist für Weber zentral. Und da die Lebensordnungen als institutionalisierte Strukturen dieser Wertsphären ihrer inneren Eigengesetzlichkeit (bzw. Betriebsrationalität) befolgen, sind Spannungen zwischen den Ordnungen vorprogrammiert. Sie kommen sich immer stärker ins Gehege, je differenzierter bzw. rationalisierter sie werden: „Nach Weber beruhen moderne Gesellschaften auf einer Ausdifferenzierung von kulturellen Wertsphären, die in Lebensordnungen ihre institutionelle und in Lebensführungen ihre personelle Verkörperung haben. Lebensordnungen gebühren Eigenrechte, und nur wenn diese respektiert werden, setzen sie bereichsspezifische Rationalisierungsprozesse frei. Je eigengesetzlicher sie sich aber entwickeln, desto größer werden die Spannungen zwischen ihnen. Dies löst Gegenbewegungen in und zwischen ihnen aus. Weber beschreibt sie unter anderem als das Gegeneinander von formaler und materialer Rationalisierung, einer Rationalisierung der Verfahren und einer der wertenden Postulate. Der moderne Staat steht im Zentrum dieses spannungsreichen Gegeneinanders. Doch damit wird er nicht zum Träger gesellschaftlicher Synthese. Dem Polytheismus der Werte muss ein Polyzentrismus der Ordnungen entsprechen. Keine Teilordnung steht mehr fürs Ganze, auch nicht der Staat“ (Schluchter 1996: 274). Die latenten Spannungen zwischen den Lebensordnungen haben schließlich zur Folge, dass sich Werte und Regeln einer Sphäre nicht mehr in eine andere ohne Verletzung von deren spezifischem Charakter übersetzen lassen.¹⁵⁶

den evolutionistischen und normativen Implikationen dieses Konzepts im Aufsatz über den ‚Sinn der Wertfreiheit‘ ist deutlich genug. Zudem hielt er zu den Vertretern einer allgemeinen Gesellschaftswissenschaft, die mit diesem Konzept operiert, wie August Comte in Frankreich, Herbert Spencer in England und Ferdinand Tönnies in Deutschland, zeitlebens Distanz. Und doch führt ihn sein Erkenntnisinteresse an den Sonderbedingungen der okzidentalen Entwicklung zwangsläufig zu einer Differenzierungskonzeption. Seine Gesellschaftsgeschichte der okzidentalen Moderne ist im Kern als eine Konstellationsanalyse institutioneller Differenzierung angelegt. Versucht man einen allgemeinen theoretischen Bezugsrahmen herauszuarbeiten, so operiert Weber mit einer Handlungs-, Ordnungs- und Kulturtheorie, welche die ‚Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte‘ untersucht“ (Müller 2007: 228f.).

156 „Wo der erotische Maßstab der reinen Liebe angelegt wird, ist die rationale Kalkulation von Gewinnerwartung und Rentabilität einfach fehl am Platze. Wo der religiöse Glaube, also das ‚credo non quid sed quia absurdum‘, gefordert wird, ist es mit ‚intellektueller Rechtschaffenheit‘ vorbei und das ‚Opfer des Intellekts‘ muss erbracht werden. In Webers Augen sind diese Wertkonflikte die unausweichliche Folge der Entstehung von unterschiedlichen Wertmaßstäben, Beurteilungskriterien und ‚letzten Wertungen‘ im Zuge der Ausdifferenzierung von spezifischen Lebensbereichen, die nur um den Preis einer fadenscheinigen Harmonisierung rückgängig gemacht und in einer einheitlichen Wertordnung synchronisiert werden können. Der unüberbrückbare Werteantagonismus ist gerade das spezifische Kennzeichen der Moderne, so dass es gar keinen übergreifenden Maßstab für die gegensätzlichen ethischen Werte geben kann. Es existiert also

Dass Max Webers Soziologie durch einen Differenzierungsgedanken gekennzeichnet ist, wird auch unmittelbar an der Architektonik von *Wirtschaft und Gesellschaft* sichtbar. Neben der allgemeinen Kategorienlehre enthält das Buch noch Teile über Wirtschafts-, Rechts-, Herrschafts- und Religionssoziologie. Im Mittelpunkt von Webers Interesse steht dabei die Wirtschaft, die in Verhältnis zu allen übrigen gesellschaftlichen Ordnungen und Mächten gesetzt wird, und hier allen voran: zur Religion und Politik. Denn auch wenn alle Wertsphären als Sinnorientierungen des sozialen Handelns den gleichen Rang haben und keine Hierarchie kennen, scheinen nicht alle ordnungs- und organisationsfähig zu sein. Als institutionalisierte „gesellschaftliche Mächte“, die Rahmenbedingungen für bestimmte Entwicklungen stellen, können die einzelnen Ordnungen durchaus verschiedenes Gewicht haben. Weber denkt in der Begrifflichkeit von Leistungen: die Ordnungen ‚leisten‘ etwas füreinander. In diesem Sinne betont er auch die „Bedeutung der funktionalen Vorfragestellung“. Man müsse also erst wissen, so Weber, was ein „König“, „Beamter“, „Unternehmer“, „Zuhälter“, „Magier“ als solcher leistet, bevor man nach den Motiven für das Handeln dieser „Funktionäre“ fragt: „Wir müssen gewiss erst wissen, welches Handeln funktional, vom Standpunkt der ‚Erhaltung‘ ... einer bestimmt gerichteten Fortbildung eines sozialen Handelstyps wichtig ist, um dann die Frage stellen zu können: wie kommt dieses Handeln zustande? Welche Motive bestimmten es?“ (Weber 1980: 8). Eine funktionale Analyse in diesem Sinne betreibt Weber jedoch nicht. Denn für ihn werden Funktionserfordernisse nicht automatisch in entsprechende Handlungsdispositionen umgesetzt: „Soziale Gebilde ‚funktionieren‘ nur dadurch, dass sie unablässig über die wert- und interessengetriebenen Motive der Akteure gespeist werden, vom Rentenbezieher bis zum Unternehmer, vom Wähler bis zum Politiker. Motive lassen sich nicht einfach Kriterien der Zweckmäßigkeit subsumieren. Ob etwas ‚funktioniert‘, ob ein Bereich für einen anderen etwas leistet, hängt auch von den Erwartungen ab, die die beteiligten Akteure hegen. Und diese sind nicht allein über eine modellhaft-deduktive funktionale Analyse zu gewinnen, sondern bedürfen des verstehenden Aufschlusses“ (Schwinn 2001: 51).

Wie kann man sich nun die Leistungsbeziehungen zwischen den gesellschaftlichen Ordnungen vorstellen? Da bei Weber der Bezug auf ein Gesellschaftsganzes ausfällt, ist also nur eine gesichtspunktbezogene Fragestellung möglich. Man kann sich z. B. fragen: welche Bedingungen sind nötig, damit ein rationales Wirtschaften zustande kommt? Dann stellt man fest, dass bestimmte politische, rechtliche, wissenschaftliche etc. Innovationen vorhanden sein müssen, damit in der Wirtschaft eine Art von Rationalisierung einsetzt. Für Thomas Schwinn kommt dieses perspektivische Vorgehen, bei dem die Kausalkette nirgendwo einen Ruhepunkt findet, näher an die Realität heran, als die Denkfigur des

nicht so etwas wie eine Art gemeinsamer ‚Überwahrung‘, die es erlaubt, die Werte der einen Sphäre in die der anderen zu konvertieren“ (Müller 1992: 55).

Gleichgewichtszustandes im Funktionalismus. Denn funktionalistische Gesellschaftsmodelle, so Schwinn, die von funktionalen Erfordernissen ausgehen, überschätzen die Interdependenzen der Teilbereiche. Diese vertragen aber ein erhebliches Maß an indifferenter Entwicklung. Eine gesellschaftliche Ordnung kann sich die zu ihm ‚funktional‘ passenden Strukturen in einer anderen Ordnung nicht schaffen, sondern kann diese nur nutzen, wenn sie bereits vorhanden sind. So mussten z. B. die Rechtsgelehrte rechtsimmanent erst entsprechende Mittel erfunden haben, die dann ökonomisch genutzt werden konnten: „Ökonomische Situationen gebären neue Rechtsformen nicht einfach automatisch aus sich, sondern enthalten nur eine Chance dafür, dass eine rechtstechnische Erfindung, wenn sie gemacht wird, auch Verbreitung finde“ (Weber 1980: 412). Die Ordnungen sind voneinander also keineswegs abhängig, vielmehr setzen sie sich nur strukturelle Rahmenbedingungen, fördernd, restringierend oder indifferent. Und ob die „Chance“ für eine Entwicklung genutzt wird oder nicht, hängt vom Handeln von Trägergruppen ab: „Die handelnden Subjekte, insbesondere Eliten, sind jene Knotenpunkte, in denen sich die Ansprüche verschiedener Lebensordnungen treffen. Durch sie muss der differenzierte soziale Strom kontinuierlich in Gang gehalten und der soziale Zusammenhang geknüpft werden. ‚Funktionale Erfordernisse‘, Problem- und Krisensituationen sind nicht rein objektiv bestimmbar, sondern müssen durch den Filter der Interpretationsmuster und Interessenstrategien der Akteure hindurch. Ob etwas ‚funktioniert‘ oder als Krise oder Problem wahrgenommen wird, variiert mit der wert- und interessenbestimmten Perspektivität der Akteure. Es gibt in jeder Gesellschaft eine Vielzahl von Problemen oder ‚Dysfunktionen‘. Sofern sie keine Zurechnungs- und Handlungsinstanz finden, die sich ihrer Bearbeitung annehmen, bleiben sie als solche bestehen. Zwar können sie langfristig Konsequenzen haben, aber auch dann müssen sie wahrgenommen und einer bearbeitenden Instanz zugerechnet werden. ‚Kosten‘ können zum Beispiel durch Machtungleichgewichte, differierende Einflußpotentiale selektiv verteilt werden. Der soziale Zusammenhang weist ein erhebliches Maß an Elastizität sowie an Fragmentierung und Eigengesetzlichkeit der Ordnungen auf, gerade weil ein objektiver Zurechnungspunkt in Form von ‚Gesellschaft‘ fehlt“ (Schwinn 2001: 56f.).

5.1.3. Die Genesis des modernen Kapitalismus

Die Webersche Konstellationsanalyse von Differenzierungsprozessen hat also zwei Ebenen: die Makroebene der Wechselwirkung der Ordnungen miteinander und die Mikroebene der individuellen Motivation, wo funktionale Leistungen durch die Sinndeutungen der Akteure ‚gebrochen‘ werden. Dieses komplexe Erklärungsmodell verwendet Weber am prominentesten auf sein zentrales Problem: die Entstehung des modernen okzidentalen

Betriebskapitalismus. Seine Theorie der Moderne spiegelt sich damit nicht, wie es bei Spencer und Durkheim der Fall ist, in einer dichotomischen Unterscheidung zweier Gesellschaftstypen wider, sondern hat zum Untersuchungsgegenstand eine gesellschaftliche Ordnung, die er als die „schicksalsvollste Macht unseres modernen Lebens“ bezeichnet (Weber 1988: 4). Spencer und Durkheim gingen von einer Vorstellung gesellschaftlicher Entwicklung aus, die diese als wachsende soziale Differenzierung und Komplexitätssteigerung begreift. Weber steht hingegen allen Vorstellungen von Fortschritt gegenüber in Distanz. Stets zeigt er sich als scharfer Kritiker jeglicher Entwicklungs- und Evolutionstheorie. Trotzdem war Webers Soziologie von einem evolutionären Verständnis durchaus nicht frei. Dies zeigt auch seine zentrale Fragestellung aus der Religionssoziologie, wo er von der universellen Bedeutung und Gültigkeit der okzidentalen Entwicklung spricht. Jedoch kommen evolutionäre Entwicklungen nach Weber immer kontingent zustande, als Ergebnis spezifischer kausaler Konstellationen: „Es war Talcott Parsons (1969), der Webers Intentionen mit seiner Idee der ‚Evolutionären Universalien‘ wohl am nächsten kam. Parsons’ Grundidee war relativ einfach: Es gibt so etwas wie institutionelle Erfindungen, die neue und leistungsfähigere Wege der gesellschaftlichen Organisation erlauben und die deshalb unhintergebar, ja nicht mehr wegzudenken sind und genau deshalb sich verbreiten. Man denke nur an Erfindungen wie die Schrift oder Familie und Verwandtschaft, die Bürokratie als Verwaltungsstab eines Herrschers, aber auch die soziale Schichtung usf.“ (Müller 2007: 78).

Wie ‚Arbeitsteilung‘ lag auch der ‚Kapitalismus‘ als Thema im Trend der Zeit. Nachdem Marx die Anatomie der kapitalistischen Wirtschaftsweise im Zentrum seiner Analysen stellte, war man in den Sozialwissenschaften um 1900 vor allem damit beschäftigt, die Auswirkungen dieser neuen Art des Wirtschaftens auf die übrigen Kulturphänomene zu untersuchen. Historische und theoretische Kenntnis der allgemeinen Kulturbedeutung der kapitalistischen Entwicklung zu erlangen, ist dementsprechend das definierte Ziel des Forschungsprogramms, das Max Weber, Werner Sombart und Edgar Jaffé im *Geleitwort* (1904) zum ersten Band des *Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* als Herausgeber der Zeitschrift formulieren.¹⁵⁷ Man wolle, so die drei, alle „Phänomene des wirtschaftlichen und gesamt-gesellschaftlichen Lebens ... unter dem Gesichtspunkt der Revolutionierung durch den Kapitalismus“ behandeln und die „ursächlichen Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und allen übrigen gesellschaftlichen Erscheinungen“ aufdecken (Jaffé/Sombart/Weber 1904: II). Denn es sei davon auszugehen, „dass der Kapitalismus ein nicht mehr aus der Welt zu schaffendes, also schlechthin hinzunehmendes Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung sei, hinter das zurück, zu den patriarchalen Grundlagen der alten Gesellschaft, heute kein Weg mehr führt“

¹⁵⁷ Weber interessiert sich damit, etwa im Gegensatz zu Marx, nicht primär für das „Wesen“ der kapitalistischen Produktionsweise, sondern vor allem für die historischen Ausprägungen des Kapitalismus. Heute spricht man in dieser Hinsicht von „*Varieties of Capitalism*“.

(ebd.: IV). In diesem Sinne war ‚Kapitalismus‘ für Weber neben dem modernen Staat die ultimativ modernisierende Lebensmacht seiner Gegenwart. So wie für Durkheim die moderne Gesellschaft durch die Arbeitsteilung gekennzeichnet war, so ist für Weber die moderne Kultur primär durch den Kapitalismus geprägt. Und wenn Durkheim, trotz der Beteuerung der „Suprematie des Ökonomischen“ in modernen Gesellschaften, eine systematische Einbeziehung ökonomischer Phänomene in sein Theoriegebäude letztlich versäumte, entwickelt Weber seinen Ansatz hingegen konsequent aus dem Blickwinkel ökonomischer Phänomene. Dabei gelang es Weber relativ schnell seiner Fragestellung eine individuelle Note zu geben. So fragte Weber etwa anders als Sombart, der mit seiner Studie *Der moderne Kapitalismus* (1902) die erste Kulturgeschichte dieses Phänomens schrieb, nicht etwa nach der Beeinflussung der geistigen Kultur durch die Wirtschaft, sondern umgekehrt: wie sich religiöse Glaubensvorstellungen auf die ökonomische Motivation der Menschen auswirkten. Das war das Thema seiner berühmten Studie *Die protestantische Ethik und der ‚Geist‘ des Kapitalismus* (1904/05). Zum einen lautete seine These hier: „Einer der konstitutiven Bestandteile des modernen kapitalistischen Geistes, und nicht nur dieses, sondern der modernen Kultur: die rationale Lebensführung auf Grundlage der *Berufsidee*, ist ... geboren aus dem Geist der *christlichen Askese*“ (Weber 1988: 202, Herv.i.O.). Und dann zum anderen: diese „rationale Lebensführung“ habe eine erhebliche Rolle für die Entstehung jener Lebensmacht gespielt, die „den Lebensstil aller einzelnen, die in dies Triebwerk hineingeboren wurden – nicht nur der direkt ökonomisch Erwerbstätigen – mit überwältigendem Zwange bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist“ (ebd.: 203).

Das Interesse für die geistigen Grundlagen des Kapitalismus bedeutet allerdings nicht, dass Weber Kapitalismus mit kapitalistischem ‚Geist‘ identifiziert. Es ist zwar richtig, dass er die materialistische Geschichtsauffassung relativieren wollte, indem er zeigt, dass soziales Handeln nicht nur durch (materielle) „Interessen“, sondern auch durch „Ideen“ bestimmt ist. Auf der anderen Seite war sein Ziel jedoch nicht, wie er selbst sagt, die materialistische Geschichtsdeutung durch eine „spiritualistische“ zu ersetzen, sondern vielmehr an der Errichtung einer „Sozialökonomik“ zu arbeiten, die zwischen „ökonomische“, „ökonomisch bedingte“ und „ökonomisch relevante“ Erscheinungen unterscheidet und die Art ihrer Wechselwirkungen untersucht. In Hinsicht auf die Entstehung der modernen Lebensführung sollte Weber die ökonomische Relevanz religiöser Ideen besonders interessieren, denn Religion war in der vormodernen Zeit die zentrale Macht, die die Lebensführung der Menschen prägte. Allerdings beeinflussen religiöse Ideen das ökonomische Handeln nur sehr indirekt und situationsbedingt. So schreibt Weber in Bezug auf die Erlösungsidee: „Die Konzeption der Erlösungs-Idee war an sich uralte, wenn man die Befreiung von Not, Hunger, Dürre, Krankheit und – letztlich – Leid und Tod mit darunter begreift. Aber eine spezifische

Bedeutung erlangte die Erlösung doch erst, wo sie Ausdruck eines systematisch-rationalisierten ‚Weltbildes‘ und der Stellungnahme dazu war. Denn was sie ihrem Sinn und ihrer psychologischen Qualität nach bedeuten wollte und konnte, hing dann eben von jenem Weltbild und dieser Stellungnahme ab. Interessen (materielle und ideelle), nicht Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln des Menschen. Aber: die ‚Weltbilder‘, welche durch ‚Ideen‘ geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte. Nach dem Weltbild richtete es sich ja: ‚wovon‘ und ‚wozu‘ man ‚erlöst‘ sein wollte und – nicht zu vergessen: - konnte ... Stets steckte dahinter eine Stellungnahme zu etwas, was an der realen Welt als spezifisch ‚sinnlos‘ empfunden wurde und also die Forderung: dass das Weltgefüge in seiner Gesamtheit ein irgendwie sinnvoller ‚Kosmos‘ sei oder: werden könne und solle“ (ebd.: 252f.).

Trotz der sehr indirekten Beeinflussung des kapitalistischen Systems durch religiöse Ideen, – man könnte höchstens von Beziehungen der Adäquanz und Nicht-Adäquanz sprechen – schätzte Weber das Wirkungspotential religiöser Pflichtvorstellungen auf die praktische Disposition zu wirtschaftlichem Handeln in vormodernen Gesellschaften als sehr groß. Die Kausalbeziehung zwischen asketischem Protestantismus und ‚Geist‘ des Kapitalismus stand für ihn deshalb wie in Stein gemeißelt. So schreibt Weber in der *Vorbemerkung* (1920), nun auf den „modernen okzidentalen Rationalismus“ gemünzt: „Es kommt also zunächst wieder darauf an: die besondere Eigenart des okzidentalen und, innerhalb dieses, des modernen okzidentalen, Rationalismus zu erkennen und in ihrer Entstehung zu erklären. Jeder solche Erklärungsversuch muss, der fundamentale Bedeutung der Wirtschaft entsprechend, vor allem die ökonomischen Bedingungen berücksichtigen. Aber es darf auch der umgekehrte Kausalzusammenhang darüber nicht unbeachtet bleiben. Denn wie von rationaler Technik und rationalem Recht, so ist der ökonomische Rationalismus in seiner Entstehung auch von der Fähigkeit und Disposition der Menschen zu bestimmten Arten praktisch-rationaler Lebensführung überhaupt abhängig. Wo diese durch Hemmungen seelischer Art obstruiert war, da stieß auch die Entwicklung einer wirtschaftlich rationalen Lebensführung auf schwere innere Widerstände. Zu den wichtigsten formenden Elementen der Lebensführung nun gehörten in der Vergangenheit überall die magischen und religiösen Mächte und die am Glauben an sie verankerten Pflichtvorstellungen“ (ebd.: 12). In der Studie über den asketischen Protestantismus zeigte Weber deshalb, wie solche „inneren Widerstände“ gegen eine Rationalisierung der Wirtschaft im Europa der Neuzeit gebrochen wurden. Der moderne kapitalistische ‚Geist‘ war in diesem Sinne eine ‚Gesinnungsrevolution‘, die sich durch zwei charakteristische Merkmale vom ökonomischen „Traditionalismus“ unterschied: durch die Stetigkeit des Gewinnstrebens und durch die Ausweitung der Produktivität der Arbeit. Dabei betont Weber, dass rationale Lebensführung mit dem grenzenlosen „Erwerbstrieb“, den es

„bei ‚*all sorts and conditions of men*‘, zu allen Epochen aller Länder der Erde“ gab, nichts gemein hat: „Kapitalismus kann geradezu identisch sein mit *Bändigung*, mindestens mit rationaler Temperierung, dieses irrationalen Triebes. Allerdings ist Kapitalismus identisch mit dem Streben nach *Gewinn*, im kontinuierlichen, rationalen kapitalistischen Betrieb: nach immer *erneutem* Gewinn: nach ‚*Rentabilität*‘. Denn er muss es sein. Innerhalb einer kapitalistischen Ordnung der gesamten Wirtschaft würde ein kapitalistischer Einzelbetrieb, der sich nicht an der Chance der Erzielung von Rentabilität orientierte, zum Untergang verurteilt sein“ (ebd.: 4, Herv.i.O.).

In der Epoche des 'heroischen Kapitalismus' (im 16. und 17. Jahrhundert), wo dieser noch nicht fest 'im Sattel' saß bzw. noch kein System war, musste sich der kapitalistische 'Geist' also gegen eine psychische Disposition durchsetzen, wonach „der Mensch 'von Natur' nicht Geld und mehr Geld verdienen (will), sondern einfach leben, so leben, wie er zu leben gewohnt ist und soviel erwerben, wie dazu erforderlich ist“ (ebd.: 44). Wie wurde aber die moderne Wirtschaftsgesinnung durch religiöse Ideen bedingt? Weber behauptet eine Adäquanz-Beziehung („Wahlverwandschaft“) zwischen den Pflichtvorstellungen bestimmter protestantischer Glaubensrichtungen (Calvinisten, Baptisten, Methodisten) und den psychischen Dispositionen der modernen kapitalistischen Kultur. Allen voran hebt er die Rolle des Calvinismus hervor. Calvin hatte behauptet, dass die göttliche Gnade unabhängig von den Werken der Menschen sei: Wem Gott gnädig ist, das ist Gottes Sache. Das war die dogmatische Grundlage, die eigentlich zum Fatalismus prädisponierte. Das Bedürfnis der Gläubigen nach Erlösung bedingte jedoch eine Umdeutung des Dogmas in der seelsorgerischen Praxis, die im Endeffekt dazu führte, dass der wirtschaftliche Erfolg als Zeichen für Auserwähltheit genommen wurde. Die systematisch temperierte Erwerbsorientierung, die Weber als „innerweltliche Berufsskese“ bezeichnet, also: die Arbeit als Selbstzweck, als ‚Beruf‘ aufzufassen, hatte damit ihre Motivationsgrundlage im Protestantismus. Und sie macht eine der wichtigsten Besonderheiten des modernen okzidentalen Kapitalismus aus. Später, in seinen vergleichenden Studien über die Weltreligionen, stellte Weber deshalb die Leitfrage etwa so: „Wieweit ist wirtschaftliches Handeln erlösungsrelevant ... Wieweit fördern sie eine geistige Triebkraft, die gegen eine traditionalistische Wirtschaftsgesinnung gerichtet ist?“ (Schluchter 1988b: 480). Der Vergleich zeigte, dass nichteuropäische Religionen wie Hinduismus, Taoismus und Konfuzianismus nicht zu einem kapitalistischen 'Geist', sondern zu einer traditionalistischen Wirtschaftsethik führen. Zu dieser Zeit betrachtete Weber aber den Kapitalismus bereits in universalhistorischer Perspektive, wobei nicht mehr der Gegensatz von Präkapitalismus und Kapitalismus oder von Traditionalismus und Kapitalismus im Vordergrund stand, als vielmehr die „Arten, Formen und Richtungen“ des Kapitalismus, wie sie sich universalhistorisch ausgebildet haben. Hier vertrat er also schon die Auffassung, dass es Kapitalismus zu allen

Zeiten und nahezu überall gegeben habe, und zwar nicht als vereinzelte Erscheinung, sondern als eine Art des Wirtschaftens neben anderen.

In seiner Entwicklungsgeschichte des modernen Kapitalismus unterschied Weber eine institutionelle Transformation, aus der die kapitalistische ‚Form‘ hervorging, und eine Gesinnungstransformation, aus der der kapitalistische ‚Geist‘ entstand, wobei sich die moderne Wirtschaftsgesinnung nur dort voll zugunsten des modernen Kapitalismus auswirken konnte, wo sie auf eine Wirtschaftsform traf, die ihm kongenial war. Eine Untersuchung der ‚Form‘ des Kapitalismus bietet die Studie über die *Agrarverhältnisse im Altertum* (1909) an. Hier definiert Weber den Kapitalismus formal durch die Verwertung privatwirtschaftlichen Erwerbskapitals und die verkehrswirtschaftliche (marktmäßige) Basis des Betriebs. So gesehen, kann man ‚Kapitalismus‘ auch in der Antike finden. Allerdings war Webers Analyse des antiken Kapitalismus in erster Linie eine Analyse der Hemmnisse, die dessen Entfaltung in einer modernen Form entgegenstanden. Die These lautete: in der Antike gab es zwar bereits Kapitalismus, er ist aber vom modernen bürgerlichen Kapitalismus scharf zu trennen, denn die kapitalistische Organisation in der Antike konnte nur ein sehr bescheidenes Rationalitätsniveau erreichen. Das hing vor allem mit der unfreien Sklavenarbeit zusammen, die keine rationale geldrechnerische Kalkulation entstehen ließ, aber auch mit der unentwickelten Technik und dem Fehlen von Arbeitsteilung, was statt zur ständigen Verbesserung der Arbeitsproduktivität allein zur Arbeitsanhäufung führte. Noch wichtiger war, dass der antike Kapitalismus sehr stark politisch- und kriegsorientiert war: er lebte „letztlich allein vom Politischen“ und war nur „indirekt ökonomisch“ (Weber 1988c: 271). Ähnlich steht es, wenn man seinen Blick auf die außereuropäischen Kulturen richtet. Auch dort war Kapitalismus immer nur eine primär politisch motivierte Gelegenheitsaktivität. So etwa das ‚Panorama‘ in der *Vorbemerkung*: „Es hat in aller Welt Händler: Groß- und Detailhändler, Platz- und Fernhändler, es hat Darlehensgeschäfte aller Art, es hat Banken mit höchst verschiedenen, aber doch denjenigen wenigstens etwa unseres 16. Jahrhunderts im Wesen ähnlichen Funktionen gegeben; Seedarlehen, Kommenden und kommanditeartige Geschäfte und Assoziationen, sind auch betriebsmäßig, weit verbreitet gewesen. Wo immer Geldfinanzen der öffentlichen Körperschaften bestanden, da erschien der Geldgeber: in Babylon, Hellas, China, Rom: für die Finanzierung vor allem der Kriege und des Seeraubes, für Lieferungen und Bauten aller Art, bei überseeischer Politik als Kolonialunternehmer, als Plantagenerwerber und –betreiber mit Sklaven oder direkt oder indirekt gepressten Arbeitern, für Domänen-, Amts- und vor allem: für Steuerpacht, für die Finanzierung von Parteichefs zum Zwecke von Wahlen und von Kondottieren zum Zweck von Bürgerkriegen und schließlich: als ‚Spekulant‘ in geldwerten Chancen aller Art. Diese Art von Unternehmerfiguren: die kapitalistischen Abenteurer, hat es in aller Welt gegeben. Ihre Chancen waren – mit Ausnahme des Handels und der Kredit- und Bankgeschäfte – dem

Schwerpunkt nach entweder rein irrational-spekulativen Charakters oder aber sie waren an dem Erwerb durch Gewaltsamkeit, vor allem dem Beuteerwerb: aktuell-kriegerischer oder chronisch-fiskalischer Beute (Untertanen-Ausplünderung), orientiert“ (Weber 1988: 7).

Für Weber gab es also in der Vergangenheit in aller Welt viele Arten kapitalistischer Abenteuergeschäfte. Überall gab es sowohl einen politischen Kapitalismus, der primär an Erwerb durch politische Machtmittel interessiert war, wie auch einen ökonomischen Kapitalismus, „der auf Erwartung von Gewinn durch Ausnützung von Tausch-Chancen ruht: auf (formell) friedlichen Erwerbschancen also“ (ebd.: 4). Die „Romantik des ökonomischen Abenteuers“ hatte jedoch nichts mit einer rational ökonomischen Lebensmethodik zu tun (Weber 1978: 323). Entscheidender war allerdings, dass Freiheit und Umfang des Verkehrs in der Antike wie in Asien in hohem Maße eingeschränkt blieben. Kapitalistische ‚Formen‘ lassen sich für Weber deshalb vor allem danach unterscheiden, wie ‚frei‘ die Produktionsfaktoren sind und wie weit die Verkehrskreise reichen. Natürlich kommt es auch noch auf andere Umstände an, wie die Art der Technik, die Art der Arbeitsteilung, oder auf den Grad der Trennung von Haushalt und Betrieb. Besonders hebt er die Bedeutung der rationalen Organisation von (formell) freier Arbeit. Sie existiere nur im modernen bürgerlichen Kapitalismus: „Alle Institutionen, welche die Wirtschaftsverfassung des modernen Kapitalismus darüber hinaus kennzeichnen – die rechtliche Trennung von Haushalt und Erwerbsbetrieb, von persönlichem Vermögen und Betriebsvermögen, die rationale Haushalts- und Betriebsbuchführung in Geldgrößen zur Optimierung von Versorgung und Gewinn, die ‚Kommerzialisierung‘ des Kapitals mittels börsengehandelter Wertpapiere –, all dies hätte seine ‚heutige Bedeutung‘ nur durch den ‚Zusammenhang mit der kapitalistischen Arbeitsorganisation‘ gewonnen. Überall, wo diese fehle, wo die Arbeit nicht formell frei sei, wo der formell freie Arbeiter, der nur seine Arbeitskraft verkaufen könne, sich keiner technisch und ökonomisch bedingten Arbeitsteilung und Arbeitsverbindung und keiner Betriebsdisziplin unterzuordnen habe, existiere kein moderner Kapitalismus. Folgt man Weber, so hat der ‚bürgerliche Betriebskapitalismus‘ der Neuzeit in der ‚kapitalistisch-rationalen Arbeitsorganisation‘ seinen institutionellen Kern“ (Schluchter 2009: 210). Damit jedoch diese kapitalistisch-rationale Arbeitsorganisation entstehen konnte, waren nicht nur besondere ökonomische, sondern auch besondere gesamtgesellschaftliche Faktoren nötig. In erster Linie betont Weber die Bedeutung der Herrschafts- und der Weltbildstrukturen. Auf der Handlungsebene hält er im Entstehungskontext des modernen bürgerlichen Kapitalismus die Rolle des Wirtschaftsbürgertums der westeuropäischen Städte der Neuzeit für entscheidend. Denn vor allem diese soziale Schicht war Träger einer neuen spezifischen Art von Rationalismus, dem ‚okzidental Rationalismus‘.¹⁵⁸

158 „Der nach Webers eigener Einschätzung ‚überaus oberflächliche Rundgang durch die asiatische Kulturwelt‘ schließt unter anderem mit der Feststellung, dass in dieser Welt gerade das für die Wirtschaft des Okzidents

5.1.4. Der okzidentale Rationalismus

Im Zuge der Arbeit an *Wirtschaft und Gesellschaft* wurde Weber allmählich klar, dass im Europa der Neuzeit nicht nur die Wirtschaft, sondern auch alle anderen gesellschaftlichen Bereiche eine formal gleiche Gestaltung annahmen, die ihnen wiederum erlaubte, einen besonders hohen Grad an *formaler Rationalität* zu entwickeln: „Was nun Weber – aber auch Georg Simmel – so erregte, war die Einsicht, dass die material so heterogenen und gegeneinander differenzierten Lebensordnungen – von der Bürokratie über die Geldwirtschaft bis zur Musik – gleichwohl tieferliegende Formgleichheiten und Strukturanalogien aufwiesen, für die eine gemeinsame und tragfähige Formel sich finden ließ“ (Tyrell 1994: 395). *Marianne Weber* spricht in dieser Hinsicht von einer „Entdeckung“: „Vor allem die abendländische Kultur wird in all’ ihren Formen entscheidend bestimmt durch eine zuerst im Griechentum entwickelte methodische Denkart, der sich im Zeitalter der Reformation auch eine an bestimmten Zwecken orientierte methodische Lebensführung zugesellt: Diese Vereinigung von theoretischem und praktischem Rationalismus scheidet die moderne Kultur von der antiken, und die Eigenart beider scheidet die moderne abendländische von der asiatischen Kultur. ... Für Weber bedeutet diese Erkenntnis der Besonderheit des okzidentalen Rationalismus und der ihm zugefallenen Rolle für die abendländische Kultur eine seiner wichtigsten Entdeckungen. Infolge davon erweitert sich seine ursprüngliche Fragestellung nach dem Verhältnis von Religion und Wirtschaft nun zu der noch umfassenderen, nach der Eigenart der ganzen abendländischen Kultur“ (Weber 1926: 348f.). Die europäische Entwicklung erhielt in Webers Augen im Gegensatz zu allen anderen Kulturkreisen also zunehmend einen *Sondercharakter*, denn nur sie habe Kulturphänomene hervorgebracht, „welche doch – wie wenigstens wir uns gern vorstellen – in einer Entwicklungsrichtung von universeller Bedeutung und Gültigkeit lagen“ (Weber 1988: 1). Ging es Weber zunächst vor allem um die Sondererscheinung der modernen europäischen Wirtschaft, so geht es ihm dann auch um die Besonderheit der modernen europäischen Wissenschaft, der Kunst, der Politik, des Rechts, kurz: um die Gesamtgestalt der modernen europäischen Kultur. So wurde das Thema ‚Kapitalismus‘ in das Thema ‚Rationalisierung‘ überführt.

In Webers Spätwerk werden also Rationalisierungstendenzen nicht nur für die wirtschaftliche Ordnung behauptet, sondern auf eine Vielzahl von anderen Lebensordnungen ausgeweitet:

Entscheidende fehle: ‚die Brechung und rationale Versachlichung dieses Triebcharakters des Erwerbstrebens und seine Eingliederung in ein System rationaler innerweltlicher Ethik des Handelns, wie es die ‚innerweltliche Askese‘ des Protestantismus im Abendland, wenige innerlich verwandte Vorläufer fortsetzend, vollbracht hat‘. Diese spezifisch ‚bürgerliche‘ Lebensführung aber sei dem Auftreten von Propheten und Denkern zu verdanken, die nicht etwa auf dem Boden ökonomischer, sondern ‚politischer Probleme eines sozialen Gebildes erwachsen, welches der asiatischen Kultur fremd war: des politischen Bürgerstandes der Stadt, ohne die weder das Judentum noch das Christentum noch die Entwicklung des hellenischen Denkens vorstellbar sind“ (Schluchter 1988b: 394).

„so auf die okzidentale Wissenschaft mit ihrer Verbindung von Begriffsarbeit, mathematischer Fundamentierung und Laboratoriumsexperiment; auf die okzidentale Musik mit ihrer Kontrapunktik und Akkordharmonik, der Bildung des Tonmaterials auf der Basis der drei Dreiklänge und der harmonischen Terz, der nicht distanzmäßig, sondern harmonisch gedeuteten Chromatik und Enharmonik; auf die okzidentale Malerei mit ihrer Linear- und Luftperspektive; auch auf den okzidentalen Verfassungsstaat mit gesatztem Recht und einem daran orientierten Fachbeamtentum. Nicht nur in den von Haus aus rationalen, sondern auch in den von Haus aus nichtrationalen oder arationalen Wertsphären brachte die moderne europäische Kulturwelt, so Max Weber, also Arten, Formen und Richtungen der rationalen Durchgestaltung hervor, die anderwärts jedenfalls so nicht zustande kamen. Dies gilt für ihn ganz besonders für das Dreigestirn von betriebskapitalistischer Wirtschaft, politischem Anstaltsstaat, der das Monopol des legitimen physischen Zwangs erfolgreich in Anspruch nimmt, und theoretischer und empirisch-historischer Wissenschaft, die 'die Entzauberung der Welt und deren Verwandlung in einen kausalen Mechanismus konsequent' vollzieht. Überall ist also aus Webers Sicht ein Rationalismus im Spiel, der sich zwar in den verschiedenen Wertsphären verschieden ausprägt, aber einen gemeinsamen Kern hat, einen Kern von möglicherweise universeller Bedeutung *und* Gültigkeit“ (Schluchter 2004: 143f.). Diese eurozentrisch vermutende Perspektive soll jedoch nicht dazu verleiten, dass es für Weber etwa nur in Europa ‚Rationalität‘ gebe. Denn ‚rationalisieren‘ heißt für ihn zunächst erstmal nur: ‚ordnen‘, ‚systematisieren‘, und das kann nach sehr verschiedenen Kriterien geschehen. Rationalismus ist deshalb (wie auch Kapitalismus) kein Phänomen, das Weber auf Europa beschränkt: „Er betont immer wieder: Rationalismus und Rationalisierung hat es nicht nur in allen Kulturkreisen gegeben, sondern in ihnen sind auch die verschiedenen Lebensgebiete rationalisiert worden, und dies zudem unter ‚höchst verschiedenen letzten Gesichtspunkten und Zielrichtungen‘, so dass das, was aus der einen Perspektive rational ist, aus einer anderen als irrational erscheint, sowohl intra- wie interkulturell“ (Schluchter 1998: 65). Um die ‚Eigenart‘ des okzidentalen Rationalismus herauszuarbeiten, müsste man also vor allem verschiedene Kulturen vergleichen: „wer in ihnen welche Lebensbereiche in welcher Richtung rationalisiert hat und welche historischen Ordnungen und Ordnungskonfigurationen daraus entstanden sind“ (ebd.: 66).

Hier wollen wir jedoch auf Webers Typologie des (religiösen) Rationalismus nicht näher eingehen. Dazu hat er auch nur Ansätze geleistet. Denn noch mehr als die Eigenart hat ihn wie im Fall des modernen Kapitalismus den historischen Ursprung des okzidentalen Rationalismus interessiert.¹⁵⁹ Der Sondercharakter der okzidentalen Entwicklung bestand für

159 „Weber wollte also die Eigenarten des mittelländisch-okzidentalen Kulturkreises sowie seine Entwicklungen nicht bloß charakterisieren, sondern erklären. Dafür reichte das bloße Konstatieren von Zusammenhängen nicht aus. In der überarbeiteten Fassung der Protestantismusstudien findet sich dazu eine instruktive Bemerkung: Neu sei nicht der behauptete mehr oder weniger ‚starke‘ Zusammenhang zwischen den

Weber darin, dass sich im Okzident, und hier allein, ein spezifischer Typus von Handlungsrationalität zur institutionellen Dominanz gelangte, nämlich: die *formale Zweckrationalität*. Dabei hat man unter „institutioneller Dominanz der Zweckrationalität“, so Song-U Chon in seiner Studie zu *Max Webers Stadtkonzeption*, vor allem zweierlei zu verstehen: „erstens, vom Aspekt der Handlung aus eine ‚Versachlichung‘ der interpersonalen Beziehungen, zweitens vom Aspekt der Struktur aus eine Ausdifferenzierung der Subsysteme und ihre relativ eigenlogische Entfaltung“ (Chon 1985: 3). Wie kam es aber zu dieser strukturellen Dominanz der formalen Zweckrationalität im Okzident? Für Weber hat eine „Verkettung von Umständen“ bzw. ein komplexes Zusammenwirken von divergenten Handlungsinteressen unter je spezifischen historischen Bedingungskonstellationen dazu geführt, dass nur im Okzident Strukturgebilden entstanden, die das zweckrationale Handeln institutionalisierten. Es sind in erster Linie drei solche Strukturgebilde, an denen er dies festmacht: den legal-bürokratischen Anstaltsstaat, den bürgerlichen Betriebskapitalismus mit seiner rationalen Organisation der freien Arbeit und das entzauberte Weltbild. Die Handlungsinteressen, die diese Strukturen erzeugten, fasst Weber dementsprechend auch so: „das politische ‚Herrschaftsinteresse‘, das ökonomische ‚Tauschinteresse‘ und das im Weltbild ausgedrückte religiöse ‚Heilsinteresse‘“ (ebd.: 4). Nach Chon sollte Webers Rationalisierungsthese deshalb nicht einfach auf die religiöse Rationalisierung reduziert werden, denn sie berücksichtige auch die Ermöglichung der „äußeren“ Autonomie des Handelns: „Meiner Ansicht nach überwog in der bisherigen Weber-Interpretation die Tendenz, Erklärungsansatz auf die eine Perspektive, nämlich die der religiös bedingten Rationalisierung des Weltbildes, also der ‚Entzauberung‘, zu reduzieren. Hingegen wurde M. Webers Perspektive zu dem politisch-herrschaftlichen Moment in der okzidentalen Gesellschaftsgeschichte sowie zu dessen strukturellem Interagieren mit den ‚kulturellen‘ Momenten weder systematisch noch historisch gebührend beachtet. ... Abgesehen von dem allgemeinen, nicht zuletzt ideologie-kritisch zu durchleuchtenden rezeptionsgeschichtlichen Hintergrund, hängt die Fixierung auf die religionssoziologische Problemstellung Webers bzw. Weltbildfrage (‚Verbeugung vor PE‘) m. E. viel mit einem unzulänglichen Verständnis Weberscher Konzeption von der Zweckrationalität des Handelns zusammen: die Handlungsrationalität wurde allein als eine Frage der ‚inneren‘ Disposition betrachtet, für deren Rationalitäts- und Rationalisierungsgrad in der Tat, zumindest in den vormodernen Zeiten, das religiös bedingte Weltbild eine der entscheidenden Determinanten war. ... Meiner Ansicht nach hat M. Weber jedoch die Zweckrationalität des Handelns keineswegs nur als ein Problem der ‚inneren‘, entzauberten Disposition gesehen: für ihn ist die Zweckrationalität der sozial Handelnden vielmehr nur da gegeben, wo sich die innere Autonomie im Sinne des

verschiedenen Strömungen des asketischen Protestantismus und dem (modernen) Geist des Kapitalismus, denn der sei schließlich schon den Zeitgenossen geläufig gewesen, neu sei allenfalls, ihn zu erklären‘. Um Erklärung aber geht es nicht nur hier, sondern überall in den historischen Untersuchungen des Werkes“ (Schluchter 1988b: 402f.).

Freiseins von magisch-personalistischem Weltbild und die äußere Autonomie im Sinne des Freiseins von sozialen und politischen Handlungsrestriktionen zusammentreffen; die ‚innere‘ und die ‚äußere‘ Autonomie sind beide die notwendigen und ausreichenden Bedingungen für die Zweckrationalität des Handelns, nicht aber nur eine von ihnen“ (ebd.: 16ff.).

So scheidet Weber das zweckrationale Handeln typologisch von anderen Handlungstypen vor allem mit der Begründung, dass in ihm allein sowohl die Wahlautonomie der Mittel als auch die Wahlautonomie der Handlungsziele gewährleistet seien: „Zweckrational handelt, wer sein Handeln nach Zweck, Mitteln und Nebenfolgen orientiert und dabei sowohl die Mittel gegen die Zwecke, wie die Zwecke gegen die Nebenfolgen, wie endlich auch die verschiedenen möglichen Zwecke gegeneinander rational abwägt: also jedenfalls weder affektiv (und insbesondere nicht emotional), noch traditional handelt“ (Weber 1980: 13). Die letzteren Handlungstypen zeichnen sich hingegen dadurch aus, dass in ihnen, idealtypisch gesprochen, sowohl die Zielautonomie als auch die Mittelautonomie durch rational unkontrollierbare „Traditionen“ und „Affekte“ in wesentlichem Maße eingeschränkt sind. Auch der andere rationale Handlungstypus, der „wertrationale“, ist von der Perspektive der Handlungsautonomie gegenüber der „zweckrationalen“ dadurch eingeschränkt, dass in ihm zwar die rationale Abwägung der Mittel gewährleistet ist, nicht aber die Rationalität der Zielbestimmung. Denn die Orientierungen des Handelns sind hier subjektiv oder objektiv als „Gebote“ oder „Forderungen“ vorgegeben und besitzen einen „unbedingten Eigenwert“. Damit aber auch die Ziele ‚frei‘ gewählt werden, muss in der Gesellschaft ein Herrschaftstypus zur Dominanz gelangen, der auch die „Freiheit“ der Beherrschten (z. B. die Vertragsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt) voraussetzt. Die Herrschaft kraft Autorität (Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht) muss also durch eine Herrschaft kraft Interessenkonstellation ersetzt werden. Die Zweckrationalität setzt somit die Autonomie der Handelnden voraus. Und zu dieser ‚Autonomie‘ gehört, wie vorhin erwähnt, nicht nur eine ‚innere‘ Emanzipation von magisch-irrationalen Vorstellungen zu Natur und Mensch, sondern auch eine ‚äußere‘ Emanzipation von gesellschaftlichen Zwängen politischer und sozialer Art. Die Art der Rationalisierung hängt für Weber deshalb immer mit der Art von Herrschaft zusammen, wenn es darum geht, ‚wessen‘ Rationalität gesellschaftlich dominant wird: die Rationalität des literarisch gebildeten Beamtentums wie in China oder die Rationalität der außerweltlich-virtuosen Asketen wie in Indien oder aber die Rationalität der bürgerlich-erwerbenden Marktinteressenten wie im modernen Europa: „Und die Durchsetzung eines Typus von Rationalität, z. B. des formal-zweckrationalen, ist immer auch Durchsetzung eines bestimmten Typus von Herrschaft: ‚Dass das Höchstmaß von formaler Rationalität der Kapitalrechnung nur bei Unterwerfung der Arbeiter unter die Herrschaft von Unternehmern möglich ist, ist eine ... spezifische materiale Irrationalität der Wirtschaftsordnung‘. Erst derartige ‚kapitalistische Unterjochung‘ ermöglicht, die menschlichen Arbeitskräfte zu rein

sachlichen Berechnungsobjekten, zu ‚Waren‘, zu machen, d. h. zu verdinglichen bzw. zu versachlichen, und bietet zugleich die größten Chancen dafür, dass ‚Leistungen Abhängiger überhaupt und zumal in vorgeschriebener Qualität, Quantität und Frist‘ erzwungen werden“ (Chon 1985: 20f.).¹⁶⁰

Im Zentrum der Weberschen Fragestellung steht also ein konkreter historischer Vorgang: die Entstehung des „spezifisch gearteten ‚Rationalismus‘ der okzidentalen Kultur“ (Weber 1988: 11). Allein mit Hinsicht auf diese Fragestellung sucht er bei den anderen Kulturkreisen vergleichend nach *Defiziten*. Das heißt aber nicht, dass er die von ihm untersuchten Weltreligionen in ein entwicklungsgeschichtliches Schema – von einer niederen zu einer höheren Kultur – hineinpresst. Vielmehr wollte er sich „differenzierend“ deutlich machen, welche Faktoren die Durchsetzung des okzidentalen Rationalismus in den asiatischen Kulturen verhinderten, um desto klarer zu sehen, welche im Okzident seine Durchsetzung ermöglichten: „Er will also wissen, warum nur im Westen, also in Europa und später in Nordamerika, jene Art von Gesellschaft entstanden ist, die wir aufgrund noch näher zu bestimmender Merkmale als modern bezeichnen. Zum Vergleich zieht Weber dabei solche Gesellschaften heran, die bis zu einer bestimmten historischen Entwicklungsphase gewissermaßen mit der Entwicklung des Westens Schritt gehalten hatten, ihm teilweise sogar in manchen Hinsichten voraus waren, dann aber zurückgeblieben sind – und zwar so sehr, dass sie spätestens durch den Imperialismus des 19. Jahrhunderts vom Westen überrollt wurden. Insbesondere China und Indien hat Weber immer wieder vergleichend herangezogen. Im Unterschied zu einem gerade zu seiner Zeit noch völlig ungebrochenen westlichen Selbstbewusstseins, demzufolge die Heraufkunft und Weltherrschaft der westlichen Moderne ein sich zwangsläufig einstellender weltgeschichtlicher Fortschritt sei, betonte Weber die Unwahrscheinlichkeit des ‚okzidentalen Rationalismus‘. Anders als ein Evolutionismus unterstellt, dem Spencer, Durkheim und auch Marx jeder auf seine Weise anhängen, stößt Weber darauf, dass die westliche Moderne das koinzidentielle Resultat eines durchaus nicht zwangsläufigen Zusammentreffens einer Mehrzahl von Wirkfaktoren ist“ (Schimank 2007: 50).

160 Auch der ‚freie‘ Markt ist für Weber keineswegs ein machtnutrales Gebilde. Seine Herrschaft ist aber höchst „unpersönlich“, wie auch der spezifisch moderne „Tributpflicht“: der Kapitalzins, zeigt: „Einst sei der Zins das Zeichen der Unfreiheit gewesen. ‚Unter Brüdern‘ lieh man nicht gegen Zins. ‚Ihn nahm der fremde Eroberer als Kopfzins von der Person, als Bodenzins vom Lande, oder der Herr des Bodens von dem Besitzlosen und deshalb nicht Vollfreien, dem er Land lieh‘. Der Bodenbesitz sei die älteste Quelle von Zinsrechten. Heute sei er es auch noch, zumal die Mietzinsen in den Städten zeugten davon. Allein mächtiger sei jetzt jener andere Tributherr, der Kapitaleigentümer. ‚Seine Eigenart ist es, ‚unpersönlich‘ zu sein. Der Zinsbauer steuerte seinem Gutsherrn, der ihn persönlich beherrschte und den er kannte, heute kennt der Besitzer zinstragender Papiere diejenigen nicht, deren Einkommen für ihn besteuert wird, und der Gutsbesitzer, der von einer Hypothekenbank Geld gegen Verpfändung seines Grundstücks dargeliehen erhält, kennt die nicht, welche dieser Bank das von ihr so verwendete Geld darleihen ... Die Unpersönlichkeit der Beziehungen zwischen Zinsherrn und Zinspflichtigen ist das Charakteristische dieser heutigen Tributpflichten. Deshalb spricht man von der Herrschaft des ‚Kapitals‘ und nicht von derjenigen des Kapitalisten. Der moderne ‚Tributpflichtige‘ steht also nicht nur einem Fremden, sondern auch einer Unperson gegenüber. Immer wieder kommt Weber auf diesen Grundbestand zurück“ (Hennis 1987: 104).

Der okzidentale Rationalismus entstand also als eine Kombination vieler Faktoren. Unter ihnen waren jedoch vor allem zwei Faktorenreihen wichtig: „zum einen die ‚gesellschaftlichen‘ Bedingungsfaktoren, als deren Kern M. Weber ... die ‚feudale‘ Grundkonstellation okzidentaler Herrschaftsentwicklung betrachtet, und zum anderen die ‚ideellen‘ Bedingungsfaktoren, in deren Mittelpunkt, zwar keineswegs ausschließlich, aber vornehmlich das Rationalitätspotential der christlichen Religion steht“ (Chon 1985: 22). Diese beiden Faktorenreihen, die sich je relativ eigenlogisch entwickeln, stehen nämlich im Zentrum der Weberschen Erklärung der okzidentalen Stadtentwicklung als eine Entwicklung, in der der universalhistorische Sondercharakter der okzidentalen Kultur in konzentrierter Weise zur Erscheinung kommt. Denn nur auf dem Boden der okzidentalen Stadt mit ihrem Bürgerstand seien, so Weber, das Judentum, das Christentum und das hellenische Denken vorstellbar: „Ohne Zweifel wird die äußerliche Physiognomie der okzidentalen Kultur während des großen Teils ihrer Geschichte, z. B. des fast tausend Jahre dauernden Mittelalters, nicht von Stadt, nicht vom Bürgertum geprägt, sondern von ‚Grundherrschaft‘, von ‚Bauern‘. Dennoch: in ‚Stadt‘ und durch das ‚Bürgertum‘ bildet sich der säkular und makrosoziologisch fundamentale Kern der okzidentalen Kultur heraus, dessen vorläufig letzte Manifestation die moderne ‚bürgerliche Gesellschaft‘ darstellt“ (ebd.: 25). Für Chon reduziert sich die Frage nach dem Ursprung des okzidentalen Rationalismus damit zum großen Teil auf die Frage nach dem Ursprung des abendländischen Bürgertums. Denn die bürgerliche Schicht (im Sinne von Wirtschaftsbürgertum) sei die primäre Trägerin der modernen europäischen Dynamik gewesen. Das erkläre in erheblichem Maße, weshalb die moderne Dynamik die Richtung einer ‚formalen‘ Rationalisierung bzw. der Zweckrationalisierung (oder ‚Versachlichung‘) eingeschlagen habe, deren eine, allerdings wichtigste Erscheinungsform der moderne Kapitalismus darstelle. Denn aufgrund ihrer Existenz- und Handlungsbedingungen verfüge gerade die bürgerliche Schicht über ein besonderes Maß an Zweckrationalität.¹⁶¹ Dieses Potential an Zweckrationalität (man kann auch von Marktrationalität sprechen) war keineswegs nur dem abendländischen Bürgertum allein eigen, denn Zweckrationalität ist nicht ein kulturspezifisches, sondern ein schichtspezifisches Phänomen. In allen traditionellen Gesellschaften war aber die universelle Tendenz der bürgerlichen Schicht zu einer Zweckrationalisierung ‚gebunden‘, allein im Okzident kam es zum Durchbruch. Die ‚Befreiung‘ des sozialen Handelns von traditionellen Bindungen ist also in Webers Theorie die wichtigste Voraussetzung für Modernisierung.

161 Weber spricht von einem „praktischen Rationalismus“ der „Bürgerschicht“: „Gemeinsam und durch die Natur ihrer von der ökonomischen Naturgebundenheit stärker losgelösten Lebensführung bedingt war ihnen ja die Tendenz zum *praktischen* Rationalismus der Lebensführung. Auf technischer oder ökonomischer Berechnung und Beherrschung von Natur und Mensch – mit wie primitiven Mitteln auch immer – ruhte ihre ganze Existenz. Die überkommene Art der Lebenstechnik konnte auch bei ihr im Traditionalismus erstarren – wie es überall stets wieder geschehen ist. Aber immer bestand, wenn auch in sehr verschiedenem Maße, gerade bei ihr die *Möglichkeit*, an die Tendenz zum technischen und ökonomischen Rationalismus anknüpfend eine *ethisch* rationale Lebensreglementierung erstehen zu lassen“ (Weber 1988: 256f., Herv.i.O.).

Chon fasst es zusammen: „Die Bindungen waren vor allem zweifacher Art: Im Rahmen der ersten, politischen Bindung gehörten die Erwerbsbürger als handarbeitende, ‚von ihrem Leibe zinsende‘ Leute in der Vergangenheit zumindest als soziale Klasse immer zu den herrschaftlich unterjochten und unterprivilegierten Schichten. Die zweite Bindung hängt mit dem sakral-magischen Weltbild traditionaler Kultur zusammen: dies errichtet eine entscheidende innere und äußere Schranke gegen die Versachlichung interpersonalen Beziehungen sowie des Verhältnisses zur Natur, lässt die Welt als einen ‚großen Zaubergarten‘ und die zwischenmenschlichen Beziehungen als ‚magische Sippengebundenheit‘ erscheinen“ (Chon 1992: 129).

5.2. Weber und die ‚Globalisierung‘

Nach weltgesellschaftstheoretischen Ansätzen bei Max Weber zu suchen, scheint wegen des Fehlens eines Gesellschaftsbegriffs aussichtslos zu sein. Wohl nicht aber, wenn es von ‚Globalisierung‘ die Rede wäre. Denn die Reflexion auf die Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung, genauer: ihrer so genannten ‚ersten Phase‘ ist bei Weber, besonders in seinen frühen Arbeiten aus den 1890er Jahren, prominent. Und diese Reflexion kommt dort viel stärker zum Ausdruck als dies je bei Spencer oder Durkheim geschieht. Auch in Bezug auf die strukturellen Vorbedingungen von Globalisierungsvorgängen gibt Weber viel mehr und konkretere Auskünfte. Das bezeugt schon seine Kapitalismus- bzw. Rationalisierungstheorie. In dieser ging es allerdings, so Thomas Schwinn in einem Aufsatz zur ‚Aktualität‘ von Webers Soziologie (2004), in erster Linie um die Rekonstruktion der historischen Entstehungsbedingungen der Moderne. Hierzu habe Weber zweifelsohne ein bis heute unerreichtes und durch alternative Ansätze unübertroffenes Erklärungsmodell vorgelegt. Mittlerweile stünden aber Diagnosen und Prognosen zur Dynamik der voll entwickelten Moderne im Mittelpunkt der aktuellen Theoriediskussion: „Die Moderne präsentiert sich heute allen Gesellschaften als globaler Kontext, ohne dass dies zu einer Konvergenz der Ordnungsmuster führt, wie es die ältere Modernisierungstheorie unterstellt hat“ (Schwinn 2004: 528). Dafür biete Webers historisch-genetische Fragestellung aber keine ausreichende Hilfestellung. Denn er interessiere sich für den Durchbruch der Moderne, dafür also, warum nur im Westen sich die Moderne entwickelt habe.¹⁶² Heute frage man sich vor allem jedoch, wie die Länder der anderen Kulturkreise spezifisch moderne Ordnungen entwickeln. Weber selbst hat zwischen den *Entstehungsbedingungen* des Kapitalismus und

162 So schreibt er mit Bezug auf die *Protestantische Ethik* in den *Antikritiken*: „denn nicht die Förderung des Kapitalismus in seiner Expansion war das, was mich *zentral* interessierte, sondern die Entwicklung des *Menschentums*, welches durch das Zusammentreffen religiös und ökonomisch bedingter Komponenten geschaffen wurde“ (Weber 1978: 303, Hev.i.O.).

seinen *Diffusionsbedingungen* unterschieden. So finden sich z. B. in seinen vergleichenden religionssoziologischen Studien Hinweise zu den Chancen der jeweiligen Kulturen, den Kapitalismus zu übernehmen: „Der Chinese würde, aller Voraussicht nach, ebenso fähig, vermutlich noch fähiger sein als der Japaner, sich den technisch und ökonomisch im neuzeitlichen Kulturgebiet zur Vollentwicklung gelangten Kapitalismus anzueignen. Es ist offenbar nicht daran zu denken, dass er für dessen Anforderungen etwa von Natur aus ‚nicht begabt‘ wäre“ (Weber 1988: 535). Weber ist sich also darüber im Klaren, dass die historisch einmalige und einzigartige Entstehung der Moderne an andere Bedingungen gebunden ist als ihre nachträgliche globale Verbreitung und womöglich Variation. Der zweite Aspekt wurde von ihm aber nicht ausgeführt. Er überlässt es bei gelegentlichen Bemerkungen, aus denen nur hervorgeht, dass es für ihn selbstverständlich ist, dass traditionale Ordnungen in anderen Kulturen der globalen Durchsetzung moderner (westlicher) Strukturen keinen dauerhaften Widerstand leisten können. Warum aber das so ist, und welche Mechanismen dazu führen, erklärt Weber nicht.¹⁶³

Nach Schwinn seien in der aktuellen Situation der eindeutige Bezugspunkt und die Bestimmung der Moderne über einen Kulturkreis problematisch geworden: „Die heutige Situation lässt sich nicht mehr durch Webers genetische Fragestellung, der einer Divergenzthese zugrunde lag – westliche Moderne versus Tradition in anderen Kulturen – erfassen. Die Dynamik der einmal entstandenen Moderne kann nicht mehr ausreichend von ihrer Genese erklärt werden“ (Schwinn 2004: 529). Genau diese Gegebenheit setzen die aktuellen Globalisierungs- und Weltgesellschaftsansätze voraus. Dabei versuchen sie den Verbreitungsaspekt der Moderne empirisch und theoretisch zu erfassen, indem sie nur noch einen globalen Vergesellschaftungszusammenhang postulieren. Damit stellen sie für die Webersche Soziologie eine Herausforderung dar, denn diese geht von einem Pluralismus von Kulturkreisen aus. Aus Webers Sicht ist der ‚okzidentale Rationalismus‘ nur eine Rationalisierungsform unter mehreren und seine Lebensprobleme sind besondere Lebensprobleme. Auf der anderen Seite jedoch, glaubt Weber an der ‚universellen Gültigkeit‘ okzidentaler Kulturerscheinungen wie des modernen Kapitalismus, des modernen Staats, der modernen Kunst, der modernen Wissenschaft, der rationalen Rechtslehre, des eingeschulten Fachmenschentums etc. Das zeigt, dass die okzidentale Entwicklung für ihn in vielen Hinsichten für alle Kulturkreise zukunftsweisend ist: „Bei Weber ist hier eine Ambivalenz vorhanden, insofern er den okzidentalen Rationalismus als eine besondere Ausprägung oder Konsequenz einer erlösungsreligiösen Konzeption, als eine Alternative

163 So in der *Wirtschaftsgeschichte*: „Als man in China mit dem Bau von Eisenbahnen und Fabriken beginnen wollte, kam man mit der Geomantik in Konflikt ... Als allerdings die Mandarinen erkannt hatten, welche Gewinnchancen sich ihnen boten, waren diese Schwierigkeiten plötzlich zu überwinden: sie sind heute die Hauptaktionäre der Eisenbahnen. Auf die Dauer vermag eben keine religiös-ethische Überzeugung dem Kapitalismus, der vollgerüstet vor den Toren steht, den Eintritt zu verwehren. Aber dass er im Stande ist, magische Schranken zu überrennen, beweist noch nicht, dass er auf einem Boden, wo die Magie eine solche Rolle spielt, genuin hätte entstehen können“ (Weber 1956: 308).

innerhalb einer Entwicklungsstufe, ansieht, andererseits aber der aus diesem Rationalismus entstehenden Moderne Wirkungen zutraut, die den Kontext für alle anderen Kulturen vorzeichnet. Keine der Kulturen bis hin zu einfachen Stammesgesellschaften hat heute eine Entwicklungs- und Überlebenschance, wenn sie sich nicht auf die moderne Problemlage bezieht“ (ebd.: 530). Diese „Problemlage“ fasst Weber jedoch nicht als ein globales System auf, sondern als eine globale Arena, in der sich die Beziehungen der Beteiligten als struktureller Kontext präsentieren, der ein breites Spektrum von Reaktionen eröffnet: von innovativer Aneignung über einfache Nachahmung und Anpassung bis hin zu Ablehnung: „Mit Weber kann man durchaus von einer globalen Konstellation ausgehen, ohne aber feststellen zu müssen, dass alle kultur- und regionalspezifischen Ordnungsformen einer globalen Systemlogik folgen. Jedes regionale Ordnungsarrangement ist einerseits das Resultat seiner Stellung in globalen Konstellationen und andererseits den darauf nicht reduzierbaren ganz spezifischen Binnenfaktoren“ (ebd.: 534).

Dass Webers Rationalisierungstheorie damit genug Potential hat, Globalisierungsprozesse zu erklären, zeigt z. B. der Forschungsansatz von John W. Meyer, der in Nachfolge von Weber die Kultur der ‚Weltgesellschaft‘ als Ergebnis einer Universalisierung okzidentaler Rationalitätsmuster betrachtet. Diese Rationalisierungsmuster sah Weber – und hier besteht ein Anknüpfungspunkt auch zu Niklas Luhmann – auf einem Verhältnis der gesellschaftlichen Teilordnungen zueinander gegründet, das durch funktionale Differenzierung und relative Autonomie auch und gerade der ökonomischen Teilordnung gekennzeichnet ist. Dafür müssen sich nun die Ökonomie und die anderen gesellschaftlichen Ordnungen gegenseitig adäquate Leistungen erbringen: „Der moderne ökonomische Kapitalismus braucht politische, rechtliche, kulturelle und erzieherische Institutionen, die ihm adäquat sind. Dazu muss es neben der Marktvergesellschaftung zur modernen Bürokratisierung und Demokratisierung, zur Entzauberung und zur Individualisierung kommen. Dies jedenfalls sind ... die vier großen Prozesse, die Weber in ihrer wechselseitigen Verknüpfung wiederum in strukturgeschichtlicher Perspektive durch die Geschichte des Okzidents verfolgt. Sie bilden letztlich eine Kultur aus, die Talcott Parsons, im Anschluss an Emile Durkheim, institutionalisierten Individualismus nannte“ (Schluchter 1980: 156). Wenn man also bei Max Weber kaum von der Vision einer ‚Weltgesellschaft‘ sprechen darf, die wie etwa bei Durkheim sich schrittweise auf der ideellen Grundlage der in den Menschenrechten institutionalisierten individualistischen Moral konstituiert, so kann man doch sagen, dass der Individualismus als ideeller Kern der Moderne von Weber durchaus vorausgesetzt wird. Allerdings glaubt er an den integrativen Potential solcher „extrem rationalistische(n) Fanatismen (‚Menschenrechte‘)“ nicht (Weber 1980: 2). Damit hängt er auch nicht dem kosmopolitischen Ideal eines Weltfriedens an. Die ‚Globalisierung‘ bedeutet ihm eher eine neue Form des Daseinskampfes unter den Nationen, wo sie um die

Ressourcen und Märkte der Welt ringen. Auf der methodologischen Ebene scheint Webers Ansatz jedoch viel besser als der Durkheims vor den Gefahren eines ‚methodologischen Nationalismus‘ gewappnet zu sein. Auch dieser Aspekt sollte ihn schließlich für den aktuellen Weltgesellschaftsdiskurs interessant machen: „Da Weber infolge seines handlungstheoretischen Ansatzes die kulturelle Dimension von sozialem Handeln nicht a priori als kollektive Repräsentation einer Gesellschaft und die strukturelle Dimension sozialen Handelns ebenso wenig a priori als gesellschaftliche Einheit begreifen muss, sondern Kultur und Struktur in ihrer jeweiligen Eigendynamik zu analysieren vermag, ist seine theoretische Begrifflichkeit nicht notwendig auf den historischen Erfahrungsrahmen des Nationalstaats beschränkt. Eher behandelt Weber die Prozesse der Entstehung kultureller Sinnkonstellationen und struktureller Ordnungen auf der Ebene zivilisatorischer Einheiten. ... Seine Analyse sozialer Ordnungen ist schon in ihrer Grundbegrifflichkeit vom nationalstaatlichen Bezugsrahmen des politisch-philosophischen Denkens des 18. und 19. Jahrhunderts weitaus unabhängiger als Durkheims funktionalistische ‚Gesellschaftstheorie‘“ (König 2002: 126).

5.2.1. Von ‚Vergemeinschaftung‘ zu ‚Vergesellschaftung‘

Max Webers unvollendetes Hauptwerk *Wirtschaft und Gesellschaft* entstand als Beitrag für ein Sammelwerk, dessen Herausgeber er war und das unter dem Titel „Grundriss der Sozialökonomik“ erscheinen sollte. In seinem Beitrag wollte Weber vor allem die Bedeutung und die Konsequenzen des universellen Vordringens des Kapitalismus in allen Bereichen der Gesellschaft herausarbeiten. Die vorläufige Reservierung zahlreicher die Bedeutung des Kapitalismus betreffender Themen zeigt die Richtung des Interesses an, das er mit seinem Projekt verband. Die Konturen des Beitrags haben sich aber erst nach und nach präziser herauskristallisiert. Teilweise wurde Weber auch durch seine Unzufriedenheit mit den Manuskripten einer Reihe anderer Autoren zur Ausweitung seines Textes veranlasst. Insbesondere zeigte er sich von Karl Bücher und seinem Artikel über „Volkswirtschaftliche Entwicklungsstufen“ enttäuscht. In diesem Zusammenhang schrieb er am Jahresende 1913 an den Verleger Paul Siebeck, dass er „eine geschlossene soziologische Theorie und Darstellung ausgearbeitet“ habe, „welche alle großen Gemeinschaftsformen zur Wirtschaft in Beziehung setzt: von der Familie und Hausgemeinschaft zum ‚Betrieb‘, zur Sippe, zur ethnischen Gemeinschaft, zur Religion (alle großen Religionen der Erde umfassend: Soziologie der Erlösungslehren und der religiösen Ethiken, - was Troeltsch gemacht hat, jetzt für alle Religionen, nur wesentlich knapper), endlich eine umfassende soziologische Staats- und Herrschafts-Lehre“ (Weber 2003: 468). Diese „soziologische Theorie“ war nun nicht als Stufentheorie konzipiert, wie es damals vor allem im Rahmen der Historischen Schule der

deutschen Nationalökonomie üblich war (siehe Kap. 2). Karl Bücher war nämlich der Autor der am erfolgreichsten dieser Theorien. Er wollte die gesamte wirtschaftliche Entwicklung der Völker in drei Stufen teilen: „1. die Stufe der geschlossenen Hauswirtschaft (reine Eigenproduktion, tauschlose Wirtschaft), auf welcher die Güter in derselben Wirtschaft verbraucht werden, in der sie entstanden sind; 2. die Stufe der Stadtwirtschaft (Kundenproduktion oder Stufe des direkten Austausches), auf welcher die Güter aus der produzierenden Wirtschaft unmittelbar in die konsumierende übergehen; 3. die Stufe der Volkswirtschaft (Warenproduktion, Stufe des Güterumlaufes), auf welcher die Güter in der Regel eine Reihe von Wirtschaften passieren müssen, ehe sie zum Verbrauch gelangen“ (Bücher 1906: 58). Darüber hinaus antizipierte Bücher auch eine künftige neue Stufe der ‚Weltwirtschaft‘, über die sich jedoch nichts Konkretes sagen lasse.

Dieses Modell betrachtete Weber anfänglich als vorbildlich. Zunehmend zeigte er sich aber insbesondere von seiner Linearität unzufrieden: schließlich widersprach seine idealtypische Methode jeglichen Vorstellungen von Stufenentwicklung. Auch er beginnt allerdings seine Typologie der „Gemeinschaftsformen“ mit der „Hausgemeinschaft“ als der untersten Form einer Wirtschaftsgemeinschaft auf der Grundlage einer (oft nur fingierten) Geschlechts- und Blutsgemeinschaft: „Diese bildet, bei wechselnder Größe, die Grundform wirtschaftlicher Tätigkeit, ohne freilich nach außen vollständig abgeschlossen zu sein. Sie ‚deckt den Alltagsbedarf an Arbeiten und Sachgütern eigenwirtschaftlich‘, greift aber von Fall zu Fall auf die Hilfe der ‚Nachbarschaft‘ bzw. des ‚Nachbarschaftsverbandes‘ und im weiteren Sinne, der ‚Sippe‘, als eines religiös sanktionierten Personenverbandes, der auf gemeinsamer wirklicher oder vermeintlicher Abstammung ruht, sowie des ‚Stammes‘ als der Keimzelle des Staates zurück. Aus diesen Gemeinschaftsformen entwickeln sich dann sehr unterschiedliche Formen der Bedarfsdeckung und des Wirtschaftens“ (Mommsen 2001: 9). Terminologisch spricht Weber dabei nicht etwa von „Gesellschaften“, sondern von „Gemeinschaften“ (zuweilen auch von „Verbänden“). Das ist offensichtlich die Begrifflichkeit des Aufsatzes *Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie* (1913) und nicht der der *Soziologischen Grundbegriffe* (1920). Der Ausgangspunkt bildet wohl Tönnies' Unterscheidung zwischen „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“, die Weber jedoch anders als Tönnies auffasst. Denn während Tönnies mit seiner Dichotomie eine reale ‚Verfallsgeschichte‘ zu beschreiben glaubte, in der die mittelalterliche ‚organische Gemeinschaft‘ durch die moderne ‚mechanische Gesellschaft‘ unheilvoll ersetzt wurde, bezeichnet Weber mit den nun dynamisch gefassten Begriffen von „Vergemeinschaftung“ und „Vergesellschaftung“ zwei Idealtypen sozialer Beziehung, die er ganz pragmatisch für seine Forschungszwecke einsetzt. „Vergesellschaftung“ ist z. B. der Tausch auf dem Markt, der frei paktierte Zweckverein oder der wertrational motivierte Gesinnungsverein, während die reine Form von „Vergemeinschaftung“ die Familie darstellt. Allerdings hätte die große

Mehrzahl sozialer Beziehungen sowohl den Charakter von Vergemeinschaftung wie auch von Vergesellschaftung: „Jede noch so zweckrationale und nüchtern geschaffene und abgezweckte soziale Beziehung (Kundschaft z. B.) kann Gefühlswerte stiften, welche über den gewillkürten Zweck hinausgreifen. ... Ebenso kann umgekehrt eine soziale Beziehung, deren normaler Sinn Vergemeinschaftung ist, von allen oder einigen Beteiligten ganz oder teilweise zweckrational orientiert werden. Wie weit z. B. ein Familienverband von den Beteiligten als ‚Gemeinschaft‘ gefühlt oder als ‚Vergesellschaftung‘ ausgenutzt wird, ist sehr verschieden“ (Weber 1980: 22).¹⁶⁴

Webers Darstellung war trotz seiner idealtypischen Methode von einer entwicklungsgeschichtlichen Perspektive nicht ganz frei, denn seit 1913 trat die Annahme einer fortschreitenden Rationalisierung aller gesellschaftlichen Beziehungen, die in der ursprünglichen Kompositions-idee nur ein Aspekt unter anderen gewesen war, immer stärker in den Vordergrund ein. Ein wichtiger Aspekt der Rationalisierung ist aber, wie gesehen, die ‚Befreiung‘ von (partikularistischen) ethischen Schranken. Die ‚Grenzen‘ einer Gemeinschaft werden demnach durch den Grad an Universalisierung ihrer Moral bestimmt. Die Parallele zu Durkheim ist hier offensichtlich. Solidarität bzw. Moral nach innen gegen Kampf bzw. Konkurrenz nach außen führt Weber als ein Unterscheidungsmerkmal von Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung ein: „Vergemeinschaftung ist dem gemeinten Sinn nach normalerweise der radikalste Gegensatz gegen ‚Kampf‘. Dies darf nicht darüber täuschen, dass tatsächlich Vergewaltigung jeder Art innerhalb auch der intimsten Vergemeinschaftungen gegenüber dem seelisch Nachgiebigeren durchaus normal ist, und dass die ‚Auslese‘ der Typen innerhalb der Gemeinschaften ganz ebenso stattfindet und zur Verschiedenheit der durch sie gestifteten Lebens- und Überlebenschancen führt wie irgendwo sonst. Vergesellschaftungen andererseits sind sehr oft lediglich Kompromisse widerstreitender Interessen, welche nur einen Teil des Kampfgegenstandes oder der Kampfmittel ausschalten (oder: dies doch versuchen), den Interessengegensatz selbst und die Konkurrenz um die Chancen im übrigen aber bestehen lassen“ (ebd.). Der Universalisierungsgrad der Gruppenmoral hängt dabei mit der Art der Offenheit bzw. Geschlossenheit der sozialen Beziehung zusammen. Bei jeder Gemeinschaftsform werden damit einem bestimmten Typus sozialen Handelns und seine typische Orientierung präferiert: Gefühl, Gewöhnung, Glaube an einen absoluten Wert, Interesse; wobei die zweckrationale Orientierung des Handelns die größte Universalität der Beziehungen zu gewähren scheint. Wohl deshalb beginnt Weber seine Darstellung mit den „Hausgemeinschaften“, gefolgt von den „ethnischen Gemeinschaften“ als

¹⁶⁴ ‚Vergemeinschaftung‘ und ‚Vergesellschaftung‘ sind für Weber also keine absoluten Gegensätze. Er gibt Indizien dafür, dass sich an eine Vergesellschaftung regelmäßig eine „übergreifende“ Vergemeinschaftung anknüpft. Wenn z. B. Tauschbeziehungen zu Dauerbeziehungen werden und damit in der Regel eine persönliche Berührung der Tauschpartner eintritt, wächst die Chance, dass es sich eine übergreifende Vergemeinschaftung bildet.

Gemeinschaftsformen, die In- und Exklusion an relativ engen partikularistischen Kriterien knüpfen und einen Dualismus von Binnen- und Außenmoral praktizieren. Verglichen mit ihnen gehen manche „religiösen Gemeinschaften“ einen Schritt weiter, am radikalsten das in Gemeinden organisierte Christentum, das einer universalistischen Brüderlichkeitsethik anhängt und damit eine von askriptiven Merkmalen unabhängige Inklusion verlangt. Auch hier bleibt jedoch das Wechselspiel von Inklusion und Exklusion gelten. Denn es ist ein wichtiger Unterschied, ob die religiöse Gemeinschaft eine universalistische Gnadenanstalt, also eine Kirche, ist, in die man hineingeboren wird, oder aber ein voluntaristischer Verein, also eine Sekte, für die man sich kraft ‚religiöser Leistung‘ erst qualifizieren muss. Schließlich verwenden auch die „politischen Gemeinschaften“ sowohl partikularistische wie universalistische Inklusions- und Exklusionskriterien.

Allen diesen Gemeinschaftsformen steht nun die „Marktgemeinschaft“ gegenüber. Denn der Universalismus des Marktes ist vom politischen oder religiösen Universalismus sehr verschieden. Er repräsentiert ein neues Strukturprinzip, das dem der Brüderlichkeitsethik radikal entgegengesetzt ist. Denn die Tauschpartner am Markt sind nicht material-, sondern formal-universalistisch orientiert, indem sie im Idealfall ganz ohne Ansehen der Person agieren. Die Vergesellschaftung durch Tausch auf dem Markt, so Weber, sei damit der Typus alles rationalen Gesellschaftshandelns: „Von einem Markt soll gesprochen werden, sobald auch nur auf einer Seite eine Mehrheit von Tauschreflektanten um Tauschchancen konkurrieren. ... Der realisierte Tausch konstituiert eine Vergesellschaftung nur mit dem Tauschgegner. Das vorbereitende Feilschen aber ist stets ein Gemeinschaftshandeln, insofern die beiden Tauschreflektanten ihre Angebote an dem potentiellen Handeln unbestimmt vieler realer oder vorgestellter mitkonkurrierender anderer Tauschinteressenten, nicht nur an dem des Tauschgegners, orientieren, und umso mehr, je mehr dies geschieht“ (Weber 2001: 193f.). Der formale Universalismus der Vergesellschaftung am Markt bedingt auch ihren äußerst unpersönlichen Charakter. Sie sei, so Weber, „die unpersönlichste praktische Lebensbeziehung, in welche Menschen miteinander treten können“ (ebd.: 194). Und das nicht, weil der Markt einen Kampf unter den Interessenten einschließe, sondern weil er spezifisch sachlich, „am Interesse an den Tauschgütern und nur an diesen“, orientiert sei: „Wo der Markt seiner Eigengesetzlichkeit überlassen ist, kennt er nur Ansehen der Sache, kein Ansehen der Person, keine Brüderlichkeits- und Pietätspflichten, keine der urwüchsigen, von den persönlichen Gemeinschaften getragenen menschlichen Beziehungen. Sie alle bilden Hemmungen der freien Entfaltung der nackten Marktvergemeinschaftung und deren spezifische Interessen wiederum die spezifische Versuchung für sie alle. Rationale Zweckinteressen bestimmen die Marktvorgänge in besonders hohem Maße, und rationale Legalität, insbesondere: formale Unverbrüchlichkeit des einmal Versprochenen, ist die Qualität, welche vom Tauschpartner erwartet wird und den Inhalt der Marktethik bildet,

welche in dieser Hinsicht ungemein strenge Auffassungen anerzieht ...“ (ebd.). Diese „absolute Versachlichung“ ist also das, was der Markt in vollem Gegensatz zu allen anderen Vergemeinschaftungen bringt, die immer persönliche Verbrüderung und meist Blutsverwandtschaft voraussetzen. Die Marktbeziehung sei aber „jeder Verbrüderung in der Wurzel fremd“ (ebd.: 195).

Die ‚Ethik‘, die die Marktvergemeinschaftung reguliert, ist somit keine ‚Brüderlichkeitsethik‘, sondern eine spezifische ‚Marktethik‘: „Der freie Tausch findet zunächst nur nach außerhalb der Nachbargemeinschaft und aller persönlichen Verbände statt; der Markt ist eine Beziehung zwischen Orts-, Bluts- und Stammesgrenzen, ursprünglich die einzige formell friedliche Beziehung zwischen ihnen. Einen Handel mit der Absicht, Tauschgewinne zu erzielen, kann es ursprünglich zwischen Gemeinschaftsgenossen nicht geben, wie er ja auch unter ihnen, in Zeiten agrarischer Eigenwirtschaften, kein Bedürfnis ist. Eine der charakteristischen Formen unentwickelten Handelns: der stumme Tausch – Tausch unter Vermeidung persönlicher Berührung ... bringt den Gegensatz gegen die persönliche Verbrüderung drastisch zum Ausdruck. Die Garantie der Legalität des Tauschpartners beruht letztlich auf der beiderseits normalerweise mit Recht gemachten Voraussetzung, dass jeder von beiden an der Fortsetzung der Tauschbeziehungen, sei es mit diesem, sei es mit anderen Tauschpartnern auch für die Zukunft ein Interesse habe, daher gegebene Zusagen halten und mindestens eklatante Verletzung von Treu und Glauben unterlassen werde. Soweit jenes Interesse besteht, gilt der Satz: ‚honesty is the best policy‘, der natürlich keineswegs universale rationale Richtigkeit und daher auch schwankende empirische Geltung besitzt, die höchste natürlich für rationale Betriebe mit dauernd gegebenem Kundenkreis“ (ebd.: 195f.). Diese Art von ‚Ethik‘ ist also an sachlichen Kriterien gebunden, sie ist Ausdruck einer formalen ‚Marktrationalität‘, wonach die Marktteilnehmer, zumindest idealtypisch, ausschließlich von rationalen, und zwar zweckrationalen Motiven geleitet werden: „Insofern stellt die ‚Marktgemeinschaft‘ den Grenzfall einer Gemeinschaftsbildung überhaupt dar. Sie ist, wie es heißt, der ‚Typus alles rationalen Gesellschaftshandelns‘ schlechthin. Der freie Tausch von Gütern oder Arbeit zu den Bedingungen des Marktes kennt kein Ansehen der Person und ebenso keine Normen des gesellschaftlichen Verhaltens, die durch nichtökonomische Faktoren, seien diese kultureller, religiöser oder sozialer Art, konstituiert werden, wenn man von den Marktregulierungen absieht“ (Mommson 2001: 50). Die Rationalität der Marktbeziehung strebt also durch ihre eigene Logik auf ‚Befreiung‘ von allen „materialen“ Gesichtspunkten („Irrationalitäten“) und personalen Pietätsbeziehungen hin.¹⁶⁵ Ihr ‚sachlicher‘ Charakter hängt demnach mit einer wachsenden

165 „In früheren Perioden ist der Grad des wirtschaftlichen Rationalismus verschieden. Am Anfang steht der *Traditionalismus*, das Haften am Althergebrachten, das überkommene Gepflogenheiten erhält und auf andere Epochen überträgt, auch wenn sie ihre ursprüngliche Bedeutung längst eingebüßt haben. Nur langsam ist dieser Zustand überwunden worden. Daher hat die Wirtschaftsgeschichte auch mit *Elementen*

Instrumentalisierung des wirtschaftlichen Handelns zusammen und seiner Überführung in eine Ordnungskonfiguration, in der die Wirtschaft sich weitgehend autonom entwickelt.

In diesem Sinne versteht Weber die moderne Wirtschaft als ein anethisches Gebilde, das sich mit moralischen Imperativen nicht mehr beherrschen lässt. Sie stellt einen sachlichen Zusammenhang dar, der keine religiösen („Nächstenliebe“) oder ständischen (standesgemäße ‚Lebensführung‘) Gesichtspunkte mehr verträgt.¹⁶⁶ Wie wurde aber diese ethische Neutralisierung des wirtschaftlichen Handelns erreicht? In erster Linie erforderte die Autonomisierung der Wirtschaft in vorkapitalistischen Zeiten eine positive Sanktion seitens der Religion. Zwischen den beiden Lebensordnungen existierte jedoch ein prinzipiell unaufhebbarer Konflikt: „Dort also das Lob der Gottesliebe und das Vertrauen in Gottes Vorsorge, hier das Lob der Selbstliebe und das Vertrauen in das Eigeninteresse des anderen; dort eine religiöse Brüderlichkeit, die eigenwertorientiertes (werthaftes) Handeln fordert und Normvorstellungen als Geltungsvorstellungen behandelt, hier eine Klugheits- und Geschicklichkeits-‘Ethik‘, die erfolgsorientiertes (zweckhaftes) Handeln gebietet und Normvorstellungen als Erfolgsvorstellungen interpretiert; dort die Solidarität unter den Geschöpfen Gottes, hier der (friedliche) Kampf des Menschen mit dem Menschen, wobei der andere nicht in erster Linie als ein Zweck an sich selbst, sondern als ein Mittel zum Zweck verstanden ist. Tatsächlich fordern zumindest alle Erlösungsreligionen von ihren Anhängern, den anderen als einen Zweck an sich selbst zu behandeln. Tatsächlich setzt ihn alles genuin wirtschaftliche Handeln immer auch zu einem Mittel herab“ (Schluchter 1996: 206). Nicht nur die ‚Unbrüderlichkeit‘ der Wirtschaft, sondern auch ihre Alltagsorientierung, die die Sorge um das Morgen der Sorge um das Reich Gottes überordnet, brachte zumindest die erlösungsreligiösen Virtuosen in eine prinzipielle Spannung zur Wirtschaft: „Um dieser veralltäglichen Macht zu wehren, lebten erlösungsreligiöse Virtuosen gewöhnlich nach Normen, deren Befolgung es ihnen erlaubte, Distanz zu wahren: Der buddhistische Mönch

außerökonomischer Art zu rechnen. Zu diesen gehören: magische und religiöse Momente – das Streben nach Heilsgütern; politische – das Streben nach Macht; ständische Interessen – das Streben nach Ehre. Heute ist die Wirtschaft, soweit sie Erwerbswirtschaft ist, prinzipiell ökonomisch autonom, nur auf wirtschaftliche Gesichtspunkte eingestellt und in hohem Grade rechnerisch rational“ (Weber 1958: 16, Herv.i.O.).

166 „Jede rein persönliche Beziehung von Mensch zu Mensch, wie immer sie sei, einschließlich der völligsten Versklavung, kann ethisch reglementiert, an sie können ethische Postulate gestellt werden, da ihre Gestaltung von dem individuellen Willen der Beteiligten abhängt, also der Entfaltung karitativer Tugend Raum gibt. Nicht so aber geschäftlich rationale Beziehungen, und zwar je rationaler differenziert sie sind, desto weniger. Die Beziehung eines Pfandbriefbesitzers zu dem Hypothekenschuldner einer Hypothekenbank, eines Staatsschuldscheininhabers zum Staatssteuerzahler, eines Aktionärs zum Arbeiter der Fabrik, eines Tabakimporteurs zum fremden Plantagenarbeiter, eines industriellen Rohstoffverbrauchers zum Bergarbeiter sind nicht nur faktisch, sondern prinzipiell nicht karitativ reglementierbar. Die Versachlichung der Wirtschaft auf der Basis der Marktvergesellschaftung folgt durchweg ihren eigenen sachlichen Gesetzmäßigkeiten, deren Nichtbeachtung die Folge des ökonomischen Misserfolgs, auf die Dauer des ökonomischen Untergangs nach sich zieht. Rationale ökonomische Vergesellschaftung ist immer Versachlichung in diesem Sinn und einen Kosmos sachlich-rationalen Gesellschaftshandelns kann man nicht durch karitative Anforderungen an konkrete Personen beherrschen. Der versachlichte Kosmos des Kapitalismus vollends bietet dafür keine Stätte. An ihm scheitern die Anforderungen der religiösen Caritas nicht nur, wie überall im einzelnen, an der Widerspenstigkeit und Unzulänglichkeit der konkreten Personen, sondern sie verlieren ihren Sinn überhaupt. Es tritt der religiösen Ethik eine Welt interpersonaler Beziehungen entgegen, die sich ihren urwüchsigen Normen grundsätzlich gar nicht fügen kann“ (Weber 2001a: 378f.).

hatte periodisch zu wandern und zu betteln, der indische Weltentsager im Wald von Beeren zu leben, der altisraelitische Unheilsprophet sich vom königlichen Hof fernzuhalten, der Jünger Jesu Familie und Beruf aufzugeben“ (ebd.: 207). Alle Erlösungsreligionen zeigten damit eine prinzipielle Abneigung zum Erwerbstreben. Keine von ihnen hat es als heilsfördernd angesehen. Nur der asketische Protestantismus war eine wichtige Ausnahme. Er versah das Erwerbstreben der ‚bürgerlichen‘ Schichten (also: die berufsmäßig auf rationalen Erwerb durch den Markt eingestellten Leute) mit positiven religiösen Prämien. Der Protestantismus wollte die totale Unterordnung der wichtigsten Lebensordnungen unter die Religion. Was zählte, war allein der göttliche Auftrag, dem sich die ‚Welt‘ zu fügen hatte. Paradoxiertweise bewirkte er aber das Gegenteil, indem er eine Virtuosenethik für den Laien formulierte, die fast unmenschlich anmutete und damit die Idee einer Gottesgemeinschaft zerstörte. Die protestantische Ethik führte zu einem absoluten Individualismus, der im Verkehr der Gläubigen untereinander alle Elemente brüderlicher Liebe, die sonst mit der christlichen Ethik von Beginn an verbunden waren, vollständig ausrottete.¹⁶⁷ Darin lag ihr ‚Entwicklungspotential‘: „Sie stellt nicht nur, wie letztlich alle konsequenten christlichen erlösungsreligiösen Strömungen, die Beziehung des einzelnen zu Gott über seine Beziehungen zu den Menschen, sie gibt dieser Beziehung auch eine neue Bedeutung, indem sie sie nicht mehr in Pietätsbegriffen interpretiert. Sie schafft damit eine Motivation zur Versachlichung zunächst der religiösen, dann der außerreligiösen zwischenmenschlichen Beziehungen“ (Schluchter 1998: 251).

5.2.2. Kapitalismus und Nationalstaat

Webers These vom Sondercharakter des okzidentalen Rationalismus bezog sich also nicht zuletzt auf die zunehmende Versachlichung der interpersonalen Beziehungen in der Moderne. Dies wurde durch die Freisetzung der Marktrationalität von wertrationalen Forderungen (aus der Sicht der Wirtschaft: „materialen Irrationalitäten“) aller Art ermöglicht. Die Ausdifferenzierung der Wirtschaft von der Religion, aber auch von der Politik, war in dieser Hinsicht entscheidend. Denn für die Entstehung des modernen kapitalistischen Wirtschaftssystems war neben der Rationalisierung der Religion, die zu einem individualisierten Glauben führte, auch die Rationalisierung der Herrschaft im Sinne einer legal gesetzten Ordnung absolut notwendig. Besonders die Rationalisierung des Rechts, die sich parallel zur Monopolisierung der physischen Gewalt durch den (patrimonialen) politischen Gebietsverband vollzog, sah Weber als wichtige Voraussetzung des modernen

¹⁶⁷ Ein wichtiger Aspekt davon war die Legitimierung des Wuchers unter ‚Brüdern‘ bei Calvin; umfassend dazu: Nelson 1969

rationalen Kapitalismus: „Die universelle Herrschaft der Marktvergesellschaftung verlangt einerseits ein nach rationalen Regeln kalkulierbares Funktionieren des Rechts. Und andererseits begünstigt die Marktverbreiterung, die wir als charakteristische Tendenz jener kennen lernen werden, kraft der ihr immanenten Konsequenzen die Monopolisierung und Reglementierung aller ‚legitimen‘ Zwangsgewalt durch eine universalistische Zwangsanstalt vermöge der Zersetzung aller partikulären, meist auf ökonomischen Monopolen ruhenden ständischen und anderen Zwangsgebilde“ (Weber 1980: 198). In diesem Sinne besteht ein wechselseitiges Steigerungsverhältnis in der Rationalisierung von Politik, Recht und Wirtschaft.¹⁶⁸ Die Entstehung von Staaten ist für Weber das Endstadium eines Prozesses der Vergemeinschaftung einer großen Gruppe von Menschen. Die ursprüngliche Aufgabe der „politischen Gemeinschaft“ sieht er dabei wie vor ihm Spencer in der Schutzfunktion vor äußerer Bedrohung. Auf dieser Grundlage entwickelt sich der Staat als Herrschaftsverband, der immer größere Bereiche des „Gemeinschaftshandelns“ monopolisiert, indem er die Funktionen konkurrierender Herrschaftsverbände an sich zieht: „Auffallend ist dabei, dass Max Weber das Kriterium der physischen Gewaltanwendung ganz in den Vordergrund rückt, und zwar nicht nur gegenüber potentiell bedrohlichen Gegnern nach außen, sondern auch nach innen. Das Recht des Staates, gegen die eigenen Bürger gewaltsame Mittel einzusetzen und von ihnen prinzipiell die Bereitschaft zu verlangen, gegebenenfalls Leib und Leben zu opfern, wird besonders betont. ... Als zweites Kriterium, nach welchem sich der Staat grundlegend von zahlreichen anderen, mehr oder minder lose geknüpften Herrschaftsverbänden vielfältigster Art unterscheidet, sah Max Weber die Herrschaft über ein angebbares, eindeutig abgegrenztes Territorium an“ (Mommsen 2001: 51f.).

Das Gewalt- und Territorialprinzip, auf dem politische Ordnungen gründen, bedingt wie im Fall von Religion ein spannungsvolles Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik, zumal der Markttausch mit Geldgebrauch verbunden ist: „Die Vergemeinschaftung kraft Geldgebrauchs ist der charakteristische Gegenpol jeder Vergesellschaftung durch rational paktierte oder oktroyierte Ordnung“ (Weber 1980: 382). Einerseits transzendiert die Marktvergesellschaftung, zumindest tendenziell, die Grenzen jedes politischen Herrschaftsgebildes, indem sie ihrer inneren Logik entsprechend unabhängig von Gewalt und politischer Kontrolle funktioniert; faktisch ist aber die moderne Wirtschaft, die auf Kontrakte beruht, auf den Gewaltmonopol des Staates auf ein bestimmtes Territorium

168 Die Rechtsordnung entwickelt sich dabei wie auch die Ordnungen von Wirtschaft und Politik weitgehend autonom. Es waren gerade nicht die unmittelbar ökonomischen Interessen des aufstrebenden Bürgertums, welche die Logisierung des Rechts förderten, und erst recht nicht die Machtinteressen der politischen Gewalten, deren Bedürfnisse weit eher durch ein materiales Satzungsrecht gewahrt wurden: „Sondern es waren interne Denkbedürfnisse der Rechtstheoretiker und der von ihnen geschulten Doktoren: einer typischen Aristokratie der literarischen ‚Bildung‘ auf dem Gebiet des Rechts, von welcher jene Entwicklung getragen wurde. Fakultätsgutachten waren auf dem Kontinent die letzte Autorität in zweifelhaften Rechtsfällen, die akademisch gebildeten Richter und Notare, daneben die Advokaten die typischen Rechtshonoratioren“ (Weber 1980: 493).

angewiesen. Denn nur ein rational verwalteter Rechtsstaat – ein Staat also, der mittels seinen Gewalt- und Rechtsmonopol unpersönliche Satzungsherrschaft ausübt – kann Rechtssicherheit gewähren und dem Schutzbedürfnis der Marktteilnehmer gegenüber nichtökonomischen Interessen und Gewalten entgegenkommen. Die „moderne Verkehrsgeschwindigkeit“, so Weber, verlange „ein prompt und sicher funktionierendes, d. h.: ein durch die stärkste Zwangsgewalt garantiertes Recht“ (ebd.: 198). Deshalb sei auch ein moderner Kapitalismus, der sich durch „streng rationale Organisation der Arbeit auf dem Boden rationaler Technik“ auszeichnet, nirgends innerhalb „irrational konstruierter Staatswesen entstanden und konnte dort auch nie entstehen“ (ebd.: 826). Die Ausdifferenzierung der Wirtschaft war also aus Webers Sicht wesentlich durch die Rationalisierung der Herrschaftsstrukturen ermöglicht: „Autonomisierung der Wirtschaft heißt: Marktentwicklung in Gestalt wachsender Marktvergesellschaftung und Marktverbreitung; Autonomisierung heißt ferner: Mobilisierung aller Produktionsfaktoren für den freien Verkehr. Hinzu kommt: Haushalt und Betrieb, Privatvermögen und Betriebsvermögen, müssen sauber getrennt und mittels rationaler Buchführung verwaltet werden. All dies setzt eine Wirtschaftsordnung voraus, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln, auf Vertragsfreiheit sowie Güter- und Dienstleistungsfreiheit beruht. Diese Institutionen müssen in Grenzen auch rechtlich garantiert sein, und zwar ‚durch eine universalistische Zwangsanstalt‘, durch einen Staat, der das Monopol der legitimen physischen Gewaltsamkeit auf einem Territorium erfolgreich für sich in Anspruch nimmt“ (Schluchter 2006: 294).

Vor allem die europäischen Patrimonialstaaten im 17. und 18. Jahrhundert trugen nach Weber viel zur Bildung bürokratischer, relativ rationaler Verwaltungen bei. Die wichtigste Ursache dieser Entwicklung sieht er in der strukturellen Gesamtkonstellation, in der sich die europäischen Staaten seit dem Mittelalter – im Gegensatz etwa zu China – befanden: „nämlich nicht in einem ‚Einheitsreich‘, sondern in einer ‚Staatenwelt‘, in der ‚scharfe Konkurrenz mehrerer patrimonialer Teilgewalten innerhalb des gleichen Kulturkreises herrscht“ (Chon 1992: 127, Herv.i.O.). Der Wettbewerb der Staaten um Machtgeltung war an sich allein allerdings kein Grund dafür, dass die politische Entwicklung in Europa den Weg der Rationalisierung nahm: „Die bloße Machtkonkurrenz hat, wie die Geschichte der indischen und chinesischen Staatensysteme lehrt, nicht die Rationalisierung, sondern die Ruinierung der beteiligten Staaten bewirkt und sie zur leichten Beute für Eroberer gemacht“ (Breuer 1994: 48). Es musste also noch eine Zusatzbedingung vorhanden sein, nämlich: dass die Staaten um das freizügige Kapital konkurrieren mussten: „Um Kriege zu führen bzw. sich dafür zu rüsten, brauchten die Staaten Kapital. Davon gab es in Europa seit der Handelsrevolution eine Menge, aber, und dies war entscheidend, es befand sich in der Hand von Mächten, die über ein beträchtliches Maß an Unabhängigkeit verfügten und es

erfolgreich verstanden, sich dem Zugriff der patrimonialen Instanzen zu entziehen: zunächst die großen italienischen Bankhäuser, später die kommerziellen Zentren in Antwerpen, Amsterdam, London und ihrem ausgedehnten Netzwerk von Niederlassungen“ (ebd.: 49). Diese Diskrepanz zwischen politischer und wirtschaftlicher Macht hatte auf die Herrscher erzieherisch gewirkt. Sie lernten, „dass die besten Durchsetzungschancen im politischen Kampf letztlich bei denjenigen lagen, die es besser als ihre Konkurrenten verstanden, ihre Kreditwürdigkeit zu wahren und sich einen kontinuierlichen Nachschub zu sichern. Es war diese ungleiche Kreditwürdigkeit, die ein wachsendes Machtgefälle in das europäische Staatensystem brachte und schließlich die Schwächeren zwang, sich bei Strafe des Untergangs auf neue, rationale Methoden der Ressourcenerschließung umzustellen“ (ebd.). Die Machtkonkurrenz der Staaten wie auch die Diskrepanz zwischen politischer und wirtschaftlicher Macht hat im neuzeitlichen Europa also letztendlich zu einer Interessensolidarität zwischen staatlicher Verwaltung und privilegierten kapitalistischen Mächten geführt. Aus eben diesem Bündnis ging nach Weber die (nationale) Bourgeoisie im modernen Wortsinn hervor, die das Fortbestehen des Kapitalismus und seine globale Ausbreitung garantierte.¹⁶⁹

Für Weber war also der moderne Kapitalismus in seiner „heroischen“ Epoche auf den entstehenden Nationalstaat angewiesen. Aber auch sein zukünftiges Fortbestehen (zumindest in der Form „verkehrswirtschaftlicher Bedarfsdeckung“) sah er nur im Rahmen eines weltpolitischen Systems konkurrierender Staaten gesichert. Ein Weltstaat bedeutete ihm nichts anderes als das Ende des Kapitalismus. Die Annahme einer Pluralität von (National)Staaten war für Weber deshalb grundlegend, wenn er über die Zukunft des Kapitalismus als „Weltwirtschaft“ nachdachte. In dieser Hinsicht stand er durchaus in der Tradition der deutschen Nationalökonomie. Für diese war es nämlich selbstverständlich, dass der Tausch am Markt nicht in einem politisch freien Raum stattfindet: „Von wenigen Ausnahmen abgesehen war für die deutschen Nationalökonomien der Kapitalismus kein Phänomen, das sich mit dem Modell einer Marktwirtschaft angemessen beschreiben, gar verstehen ließ, sondern eine komplexe, sich im übrigen ständig verändernde Erscheinung.

169 Die Beziehung zwischen staatlichen und bürgerlich-kapitalistischen Interessen war dabei ein dialektisches: „In Hinblick auf die Entstehung des Bürgertums als eines eigenständigen *Standes* ist die *Schwäche* des Staates entscheidend: in der feudalen Phase des Mittelalters waren die unzähligen relativ kleinen Fürstentümer zersplitterten politischen Herrschaftseinheiten, deren Herren zudem für lange Zeit ständig miteinander im Krieg, also auf den Schlachtfeldern und Burgen (d. h. auf dem ‚Land‘, nicht in Städten und Residenzen) waren, nicht in der Lage, die sich in den Städten formierenden bürgerlichen Schichten effektiv zu kontrollieren und zu verwalten. Dieses politische Vakuum nutzten die bürgerlichen Schichten zu ihrer eigenen Emanzipationsbewegung aus, an deren Ende sie sich als ein eigenständiger politisch autonomer ‚Stand‘ etablieren konnten ... Im Hinblick auf die Etablierung des Bürgertums als einer eigenständigen *Klasse* ist die *Stärke* des absolutistischen Patrimonialstaates entscheidend, welcher für das Bürgertum eingesetzt und durch das Bürgertum mit geschaffen und gestärkt wird; im ausgehenden Mittelalter und zu Beginn der Moderne vollzieht sich, durch den harten Konkurrenzkampf um Hegemonie unter den entstehenden absolutistischen Staaten getrieben, eine Verbündung von Staat und Bürgertum (es ist wichtig, dass letztere nicht eine dem Staat unterworfenen, sondern eine ‚eigenständige‘ Schicht bildet), an deren Ende ein ‚bürgerlicher Staat‘ (man könnte fast sagen: ‚Klassenstaat‘) entsteht“ (Chon 1992: 125, Herv.i.O.).

Eine Marktgesellschaft ohne Staat konnte man sich nicht vorstellen. So suchte man den Kapitalismus in seinen vielen Voraussetzungen, Erscheinungs- und Bewegungsformen zu analysieren: spekulativ, theoretisch, vornehmlich aber empirisch-historisch, in aller Regel interdisziplinär. Die Gemengelage von Märkten und Hierarchien blieb im Blick“ (Borchardt 2001: 210). In Deutschland (im Gegensatz zu England) blieb die Nationalökonomie eine „politische Wissenschaft“. Hier liegt die eigentliche Differenz zwischen den „westlichen“ „Klassikern“ und der deutschen Denkweise seit Adam Müller und Friedrich List. Während schon bei Adam Smith das Verständnis von „Wohl“ (der Nationen) auf „Reichtum“ reduziert wurde, waren der deutschen Ökonomen der Meinung, dass die Nationalökonomie auch *nichtökonomische Ziele* beachten muss. In diesem Sinne war „politisch“ von den Deutschen als Gegenbegriff gemeint, und zwar nicht etwa zu „unpolitisch“, sondern zu „kosmopolitisch“: klassisch dargestellt bei Friedrich List, wo schon der Titel des Hauptwerkes *Das nationale System der politischen Ökonomie* (1841) an sich die kritische Tendenz enthält.¹⁷⁰ Der grundlegende Unterschied zwischen der deutschen und der englischen Schule betraf jedoch nicht sosehr der reinen ökonomischen Theorie als vielmehr den wirtschaftspolitischen Konsequenzen, die aus ihr gezogen wurden: die Engländer schienen die politische Bedingtheit wirtschaftlichen Handelns zu ignorieren, während die Deutschen den Zusammenhang von Wirtschaft und Politik stets im Auge behielten. Insofern fasst eine Stelle in Webers Antrittsvorlesung *Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik* (1895) den Sachverhalt gut zusammen: „Die Volkswirtschaftslehre als erklärende und analysierende Wissenschaft ist *international*, allein sobald sie *Werturteile* fällt, ist sie gebunden an diejenige Ausprägung des Menschentums, die wir in unserem eigenen Wesen finden. Sie ist es oft gerade dann am meisten, wenn wir unserer eigenen Haut am meisten entronnen zu sein glauben. ... Die Volkswirtschaftspolitik eines deutschen Staatswesens ebenso wie der Wertmaßstab des deutschen volkswirtschaftlichen Theoretikers können deshalb nur deutsche sein“ (Weber 1993: 559f., Herv.i.O.).

Was Weber also mit seinen Lehrern der „Historischen Schule“ am engsten verband, war die politische Perspektive auf die Wirtschaft bzw. der „nationalistische ‚Beurteilungsmaßstab‘“. In diesem Kontext wendet er sich in seiner Rede schroff gegen alle, die den stets und überall präsenten Daseinskampf der Nationen untereinander übersehen und meinen, das Ziel der Volkswirtschaftspolitik sei „die Beglückung der Welt“. Es gebe aber, erklärt er, keinen „Frieden“, auch im wirtschaftlichen Kampf ums Dasein nicht. Denn schon „der dunkle Ernst des Bevölkerungsproblems hindert uns, Eudämonisten zu sein, Frieden und Menschenglück im Schoße der Zukunft verborgen zu wännen und zu glauben, dass anders als im harten Kampf des Menschen mit dem Menschen der Ellenbogenraum im irdischen Dasein werde gewonnen werden“ (ebd.: 558). Mit der Herausbildung der Weltwirtschaft, so Weber, habe

170 Zur deutschen Tradition der Nationalökonomie als „politische Wissenschaft“ umfassend: Hennis 1987

sich nur die *Form* des Kampfes geändert: „So ist auch die volkswirtschaftliche Gemeinschaft nur eine andere Form des Ringens der Nationen miteinander, und eine solche, welche den Kampf für die Behauptung der eigenen Kultur nicht gemildert, sondern *erschwert* hat, weil sie materielle Interessen im eigenen Schoße der Nation als Bundesgenossen gegen deren Zukunft in die Schranken ruft“ (ebd.: 560). Es ist dann nur folgerichtig, wenn er aus dieser Perspektive den politischen Gesichtspunkt – das machtpolitische Interesse des Nationalstaates – als letzten Wertmaßstab der volkswirtschaftlichen Betrachtung hinstellt: „Nicht in erster Linie für die Art der volkswirtschaftlichen Organisation, die wir ihnen überliefern, werden unsere Nachfahren uns vor der Geschichte verantwortlich machen, sondern für das Maß des Ellenbogenraums, den wir ihnen in der Welt erringen und hinterlassen. *Machtkämpfe* sind in letzter Linie auch die ökonomischen Entwicklungsprozesse, die *Machtinteressen* der Nation sind, wo sie in Frage gestellt sind, die letzten und entscheidenden Interessen, in deren Dienst ihre Wirtschaftspolitik sich zu stellen hat, die Wissenschaft von der Volkswirtschaftspolitik ist eine *politische* Wissenschaft. Sie ist die Dienerin der Politik, nicht der Tagespolitik der jeweils herrschenden Machthaber und Klassen, sondern der dauernden machtpolitischen Interessen der Nation. Und der *Nationalstaat* ist uns nicht ein unbestimmtes Etwas, welches man umso höher zu stellen glaubt, je mehr man sein Wesen in mystisches Dunkel hüllt, sondern die weltliche Machtorganisation der Nation, und in diesem Nationalstaat ist für uns der letzte Wertmaßstab auch der volkswirtschaftlichen Betrachtung die ‚*Staatsraison*‘(ebd.: 560f., Herv.i.O.).

Bereits in der Antrittsrede nimmt Weber die spätere Werturteilsproblematik vorweg, indem er die moderne „Überschätzung des ‚Ökonomischen‘“ kritisiert, die die grundsätzliche Heteronomie in der Wertsphäre ignoriert. Man denke, so Weber, dass die ökonomische Wissenschaft in der Lage sei, eigene „Ideale“ zu formulieren. Dies sei jedoch nur eine „optische Täuschung“, denn man vergesse, dass es eine unüberbrückbare Kluft zwischen empirischer Erkenntnis und Werturteil bestehe. Deshalb seien es „die *alten allgemeinen Typen menschlicher Ideale*, die wir auch in den Stoff unserer Wissenschaft hineintragen“ (ebd.: 563, Herv.i.O.).¹⁷¹ Für Weber, den selbstgenannten „ökonomischen Nationalisten“,

171 *Bernhard Harms* referierte 1914 diese Position Max Webers, ohne ihn explizit zu benennen: "Die Ideen der Naturrechtsphilosophie haben in der Sozialökonomik bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts fortgewirkt und machen sich - zumal in England - noch heute geltend. Eine starke Gegenströmung fanden sie auf dem Kontinent etwa von den vierziger Jahren ab durch das ihrem Wesen in erheblichem Maße konträre Nationalitätsprinzip, das, obwohl in Anschauungen fußend, auch auf die Wirtschaftswissenschaft übergriff und deren Zielsetzung beeinflusste. Das Verlangen nach ‚nationaler Wirtschaftspolitik‘ z. B. ist fast niemals rein ökonomisch, sondern daneben aus Anschauungen heraus begründet worden, die mit Wirtschaftswissenschaft nicht das Mindeste zu tun hatten. ... Die jüngeren unter den Sozialökonomern, nicht nur in Deutschland, vertreten mit aller Schärfe den Standpunkt, dass in der Wirtschaftswissenschaft die Forschung von der Anschauung getrennt werden muss. Und eben deshalb verwerfen sie jede politische Zielsetzung als angebliche Folgerung wissenschaftlicher Erkenntnis. Sie vertreten die Auffassung, dass es keine wissenschaftliche Methode gibt, mittels welcher allgemein gültige Direktiven für die Wirtschaftspolitik aufgestellt werden können, und dass deshalb politische Zielsetzung nicht das Ergebnis wissenschaftlicher

sind „die dauernden ökonomischen und politischen Machtinteressen der Nation über alle anderen Erwägungen zu stellen“ (ebd.: 565). Und das heißt für ihn im Zeitalter der Weltwirtschaft: *Weltpolitik betreiben*. Denn, so Weber mit Bezug auf England, die ökonomische Blüte einer Nation hänge direkt von ihrer „politischen Machtlage“ ab (ebd.: 566). Daraus ergibt sich die Frage nach der politischen Leitung der Nation, an die Weber seine innenpolitische Klassenanalyse des Deutschen Reiches anschließt: wer kann der deutschen Nation die Zukunft sichern? Die preußische Aristokratie (die Junker) kann das Reich nicht mehr führen, aber das Bürgertum und die Arbeiterschaft (den Massen gehört die Zukunft, davon ist Weber überzeugt) sind für diese Aufgabe noch unvorbereitet. Bismarck, „der letzte und größte der Junker“, habe zwar die äußere Einigung der Nation erreicht, dies hätte aber nicht zu ihrer inneren Einigung geführt. Und nachdem „der Schwerpunkt der politischen Intelligenz“ von den Gutshöfen des Ostens in die Städte gerückt wäre, betreibe das Bürgertum nur kleine Tagespolitik. Noch schlimmer sieht es bei der Führung der deutschen Arbeiter aus. Nur eine energische große Politik am Beispiel Englands und Frankreichs, meint Weber, kann deshalb die Provinzialität im Denken und Handeln von Bürgertum und Arbeiterschaft wegfegen und „die soziale Einigung der Nation“ herbeiführen: „Und weshalb ist das Proletariat Englands und Frankreichs zum Teil anders geartet? Nicht nur die ältere ökonomische Erziehungsarbeit, welche der organisierte Interessenkampf der englischen Arbeiterschaft an ihr vollzogen hat, ist der Grund: es ist vor allem wiederum ein politisches Moment: die Resonanz der Weltmachtstellung, welche den Staat stetig vor große machtpolitische Aufgaben stellt und den einzelnen in eine chronische politische Schulung nimmt, die er bei uns nur, wenn die Grenzen bedroht sind, akut empfängt. – Entscheidend ist auch für unsere Entwicklung, ob eine große Politik uns wieder die Bedeutung der großen politischen Machtfragen von Augen zu stellen vermag. Wir müssen begreifen, dass die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluss und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtpolitik sein sollte“ (ebd.: 571).

5.2.3. Globalisierung und Staatsräson

Welt-Begriffe kommen bei Weber relativ selten vor. Am häufigsten sprach er, im Kontext seiner vergleichenden religionssoziologischen Studien, von „Weltreligionen“, gelegentlich, vor allem in den politischen Schriften, auch noch von „Weltpolitik“ und an nur wenigen

Erkenntnis ist, sondern durch Anschauungen und Interessen bedingt wird, die mit Wissenschaft nichts gemein haben“ (Harms 1914: 15f.).

Stellen von „Weltwirtschaft“.¹⁷² Das soll jedoch nicht heißen, dass er die Globalisierungsprozesse, die um 1900 schon in vollem Lauf waren, etwa ignoriert hätte. Ganz im Gegenteil. ‚Globalisierung‘ und genauer: die Herausforderungen der ‚Globalisierung‘ für den jungen deutschen Nationalstaat, war ein Dauerthema seiner früheren Arbeiten. Die Frage nach den Folgen des global gewordenen und fest ‚im Sattel sitzenden‘ Kapitalismus, etwa für noch traditionell organisierte Sozialstrukturen, stand im Zentrum seiner wissenschaftlicher Interessen. Diese Frage bearbeitete Weber empirisch bereits in seinen Untersuchungen zur *Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland* (1892), deren Ergebnisse er dann in den Jahren danach in verschiedenen Kontexten immer wieder vortrug. Das Thema hier war die Transformation aus einer traditionell in eine kapitalistisch organisierte Arbeitsverfassung und die daraus entstehenden sozialen Folgen. Was geschah im deutschen Osten? Aufgrund der so genannten ‚Transportrevolution‘ bildete sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein funktionierender Weltmarkt für Agrarprodukte. Sinkende Transportkosten in Kombination mit der Erschließung riesiger Gebiete mit jungfräulichem Boden in der ‚Neuen Welt‘ führte zu einer regelrechten ‚Invasion‘ von überseeischem Getreide nach Europa. Damit trafen die deutschen Getreideproduzenten seit der Mitte der 1870er Jahre zunehmend auf eine extensiv wirtschaftende und generell billiger anbietende überseeische und russische Konkurrenz. Zuerst brachen die eigenen Exportmärkte weg, dann wurde auch der Wettbewerbsdruck auf dem heimischen Markt immer deutlicher spürbar. Da sich die auf dem globalen Markt angebotene Getreideproduktion explosionsartig ausweitete, die Nachfrage dagegen nur langsam anstieg, begannen die Preise kontinuierlich zu fallen. Der Weltmarktpreis für Weizen sank etwa, von 1873 bis auf seinen Tiefpunkt in 1894, um annähernd zwei Drittel. Schnell zeigte sich, dass die deutschen Getreideproduzenten, und hier insbesondere die Großbetriebe Ostelbiens als sehr marktabhängig, auf einem globalen Agrarmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Das löste in den östlichen Gebieten Preußens eine schwere Strukturkrise aus, die durch die Schutzzollpolitik der deutschen Regierung nur gelindert werden konnte.

In dieser Situation beschloss der *Verein für Sozialpolitik* eine empirische Untersuchung zur Lage der Landarbeiter in den deutschen Ostprovinzen durchzuführen, und Max Weber bekam den Auftrag die Ergebnisse auszuwerten. Sein Fazit lautete: die Sozialverhältnisse im Osten sind in einem irreversiblen Wandel begriffen, der sich grundsätzlich damit charakterisiert, dass an die Stelle der persönlichen Herrschaftsverhältnisse die unpersönliche Herrschaft auf Geldbasis tritt. Dies bedeutete die Zersetzung der traditionellen

172 So z. B. in seinem *Plan zu den Vorlesungen über allgemeine („theoretische“) Nationalökonomie* (1898). Hier lautet eine der Vorlesungen: „Die beginnende Weltwirtschaft und die Keime der Rückbildung“. Gemeint ist: die Rückbildung der Volkswirtschaft. Zu dieser Zeit dachte Weber noch in der Begrifflichkeit der Stufentheorien: „Das geographische Gebiet der Verkehrswirtschaften (Austauschwirtschaften) wechselt geschichtlich, es ist im Verlauf der Wirtschaftsgeschichte zunehmend (mit Rückschlägen) gewachsen und wächst (vorerst) weiter. Je nach diesem Gebiet spricht man z. B. von ‚Dorfwirtschaft‘, ‚Stadtwirtschaft‘, ‚Volkswirtschaft‘, ‚Weltwirtschaft‘“ (Weber 1990: 42).

Arbeitsverfassung, in der eine altüberlieferte Interessengemeinschaft zwischen dem in Naturalien bezahlten Landarbeiter (z. B. dem Instmann als Kleinproduzent) und seinem Grundherr gab, und ihre Umwandlung in eine kapitalistische, in der einen Klassenkampf zwischen in Geld bezahlten proletarisierten Landarbeitern und landwirtschaftlichen Unternehmern herrscht. Diese Entwicklung ist für Weber von objektiven Umweltfaktoren verursacht und wird den handelnden Akteuren aufgezwungen. Traditionell war der ostelbische Gutsherr kein gewöhnlicher Arbeitgeber, sondern ein politischer Autokrat, der die Arbeiter persönlich beherrschte. Sein Stand war kein Unternehmerstand, „sondern ein Stand von Grundherren, die über Land und Leute schalteten, wie eine Schar kleiner politischer Herrscher“ (Weber 1993: 325f.). Die Gutswirtschaft war dabei die ökonomische Grundlage seiner Herrschaftsposition, die ihm eine „satte“, politisch „sturmfreie Existenz“ verschaffte. Zwei Entwicklungen beendeten jedoch diese Konstellation. Zum einen wurde die soziale Stellung des Grundadels durch den Aufstieg des städtischen Großbürgertums herausgefordert: „Der Gutsbesitzer muss in seiner Lebenshaltung auf der Stufe stehen, welche das städtische ‚höhere‘ Bürgertum im Durchschnitt einnimmt, oder: er wird zum Bauern. – Nun heben sich aber seit 50 Jahren Lebenshaltung und Lebensansprüche der städtischen bürgerlichen Bevölkerung stetig in eminentem Maße, am meisten gerade diejenigen das Großbürgertums, als des bisherigen Hauptkonkurrenten der ländlichen Aristokratie um die politische Herrschaft. Der unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen selbstverständliche, ja unumgängliche Versuch, mit dieser Lebenshaltung gleichen Schritt zu halten, bildet für die breite Masse der östlichen Grundaristokratie ein Verhängnis, welches auch ohne alle Einflüsse der ausländischen Konkurrenz ihre wirtschaftliche Grundlage gefährden muss“ (Weber 1988c.: 472). Noch viel wichtiger war jedoch die zweite Entwicklung: der Konkurrenzdruck, der durch die „beginnende Verflechtung in die Weltwirtschaft“ entstand: „Mit der Beseitigung der Isolierung der Gutswirtschaften tritt die Notwendigkeit eines relativ weit größeren Gehorsams gegenüber den weltwirtschaftlichen Produktionsbedingungen gebieterisch an diese Betriebe heran. Die notwendigen Konsequenzen dessen für den Wirtschaftsbetrieb sind je nach der Gunst oder Ungunst der Boden- und klimatischen Verhältnisse, verschieden. Ein Teil des von der Natur in beiden Beziehungen besonders begünstigten Areals ist zweifellos in der Lage, im Wege eines hochintensiven Betriebes bei starkem Kapitalaufwand die internationale Konkurrenz aufzunehmen. ... Ein anderer und zwar der am ungünstigsten ausgestattete Teil des Areals ist weltwirtschaftlich wertlos und kann im Großbetriebe nur als Weiderevier für sehr extensive Viehzucht benutzt werden“ (ebd.: 475).

Unter diesen Bedingungen mussten sich die ostelbischen Gutswirtschaften also entweder kapitalistisch umorganisieren oder untergehen. Die Ausrichtung auf kapitalistische Produktion bedeutete aber: dass sich die ‚Physiognomie‘ der adligen Gutsbesitzer ändern

musste: „Überall aber finden wir eine gemeinschaftliche Erscheinung als Ergebnis der Situation: wo nicht auf die Dauer Zerschlagung in Kleinbetriebe oder Verödung als Weiderevier eintreten soll, da besteht die Notwendigkeit umfassender Steigerung der Kapitalintensität und eines Wirtschaftens unter kaufmännischen Gesichtspunkten, wie sie der traditionelle Grundherr im Osten nicht kannte. Mit anderen Worten: an die Stelle der Grundaristokratie tritt – mit oder ohne Personenwechsel – mit Notwendigkeit eine landwirtschaftliche Unternehmerklasse, die sich in ihren sozialen Charakterzügen von den gewerblichen Unternehmern prinzipiell nicht unterscheidet“ (ebd.: 476f.).¹⁷³ Die Umwandlung der ostelbischen Betriebe brachte auch eine Änderung in der Stellung der Landarbeiter mit sich: als das Arbeitsverhältnis noch nicht nach geschäftlichen Gesichtspunkten gestaltet wurde, geschah die Entlohnung größtenteils in Naturalien. Nicht so unter den neuen Bedingungen: das Streben nach möglichst hohem Unternehmergewinn fordert Geldlohn: „Diese Anteilsrechte am Ertrage fallen schon deshalb auf die Dauer notwendig fort, weil die gemeinwirtschaftliche Arbeitsverfassung mit ihren Anteilslöhnen die Isolierung des einzelnen Gutsbetriebes in wirtschaftlicher Beziehung voraussetzt. Von dem Ertrage des Gutes, das nach alter Art ohne besondere Anwendung von Maschinen, Kunstdünger, Drainage usw. bewirtschaftet wurde, konnte der Herr mit seinen Arbeitern annähernd behaupten: dieser Ertrag sei das Ergebnis ihrer Arbeit und nur dieser. Mit jeder Kapitalinvestierung schwindet dies Moment ... Damit verschwinden die auf dem Anteilsprinzip beruhenden Lohnformen, und zwar umso mehr als ihr Bestand in der Hauptsache die Folge mangelnden Betriebskapitals des Unternehmers und seiner darauf beruhenden Unfähigkeit, Geldlöhne zu zahlen, war. Gerade der Geldlohn ist aber das auf die Dauer unentbehrliche Korrelat jeder auf rein geschäftlicher Grundlage ruhenden Wirtschaftsverfassung und wird auch den landwirtschaftlichen Betrieben, zumal in Gestalt des nach der Leistung bemessenen Geldakkordlohnsystems, aufgezwungen“ (ebd.: 477f.).

Das Ergebnis der „Verflechtung in die Weltwirtschaft“ (bzw. „des Eindringens des Kapitalismus“) war nach Weber also, das zeigt er am Beispiel der Landarbeiterstudie, die Herausbildung einer ‚Zwei-Klassen-Gesellschaft‘, die mit der Ausweitung des freien Arbeitsvertrags und der Geldentlohnung einhergeht. Damit wandelte sich als „ein Phänomen von alles überragender Bedeutung“ der Charakter der Herrschaft auch auf dem Lande zunehmend um: an die Stelle der persönlichen Herrschaftsverhältnisse trat die unpersönliche Klassenherrschaft. Die Verantwortlichkeitsbeziehungen zwischen dem einzelnen Herrn und dem einzelnen Arbeiter waren im Verschwinden begriffen und Unternehmer und Arbeiter

173 Hier liegt eine innenpolitische Pointe: dass diese neue Klasse keine politische „Brauchbarkeit“ mehr hat. Denn ihr fehlt das, was Weber am Politiker am wichtigsten erscheint: „die Distanz von privatwirtschaftlichen Alltags-Interessenkämpfen“ (Weber 1984a: 378). Genau darin bestand für ihn die „innerliche“ Abkömmlichkeit“ des alten Grundadels, der ein Stand von „Großrentnern“ war, während der landwirtschaftliche Unternehmer „viel zu unmittelbar in diesen Kampf verflochtener Interessent“ ist (Weber 1993: 326).

agierten immer stärker als Typen ihrer Klasse: die alte „Interessengemeinschaft“ zerfiel und wurde durch einen „Interessenkampf“ ersetzt. An dieser Entwicklung war keine der Parteien schuld. Denn nicht nur der Arbeitgeber konnte die Verantwortung, die mit der patriarchalischen Herrschaft verbunden war, nicht mehr tragen, sondern auch der Arbeiter wollte keine Bevormundung mehr: „Nicht nur die Unternehmer, sondern ebenso auch die Arbeiter sind es, welche das Deputanten- statt des Instverhältnisses, den Geldlohn statt des Naturallohns, die rechtliche Ungebundenheit statt des Kontrakts bevorzugen, das scheint jetzt im allgemeinen völlig sichergestellt. Wie dem auch sei, jedenfalls zerfällt mit dieser Umwandlung eine notwendige Voraussetzung der patriarchalischen Herrschaft: die Interessenbeziehung zum einzelnen Gut. Die Unterschiede in der Stellung der einzelnen Kategorien von Arbeitern nivellieren sich, und die Person des Unternehmers wird für die ländlichen Arbeiter in ähnlicher Art ‚fungibel‘, wie sie es für die gewerblichen regelmäßig schon ist. Mit andern Worten, die Entwicklung führt zur stetigen Annäherung der ländlichen Arbeiterschaft an den Charakter einer in ihren wesentlichen Lebensbedingungen einheitlichen Klasse mit proletarischem Typus, wie die Industriearbeiterschaft sie bereits darstellt“ (ebd.: 489). Was wollen nun Arbeitgeber und Arbeiter auf dem Land? Die Grundbesitzer sind an genug vorhandenen, arbeitswilligen und vor allem billigen Arbeitkräften interessiert, während die Landarbeiter mehr Aufstiegschancen und vor allem eine selbständige Existenz anstreben. Ihre Interessen gehen also drastisch auseinander. Und wie wird der Kampf ausgetragen? Im Zeitalter des Weltverkehrs nicht anders als durch Mobilität. Als Ergebnis formt sich die Tendenz zur Beseitigung der ständigen einheimischen Arbeiterschaft. Weber formulierte schließlich eine ‚*Verdrängungsthese*‘, die besagte, dass die Aus- und Abwanderung der deutschen Landarbeiter aus den östlichen Provinzen durch die Unterbietungskonkurrenz der ausländischen (vorwiegend polnischen) Arbeiter mit ihren geringen Lohnansprüchen mitverursacht ist. Dazu verhalf auch der verstärkte Saisoncharakter der Produktion in den kapitalintensiv wirtschaftenden Großbetrieben. Hier war man nicht mehr, wie in der traditionellen Betriebsweise, an einer stabilen volljährigen Beschäftigung der Arbeiter interessiert, und das bedingte eine relative und schließlich absolute Abnahme der ständigen Arbeitskräfte.

Mit dem Eindringen des Kapitalismus kommen also für Weber die nationalen Gegensätze im Osten zur Geltung und diese fasst er als ein bevölkerungspolitisches Problem auf. Denn, wenn man den Großgrundbesitz im Osten in Kombination mit für den Weltmarkt produzierenden Großbetrieben beibehält, wird das unweigerlich zur Entvölkerung und Denationalisierung des Ostens führen: „Der moderne Betrieb fordert dazu heraus, die Gutswirtschaft zum Saisongewerbe umzugestalten, Arbeiter heranzuziehen, wenn Bedarf, und sie wieder abzustößen, wenn die Erntezeit vorüber ist; so entsteht das Wanderarbeitertum: an die Stelle der deutschen Instleute des Ostens tritt das Heer der

polnischen Nomaden“ (Weber 1993: 323). Die neue „Interessengemeinschaft“ zwischen Großgrundbesitzern, für die als kapitalistische Unternehmer nicht (wie früher) der Mensch, sondern nur seine Arbeitskraft zählt, und polnischen Wanderarbeitern, die eine generell niedrigere Lebenshaltung als die deutschen Landarbeiter gewohnt sind, ist die Gefahr, vor der Weber warnen will. Für ihn war dabei besonders irritierend, dass der preußische Landadel (nun als Klasse) seine exquisite politische und gesellschaftliche Machtstellung (als Stand) als Druckmittel im Klassenkampf mit den deutschen Landarbeitern missbrauchte, um seine rein wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen: durch Rekrutierung ausländischer Saisonarbeiter eine Lösung für die Arbeitskräfteprobleme ihrer Großbetriebe zu erreichen. Dafür wurde auch, wie sich Weber ausdrückt, die „*Polonisierung*“ weiter Teile des deutschen Osten billigend in Kauf genommen: „Es ist eine Frage der Zeit, wann der Moment gekommen sein wird, wo er (der Großgrundbesitz, K.A.) in seinem Auftreten gemeinschaftliche Sache mit den Polen wird machen *müssen*. Es ist auf die Dauer für ihn nicht möglich, die nationale Sache zu vertreten, wenn seine Arbeiter Polen sind. Er wird dem Schicksal nicht entgehen, dem österreichischen Magnaten mit alten deutschen Namen verfallen sind: er verliert zunächst die Gemeinschaft der nationalen Interessen mit seinen Hintersassen, und dann wird er derjenige sein, welcher nachgeben wird“ (Weber 1988c: 453). Diese Sachlage hat Weber wohl vor Augen, wenn er in seiner Antrittsrede auf „de(n) dunkle(n) Ernst des Bevölkerungsproblems“ hinweist und betont, dass die Zwänge der Weltwirtschaft den Kampf für die Behauptung der eigenen Kultur nicht gemildert, sondern erschwert habe, weil sie „materielle Interessen im eigenen Schoße der Nation als Bundesgenossen gegen deren Zukunft in die Schranken ruft“ (siehe oben, S. 241). Für ihn ist die Lage in Ostelbien gerade ein Beispiel dafür, wie das ökonomische „Produktionsinteresse“ mit dem politischen Interesse des Staates, mit der „Staatsräson“ also, kollidiert. Denn für die Großgrundbesitzer stehe vor allem die Frage im Vordergrund: „wie mit technisch möglichst vollkommenen Mitteln ein möglichst großen Quantum landwirtschaftlicher Güter erzeugt werden kann“ (Weber 1993: 334). Für den Staat hingegen sei das „Interesse an der Art der Dislokation der Bevölkerung des Landes“ maßgebend: „Es ist für die Zukunft der Nation nicht gleichgültig, wie sich die Bevölkerung zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Tätigkeit, zwischen der Stadt und dem Lande verteilt. Für uns ist die Landbevölkerung etwas ganz anderes als eine Bevölkerung, die dazu bestimmt ist, sich selbst und andere mit Getreide und Kartoffeln zu versorgen. Sie ist die physische Reserve, nicht nur der Stadtbevölkerung, sondern der Nation überhaupt“ (ebd.).

Eine kapitalistisch organisierte und für den Weltmarkt produzierende Landwirtschaft interessiert sich also und muss sich der kapitalistischen Wirtschaftslogik gemäß nur an Rentabilitäts- und Produktivitätsfragen interessieren. Sie will „Feldfrüchte und Vieh“ effizient produzieren und nimmt dafür den Schwung der deutschen Landbevölkerung im Osten in

Kauf: „Allein, nimmt man einmal diesen rein wirtschaftlichen Produktionsstandpunkt ein, so muss man noch weiter gehen und sagen: Unser landwirtschaftlicher Boden ist zum großen Teile ökonomisch überhaupt nicht wert, dass man ihn bebaut. Der Boden im Osten Preußens ist zum guten Teil derart, dass eine weltwirtschaftliche Produktionsorganisation getrost zwei Drittel des Landes als Wüste liegen lassen würde, wenn es sich nur darum handelte, die Welt mit Brot zu versorgen. Das liefern uns unsere ausländischen Konkurrenten billiger“ (ebd.). Unter diesem weltwirtschaftlichen Gesichtspunkt denkt Weber, dass das Staatsinteresse an einer zahlreichen deutschen Landbevölkerung im Osten vorrangig sein muss. Früher habe der alte patriarchalische Großbetrieb gerade diese Aufgabe erfüllt: „Fragen wir uns, welcher tiefe Sinn der historisch überkommenen Organisation der Landwirtschaft zu Grunde gelegen hat, wie sie unter der Gutswirtschaft in der Vergangenheit bestand, so finden wir: das Interesse des Staates und der Gesellschaft war das, eine herrschende Klasse zu haben, mit welcher der Staat regieren konnte, und untertänige Bauern und Landarbeiter, welche dieser Klasse die Mittel zu einer standesgemäßen Existenz und dem Staat die Soldaten lieferten. Es war absolut nicht das Produktionsinteresse oder ein Interesse an rationeller Bewirtschaftung des Grundes und Bodens dabei im Spiele. Und in der Tat hat der patriarchalische Großbetrieb des preußischen Ostens dieser Aufgabe genügt, jene herrschende Klasse zu sustentieren, daneben aber auch in seiner Weise in relativ großer Vollkommenheit die Aufgabe erfüllt, eine physisch kräftige Landbevölkerung zu erhalten“ (ebd.: 335). Heute jedoch, meint Weber, sei der patriarchalische Grundbesitz in diesen seinen Funktionen tot. Denn ‚Globalisierung‘ bringt der Landverfassung in Ostelbien nur Verfall und Auflösung: die adligen Großgrundbesitzer steigen zu einer Klasse von Agrarkapitalisten herab, die statt den Staat zu stützen, selbst seinen Schutz brauchen. Die Landbevölkerung wandert aus oder degradiert in ihrer physischen und seelischen Konstitution. Schließlich werden die Gutshöfe selbst von lokalen politischen Herrschafts- und Intelligenzzentren zu reinen Wirtschaftsbetrieben umgewandelt, die unter widrigsten Bedingungen Profit abwerfen müssen, und deshalb moderne ‚Sklaven‘ beschäftigen.¹⁷⁴

Eine intensivere Bodenkultur müsste in der Regel zur Steigerung der Zahl und Lebenshaltung der dort ansässigen Bevölkerung führen. In Ostelbien, wo im Gegensatz zum Westen und Süden Deutschlands der Großgrundbesitz stark vorherrscht, tritt aber das Gegenteil ein: „Wir sehen: die Konsequenzen planmäßiger ‚Verflechtung in die Weltwirtschaft‘ für die landwirtschaftlichen Betriebe des Ostens auf demjenigen Areal – dem

174 Die ‚Versachlichung‘ des Arbeitsverhältnisses wird im Saisonbetrieb auf die Spitze getrieben. Weber scheut daher auch keinen Vergleich mit der antiken Sklavenkaserne: „Das so geschaffene Material von Saisonarbeitern nützt nun der intensive Betrieb bis aufs äußerste aus. Die Akkordlöhne steigern die Leistung; aber der Wanderarbeiter ist auch an sich arbeitswilliger. Polnische Mädchen, welche in der Heimat kein noch so hoher Lohn zu energischer Arbeit anspricht, leisten auswärts Außergewöhnliches. Der Wanderarbeiter ist eben aus dem gesamten Ensemble seiner Familie und gewohnten Umgebung gerissen, er ist nur Arbeitskraft für den Gutsherrn wie in seinen eigenen Augen. Die Wanderarbeiterkaserne ist in ihrer Funktion das geldwirtschaftliche Analogon der antiken Sklavenkaserne“ (Weber 1988c: 492).

unzweifelhaft größten – welches zu intensiver Viehzucht nicht überzugehen vermag, sind, wenn sie Großbetriebe bleiben wollen, schon unter dem Gesichtspunkt der Bevölkerungsschichtung schwerwiegender Art. Gehen sie in Unterordnung unter die Gebote der internationalen Produktionsteilung zur extensiven Weidewirtschaft über, so sinkt der Nahrungswert der Bodenprodukte und die Bevölkerungsziffer. Gehen sie unter Steigerung der Bodenkultur zum intensiven Ackerbau über, so schränken sie die relative Bedeutung, teilweise auch die absolute Zahl der ständigen Arbeiter ein, befördern dagegen die Fluktuationen der Arbeiterschaft und gefährden damit die Stabilität der Gruppierung der Bevölkerung durch Entstehung eines modernen Nomadentums. Es kommt darin nur zu deutlich zum Ausdruck, dass die Konkurrenzfähigkeit der ausländischen Produzenten eben in dem niedrigeren Kulturniveau beruht, auf der ungeschwächten Belastung durch das soziale Ensemble, welches die Bevölkerungsdichtigkeit und die Lebensansprüche einer Bevölkerung mit älterer Kultur schaffen. Die landwirtschaftlichen Großbetriebe auf dem nicht besonders begünstigten Boden des Ostens müssten in der Bodenkultur und in dem sozialen Niveau der Arbeiter wie der Unternehmer eine Kulturstufe heruntersteigen können, um als Großbetriebe konkurrenzfähig zu sein“ (Weber 1988c: 493f.). Um für den Weltmarkt produzieren zu können, müssen die Menschen im Osten in ihren kulturellen und Lebensbedürfnissen, trotz Verbesserung der Produktionsweise, „heruntersteigen“, und nicht etwa „emporsteigen“. So wie die Großagrarier mit ausländischen Produzenten mit niedrigerem „Kulturniveau“ konkurrieren müssen, so müssen auch die deutschen Landarbeiter mit den anspruchsloseren Polen konkurrieren; und so muss schließlich die ganze Sozialstruktur im Osten diesen Weg gehen, wenn sie für den Weltmarkt tauglich sein will. Für Weber lohnt sich das aber nicht. Er ist überzeugt, dass man im Osten bevölkerungspolitische Ziele verfolgen muss. Deshalb fordert er in diesem Fall als staatspolitische Maßnahme die Abkopplung von dem Weltmarkt: zum einen die Schließung der deutsch-polnischen Grenze für ausländische Wanderarbeiter; zum zweiten die Parzellierung großer Teile des Großgrundbesitzes zugunsten der Ansiedlung deutscher Bauern („Innere Kolonisation“), die für lokale Märkte produzieren: „Auch jetzt scheint es nach den Berichten, dass gerade diejenigen Betriebe die existenzfähigsten sind, welche mit möglichst wenig fremden Kräften arbeiten und einen möglichst großen Bruchteil der Produkte selbst verzehren, welche also, von den Schwierigkeiten des 'Arbeitsmarktes' und den Preiskonjunkturen des Weltmarktes unabhängig, für ihren Produktionsüberschuss die lokalen Märkte aufzusuchen in der Lage sind“ (Weber 1984: 923).¹⁷⁵

175 „Prävalentes Ziel der von ihm befürworteten bäuerlichen Ansiedlungspolitik war die Schaffung eines breiten, über das Land dislozierten, existenzfähigen, deutschstämmigen Bauernstandes als ‚physische Reserve der Nation‘. An einer ‚gesunden kapitalistischen Landwirtschaft‘ (so Schluchter) im östlichen Deutschland hatte Weber dagegen kein hervorragendes Interesse. Ihm war durchaus bewusst, dass – legte man die einschlägigen Indikatoren wie betriebliche Modernisierung, Produktivität und Marktorientierung zugrunde – gerade die Großbetriebe des Ostens am weitesten auf dem Weg des Agrarkapitalismus vorangeschritten waren. Ein Übergang zum subsistenzwirtschaftlich orientierten Kleinbetrieb musste in dieser Hinsicht

5.2.4. Die Emporzüchtung einer Industrienation

Das, was Max Weber also in seinen Studien über Ostelbien beschrieb, war unter anderem ein negativer „Ausleseprozess“, der zum großen Teil durch die Zwänge des Weltmarktes verursacht und beschleunigt wurde: die ‚niedriger entwickelte‘ Nationalität (die Polen) scheint in diesem Fall zu siegen, „nicht trotz, sondern wegen seinen tiefstehenden physischen und geistigen Lebensgewohnheiten“ (Weber 1993: 553). Die Erhaltung einer exportorientierten landwirtschaftlichen Produktion in den ostelbischen Gebieten lohnte sich aus Webers Sicht also nicht: angesichts der globalen Konkurrenz würde dieses Bestreben, neben den hohen Kosten, die durch den Protektionismus von den Konsumenten (vor allem der städtischen Arbeiterschaft) zu zahlen werden, zu schwerwiegenden politischen und sozialen Missentwicklungen führen.¹⁷⁶ Allem voran fürchtete er die kulturellen Folgen. Denn oft kehrt sich die sozialdarwinistische Doktrin vom *survival of the fittest* ins Gegenteil: „Nicht immer – das sehen wir – schlägt, wie die Optimisten unter uns meinen, die Auslese im freien Spiel der Kräfte zu Gunsten der ökonomisch höher entwickelten oder veranlagten Nationalität aus“ (ebd.: 554). Die Volkswirtschaftspolitik darf sich deshalb nicht an vermeintlich objektiven, rein ökonomischen Prinzipien orientieren, wie es z. B. die Freihandelslehre tut. Und Weber selbst erklärt als Maßstab seines sozialpolitischen Denkens nicht etwa die ökonomische Produktivität, oder irgendwelche andere utilitaristische Zielsetzungen, sondern die *Erhaltung und Emporentwicklung der eigenen Nationalität*: „Das, was uns wertvoll erscheint am Menschen, die Selbstverantwortlichkeit, den tiefen Drang nach oben, nach den geistigen und sittlichen Gütern der Menschheit, den wollen wir hegen und stützen, auch wo er uns in seiner primitivsten Form entgegentritt. Wir wollen, soweit es in unserer Macht steht, die äußeren Verhältnisse so gestalten, nicht: dass die Menschen sich so wohl fühlen, sondern dass unter

eindeutig als Rückschritt erscheinen. Trotzdem wiesen Webers Kolonisationsvorschläge genau in diese Richtung – eben, weil für ihn bevölkerungs- und damit auch wehrpolitische Gesichtspunkte meilenweit über jedem Interesse an agrarischer Produktivität und einer nach kapitalistischen Prinzipien organisierten Landwirtschaft standen“ (Torp 1998: 72f.).

176 Den Charakter der überseeischen Konkurrenz schildert er konkret in einem Artikel über *Argentinische Kolonistenwirtschaften* (1894). Die Produktion in Argentinien, so Weber, wird wesentlich durch zwei Momente begünstigt: „die Jugendlichkeit des Bodens und die ebenso große Jugendlichkeit der sozialen Organisation“ (Weber 1993: 297). Dabei ist das zweite Moment entscheidender: „Um mit Wirtschaften wie den geschilderten konkurrieren zu können, müssten wir in dem Charakter unserer sozialen Struktur und in unserem Kulturniveau nicht herauf- sondern heruntersteigen können, auf dasjenige eines dünnbevölkerten halbbarbarischen Landes, wie es Argentinien noch ist“ (ebd.). Denn, wenn man dort überhaupt von einer „Arbeitsverfassung“ sprechen darf, „so ist deren Charakteristikum die extreme Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Betriebes zum Saisongewerbe“, infolgedessen dieses Verfahren eine „gänzlich unerreichbare Billigkeit“ hat (ebd.: 298). Sowohl die Unternehmer wie die Arbeiter („nomadisierende Barbaren“) sind in Argentinien ‚fungibel‘ (ja, sogar die Landeswährung selbst). Webers Fazit lautet: „Es ist, mit einem Wort, der Umstand, dass wir auf dicht besiedeltem Boden ein altes sesshaftes Kulturvolk mit alter, fein ausgeprägter und deshalb auch empfindlicher sozialer Organisation und typischen nationalen Kulturbedürfnissen sind, was uns in die Unmöglichkeit versetzt, mit diesen Wirtschaften zu konkurrieren. Man wird danach kaum Neigung verspüren, wie es so oft geschieht, das ohne weiteres als Symptom von Schwäche und wirtschaftlicher Rückständigkeit zu deuten. Ein Mann in den besten Jahren vermag nicht, ohne seine Knochen zu wagen, wie ein halbwüchsiger Straßenjunge Kobold zu schlagen und auf die Bäume zu klettern, und dennoch bleibt es dabei, dass er ein Mann ist und der andere ein Straßenjunge“ (ebd.: 299).

der Not des unvermeidlichen Existenzkampfes das beste in ihnen, die Eigenschaften, - physische und seelische - welche wir der Nation erhalten möchten, bewahrt bleiben“ (ebd.: 340, Herv.i.O.). Der letzte Maßstab, auch der Volkswirtschaftspolitik, sollte also nicht die Produktion (etwa von Weizen oder Früchte durch fremde Wanderarbeiter), sondern die höhere ‚kulturelle‘ Erziehung (bzw. die „Emporzüchtung“: die Formulierung ist analog zum Rübenbau) der eigenen Bevölkerung.

Führt aber eine Politik, die im Interesse der Großbetriebe im Osten steht, zur Erziehung der dort ansässigen Bevölkerung in höheren kulturellen Charaktereigenschaften? Bestimmt nicht. Webers innenpolitische Pointe zielt deshalb darauf, dass eine nationale Wirtschaftspolitik nicht nur den Interessen einer (herrschenden) Klasse zu dienen habe, sondern allen Klassen; indem sie diesen ermöglicht, ihre Interessen zu erkennen und sich selbst zu organisieren, so dass auf eigenen Füßen stehende kollektive Akteure entstehen. Für Weber wurde spätestens mit der Reichsgründung auch in Deutschland der Schritt vom Agrarstaat zum Industriestaat und vom Kulturstaat zum Machtstaat irreversibel vollzogen und dies war eine Tatsache, die man nicht ignorieren dürfte. Deshalb müssten neben den Interessen der Grundaristokratie auch die Interessen des Bürgertums, der Arbeiterschaft und der Bauernschaft berücksichtigt werden. Kurzum: ihm ging es also um die Autonomie und die Selbstorganisation der bürgerlichen Gesellschaft. Auch zwanzig Jahre nach der Gründung des deutschen Nationalstaats stritt man jedoch darum, ob die bestehenden Agrarverhältnisse und damit die ökonomische Basis des Großgrundbesitzes erhalten oder eine konsequente industriestaatliche Entwicklung gefördert werden soll? Webers Stellungnahme war hier eindeutig: „Die Entwicklung gehe über den Großgrundbesitz hinweg; um das Staatsinteresse an einer Erhaltung der deutschen Nationalität im Osten zu gewährleisten, das eben nicht mehr vom Großgrundbesitz vertreten werde, müsse ein weiteres Abwandern der deutschen Landarbeiter verhindert werden“ (Bielefeld 2003: 222). Für Weber ging also die ökonomische, politische und kulturelle Selbstbehauptung der deutschen Nation unter weltwirtschaftlichen Bedingungen notwendig mit der Stärkung der politischen Freiheiten im Innern zusammen. Nur ein freies Bürgertum, eine freie Arbeiterschaft und ein freies Bauerntum können diese Selbstbehauptung tragen als gesellschaftliche Kräfte, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Dazu bedarf es nach Weber vor allem eines institutionellen Rahmens, der eine Politik der rationalen Interessenvertretung und des rationalen Interessenausgleichs nach innen und nach außen zu stützen vermag. Webers Polemik gegen die Zulassung von fremden Saisonarbeitern beinhaltete somit nicht nur eine bevölkerungspolitische, sondern auch eine innenpolitische Pointe: „Für das ethnisch ganz und gar nicht homogene Kaiserreich wollte der junge Weber die Billiglohnkonkurrenz von Saisonarbeitern, also hauptsächlich Italienern und russischen Polen beschränken oder ausschalten und sozusagen ethnisch lösen. Er hoffte, dadurch und

allgemein durch Verlangsamung der (deutschen und polnischen) Binnenwanderung von Ost nach West die Industrielöhne auf englische Höhe bringen und die Entwicklung einer gewerkschaftlich organisierten Arbeiteraristokratie fördern zu können“ (Roth 2001: 46f.).

Vor 1914 stand Deutschland in seiner Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften an zweiter Stelle hinter den USA. Nicht nur im Osten, sondern auch im Westen gab es viele Gastarbeiter; nur die polnische Immigration im Osten wurde jedoch zum Problem. Der Grund war wohl, dass diese Frage in engem Zusammenhang mit der Debatte über die zukünftige Entwicklung des jungen Kaiserreichs stand. Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts entstand unter deutschen Ökonomen nämlich eine Diskussion, die sich generell um die Frage drehte, ob sich Deutschland zum ‚Industriestaat‘ entwickeln soll.¹⁷⁷ Da die weltwirtschaftliche Integration Deutschlands zu diesem Zeitpunkt bereits Tatsache war, verwundert diese Debatte heute viele Wirtschaftshistoriker. Die Industrialisierung war um 1900 schon so weit vorangeschritten, dass es eine echte Alternative zu ihrer Fortsetzung im Grunde nicht mehr gab. Die Agrarstaat-Industriestaat-Debatte muss jedoch vor dem Hintergrund der Anpassungsprobleme an die beschleunigte gesellschaftliche Modernisierung gesehen werden, denn die in ihr bezogenen Stellungnahmen betrafen vor allem das Problem des sozialökonomischen Strukturwandels. Max Weber nahm an der Debatte teil, und setzte sich für volles Engagement auf dem Weltmarkt ein. So führte er z. B. in seiner Kritik am Ökonomen *Karl Oldenberg* (1897) auf dem achten Evangelisch-sozialen Kongress mit Nachdruck das Argument, dass nur eine starke Industrialisierung ausreichend stehendes Kapital im Land schaffe, an das die schnell wachsende Bevölkerung gebunden sein kann. Die Frage nach der weltwirtschaftlichen Öffnung übersetzt er dabei erneut in eine Machtfrage: wollen wir eine Politik der nationalen Behaglichkeit oder eine solche der nationalen Größe treiben? Nach seiner Meinung gebe es zum Industrie- und Machtstaat gar keine Alternative: „Versuchen wir unser uns auferlegtes Schicksal abzulehnen, so wird ganz etwas anders als die ländliche Idylle des Kollegen Oldenberg bei uns sich entwickeln. Wenn man natürlich es hinnehmen will, dass infolge der Stilllegung der gewerblichen Entwicklung ... die Massenauswanderung uns unsere psychisch und physisch kräftigsten Männer aus dem Lande führt, dann kann man dem Rest, dem Bodensatz, ein solches ‚ländliches‘ Dasein bereiten, aber man muss sich eben klar sein, dass jene selbstgenügsame Politik ... praktisch nur bedeutet, dass Deutschland seinen besten Kindern zuruft: ‚Sucht euch eine andere Heimat, denn ich will Ruhe haben‘. Und wie es mit der ‚inneren Verarmung‘ im einen und in andern Falle steht, das ist schließlich Geschmacksache. Ich möchte Herrn Kollegen Oldenberg einmal vor die realen Vertreter jener von ihm nach Art der ‚Dorfgeschichten‘

177 „Darunter wurde ein strukturell in die Weltwirtschaft eingebundener Staat verstanden, der auf Bezugsquellen und Absatzmärkte im Ausland angewiesen war. Weltwirtschaftliche Integration erschien den Gegnern dieser Entwicklung als eine ‚Zwangslage‘, ja als ‚latente Fremdherrschaft‘, der Deutschland nur durch bewusste Beschränkung der Bedürfnisse und Produktionskapazität auf das im Binnenlande zu Erzeugende entinnen könne“ (Petersson 2004: 63).

geschilderten ‚Eigenwirtschaft‘ stellen, ihm einen kassubischen Kleinbauern präsentieren und dann sehen, wo, wenn er einen Arbeiter aus unserer ganzen Exportindustrie daneben stellt, er den ‚inneren Reichtum‘ finden wird. Am erstauntesten über die idyllischen Bilder, die er entrollte, würden wohl diejenigen sein, die in diesen ‚Eigenwirtschaften‘ zu existieren haben“ (Weber 1993: 630f.). Was würde aber passieren, wenn man die (Export)Industrie wirklich zu hemmen versucht? Würde damit etwa die kapitalistische Entwicklung für Deutschland gehindert? Nein, glaubt Weber, es würde nur die Bahn ändern, in der sich diese bewegt, und zwar in einer sehr unerfreulichen Richtung: „Hemmung der industriellen Entwicklung im Inlande bedeutet, dass in noch vermehrtem Maße das deutsche Kapital im Auslande Anlage sucht und die tatkräftigsten Elemente der industriellen Bevölkerung abfließen; faule Rentiers und eine stumpfsinnige traditionalistische Masse bleibt zurück; an die Stelle des Industrialismus, wie ihn ein gesunder Merkantilismus zu schaffen sich vorsetzt, wird der Rentenkapitalismus gesetzt“ (ebd.: 631f.).

Seine Überzeugung von der Notwendigkeit einer dezidierten kapitalistischen Entwicklung in Deutschland brachte Weber wohl am deutlichsten in seinen *Börsenschriften* (1894) zum Ausdruck. Er suchte hier nach Leitlinien für eine politische Rahmenordnung von Kapitalmarkt und Warenbörsen. In den 1890er Jahren waren die deutschen Börsen vorübergehend in das Zentrum heftiger politischer Auseinandersetzungen geraten. Politisch mächtige Interessenten (vor allem die Großagrarier), aber auch Wissenschaftler, drängten auf eine Reform des Börsenwesens. Es wurde die Forderung erhoben, der Gesetzgeber möge die Börsen staatlicher Aufsicht unterstellen und den Zugang zur Börse sowie die dortigen Geschäfte regulieren. Insbesondere sollten Börsentermingeschäfte als ‚spekulativ‘ (an Terminmärkten gehandelte Produkte waren nicht reale, sondern fiktive Güter) verboten oder zumindest drastisch eingeschränkt werden. Man musste also einen Kompromiss zwischen dem sozialpolitischen Ziel des Publikums- bzw. Anlegerschutzes und dem wirtschaftspolitischen Ziel der Sicherung der Funktionsfähigkeit der Märkte finden. Weber argumentierte auch hier mit Blick auf die internationale Konkurrenz. Er war sich zwar für die sozialpolitischen Konsequenzen unverantwortlichen Handelns an der Börse durchaus bewusst, ihm kam aber eine moralisch, sozial oder agrarpolitisch motivierte Herabdrückung der deutschen Börsen einer Gefährdung der machtpolitischen Position Deutschlands gleich. Denn eine starke Börse bedeute in erster Linie zwar größere Verdienstchancen für die Kaufleute des betreffenden Platzes, in zweiter Linie aber steigert sie auch die wirtschaftliche Bedeutung und die Macht des ganzen Platzes dem Ausland gegenüber.¹⁷⁸ Nicht die

¹⁷⁸ „Der Kaufmann an dem Platz mit großem Markt kann außerordentlich viel leichter den festen Ankauf großer Warensendungen vom Auslande her unternehmen, da er, in Folge der oben erörterten Möglichkeit sich gegen Preisschwankungen zu versichern, ein weit geringeres Risiko trägt. Und es bedeutet diese Steigerung der Machtstellung einheimischer Börsen im Verhältnis zu fremden, wie sie zweifellos durch den Terminhandel mit herbeigeführt wird, auch einen gewaltigen Machtzuwachs der finanziellen und damit der politischen Machtstellung des einheimischen Staatswesens“ (Weber 1988b: 315f.).

Sicherung der Kleinaktionäre, sondern die Stärkung der Nation für den internationalen Wettbewerb ist somit Webers Beurteilungskriterium. Deutschland könne als ein im Vergleich zu England und Frankreich kapitalarmes Land nur dann eine Rolle auf den Weltmärkten spielen, glaubt er, wenn an seinen Börsen das Termingeschäft (nach Ermittlungen der Börsenenquetekommission in 1892 waren über 90% aller Geschäfte Termingeschäfte) gepflegt werde. Es handele sich bei der Beurteilung von Börsenfragen für eine im ökonomischen Machtkampf begriffene Nation wie Deutschland, so Weber, nicht um Fragen der „Moralität“ irgendwelcher Spekulationsgeschäfte, sondern ganz allein um die technische Frage der Sicherung korrekter Preisbildung und um die politische Frage der Stärkung der deutschen Märkte auf Kosten anderer. Eine starke Börse hat für Weber also eine erhebliche Relevanz als Waffe im internationalen ökonomischen Kampf. Deshalb warnt er: wenn man das Termingeschäft an den deutschen Börsen, beim Fehlen einer internationalen Vereinbarung, einseitig verbietet, würde das lediglich dazu führen, dass die deutsche Wirtschaft von der Londoner City und der Wall Street aus dirigiert wird. Seine Börsenschriften zeigen also, wie stark sich in Webers Denken politische und wirtschaftliche Komponenten vermischten, und wie bei ihm überall die Vorstellung dominiert, dass unter den Bedingungen des globalen industriellen Wettbewerbs die Welt zu einer Arena geworden sei, auf der die Nationalstaaten ihre Machtinteressen mit allen Mitteln vertreten.¹⁷⁹

In diesem Sinne ist für Weber nicht weniger selbstverständlich als etwa für seine marxistisch geschulten Zeitgenossen, dass seine Zeit unter dem Vorzeichen von „Imperialismus“ steht: „Innerhalb eines jeden Nebeneinander politischer Gemeinschaften pflegen sich einzelne als ‚Großmächte‘ eine Interessiertheit an politischen und ökonomischen Vorgängen eines großen, heute meist eines die ganze Fläche des Planeten umfassenden, Umkreises zuzuschreiben und zu usurpieren“ (Weber 1980: 521). Die Grundlage für die Entstehung imperialistischen Expansionsdranges bildete nach seiner Auffassung die gegenseitige Rivalität politischer Machtgebilde, die zunächst in militärischen und politischen Formen auftritt, dann aber auch die wirtschaftliche Sphäre in sich begreift. Dabei sieht er anders als die marxistischen Theoretiker keine innere Affinität des modernen Kapitalismus zu imperialistischen Aktivitäten. Ökonomische Interessen, meint er, können zwar die Konkurrenz der ‚Großmächte‘ verschärfen, sie können aber auch der Machtdynamik entgegenwirken. In dieser Hinsicht unterscheidet Weber zwischen imperialistischem und pazifistischem Kapitalismus: „Welche ökonomischen Gegengewichte die imperialistischen kapitalistischen Interessen finden, hängt ... vor allem von dem Verhältnis der Rentabilität der

179 Trotz seiner oft kriegerischen Rhetorik, bezog sich Weber jedoch auf einen ausschließlich friedlichen, industriell verlaufenden Wettbewerb: „Auch im Weltkrieg blieb Weber bei seinem weltwirtschaftlichen Engagement. ... So wollte er den Krieg, den er anfangs als Wagnis zu rechtfertigen suchte, schnell beendet sehen, damit das deutsche Kapital nicht erschöpft und Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkt nicht für lange Zeit untergraben werde. Nichts fürchtete er mehr als einen Sieg des Rentnergeistes über den kapitalistischen Geist, wenn nach einem langen Krieg die Veteranen ihre Versorgungsansprüche erheben und das Bürgertum die Rückzahlung der Kriegsanleihen mit Zinsen fordern würden“ (Roth 2001: 35).

ersteren zu der [der] pazifistisch gerichteten kapitalistischen Interessen ab ... Der imperialistische Kapitalismus, zumal der koloniale Beutekapitalismus auf der Grundlage direkter Gewalt und Zwangsarbeit, hat im allgemeinen zu allen Zeiten die weitaus größten Gewinnchancen geboten, weit größer, als, normalerweise, der auf friedlichem Austausch mit den Angehörigen anderer politischen Gemeinschaften gerichtete Exportgewerbebetrieb“ (ebd.: 525). Unter bestimmten politischen Bedingungen – und diese sah Weber in seiner Gegenwart manifest gegeben – könnte der Kapitalismus deshalb imperialistische Züge annehmen. Die zunehmende Verlagerung der Gewinnchancen der Wirtschaft zugunsten monopolistischer Aufträge seitens des Staates, meint er, führe in diese Richtung: Heute „tritt auch diese ‚imperialistische‘ Richtung der Expansion wieder zunehmend an die Stelle der pazifistischen, nur ‚Handelsfreiheit‘ erstrebenden. Diese gewann nur so lange die Oberhand, als die privatwirtschaftliche Organisation der Bedarfsdeckung auch das Optimum der kapitalistischen Gewinnchancen nach der Seite des friedlichen, nicht – wenigstens nicht durch politische Gewalt – monopolisierten Güteraustausches verschoben hatte. Das universelle Wiederaufleben des ‚imperialistischen‘ Kapitalismus, welcher von jeher die normale Form der Wirkung kapitalistischer Interessen auf die Politik war, und mit ihr des politischen Expansionsdranges, ist also kein Zufallsprodukt, und für absehbare Zeit muss die Prognose zu seinen Gunsten lauten“ (ebd.: 526). Webers sozialimperialistische Forderung nach Weltpolitik steht wohl in Zusammenhang mit dieser „Prognose“, auch seine Stellung zum Aufbau einer deutschen Überseeflotte.¹⁸⁰ Denn, so seine Argumentation, unter den Bedingungen eines monopolisierten Güteraustausches werde die große Masse einer Nation (also: die Arbeiterschaft) ausschließlich auf denjenigen Ernährungsspielraum beschränkt sein, den ihr das Kapital und die Macht ihres Vaterlandes zu schaffen weiß. Die Erweiterung der Erwerbsmöglichkeiten der deutschen Bevölkerung sieht Weber deshalb nicht zuletzt als Funktion der politischen Macht des deutschen Staates. Mit einer Bevölkerung von 70 Millionen, so Weber, sei Deutschland eine politische und wirtschaftliche ‚Großmacht‘ und könne sich damit der Tatsache nicht entziehen, dass es sich in der Zwangslage befindet, sich gegenüber anderen Großmächten behaupten zu müssen. Webers sozialimperialistische Haltung war in diesem Sinne weniger eine Wertentscheidung zugunsten eines deutschen Machtstaates als vielmehr eine Realitätserkennung. Eine verantwortungsvolle Politik sollte zwar immer an letzten Werten verankert sein, seine letztgültige ‚Wertbeziehung‘, war aber die deutsche Nation, nicht der deutsche Staat. Machtpolitik rein als solche sah er als letztlich zur Nichtigkeit verdammt.

180 Das seine Meinung in seiner Sache über zwei Jahrzehnte konstant blieb, zeigt z. B. seine Stellungnahme zu der von der Allgemeinen Zeitung im Dezember 1897 veranstalteten Flottenumfrage: „Nur völlige politische Verzogenheit und naiver Optimismus können verkennen, dass das unumgängliche handelspolitische Ausdehnungsbestreben aller bürgerlich organisierten Kulturvölker, nach einer Zwischenperiode äußerlich friedlichen Konkurrerens, sich jetzt in völliger Sicherheit dem Zeitpunkt wieder nähert, wo nur die Macht über das Maß des Anteils der einzelnen Nationen an der ökonomischen Beherrschung der Erde und damit auch der Erwerbsspielraum ihrer Bevölkerung, speziell ihrer Arbeiterschaft, entschieden wird“ (Weber 1993: 671).

Obwohl Max Weber sich selbst bereits früh als einen „ökonomischen Nationalisten“ bezeichnete, unternahm er jedoch erst sehr spät den Versuch, sich mit ‚Nation‘ auch wissenschaftlich zu befassen. Und als er dies im Weltkrieg tat, musste er feststellen, dass ‚Nation‘ im Grunde eine ‚imagined community‘ darstellt, die aus einem spezifischen „Prestige-Empfinden“ ihrer Mitglieder hervorgeht. Das Lesen der entsprechenden Stellen in *Wirtschaft und Gesellschaft* erweckt den Eindruck, als ob er seine eigenen nationalpolitischen Wertungen der 1890er Jahre reflektiert: „Das Pathos dieser emotionalen Beeinflussung ... ruht auf dem Prestige-Empfinden, welches bei politischen Bildungen mit Erringen einer an Machtstellung reichen Geschichte oft tief in die kleinbürgerlichen Massen hinabreicht. Das Attachement an das politische Prestige kann sich mit einem spezifischen Glauben an eine dem Großmachtgebilde als solchem eignende Verantwortlichkeit vor den Nachfahren für die Art der Verteilung von Macht und Prestige zwischen den eigenen und fremden politischen Gemeinschaften vermählen. Es ist selbstverständlich, dass überall diejenigen Gruppen, welche innerhalb einer politischen Gemeinschaft sich im Besitze der Macht, das Gemeinschaftshandeln zu lenken, befinden, sich am stärksten mit diesem idealen Pathos des Macht-Prestiges erfüllen und die spezifischen und verlässlichen Träger einer ‚Staats‘-Idee als der Idee eines unbedingte Hingabe fordernden imperialistischen Machtgebildes bleiben. Ihnen zur Seite treten ... die teils indirekt materiellen, teils ideellen Interessen der innerhalb eines politischen Gebildes und durch dessen Existenz irgendwie ideell privilegierten Schichten. Das sind vor allem diejenigen, welche sich als spezifische ‚Teilhaber‘ einer spezifischen ‚Kultur‘ fühlen, welche im Kreise der an einem politischen Gebilde Beteiligten verbreitet ist. Das nackte Prestige der ‚Macht‘ wandelt sich jedoch unter dem Einfluss dieser Kreise unvermeidlich in andere, spezifische Formen ab, und zwar in die Idee der ‚Nation‘“ (ebd.: 527f.). ‚Nation‘ sei ein Begriff, so Weber, der unmöglich „nach empirischen gemeinsamen Qualitäten der ihr Zugerechneten definiert werden kann“. Er besage nur, „dass gewissen Menschengruppen ein spezifisches Solidaritätsempfinden anderen gegenüber zuzumuten sei, gehört also der Wertsphäre an“ (ebd.: 528). Wie jene Gruppen abzugrenzen seien oder welches Gemeinschaftshandeln aus jener Solidarität zu resultieren habe, bleibe unklar. „Immer wieder“ jedoch, „finden wir uns bei dem Begriff ‚Nation‘ auf die Beziehung zur politischen ‚Macht‘ hingewiesen, und offenbar ist also ‚national‘ – wenn überhaupt etwas Einheitliches – dann eine spezifische Art von Pathos, welches sich in einer durch Sprach-, Konfessions-, Sitten- oder Schicksalsgemeinschaft verbundenen Menschengruppe mit dem Gedanken einer ihr eigenen, schon bestehenden oder von ihr ersehnten politischen Machtgebildeorganisation verbindet, und zwar je mehr der Nachdruck auf ‚Macht‘ gelegt wird, desto spezifischer“ (ebd.: 244). Nation und Staat gehören also eng zusammen: sehr oft ist das Nationalgefühl nur Folge der Konstituierung eines Staates.¹⁸¹

181 „Hinter den unklaren Begriffen von Stamm, Volk und Ethnie steckt die politische Gemeinschaft. Es sind

Denn erst gemeinsame politische Kämpfe führen zur Umdeutung der rationalen Vergesellschaftung in Vergemeinschaftung. Die sekundäre Verbrüderungsgemeinschaft der Nation entsteht auf dieser Grundlage: „Gemeinsame politische Schicksale, d. h. in erster Linie gemeinsame politische Kämpfe auf Leben und Tod, knüpfen Erinnerungsgemeinschaften, welche oft stärker wirken als Bande der Kultur-, Sprach- oder Abstammungsgemeinschaft. Sie sind es, welche ... dem ‚Nationalitätsbewusstsein‘ erst die letzte entscheidende Note geben“ (ebd.: 515).

Die Idee der Nation bezieht sich also in der Regel auf eine politische Gemeinschaft und ihre Machtorganisation. Dabei bemerkt Weber, dass besonders die intellektuellen Schichten dazu prädestiniert seien, die „nationale“ Idee zu propagieren, indem sie diese an bestimmten „Kulturgüter(n)“, gar an einer spezifischen „Kultur“-Mission“ verankern (ebd.: 530). In diesem Sinne handelt er auch selbst, wenn er z. B. im Weltkrieg den deutschen Machtstaat in seiner Rolle als Schutzschild der eigenen (und anderer kleinerer Staaten) Kultur verteidigt. Die Kultur einer großen Nation, meint er, unterscheidet sich unvermeidlich von der einer kleinen; ihre Kultur hat eben immer eine starke politische Dimension, da große Nationen Verantwortung für die Kultur der Zukunft tragen: „Die Anforderungen ..., welche an ein machtstaatlich organisiertes Volk ergehen, sind unentrinnbar. Nicht die Dänen, Schweizer, Holländer, Norweger würden künftige Geschlechter, unseren eigenen Nachfahren zumal, verantwortlich machen, wenn kampflös die Weltmacht - und das heißt letztlich: die Verfügung über die Eigenart der Kultur der Zukunft - , zwischen den Reglements russischer Beamten einerseits und den Konventionen der angelsächsischen ‚society‘ andererseits, vielleicht mit einem Einschlag von lateinischer ‚raison‘, aufgeteilt würde. Sondern uns. Und mit Recht. Weil wir ein Machtstaat sind, und weil wir also, im Gegensatz zu jenen ‚kleinen‘ Völkern, unser Gewicht in dieser Frage der Geschichte in die Waagschale werfen können, - deshalb eben liegt auf uns, und nicht auf jenen, die verdammte Pflicht und Schuldigkeit vor der Geschichte, das heißt: vor der Nachwelt, uns der Überschwemmung der ganzen Welt durch jene beiden Mächte entgegenzuwerfen. Lehnten wir diese Pflicht ab, - dann wäre das Deutsche Reich ein kostspieliger eitler Luxus kulturschädlicher Art, den wir uns nicht hätten leisten sollen und den wir so schnell wie möglich zugunsten einer ‚Verschweigerung‘ unseres Staatswesens: einer Auflösung in kleine, politisch ohnmächtige Kantone, etwa mit kunstfreundlichen Höfen, wieder beseitigen sollten, - abwartend, wie lange unsere Nachbarn

Begriffe, die sich auflösen, sich verflüchtigen, schaut man genau hin. Gleiches gilt für den ‚mit pathetischen Empfindungen für uns am meisten beschwerten Begriff: denjenigen der ‚Nation‘, sobald wir ihn soziologisch zu fassen suchen‘. Auch hinter diesem Begriff steht nichts Eindeutiges. Er bezieht sich meist nur direkter auf Staat und Macht, so dass der Begriff des Nationalstaates für Weber identisch geworden war mit dem des Staates. Die Nation kann Sprachgemeinschaft sein, muss es aber nicht. Typisch ist hingegen, dass ihr die Sprachgemeinschaft folgt, sie also nicht Voraussetzung, sondern Folge der nationalstaatlichen Organisation ist. Sie kann Kulturgemeinschaft sein, muss es aber nicht. Die Kultur kann ‚einigendes Band‘ sein, aber auch hier meist eher als Folge der politischen Gemeinschaft. Der Nationalstaat ist aus soziologischer Perspektive eine der Voraussetzungen der Entstehung sprachlicher und kultureller Gemeinsamkeiten, deren Bedeutung mit der Demokratisierung von Staat, Gesellschaft und Kultur zunimmt“ (Bielefeld 2003: 244).

uns diese beschauliche Pflege der Kleinvolk-Kulturwerte, die dann für immer der Sinn unseres Daseins hätten bleiben sollen, gestatten würden“ (Weber 1984: 96).

Soll uns nun eine solche Stelle sagen, Max Weber sei ein deutscher Kulturnationalist gewesen? Bestimmt nicht. Denn Weber, so z. B. Stefan Breuer, habe nie an einen deutschen ‚Sonderweg‘ geglaubt. Vielmehr habe er an westeuropäische Denktraditionen angeschlossen, wenn er etwa die Deutschen dazu erziehen wollte, politisch mündige Bürger zu werden: „Es ist richtig, gegenüber den naturrechtlichen Begründungsmustern des westlichen Liberalismus hielt Weber eine tiefe Distanz; sie erschienen ihm weitgehend als Fiktionen oder ‚höchst künstliche Konstruktionen‘. Diese Distanz gilt jedoch nur für den Wissenschaftler Weber, nicht für den Politiker bzw. den politischen Publizisten. Wann immer er in der Rolle des letzteren auftritt, setzt er sich leidenschaftlich für die Schaffung oder Bewahrung einer ‚individualistischen Kultur‘ ein, für die ‚Durchdringung der Massen mit dem alten individualistischen Grundgedanken der ‚unveräußerlichen Menschenrechte‘, auch wenn dies, wie in Russland, einen Kampf gegen den Strom der materiellen Konstellationen bedeutet. ‚Wir dürfen nicht vergessen‘, schrieb er im Januar 1905 an Harnack, ‚dass wir den Sekten Dinge verdanken, die niemand von uns heute missen könnte, Gewissensfreiheit und die elementaren Menschenrechte, die uns heute selbstverständlicher Besitz sind. Nur radikaler Idealismus konnte das schaffen“ (Breuer 1994: 137). Der Wertmaßstab, an dem sich Weber orientiert, ist also nicht bloß die, wie auch immer gefasste, ‚kulturelle Eigenart‘ der eigenen Nation, sondern ihre politische, ökonomische etc., überhaupt ‚gesellschaftliche‘ Entwicklung. Und diese fasste er nicht anders als Spencer und Durkheim als Entwicklung zu einer *individualistisch* geprägten Gesellschaft. Denn er wusste genau, dass die Moderne nicht durch emotionale Vergemeinschaftung wie das Pathos der ‚Nation‘, sondern durch rationalisierte Ordnungen gekennzeichnet ist: „Gewiss, auch Weber hat der Gemeinschaftsrhetorik zeitweise seinen Tribut gezollt, am nachhaltigsten in der ‚Zwischenbetrachtung‘ von 1916, in der der Krieg zum großen Sinnstifter verklärt wird und in drei Sätzen sechsmal das Wort Gemeinschaft in den mannigfaltigsten Kombinationen auftaucht; und gewiss auch hat er die Interessen Deutschlands in dieser Zeit (wie auch danach) in einer Weise vertreten, die man kaum anders als nationalistisch bezeichnen kann. Und doch ist damit nur ein Aspekt, und zwar, wie ich denke, der weniger wichtige getroffen. Viel entscheidender ist, dass Weber bei aller Gemeinschaftsrhetorik nicht den Blick dafür verliert, dass es sich um eine außeralltägliche Erscheinung handelt, die auf die Ausnahmesituation des Krieges beschränkt ist, daher nicht dauerhaft an die Stelle der Alltagsordnungen des rationalen Interessenausgleichs treten kann. Weber hat nicht im Zweifel gelassen, dass die Vergemeinschaftung die Vergesellschaftung nicht ersetzen kann, dass es vielmehr erforderlich ist, auf die Entwicklungstendenzen der letzteren Einfluss zu nehmen, ‚solange es Tag ist‘; und dass diese Einflussnahme sich von einem, mit Luhmann

zu reden, höchst alteuropäischen Wert leiten lassen muss – der Freiheit“ (Breuer 1996: 241).

In der neueren Weber-Forschung hat sich wohl Günther Roth am meisten darum bemüht, das gängige Bild vom ‚notorischen Nationalisten‘ Weber zu revidieren. Ihm zufolge sei die andere Seite des deutschen Soziologen – seinen Kosmopolitismus – bisher nicht adäquat anerkannt worden. In seiner Untersuchung zu *Max Webers Familiengeschichte* (2001) zeichnete Roth deshalb ein detailliertes Bild der kosmopolitischen Bourgeoisie des 19. Jahrhunderts und zeigte Webers Verwurzelung in ihre Gedankenwelt auf: „Auf beiden Seiten war Weber mit Handelsfamilien verwandt, die eine bedeutende internationale Rolle spielten. Es gehört zur Standardbiographie, wie sie von Marianne Weber initiiert wurde, dass er väterlicherseits vom exportorientierten Bielefelder Leinenpatriziat abstammte. Lange wurde ungenügend beachtet, dass die Frankfurter Sauchays, denen er mütterlicherseits entstammte, im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts eine der reichsten anglo-deutschen Familien war. Auch wurde allgemein nicht wahrgenommen, dass Weber mit den Antwerpener Bunes verwandt war, die schon vor dem Ersten Weltkrieg ein Handelsimperium aufgebaut hatten, das noch heute zu den reichsten Privatfirmen der Welt gehört“ (Roth 2001: 29). Nach Roth habe sich Weber zwar in den 1890er Jahren gegen einen „sentimentalen Kosmopolitismus“ ausgesprochen, der wichtige kulturelle Unterschiede zu negieren schien, aber seine weltanschauliche Grundposition sei im Gegensatz etwa zu Sombart und anderen Zeitgenossen nicht kulturpessimistisch oder anti-westlich gewesen: „Seine Sicht der Moderne blieb zukunfts offen. Unsentimental und antiromantisch verteidigte er den Universalismus der modernen Wirtschaft und Wissenschaft und des modernen Verfassungsstaates gegen die patriarchalischen, patrimonialen und hierokratischen Herrschaftsformen von Vergangenheit und Gegenwart. Freiheit von persönlicher Abhängigkeit war der entscheidende Wert der Moderne. Nichts hasste Weber so sehr wie den passiven und aktiven Autoritarismus des Kaiserreichs. Dieser Hass war auch ein Beweggrund für die Abfassung seiner berühmten Studie ‚Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus‘, welche die angel-sächsische Geschichte als Gegenbild zur deutschen idealisierte: ‚Dass unsre Nation die Schule des harten Asketismus niemals, in keiner Form, durchgemacht hat, ist ... der Quell alles desjenigen, was ich an ihr (wie an mir selbst) hassenswert finde‘“ (ebd.: 30). Die allein mögliche Wirtschaftspolitik Deutschlands im Zeitalter des Kapitalismus habe Weber, so Roth weiter, in der entschlossenen Durchführung der industriellen Entwicklung gesehen. Gegen die antikapitalistischen Rechte habe er darauf bestanden, dass Deutschland nicht zu viel, sondern zu wenig Kapital und Industrie habe. Schließlich sei Weber überzeugt gewesen, dass Deutschlands Zukunft von seiner Konkurrenzfähigkeit in der Weltwirtschaft, und nicht etwa von militärischen Abenteuern, abhing. Für ihn sei es selbstverständlich gewesen, dass unter den Bedingungen der Moderne nicht der Krieg, sondern der formal friedliche Kampf zwischen den Nationen das

Normale sei. In Webers nationalistischer Haltung stecke letztlich, so Roth, eher ein taktisches Kalkül: „Seine Rhetorik gab sich betont anti-antikapitalistisch, eine Attitüde, die er auch generell gegenüber den Modernitätskritikern einnahm, gegen deren Antisemitismus, Antiamerikanismus und Anglophobie er so vehement ankämpfte. Seine politischen und wirtschaftspolitischen Äußerungen sind fast immer mit dem taktischen Kalkül verbunden, wie man ein skeptisches oder feindseliges Publikum hauptsächlich von Kulturprotestanten ‚herumkriegen‘ und ‚erziehen‘ kann. ... Weber gebrauchte den Appell an das allgemeine Nationalinteresse als den großen Knüppel, den er über alle soziale Gruppen und organisierte Interessen schwingen konnte, und dies in einem Land, dessen Mehrheit weder die parlamentarische Regierung noch die kapitalistische Weltwirtschaft noch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung akzeptieren wollte. Nur eine extreme nationale Attitüde konnte ein jüngeres Mitglied des Establishments legitimieren“ (ebd.: 39).

Ein Kosmopolit im klassischen Sinne des Wortes war Weber allerdings nicht. Und dies war bestimmt eine Folge seiner tiefen Verwurzelung in der deutschen nationalökonomischen Tradition. Wo und wann er nur konnte, setzte sich Max Weber gegen den Kosmopolitismus der älteren Verfechter der Freihandelslehre. Diese Lehre litt seiner Ansicht nach am grundlegenden Fehler, so der Artikel über die Kolonistenwirtschaften in Argentinien (siehe oben, S. 251, Fn. 178), die Bedingtheit der ökonomischen Gesetze zu ignorieren, indem sie „die gänzlich irrealen Voraussetzung der internationalen Kulturgleichheit“ postuliert; „der gleiche Fehler, den der Internationalismus in jeder Form, auch in der des internationalen Sozialismus begeht“ (Weber 1993: 302). Die Ungleichheit in der Kulturentwicklung der Völker ist für Weber letztlich das entscheidende Argument dafür, in allen sozialpolitischen Fragen den nationalen (und nicht den kosmopolitischen) Gesichtspunkt zu wählen: „In ihren letzten Konsequenzen ist die Weltwirtschaft der Freihandelslehre ohne den Weltstaat und die volle Gleichheit des Kulturniveaus der Menschheit eine Utopie; der Weg dahin ist weit“ (ebd.: 303). Also: die wirkliche Existenz einer ‚Weltgesellschaft‘ würde aus Webers Sicht eine Angleichung des ‚Kulturniveaus‘ aller Völker voraussetzen. So etwas nimmt er jedoch nicht einmal als anzustrebende Vision wahr. Was er hingegen real vor Augen hat, das ist eine Welt von Nationalstaaten, die sich durch ihre nationalen Interessen leiten lassen und sich in der Regel gegenseitig zu übertrumpfen versuchen. Deshalb forderte er – und das, gerade weil er sich der multiethnischen Dimension des globalen Kapitalismus bewusst war – die Weiterführung einer pragmatischen nationalen Wirtschaftspolitik, die die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der eigenen Nation in den Mittelpunkt stellt. Einen wichtiger Aspekt dieser Politik sah er, wie die Landarbeiterstudien zeigen, in der Bevölkerungs- und Migrationsproblematik liegen, die er zum Teil durch ethnische Exklusion auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu lösen glaubte: „Er sah eine Kulturbedrohung in der ‚Einwanderung aus den unkultivierten Gegenden aus Europa‘. Für die Vereinigten Staaten

hielt er das Problem der Kulturungleichheit für noch größer als für Deutschland. Mit vielen seiner amerikanischen Zeitgenossen unterschätzte er die enorme Integrationskraft dieser Immigrationsgesellschaft“ (Roth 2001: 46).

Schluss

Während für die Klassiker des Faches Eigenart und Entstehung der Moderne im Vordergrund standen, sind in den letzten Jahrzehnten jedoch die Transformationen und Veränderungen der Moderne selbst in den Mittelpunkt soziologischer Fragestellungen gerückt.¹⁸² Ein Teil dieser aktuellen Problematik ist die Untersuchung der globalen Verbreitung moderner Strukturen, die sich mit den Konzepten von ‚Globalisierung‘ und ‚Weltgesellschaft‘ verbindet. Vor dem Hintergrund dieser neuen Ansätze werden immer wieder Stimmen laut, die von einer angeblichen methodologischen Fixierung des Gesellschaftsbegriffs auf die Nation (bzw. den Nationalstaat) in der klassischen Gesellschaftstheorie sprechen. Man will sich davon absetzen und hat dafür, kritisch besetzt, den Begriff des „methodologischen Nationalismus“ eingeführt (Smith 1983; Glick-Schiller/Wimmer 2003; Beck 2004). Dass dieser Vorwurf jedoch nicht ohne weiteres auf die Soziologie um 1900 zutrifft, wollte diese Arbeit zeigen. Der Begriff der Gesellschaft, wie ihn das 19. Jahrhundert etablierte, hatte seinen Halt und Sinngehalt an Gegenbegriffen: einerseits war es das Individuum bzw. die Summe der Individuen, denen gegenüber die Gesellschaft etwas mehr sein sollte; andererseits war es auch der Staat, von dem man die Gesellschaft unterschied. Dessen ungeachtet wurde der Gesellschaftsbegriff typisch an ‚die Nation‘ angelehnt und an ihren jeweiligen kulturellen Besonderheiten. Die entstehende Soziologie war, so Ulrich Bielefeld, für die Gegenwart der nationalen Gesellschaft zuständig und wurde damit, zusammen mit der Geschichtswissenschaft, zu einer institutionalisierten Form der Selbstthematizierung der Nation: „Sosehr die klassische Theorie seit oder mit Hegel die bürgerliche Gesellschaft dem Staat gegenüber stellte, Staat und Gesellschaft trennte, so sehr ging die klassische Soziologie, wie wir gesehen haben, von Gesellschaften als nationalen aus, wurde im Begriff der Gesellschaft keine Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Nation und schließlich auch meist Gesellschaft und Staat gemacht: Gesellschaften wurden national als integrierte und begrenzte vorgestellt“ (Bielefeld 2003: 97). Die nationale Begrenzung des Gesellschaftsbegriffs im 19. Jahrhundert stand tatsächlich wohl im Zusammenhang mit der wechselseitigen Konstituierung von Nationalstaat und Sozialwissenschaft. Doch zur Verankerung des Nationalstaats als soziologischer Analyseeinheit hat nicht sosehr die Soziologie um 1900 beigetragen als die in den 1950er Jahren entstandene Modernisierungstheorie. Denn die Kopplung von

182 „Heutige Studien gehen indes über die soziologische Klassik hinaus. Denn ihren Bezug auf einen globalen Horizont stellen sie nicht mehr über die Unterscheidung von Tradition und Moderne her. Ihnen zufolge besteht die Modernität der modernen Gesellschaft gerade darin, dass sie alle Unterscheidungen aus sich selbst heraus zu begründen hat. Weltgesellschaftliche Konzepte beziehen diesen Befund auf einen globalen Rahmen, d. h., sie postulieren Interdependenzen und wechselseitige Beobachtungsverhältnisse, aufgrund derer ein weltweites Maß für den Vergleich und damit für den Unterschied allererst möglich wird. Die internen Differenzierungen der Weltgesellschaft werden aus dieser Gesellschaft selbst erklärt“ (Wobbe 2000: 76).

Nationalstaat und Gesellschaft war am Ende des 19. Jahrhunderts noch nicht befestigt und erst in der Modernisierungstheorie wurden nationale Gesellschaften ausdrücklich als Träger des Zentralwerts der Entwicklung und als Bezugseinheiten für Modernisierungsprozesse konzipiert.

Dass die klassische Soziologie Nation und Gesellschaft nicht auseinanderhalten konnte, hängt nach Bielefeld vor allem damit zusammen, dass die Nation als eine soziale Praxis der gesellschaftlichen Organisation des Politischen in ganz besonderem Maße dazu fähig sei, bei gegebener Differenzierung Gemeinschaftseffekte zu produzieren: „Geht man von einer doppelten Konstituierung moderner Gesellschaften als kapitalistisch-industrielle und als nationalstaatliche aus, so hat die Soziologie meist die nationalstaatliche Verfasstheit moderner Gesellschaften vorausgesetzt“ (ebd.: 251). In dieser Arbeit wurde allerdings gezeigt, dass die Soziologen der ersten Generation keineswegs ‚staatsfixiert‘ waren. Im Gegenteil: sowohl Spencer wie auch Durkheim und Weber behaupten eine Schlüsselstellung der Ökonomie für das Verständnis der modernen Gesellschaftsordnung und –dynamik. Vor dem historischen Hintergrund der Zeit gesehen, konnte es auch nicht anders sein. Denn zwar erlangten Staatsgrenzen im 19. Jahrhundert zunehmende Bedeutung, weil der Staat mehr von seinen Bürgern forderte (Wehrpflicht) und ihnen auch mehr bot (Sozialhilfe), aber auch die durch die Revolutionierung des Verkehrs- und Kommunikationswesens betriebene ‚Globalisierung‘ war am Ende des Jahrhunderts bereits eine Realität, welche die führenden Industriestaaten vor einer Herausforderung stellte.¹⁸³ Die Umschaltung der gesellschaftlichen Differenzierungsform, die den Durchbruch zur Moderne kennzeichnet, demonstrieren alle drei Klassiker allem voran am Beispiel der sich gesellschaftlich durchsetzenden Marktwirtschaft. Es ist ihre gemeinsame Annahme, dass die Dynamik moderner Gesellschaften stark von Entwicklungen in der Wirtschaft bestimmt ist. Ohne von einem gesellschaftlichen Primat des Ökonomischen wie Marx auszugehen, teilen sie jedoch seine Prämisse, dass es für die moderne Wirtschaft tendenziell nur einen einzigen Markt – den Weltmarkt – gibt. Damit zeigt sich ihr Gesellschaftsbegriff durchaus nicht fest am Nationalstaat gebunden. So bildet bei Spencer die *industrial society*, deren primäre Form sozialer Beziehung Tausch und Kontrakt sind, letztlich eine potenzielle „private world-society of individual interests“ (Luhmann 1975: 57). Auch Durkheim teilt die Ansicht, dass moderne Gesellschaften „im wesentlichen industrielle Gesellschaften sind oder dahin streben, es zu werden“ (Durkheim 1988: 44). Internationale Organisationen auf Berufsbasis sieht er

183 So entstanden nach *Werner Abelshauser* (2001) die meisten Institutionen des deutschen „Produktionsregimes“ gerade als Reaktion auf die Herausforderungen der ersten Globalisierungswelle um 1900. Es waren vor allem die aufkommenden Neuen Industrien, welche die Globalisierungsdynamik verkörperten. Sie unterschieden sich von den ‚alten‘ Industrien der industriellen Revolution durch einen hohen und wachsenden Anteil immaterieller Wertschöpfung, den sie vor allem dem Einsatz wissenschaftlicher Methoden der Produktion verdankten. Die chemische Industrie, die Elektrotechnik und der Maschinenbau entsprachen am klarsten diesem neuen Muster der Produktion. Weltmarktorientierung und hohe Exportquoten zählten von Anfang an zu ihren unverwechselbaren Kennzeichen.

dementsprechend als wichtige institutionelle Träger einer transnationalen (zuerst europäischen) Vergesellschaftung. Schließlich ist auch für Weber die moderne kapitalistische Wirtschaft die schicksalsvollste Macht des modernen Lebens, deren Zwängen sich kein Mensch und kein Staat entziehen kann.

Wie bei Niklas Luhmann ist die Globalität als inhärente Tendenz der modernen Gesellschaft auch bei den Klassikern an eine Theorie gesellschaftlicher Differenzierung gebunden. *Herbert Spencer* machte den Anfang mit seiner ‚Organismusanalogie‘. Diese biologisch-physiologisch instruierte Analogie von ‚Organismus‘ hier und ‚Gesellschaft‘ da war das methodologische Hilfsmittel, das die Soziologie am Ende des 19. Jahrhunderts auf Differenzierungskurs gebracht hat: „Es war speziell die Spencersche Zusammenführung von beidem, die der Soziologie den Differenzierungsbegriff eingebracht hat. So wie die Biologie den Arbeitsteilungsbegriff der Ökonomie als ‚physiologische Arbeitsteilung‘ (Henry Milne-Edwards schon 1827) zu sich herübergezogen hatte, so hat Spencer dann in der Gegenrichtung den zunächst physiologischen Begriff der ‚Differenzierung‘ in die Soziologie überführt“ (Tyrell 2007: 118). Die Organismusanalogie hatte nach H. Tyrell wenigstens zwei wichtige Folgen für die weitere Entwicklung der Soziologie: „die Festlegung auf die Nähe (und die gesuchte Parallelität) zur Biologie und die Ermutigung zu einem Zugriff auf ‚die Gesellschaft‘ als ‚Ganzheit‘, nämlich als intern differenzierte, organismusanaloge Kompakteinheit“ (ebd.: 119). Damit wurde Spencer zum geistigen Vater der funktionalistischen Denkweise. Seine weitere Entdeckung, dass soziale Evolution als Übergang „from an incoherent homogeneity to a coherent heterogeneity“ begreift, beschreibt das Grundprinzip soziologischer Differenzierungstheorie, wie sie später von Durkheim, Parsons und Luhmann vertreten wird. Spencers führende Intuition war also, dass Gesellschaft eine natürliche lebende Einheit ist, die sich durch Anpassung an ihre äußere Umgebung entwickelt. All sein Bemühen ist dann darauf ausgerichtet, die Geltung dieser These für jeden Funktionsbereich der sozialen Organisation zu demonstrieren. Soziale und biologische Aggregate sind für ihn analog strukturiert, und das heißt: nach dem Prinzip der Arbeitsteilung. Im Verlauf ihrer Entwicklung bilden Gesellschaften funktional differenzierte Strukturen, die Spencer als „Organsysteme“ und „Institutionen“ bezeichnet. Gesellschaft gründet jedoch auf die Übertragung von Gefühlen und Gedanken unter den Individuen. Ihr Wesen bildet die dadurch entstehende Kooperation, die wiederum grundsätzlich zwei Hauptziele verfolgen kann: Krieg oder Produktion. In diesem Sinne unterscheidet Spencer zwei Typen von Gesellschaft: „*militant*“ und „*industrial*“.¹⁸⁴ Auf der Seite des militärischen

184 Unter den sozialen Faktoren üben für Spencer Krieg und Frieden den stärksten Einfluss auf die Organisation von Gesellschaften aus. Nach dem funktionalistischen Grundsatz, dass die Struktur der Funktion angepasst ist, folgt nämlich, dass die Veränderung der Funktion eine Veränderung der Struktur bedingt: „Bei sozialen Organismen sowohl wie bei Einzelorganismen passt sich der innere Aufbau den vorwiegenden Tätigkeiten an. Im einen wie im anderen Falle kommt es, sobald die Umstände eine wesentliche Veränderung in der Art der Tätigkeit bedingen, nach und nach auch zu einer wesentlichen Veränderung in der Form des inneren Baues.

Typus haben wir eine gesellschaftliche Organisation, die ausschließlich durch Zwang (Befehl und Gehorsam) funktioniert und starr, zentralisiert und hierarchisch ist. Auf der Seite des industriellen Typus haben wir hingegen eine Organisation, die auf der freien Initiative und der Selbstbestimmung der Menschen gründet. Sie ist dynamisch, dezentralisiert und stark funktional differenziert.

Im einen Fall haben wir also Primat der Politik und die Gesellschaft baut sich hierarchisch subordinated auf, im anderen Fall haben wir Primat der Wirtschaft und die Gesellschaft strukturiert sich netzwerkartig dezentralisiert. Die Zukunft gehört nach Spencer der zweiten Gesellschaftsform: der „*industrial society*“. Die soziale Evolution führte durch die aufeinanderfolgende Integration von Gesellschaften zur Bildung großer Nationen, die millionenfachen Bevölkerungen haben und stark differenzierte Strukturen aufweisen. Solche großen Gesellschaften tendieren wiederum dazu, sich industriell zu organisieren. Krieg ist für sie in der Regel dysfunktional, denn er hemmt die funktionale Differenzierung, auf der allein ihrer stabilen Existenz gründet. Spencer erwartet also eine fortwährende Befriedung der weltpolitischen Ordnung und den Übergang immer mehr Gesellschaften zur industriellen Organisationsform. In der ganzen Geschichte war zwar der militärische Gesellschaftstypus dominant, im 19. Jahrhundert begann aber in Europa eine Entwicklung, die in Richtung einer friedlichen Zivilgesellschaft führt. Darin sah Spencer kein Gesetz, sondern nur eine empirisch zu beobachtende Tendenz, generell war er dennoch überzeugt, dass sie zukunftsweisend ist und anhalten würde. Er beobachtete mit Sorge den nach 1870 wachsenden Militarismus in Europa, hielt ihn aber für eine letztlich vorübergehende Erscheinung. Unter den Bedingungen des nicht mehr kriegerischen, sondern friedlich verlaufenden industriellen Wettbewerbs zeigte sich für ihn die Tendenz ab, „*towards the breaking down of the divisions between nationalities, and the running through them of a common organization: if not under a single government, then under a federation of governments*“ (siehe oben, S. 148). Diese zukünftige Föderation der höchsten Nationen werde nach Spencer durch ihre Autorität, und falls nötig: Sanktion, die Prinzipien des Völkerrechts zur Grundlage der internationalen Beziehungen machen. Die ersten Vorzeichen dieser Entwicklung sehe man in den Abmachungen zwischen den ‚Mächten‘. Indem Kriege dadurch vorgebeugt sind, würden die Menschen und die Nationen dann durch den Selektionsdruck der industriellen Konkurrenz immer stärker aneinandergezogen werden und in einer internationalen Arbeitsteilung verwoben. Noch 1851 stellte Spencer in dieser Hinsicht die Vision einer „*federation of peoples – a universal society*“ hin, die jedoch erst dann zustande käme, wenn die Menschen vollkommen „zivilisiert“ (also: unkriegerisch geworden) sind. Nicht die Nation, sondern „*a brotherhood of nations*“ ist also das, was ihm vorschwebt. Im Unterschied zu Luhmann ist

Und in beiden Fällen sehen wir eine Rückkehr zum alten Typus eintreten, sobald die alte Tätigkeit wieder aufgenommen worden ist“ (Spencer 1887: 166, § 267).

„Weltgesellschaft“ für Spencer nicht nur ein Kommunikationszusammenhang oder faktisch vereinheitlichter Vergleichshorizont, sondern erfordert auch ein Mindestmaß an Sozialintegration: gleiche „Zivilisationsreife“.

Der Aspekt der Sozialintegration steht bei *Emile Durkheim* ganz im Vordergrund. In der Spencerschen Organismusanalogie, die er übernimmt, steckt bereits die Gefahr einer Integrationsüberschätzung, die bei dem französischen Soziologen dazu führt, dass ihm die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt (der Nation) zentral wird. Deshalb ist Durkheim heute eine der beliebtesten Adressen für den Vorwurf des „methodologischen Nationalismus“. Er erscheint als der klassische Repräsentant einer Tradition, die Gesellschaft mit sozialer Integration identifiziert. Ähnlich wie Spencer geht auch Durkheim von einer Dichotomie von Gesellschaftstypen aus, die den strukturellen Übergang zur Moderne darstellen. Seine Unterscheidung basiert sich aber nicht auf der Zielsetzung der Kooperation (Krieg oder Produktion), sondern auf der Quelle der sozialen Solidarität: kollektiv geteilte Vorstellungen oder Arbeitsteilung. Kleine primitive Gesellschaften (der „segmentäre“ Typus) weisen ein sehr starkes kollektives Leben auf, „ein Leben sui generis, das sich nicht in Tausch und Kontrakten äußert, sondern in einer Überfülle von Glaubensüberzeugungen und gemeinsamen Praktiken“ (Durkheim 1992: 235). Auch große zivilisierte Nationen (der „organisierte“ Typus) sind von einer gemeinsamen (typisch religiös kodifizierten) Moral ("Kollektivbewusstsein") nicht völlig frei, diese hat bei ihnen allerdings nur eine sekundäre Bedeutung. Ihre Integration wird hauptsächlich von einer Fülle differenzierter Moralkodexe garantiert, die auf die verschiedenen Berufe verteilt sind. Berufsspezialisierung bzw. Arbeitsteilung ist somit die Hauptquelle von Solidarität in modernen Gesellschaften. Wie Spencer geht auch Durkheim davon aus, dass in primitiven Gesellschaften ein sehr starker Anpassungsdruck zur Uniformität herrscht, der die Entwicklung von Individualität verhindert. Diesen Druck führt er aber nicht auf den äußeren Zwang der militärischen Unterordnung zurück, sondern auf die Abwesenheit eines Individualbewusstseins. Erst durch die Abschwächung des Kollektivbewusstseins kann Individualität entstehen. Wie schwächt sich aber die Kraft der kollektiven Psyche ab? Durkheims Antwort lautet: durch den Fortschritt der Berufsspezialisierung. Die Ursachen dafür erblickt er in der Wirkung von sozialökologischen Faktoren wie der absoluten Zunahme der Bevölkerung sowie der Intensivierung der Kontakte zwischen den Menschen. Letzteres setzt das Zurückweichen des segmentären Gesellschaftstypus voraus. Die anfangs voneinander getrennten Segmente werden durch immer mehr Verkehr und Mobilität in einem gemeinsamen Milieu integriert und bilden schließlich Gesellschaften, die „aus einem System von verschiedenen Organen“ bestehen (ebd.: 237).

Solche funktional differenzierte Gesellschaften waren für Durkheim die europäischen Nationen. Sie sind nicht durch die Ähnlichkeit der Glaubensvorstellungen ihrer Mitglieder

integriert, sondern durch die Unähnlichkeit der in diesen Gesellschaften erfüllten Funktionen. Hier entsteht das soziale Band nicht direkt durch gemeinsame Vorstellungsinhalte, sondern indirekt – durch die vertraglich geregelten Beziehungen autonom handelnder Individuen. Ähnlich wie Spencer sieht Durkheim den Vertrag als die wichtigste Art von sozialer Bindung in modernen Gesellschaften. Vertrag ist aber nicht bloß Tausch von Leistungen zwischen privaten Akteuren wie sich das Spencer vorstellt, sondern eine rechtliche Form, die von der Gesellschaft geschaffen und durch ihre Sanktion garantiert ist. Für Durkheim geht eine wirkliche Arbeitsteilung immer nur mit einer rechtlichen Regulierung einher. Denn die Mitglieder müssen untereinander mit Banden verbunden sein, die weit über den Augenblick hinausgehen, in dem der Austausch getätigt wird. Die Arbeitsteilung erzeugt unter den Menschen, das betont Durkheim, Rechten und Pflichten, die sie untereinander dauerhaft binden. Sie müssten also nicht nur in kommerziellen, sondern auch in moralischen Beziehungen zueinander stehen. Arbeitsteilung bedeutet Teilung von ursprünglich gemeinsamen Funktionen und das setzt einen ständigen, notwendigen Kontakt der Teile voraus. Sie ist deshalb ein sekundäres, abgeleitetes Phänomen, das nur innerhalb einer bereits existierenden Gesellschaft entstehen kann. Diese These erörtert Durkheim am Beispiel der „internationalen Arbeitsteilung“. Damit eine Funktion auf zwei Gesellschaften verteilt werde, müssen diese an einem gemeinsamen Leben teilnehmen, also: an einem gemeinsamen Kollektivbewusstsein beteiligt sein. Und das sieht Durkheim zu seiner Zeit nur für Europa zutreffen. Mit anderen Worten: Vergesellschaftung über komplementärer Unähnlichkeit ist nur auf der Grundlage einer ursprünglichen Vergemeinschaftung über Ähnlichkeit möglich. Das korrespondiert mit Spencers Schema von Integration und Differenzierung. Durkheim betont allerdings, dass Arbeitsteilung nicht nur eine objektive Interdependenz beinhaltet, sondern auch eine gefühlte, wahrgenommene Abhängigkeit, welche die Quelle der gemeinsamen Moral ist. Durkheims Theorie der Arbeitsteilung ist deshalb nicht primär eine Theorie funktionaler Differenzierung, sondern eine der moralischen Integration. Für Durkheim sind Gesellschaft und Moral weitgehend identisch, da er die disziplinierende Wirkung der Gesellschaft auf die Individuen in erster Linie auf ihre verpflichtende Kraft zurückführt, so wie sie sich in sozialen Normen, Werten und Rechtsregeln präsentiert.

Durkheims „organische Solidarität“ ist also nicht mit Spencers marktförmiger „industrieller Solidarität“ identisch. Durkheim insistiert auf die Inkongruenz zwischen den rein wirtschaftlichen Beziehungen und den Grenzen der ‚Gesellschaft‘. Die „europäische Gesellschaft“, die sich zu formieren beginnt, impliziert deshalb nicht bloß grenzüberschreitenden Verkehr, sondern eine gemeinsame Moral. Diese Moral ist nicht mehr die einheitliche christliche Moral des alten mittelalterlichen Europa, sondern eine stark differenzierte Moral, die aus der Arbeitsteilung resultiert. Auch sie trägt die universalistischen

Züge der alten christlichen Moral, die hier allerdings individualistisch umgeformt sind. Das zeigt das moderne „Residuum“ des europäischen Kollektivbewusstseins: die Achtung vor der individuellen Persönlichkeit, der „Kult des Individuums“. Dieser Kult beinhaltet nach Durkheim wiederum ein kosmopolitisches Moment: das Ideal der menschlichen Brüderlichkeit bzw. das Ideal der Menschheit insgesamt als Gesellschaft: „Die Völker wünschen sich dringlich einen Zustand, dem zufolge der Krieg nicht mehr das Gesetz der internationalen Beziehungen wäre, die Beziehungen der Gesellschaften untereinander friedlich geregelt sein würden, so wie es die Beziehungen der Individuen untereinander bereits sind, und alle Menschen zusammen am gleichen Werk arbeiten und das gleiche Leben leben würden“ (siehe oben, S. 195). Die Realisierung dieses Ideals verbindet Durkheim mit dem Fortschritt der Arbeitsteilung: noch immer seien die moralischen Verschiedenheiten zwischen den Gesellschaften zwar sehr groß, aber es sei möglich, dass sich Gesellschaften ein und derselben Gattung zusammenfinden und größere Gesellschaften bilden. Für seine Gegenwart gelte allerdings, dass die am höchsten organisierte menschliche Gruppe, die existiere, der Nationalstaat sei. Die Menschheit sei hingegen keine Gesellschaft, sondern nur eine Idee, die nur sehr begrenzte moralische Wirkungen habe. Durkheim entscheidet sich deshalb für die moralische Bindung der Individuen an der Nation. Diese Entscheidung ist aber kein Ausdruck von Nationalismus, sondern ist nur der Tatsache geschuldet, dass allein die Nation in Gestalt des Nationalstaates über organisatorische Ressourcen verfügt, die individualistische Moral der Moderne (in deren Kern die ‚Menschenrechte‘ angesiedelt sind), wenn auch nur innerhalb eines bestimmten Territoriums, effektiv durchzusetzen und zu garantieren vermag. Das war der Grund, warum er in gewissem Sinne einen national gerahmten Begriff von ‚Gesellschaft‘ favorisiert. ‚Weltgesellschaft‘ ist bei Durkheim letztlich wie bei Spencer eine Zukunftsvision, deren Verwirklichung mit einer Angleichung der moralischen bzw. ‚Zivilisationsreife‘ der Völker zusammenhängt. Sie kann für ihn nicht nur Kommunikation oder einheitlicher Vergleichshorizont sein, sondern immer nur eine Ordnung, die verpflichtend wirkt.

Durkheim war der Gesellschaftstheoretiker par excellence. Mit der Faktizität von ‚Gesellschaft‘ rechtfertigte er die Existenz seiner Disziplin. *Max Weber* hingegen verstand seine ‚verstehende‘ Soziologie gerade als Forschungsprogramm zur Ausmerzung solcher diffusen Kollektivbegriffe. Er hat damit kein Konzept der Integration von Gesellschaften entwickelt, sondern eine Theorie der Differenzierung von gesellschaftlichen Ordnungen, die aber kein vorstrukturiertes Feld der ‚Gesellschaft‘ voraussetzen. In Nachfolge von Simmel spricht er nur von ‚Vergemeinschaftung‘ und ‚Vergesellschaftung‘ als zwei Typen sozialer Beziehung. ‚Differenzierung‘ bedeutet bei ihm deshalb nicht das Auseinanderfallen eines gesellschaftlichen Ganzen, sondern die Strukturierung des sozialen Handelns einzelner Menschen auf der Grundlage bestimmter Sinn- und Wertorientierungen. Nur sehr vorsichtig

verwendet Weber den Differenzierungsbegriff, vermutlich wegen seiner biologisch-physiologischen wie progressiv-teleologischen Assoziationen. Es geht ihm aber im Grunde um Differenzierung, wenn er die Moderne durch das Auseinandertreten der autonomen Ordnungen von Wirtschaft, Politik, Recht, Religion, Kunst, Wissenschaft und Erotik gekennzeichnet sieht. Im Unterschied zu Durkheim beschäftigt er sich also nicht auf der Mikroebene mit der zunehmenden Spezialisierung von sozialen Rollen, sondern mit der Makro-Differenzierung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Ordnungen. Im Unterschied zu Spencer wiederum, geht er ihm aber nicht um eine harmonisch arbeitsteilige Ausdifferenzierung von Funktionssystemen, sondern um die Pluralität der nebeneinander stehenden antagonistischen Lebensordnungen. Weber setzt sich also, trotz Differenzierung, von der evolutionistischen Sichtweise des 19. Jahrhunderts dezidiert ab.¹⁸⁵ Ihn interessiert eine konkrete Erklärungsfrage: warum zahlreiche moderne Kulturerscheinungen gerade im neuzeitlichen Europa entstanden sind und nicht in anderen Epochen oder Kulturen. Anfangs ging es ihm primär um den Ursprung der modernen kapitalistischen Wirtschaft, dann jedoch immer mehr um die Eigenart und die Genese der gesamten okzidentalen Kultur. Die Besonderheit der westlichen Kultur sieht er vor allem in der institutionellen Durchsetzung eines spezifischen Typus von Rationalität, die sich durch einen hohen Grad an formaler Berechnung kennzeichnet. Diesen sogenannten ‚okzidentale Rationalismus‘ fasst Weber jedoch nie als Einheitsphänomen, sondern immer nur bereichsspezifisch: als den Rationalismus des Rechts neben dem der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Politik, der Kunst sowie der anderen gesellschaftlichen Lebensordnungen. Er beobachtet zwar eine gewisse Strukturähnlichkeit dieser Rationalisierungsprozesse, in jeder Ordnung folgt die Rationalisierung jedoch ihrer je spezifischen Entwicklungslogik. In diesem Sinne ist die westliche Moderne für Weber bestimmt nicht, wie für Durkheim oder Spencer, ein Ergebnis mechanisch wirkender sozialökologischer Ursachen, sondern das koinzidentielle Resultat eines durchaus nicht zwangsläufigen Zusammentreffens einer Mehrzahl von Faktoren. Der Durchbruch zur Moderne verdankt sich somit einer einmaligen Konstellation, einer „Sonderentwicklung“, die durch die soziale, politische und kulturelle Spezifik der okzidentalen Situation bedingt war. Webers kulturvergleichenden Analysen sind in dieser Hinsicht weitgehend Untersuchungen der Gründe, warum die Entwicklung in den außereuropäischen Kulturkreisen anders verlief.

Für die Entstehung der Moderne – der Kulturerscheinungen also, die „universelle Bedeutung und Gültigkeit“ haben – verweist Weber in erster Linie auf das Zusammenspiel von ökonomischen Erwerbsinteressen, politischen Machtinteressen und religiösen

¹⁸⁵ Webers ganzer erkenntnistheoretischer Ansatz ist betont konstruktivistisch. In der 'Objektivität' ermahnt er, dass man sich stets gegenwärtig halten muss, „dass idealtypische Entwicklungskonstruktion und *Geschichte* zwei streng zu scheidende Dinge sind“, und dass die Konstruktion lediglich als Mittel diene, „*planvoll* die *gültige* Zurechnung eines historischen Vorganges zu seinen wirklichen Ursachen aus dem Kreise der nach Lage unserer Erkenntnis *möglichen* zu vollziehen“ (Weber 1988a: 204, Herv.i.O.).

Heilsinteressen. Dieses Zusammenspiel beinhaltet sowohl Interdependenzunterbrechungen wie wechselseitige Steigerungsverhältnisse. Webers Hauptinteresse gilt der modernen kapitalistischen Wirtschaft. Damit sie entstehen konnte, musste als wichtigste Bedingung eine an ihre Eigenart angepasste Art von Lebensführung und Berufsauffassung ‚ausgelesen‘ werden, und zwar nicht in einzelnen isolierten Individuen, sondern als eine Anschauungsweise, die von Menschengruppen getragen wurde. Diese Art von Lebensführung entstand nach Weber ihrerseits als eine unbeabsichtigte Folge von Entwicklungen innerhalb der Religion, die in traditionellen Gesellschaften die zentrale Lebensmacht darstellt. Deshalb widmet er der Religion die meiste Aufmerksamkeit, und nicht etwa der kapitalistischen Wirtschaftsweise – der „schicksalsvollsten Macht unseres modernen Lebens“ – oder der Art der politischen Herrschaft als die beiden stärksten „Kulturmächte“ der Moderne: „Er hat ja oft betont, dass es ihn reizte, im Jahrhundert der ‚auf allen Gebieten‘ vordringenden ‚ökonomischen Betrachtungsweise‘ und damit der ‚Überschätzung der Tragweite der eigenen Gesichtspunkte‘ gerade auch die anderen, ‚schwerer zu fassenden‘ Kausalfaktoren in ihrer historischen Wucht und Formkraft – wenigstens in Erinnerung zu bringen. In diesem Aspekt seines Werks steckt sicher kein Spiritualismus, aber doch ein idealistisches Element“ (Hennis 1987: 89). Eine andere wichtige Vorbedingung des modernen Kapitalismus war die Rationalisierung der Politik in Richtung einer legalen Herrschaft. Obwohl die Beziehung zwischen Kapitalismus und Bürokratie für Weber sonst eine spannungsvolle ist, betont er jedoch, dass der moderne Kapitalismus zu seinem Funktionieren eine formell rationale, technisch fortgeschrittene und ausreichend hochentwickelte Bürokratie erfordert und dass eine vollkommen ausgebaute rationale Bürokratie wiederum die vom Kapitalismus bereitgestellten Geldmittel voraussetzt, so dass Bürokratie und Kapitalismus innig zusammengehören. Die Rationalisierung von Politik und Religion war also Voraussetzung für die Rationalisierung (bzw. Autonomisierung) der Wirtschaft. Damit hat das Ökonomische (wie auch die anderen Ordnungen) einen Eigenwert bekommen: „Die oft beschriebene Unbedingtheit und Rastlosigkeit des kapitalistischen Gewinn- und Erwerbsstrebens, die prinzipielle Unabschließbarkeit dieses Strebens, das ‚Nie-ans-Ziel-Kommen‘ und das ‚Nicht-genug-Bekommen‘ sind Umschreibungen für den Wertsphärencharakter des Ökonomischen. Zweckrationales Handeln ist abschließbar, sobald der Zweck erreicht ist. Dies ist das Charakteristikum des bedarfsorientierten Wirtschaftens: es ist Mittel zum Zweck. Werrationales Handeln ist prinzipiell nicht abschließbar, es erschöpft sich nicht in Einzelzwecken“ (Schwinn 2010: 202f.).

Es steht außer Zweifel, dass Max Weber mit dem Begriff der ‚Weltgesellschaft‘ nichts anzufangen gewusst hätte. In der Sache jedoch beinhaltet der moderne Kapitalismus für ihn ganz klar ein Globalisierungspotential. Ähnlich wie die heutigen

Globalisierungstheoretiker beschreibt Weber den okzidentalen Kapitalismus als ein irreversibles Phänomen, das Diskontinuität und Neuheit in die Welt bringt: „Was hier aber erst recht ins Gewicht fällt, ist, dass die Kapitalismusbegrifflichkeit *ohne jeden nationalen Index* auskommt; nichts ist daran, dem nur im nationalen Rahmen Geltung zukäme. Das Schicksalhafte am Kapitalismus, das Weber so stark betonte, betrifft ein Schicksal *weltweit* ...“ (Tyrell 2005: 33, Herv.i.O.). Dies war noch bei Karl Marx so. Weber verbindet jedoch seine Analyse des globalen Kapitalismus mit einem starken politischen Gedankengut, das ihn mit der deutschen nationalökonomischen Tradition verbindet. Die Herausbildung der Weltwirtschaft um 1900 sieht er damit nicht wie etwa Spencer und Durkheim unter einer kosmopolitischen Befriedungs- bzw. Verbrüderungsperspektive, sondern primär unter nationalen Wettbewerbsgesichtspunkten, die er auch in einer extremen Form vorträgt. Die Weltwirtschaft ist für Weber „nur eine andere Form des Ringens der Nationen miteinander“. Auch die ökonomischen Entwicklungsprozesse, erklärt er 1895, seien letztlich Machtkämpfe, und deshalb seien die Machtinteressen der Nation die letzten und entscheidenden Interessen, die man berücksichtigen soll. Denn es könnte durchaus geschehen, das zeigt er am Beispiel der Entwicklungen im deutschen Osten, dass das Eindringen des Kapitalismus vom Gesichtspunkt des Staatsräson aus gesehen, zu einem negativen „Ausleseprozess“ führt, bei dem eine ‚niedriger entwickelte‘ Nationalität (die Polen) den Sieg über eine ‚höher entwickelte‘ (die Deutschen) trägt. Auch Argentinien ist für ihn ein Beispiel, dass „ein altes sesshaftes Kulturvolk mit alter, fein ausgeprägter und deshalb auch empfindlicher sozialer Organisation“ mit „dünnbevölkerten halbbarbarischen“ Ländern auf dem ‚freien‘ Markt nicht konkurrieren kann (siehe oben, S. 249, Fn. 176). Deshalb plädierte er für eine entschlossene weitere Industrialisierung Deutschlands, das damit seinen Platz unter den führenden Industrienationen sichern soll. Dazu gehört auch eine kraftvolle „Weltpolitik“, die den deutschen Eliten vor neue Herausforderungen stellen würde. Nach Weber gab es zum Industrie- und Machtstaat keine Alternative. Dies war für ihn der einzige Weg, auf dem sich die deutsche Nation ökonomisch, politisch und kulturell emporentwickeln kann. In keiner Weise verband er damit aber den Gedanken eines ‚Sonderwegs‘. Im Gegenteil: der Anglophil Max Weber setzt sich nicht weniger leidenschaftlich als Spencer und Durkheim für die Schaffung oder Bewahrung einer individualistischen Kultur und Gesellschaft ein. Freiheit von persönlicher Abhängigkeit ist ihm der zentrale Wert der Moderne. Seine familiäre Verwurzelung in der kosmopolitischen Bourgeoisie des 19. Jahrhunderts machte ihn für antiliberalen und antikapitalistische Ressentiments unempfänglich. Gegenüber dem sentimental Kosmopolitismus der Freihandelslehre zeigte er sich allerdings immer kritisch: dieser setze einen Weltstaat und die volle Gleichheit des Kulturniveaus der Menschheit voraus. Der Weg dahin, meint er, sei aber weit. Deshalb blieb sein letzter Wertmaßstab auch in seinen späten Schriften unverändert: die ‚Erziehung‘ der eigenen Nation in höheren

kulturellen Charaktereigenschaften.

Die vorliegende Arbeit geht also von der Annahme aus, dass die Durchsetzung des Nationalstaates als dominante politische Organisationsform einerseits, und die beginnende Herausbildung globaler Gesellschaftsordnungen andererseits, die sich am Ende des 19. Jahrhunderts etablierende Disziplin ‚Soziologie‘ vor einem Dilemma stellte, deren Untersuchung sich auch für den aktuellen Diskurs um ‚Globalisierung‘ und ‚Weltgesellschaft‘ lohnt. Dabei kommt die Arbeit zu den folgenden Ergebnissen: 1) Im Unterschied zu Luhmann kann die ‚Weltgesellschaft‘ für Spencer, Durkheim oder Weber nicht bloß ein Kommunikationszusammenhang oder faktisch vereinheitlichter Vergleichshorizont sein, sondern erfordert immer auch ein Mindestmaß an Sozialintegration: gleiche ‚Zivilisationsreife‘. Eine globale Vergesellschaftung impliziert für sie weiterhin die Existenz globaler Regulierungsorgane. ‚Weltgesellschaft‘ stellen sie sich damit immer (auch Spencer!) als eine politische und rechtliche Ordnung. 2) Die Weltwirtschaft (und evtl. anderen globalen Ordnungen, die sie allerdings kaum reflektieren) ist für die Klassiker zwar die treibende Kraft für eine solche Entwicklung, keineswegs aber schon eine Verwirklichung der ‚Weltgesellschaft‘. 3) Der Vorwurf eines „methodologischen Nationalismus“ lässt sich für die hier vorgestellten Gesellschaftstheorien jedoch nicht bestätigen. Nation spielt zwar für den einen oder anderen der drei Ansätze eine wichtige Rolle, sie ist aber überall als eine transitorische Erscheinungsform aufgeführt, die nicht primordial, sondern eher im Sinne des modernen Konstruktivismus als Bewusstseinsphänomen verstanden wird. Nation und Nationalstaat entstehen somit den Klassikern zufolge erst im Verlauf der sozialen Evolution und werden deshalb in der Zukunft womöglich in größeren (supranationalen) politischen Einheiten übergehen. Zwar neigen Spencer, Durkheim und Weber dazu, in den Kategorien von Völkern, Nationen oder Staaten zu denken, dies ist aber auch heute der Normalfall und lässt sich kaum vermeiden. 4) Die Frage nach der Reichweite von ‚Gesellschaft‘ stand für die Soziologie um 1900, ungeachtet der ‚ersten‘ Globalisierungswelle, nicht im Vordergrund. Und das nicht unbedingt, weil den ‚Klassikern‘ etwa ein abstrakter Kommunikationsbegriff fehlte, sondern vor allem, weil sie von den praktischen Modernisierungsproblemen deren jeweiligen nationalen Gesellschaften angenommen wurden. So opponierte Spencer gegen die zunehmende staatliche Regulierung im sonst sehr liberalen England. Durkheim zeigte sich wiederum für die soziale Integration und politische Stabilisierung der Dritten Republik besorgt, während für Weber schließlich die Liberalisierung und die soziale Einigung des jungen deutschen Nationalstaates wichtigstes Anliegen war. In diesem Sinne hat Ulrich Bielefeld wohl recht, wenn er mit Bezug auf Durkheim und Weber feststellt, dass ‚Nation‘ für sie eine „unhinterfragte Voraussetzung“ sei. 5) Nichtsdestotrotz besteht für Spencer, Durkheim und Weber eine der wesentlichen Besonderheiten der Moderne auch und gerade in ihrem universalen (bzw. globalen) Ausbreitungspotential. In dieser Hinsicht stehen die hier

vorgestellten Ansätze in einer beachtlichen Nähe zu heutigen Globalisierungstheorien. Ihre Analyseperspektive war also keineswegs ‚staatsfixiert‘. Die Umschaltung der gesellschaftlichen Differenzierungsform, die den Durchbruch zur Moderne kennzeichnet, demonstrieren alle drei Klassiker allem voran am Beispiel der sich gesellschaftlich durchsetzenden Marktwirtschaft. Es ist ihre gemeinsame Annahme, dass die Dynamik moderner Gesellschaften stark von der Wirtschaft her getragen wird. Ohne wie Marx von einem gesellschaftlichen Primat des Ökonomischen auszugehen, teilen sie jedoch seine Prämisse, dass es für die moderne Wirtschaft tendenziell nur einen einzigen Markt – den Weltmarkt – gibt. Damit zeigt sich ihr Gesellschaftsbegriff durchaus nicht fest am Nationalstaat gebunden. So bildet bei Spencer die *industrial society*, deren primäre Form sozialer Beziehung Tausch und Kontrakt sind, letztlich eine potenzielle „private world-society of individual interests“ (Luhmann 1975: 57). Auch Durkheim teilt die Ansicht, dass moderne Gesellschaften „im wesentlichen industrielle Gesellschaften sind oder dahin streben, es zu werden“. Und schließlich ist für Weber die moderne kapitalistische Wirtschaft die schicksalsvollste Macht des modernen Lebens, deren Zwängen sich kein Mensch und kein Staat entziehen kann. Die Kopplung von Nationalstaat und Gesellschaft war in der Zeit der Etablierung der Soziologie also keineswegs eine befestigte Annahme. Dies lässt sich als Befund dieser Studie deutlich sagen.

Literatur

1. Abelshauser, Werner: „Umbruch und Persistenz: das deutsche Produktionsregime in historischer Perspektive“, in: Geschichte und Gesellschaft (27) 2001
2. Abelshauser, Werner: Kulturkampf: der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung, Berlin 2003
3. Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004
4. Abelshauser, Werner: „Die Wirtschaft des deutschen Kaiserreichs: ein Triebhaus nachindustrieller Institutionen“, in: Paul Windolf (Hg.), Finanzmarkt-Kapitalismus: Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Wiesbaden 2005
5. Aldenhoff-Hübinger, Rita: Agrarpolitik und Protektionismus: Deutschland und Frankreich im Vergleich 1879-1914, Göttingen 2002
6. Alter, Peter (Hg.): Nationalismus: Dokumente zur Geschichte und Gegenwart eines Phänomens, München 1994
7. Ambrosius, Gerold: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, in: ders., Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen, München 1996
8. Ambrosius, Gerold: Institutioneller Wettbewerb im europäischen Integrationsprozess seit dem 19. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft (27) 2001
9. Ambrosius, Gerold: „Globalisierung und multilaterale Konvergenz nationaler Regulierungen vor dem Ersten Weltkrieg“, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (Sonderheft: Globalisierung) 2003
10. Arndt, Paul: Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, Leipzig 1913
11. Bade, Klaus J.: „Nationalstaaten und Migration vor dem Ersten Weltkrieg“, in: ders., Europa in Bewegung: Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000
12. Baraldi, Claudio, Corsi, Giancarlo, Esposito, Elena: Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme, Frankfurt am Main 1998
13. Bayly, Christopher A.: Die Geburt der modernen Welt: eine Globalgeschichte 1780-1914, Frankfurt am Main 2006
14. Ballestrem, Karl: Adam Smith, München 2001
15. Barkin, Kenneth D.: The controversy over German industrialization 1890 – 1902, Chicago 1970
16. Batscha, Zwi/Hans Medick: „Einleitung“, in: Adam Ferguson, Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main 1986
17. Battistelli, Fabrizio: „Zwischen bürgerlichen Gesellschaft und Natur: das britische soziologische Denken von der Schottischen Schule zu Herbert Spencer“, in: Hans Joas/Helmut Steiner (Hg.), Machtpolitischer Realismus und pazifistische Utopie: Krieg und Frieden in der Geschichte der

Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main 1989

18. Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus, Antworten auf Globalisierung, Frankfurt am Main 1997
19. Beck, Ulrich: Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden, Frankfurt am Main 2004
20. Beckert, Jens: „Vertrag und soziale Gerechtigkeit. Durkheims Theorie der Integration moderner Gesellschaften“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (49/4) 1997
21. Berghoff, Hartmut: „Großbritannien und Deutschland 1880-1914: Wirtschaftliche Rivalität oder internationale Arbeitsteilung“, in: Wolfgang J. Mommsen (Hg.), Die ungleichen Partner: deutsch-britische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999
22. Bielefeld, Ulrich: „Die lange Dauer der Nation“, in: ders. (Hg.), Bilder der Nation: Kulturelle und politische Konstruktionen des Nationalen am Beginn der europäischen Moderne, Hamburg 1998
23. Bielefeld, Ulrich: Nation und Gesellschaft: Selbstthematierungen in Frankreich und Deutschland, Hamburg 2003
24. Bielefeld, Ulrich: Wie weiter mit Max Weber?, Hamburg 2008
25. Blackburn, David: „Das Kaiserreich transnational: Eine Skizze“, in: Sebastian Conrad/Jürgen Osterhammel (Hg.), Das Kaiserreich transnational: Deutschland in der Welt 1871 - 1914, Göttingen 2004
26. Borchardt, Knut: „Einleitung“, in: Max Weber, Gesamtausgabe, Bd. I/5: Börsenwesen: Schriften und Reden 1893-1898, Tübingen 1999
27. Borchardt, Knut: „Anerkennung und Versagen. Ein Jahrhundert wechselnder Einschätzungen von Rolle und Leistung der Volkswirtschaftslehre in Deutschland“, in: Reinhard Spree (Hg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001
28. Borchardt, Knut: „Globalisierung in historischer Perspektive“, in: Reinhard C. Meier-Walser/Peter Stein (Hg.), Globalisierung und Perspektiven internationaler Verantwortung. Problemstellungen, Analysen, Lösungsstrategien: eine Systematische Bestandsaufnahme, München 2004
29. Braudel, Fernand: Sozialgeschichte des 15. - 18. Jahrhunderts: Aufbruch zur Weltwirtschaft, München 1986
30. Braun, Hermann: „Welt“, in: Otto Brunner/Reinhard Kosellek (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe: historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 7, Stuttgart 1992
31. Breuer, Stefan: Bürokratie und Charisma: zur politischen Soziologie Max Webers, Darmstadt 1994
32. Breuer, Stefan: „Von Tönnies zu Weber. Zur Frage einer ‚deutschen Linie‘ der Soziologie“, in: Berliner Journal für Soziologie (2) 1996
33. Buchheim, Christoph: „Industrielle Revolutionen: Langfristige Wirtschaftsentwicklung in Großbritannien, Europa und in Übersee“, München 1994
34. Bücher, Karl: Die Entstehung der Volkswirtschaft: Vorträge und Versuche, 5. Aufl., Tübingen 1906

35. Comte, Auguste: Plan der wissenschaftlichen Arbeiten, die für eine Reform der Gesellschaft notwendig sind (1822), München 1973
36. Chon, Song-U: Max Webers Stadtkonzeption: Eine Studie zur Entwicklung des okzidentalen Bürgertums, Göttingen 1985
37. Chon, Song-U: „Max Webers China-Studie – ein Beispiel des Kulturvergleichs“, in: Joachim Matthes (Hg.), Zwischen den Kulturen: die Sozialwissenschaften vor dem Problem des Kulturvergleichs, Göttingen 1992
38. Conrad, Sebastian: Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich, München 2006
39. Curth, Klaus-Dieter: Zum Verhältnis von Soziologie und Ökonomie in der Evolutionstheorie Herbert Spencers, Göppingen 1972
40. Durkheim, Emile: Soziologie und Philosophie, Frankfurt am Main 1967
41. Durkheim, Emile: Die Regeln der soziologischen Methode (1895), 3. Aufl., Neuwied 1970
42. Durkheim, Emile: Der Selbstmord (1896), Frankfurt am Main 1973
43. Durkheim, Emile: Die Entwicklung der Pädagogik: zur Geschichte und Soziologie des gelehrten Unterrichts in Frankreich, Weinheim 1977
44. Durkheim, Emile: Die elementaren Formen des religiösen Lebens (1912), Frankfurt am Main 1981
45. Durkheim, Emile: Frühe Schriften zur Begründung der Sozialwissenschaft, Neuwied 1981a
46. Durkheim, Emile: Erziehung, Moral und Gesellschaft: Vorlesungen an der Sorbonne 1902/03, Frankfurt am Main 1984
47. Durkheim, Emile: „Der Individualismus und die Intellektuellen“, in: Hans Bertram (Hg.), Gesellschaftlicher Zwang und moralische Autonomie, Frankfurt am Main 1986
48. Durkheim, Emile: Über soziale Arbeitsteilung (1893), 2. Aufl., Frankfurt am Main 1988
49. Durkheim, Emile: Physik der Sitten und des Rechts: Vorlesungen zur Soziologie der Moral, Frankfurt am Main 1991
50. Durkheim, Emile: Über Deutschland: Texte aus den Jahren 1887 bis 1915, Konstanz 1995
51. Dürrschmidt, Jörg: Globalisierung, Bielefeld 2002
52. Fenske, Hans: „Ungeduldige Zuschauer. Die Deutschen und die europäische Expansion 1815 - 1880“, in: Wolfgang Reinhard (Hg.), Imperialistische Kontinuität und nationale Ungeduld im 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1991
53. Ferguson, Adam: Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft (1767), Frankfurt am Main 1986
54. Fiebig-von Hase, Ragnhild: „Zukunftsvorstellungen in den Vereinigten Staaten zur Jahrhundertwende 1900/1901“, in: Sönke Neitzel (Hg.), 1900: Zukunftsvisionen der Großmächte, Paderborn 2002

55. Firsching, Horst: „Die Sakralisierung der Gesellschaft: Emile Durkheims Soziologie der 'Moral' und der 'Religion' in der ideenpolitischen Auseinandersetzungen der Dritten Republik“, in: Volkhard Krech/Hartmann Tyrell (Hg.), Religionssoziologie um 1900, Würzburg 1995
56. Fischer, Paul D.: Die Telegraphie und das Völkerrecht, Leipzig 1876
57. Fischer, Wolfram: „Die Ordnung der Weltwirtschaft vor dem ersten Weltkrieg: die Funktion von europäischem Recht, zwischenstaatlichen Verträgen und Goldstandart beim Ausbau des internationalen Wirtschaftsverkehrs“, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (95) 1975
58. Fischer, Wolfram: Expansion – Integration – Globalisierung: Studien zur Geschichte der Weltwirtschaft, Göttingen 1998
59. Fitzi, Gregor: Max Weber, Frankfurt am Main 2008
60. Fuchs-Heinritz, Werner: Auguste Comte: Einführung in Leben und Werk, Opladen/Wiesbaden 1998
61. Gallagher, John/Robinson, Ronald: “The Imperialism of Free Trade”, in: The Economic History Review (6/1) 1953
62. Gaupp, Otto: Herbert Spencer, Stuttgart 1909
63. Geyer, Martin H./Paulmann, Johannes: “Introduction”, in: ders. (Hg.), The Mechanics of Internationalism: Culture, Society, and Politics from the 1840s to the First World War, Oxford 2001
64. Glick-Schiller, Nina/Wimmer, Andreas: „Methodological Nationalism, the Social Sciences, and the Study of Migration: An Essay in Historical Epistemology“, in: International Migration Review (37/3) 2003
65. Green, Alan/Urquhart, M. C.: “Factor and Commodity Flows in the International Economy of 1870-1914: A Multi-Country View”, in: The Journal of Economic History (36/1) 1976.
66. Greshoff, Rainer: Die theoretischen Konzeptionen des Sozialen von Max Weber und Niklas Luhmann im Vergleich, Opladen 1999
67. Greve, Jens/Heintz, Bettina: „Die 'Entdeckung' der Weltgesellschaft: Entstehung und Grenzen der Weltgesellschaftstheorie“, in: Bettina Heintz u. a. (Hg.), Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen (Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie), Stuttgart 2005
68. Groh, Dieter: „Imperialismus“, in: Otto Brunner/Reinhart Kosellek (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe: historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, Stuttgart 1982
69. Gülich, Christian: Die Durkheim-Schule und der französische Solidarismus, Wiesbaden 1991
70. Hardach, Gerd: Der Erste Weltkrieg: 1914-1918, München 1973
71. Harms, Bernhard: Volkswirtschaft und Weltwirtschaft: Versuch der Begründung einer Weltwirtschaftslehre, Jena 1912

72. Harms, Bernhard: "Weltwirtschaftliche Forschung und Lehre", in: Weltwirtschaftliches Archiv (4) 1914
73. Heintz, Bettina, „Emergenz und Reduktion. Neue Perspektiven auf das Mikro-Makro Problem“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (56/1) 2004
74. Henderson, William O.: Friedrich List: Der erste Visionär eines vereinten Europas. Eine historische Biographie, Reutlingen 1989
75. Hennis, Wilhelm: „Eine 'Wissenschaft vom Menschen': Max Weber und die deutsche Nationalökonomie der Historischen Schule“, in: ders., Max Webers Fragestellung: Studien zur Biographie des Werkes, Tübingen 1987
76. Hennis, Wilhelm: Max Webers Wissenschaft vom Menschen: Neue Studien zur Biographie des Werks, Tübingen 1996
77. Hintze, Otto: „Imperialismus und Weltpolitik“, in: ders., Staat und Verfassung: gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte, Göttingen 1962
78. Hintze, Otto: „Der Moderne Kapitalismus als historisches Individuum: ein kritischer Bericht über Sombart Werk“ (1929), in: Bernhard vom Brocke (Hg.), Sombarts 'Moderner Kapitalismus': Materialien zur Kritik und Rezeption, München 1987
79. Hirschman, Albert O.: Leidenschaften und Interessen: politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg, Frankfurt am Main 1980
80. Holmes, Stephen: „Differenzierung und Arbeitsteilung im Denken des Liberalismus“, in: Niklas Luhmann (Hg.), Soziale Differenzierung: zur Geschichte einer Idee, Opladen 1985
81. Hobsbawm, Eric J.: Die Blütezeit des Kapitals: Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848 - 1875, München 1977
82. Hobsbawm, Eric J.: Das imperiale Zeitalter: 1875 – 1914, Frankfurt am Main 1989
83. Elvert, Jürgen: „'A Greater Britain of British Race'. Zur Frage der Zukunft des britischen Weltreichs um 1900“: in: Sönke Neitzel (Hg.), 1900: Zukunftsvisionen der Großmächte, Paderborn 2002
84. Jaffe, Edgar/Sombart, Werner/Weber, Max: „Geleitwort“, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (19) 1904
85. James, Harold: The end of globalization: lessons from the Great Depression, Cambridge, Mass. [u. a.] 2001
86. Joas, Hans/Knöbl, Wolfgang: Kriegsverdrängung: ein Problem in der Geschichte der Sozialtheorie, Frankfurt am Main 2008
87. Jonas, Friedrich: Geschichte der Soziologie, Bd. 2: Von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart: mit Quellentexten, Opladen 1976
88. Kaiser, Wolfram: „Die Wurzeln der Globalisierung“, in: Universitas (57/667) 2002
89. Kamphausen, Georg: Die Erfindung Amerikas in der Kulturkritik der Generation von 1890,

Göttingen 2002

90. Käsler, Dirk: „Max Weber“, in: ders. (Hg.), *Klassiker der Soziologie*, Bd. 1, München 2000
91. Käsler, Dirk: *Max Weber: eine Einführung in Leben, Werk und Wirkung*, 3. Aufl., Frankfurt am Main 2003
92. Kennedy, Paul M.: *The rise of the Anglo-German antagonism: 1860-1914*, London 1980
93. Keynes, John M.: *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*, München 1920
94. Knies, Karl: *Der Telegraph als Verkehrsmittel: über den Nachrichtenverkehr überhaupt (1857)*, München 1996
95. Knöbl, Wolfgang: *Die Kontingenz der Moderne: Wege in Europa, Asien und Amerika*, Frankfurt am Main 2007
96. Koch, Manfred: *Weimaraner Weltbewohner: zur Genese von Goethes Begriff "Weltliteratur"*, Tübingen 2002
97. Koch, Manfred: „Goethes ‚Weltliteratur‘ – Ein ambivalenter Erwartungsbegriff“, in: Bettina Heintz u. a. (Hg.), *Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen (Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie)*, Stuttgart 2005
98. König, Matthias: *Menschenrechte bei Durkheim und Weber: normative Dimensionen des soziologischen Diskurses der Moderne*, Frankfurt am Main 2002
99. König, Matthias: „Weltgesellschaft, Menschenrechte und der Formwandel des Nationalstaats“, in: Bettina Heintz u. a. (Hg.), *Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen (Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie)*, Stuttgart 2005
100. König, Matthias: *Wie weiter mit Émile Durkheim?*, Hamburg 2008
101. Kruse, Volker: *Geschichte der Soziologie*, Konstanz 2008
102. Kruse, Volker: „Mobilisierung und kriegsgesellschaftliches Dilemma. Beobachtungen zur kriegsgesellschaftlichen Moderne“, in: *Zeitschrift für Soziologie* (38/3) 2009
103. Kruse, Volker: „Krieg und Gesellschaft in der frühen soziologischen Theorie. Auguste Comte, Ludwig Gumplowicz, Franz Oppenheimer, Herbert Spencer, Werner Sombart“, in: Maja Apelt (Hg.), *Forschungsthema: Militär: Militärische Organisationen im Spannungsfeld von Krieg, Gesellschaft und soldatischen Subjekten*, Wiesbaden 2010
104. Kunczik, Michael: „Elemente der modernen Systemtheorie im soziologischen Werk von Herbert Spencer“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (35) 1983
105. Kunczik, Michael: „Herbert Spencer“, in: Dirk Käsler (Hg.), *Klassiker der Soziologie*, Bd. 1, München 2000
106. Lenger, Friedrich: *Werner Sombart: 1863-1941: eine Biographie*, München 1994
107. Lenger, Friedrich: „Max Weber, Werner Sombart und der Geist des modernen Kapitalismus“, in: Edith Hanke/Wolfgang J. Mommsen (Hg.), *Max Webers Herrschaftssoziologie*, Tübingen 2001

108. Lichtblau, Klaus: „'Vergemeinschaftung' und ‚Vergesellschaftung‘ bei Max Weber: eine Rekonstruktion seines Sprachgebrauchs“, in: Zeitschrift für Soziologie (29/6) 2000
109. Lichtblau, Klaus: „Von der ‚Gesellschaft‘ zur ‚Vergesellschaftung‘: Zur deutschen Tradition des Gesellschaftsbegriffs“, in: Bettina Heintz u. a. (Hg.), Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen (Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie), Stuttgart 2005
110. List, Friedrich: Das nationale System der politischen Ökonomie (1841), in: ders., Werke, Bd. 6, Berlin 1930
111. List, Friedrich: Die Welt bewegt sich: über die Auswirkungen der Dampfkraft und der neuen Transportmittel auf die Wirtschaft, das bürgerliche Leben, das soziale Gefüge und die Macht der Nationen (1837), Göttingen 1985
112. Luhmann, Niklas: „Gesellschaft“, in: ders., Soziologische Aufklärung 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Opladen 1970
113. Luhmann, Niklas: Rechtssoziologie, Opladen 1972
114. Luhmann, Niklas: „Die Weltgesellschaft“, in: ders., Soziologische Aufklärung 2: Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft, Opladen 1975
115. Luhmann, Niklas: „Interaktion, Organisation, Gesellschaft: Anwendungen der Systemtheorie“, in: ders., Soziologische Aufklärung 2: Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft, Opladen 1975
116. Luhmann, Niklas: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Bd. 1, Frankfurt am Main 1980
117. Luhmann, Niklas: „Arbeitsteilung und Moral. Durkheims Theorie“, in: Emile Durkheim, Über soziale Arbeitsteilung, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1988
118. Luhmann, Niklas: Die Wissenschaft der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1990
119. Luhmann, Niklas: „Die gesellschaftliche Differenzierung und das Individuum“, in: ders., Soziologische Aufklärung 6: Die Soziologie und der Mensch, Wiesbaden 1995
120. Luhmann, Niklas: Gesellschaft der Gesellschaft, 2. Bände, Frankfurt am Main 1998
121. Luhmann, Niklas: Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main 2000
122. Lukes, Steven: Emile Durkheim. His Life and Work: A Historical and Critical Study, London 1973
123. Mayer, Martin: „Drei Konzeptionen von Frankreichs Rolle in der Welt im neuen Jahrhundert“, in: Sönke Neitzel (Hg.), 1900: Zukunftsvisionen der Großmächte, Paderborn 2002
124. Marx, Karl/Engels, Friedrich: „Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848), in: ders., Werke, Bd. 4, Berlin 1959
125. Marx, Karl: "Zur Kritik der Politischen Ökonomie" (1859), in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1971
126. Mersch, Christian: „Die Welt der Patente. Eine soziologische Analyse des Weltpatentsystems“

- in: Bettina Heintz u. a. (Hg.), Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen (Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie), Stuttgart 2005
127. Meyer, John W., Thomas, George M.: "The Expansion of the State", in: Annual Review of Sociology (10) 1984
 128. Meyer, John W., Boli, John, Thomas, George M., Ramirez, Francisco O.: "World Society and the Nation", in: American Journal of Sociology (103/1) 1997
 129. Meyer, John W., Jepperson, Ronald L.: "The 'Actors' of Modern Society: The Cultural Construction of Social Agency", in: Sociological Theory (18/1) 2000
 130. Meyer, John W.: Weltkultur: wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt am Main 2005
 131. Mommsen, Wolfgang J.: Max Weber und die deutsche Politik: 1890 – 1920, Tübingen 1974
 132. Mommsen, Wolfgang J.: Imperialismustheorien: ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen, Göttingen 1977
 133. Mommsen, Wolfgang J.: „Einleitung“, in: Max Weber, Gesamtausgabe, Bd. I/22: Wirtschaft und Gesellschaft: Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Nachlass, Teilband 1: Gemeinschaften, Tübingen 2001
 134. Muldrew, Craig: „Zur Anthropologie des Kapitalismus: Kredit, Vertrauen, Tausch und die Geschichte des Marktes in England 1500-1750“, in: Historische Anthropologie (6) 1998
 135. Müller, H-P.: Wertkrise und Gesellschaftsreform: Emile Durkheims Schriften zur Politik, Stuttgart 1983
 136. Müller, H-P.: „Gesellschaft, Moral und Individualismus. Emile Durkheims Moraltheorie“, in: Hans Bertram (Hg.), Gesellschaftlicher Zwang und moralische Autonomie, Frankfurt am Main 1986
 137. Müller, H-P./Michael Schmid: „Arbeitsteilung, Solidarität und Moral. Eine werkgeschichtliche und systematische Einführung in die 'Arbeitsteilung' von Emile Durkheim“, in: Emile Durkheim, Über soziale Arbeitsteilung, Frankfurt am Main 1988
 138. Müller, H-P.: „Die Moralökologie moderner Gesellschaften. Durkheims 'Physik der Sitten und des Rechts““, in: Emile Durkheim, Physik der Sitten und des Rechts: Vorlesungen zur Soziologie der Moral, Frankfurt am Main 1991
 139. Müller, H-P.: „Gesellschaftliche Moral und individuelle Lebensführung. Ein Vergleich von Emile Durkheim und Max Weber“, in: Zeitschrift für Soziologie (21/1) 1992
 140. Müller, H-P.: „Soziale Differenzierung und gesellschaftliche Reformen. Der politische Gehalt in Emile Durkheims ‚Arbeitsteilung‘“, in: Berliner Journal für Soziologie (4) 1993
 141. Müller, H-P.: „Emile Durkheim“, in: Dirk Käsler (Hg.), Klassiker der Soziologie, Bd. 1, München 2000
 142. Müller, H-P.: Max Weber: eine Einführung in sein Werk, Köln 2007

143. Münch, Richard: Soziologische Theorie, Bd. 1: Grundlegung durch die Klassiker, Frankfurt am Main 2002
144. Münch, Richard: Soziologische Theorie, Bd. 3: Gesellschaftstheorie, Frankfurt am Main 2004
145. Münch, Richard: „Die Konstruktion des Welthandels als legitime Ordnung der Weltgesellschaft“, in: Bettina Heintz u. a. (Hg.), Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen (Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie), Stuttgart 2005
146. Naumann, Friedrich: „Kulturgeschichte und Kapitalismus“, in: Die Neue Rundschau (22) 1911
147. Neitzel, Sönke: Weltmacht oder Untergang: Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus, Paderborn 2000
148. Neitzel, Sönke: Außenpolitische Zukunftsvorstellungen in Deutschland um 1900, in: ders. (Hg.), 1900: Zukunftsvisionen der Großmächte, Paderborn 2002
149. Nelson, Benjamin: The idea of usury: from tribal brotherhood to universal otherhood, 2. ed., Chicago 1969
150. O'Rourke, Kevin H./Williamson, Jeffrey G.: Globalization and history: the evolution of a nineteenth-century Atlantic economy, Cambridge, Mass. [u. a.] 1999
151. O'Rourke, Kevin H./Taylor, Alan M./Williamson, Jeffrey G.: Factor Price Convergence in the Late Nineteenth Century, in: International Economic Review (37) 1996
152. O'Rourke, Kevin H., The European Grain Invasion, 1870-1913, in: The Journal of Economic History (57/4) 1997
153. Osterhammel, Jürgen: Kolonialismus: Geschichte - Formen – Folgen, München 1995
154. Osterhammel, Jürgen/Niels P. Petersson: Geschichte der Globalisierung: Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2003
155. Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München: Beck, 2009
156. Parsons, Talcott: „Durkheims Beitrag zur Theorie der Integration sozialer Systeme“, in: Berliner Journal für Soziologie (4) 1993
157. Peel, J.D.Y.: Herbert Spencer – the evolution of a sociologist, London 1971
158. Pesch, Heinrich: „Volkswirtschaftliche Aufgabe und Weltwirtschaft“, in: Weltwirtschaftliches Archiv (6) 1915
159. Petersson, Niels P.: „Das Kaiserreich in Prozessen ökonomischer Globalisierung“, in: Sebastian Conrad/Jürgen Osterhammel (Hg.), Das Kaiserreich transnational: Deutschland in der Welt 1871 – 1914, Göttingen 2004
160. Pfister, Ulrich: „Die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft (ca. 1450-1850): ein endogenes Modell“, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (Sonderheft: Globalisierung) 2003
161. Pohl, Hans: Aufbruch der Weltwirtschaft: Geschichte der Weltwirtschaft von der Mitte des 19.

Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1989

162. Pohl, Hans: „Trends in der Weltwirtschaft von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg“, in: Markus A. Denzel (Hg.), Vom Welthandel des 18. Jahrhunderts zur Globalisierung des 21. Jahrhunderts, Stuttgart 2007
163. Predöhl, Andreas: „Weltwirtschaft“, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, XI Bd., Tübingen/Göttingen 1961
164. Radkau, Joachim: Das Zeitalter der Nervosität: Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, München 1998
165. Radkau, Joachim: Max Weber: die Leidenschaft des Denkens, München 2005
166. Reinhard, Wolfgang: Kleine Geschichte des Kolonialismus, Stuttgart 1996
167. Rieger, Elmar/Leibfried, Stephan: Grundlagen der Globalisierung: Perspektiven des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt am Main 2001
168. Reisinger, Nikolaus: „Das Zeitalter des Hochimperialismus – Europas Aufbruch zur Weltwirtschaft“, in: Friedrich Edelmayer u. a. (Hg.), Die Geschichte des europäischen Welthandels und der wirtschaftliche Globalisierungsprozess, Wien 2001
169. Riesebrodt, Martin: „Einleitung“, in: Max Weber, Gesamtausgabe, Bd. I/3: Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland 1892, Tübingen 1984
170. Rieter, Heinz: „Historische Schulen“, in: Otmar Issig (Hg.), Geschichte der Nationalökonomie, München 1994
171. Robertson, Roland: Globalization: Social Theory and Global Culture, London 1992
172. Roth, Günther: „Max Weber und der globale Kapitalismus damals und heute“, in: Gert Schmidt/Reiner Trinczek (Hg.): Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, Baden-Baden 1999
173. Roth, Günther: Max Webers deutsch-englische Familiengeschichte 1800-1950 mit Briefen und Dokumenten, Tübingen 2001
174. Roth, Günther: „Der politische Kontext von Max Webers Beitrag über die deutsche Wirtschaft in der Encyclopedia Americana“, in: Zeitschrift für Soziologie (36/1) 2007
175. Rousseau, Jean-Jacques: Abhandlung über die Politische Ökonomie. Vom Gesellschaftsvertrag. Politische Fragmente (1762), Paderborn 1977
176. Röder, Tilmann: Rechtsbildung im wirtschaftlichen ‚Weltverkehr‘: das Erdbeben von San Francisco und die internationale Standardisierung von Vertragsbedingungen (1871 - 1914), Frankfurt am Main 2006
177. Rüschemeyer, Dietrich: „Spencer und Durkheim über Arbeitsteilung und Differenzierung: Kontinuität oder Bruch?“, in: Niklas Luhmann (Hg.), Soziale Differenzierung: zur Geschichte einer Idee, Opladen 1985

178. Schimank, Uwe: Theorien der gesellschaftlichen Differenzierung, Wiesbaden 2007
179. Schimank, Uwe: „Max Webers Rationalisierungsthese – differenzierungstheoretisch und wirtschaftssoziologisch gelesen“, in: Andrea Maurer (Hg.), Wirtschaftssoziologie nach Max Weber, Wiesbaden 2010
180. Schivelbusch, Wolfgang: Geschichte der Eisenbahnreise: zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert, Berlin 1984
181. Schluchter, Wolfgang: Rationalismus der Weltbeherrschung: Studien zu Max Weber, Frankfurt am Main 1980
182. Schluchter, Wolfgang: Religion und Lebensführung, Bd. 1: Studien zu Max Webers Kultur- und Werttheorie Religion und Lebensführung, Frankfurt am Main 1988a
183. Schluchter, Wolfgang: Religion und Lebensführung, Bd. 2: Studien zu Max Webers Religions- und Herrschaftssoziologie, Frankfurt am Main 1988b
184. Schluchter, Wolfgang: Unversöhnte Moderne, Frankfurt am Main 1996
185. Schluchter, Wolfgang: Die Entstehung des modernen Rationalismus: eine Analyse von Max Webers Entwicklungsgeschichte des Okzidents, Frankfurt am Main 1998
186. Schluchter, Wolfgang: Handlung, Ordnung und Kultur: Studien zu einem Forschungsprogramm im Anschluss an Max Weber, Tübingen 2004
187. Schluchter, Wolfgang: Grundlegungen der Soziologie, Bd. 1, Tübingen 2006
188. Schmoller, Gustav: „Die amerikanische Konkurrenz und die Lage der mitteleuropäischen, besonders der deutschen Landwirtschaft“, in: Jahrbuch Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft (6) 1882
189. Schumpeter, Joseph: Zur Soziologie der Imperialismen, Tübingen 1919
190. Schwinn, Thomas: Differenzierung ohne Gesellschaft: Umstellung eines soziologischen Konzepts, Weilerswist 2001
191. Schwinn, Thomas: „Von der historischen Entstehung zur aktuellen Ausbreitung der Moderne: Max Webers Soziologie im 21. Jahrhundert“, in: Berliner Journal für Soziologie (4) 2004
192. Schwinn, Thomas: „Weltgesellschaft, multiple Moderne und die Herausforderungen für die soziologische Theorie“, in: Bettina Heintz u. a. (Hg.), Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen (Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie), Stuttgart 2005
193. Schwinn, Thomas: „Wirtschaftssoziologie als Gesellschaftstheorie? Kritische Anfragen aus einer Weber'schen Perspektive“, in: Andrea Maurer (Hg.), Wirtschaftssoziologie nach Max Weber, Wiesbaden 2010
194. Schwinn, Thomas: „Von starken und schwachen Gesellschaftsbegriffen. Verfallsstufen eines traditionsreichen Konzepts“, in: Jens Greve u. a. (Hg.), Soziale Differenzierung: Erkenntnisgewinne handlungs- und systemtheoretischer Zugänge, Wiesbaden 2011

195. Segre, Sandro: „Max Webers Theorie der kapitalistischen Entwicklung“: in: Johannes Weiß (Hg.), Max Weber heute: Erträge und Probleme der Forschung, Frankfurt am Main 1989
196. Simmel, Georg: „Über soziale Differenzierung“ (1890), in: ders., Gesamtausgabe, Bd. 2: Aufsätze 1887 bis 1890, Frankfurt am Main 1989
197. Simmel, Georg: Soziologie: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung (1908), Frankfurt am Main 1992
198. Simmel, Georg: „Weltpolitik“, in: ders., Gesamtausgabe, Bd. 17: Miscellen, Glossen, Stellungnahmen, Umfrageantworten, Leserbriefe, Diskussionsbeiträge 1889-1918, Anonyme und pseudonyme Veröffentlichungen 1888-1920, Frankfurt am Main 2004
199. Smith, Adam: Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker (1776), Tübingen 2005
200. Smith, Anthony D.: „Nationalism and Classical Social Theory“, in: The British Journal of Sociology (34/1) 1983
201. Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, 2 Bände, Leipzig 1902
202. Sombart, Werner: „Ideale der Sozialpolitik“, in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik (10) 1896
203. Spencer, Herbert: Grundlagen der Philosophie (1862), Stuttgart 1875
204. Spencer, Herbert: Einleitung in das Studium der Sociologie I (1873), Leipzig 1875a
205. Spencer, Herbert: Einleitung in das Studium der Sociologie II (1873), Leipzig 1875b
206. Spencer, Herbert: Principien der Sociologie, Bd. 1, Stuttgart 1877
207. Spencer, Herbert: Principien der Sociologie, Bd. 2, Stuttgart 1887
208. Spencer, Herbert: Principien der Sociologie, Bd. 3, Stuttgart 1889
209. Spencer, Herbert: Principien der Sociologie, Bd. 4, Stuttgart 1897
210. Spencer, Herbert: Social statics, abridged and revised (1851), Osnabrück 1966
211. Spencer, Herbert: The Principles of Sociology (1874-1896), 3 Bände, Osnabrück 1966a
212. Spencer, Herbert: Essays: Scientific, Political, & Speculative, vol. I, Osnabrück 1966b
213. Spencer, Herbert: Essays: Scientific, Political, & Speculative, vol. II, Osnabrück 1966c
214. Spencer, Herbert: Facts and Comments (1902), Osnabrück 1966d
215. Spencer, Herbert: „Die Evolutionstheorie“, in: Hans-Peter Dreitzel (Hg.), Sozialer Wandel: Zivilisation und Fortschritt als Kategorien der sozialen Theorie, Neuwied 1967
216. Spree, Reinhard: „Globalisierungs-Diskurse – gestern und heute“, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (Sonderheft: Globalisierung) 2003
217. Stäheli, Urs: „Der Takt der Börse: Inklusionseffekte von Verbreitungsmedien am Beispiel des Börsen-Tickers“, in: Zeitschrift für Soziologie (33) 2004

218. Stichweh, Rudolf: Die Weltgesellschaft: soziologische Analysen, Frankfurt am Main 2000
219. Stichweh, Rudolf: „Semantik und Sozialstruktur. Zur Logik einer systemtheoretischen Unterscheidung“, in: Soziale Systeme (6/2) 2000a
220. Stichweh, Rudolf: „Niklas Luhmann“, in: in: Dirk Käsler (Hg.), Klassiker der Soziologie, Bd. 2, München 2000b
221. Stichweh, Rudolf: „Politik und Weltgesellschaft“, in: K.-U. Hellmann/R. Schmalz-Bruhns (Hg.), Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie, Frankfurt am Main 2002
222. Stichweh, Rudolf: „Zum Gesellschaftsbegriff der Systemtheorie: Parsons und Luhmann und die Hypothese der Weltgesellschaft“, in: Bettina Heintz u. a. (Hg.), Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen (Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie), Stuttgart 2005
223. Stichweh, Rudolf: Inklusion und Exklusion: Studien zur Gesellschaftstheorie, Bielefeld 2005a
224. Stichweh, Rudolf: „Setzt die ‚Weltgesellschaft‘ auf ‚Weltkommunikation‘?“, in: M. Jackel/F. Haase (Hg.), In medias res. Herausforderung Informationsgesellschaft, München 2005b
225. Stichweh, Rudolf: „Selbstbeschreibung der Weltgesellschaft“, in: Jörg Baberowski u. a. (Hg.), Selbstbilder und Fremdbilder. Repräsentation sozialer Ordnungen im Wandel, Frankfurt am Main 2008
226. Stichweh, Rudolf: „Das Konzept der Weltgesellschaft. Genese und Strukturbildung eines globalen Gesellschaftssystems“, in: Rechtstheorie (39) 2008a
227. Stichweh, Rudolf: „Funktionale Differenzierung der Weltgesellschaft“, in: Gert Albert/ Steffen Sigmund (Hg.), Soziologische Theorie kontrovers (Sonderband der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie) 2010
228. Taylor, M.W.: Men Versus the State: Herbert Spencer and Late Victorian Individualism, Oxford 1992
229. Tenbruck, Friedrich: „Emile Durkheim oder die Geburt der Gesellschaft aus dem Geist der Soziologie“, in: Zeitschrift für Soziologie (10/4) 1981
230. Terrier, Jean: „Die Verortung der Gesellschaft: Durkheims Verwendung des Begriffs ‚Substrat‘“, in: Berliner Journal in Soziologie (19) 2009
231. Thompson, Edward P.: „Die ‚moralische Ökonomie‘ der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert“, in: Plebejische Kultur und moralische Ökonomie: Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 1980
232. Tilly, Richard: „Globalisierung aus historischer Sicht und das Lernen aus der Geschichte“, in: Kölner Vorträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (41) 1999
233. Torp, Cornelius: Max Weber und die preußischen Junker, Tübingen 1998
234. Torp, Cornelius: „Weltwirtschaft vor dem Weltkrieg: Die erste Welle ökonomischer Globalisierung vor 1914“, in: Historische Zeitschrift (279) 2004

235. Torp, Cornelius: Die Herausforderung der Globalisierung: Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860-1914, Göttingen 2005
236. Tyrell, Hartmann: „Emile Durkheim – Das Dilemma der organischen Solidarität“, in: Niklas Luhmann (Hg.), Soziale Differenzierung: zur Geschichte einer Idee, Opladen 1985
237. Tyrell, Hartmann: „Max Webers Soziologie - eine Soziologie ohne ‚Gesellschaft‘“, in: Gerhard Wagner/ Heinz Zipprian (Hg.), Max Webers Wissenschaftslehre: Interpretation und Kritik, Frankfurt am Main 1994
238. Tyrell, Hartmann: „Zur Diversität der Differenzierungstheorie. Soziologehistorische Anmerkungen“, in: Soziale Systeme (4/1) 1998
239. Tyrell, Hartmann: „Weltgesellschaft, Weltmission und religiöse Organisationen – Einleitung“, in: Artur Bogner u. a. (Hg.), Weltmission und religiöse Organisationen. Protestantische Missionsgesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert, Würzburg
240. Tyrell, Hartmann: „Singular oder Plural – Einleitende Bemerkungen zu Globalisierung und Weltgesellschaft“, in: Bettina Heintz u. a. (Hg.), Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen (Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie), Stuttgart 2005
241. Tyrell, Hartmann: Soziale und gesellschaftliche Differenzierung: Aufsätze zur soziologischen Theorie, Wiesbaden 2008
242. Tyrell, Hartmann: „Max Webers ‚Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen‘“, in: Reinhard Achenbach u. a. (Hg.), „Gerechtigkeit und Recht zu üben“ (Gen 18,19): Studien zur altorientalischen und biblischen Rechtsgeschichte, zur Religionsgeschichte Israels und zur Religionssoziologie. Festschrift für Eckart Otto zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2009
243. Tyrell, Hartmann: „Religion und Politik – Max Weber und Émile Durkheim“, in: A. Bienfait (Hg.), Religionen verstehen, Wiesbaden 2011
244. Varouxakis, G.: „‘Patriotism’, ‘Cosmopolitanism’ and ‘Humanity’ in Victorian Political Thought“, in: European Journal of Political Theory (5/1) 2006
245. Vom Brocke, Bernhard: Sombarts 'Moderner Kapitalismus': Materialien zur Kritik und Rezeption, München 1987
246. Von Trotha, Trutz: „Was war Kolonialismus? Einige zusammenfassende Befunde zur Soziologie und Geschichte des Kolonialismus und der Kolonialherrschaft, in: Saeculum (55/1) 2004
247. Von Waltershausen, August Sartorius: „Die Weltwirtschaftslehre“, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft (7/8) 1914
248. Wallerstein, Immanuel: Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1986
249. Wallerstein, Immanuel: „World-System“, in: The Blackwell Dictionary of Modern Social Thought, Oxford 2003

250. Walther, Andreas: „Max Weber als Soziologe“, in: Jahrbuch für Soziologie (2) 1926
251. Weber, Alfred: „Die volkswirtschaftliche Aufgabe der Hausindustrie“, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich (25) 1901
252. Weber, Marianne: Max Weber: Ein Lebensbild, Tübingen 1926
253. Weber, Max: „Kapitalismus und Agrarverfassung“, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (108/3) 1952
254. Weber, Max: Wirtschaftsgeschichte. Abriss der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 3. Aufl., Berlin 1958
255. Weber, Max: Die protestantische Ethik, 2 Bd.: Kritiken und Antikritiken, Gütersloh 1978
256. Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. Aufl., Tübingen 1980
257. Weber, Max: Gesamtausgabe, Bd. I/3: Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland 1892, Tübingen 1984
258. Weber, Max: Gesamtausgabe, Bd. I/15: Zur Politik im Weltkrieg: Schriften und Reden 1914-1918, Tübingen 1984a
259. Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, 8. Aufl., Tübingen 1988
260. Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 7. Aufl., Tübingen 1988a
261. Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, 2. Aufl., Tübingen 1988b
262. Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 2. Aufl., Tübingen 1988c
263. Weber, Max: Grundriss zu den Vorlesungen über allgemeine („theoretische“) Nationalökonomie (1898), Tübingen 1990
264. Weber, Max: Gesamtausgabe, Bd. I/4: Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik: Schriften und Reden 1892-1899, Tübingen 1993
265. Weber, Max: Gesamtausgabe, Bd. I/8: Wirtschaft, Staat und Sozialpolitik: Schriften und Reden 1900-1912, Tübingen 1998
266. Weber, Max: Gesamtausgabe, Bd. I/5: Börsenwesen: Schriften und Reden 1893-1898, Tübingen 1999
267. Weber, Max: Gesamtausgabe, Bd. I/22: Wirtschaft und Gesellschaft: Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Nachlass, Teilband 1: Gemeinschaften, Tübingen 2001
268. Weber, Max: Gesamtausgabe, Bd. I/22: Wirtschaft und Gesellschaft: Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Nachlass, Teilband 2: Religiöse Gemeinschaften, Tübingen 2001a
269. Weber, Max: Gesamtausgabe, Bd. II/8: Briefe 1913-14, Tübingen 2003

270. Werron, Tobias: „Der Weltsport und sein Publikum. Weltgesellschaftstheoretische Überlegungen zum Zuschauersport“, in: Bettina Heintz u. a. (Hg.), Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen (Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie), Stuttgart 2005
271. Werron, Tobias: „Direkte Konflikte, indirekte Konkurrenzen. Unterscheidung und Vergleich zweier Formen des Kampfes“, in: Zeitschrift für Soziologie (39/4) 2010
272. Wiltshire, David: The social and political thought of Herbert Spencer, Oxford 1978
273. Windolf, Paul: „Inklusion und soziale Ungleichheit“, in: Rudolf Stichweh/Paul Windolf (Hg.), Inklusion und Exklusion: Analysen zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit, Wiesbaden 2009
274. Wirth, Albrecht: Der Weltverkehr, Frankfurt am Main 1906
275. Wobbe, Theresa: Weltgesellschaft, Bielefeld 2000
276. Wobbe, Theresa: "Mit anderen Augen. Gesellschaftlichkeit und supranationale Systembildung im Blickpunkt der Soziologie Georg Simmels", in: Christian Papiloud/Cécil Rol (Hg.), Soziologie als Möglichkeit: 100 Jahre Georg Simmels Untersuchung über die Vergesellschaftung, Wiesbaden 2009
277. Zerubavel, Eviatar: "The Standardization of Time: A Sociohistorical Perspective", in: The American Journal of Sociology (88/1) 1982